

20. III. 1917

*** (Die Handlungsgehilfenwahlen — ver-
schoben.)** Entsprechend den gesetzlichen und
statutarischen Bestimmungen hat der Gehilfen-
ausschuß des Orentiums der Wiener Kaufmann-
schaft für nächsten Sonntag, den 25. d., eine Ge-
hilfensammlung einberufen zur Vor-
nahme der fällig gewordenen Neuwahlen sämt-
licher Gehilfenvertreter. Der Magistrat hat mit
Berufung auf sein Aufsichtsrecht die Abhaltung der
Gehilfenwahlversammlung aus sicherheitspolizei-
lichen Gründen untersagt. Ein gegen diese Ver-
fügung erhobener Rekurs wurde von der Statt-
halterei abschlägig beschieden. In der Be-
gründung heißt es unter anderem: Der Gehilfen-
ausschuß war ohne Zweifel berechtigt und ver-
pflichtet, mit Ablauf der Mandate der Gehilfen-
vertretung die Schritte zur Neuwahl der Ge-
hilfenfunktionäre einzuleiten. Der Magistrat hat
gegen die Gesetzmäßigkeit der Wahlleitung
keinerlei Einwendung erhoben.

nur die Abhaltung der Versammlung
aus sicherheitspolizeilichen Gründen
untersagt. Der Magistrat hat hierbei im Ein-
vernehmen mit der Polizeidirektion gehandelt und
nur mit Rücksicht auf die augenblicklichen
Verhältnisse die Wahlversammlung verboten.
Die Statthaltereie erklärt, daß sie durchaus
nicht an der loyalen Absicht des Gehilfen-
ausschusses zweifelt, der sich um eine tag-
lose Durchführung der Wahlversammlung bemüht,
sieh jedoch genötigt, gleichfalls mit Rück-
sicht auf die gegebenen außerordent-
lichen Verhältnisse die Verfügung des
Magistrats als gesetzlich berechtigt zu bezeichnen
und zu bestätigen. Der gesetzliche Weiterbestand der
heutigen Gehilfenvertretung wird von der Statt-
halterei mit Hinweis auf den § 7 der Statuten der
Gehilfenversammlung bekräftigt, nach welchem es
keinen Zweifel unterliege, daß, wenn Neuwahlen
infolge zwingender Hemmnisse nicht stattfinden
können, die bisherigen Gehilfenvertreter
bis zur Ermöglichung der Neuwahlen
ihre Mandate rechtsbeständig beizu-
halten haben. Der Gehilfenausschuß wird
wohl gegen diese Entscheidung einen weiteren
Rekurs an das Handelsministerium
richten. Da jedoch die Erledigung des Rekurses,
welchem eine aufschiebende Wirkung abgesprochen
wurde, vor dem 25. d. nicht zu erwarten ist, wurde
die Wahlversammlung bis auf weiteres ver-
schoben.

* Das Ende einer Liga. Unser J.-H.-Berichterstatter meldet uns aus *B u d a p e s t* vom 20. d.: Die Generalversammlung der Liga der ungarischen Frauen gegen den Luxus, welche zu Kriegsbeginn ihre Tätigkeit mit so überschwinglichen Hoffnungen begann, hat gestern einstimmig die Auflösung der Vereinigung beschlossen. Der Grund dieses Beschlusses ist, daß die ungarischen Frauen, ferner die industriellen und kommerziellen Kreise die Aktion, deren Zweck höchste Sparjamkeit in der Kleidung war, nicht unterstützten (zweifellos gehen die Geschäfte der Herrschaften zu gut. D. N.) und das Handelsministerium sich weigerte, die vorgeschlagene Höchstpreisbestimmung der Kleiderstoffe durchzuführen. Der Zweck der Liga wurde dadurch illusorisch. Ihre Gelder spendete die aufgelöste Vereinigung zu wohltätigen Zwecken, und zwar wurden 9240 Kronen für den Unterhalt aus *Siebenbürgen* geflüchteter Waisenmädchen verwendet und für 2800 Kronen wurden Kleider für geflüchtete Kinder angeschafft. Die Generalversammlung nahm den Bericht zur Kenntnis und unterbreitet denselben dem Minister des Innern.

Unsere wirtschaftliche Zukunft im Orient.

— Eine Unterredung mit dem Grafen Johann Forgách. —

Im heute erschienenen März-Heft der Mitteilungen der Ungarisch-Bosnischen und Orientalischen Wirtschaftszentrale finden wir sehr interessante Neußerungen des Botschafters a. D. Grafen Johann Forgách. Ein Berichterstatter der Wirtschaftszentrale suchte den ehemaligen Belgrader Gesandten der Monarchie auf, um seine Meinung über die wichtigsten wirtschaftlichen Fragen der Zukunft im Zusammenhang mit dem Balkan und dem Orient zu erbitten, worauf Graf Forgách sich unter anderem folgendenmaßen äußerte:

Als Bindeglied zwischen Orient und Okzident wird die Monarchie ihren Export in zwei Richtungen entwickeln können. Deutschland und dessen steigende Kaufkraft wird für alle hochwertigen Produkte der Landwirtschaft, dann als Abnehmer von Roboartikeln und kunstindustriellen Erzeugnissen in den

Vordergrund treten, der Orient aber wird in erster Linie für textile Waren, billigere Industrieprodukte überhaupt, landwirtschaftliche Geräte und Maschinen von uns beziehen können. Speziell der Türkei werden wir manches liefern können, was bisher aus dem Westen bezogen wurde. Ich glaube nicht an die Fortsetzung des Weltkrieges nach Friedensschluß auf wirtschaftlichem Gebiete.

Auf die Frage, welche Richtung die Ausfuhr der Monarchie und speziell diejenige Ungarns nehmen soll, antwortete Graf Forgách: Das naturgemäße Arbeitsfeld Ungarns für Edelsprodukte der Landwirtschaft ist Deutschland und für Industrieprodukte der nahegelegene Orient. Die Verarbeitung der Rohprodukte des Orients und der Mahlerverkehr einerseits, der Export von Zucker, von Kleidungsstücken, endlich von allen Industrieartikeln, die sich in Ungarn nach und nach in vermehrter Menge erzeugen lassen werden, andererseits, werden ihm einen reichen Güteraustausch ermöglichen. Ungarn wird statt Menschen in vermehrter Menge Waren exportieren müssen, oder es wird die großen, dauernden Lasten, welche der Krieg mit sich gebracht hat, nur schwer tragen können.

Die einzige Münze, mit welcher der Orient die von uns zu beziehenden Waren bezahlen kann, ist sein Export von Lebensmitteln und Rohprodukten, dem wir unsere Tore öffnen müssen. Als wir die serbischen Schweine und Ochsen nicht mehr hereinkommen ließen, wendete sich der Handelsverkehr Serbiens nach einer anderen Richtung, und der industrielle Export der Monarchie, der 80 Prozent des serbischen Gesamtimportes umfaßte, sank rapid. Dasselbe trat ein, als wir vor einigen Jahrzehnten die rumänischen Ochsen von unseren Grenzen abhielten, die rumänische Viehzucht dauernd schädigten, aber auch unserer damaligen industriellen und kommerziellen Vorherrschaft in Rumänien das Grab schaufelten. Es ist anzunehmen, daß wir in Zukunft bei allen notwendigen Kanälen für unsere eigene Landwirtschaft die Entwicklung der Viehzucht der Balkanländer ermöglichen werden, um uns dafür durch den Export hochwertiger Mastprodukte nach Deutschland schadlos halten zu können. Wenn wir den Orient kaufkräftig machen wollen, müssen wir die Einfuhr seiner Produkte nach Oesterreich und Ungarn erleichtern.

Die uralten Beziehungen, die speziell in Wien mit dem Orient bestehen und die Marktnähe von Budapest, das durch schnelle Verbindungen dem Orient außerordentlich nahegerückt ist, werden es ermöglichen, daß wir in vielen Dingen der Konkurrenz den Rang ablaufen können. Die Monarchie dürfte speziell auch auf dem Gebiete der Mode und der ganzen Geschmacksindustrie Frankreich teilweise ersetzen können. Wien und Budapest können für Osteuropa das werden, was ihnen einst Paris war. Noch ein günstiges Merkmal der Entwicklung unserer Handelsbeziehungen mit dem Orient scheint mir gegeben. Unsere Banken haben sich im Kriege als sehr kräftig erwiesen. Die von ihnen begründete „Orientgruppe“ kann von unseren Handelspolitikern nur auf das wärmste begrüßt werden. Oft wird ein Hand-in-Handgehen mit dem deutschen Kapital unerlässlich sein.

Die Entwicklung der großen Exportstaaten, speziell die Englands und Deutschlands, beweist, daß die individuelle Tätigkeit und Tüchtigkeit des Kaufmanns im Export und Import in erster Linie steht. Die staatliche Fürsorge hat sich im allgemeinen auf die Schaffung guter Verkehrsverhältnisse zu Wasser und zu Lande und auf die Hinwegräumung der Schranken, welche der freien Betätigung des Individuums im Wege stehen, zu beschränken. Insbesondere wäre es wünschenswert, wenn die gesellschaftliche Wertung des Kaufmannstandes in Ungarn eine größere würde, damit sich mehr als bisher, ähnlich wie in Hamburg und Bremen, tüchtige und gebildete junge Leute dem Handelsberufe widmen; ihre Tätigkeit ist durch staatlichen Eingriff wohl zu unterstützen, nie aber kann sie ersetzt werden.

Auf die Frage: inwiefern müßte der Einfluß der diplomatischen und konsularischen Institutionen wirksamer gestaltet werden, antwortete Graf Forgách: Die diplomatische und konsularische Institution, an deren Ausbau fortgesetzt gearbeitet wird, stellen sich jederzeit gern in den Dienst des kaufmännischen Unternehmungsgeistes. Die gute Vorbildung aller konsularischen und diplomatischen Kräfte in wissenschaftlicher und praktischer Beziehung wird eines der Mittel sein, das zur Förderung unserer Auslandsbeziehungen angewendet werden wird. Wenn nur immer die Initiative der Kaufmannschaft auf der Höhe der Zeit ist, an amtlicher Aufmunterung und Förderung wird es nicht fehlen.

Der Erste Wiener Konsumverein im Kriege.

Namens mehrerer Leser werden wir um Aufnahme folgender Zuschrift ersucht:

Der Erste Wiener Konsumverein hat in der jetzigen schweren Zeit den Beweis erbracht, daß er wirklich (wie er ja schon in Friedenszeiten allenthalben genannt wurde) der „Hofratsverein“ ist. Alle jene Waren, die im wahrsten Sinne des Wortes Lebensmittel sind, werden vom Verein überhaupt nicht oder höchst selten, und dann nur in lächerlich geringer Menge geführt. Sardinen, Bonbons, Schokolade, Konserven und verschiedene andere „gute und teure Sachen“ sind keineswegs Lebensmittel für gewöhnliche Sterbliche. Solche Dinge sind immer vorhanden; aber Kartoffeln, Eier usw., kurz und gut, was man „Nahrungsmittel“ nennt, nicht. So hat man das unbezahlbare Vergnügen, als Angehöriger eines Vereins — der mit Rücksicht auf seine große Mitgliederzahl, bei halbwegs vorhandenem guten Willen der Geschäftsleitung, Hervorragendes auf dem Gebiet der Approvisionnement leisten könnte — von Kaufmann zu Kaufmann einen wahren Bittgang zu machen, um als Nichtkunde wenigstens etwas zu erhalten.

Gegenwärtig bestehen aber noch schönere Verhältnisse! Den beim Verein Rayonierten wurde zu derselben Zeit, da bei den städtischen Mehlabgabestellen das volle Quantum Mehl ausgegeben wurde, nur — die Hälfte der Wochenmenge an Mehl, und zwar nur minderes Hochmehl, für die andere Hälfte der Marken bekam man: „Gater“. Wieso ist es möglich, daß der Wiener Konsumverein in dieser Weise handelt und dem leider bei ihm rayonierten Teil der Bevölkerung die amtlich zugewiesene Menge vorenthalten darf — jetzt, wo man jedes Stäubchen Mehl braucht; daß er seinen Mitgliedern in jenen Wochen — wenn bei den städtischen Abgabestellen weißes Mehl zur Ausgabe gelangt — nur schwarzes Mehl ausfolgt?

Zu vielen Klagen gibt auch die ganz ungleiche Dotierung der verschiedenen Filialen Anlaß. Es scheint auch da „bessere“

Filialen in Hofratsgegenden, in Kottagevierteln usw. zu geben, wo mancherlei zu haben ist, was man in den Filialen für das „mindere“ Publikum nicht erhält. Dazu kommt noch, daß das Vorhandensein gewisser begehrter Artikel — beispielsweise Flaschenmilch auswärtiger Herkunft — geheim gehalten wird, so daß nur die Wissenden, die das Wohlwollen des Herrn Vorstandes genießen, oder solche, die zufällig von dem betreffenden Artikel Kenntnis erlangen, ihn auch kaufen können. Es könnte den maßgebenden Behörden gewiß nicht schwer fallen, die an diesem Vorgange Schuldigen, die so vielen Tausenden das Durchhalten (absichtlich oder unabsichtlich) bitter erschweren, zur Verantwortung zu ziehen und den Geschädigten zu ihrem Rechte zu verhelfen.

Die geehrte Vereinsleitung möge aber nicht glauben, daß man die Kriegstätigkeit des Ersten Wiener Konsumvereins später, wenn einmal wieder normale Verhältnisse eintreten werden, vergessen wird. Im Gegenteil! Es wird eine genügend große Zahl von Mitgliedern, namentlich aus der Beamtenschaft und den Reihen der Festbesoldeten überhaupt, gründlich abzurechnen wissen!

H. G. — E. K.

Familienkarte statt Mehlbezugskarte?

Wie verlautet, ist die Umwandlung der Mehlbezugskarte in eine „Familienkarte“ geplant und zwar, wie es heißt, um die Doppelbelieferung solcher Haushaltungen zu verhüten, welche mehreren Konsumentenorganisationen angehören. — Die Verhinderung der Doppelversorgung Einzelner auf Kosten und zum Schaden der Allgemeinheit ist gewiß Pflicht, es fragt sich nur, ob dies nicht durch andere Vorkehrungen ebenso oder noch besser zu erreichen ist, als durch die Einführung einer „Familienkarte“, die naturnotwendig wieder zu einer schweren Schädigung des Legitimen Kaufmannstandes führen würde. Da die Konsumvereine und die während des Krieges wie Pilze aus der Erde geschossenen Konsumstellen erklären, sie werden künftig alle gesperrten Waren nur mehr an jene abgeben, die auch das Mehl bei ihnen beziehen, also nur mehr auf die Mehl-Familienkarte, so sind die Käufer gezwungen, zwischen den Konsumvereinen und den Kaufleuten hinsichtlich aller Waren — denn was ist heute nicht alles gesperrt! Und in Zukunft wird sich die Zahl der „freien“ Waren noch weiter verringern — ein für allemal zu entscheiden. Die Furcht, beim Kaufmann einmal die eine oder andere Ware nicht zu bekommen, weil erfahrungsgemäß die Konsumvereine und Konsumstellen von den Zentralen ebenso, wie beim Mehl die Brotfabriken vor den Bäckereien, bevorzugt und reichlicher „beliefert“ werden als die steuerzahlenden Kaufleute, müßte wieder eine Anzahl von Verbrauchern gegen ihren Willen und gegen ihre Ueberzeugung dem Kaufmann abspenstig machen und den Konsumvereinen zuführen. Die Propaganda, die in solchen Fällen ja immer einsetzt, würde das übrige tun. Bei der Brotrationierung erlebte man ja das gleiche. Zu vielen Tausenden liefen den Bäckern ihre alten Kunden davon und den Brotfabriken zu, in der durch den bekannten Statthaltererlaß noch gesteigerten Angst, andernfalls tagelang kein Brot zu bekommen. Dieses System des unbarmherzigen Loshämmerns auf den Mittelelftand darf nicht fortgesetzt werden, es muß im Gegenteil endlich damit gebrochen werden. Es muß eine andere Möglichkeit des Durchhaltens gefunden werden, als die planmäßige Zertrümmerung ganzer Gruppen von Existenzen, die nicht nur gute Steuerzahler sind, deren in Zukunft der Staat mehr denn je bedürfen wird, sondern auch nächst den Produzenten, nächst dem Nährstand zu den konservativsten Stützen des Staates zählen. Es geht nicht an, unter dem Titel „Verhinderung von Doppelversorgung“ dem legitimen Handel auch noch den Rest der Kunden abschrecken zu wollen. Zu Beginn des Krieges hat Unverstand damit angefangen, die natürliche Kundenrationierung, wie sie vor dem Kriege in der Form der „festen Einkaufsquelle“ der Haushaltungen bestand, gewaltsam zu zertrümmern, statt sie zeitgemäß auszugestalten. Mähsam mußte man später unter dem Zwange der Erfahrungen, nach vielen geopfertem Existenzen, eine künstliche Erfahrungsrationierung schaffen. Soll jetzt wieder ein neuer Druck auf die Haushaltungen zum Verlassen ihrer bisherigen Einkaufsquellen und zugunsten der Konsumvereine ausgeübt werden? Bei einigem guten Willen und einem bißchen Nachdenken wird sich leicht ein anderes Mittel zur Vermeidung von Doppelversorgungen finden lassen, eines, durch das niemandem ein Unrecht geschieht.

23. III. 1917

Die Reichenberger Kammer gegen die Konzentration der Industriebetriebe. Aus Reichenberg wird uns gemeldet: Um der Industrie des Reichenberger Kammerbezirkes Gelegenheit zu geben, in Berücksichtigung ihrer besonderen Verhältnisse zur Frage der Konzentration der Betriebe Stellung zu nehmen, ist kürzlich unter dem Vorsitz des Kammerpräsidenten Karl Kirchhof in der Reichenberger Handels- und Gewerbekammer eine Enquete abgehalten worden, die aus allen Teilen des Kammerbezirkes außerordentlich stark besucht war und zu der Vertreter fast aller im Kammerbezirke ansässigen Industrien erschienen waren. Uebereinstimmend wurde von allen Teilnehmern der Enquete die Anschauung vertreten, daß die von einer Konzentration der Betriebe erhofften Vorteile nicht im Verhältnis stehen zu den Nachteilen, die in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht der Industrie, der Arbeiterschaft und auch den Gemeinden und Bezirken daraus erwachsen würden. Weder würde dadurch gegenüber dem Kohlenmangel Abhilfe geschaffen, noch dürfte aus einer solchen Zusammenlegung in anderen für die Kriegswirtschaft in Frage kommenden Beziehungen ein wesentliches Ergebnis erzielt werden. Eine Requisition der etwa vorhandenen Rohstoffe und der Maschinen in den zur Stilllegung bestimmten Betrieben müsse aber geradezu als außerordentlich bedenklich im Hinblick auf die spätere Wiederinbetriebsetzung dieser Unternehmungen angesehen werden. Auch würde eine sehr geraume Zeit vergehen, bis die Wirkungen einer solchen Maßnahme in Erscheinung treten könnten. Die Industrie ist sich ihrer Pflichten den staatlichen Bedürfnissen gegenüber voll bewußt und gewiß jederzeit auch bereit, Opfer auf sich zu nehmen; sie müsse jedoch vor solchen Maßnahmen warnen, die, ohne einen unbedingten Erfolg zu verbürgen, zu schweren Schädigungen der Industrie und des Gewerbes führen könnten.

Die Zweischneidigkeit des Wirtschaftskrieges. Es wird nicht so leicht sein, den Vierverband nach dem Kriege wirtschaftlich beisammen zu halten, wie sich das die Herren von der Pariser Wirtschaftskonferenz vorgestellt haben. Eine der Hauptchwierigkeiten liegt in dem parallelgehenden Bestreben, ein engeres wirtschaftliches Verhältnis zwischen dem englischen Mutterland und den Kolonien durch gegen'eitige Vorzugsbills herzustellen. Dagegen beschwerten sich die Bundesgenossen, Franzosen und Russen, schon jetzt. Wie soll zum Beispiel russisches Getreide in England konkurrieren können, wenn das kanadische Getreide dort einen Vorzugszoll genießt? Aber mehr als das, schon der erste Versuch, eine praktische Konsequenz aus den bisherigen Beschlüssen des Reichskomitees über die künftige Tarifreform zu ziehen, hat in England die lebhafteste Unruhe hervorgerufen. Bekanntlich hat die indische Regierung zur Fundierung der 100-Millionen-Pfund-Anleihe, welche sie England als Kriegskostenbeitrag zur Verfügung stellt, u. a. eine Erhöhung der Baumwollwarenzölle von 3% auf 7% beschlossen, ohne gleichzeitig eine entsprechende Verbrauchssteuer für die indische Baumwollindustrie vorzuschreiben. Diese Nachricht hat in Lancashire, dem Sitz der englischen Baumwollindustrie, wie eine Bombe gewirkt. Die indische Sektion der Handelskammer von Manchester verlangt die Suspendierung der Zollerhöhung, bis das handelspolitische Verhältnis zwischen England und seinen Kolonien im Detail geregelt sei, oder zumindest Einführung einer indischen Verbrauchssteuer in der gleichen Höhe. Daily News macht sich zum Träger dieser Bewegung. Wort der Baumwollindustrie in Lancashire, sagt das Blatt, leben 5 Millionen Menschen, sie verarbeitet Rohbaumwolle im Wert von 70 Millionen Pfund und erzeugt daraus jährlich einen Wert von 170 Millionen Pfund. Diese Industrie kann sich nicht behaupten, ohne ihren Export nach China und Indien. Der chinesische Markt ist während des Krieges durch die Japaner sehr eingeengt worden und wird nicht leicht zurückzuerobert sein. Jetzt will man ihr noch Indien nehmen, wo sie 25 Millionen Pfund im Jahre absetzt. Das sei die erste Wirkung der Beschlüsse des Balfour of Burley Comites über die Tarifreform. Wenn man den Kriegshatz beüben wolle, um eine Mauer gegen Deutschland zu errichten, gut! Aber man bereite ja Zollmauern vor gegen die Kolonien, gegen Frankreich, gegen die Neutralen! Dann könne man freilich nicht mehr verlangen, daß die Kolonien die englischen Waren zollfrei hereinlassen. Der Krieg habe die Ueberlegenheit des Freihandelsystems gegenüber dem Schutzzollsystem bewiesen. Kein Staat habe wirtschaftlich im Krieg so großartiges geleistet wie der Freihandelsstaat England: es wäre zu diesen Leistungen niemals fähig gewesen, wenn es sich durch Zölle geschützt hätte. Das Freihandelsystem habe sich im Kriege gegenüber dem Schutzzoll bewährt als ein Schwert aus Stahl gegen ein Schwert von Butter. Die Einführung des Schutzzollsystems in England würde nicht Deutschland, sondern England schädigen.

Wirtschaftspolitische Ausblicke.

Zu dem in der Ausgabe des Blattes vom 18. d. erschienenen Artikel „Wirtschaftspolitische Ausblicke“ haben wir bereits die Ausführung des früheren Handelsministers Herrn Doktor Franz Stibral wiedergegeben. Im Nachstehenden lassen wir die Darlegung des Herrn Reichsrats-Abgeordneten Univ.-Prof. Doktor Josef Redlich folgen.

Universitätsprofessor Dr. Josef Redlich.

Mitglied des österr. Abgeordnetenhauses.

Im dem Artikel „Wirtschaftspolitische Ausblicke“ wird gesagt, daß die etwaige Annäherung der österreichisch-ungarischen Monarchie und Deutschlands den Charakter der Exklusivität nicht haben soll. Ich stimme damit vollständig überein. Ich bin vom Anfang an Gegner jener Politik, die — hauptsächlich von alldeutscher Seite — unter dem Schlagwort „Hamburg-Bagdad“ betrieben worden ist. Mit Bagdad sieht es wohl jetzt wenig erfreulich aus! Ich halte auch nichts von der „mitteleuropäischen Schützengemeinschaft“ Naumanns in seinem „Mittteleuropa“. Ich bin auch nicht der Ansicht, daß für uns Oesterreicher und Ungarn der Zweck dieses Krieges sein kann, an der Ausrichtung einer „mitteleuropäischen“ wirtschaftlichen Autarkie unter Deutschlands Führung mitzuwirken. Denn ich halte die Autarkie für eine professorale Utopie und übrigens gar nicht für wünschenswert. Wir haben alles Interesse, daß Oesterreich-Ungarn und Deutschland alsbald nach dem Kriege kräftige Träger der Weltwirtschaft sein und aller Vorteile, die sich aus möglichst freiem Wirtschaftsverkehr ergeben, teilhaftig werden mögen. Ich kann, bis ich es nicht sehe, nicht glauben, daß die Pariser Wirtschaftskonferenz der Entente und deren Programm in Wirklichkeit umgesetzt werden, ja ich glaube nicht einmal an einen starken Erfolg der Schutzollbewegung im British Empire nach dem Kriege. Der ungeheure Hunger nach Waren, der die ganze Erde, sobald der Friede abgeschlossen ist, beherrschen wird, dürfte das Gegenteil der Politik der wirtschaftlichen Abschließung der großen Völker und Reiche herbeiführen. Da ich auch nicht glaube, daß der furchtbare Völkermord, den der Krieg gezeitigt hat, ihn lange überdauern wird, da ich fernat überzeugt bin, daß der kommende Friede eine gründliche und dauernde Umgestaltung des politischen Wesens in Europa, die sich im Frieden und friedlich vollziehen wird, zur Folge haben muß, so sehe ich auch nicht ein, warum Oesterreich-Ungarn und Deutschland jetzt in irgend einer Weise sich selbst den Weg zum Weltmarkt verstopfen sollten. Speziell vom Standpunkte der deutschen Interessen wäre das gerade unsinnig. Ich bin von einem großen Teile der handelspolitischen und produktionspolitischen Literatur, die jetzt in Wien gemacht wird, sehr wenig befriedigt. Ich glaube nun einmal nicht an die Segnungen des Staatssozialismus, zumal wenn er von einer Beamtenchaft repräsentiert wird, wie unsere „juristisch“ erzogene Bürokratie. Ich habe die Hoffnung, daß der künftige Friede ein liberaleres Europa schaffen wird, wobei ich unter „liberal“ auch in wirtschaftlichen Dingen jene politische Entwicklung meine, die mehr Heil für das Ganze von den Individuen und ihrer Tüchtigkeit erwartet, als von den unzähligen und überzähligen „Organisationen“, die die harte Not des Krieges notwendig gemacht und geschaffen hat.

28. III. 1917

* (Bürgermeister Dr. Weiskirchner über Kredithilfe nach dem Kriege.) Am 25. d. fand im Gemeinderats-Sitzungssaale des Neuen Rathhauses die 73. ordentliche Generalversammlung des Kreuzervereines statt. Bürgermeister Dr. Weiskirchner, der an der Versammlung teilnahm, sagte, man müsse anerkennd der Männer gedenken, die vor 70 Jahren die Idee dieser Art Hilfe für die Klein- und Gewerbetreibenden erfaßt haben. Was er namens der Gemeinde für den Verein geleistet, sei auf fruchtbarem Boden gefallen und habe Segen entkalt. So weit ausgreifend die charitative Hilfe des Rathhauses sei, könne es Hunderten, vielleicht Tausenden, niemals aber allen helfen. Die Verhältnisse nach dem Kriege werden solche sein, daß es des Aufgebotes aller Kräfte bedürfen werde, um den Stolz der städtischen Bevölkerung, den erwerbenden bürgerlichen Mittelstand, aufrechtzuerhalten. In dieser Beziehung, fuhr Dr. Weiskirchner fort, ist eine weit ausgreifende, tiefgehende Kreditorganisation für alle jene, welche diesem Berufsstande angehören, nötig, und es wurde hier in diesem Saale im Schoße des Gemeinderates bereits vor längerer Zeit auf die Notwendigkeit einer solchen großen Hilfe hingewiesen; wir sind uns aber bewußt, daß selbst die reiche Gemeinde Wien mit ihren Mitteln nicht allein imstande ist, diese Organisation durchzuführen, sondern daß es des Zusammenwirkens von Staat, Land und Gemeinde bedürfen wird, um jene Mittel bereitzustellen, die notwendig sein werden, um das von uns gewünschte Ziel: Stärkung und Förderung des Gewerbes, auch tatsächlich zu erreichen. Allerdings werden wir dankbar sein, wenn alle jene Vereine und insbesondere dieser, in dessen Generalversammlung ich heute spreche, sich in den Dienst dieser großen Sache stellen werden. Der Verein heißt noch immer „Kreuzerverein“; aber der Kreuzer ist längst verschwunden; er erinnert uns an Zeiten, die wir jetzt als bessere Zeiten betrachten, und wir werden auch unter der Kronen-

währung Ersprießliches leisten können, und der Verein wird nicht Hellenverein heißen müssen! Bleiben wir bei dem altherwürdigen Titel, bei der altherwürdigen Firma, aber passen wir den Organismus den neuen Zeiten zielbewußt an, und darum nehmen Sie heute von mir im Namen des Wiener Gemeinderates das Versprechen entgegen, daß wir hier bemüht sein werden, alle unsre Kräfte aufzuwenden, um jene Kredithilfe zu organisieren, die am meisten Zuversicht dafür bietet, daß der Staat und das Land Niederösterreich ihre Pflicht gegenüber dem Gewerbebestand erfüllen; und helfen Sie auch mit, denn wenn alle zu einem Ziele streben, wird es uns gelingen, das zu erhalten, was wir als wesentlichen Bestandteil jeder Stadt erkennen: einen fräftigen und gesunden Gewerbebestand als bürgerliches Bollwerk der Großstadt Wien.“ Präsident Gemeinderat Langer dankte in warmen Worten dem Bürgermeister und gab dann in großen Zügen ein Bild der Geschäftsabwicklung im Jahre 1916. Er wies darauf hin, daß der Kreuzerverein, sich dem Zeitgeist anpassend, auch Gelder für Rechnungszessionen von staatlichen, kommunalen und ärarischen Arbeiten vor schußweise gibt. Dann hielt der Präsident weiland Kaiser Franz Josef einen warmen Nachruf, den die Versammlung stehend anhörte. In Kaiser Karl wurde folgende Depesche gesendet: „Die heute im Gemeinderats-Sitzungssaal tagende 73. ordentliche Generalversammlung des Kreuzervereines zur Unterstützung von Wiener Gewerbetreibenden trauert mit ihren Mitgliedern über den Heimgang des weisen, gütigen Landesvaters, Sr. Majestät weiland Kaiser Franz Josef I., der ein großer Wohltäter seiner Völker war. Der Kreuzerverein hatte das große Glück, weiland Se. Majestät Kaiser Franz Josef I. zu den langjährigen großen Wohltätern zu zählen, indem Se. Majestät dem Verein seit dem Jahre 1856 alljährlich eine namhafte Spende zufließen ließ. Wir betrauern in dem guten, edlen Landesvater auch unsern großen Wohltäter und werden weiland Sr. Majestät unser ganzes Leben lang ein dauerndes, liebevolles Andenken bewahren. Gleichzeitig entbietet die Generalversammlung Euer Majestät Kaiser Karl I. Glück- und Segenswunsch mit unwandelbarer Treue dem gesonten Herrscherhause gegenüber, und bittet untertänigst, Se. Majestät möge auch dasselbe Wohlwollen dem Kreuzerverein entgegenbringen.“ Mit einem dreifachen Hoch auf Kaiser Karl schloß die Versammlung.

Unsere Industrie nach dem Kriege.

Die gewaltigen wirtschaftspolitischen Probleme, welche nach Beendigung des Krieges zu lösen sein werden, beschäftigen alle wirtschaftlichen und politischen Kreise. Es heißt jetzt bereits das wirtschaftliche Haus bestellen, die Fundamente des Wirtschaftsgebäudes der Zukunft aufzurichten und vor allem in weitestgehendem Maße Vorsorge zu treffen, daß das Vakuum zwischen Kriegswirtschaft und normaler Friedenswirtschaft, dem mit einem gewissen Bangen entgegengesehen wird, ohne Schädigung der inländischen Industrie und des inländischen Handels ausgefüllt werde. Alle wichtigen öffentlichen Emunziationen der letzten Zeit haben sich mit dieser Frage beschäftigt. Der Finanzminister Dr. v. Spitzmüller hat auf die Notwendigkeit hingewiesen, daß in der Zeit der sogenannten Ubergangswirtschaft Produktionseinschränkungen auf das unumgänglichste Maß reduziert werden müssen. Unsere Industrie, die sich den gewaltigen Aufgaben, zu deren Lösung sie urplötzlich berufen wurde, in so glänzender Weise gewachsen gezeigt hat, vermöchte auch einen eventuellen kleinen Rückschlag diesmal unschwer zu verwinden. Der Krieg, den sie anfänglich so sehr fürchtete, hat ihr nicht allein dazu verholfen, große Errägnisse zu erzielen, sondern auch ihre unzerstörbare, ursprüngliche Schaffenskraft in ganz neuem Lichte und vor ganz neuen Aufgaben zu erweisen. Die ungeahnte Blüteperiode der Industrie ermöglichte es auch, wie aus den bisher erschienenen Bilanzen zu ersehen ist, den Banken, nahezu sämtliche Industrieaktien, auf welchen sozusagen eine dicke Schichte von Staub und Spinnweb lagerte, zu ungeahnt günstigen Bedingungen abzugeben. Nicht allein, daß beträchtliche Abschreibungen, die auf diese Effektenpalette vorgenommen worden waren, frei wurden, sind den Banken auch ganz unerwartet schwertwiegende Emissionsgewinne in den Schoß gefallen!

Alles oder doch vieles wird vom Augenblick des Friedensschlusses ab davon abhängen, auf welche Weise eine Verlängerung der zu kurz gewordenen Rohstoffdecke wird erfolgen können. Mit einem von allen Seiten erfolgenden Ansturm nach Rohstoffen und nach Schiffsraum muß selbstverständlich gerechnet werden. Für Oesterreich-Ungarn wie für Deutschland wird hierbei auch die Frage der ausreichenden Devisenbeschaffung eine wichtige Rolle spielen. Wir sind insofern ungünstiger daran als andere Großstaaten, als wir über einen verhältnismäßig nur geringen Besitz an ausländischen Wertpapieren verfügen, den wir für die Zwecke der Devisenbeschaffung werden abzustößen vermögen. An einen namhaften Warenexport an Stelle des Effektenexports werden wir wohl durch geraume Zeit nicht denken können, weil wir erst unsere eigenen durch den Krieg erschöpften Lager, unsere Warenbestände werden auffüllen müssen. Die Industrie wird aber auch weiterhin durch Staatsaufträge sehr reichlich befruchtet werden. Wird doch die Reetablierungstätigkeit, der Wiederaufbau der durch den Krieg verwüsteten Gegenden und nicht zuletzt die Ergänzung des Kriegsmaterials viele Industriezweige durch sehr geraume Zeit in lebhaftester Tätigkeit versetzen. Auch der Bauindustrie und dem Baugewerbe werden sich, da die schon wegen des Mangels an Arbeitern ins Stocken geratene Bautätigkeit einen größeren Aufschwung nehmen dürfte, große Aufgaben erschließen. Die gegenwärtige Hochspannung, unter welcher die Industrie arbeitet, wird aufhören und ihre Tätigkeit wird wieder in ein ruhigeres Bett geleitet werden.

* * *

Zur rechten Zeit wurden eben jetzt zur Neuordnung der staatlichen Verwaltungstätigkeit auf dem Gebiete der Ubergangswirtschaft wichtige Verfügungen getroffen. Eine interministerielle Kommission und ein General-Kommissariat für Kriegs- und Ubergangswirtschaft wird ins Leben gerufen. Auch nach Beendigung des Krieges wird an Stelle der jetzigen von Staats wegen geschaffenen Organisationen nicht volle Freiheit des wirtschaftlichen Lebens treten können. Es gilt, gefährliche Rückschläge zu vermeiden, den Außenhandel und internationalen Zahlungsverkehr zu regeln, den Wert unserer Währung wiederherzustellen, die Verkehrsfragen zu lösen, den Export sowie die industrielle und landwirtschaftliche Produktivität zu heben und vor allem bei den aroken Rohstoff-

bezügen aus dem Auslande, die nach dem Kriege notwendig sein werden, ein gegenseitiges Wettlaufen und Ueberbieten, worunter letzten Endes nur die Verbraucher leiden müßten, hintanzuhalten. Wie die Kriegszeit wird auch die Zeit nach dem Krieg völlig neuartige Wirtschaftsverhältnisse bringen. Die Anpassung an diese Verhältnisse anzubahnen und zu ermöglichen, wird die schwere aber dankenswerte Aufgabe der neuen Organisation sein.

Die Generalversammlung des Ersten Wiener Konsumvereins.

1 Krone 40 Heller Tageseinkauf eines Mitgliedes!

Eine Hausfrau schreibt uns: Wir Mitglieder des Ersten Wiener Konsumvereines erhalten also heuer als Rückvergütung nur vier v. H. So wurde in der Generalversammlung beschlossen, von deren Ergebnis wir nur durch die Zeitungen etwas erfahren. Die seinerzeit durchgeführte Statutenänderung hat es bekanntlich erwirkt, daß wir Mitglieder nicht persönlich zu den Generalversammlungen kommen können, sondern bei ihnen nur durch sogenannte Delegierte vertreten sind. Heute ist nun in den Blättern ein kurzer Bericht über die diesjährige Versammlung erschienen. Wir erfahren daraus, daß dem Vorstand außer dem Absolutorium auch Tantien von 5 v. H. erteilt wurden, während die Geschäftsleitung eine Anerkennung in Form von 4 v. H. des Reingewinnes bekam. In dem Berichte sind nur diese bescheidenen Ziffern 5 und 4 genannt. Wenn man sich das aber ausrechnet, ergibt dies bei dem ausgewiesenen Reingewinn von 1.530.932 K die netten Summen von K 66.546-60, bzw. K 61.237-28. Dagegen wird in den vorliegenden Berichten die Rückvergütung von 4 v. H. des Warenbezuges in ihrer vollen Höhe von K 1.216.202 genau angeführt, wohl zu dem Zwecke, damit wir Mitglieder sehen, wie großartig und segensreich der E. W. K. B. arbeitet.

Bei den anderen Zahlen, die sich in dem Berichte ziemlich spärlich vorfinden, muß sich eine einfache Frau wie ich selbst hinsetzen um ihre Bedeutung herauszurechnen. Ich lernte dabei ganz hübsche und interessante Dinge. Die Zahl der Mitglieder ist im Jahre 1916 um 1273 gestiegen und beziffert sich auf 61.367. Die Steigerung der Mitglieder betrug daher kaum 2 v. H. Die Barlozung stieg um fast dreieinhalb Millionen auf K 31.614.595, d. h. also um ungefähr $13\frac{1}{2}$ v. H. Man kann aus diesen Zahlen entnehmen, daß die Preise im Konsumverein wie auch anderswo gewaltig gestiegen sind. Diese Tatsache soll dem E. W. K. B. gewiß nicht vorgeworfen werden, ich habe sie nur erwähnt, um die nachfolgende Feststellung ins rechte Licht zu rücken, die mir ganz außerordentlich bezeichnend erscheint.

Der Konsumverein hat also einen Umsatz von K 31.614.595 im abgelaufenen Jahre gemacht, zu welcher 61.367 Mitglieder teilnahmen. Eine einfache Rechnung ergibt nun, daß im abgelaufenen Jahre auf ein Mitglied die Barlozung von K 515-18 entfällt und eine weitere Division zeigt ($515-18 : 366$), daß der Tageseinkauf durchschnittlich — man lese und staune — eine Krone vierzig Heller betrug. Da nun auf ein Mitgliedsbuch gering gerechnet mindestens drei Personen kommen, hat der E. W. K. B. seine hohen Ziele in der Weise erfüllt, daß auf die Person ein Tageseinkauf von weniger als einer halben Krone entfiel! Es ist dies meiner Ansicht nach das kläglichste Armutszugnis, das er sich ausstellen kann. Bei der allgemeinen Tenierung, von der natürlich auch der E. W. K. B. nicht verschont blieb, zeigt dies klar, wie wenig die Mitglieder von „ihrem“ Verein hatten und wie sie fast ihren ganzen Bedarf an anderen Stellen decken mußten.

Diese Feststellung glaubte ich, dem „Abend“ zur Veröffentlichung einsenden zu müssen, da ich fürchte, daß sich nur wenige andere Hausfrauen die Mühe nehmen werden, die heute veröffentlichten Zahlen daraufhin zu prüfen, was sie ihnen sagen. Daß unter diesen Umständen die Rückvergütung durchschnittlich nur 20 K beträgt, kann nach dem Gesagten niemand verwundern. Es klingt daher förmlich wie Hohn, wenn in dem Berichte „die unerschütterliche Widerstandsfähigkeit des Hinterlandes“ betont wird. Der E. W. K. B., bei dem die einzelne Familie nur für eine Krone vierzig Heller einkaufen konnte, hat wahrlich nicht viel dazu beigetragen, die Widerstandsfähigkeit zu stärken.

Das Kriegsschicksal der Automatenbäckerei.

Die alles verändernde und einschränkende Wirksamkeit des Krieges hat auch die Automatenbäckerei, die zur Friedenszeit vom Wiener um einer aufertourlichen Kaufe willen so gern aufgesucht wurden, nicht verschont. Jung und alt drängte sich früher vor den Automaten, die gegen Einwurf eines Neun- oder Zwanzighellerstückes ein Käsebrot, ein mit Wurst, Sardinen oder anderen Delikatessen belegtes Brot verabreichten. Diese belegten Brote waren auch ziemlich ausgiebig und ebenso die Tortenstücke, die man in den Automatenbäckereien erhielt. Als jedoch der Krieg kam und durch die Einführung der Brotkarte sich bemerkbar zu machen begann, da sahen sich bereits die Automatenbäckereien in ihrer Existenz bedroht. Doch die Surrogate haben auch für einen „Proterias“ Vorfrage getroffen, und bald prangte in allen Automatenbäckereien ein Täfelchen: „Belegte Brötchen ohne Brotmarken!“ Unter der Glashülle des Automaten präsentierte sich eine Scheibe Kleinbrot mit einem Käse- oder Wurstbelag. Als dann die Preise für Käse, Wurst, Sardinen und die anderen Delikatessen immer höher stiegen, haben die Automatenbäckereien die Kleinbrötchen um des Belages willen immer kleiner werden lassen. Was man heute in diesen immer mehr ihre Vollständigkeit verlierenden Bäckereien bekommt, ist bereits ein winziger Bissen. Wenn man jetzt ein Automatenbäckerei betritt, wird man fast jeden zweiten Automaten leer finden. Ein so winzig kleines und dünnes Stück Kleinbrot, bestrichen mit schlechtem Diptauer, früher trotz der bedeutend größeren Portion und weit besseren Qualität um 10, jetzt um 20 Heller erhältlich, oder belegt mit einem kaum sichtbaren Fischchen — da sind heute die „Speisen“, die in Automatenbäckereien dargeboten werden. Zuckerbäckereien sind dort schon lange nicht mehr zu haben. In

manchen Bäckereien bekommt man noch gegen Einwurf eines Zwanzighellerstückes ein halbes Biskuit. Ein Gläschen Likör ist auch nur mehr gegen Einwurf von zwei Zwanzighellerstücken erhältlich. Die Automatenbäckereien haben infolge dieser Zustände an Beliebtheit verloren, und die zahlreichen Besucher finden sich nur noch zu der Zeit ein, wo Bier ausgeschenkt wird. In den Automatenbäckereien darf nämlich nur an drei Stunden des Tages Bier ausgeschenkt werden. Da man hier jedes gewünschte Quantum erhält, haben die Bäckereien zu dieser Zeit — zumeist eine Stunde am Vormittag und zwei Stunden am Abend — lebhaften Zuspruch.

8./IV. 1917.

(Bulgarische Wirtschaftsverfügungen.) Aus
Sophia wird gemeldet: Die Sobranje hat ein
Gesetz angenommen, wodurch alle mittelbaren und
unmittelbaren Handelsbeziehungen mit
Angehörigen feindlicher Staaten sowie mit
Firmen in diesen Ländern untersagt, alle abge-
schlossenen Geschäfte für nichtig erklärt werden und
die Sequestrierung der Vermögensschaf-
ten feindlicher Ausländer angeordnet wird. Weiters
hat die Sobranje endgiltig ein neues Gesetz be-
treffend die Verpflegung der Armee und der
Civilbevölkerung angenommen, die von jetzt an einem
eigens für sie bestimmten Direktor an Stelle des bis-
herigen parlamentarischen Ausschusses übertragen
wird. Der neue Direktor wird militärischen Kreisen
entnommen werden und fünf technische Beiräte zur
Seite haben.

Der Abend
12. IV. 1917

u
212
21

Die Angestellten und die Preistreiberei- Verordnung.

Der Gehilfenausschuß des Gremiums der Wiener Kaufmannschaft hielt gestern eine sehr zahlreich besuchte Versammlung ab, in der Obmann Pich in längerer Rede gegen die Ungenauigkeiten und die Unklarheit der neuen Preistreiberverordnung Stellung nahm. Das Wesentliche seiner Ausführungen war: Die neue Verordnung ist unklar und ungerecht, denn sie trifft in gleicher Weise Unternehmer und Angestellte. Der Angestellte ist aber an einer Preistreiberei nie so beteiligt wie der Unternehmer, hat auch kein solches Interesse daran und ist infolge seiner Abhängigkeit von dem Unternehmer nur dessen Werkzeug. Diese Rede wurde mit großem Beifalle aufgenommen und eine Kundgebung angenommen, die eine Überprüfung der Verordnung fordert.

In dieser Sache können wir die Partei der Angestellten nur bedingt nehmen. Wir begreifen selbstverständlich nur zu gut, daß der Angestellte keinen Einfluß auf die Geschäftsführung nehmen kann und daß ein Widerspruch seine Kündigung fast immer zur sicheren Folge hätte; aber in diesem Falle ist die Anzeigepflicht eine soziale Pflicht, und wir glauben nicht, daß eine aus solchen Gründen erfolgte Kündigung vor Gericht bestehen würde. Deshalb ist es notwendig und wird hiemit gefordert, daß der Angestellte strafflos zu bleiben hat, wenn er die Mitwirkung an der Preistreiberei verweigert, und daß eine aus diesem Anlasse ausgesprochene Kündigung rechtsunwirksam bleibt.

Falsche Solidarität.

In der Geschäftswelt herrscht jetzt unleugbar eine gewisse Beunruhigung, und als Grund dafür wird angegeben, daß durch die neue Verordnung gegen Preistreiberei die wirtschaftlichen Grundlagen des Handels gefährdet seien. Die Verordnung, hört man sagen, enthalte so dehnbare Bestimmungen, daß auch der solide Kaufmann sich nicht mehr sicher fühlen könne. Die Grenze zwischen erlaubtem und unerlaubtem Gewinn sei nicht zu erkennen, alles bleibe dem richterlichen Ermessen überlassen — wer könne aber bei solcher Rechtsunsicherheit des Handels und Wandels überhaupt noch Geschäfte machen? Das sind Klagen, die jetzt übereinstimmend von vielen Seiten laut werden, aber der unbefangene Hörer gewinnt dabei doch den Eindruck, daß es eine ganz bestimmte Seite ist, die diese übertriebenen Befürchtungen in die Welt setzt. Wirklichen Grund, die Strenge des Gesetzes zu fürchten, haben doch nur jene, die eben davon getroffen werden sollen: die Preistreiber nämlich. Und sie haben ein sehr verständliches Interesse daran, den Kreis der vermeintlich Betroffenen zu erweitern, ihn womöglich auf die gesamte Kaufmannschaft auszudehnen und eine künstliche Solidarität zwischen dem redlichen Handel und der wucherischen Spekulation herzustellen. Der anständige Geschäftsmann aber soll sich gegen solche Versuche zur Wehr setzen und sich von den

Bangemachern nicht beirren lassen. Die Gefahren, die ihn angeblich auf Schritt und Tritt bedrohen, sind gar nicht so schlimm. Ja, aber die neue Verordnung — wird man einwenden —, diese dehnbaren Bestimmungen, diese fürchterlichen Strafen! Als ob es nicht in der österreichischen Strafgesetzgebung seit jeher von Raufschußparagrafen gewimmelt hätte. Wir Journalisten zum Beispiel sind seit Menschengedenken daran gewöhnt, unter solchen Paragraphen und Strafandrohungen zu leben und zu arbeiten, und haben uns dadurch nie bange machen lassen. Wenn der Kaufmann Gesetzestexten gegenüber ängstlicher ist, so möge er sie einfach nicht lesen. Hat er zur Friedenszeit täglich die Betrugsparagrafen des Strafgesetzbuches gelesen? Wozu braucht er sich zur Kriegszeit in die Lektüre der Preistreiberverordnung zu vertiefen? Laien, die mit der Technik und Sprache der Gesetze nicht vertraut sind, verfallen bei solcher Lektüre leicht in kriminalistische Wahnvorstellungen, ebenso wie Laien, die medizinische Bücher lesen, sich einzubilden pflegen, von allen dort geschilderten Krankheiten befallen zu sein.

Wie soll aber der Kaufmann ein Gesetz befolgen, wenn er sich mit dessen Bestimmungen nicht genau vertraut macht? So nahelegend dieser Einwand scheint, er widerlegt sich doch durch die tägliche Erfahrung. Der ehrenhafte Kaufmann bedarf nicht erst der Vertiefung in Gesetzeslektüre, um zu wissen, welche Art von Geschäftsführung statthaft und welche unstatthaft ist. Das sagt ihm sein natürliches Rechtsgesühl, das sagt ihm die sittliche Ueberzeugung, zu der er in der Schule des Lebens herangereift ist. Und sollte er in dem einen oder anderen Falle Zweifel hegen, so braucht er nur einen Blick auf das ihn umgebende Geschäftsmilieu zu werfen — der anständige Kaufmann wird sich eben in einem anständigen Milieu bewegen — und er wird aus der Durchschnittsübung, die hier herrscht, unschwer erkennen, was allgemeiner Geschäftsbrauch ist und was nicht. Nur derjenige, der über dieses Normalmaß hinausstwill, der außerordentliche, unerhörte Profite sucht, wird Grund zu der Annahme haben, daß er sich auf gefährlichen Wegen befinde. In diesem Falle aber ist die Unruhe, die ihn erfasst, eine sehr heilsame. Die Unruhe des Gewissens

gehört durchaus nicht zu den wirtschaftlichen Beunruhigungen, die man im öffentlichen Interesse vom Geschäftsleben ferngehalten sehen möchte. Das Gewissen, das jedem Menschen in kritischen Augenblicken sagt, wie viel es geschlagen hat, ist die gutgehende Uhr, deren gewiß auch der solide Kaufmann nicht entraten will und kann. Und wenn eine scharfe Verordnung gegen Preistreiberei vielleicht dazu beiträgt, ganz allgemein das kaufmännische Gewissen wieder einmal zu regulieren, so wird das den ehrenwerten Elementen des Standes wohl nicht unwillkommen sein — die anderen aber, die sich nicht regulieren lassen wollen, mögen eben die Folgen tragen. Eine wahre Solidarität zwischen dem anständigen Handel, der ein unentbehrliches Glied der Volkswirtschaft ist, und dem wucherischen Preistreibertum besteht nicht, und der bessere Teil soll es sich nicht gefallen lassen, in eine falsche Solidarität mit dem schlechteren Teil hineingeschwindelt zu werden.

14. IV. 1917

14
24

Auswärtige Wirtschaftspolitik, insbesondere die Handelspolitik vor und nach dem Kriege. *)

Wien, 18. April.

Die Erörterungen über die Frage, welche Richtung die auswärtige Wirtschaftspolitik nach dem Kriege einzuschlagen habe, wurden bisher meist von althergebrachten Anschauungsweisen beherrscht. Man behandelte bloß den Warenverkehr und die darauf bezügliche Politik (Zoll- und Handelspolitik) und hier den alten Widerstreit der Meinungen über Schutz Zoll und Freihandel, über die Meistbegünstigung, über den Grundsatz der „offenen Tür“ u. a., übersah aber die innige Wechselwirkung, die zwischen dem bloßen Warenverkehr und den übrigen Arten des zwischenstaatlichen Verkehrs (Wanderbewegung, Politik der Verkehrsmittel zu Land und zu Wasser, Kapitalienverkehr) einerseits und zwischen dem gesamten äußeren Wirtschaftsverkehr und der auswärtigen Politik selbst besteht.

Der Krieg hat nun die tatsächlichen Voraussetzungen des gesamten zwischenstaatlichen Verkehrs und somit auch der auswärtigen Wirtschaftspolitik grundlegend geändert. Auf handelspolitischem Gebiete brachte der Krieg ein völlig geändertes Bild: das Zerreißen vieler Fäden des internationalen Handels- und Geldverkehrs; die Handels- und Zahlungsverbote nach dem englischen Vorbilde; Ausfuhr- und Einfuhrbeschränkungen aus militär-, ernährungs- und valutapolitischen Gründen; gewaltige Verschiebungen der Handelsbilanzen; die überaus starke Zunahme der Einfuhren in den kriegsführenden Staaten, namentlich unserer Feinde; die Erstarkung der industriellen und finanziellen Organisationen und damit die Gefahr einer Schwächung der wirtschaftlichen Lage der Mittelstandsgruppen.

Von besonderer weltwirtschaftlicher Wichtigkeit ist die bedeutende Zunahme des Handels- und Geldverkehrs so großer Wirtschaftsgebiete wie Japans und der Vereinigten Staaten von Amerika. Japan und Amerika begegnen sich, vielleicht auf Grund besonderer Abkommen, darin, schon während des Krieges kommerziell, finanziell und schiffahrtspolitisch sich möglichst viele Absatzplätze zu sichern. Die eigene Produktion wird mit allen Mitteln gefördert, um die europäische, namentlich die deutsche und österreichische Einfuhr überflüssig zu machen. Bankfilialen werden überall gegründet und die Handelsflotte mächtig ausgebaut. Der wirtschaftliche Panamerika ist im Kriege neu erwacht. Die nordamerikanische Union dringt wirtschaftlich immer tiefer in die Staaten des Südens ein, beherrscht Industrien, Bergwerke, Eisenbahnen, Schifffahrt und gewährt zu günstigen Bedingungen Anlehen. Eine Folge dieser wirtschaftlichen und finanziellen Abhängigkeit ist auch das wahrscheinliche Einschwenken dieser Staaten in die gegen die Mittelmächte gerichtete Außenpolitik der Union.

Dazu kommen die wirtschaftspolitischen Kriegspläne der Staaten der Entente selbst, die Organisationen zur Förderung der Produktion namentlich solcher Waren schaffen, die bisher aus den Mittelmächten bezogen wurden. Angesichts dieser bedeutenden Veränderungen ergibt sich aus staats- und wirtschaftspolitischen Gründen die eherne Notwendigkeit für die Mittelmächte und ihre Verbündeten, sich zunächst selbst wie politisch so auch wirtschaftlich auf das innigste zusammenzuschließen, um gegenüber den bestehenden und entstehenden Imperien eine möglichst gute wirtschaftspolitische Rüstung zu besitzen. Alle Einwände gegen dieses Wirtschaftsbündnis, namentlich solche rein wirtschaftlicher oder gar nur zollpolitischer Natur, aber auch die im Verlaufe des Krieges selbst geänderten Wirtschaftsaussichten auf den Weltmarkt sind von viel zu geringer Bedeutung, um gegenüber der weltwirtschaftlichen und welpolitischen Notwendigkeit des Bedürfnisses Beachtung zu verdienen. Das gleiche gilt auch von den bis zum Kriege so eifrig erörterten Einzelfragen des österreichisch-ungarischen Ausgleiches.

Auch auf dem Gebiete des internationalen Kapitalienverkehrs hat der Krieg wichtige Lehren gebracht. Die volkswirtschaftliche und politische Bedeutung der Kapitalienwanderung wurde bei uns und in Deutschland viel zu gering eingeschätzt. In Oesterreich-Ungarn begnügte man sich mit dem bequemeren Inlandsgehalte und überließ sogar die für das Kapital und den Export so wichtigen Auslandsmärkte des Balkans und der Levante anderen Staaten, auch solchen, welche nunmehr zu unseren Feinden zählen. Eine im Verhältnis zur inländischen Betätigung des Kapitals nicht allzu große Auswanderung desselben, um in fremden Ländern wirtschaftliche Unternehmungen aller Art zu begründen und damit auch der heimischen Warenausfuhr dorthin zu dienen, muß als volkswirtschaftlich durchaus gesunde Erscheinung bezeichnet werden.

Das hauptsächlichste Gläubigerland, Großbritannien, wurde allmählich zu einem Schuldnerland, die Vereinigten Staaten dagegen aus einem Schuldner- zu einem der größten Gläubigerstaaten. Auch Frankreich verlor zusehends seine lange innegehabte herrschende Position als Gläubigerstaat. Einer der hauptsächlichsten Gründe, welche die führenden Männer der nordamerikanischen Union zum Eintritt in den Krieg veranlaßten, dürfte wohl die Absicht sein, die gewaltigen Anleihen der Entente in den Vereinigten Staaten zu sichern, indem man der Entente zu einer erfolgreichen Beendigung des Krieges verhelfen will. Die Gläubigerstaaten haben vor den Schuldnerstaaten auch währungspolitisch einen großen Vorsprung. In dieser Hinsicht kommt eine noch viel zu wenig beachtete internationale Finanzfrage in Betracht. England,

*) Am heute abend in der Volksversammlung des Niederösterreichischen Gewerbevereins gehaltenen Vortrage des Professors Dr. Rudolf Kobatsch.

Rußland, Japan mit Korea, China und die Vereinigten Staaten beherrschen insgesamt 90 Prozent der Goldproduktion. Die Abhängigkeit in der Beschaffung der metallischen Grundlage der Währung erfordert daher vom Standpunkte der Mittelmächte, die über fast keine eigene Goldproduktion verfügen, ein gründliches Studium. Diese Tatsache wird, abgesehen von dem praktischen Gesichtspunkte, daß die Notenbanken jahraus, jahrein Milliarden Werte an Gold unverzinslich liegen haben und daß gewaltige Goldmengen beständig auf der Wanderschaft sind, anlässlich der Friedensverhandlungen die Frage der Aenderung der Währungsgrundlage aufwerfen und man wird, wenn vielleicht auch nicht zur Beseitigung der Goldwährung, so doch zu einer wesentlichen Einschränkung ihres Geltungsgebietes, zur Goldkernwährung übergehen.

Sonstige Maßnahmen zur Wiederherstellung der Valuta wären am zweckmäßigsten zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn einverständlich zu treffen, doch sollte man sich von einer Psychose in valutapolitischen Dingen fernhalten. Die Entwertung der Valuta in früheren Kriegen wurde erfahrungsgemäß ziemlich rasch wieder beseitigt. Keinesfalls dürfte es zweckmäßig sein, durch eine Drosselung der Einfuhr bloß die eine Komponente des internationalen Geldwertes, die Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln, beeinflussen zu wollen; viel richtiger wird es sein, die andere Komponente, die ausländische Nachfrage nach inländischen Zahlungsmitteln, durch die möglichste Förderung der Ausfuhr günstiger zu gestalten.

Zum Schluß sei auf die Zusammenhänge zwischen dem auswärtigen Wirtschaftsverkehr und der auswärtigen Politik hingewiesen. Diese Zusammenhänge wurden oft bezweifelt, ja sogar verworfen. Die Geschichte lehrt aber das Gegenteil. Man hätte bei uns längst lernen müssen, daß Außenpolitik und Wirtschaft untrennbare Begriffe sind. Die Politik ist nur die ins Staatliche überlebte Wirtschaft und die Wirtschaftspolitik nur der Sammelname für die geeignetsten Mittel der Außenpolitik. Die politische Macht ist im Wesen wirtschaftlich-finanzielle Macht und beruht auf dem diplomatischen und journalistischen Geschick, die politische Macht in politisch gangbare Münze umzuprägen. Es gab aber ungelente Wirtschaftsriesen, Volksthe, die oft von einem politischen David niedergeworfen werden konnten. Auch hier hat der Krieg so manche Fehler der Vergangenheit aufgedeckt und Richtlinien für die Zukunft gezeigt.

(Die Handelspolitik vor und nach dem Kriege.) Ueber dieses Thema hielt gestern in der Volleröffnung des niederösterreichischen Gewerbevereines dessen Generalsekretär Professor Dr. Kobatsch einen Vortrag, welchem wir folgendes entnehmen: Die Erörterungen über die Frage, welche Richtung die auswärtige Wirtschaftspolitik nach dem Kriege einzuschlagen habe, wurden bisher meist von altüberbrachten Anschauungsweise beherrscht. Man bedachte bloß den Warenverkehr und die darauf bezügliche Politik (Zoll- und Handelspolitik) und überließ aber die innige Wechselwirkung, die zwischen dem bloßen Warenverkehr und den übrigen Arten des zwischenstaatlichen Verkehrs (Wanderbewegung, Politik der Verkehrsmittel zu Land und zu Wasser, Kapitalienverkehr) einerseits und zwischen dem gesamten äußeren Wirtschaftsverkehr und der auswärtigen Politik selbst besteht. Der Krieg hat nun die tatsächlichen Voraussetzungen des gesamten zwischenstaatlichen Verkehrs und somit auch der auswärtigen Wirtschaftspolitik grundlegend geändert. Von besonderer weltwirtschaftlicher Wichtigkeit ist die bedeutende Zunahme des Handels- und Geldverkehrs so großer Wirtschaftsgebiete wie Japans und der Vereinigten Staaten von Amerika. Dazu kommen die wirtschaftspolitischen Kriegspläne der Entente selbst, deren Durchführbarkeit nicht unterschätzt werden darf. Es ergibt sich aus staats- und wirtschaftspolitischen Gründen die eiserne Notwendigkeit für die Mittelmächte und ihre Verbündeten, sich zunächst selbst wie politisch so auch wirtschaftlich auf das innigste zusammenzuschließen, um eine möglichst gute wirtschaftspolitische Rüstung zu besitzen. Hand in Hand mit der handelspolitischen Neuorientierung muß eine gründliche Aenderung unserer Auswanderungs-

politik gehen. Wie wir uns mit dem Deutschen Reich über die Deutschlandgängerlei, über die Wanderarbeiter verständigen müssen, so ist es auch notwendig, die wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen für die Rückführung vieler unserer im feindlichen Ausland befindlichen Landsleute zu schaffen, andererseits die Auswanderung durch wirtschaftliche Reformen im Innern möglichst gering zu gestalten oder, von außenwirtschaftlichen und politischen Gesichtspunkten geleitet, nur in für uns erwünschte Gebiete, nach Art der Kolonialpolitik, zu lenken. Auch auf dem Gebiet des internationalen Kapitalienverkehrs hat der Krieg wichtige Lehren gebracht. Die volkswirtschaftliche und politische Bedeutung dieser Kapitalienwanderung wurde bei uns und in Deutschland viel zu gering eingeschätzt. Die erste Voraussetzung günstiger außenwirtschaftlicher und außenpolitischer Zustände sind aber durchgreifende Reformen innerwirtschaftlicher und innerpolitischer Art. Wir brauchen eine bessere Bevölkerungs-, Produktions-, Steuer- und Finanzpolitik, die Gesundung der innerpolitischen Verhältnisse, ihre dem Geist der Zeit entsprechende Neugestaltung, die Zusammenfassung aller wirtschaftlich-staatlichen Kräfte zu einheitlichem Handeln, nicht zuletzt eine wahrhaft vollstündige und zugleich zielbewusste Leitung der Staatsgeschäfte. — Dem Vortrag des Professors Dr. Kobatsch, welcher mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde, wohnten unter andern bei: die Minister a. D. Dr. v. Bittel, Dr. Klein und Dr. Kofel, die Geheimen Räte Sektionschef Wagner v. Fauregg und Dr. Patta, Sektionschef Dr. Freiherr v. Slatin, der deutsche Konsul Dr. v. Wivenot, der Vizepräsident der niederösterreichischen Handelskammer Ritschel, Obermagistratsrat Dr. Müller und Sozial-

Die neue Handhabung der Ein- und Ausfuhr- gesuche.

Von Dr. Artur Székely,
Konfulent für Außenhandel der Budapester
Handels- und Gewerbekammer.
Budapest, 12. April.

Zur Morgenblatte des Pöster Lloyd vom 20. Februar d. J. befaßten wir uns an dieser Stelle mit der Frage der Behandlung der Ein- und Ausfuhrverbote. Wir traten mit mehreren Vorschlägen hervor, die die raschere Erledigung der Ein- und Ausfuhrgesuche, die Wahrung der Parität aus dem Gesichtspunkte der ungarischen Interessen und die Förderung unseres Exports noch während des Krieges betrafen; diese Propositionen machte dann auch die Sektion für Außenhandel der Budapester Handels- und Gewerbekammer zum Gegenstande von Beratungen, deren Ergebnis die Plenarversammlung annahm und der Regierung unterbreitete.

Das allgemeine Einfuhrverbot, das wir im zitierten Artikel angekündigt haben, wurde tatsächlich durch die Verordnung des königlich ungarischen Ministeriums vom 17. März Zahl 807/M. E. erlassen. Wir können mit Gewissheit konstatieren, daß in Verbindung mit dieser Verordnung auch unsere Vorschläge betreffend die Reform der Handhabung der Ein- und Ausfuhrverbote größtenteils verwirklicht wurden. Das kön. ung. Ministerium hat gleichzeitig mit der Verlautbarung des allgemeinen Einfuhrverbotes unseren Propositionen gemäß auch zur Begutachtung von Gesuchen um Ein- und Ausfuhrbewilligungen eine Kommission gebildet, die in wöchentlich zweimal zu haltenden Sitzungen über die Gesuche entscheiden wird. Die Kommission besteht außer dem sich ständig in Budapest aufhaltenden Bevollmächtigten des Kriegsministers aus den Vertretern des Finanz-, Handels- und Ackerbau-ministers, des Landes-Ernährungsamtes und der Devisen-zentrale; an den Sitzungen nimmt auch der Direktor des königlich ungarischen Handelsmuseums teil. In der Behandlung der Einfuhrgesuche wurde außerdem auch noch die Neuierung eingeführt, daß die Gesuche nicht unmittelbar im Finanzministerium eingereicht werden, sondern bei der — je nach der Ware, um deren Einfuhr nachgesucht wird — kompetenten Zentrale, und bei solchen Waren, die nicht in den Wirkungsbereich irgendeiner Zentrale fallen, beim Handelsmuseum. Die genannten Organisationen sind verpflichtet, die Gesuche innerhalb dreier Tage mit einer motivierten Begutachtung zwecks Entscheidung dem Finanzminister zu unterbreiten.

Indem wir diese erspriechliche Reform des königlich ungarischen Ministeriums, die geeignet ist, die Erledigung der Ein- und Ausfuhrgesuche wesentlich zu beschleunigen und die auch die Unparteilichkeit nach Möglichkeit sichert, mit Freude begrüßen, wollen wir nur bemerken, daß die Kommission an dem einen Schönheitsfehler leidet, daß in ihr die Vertreter des Handels und der Industrie keinen Platz gefunden haben. Die Budapester Handels- und Gewerbekammer hat in ihrer erwähnten Repräsentation vorgeschlagen, daß die Vertreter der kommerziellen und industriellen Interessenten in die Kommission berufen werden, die naturgemäß am raschesten die notwendigen sachlichen und geschäftlichen Informationen für die Kommission beschaffen können und die eine Gewähr dafür bieten, daß die Gesichtspunkte des Handels und der Industrie bei der Erledigung keines einzigen Gesuches außer acht gelassen werden.

Wir unsererseits halten die Angelegenheit der Ausfuhrgesuche für viel wichtiger als die der Einfuhrgesuche, und zwar sowohl aus valutarischem Gesichtspunkte, wie vom Standpunkte der Sicherstellung unseres künftigen Exports. Während bei der Erledigung der Einfuhrgesuche im Wege der Zentralen die Industriellen bis zu einem gewissen Maße ihren Standpunkt zur Geltung bringen können, gibt es bei der neuen Ordnung kein Mittel, durch das die Gesichtspunkte der Interessen des Handels und der Industrie bei der Beurteilung der Ausfuhrgesuche geltend gemacht werden könnten. Aber auch die Begutachtung der Einfuhrgesuche durch die Zentralen kann die Vertreter des Handels und der Industrie nicht befriedigen, denn in den meisten Zentralen ist nur ein Teil der Großindustrie vertreten, während das Mittel- und Kleingewerbe und der Handel in der Leitung vieler Zentralen gar nicht zur Geltung gelangen. Es ist also die Befürchtung nicht unbegründet, daß die Gesuche des Mittel- und Kleingewerbes und hauptsächlich des Handels von seiten der Zentralen einer stiefmütterlichen Behandlung teilhaftig werden. Zur Vermeidung dieses Umstandes, beziehungsweise zur Ermöglichung dessen, daß die Vertretungen des Handels und der Industrie bei der Erledigung der Ausfuhrgesuche auch zu Worte kommen, wäre es notwendig, daß ein bis zwei Vertreter der gesetzlichen kommerziellen und industriellen Interessenvertretungen an den Sitzungen ohne Stimmrecht teilnehmen würden, daß sie bei den einzelnen Gesuchen ihre Meinung äußern würden, deren Annahme von den Delegierten der in der Kommission vertretenen Behörden abhängen würde. Wir hoffen, daß der Handelsminister hierfür in irgend einer Form die Möglichkeit finden wird.

Wir erwarten jedenfalls viel von der Tätigkeit der Kommission; wird es ihr doch möglich sein, die bei der Behandlung der Ein- und Ausfuhrverbote noch notwendigen anderen Reformen auch durchzuführen. Die Revision der Liste der unter dem Ausfuhrverbot stehenden Waren, beziehungsweise die Gewährung von Ausfuhrkontingenten wird auch ohne formelle Revision, das heißt ohne ziffermäßige Kontingentierung, durch die zielbewußte Handhabung der Ausfuhrgesuche ermöglicht. Die Kommission kann sogar die Produktion für Ausfuhrzwecke fördern, indem sie die Einfuhr der zur Produk-

tion von Ausfuhrartikeln nötigen Rohstoffe und So-fabrikate ständig gestattet. Die Tätigkeit der Kommission wird im Hinblick darauf daß sie, unseren Informationen gemäß, die während der Woche einlangenden Gesuche noch womöglich in derselben Woche erledigen wird, den vielen Klagen ob der faumseligen Erledigung der Gesuche ein Ende bereiten, und da in der Kommission die berufenen Vertreter sämtlicher ungarischen wirtschaftlichen Ressorts anwesend sind und sie mit dem anwesenden Vertreter des Kriegsministeriums unmittelbar werden verhandeln können, wird auch die günstigere Lage der österreichischen Industrie und des österreichischen Handels, die dadurch entstand, daß das k. u. k. Kriegsministerium in Wien residiert, ein Ende finden. Wir hoffen, daß die Kommission schon während des Krieges für die Fundierung unserer Ausfuhr nach dem Kriege, für die Erhaltung unserer bisherigen und für die Erwerbung neuer ausländischen geschäftlichen Verbindungen eine rührige Tätigkeit entfalten wird.

Die österreichische Industrie im Kriege.

Die Reservierpolitik.

Wie die in einem früheren Artikel*) mitgeteilten Daten über die Dividendenpolitik einer Reihe von Industrien im zweiten Kriegsjahre dargelegt haben, ist die Ertragsfähigkeit unserer Industrie in der Kriegszeit, trotz der fraglos bestehenden Schwierigkeiten, nur vorübergehend zurückgegangen. Für die Aufrechterhaltung eines tragfähigen Wirtschaftslebens ist aber die zukünftige Stärke und Leistungsfähigkeit der Industrie ebenso wichtig wie die derzeitige für die erfolgreiche Durchführung und Beendigung des Krieges. Einige Anhaltspunkte für die Beurteilung unserer industriellen Zukunft gibt eine Betrachtung der Reservierpolitik der bedeutendsten Industrien. Die von den Industrieunternehmen in der ersten Kriegsbilanz vorgesehenen Reservierungen dienen vorzüglich zur Deckung der damals bereits abschätzbaren oder zu erwartenden direkten und indirekten Kriegsschäden und sozialen Verpflichtungen. Da sich die Kriegereignisse nach verhältnismäßig kurzer Zeit fast gänzlich auf feindlichem Gebiet abwickelten und nach einer vorübergehenden Störung die industriellen Unternehmungen durch die ungeheuren Anforderungen der Kriegswirtschaft nicht nur überaus reichliche, sondern auch sehr lohnende Beschäftigung fanden, wurden die zur Deckung eventueller Kriegsverluste gemachten Rückstellungen nur von einzelnen Betrieben, zum Beispiel der Papier-, Textil- und Bauindustrie, angegriffen. Doch schon die zweite Kriegsbilanz hat gezeigt, daß besonders die Papier-, aber auch die Textilindustrie, letztere sogar trotz der wesentlichen Betriebseinschränkungen, in der Lage war, aus den hohen Kriegsgewinnen nicht nur höhere Dividenden zu verteilen, sondern auch die bilanzmäßig ausgewiesenen Reserven zu stärken.

Die bei diesen Ausführungen in Betracht gezogenen 14 Industrien haben ihre offenen Reserven im zweiten Kriegsjahre durchweg und bis auf die Bau- und Brauindustrie wesentlich erhöht. Von 27 Betrieben der Eisen-, Metall- und Maschinenindustrie wurden die Rückstellungen im ersten Kriegsjahr um 11-08 Millionen, im zweiten Kriegsjahre um 8-363 Millionen auf 187-76 Millionen Kronen, von vier Munitionsgesellschaften um 2-16 Millionen und 5-92 Millionen auf 18-11 Millionen Kronen, von zehn Kohlenwerksgesellschaften um 10-18 Millionen und 10-59 Millionen auf 140-67 Millionen Kronen, von elf Unternehmungen der Elektroindustrie um 1-04 Millionen und 1-96 Millionen auf 21-54 Millionen Kronen, von vier Petroleumgesellschaften um 2-98 Millionen und 4-36 Millionen auf 17-98 Millionen Kronen, von zwölf Textilunternehmungen um 0-29 Millionen und 2-51 Millionen auf 18-44 Millionen Kronen erhöht. Bei fünf Papierindustrie-gesellschaften verminderten sich im ersten Kriegsjahre die Reserven um 0-86 Millionen, um sich schon im zweiten wieder um 4-22 Millionen auf 16-47 Millionen Kronen zu steigern. Die Rückstellungen von sieben Gesellschaften der Brau- und Malzindustrie stiegen im ersten Kriegsjahre um 0-49 Millionen, im zweiten um 0-27 Millionen auf 8-48 Millionen zurückzugehen. Bei zehn chemischen Industrieunternehmen erfuhr die Rücklagen im ersten Kriegsjahre eine Erhöhung um 4-44 Millionen, im zweiten Kriegsjahre um 0-87 Millionen auf 51-37 Millionen Kronen, bei vier Lederfabriken um 0-712 Millionen und 0-44 Millionen auf 2-35 Millionen Kronen, bei zwei Goldindustrie-gesellschaften um 0-39 Millionen und 2-32 Millionen auf 4-86 Millionen Kronen, bei zwei Gummifabrikunternehmen um 1-19 Millionen und 1-1 Millionen auf 9-65 Millionen Kronen und bei acht Zuckerraffineriegesellschaften um 4-25 Millionen und 4-50 Millionen auf 42-81 Millionen Kronen.

Bei allen hundertzwanzig, vierzehn verschiedene Industrien angehörenden Unternehmungen, deren Aktienkapital am Ende des zweiten Kriegsjahres 1177-34 Millionen Kronen betrug, beließen sich die Reservierungen im ersten Kriegsjahr auf 39-21 Millionen Kronen, im zweiten Kriegsjahr auf 44-85 Millionen Kronen und erreichten insgesamt die Höhe von 559-45 Millionen Kronen, also nahezu die Hälfte des in diesen Unternehmungen investierten Aktienkapitals. Die Reinerträge dieser Aktien-gesellschaften betrugen im letzten Friedensjahre 151-72 Millionen Kronen gegen 232-76 Millionen Kronen im zweiten Kriegsjahre. Die Reserveransammlung ist demnach nicht in demselben Maße wie die Steigerung der Gewinne vor sich gegangen. Sie zeugt aber für die gesunde finanzielle Grundlage unserer Industrie, da dadurch die Möglichkeit gegeben ist, auch stärkeren Anstürmen, als sie bisher zu überstehen waren, erfolgreich standzuhalten. Für die neuen, vorwiegend die Industrie belastenden Aufgaben zur Bedeckung der Zinsentfordernisse für die Kriegsschulden werden die entsprechenden Rücklagen aus den reichen Erträgen des abgelaufenen Geschäftsjahres gemacht werden, so daß durch sie eine wesentliche Milderung der finanziellen Lage unserer Industrie nicht hervorgerufen werden dürfte.

Der Abend
16./IV. 1918

28

Die Angestellten und die Preistreiberverordnung.

Der Gehilfenausschuß des Gremiums der Wiener Kaufmannschaft übersendet uns folgendes Schreiben:

Anknüpfend an den Bericht über die vom Gehilfenausschuß des Gremiums der Wiener Kaufmannschaft abgehaltene Versammlung gegen die jüngste Preistreiberverordnung geben Sie Ihrer Anschauung dahin Ausdruck, daß für den Angestellten aus sozialen Gründen die Anzeigepflicht bestehe, obwohl Sie selbst zugeben müssen, daß dem Angestellten ein Einfluß auf die Geschäftsführung, also auch auf die Preisfestsetzung nicht zustehe, und er überdies bei Erhebung eines Widerspruches seine Kündigung zu gewärtigen hätte. Sie fordern deshalb die Strafslosigkeit des Angestellten, wenn er die Mitwirkung an der Preistreiberei verweigert hat. Weiter verlangen Sie, daß aus solchen Anlässen erfolgte Kündigungen rechtsunwirksam sein sollen.

Dem hier Zitierten halten wir entgegen, daß die Angestellten in der Regel von dem Einkaufs- oder Erstellungspreise der Waren keine Kenntnis haben, darum schon deshalb über die Angemessenheit des Verkaufspreises eines Bedarfsartikels ein Urteil sich nicht bilden können. Es kann von dem Angestellten auch nicht verlangt werden, selbständig eine Entscheidung zu treffen, die nach der Annahme des Gesetzgebers gar oft die Behörden erst nach Anhörung der zu gründenden Preisprüfungsteilen werden fällen können. Die von der Gehilfenvertretung aus wohlwollenden Gründen bekämpfte Ausdehnung der Bestimmungen der Preistreiberverordnung auf das kaufmännische Hilfspersonal stellt die Angestellten ebenso vor unlösbare Aufgaben wie Ihre aus vermeintlichen sozialen Gründen aufgestellte Forderung. Für den Angestellten ergeben sich nämlich folgende herrliche Perspektiven: Versteht der Angestellte die ihm vom Dienstgeber aufgetragene Dienstobliegenheit, indem er die ihm aufgetragenen Preise von der Kundenschaft verlangt, so kann er mit dem Strafgesetze in Konflikt kommen. Hat aber ein Angestellter Preisordnungen des Dienstgebers nicht befolgt, die sich später als zulässig erweisen, dann kann und wird der Chef die Entlassungsgründe des Handlungsgehilfengesetzes gegen den Angestellten geltend machen. Er wird sich dieses Rechtes um so gewisser dann bedienen, wenn der ihm zur Treue verpflichtete Angestellte eine Strafanzeige wegen Preistreiberei erstattet hat, die sich als nicht stichhaltig erwies. Da Kündigungen des Dienstverhältnisses kaufmännischer Angestellter einer Begründung bekanntlich nicht bedürfen, so können den Angestellten unerfüllbare Pflichten auch dann nicht zugemutet werden, wenn Ihrer Forderung entprochen werden sollte, daß „aus diesem Anlasse“ ausgesprochene Kündigungen rechtsunwirksam bleiben sollen. Denn den ursächlichen Zusammenhang zwischen Preistreibereikonflikt und Kündigung könnte der Angestellte fast nie nachweisen.

Darum kann die Gehilfenvertretung zur jüngsten Preistreiberverordnung nur den in der Gehilfenversammlung vom 11. d. M. festgelegten Standpunkt einnehmen: Der Angestellte soll nur dann strafrechtlich verantwortlich gemacht werden, wenn er nachweisbar bei einer Preisfeststellung gegen die Anordnungen des Unternehmers gehandelt hat und hiebei persönliche Vorteile über den Rahmen seines vereinbarten Entgeltes zu erzielen bestrebt war.

Gehilfenausschuß des Gremiums der
Wiener Kaufmannschaft.

Die Wirtschaftslage der Türkei.

☐ **Konstantinopel, Anfang April.** Wie alle kriegsführenden Länder, so wird auch die Türkei in ihrem Wirtschaftsleben durch den Krieg stark beeinflusst. Die Schwierigkeiten sind hier um so größer, als der Kriegausbruch das Land in einem wirtschaftlich sehr unfertigen Zustande antraf, der in der Hauptsache durch zwei unglückliche Kriege veranlaßt war, bei dem aber auch das unheilvolle Erbe der absolutistischen Vergangenheit keine unbedeutende Rolle spielte. Trotzdem darf man unsern türkischen Bundesgenossen und namentlich den willensstarken Männern, die jetzt ihre Geschicke leiten, die Anerkennung nicht verlagen, daß sie sich ehrlich bemühten, den Tatsachen ins Gesicht zu schauen und dahin zu wirken, daß diese Lage so wenig wie möglich für das Land fühlbar würde. An der Seite Enwer Paschas, der das türkische Volk in ein mehrere Millionen starkes Volksheer umwandelte, war der frühere Minister des Innern und jetzige Großwesir Talaat Pascha die Seele der mit Rücksicht auf die frühern Verhältnisse wahrhaft großartigen Nachentfaltung. Um dafür den richtigen Blick zu gewinnen und dem Verdienst dieser Männer gerecht zu werden, ist allerdings der Vergleich mit der Vergangenheit durchaus unerlässlich.

Talaat Pascha hatte als Minister des Innern lange Zeit neben der gewaltigen Arbeitslast seines eignen Amtes auch noch die nicht mindergroße des Finanzressorts zu tragen, während der frühere Finanzminister Dschawid Bei in Europa mit den Finanzkreisen der Verbündeten Fühlung nahm und in halbamtlicher Eigenschaft für die Finanzierung des Kriegs sorgte, von dessen Notwendigkeit im Interesse des Bestehens der Türkei sich inzwischen alle Kreise der Nation überzeugt hatten. Durch die bei den Verbündeten aufgenommenen Anleihen wurde natürlich die Schuldenlast der Türkei bedeutend erhöht. Gleichzeitig aber zeigte es sich, daß die unwissende Bevölkerung des Landes, die noch dazu von interessierter Seite aufgehetzt worden war, dem durch die mächtige Bürgerschaft Deutschlands gestützten neuausgegebenen Papiergeld nicht das nötige Vertrauen entgegenbrachte. Die Folge davon war ein unverhältnismäßiges Steigen der Preise, das auf alle Waren um sich griff und selbst die unentbehrlichsten Lebensmittel nicht verschonte. Die Regierung verfehlte nicht, Maßregeln dagegen zu ergreifen. Vor allem aber erachtete es der Finanzminister Dschawid Bei gleich nach seiner Rückkehr aus dem Ausland für seine Pflicht, im Parlament seine gewichtige Stimme gegen die Entwertung des Papiergelds zu erheben, da festgestellt worden war, daß dieses Geld in Anatolien und auch in der Hauptstadt von unwissenden Leuten zu einem Drittel seines Geldwertes abgestoßen wurde. Dschawid Bei bezeichnete die Handlungsweise derjenigen, die dem wirtschaftlich ungebildeten Volke die Schatzscheine zu einem Drittel oder gar zu einem Viertel ihres Wertes ablockten, als Vaterlandsverrat. Die Rede Dschawid Beis wurde auf Parlamentsbeschluss in den anatolischen Städten und Dörfern öffentlich angeschlagen.

Außer den Geldverhältnissen machte die Ernährung der Hauptstadt und des Landes erhebliche Schwierigkeiten. Aber der neue Großwesir, der auch an der Spitze des Ernährungsamtes steht, konnte von der Tribüne der Kammer herab der Bevölkerung der Hauptstadt mitteilen, daß für ihre Versorgung mit Lebensmitteln alle erforderlichen Maßnahmen getroffen seien. Er stellte die Verteilung von Lebensmitteln nach dem Kartensystem in Aussicht und die Festsetzung mäßiger Preise für Zucker und Fleisch. Die Versorgung einer Stadt von anderthalb Millionen Einwohnern ist natürlich nicht leicht, und wie der Vorsteher des Ernährungsamtes, Konsul Hugo Meyer, in der Unterredung mit einem Vertreter der Presse hervorhob, besonders deshalb nicht, weil für Konstantinopel, das vor dem Krieg für seine Ernährung ganz vom Ausland abhing, jetzt inländische Ernährungsquellen erschlossen werden müssen. Trotzdem hat die Bevölkerung von Konstantinopel regelmäßig ihr gut gebadenes Brot erhalten. Die Bemühungen der Regierung sind in dieser Hinsicht anzuerkennen, und das Publikum bringt dem neuen Großwesir das größte Vertrauen entgegen. Es erwartet zuversichtlich, daß er auch für die Fleischfrage

eine befriedigende Lösung finden werde. Das Lebensmittelamt will die Fleischversorgung der Hauptstadt auf dem Submissionswege vergeben. Es ist zu hoffen, daß es damit Erfolg haben wird. Denn obwohl der Fleischverbrauch in der Türkei infolge der klimatischen Verhältnisse keine so hervorragende Bedeutung hat wie in Deutschland, hält doch die hiesige Bevölkerung darauf, daß an gewissen Festtagen ein Braten nicht auf dem Tische fehlt. Im allgemeinen leidet man in der Türkei aber keine Not. Die Produktionskraft des Landes ist wenig geschwächt. Bedauerlich ist nur, daß gewisse Produktionszweige im Landesinnern früher nicht die Pflege gefunden haben, die sie wegen der großen Fähigkeiten des Bodens und des Klimas verdienten. Die jetzige Regierung ist bemüht, dafür, soweit es die vorliegenden Umstände erlauben, Abhilfe zu schaffen. Besonders ist die jetzt sehr rührige Ackerbauverwaltung damit beschäftigt, in jeder Weise die Rückständigkeit zu beseitigen. Die produzierenden Kreise haben Gelegenheit, ihre Erzeugnisse unter vorteilhaften Bedingungen auszuführen. Das Ausfuhrkomitee, das lehtin vom Parlament auf gesetzgeberischem Wege bestätigt worden ist, unterhandelt mit den Ausfuhranschüssen der verbündeten Staaten über die Ausfuhrbedingungen und den Abtransport der angekauften Waren. Daß dabei dieser Ausschuss auch das Interesse des Produktionslandes wahrnimmt, kann man ihm nicht übernehmen.

Daß man hier wie überall einen ehrenvollen Frieden und ein Ende des Blutvergießens herbeiwünscht, ist selbstverständlich. Aber man trägt die Leiden des Krieges ohne Murren. Denn es entgeht den maßgebenden Klassen dieses Landes nicht, daß das Land gerade in dieser Kriegszeit große wirtschaftliche Fortschritte gemacht hat und noch größeren entgegengeht. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Steuerkraft des Landes gewachsen ist. Daher werden auch die Steuerpläne Dschawid Beis, die der Deckung des Fehlbetrags dienen sollen, sicher Aussicht auf Erfolg haben. Vor allem aber wird hier die von dem Finanzminister geplante Kriegsgewinnsteuer einen guten Ertrag ergeben.

WTB **Konstantinopel, 16. April. (Telegr.)** Der Osmanische Lloyd meldet: 330 türkische Lehrlinge haben sich nach Deutschland begeben, um in verschiedenen Gewerben tätig zu sein. Außerdem kommen eine Anzahl türkischer Schüler zum Besuch preussischer Seminare nach Deutschland.

„Panik“.

Ein kleines Ereignis von kaum örtlicher Bedeutung hat sich gestern zugetragen: eine Schuhfabrik hat Schuhe, die man wirklich tragen kann, zu Preisen verkauft, wie sie vor dem Kriege gegolten haben; nennt man sie heute Kleinen Kindern, so sagen sie lächelnd: Es war einmal, und bitten, man möge ihnen jetzt auch noch das Märchen vom Schneewittchen und den sieben Zwergen vorlesen. Was ist geschehen, daß die Münchengräber Schuhfabrik so billig verkauft, daß sich die Menschen vor ihren Laden stauen und Wache aufgebieten werden muß, die Kauflustigen — kaufstüchtig, wenn auch sonst nichts weniger als lustig — in Ordnung zu halten? Wenig genug: die Regierung hat die „Ergänzungen der anständigen Händler und Erzeuger“ nicht erfüllt, es bleibt bei der Verordnung gegen Preistreiberei, und Schrecken fährt denen in die Glieder, die nach der Versicherung ihrer Körperschaften und Wortführer die Preistreiberei verdammen, als wären sie nicht Verkäufer, sondern Verbraucher, nicht Schuherzeuger, sondern Schuherreißer. Panischer Schrecken! Man weiß nicht, ob man nicht am Ende doch eingesperrt wird, und so entschließt man sich, die Schuhe so zu verkaufen, wie man sie früher verkauft hat. Scharfe Verordnungen machen bescheiden.

Das ist nämlich das Beachtenswerte an dem kleinen Ereignis, von dem die großen Blätter nicht einmal Kenntnis zu nehmen gerührt haben. Man verkauft nicht länger zu Preisen so teuer, wie man kann, sondern so billig, wie man muß. Der Schrecken hat richtig rechnen gelehrt; man stelle sich vor, was die vielen hundert Paar Schuhe, die vorgestern und gestern zu erträglichen Preisen verkauft wurden, gekostet hätten, wenn die neue Verordnung nicht die Direktoren der Schuhfabriken und andere etwas nervös gemacht hätte. Dann wird man gleichermaßen erkennen: erstens, wie wohlthätig dem einen sein kann, was dem anderen als schweres Unrecht erscheint, in diesem Falle also lasse man die Verbraucher nicht länger bis zum Weißbluten ausbeuten; und dann, wieviel Leid erspart worden wäre, hätte nicht der unfähigste Minister, den Oesterreich vielleicht jemals hatte, nicht nur das Tun, sondern auch das Erörtern ganz unmöglich gemacht. Noch weht nicht gerade der Sturmwind der Freiheit, noch gewöhnt man uns recht allmählich daran, uns um andere Angelegenheiten zu kümmern und nicht alles der h. Kinderfrau Regierung zu überlassen; aber schon dieses sanfte Märzlüftchen genügt, um den Ausbeutern einigermaßen die Lust zu nehmen und sie daran zu mahnen, daß man nicht länger gesonnen ist, Dividenden und Lantien als des Volkswohles letzten Schluß gelten zu lassen. Überzeugt, daß man nach dieser Kostprobe, die so gut behagt, Lust und Mut zu mehr bekommen werde, begrüßen wir den kleinen Schuhrummel von Münchengräb als Vorboten besserer Einsicht. Nicht sei jedoch der Hinweis unterlassen, daß wir nicht nur billige Schuhe vonnöten haben, sondern auch billigeres Eisen, und daß nicht nur mit ihnen Wucher getrieben wird. Nicht allein, was in den Fabriken erzeugt wird, auch was Mutter Natur mit geringer Nachhilfe fast freiwillig hervorbringt, wird erst dann wieder halbwegs erschwinglich werden, wenn auch die Nutznießer des Bodens erkennen werden, daß es jetzt wirksame Verordnungen gegen Preistreiberei gibt. Der Herr, der der Gemeinde Wien seine Rüben zu unerhörtem Preise angehängt hat, wäre ein gutes Beispiel zum Ansehen; man lasse ein paar andere nachfolgen und man wird mit bescheidenem Behagen sehen, wie sich plötzlich auch die Großbetriebe der Bodenausbeutung erinnern werden, daß zwischen den Herstellungskosten und den Verkaufspreisen Raum für interessante strafgerichtliche Erkenntnisse ist. Sie werden sie nicht ausfüllen wollen.

Man hat viel lernen können an dem gestrigen regnerischen Tage in der Mariahilferstraße und wo sonst die Herren aus Münchengräb ihren Versöhnungstag mit dem Gesetze des Staates und der Menschlichkeit feierten. Die Regierung wird die Gelegenheit zum Lernen sicherlich benützt haben; es wäre gut, hätten es auch die getan, die noch bis gestern glaubten, ihr Heil liege darin, daß die Verordnung im Sinne ihrer Dividenden abgeändert werde. Sie werden allmählich erkennen, daß ihr wahrer Freund der ist, der sie hindert, durch zu viel Profit in Stadt und Land zu viel Unwillen aufzuhäufen.

Die Beunruhigten. In der heutigen „N. Fr. Pr.“ sind durch die Verordnung gegen Preistreiberei beunruhigt: die Herren Kass. Rat B. Buchwald, Präsident des Verbandes österr. Eisen- und Metallwarenproduzenten; Jbenko Wetzheimer, Obmannstellvertreter der Fachgruppe der Wäschefabrikanten im Bunde österr. Industrieller und Emil Mayer, Verwaltungsrat der Aktiengesellschaft für Glasfabrikation G. Stözl's Söhne. Sie alle verlangen Klärheit über die Grenzlinien zwischen den Preisen, die strafbar sind und denen, die man noch verlangen darf.

„Panik“ herrschte auch außerhalb Wiens. So berichtet z. B. das „Prager Tagbl.“: Die Münchengräber Schuhwarenfirma J. Kompert hatte angekündigt, daß sie heute die bei der Inventur ausgemusterten, mit Preisbeträgen versehenen Schuhwaren verkaufen werde. Aus allen Stadtteilen strömte das Publikum schon in den frühesten Morgenstunden in die Obstgasse und es herrschte ein

furchtbares Gedränge. Die Polizei hatte große Mühe, die Angemeldeten in Reihen zu ordnen, die um das Jungmannendental herum bis zum Mozarteum in der Jungmannsgasse reichten. Im Laufe des Vormittags wuchs die Menschenmenge immer noch an, so daß die Schließung des Verkaufsortes in Erwägung gezogen wurde.

Von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft.

Der Ausschuss des Reichstags für Handel und Gewerbe hat über die Frage der Demobilisation verhandelt und sodann einen Bericht über diese Verhandlungen betreffend Ueberführung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft herausgegeben. Danach führte der Kommissar des preussischen Kriegsministeriums u. a. aus:

Die Ueberführung eines so starken Heeres, wie wir es jetzt haben, in den Friedenszustand steht einzig in der Geschichte da. Die Ueberführung muß auf militärischem und auf wirtschaftlichem Gebiete stattfinden. Zur einheitlichen Leitung ist das allgemeine Kriegsdepartement des Kriegsministeriums bestimmt. Die Ueberführung muß so erfolgen, daß keine Arbeitslosigkeit entsteht und den für die Friedenswirtschaft wichtigsten Betrieben die neuen Kräfte so schnell als möglich zugeführt werden. Die Rückführung des Heeres in den Friedensstand wird nach und nach verlaufen. Wie lange sie dauert, kann kein Mensch voraussagen. Die Heeresverwaltung hat den Grundsatz aufgestellt, daß kein Mann entlassen werden soll, der keine Arbeitsgelegenheit gefunden hat. Deshalb sollen Leute, die keine Arbeit bekommen können, bis zu vier Monaten noch im Heere zurückgehalten werden dürfen. Die ältesten Jahreshlassen werden zuerst entlassen, die Familienernährer vorzugsweise berücksichtigt. Auch soll an dem Grundsatz festgehalten werden, daß kein versorgungsberechtigter Mann entlassen wird, dessen Versorgungsansprüche nicht geregelt sind.

Um den für die Friedenswirtschaft wichtigsten Betrieben so schnell als möglich die nötigen Kräfte zuzuführen, ist folgende Einteilung vorgesehen: Unter Berücksichtigung des Grundsatzes, daß nach den gesetzlichen Bestimmungen die älteren Jahreshlassen zuerst zu entlassen sind, haben bei Auswahl der zu entlassenden Personen noch genannte Berufe vorzugsweise Berücksichtigung zu finden:

A. Führende Persönlichkeiten aus dem Bereich des Handels, der Industrie, der Schifffahrt und des sonstigen Wirtschaftslebens,

B. Leiter von Handels-, Industrie- und landwirtschaftlichen Betrieben, und deren Angestellte, z. B. Ingenieure, Werkmeister, Inspektoren,

C. Selbständige Gewerbetreibende, Landwirte usw.,

D. Staats-, Provinzial- und Kommunalbeamte, Geistliche, Lehrer, Bedienstete der Staats- und Privatbahnen, einschließlich Klein- und Straßenbahnen,

E. Seeleute und Fischer,

F. Gelehrte Arbeiter und Handwerker, soweit sie sofort in ein softes Arbeitsverhältnis treten,

G. Ungelernte Arbeiter solcher Berufe, in denen sofort ein großer Bedarf an Arbeitskräften vorliegen wird, z. B. Bergbau, Landwirtschaft, Ueberseeverkehr, Hafenverkehr,

H. Studierende und solche Personen, die sich bei Ausbruch des Krieges bereits in einer Ausbildung für einen Lebensberuf befanden,

I. Auslandsdeutsche, die vor ihrer Einberufung vom Heere im Auslande hatten und dort zurückkehren wollen.

Ein Kommissar des Reichsmarineministeriums macht Vorschläge von Richtlinien für die Demobilisation der Marine, die sich eng an den Demobilisationsplan des Heeres anschließen.

„Panik“.

Sie verkaufen billiger.

Die Panik wird immer größer. Sie beschränkt sich nicht mehr auf Proteste gegen die neue Preistreibereiverordnung, sie begnügt sich nicht mehr damit, im Kaffeehaus zu drohen, daß man sich vom Handel zurückziehen und die Bevölkerung elendiglich zugrunde gehen lassen wolle. So war die Panik noch vor einer Woche beschaffen. Heute sind ihre Äußerungen schon viel furchtbarer, fast schon dem Todesröcheln eines von furchtbaren Sägen gehehten Wildes gleich: Es wird nämlich schon billiger verkauft, zu „tief reduzierten Preisen“ verkauft und wer diese Dinge nicht nur „demagogisch“ verfolgen, sondern einsichtsvoll behandeln will, mit jener Einsicht, die Kriegsgewinner heute als Opfer einer Verordnung hinstellt, der muß zugeben, daß das wirklich das Entsetzlichste ist, was geschehen konnte.

Die Mündengräber Schuhfabrik, vor deren Täden sich jetzt die Leute anstellen, steht nicht vereinzelt da. Wer aus eigenem Augenschein Vergleiche zwischen den Preisen anzustellen vermag, die in größeren Wiener Warenhäusern noch vor einer Woche verlangt wurden und die heute verlangt werden, der wird mit Genugtuung feststellen, daß wirklich mitunter „tief reduziert“ wurde. Die Verordnung, das darf man heute schon am vierten Tag ihrer Wirksamkeit sagen, hat sich bewährt und wird sich weiter bewähren, wenn die Behörden sich von dem Geschrei der um ihren Profit Besorgten nicht beeinflussen läßt. Es steht heute schon fest, daß sie es nicht mehr wagen, Preise und Gewinne zu nehmen, wie vor der neuen Preistreibereiverordnung.

Die Preise bei Josef Zwiebad u. Bruder.

Als das Bezeichnendste, was uns darüber berichtet wird, führen wir die Mitteilungen einer Dame an, zu deren Urteilsfähigkeit und Glaubwürdigkeit wir vollstes Vertrauen haben. Sie berichtet uns:

„Ich habe in der vorigen Woche das Kaufhaus Josef Zwiebad & Bruder in der Mariahilferstraße besucht, um Stoff für ein Frühjahrskleid einzukaufen. Ich habe damals das Geschäft wieder verlassen, ohne etwas zu kaufen, weil ich nichts fand, was mir preiswert genug schien. Der Verkäufer legte mir bei diesem Besuch u. a. zwei blaue, weiß gestreifte Stoffe vor, die in der Beschaffenheit verschieden, im Muster aber ganz gleich waren. Für den einen verlangte er K 42.50, für den anderen K 45 für den Meter. Gestern (Mittwoch) führte mich der Zufall wieder in das Geschäft. Ich verlangte wieder Stoffe zur Auswahl. Ich war sehr erstaunt, als wieder der blau-weiße Stoff zum Vorschein kam, als Preis diesmal aber nur 36 K für den Meter gefordert wurden. Es fiel mir ein, daß dies eine Wirkung der Preistreibereiverordnung sein müsse und ich begann mich sofort für die anderen Preise in diesem Geschäft zu interessieren. Ich habe feststellen können, daß jetzt ganz preiswerte Stoffe in der Preislage von 24 K bis 36 K für den Meter angeboten werden, während vor einer Woche unter 40 K kein Stoff zu haben war. Ich habe gestern schließlich auch einen ganz hübschen Stoff um rund 24 K kaufen können. Beim gestrigen Besuch fiel mir noch auf, daß mir ein dreieinhalb Meter großes Stück Sponge zum K 20.50 angeboten wurde, vor einer Woche hatte man dafür 8 K für den Meter verlangt.“

Eine sonderbare Kundgebung der handelspolitischen Zentralstelle.

Die handelspolitische Zentralstelle, die sich bisher den Anstrich einer verbraucherfreundlichen Körperschaft zu geben suchte, hat zur Preistreibereiverordnung ebenfalls Stellung genommen. Sie ist ebenfalls beunruhigt und sagt:

„Die handelspolitische Zentralstelle hat in ihrer Vollversammlung vom 18. April auch über die durch die Verordnung über die Versorgung der Bevölkerung mit Bedarfsartikeln für die Kreise von Handel und Gewerbe geschaffene Lage beraten und vor allem ihrem lebhaften Bedauern darüber Ausdruck gegeben, daß in einer so wichtigen Angelegenheit die berufenen Vertretungen nicht vor der Erlassung neuer Vorschriften gehört wurden. Ferner wurde insbesondere darauf hingewiesen, daß sich aus der in einzelnen Vorschriften begründeten Unsicherheit der Rechtslage Schwierigkeiten ergeben könnten, welche dem eigentlichen Zwecke der Verordnung zuwiderlaufen, und es deshalb zumindest angebracht gewesen wäre, mit der Inkraftsetzung der Verordnung solange zurückzuhalten,

bis eine flaglose Amtsführung der Preisprüfungsstellen verbürgt ist. Die handelspolitische Zentralstelle setzte schließlich ein Komitee ein, welchem die Aufgabe zufallen soll, allfällige Abänderungsanträge zu überprüfen und für die Durchführung der Verordnung geeignete Vorschläge zu erstatten.“

Wir ziehen aus dieser Urkunde über den wahren Charakter der handelspolitischen Zentralstelle den Schluß, daß man für eine bessere Vertretung der Verbraucher in den Preisprüfungsstellen wird sorgen müssen.

Oesterreichische Brown Boveri-Werke-A.-G.

Die von der Generalversammlung der Oesterreichischen Brown Boveri-Werke-A.-G. vom 21. Dezember v. J. beschlossene Erhöhung des Aktienkapitals von 4,500.000 auf 8,500.000 Kronen wurde von der Regierung genehmigt.

In der gestern unter Vorsitz des Herrn Direktors von **Kraßing** abgehaltenen Verwaltungsratsitzung wurden die Herren **Anton Hermann**, Verwaltungsrat der **Stobawerke**, Aktiengesellschaft in Pilsen, **Dr. Ignaz Neumann**, Hof- und Gerichtsadvokat und Verwaltungsrat der Oesterreichischen **Daimler-Motoren-A.-G.**, **Ferdinand Borsche**, Generaldirektor der Oesterreichischen **Daimler-Motoren-Aktiengesellschaft**, **Leopold Steiner**, Direktor der **Stobawerke**, Aktiengesellschaft in Pilsen, und **Ludwig Urban jun.**, Vizepräsident des Verwaltungsrates der **Schrauben- und Schmiedewarenfabriks-A.-G. Brebillier & Co.** und **A. Urban & Söhne**, in den Verwaltungsrat kooptiert und die Herren Direktor **Magime v. Kraßing**, **Dr. Walter Boveri**, **Ludwig Urban jun.** und Direktor **Leopold Steiner** in das Exekutivkomitee entsendet.

Die Abhängigkeit Englands von der neutralen Schifffahrt.

Von Max Schloß.

Je länger der Krieg dauert, desto mehr zeigt sich die Tatsache, daß die englische Handelsmarine in den Ansprüchen Großbritanniens zur Versorgung des Landes mit Nahrungsmitteln und industriellen Rohprodukten bei weitem hinter jenen Erwartungen zurückbleibt, die in den langen Friedensjahren von der gesamten Bevölkerung gehegt wurden. Wer England aus eigener Erfahrung kennt, wer Gelegenheit gehabt hat, mit den Angehörigen der einzelnen Berufsklassen in intimere Verbindung zu treten, der weiß, daß man in Großbritannien unterschiedslos festgesetzt davon überzeugt war, daß die eigene Handelsmarine vollkommen ausreichen werde, um das Land mit allen nötigen Produkten zu versorgen. Diese Ueberzeugung ist aber sehr bald zusammengebrochen! Immer mehr und mehr stellt sich der Zwang ein, die neutrale Schifffahrt heranzuziehen, ohne die Frieden war Großbritannien auf die neutrale Schifffahrt angewiesen. Die vor einigen Tagen eingetroffene Nummer der „Fortnightly Review“ gibt in einer Tabelle ein reiches Bild dieser Abhängigkeit der britischen Seeinteressen von den Machtfaktoren der Neutralen:

Schifffahrt (Außenhandel).

Angekommen (mit Ladung).

Jänner bis Nov. einschließlich	Britisch		Zusammen
	Britisch	Ausländisch	
1916	18.718.395	9.127.232	27.845.617
1915	21.081.043	10.017.285	31.098.328
1914	26.770.195	13.501.951	40.272.146
1913	29.489.141	15.355.964	44.845.105

Abgegangen (mit Ladung).

Jänner bis Nov. einschließlich	Britisch		Zusammen
	Britisch	Ausländisch	
1916	16.388.282	16.632.525	33.020.787
1915	18.787.356	17.569.388	36.356.733
1914	20.690.424	21.852.419	42.542.843
1913	26.815.520	25.414.209	52.229.729

Wichtig: Die Tonnage der Einfuhr nach Großbritannien und Irland ist durch den Krieg von rund 45 Millionen Tonnen (1913) auf rund 28 Millionen (1916) zurückgegangen — trotz der enormen Einfuhrmengen für Kriegszwecke. Was aber für unsere Behauptung und Beweisführung sehr viel wichtiger ist: Die Tonnage der Ausfuhr aus den britischen Häfen, also der hauptsächlichste Wertmesser für die Verdienste der englischen Wirtschaft durch Außenhandel während des Krieges, ist fast auf die Hälfte zurückgegangen, nämlich von rund 63 auf 33 Millionen Tonnen — trotz der Kriegslieferungen an die Alliierten, soweit diese nicht auf den von der Admiralität requirierten Dampfern befördert worden sind. Der Krieg ist für England in der Tat ein höchst mißrätliches Geschäft.

Im Jahre 1912 entfielen von dem Gesamttonnagegehalt der in Großbritannien eingelaufenen Schiffe (also auch ohne Ladung) in Prozenten auf die Schiffe Großbritanniens etwa 58 Prozent, Deutschlands 10 Prozent, Norwegens 7 1/2 Prozent, Frankreichs 2 1/2 Prozent, Spaniens und Belgiens etwa 2 Prozent, Russlands, Griechenlands, der Vereinigten Staaten, Italiens und Oesterreichs je 1 Prozent und Japans 1/2 Prozent. Im Jahre 1916 waren in der Einfuhr (vergl. die Tabelle) von 27,8 Millionen 9,1 „ausländisch“ und 18,7 „englisch“. In der Ausfuhr beladener Schiffe war sogar die Biffer der ausländischen fast ebenso groß, wie die der englischen Tonnage.

Aus dieser Statistik folgt, daß die ausländische Tonnage für Englands Schifffahrt geradezu unentbehrlich geworden ist und daß tatsächlich die Neutralen den Hauptanteil der ausländischen Tonnage darstellen. Während des Krieges hat sich dieses Verhältnis immer und mehr und mehr zugunsten der Neutralen gehalten. Diese Tatsache geht auch aus dem internationalen Schiffbau hervor. Nach den Mitteilungen des Glasgow „Globe“ wurden in den letzten beiden Jahren fertiggestellt:

	1916		1915	
	Schiffe	Tonnen	Schiffe	Tonnen
Großbritannien	412	582.305	517	649.836
Vereinigte Staaten von Nordamerika	178	554.818	127	270.124
Japan	250	246.234	127	98.213
Holland	200	211.698	890	217.592
Deutschland	30	81.950	46	179.804
Italien	300	60.472	4	20.230
Frankreich	10	39.457	32	41.488
Norwegen	70	44.902	86	64.477
Schweden	35	400.090	33	25.927
Dänemark	50	37.150	40	51.361
Spanien	10	11.171	7	14.206
China	38	7.862	50	8.078
Rußland	—	—	18	792

Aus diesen Biffern ergibt sich mit nicht widerlegbarer Sicherheit, wie sehr der britische Schiffbau gegenüber dem der übrigen Staaten ins Hintertreffen geraten ist. Während in den früheren Jahren, vor dem Krieg, die Ergebnisse des britischen Schiffbaues diejenigen der übrigen Staaten weit übertrafen und England nahezu sämtliche Länder, mit Ausnahme von Deutschland, vollständig mit Schiffen versorgte, mußte England während des Krieges den neutralen Werften zahlreiche Aufträge erteilen. Sogar China kaufte für englische Rechnung. Die eine große Lehre und das eine wichtige Ergebnis des Krieges besteht eben darin, daß England gehofft hat, sowohl die gegnerische Schifffahrt, wie auch diejenige seiner Verbündeten und

der Neutralen zu schwächen, während die Briten nun sehen müssen, daß gerade der umgekehrte Vorgang sich vollzieht.

Um nun sich genügend Tonnage zu sichern, heßt England einen Neutralen nach dem anderen in den Krieg, in der sicheren Erwartung, weiteren Schiffsraum zu erhalten. Wie sehr die englische Schifffahrt von dem guten Willen der Neutralen abhängt, darüber gibt die soeben eingetroffene Nummer des „Shipping World“ einen schlagenden Beweis. Sie schreibt: Man kann die Tatsache nicht mehr verheimlichen, daß das Tonnageproblem von Tag zu Tag akuter wird. War die Situation im Februar schlecht, so ist sie noch ärger im März geworden. Von Tag zu Tag hat sich das Chartergeschäft in den Ladehäfen zu einem Schatten vermindert, und zwar ist diese Erscheinung so oft, da das Geschäft vollständig aufgehört hat. Freilich laufen die requirierten Schiffe und die Charterboote auf Zeit, sonst würde die Situation wirklich ernst sein. Das ganze Problem hängt am Vorhandensein von genügender neutraler Tonnage, aber gerade diese fehlt auf dem Markte.

Dieses Eingeständnis spricht mehr als alle Kommentare. Und je länger der U-Booskrieg dauert, desto weniger werden die Neutralen geneigt sein, ihre unter günstigen Bedingungen gebauten Schiffe dem sicheren Untergang zuzuführen. Schon heute kann die unabwiesbare Ueberzeugung ausgesprochen werden, daß England infolge des U-Booskrieges, gegen den es nach Admiral Jellicoes Mitteilungen kein Gegenmittel gibt, einer furchtbaren Katastrophe entgegensteht.

Der Verband nordwestdeutscher Konsumvereine

versendet seinen Geschäftsbericht für 1916, der einen interessanten Einblick in die Tätigkeit der nordwestdeutschen Konsumvereine gewährt.

Zur Verbandsstatistik haben diesmal 156 Konsumvereine und fünf Bäckerei-Produktionsgenossenschaften berichtet. Diese 161 Genossenschaften erzielten im Geschäftsjahre 1916 einen Umsatz im eigenen Geschäft von 126 724 863 Mark, gegen 105 387 172 Mark im Vorjahre. Der Mehrumsatz beträgt demnach 21 337 691 Mark, gleich 20,2 %.

Die Mitgliederzahl der 161 Vereine betrug 377 599, gegen 334 643 im Vorjahre; sie hat sich um 42 955, gleich reichlich 12 %, vermehrt. Einen gewaltigen Aufschwung genommen hat die genossenschaftliche Eigenproduktion. Der Wert der selbstproduzierten Waren betrug 48 818 130 Mark, 38 % der umgesetzten Waren werden bereits in eigenen Betrieben hergestellt. Viele Konsumvereine haben für die Mitglieder auch Spar-einrichtungen geschaffen; der Bestand der Spareinlagen betrug Ende 1916 25 184 152 Mark. Die Bilanzen der Konsumvereine schließen in Aktiven und Passiven mit 57 303 602 Mark. Der Bruttogewinn betrug 16 197 297 Mark, die Geschäftslasten betragen 11 800 800 Mark, gleich 9,8 % des Umsatzes im eigenen Geschäft.

Die Erübrigung beträgt 4 396 497 Mark. Verteilt wurde die Erübrigung wie folgt: als Rückvergütung an die Mitglieder 1 347 777 Mark, an die Reserven 611 445 Mark und für gemeinnützige Zwecke 1 276 528 M.; vorgetragen wurden 1 160 640 Mark. Die hohe Summe für gemeinnützige Zwecke findet ihre Ursache in dem Beschlusse der Handelsgesellschaft „Produktion“ in Hamburg, aus den Uberschüssen des letzten Jahres eine Millionenstiftung zur Errichtung eines Kindererholungsheims zu machen. Außer der Rückvergütung wurden an die Mitglieder 4 267 634 Mark als Rabatthaben verteilt.

Ein umfangreicher Abschnitt im Jahresbericht behandelt die Frage der Warenverteilung durch die Kriegsgesellschaften und Kommunalverbände. Diese durch den Krieg bedingte Veränderung der Warenverteilung, die einer Aufhebung des freien Handels gleichkommt, hat auch die Stellung der Konsumvereine völlig verändert. Die Konsumvereine sind heute beim Warenbezug in der Hauptsache auf die Kommunalverbände angewiesen. Dieser neue Zustand führte in vielen Fällen zu Unstimmigkeiten mit den Behörden, die Verhandlungen mit den Kommunalverbänden, Regierungen mit den Kommunalverbänden, Regierungspräsidenten, Oberpräsidenten und Ministerien notwendig machten. Die zunehmende Einführung der Kundenlisten oder eines den Kundenlisten ähnlichen Verteilungssystems, die von den Verbänden wiederholt gefordert ist, beseitigt allmählich die bestehenden Differenzen. Ueber die Beteiligtheit der Konsumvereine wird berichtet, daß 14 Vereine Neu- resp. Erweiterungsbauten mit einem Kostenaufwande von 8 1/2 Millionen Mark planen.

22. / IV. 1917.

36

Wien, 21. April.

[Nichtpreise für den Verkauf von Industrieerzeugnissen.] Seit dem Empfange der Vertreter der industriellen Verbände beim Ministerpräsidenten und der Delegierten des Gewerbevereines beim Justizminister haben wieder mehrere industrielle Vereinigungen Schritte gemacht, um ihre Wünsche hinsichtlich der letzten Verordnung über die Preistreibereien zur Geltung zu bringen. So hat sich der Verein der Montan-, Eisen- und Maschinenindustriellen an die Wiener Handelskammer mit dem Ersuchen gewendet, daß sie sich für die baldige Schaffung der Preisprüfungsstellen, insbesondere aber für die Erlassung von Richtpreisen für die industriellen Erzeugnisse einsetzt. Ueber die Aktion der Mineralölindustrie, die den gleichen Zweck verfolgt, ist bereits berichtet worden. Andere industrielle Verbände wieder haben angeregt, daß nicht nur Nichtpreise festgestellt, sondern auch allgemeine Richtlinien für die Beurteilung der Frage gezogen werden, welche Waren im Sinne der Verordnung als Bedarfsgegenstand aufzufassen sind. Der Gewerbeverein vertritt, wie aus der heute veröffentlichten Darstellung seines Vizepräsidenten hervorgeht, die Auffassung, daß auf die in der früheren Preistreiberverordnung enthaltene Bestimmung der Unentbehrlichkeit zurückgegangen werde, daß ferner die Preisprüfungsstellen verpflichtet werden mögen, dem Ansuchen des Verkäufers um Festsetzung eines noch nicht vorhandenen Richtpreises zu entsprechen, daß der Richter gebunden sei, seinem Urteile den von der Prüfungsstelle festgesetzten Preis zugrunde zu legen und daß bei einem Widerspruch der Ansichten in der Preisprüfungsstelle im Zweifel zugunsten des Beschuldigten entschieden werde. Am Montag wird in der Handelskammer eine Enquete der wirtschaftlichen Preise abgehalten, welche über die zu stellenden Anträge Beschluß fassen wird.

Gegen den 8-Uhr-Ladenschluß.

Protestversammlung der kaufmännischen Angestellten.

Zwei von Tausenden kaufmännischer Angestellten besuchte Versammlungen fanden gestern in Berlin statt, um gegen den 8-Uhr-Ladenschluß Stellung zu nehmen, dessen Einführung inzwischen, wie bereits mitgeteilt, vom Bundesrat vertagt worden ist.

In den Germania-Sälen war der kaufmännische Verband weiblicher Angestellter versammelt. Als Rednerinnen traten die Damen Marie Andres und Gertrud Israel auf. Es wurden von ihnen alle Gründe ins Feld geführt, die für die Beibehaltung des 7-Uhr-Ladenschlusses sprechen. Ja, es wurde sogar ein Vorschlag mit stürmischem Jubel aufgenommen, der den fraglichen Frühschluß auch für Sonnabend eingeführt wissen will. Auch an diesem letzten Abend der Woche werde sich das laufende Publikum, wie an den übrigen Abenden, schnell genug daran gewöhnen, die Sonntagseinkäufe nicht auf die letzte Stunde zu verlegen. Es handle sich dabei nicht um eine Forderung der Angestellten von einer Stunde weniger Arbeit, sondern um das Notgesetz durchzuhalten, und um das zu können, muß dafür gesorgt werden, daß alle Kräfte, körperliche und geistige, aufrecht erhalten bleiben. Der Bundesrat hätte vor seiner Entscheidung erst bei den kaufmännischen Verbänden, bei Angestellten und Arbeitgebern sich erkundigen sollen, da würden alle die jetzigen Aufregungen und Erregungen vermieden und eine allgemeine Verbitterung in allen betroffenen Kreisen erspart worden sein. Es wurde schließlich eine Resolution angenommen, die alle diese Einwürfe gegen die geplante Änderung zusammenfaßt. Besonders betont wurde dabei noch, daß durch Verlängerung der Arbeitszeit die Segnungen der „Sommerzeit“ — eine Stunde Tageslicht und Sonnenschein — illusorisch gemacht würde.

Im Lehrervereinshaus sagte der Verein der Berliner Handlungsgehilfen in einer gleichfalls zahlreich besuchten Protestversammlung. Die Einberuferin, Frau Regina Friedländer, erörterte die Schäden, die durch Verlängerung der Arbeitszeit sowohl dem Publikum als auch den Handlungsangestellten erwachsen. Abgesehen vom hygienischen Standpunkt, der allein genügen müßte, kommt vor allem das wirtschaftliche Moment in Betracht. Es sei ein unzeitgemäßes und unfruchtbares Experiment, das weder Unternehmern und Gehilfen, noch dem Publikum Nutzen brächte. Den Ausführungen der Rednerin, denen die Zuhörerschaft lebhaften Beifall spendete, folgte auch hier die Resolution gegen die Wiedereinführung des 8-Uhr-Ladenschlusses in der Sommerzeit.

Eine zu gestern abend nach der Viktoria-Brauerei einberufene Versammlung der Vereinigung gegen den 8-Uhr-Ladenschluß konnte nicht stattfinden, da bei der behördlichen Anmeldung ein Fehler unterlaufen war.

Wien, 24. April.

Nicht bloß von der Genialität der Heerführer, von der heldenmütigen Tapferkeit der Truppen hing die Entscheidung in diesem furchtbaren Weltkriege ab, der die Menschheit mehr als zweieinhalb Jahre heimsucht. Nur wenige Wochen nach dem Ausbruche des großen Kampfes, der um unser Dasein geht, wurde es klar, daß wir nur die schwere Prüfung, die uns auferlegt ist, bestehen könnten, wenn unsere Industrie sich neu ungeahnt großen und unwälzenden Aufgaben gewachsen zeigen würde. Es hieß mit einem Schläge Fabriken, die bisher bloß Bedarfsgegenstände für den Frieden erzeugten, in Unternehmungen für Kriegsartikel umzugestalten. Es galt die Produktion von Werkstätten, die das notwendige Material für die Kriegführung zu liefern haben, in riesigem Maße zu vergrößern, einem Maße, das den fabelhaften Dimensionen des größten Krieges der Weltgeschichte entsprechen sollte; es mußten mit unheimlicher Raschheit entscheidende Entschlüsse gefaßt werden, neue Organisationen wurden aus dem Boden gestampft und dies alles geschah ohne Rücksicht auf die Folgen, welche die Uebernahme eines so ungemessenen Risikos haben könnte, ohne Rücksicht auf die kolossalen Investitionen, die die unerwarteten Anforderungen der Industrie auferlegten. Mit Stolz kann Oesterreich heute auf diese seine Industrie blicken, denn sie hat im höchsten Maße ihre Pflicht erfüllt und sie hat, was in ihren Kräften stand, getan, um das Vaterland aus schwerer Gefahr zu retten und uns den Sieg zu erringen zu helfen. Ueberblicken wir die Leistungen unserer Geschütz-, Munitions-, Konserven- und Textilindustrie, so darf ohne Ueberhebung wohl gesagt werden, daß sie weit die Erwartungen übertrafen, die an sie geknüpft wurden. Die Ehrentage Oesterreichs in diesem Kriege waren auch Ehrentage der österreichischen Industrie.

Umso befremdlicher und eigentümlicher muten Erscheinungen an, welche in letzter Zeit zutage treten, und die erkennen lassen, daß gegen die österreichische Industrie eine systematische Agitation ins Leben gerufen werden soll. Die gestrige Generalversammlung der „Ebenmühl“ bot die Gelegenheit, diese Beobachtung in ganz klarer Weise zu machen und wenn wir auf die Vorgänge in dieser Versammlung zurückkommen, so liegt uns gewiß die Absicht fern, eine „oratio pro domo“ zu halten. Der Zufall wollte es aber, daß bei diesem Anlasse Worte fielen, die eine Frage, welche vom eminentesten wirtschaftlichen und auch politischen Interesse ist, in hellste Beleuchtung rückten. Ein Abgeordneter

hielt das Forum der Generalversammlung der „Ebenmühl“ für den geeigneten Schauplatz, Tendenzen zum Ausbruch zu bringen, die eine ausgesprochene Industrie Feindschaft atmen. Der Herr Abgeordnete Hummer, seinem Berufe nach Magister der Pharmazie, ist in letzter Zeit keine seltene Figur bei Generalversammlungen und er scheint jedenfalls in der erfreulichen Lage zu sein, Aktien der verschiedensten Unternehmungen zu besitzen. Denn es ist doch nicht anzunehmen, daß der Herr Abgeordnete, dessen enge Parteigenossen so oft und so scharf das Treiben der sogenannten Scheinaktionäre brandmarkten, selbst zu dieser Kategorie von beauftragten Vertretern solcher Interessenten, die aus verschiedenen Gründen nicht mit offener Maske hervortreten wollen, gehört. Der Abgeordnete von Leitmeritz aber hat, offenbar in Anlehnung an seinen bürgerlichen Beruf, in der jüngsten Zeit unternommen, Rezepte zur Heilung der „sozialen Schäden“ zu verschreiben und ihm erscheinen gerade Generalversammlungen von Aktiengesellschaften als der passendste Ort, um diese seine segensreiche Tätigkeit zu entfalten. So war denn auch der Herr Abgeordnete Hummer, wir möchten beinahe sagen, gestern als Gast in der Generalversammlung der „Ebenmühl“ anwesend. Wir wollen wohl annehmen, aus eigenem Ansporn, trotzdem wiederholt die Behauptung — seit dem ganz neu erwachten Interesse des Herrn Abgeordneten Hummer für die Generalversammlungen von Aktien-

gesellschaften — auftauchte, er sei der Exponent anderer treibender Faktoren. Seine Ausführungen gaben der leitenden Persönlichkeit der „Ebenmühl“ die Gelegenheit, Gesichtspunkte zu entwickeln, die von allgemeiner Bedeutung für die gesamte Industrie sind. In dieser Rede wurde auf die bedeutenden Leistungen, die hervorragenden Erfolge unserer Industrie hingewiesen, die soviel beigetragen hat, den Angriff unserer Feinde abzuwehren. Aber gleichzeitig wurde mit nicht zu verstehender Klarheit gegen die der Industrie feindlichen Strömungen Stellung genommen, Strömungen, die dieses Rückgrat des Staates bedrohen. Ein moderner Staat ohne Industrie ist eine Unmöglichkeit und wer heute industrie Feindlich ist, ist auch staats Feindlich. Der Generaldirektor der „Ebenmühl“ verwies darauf, in welcher kräftiger Weise der Stellvertreter des deutschen Kriegsministers im Vorjahre die Mitwirkung der deutschen Industrie gewürdigt hat. Damals erklärte im deutschen Reichstage der Stellvertreter des Kriegsministers, daß Industrie und Handel sich in durchaus realer und in ihren Preisen angemessener Höhe bei den Heereslieferungen beteiligt hätten. Er fügte

hinzü, daß unmöglich bei Industrie und Handel der Eindruck erweckt werden dürfte, daß jeder, der etwas unternehmen und mit einem gewissen Risiko Lieferungen ausgeführt habe, vor ein Forum geschleppt werden solle und nachweisen müsse, daß er nicht unangemessen viel verdient habe. „Wohin“ — rief er aus — „würden wir da kommen!“

Diese Frage können wir heute auch stellen. Eine Verärgerung der Industrie, eine Einschränkung ihrer Unternehmungslust würde für den Staat ebenso bedenklich während den Kriegzeiten sein wie bei dem Uebergange von der Kriegswirtschaft zur Friedenswirtschaft. Wir halten es daher für ein durchwegs berechtigtes Verlangen, daß bei uns gerade angesichts von Zeichen einer tendenziös industrie Feindlichen Strömung jene Stellen, die am besten wissen, wie enorm die Leistungen unserer Industrie sind und wie sehr sie uns die Führung des Krieges ermöglichten, der Industrie einen Schutz gegen frivole und bössartige Angriffe gewähren. Es liegt uns ganz ferne, schädliche Auswüchse beschönigen zu wollen oder unentschuldbare Mißbräuche zu verteidigen. Doch die Menschen lieben die Verallgemeinerung, besonders dann, wenn einzelne böse Taten einem ganzen Stande zur Last gelegt werden sollen. „Die Verdienste — sagt Voltaire — bleiben im Vorzimmer, der Verdacht dringt in den Salon ein.“ Nichts ist in einer so schweren und kritischen Zeit gefährlicher, als wenn eine Atmosphäre des Mißtrauens und der Verdächtigung sich ausbreitet, und wir meinen deshalb, daß es vom höchsten, allgemeinen Interesse wäre, wenn die Bevölkerung von maßgebender Seite aufgeklärt und erfahren würde, daß unsere Industrie voll und ganz ihre Pflicht erfüllt hat und daß es nicht angeht, einen ganzen Stand, der so Großes geleistet hat, wegen der Verfehlungen einzelner — und in welcher Bevölkerungsklasse käme dies nicht vor — herabzuziehen und zu verdächtigen. Wohl wäre es auch zu wünschen, daß unsere Industriellen selbst sich zur Wehre setzen würden, daß sie nicht schweigend zusehen, wie eine gewissenlose Agitation sich der Hege gegen die Industrie hingibt. Die österreichische Bescheidenheit ist zwar sprichwörtlich, aber unsere Industrie hätte wahrlich alle Ursache, auf Grund ihrer hervorragenden Leistungen selbstbewußter und energischer aufzutreten gegen jene Herren, die nichts und wieder nichts in dem Lebenskampfe der Monarchie geleistet haben und die ihren ganzen Mut in gefahrlosen Angriffen gegen einen für den Staat vitalste Bedeutung besitzenden Stand erschöpfen. Wer heute gegen die Industrie ist, kann nicht als Freund des Staates gelten. Und wir glauben daher, daß es auch die Pflicht des Staates ist, die Industrie zu schützen und sie nicht im öffentlichen Ansehen widerspruchsvoll herabsetzen zu lassen.

Heilsame Wirkung.

Von den schweren wirtschaftlichen Schädigungen und Störungen, die uns als Folge der neuen Verordnung gegen Preistreiberei von Unglückspropheten vorhergesagt worden waren, ist bisher nichts zu merken. Die angekündigte Lähmung des gesamten Handelsverkehrs ist vorläufig nicht eingetreten. Wohl aber zeigen sich bereits in einzelnen Geschäftszweigen recht merkwürdige und recht erfreuliche Erscheinungen, die ganz offenbar nur auf die neue Verordnung zurückzuführen sind. Welcher andere Erklärungsgrund könnte sich dafür finden lassen, daß plötzlich Schuhwaren und Kleiderstoffe auf dem Markt erscheinen, deren Preise auffallend tief unter dem noch vor wenigen Tagen allgemein festgehaltenen Preisniveau stehen? Welches Wunder macht diese bisher unsichtbar gebliebenen „alten Lagerbestände“ auf einmal sichtbar? Früher konnte man von Händlern hören, daß alte Ware aus der Friedenszeit viel besser und solider als die neue, jetzt auch schon ungemein selten sei und wegen der Seltenheit natürlich — teurer sein müsse. Aber die strenge Verordnung hat mit ihren Strafandrohungen diese früher unumstößliche Logik ins Wanken gebracht. Und

nun wird nach- und umkalkuliert, und man entdeckt die vorher unbefannte Möglichkeit von Preisherabsetzungen. Es geschieht etwas, was die Kriegszeitgenossen noch nicht erlebt haben: Ware wird billiger. Und man kann sicher sein, daß dies in der nächsten Zeit noch mehrfach geschehen wird.

Die neue Verordnung hat eben der bis dahin hemmungslos gestiegenen Hochflut der Preistreiberei einen wirksamen Damm entgegen gesetzt. Konnten vorher die Gesetzesübertreter die außerordentlich hohen Gewinnchancen, die auf der einen Seite lockten, und die verhältnismäßig niedrigen Geldstrafen, die auf der anderen Seite drohten, gegeneinander abschätzen und dabei zu dem Schlusse kommen: man kann es riskieren — so ist nunmehr das Verhältnis zwischen Profit und Risiko gründlich verändert. Die Übertretung der Preistreiberei wird schon bei einer unrechtmäßigen Gewinnhöhe von zweitausend Kronen aufwärts zum Vergehen, und wird im Falle der schweren Gefährdung öffentlicher Interessen zum Verbrechen. Die Rechtsfolgen der Beurteilung sind die nämlichen wie beim Betrug. Die ange drohten Geldstrafen erreichen eine Höhe, die unter Umständen den völligen materiellen Ruin des Verurteilten bedeuten kann. Dazu kommt, daß die zu errichtenden Preisprüfungsstellen den Gerichten ermöglichen werden, genauen Einblick in die gesamte Geschäftsgebarung und Kalkulation des angeklagten Kaufmannes zu gewinnen, daß der Richter also weder durch die Undurchsichtigkeit eines ihm fremden Handelsgetriebes noch durch die etwaige Unzulänglichkeit eines einzelnen Sachverständigen gutachten beirrt sein wird. Das alles sind Hilfsmittel und Sicherungen einer strengen, aber gerechten Urteilschöpfung, vor welcher jene Elemente, die strenge Gerechtigkeit zu scheuen haben, begründetes Bangen empfinden müssen. Wirkt die Verordnung auf solche Kreise derart abschreckend, daß sie beizeiten ihre Hände aus dem gefährlichen Spiel ziehen, um so besser. Niemand trägt Verlangen nach einer Säufung draconischer Strafurteile. Über alle Welt trägt Verlangen nach solidem Geschäftsbrauch und nach erschwinglichen Preisen. Die Verordnung erfüllt vollkommen

ihren Zweck, wenn sie den illegitimen Handel aus dem Felde jagt, denn gerade dadurch schafft sie dem legitimen Handel wieder freie Bahn. Der anständige Kaufmann hat bisher den Preistreiber hemmungslos schalten gesehen und hat sich vielleicht selbst dadurch mitunter über die Grenze hinaus, die er zu normalen Friedenszeiten gewissenhaft einhielt, mitreißen lassen. Er findet nun wieder festen Halt und wird zu den Grundsätzen bürgerlicher Gewinnbemessung zurückkehren, bei denen er früher gedieh und bei denen man ruhig vorwärts kommt, wenn man auch nicht sprunghaft zum Millionär emporschnellt. Die Verordnung gegen Preistreiberei ist nur für jene ein Schrecken, die geschreckt werden sollen. Die guten Gewissens sind, können unbesorgt den altgewohnten geraden Weg weitergehen.

26. IV. 1917

16
LH

(Deutschland und Ungarn nach dem Weltkriege.) Man schreibt uns aus München: Der zum Korrespondenten für Frankfurt und Westdeutschland ernannte Korrespondent des königlich ungarischen Handelsmuseums Walter Dertel hielt Sonntag abend im hiesigen Bayerischen Hof über das Thema Deutschland und Ungarn nach dem Weltkriege einen Vortrag, der eine große Anziehungskraft ausgeübt hat. Der Vortragende führte aus, daß wie Oesterreich und die übrigen südeuropäischen Länder, auch Ungarn engere Handelsbeziehungen zu Deutschland anzuknüpfen wünscht, nachdem seine Landwirtschaft und Industrie und damit auch sein Handel sich wesentlich ausgedehnt haben. Diesem Bedürfnis kommen die wasserwirtschaftlichen Projekte Bayerns sehr entgegen. Wie stattlich besonders die landwirtschaftliche Produktion Ungarns ist, beweist nach Dertel die Tatsache, daß Ende 1916 die Jahresproduktion sich auf einen Wert von etwa fünf Milliarden Kronen bezifferte. Wenn auch in den letzten Jahren die landwirtschaftliche Produktion im einzelnen zu wünschen übrig ließ, so ist der Wert des Ackerbodens doch bedeutend gestiegen, und die Pachtpreise haben sich bis um 50 Prozent erhöht. Wie die Landwirtschaft, so zeigen auch Industrie und Handel eine stark aufsteigende Linie, ebenso das gesamte Verkehrswesen, Eisenbahnen wie Schifffahrt. Auch auf die landschaftlichen Reize Ungarns wies der Vortragende hin und eröffnete damit für die Zukunft reiche Aussichten für den Ferien- und Sommerverkehr, der sich von Italien mehr Ungarn zuzuwenden wird. Auch in dieser Beziehung wird in Zukunft die Donau einen lebhafteren Verkehr aufweisen als vor dem Kriege. Die fesselnden Ausführungen des Vortragenden wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

27. IV. 1917

425

Bund Oesterreichischer Industrieller.

Zufolge einstimmigen Beschlusses, den der Zentralausschuß des Bundes Oesterreichischer Industrieller in seiner Sitzung vom 24. April d. J. gefaßt hat, richtete der Bund Oesterreichischer Industrieller an den Gouverneur der Bodenkreditanstalt Scheimen Rat Dr. Karl Ritter v. Beth ein Schreiben nachstehenden Inhalts:

Der Zentralausschuß des Bundes Oesterreichischer Industrieller hat in seiner Sitzung vom 24. April d. J. einstimmig beschlossen, Eurer Excellenz die Zustimmung und besondere Anerkennung im Namen der österreichischen Industrie für die mannhaften Worte, mit welchen Sie in Ihrer Ansprache in der Generalversammlung der Oesterreichischen Bodenkreditanstalt die Bedeutung der österreichischen Industrie für die Wiedergeburt unseres Wirtschaftslebens gekennzeichnet haben, auszusprechen. Gerade in der jetzigen Zeit, in welcher in demagogischer Weise versucht wird, die Bedeutung der Industrie herunterzusetzen und Pläne entwickelt werden, welche in ihrer Durchführung geeignet wären, die Industrieentwicklung Oesterreichs zu hindern, ist es wertvoll, wenn aus so kompetentem Munde auf die Voraussetzungen hingewiesen wird, welche notwendig sind, um im Interesse unserer gesamten Staatswirtschaft eine gedeihliche Entwicklung der industriellen Produktion zu sichern."

Die Kartellform nach dem Kriege.

Ein Ereignis und doch kein Ereignis. Die Auflösung des österreichischen Eisenkartells war ein Ereignis, wie wenn ein Machtfaktor plötzlich aufgehört hätte, zu existieren; sie war aber doch kein Ereignis, weil schon seit mehr als einem Jahre die Kartellorganisation gar nicht mehr bestand. Am 14. März 1916 war die Freigabe der Verkäufe beschlossen worden. Jedes Eisenwerk konnte ohne Rücksicht auf die

bis dahin ihm zugeteilte Produktionsmenge erzeugen, wie viel es wollte, und zu Preisen, die keiner Kontrolle durch das Kartell mehr unterlagen. Das Eisenkartell hatte damit eigentlich sich schon damals selbst aufgelöst oder vielmehr, es war durch die Zeitumstände aufgelöst worden. Was ist denn der Zweck eines Kartells? Es will vor allem durch Konzentrierung der Produktion verhindern, daß eine Überproduktion, welche stets mit einem scharfen Preisdruck verbunden ist, Platz greife. Von einer Überproduktion kann aber in der jetzigen Kriegszeit nicht die Rede sein, wo vielmehr auf allen wirtschaftlichen Gebieten bis zur äußersten Grenze der Leistungsfähigkeit gearbeitet werden muß, um vor allem die Bedürfnisse der Heeresverwaltung zu befriedigen. Die Preisfestsetzung aber, in der viele den Hauptzweck eines jeden Kartells zu erblicken pflegen, hängt weniger von dem Willen und der Macht der Kartelle als von dem stets seinen dominierenden Einfluß ausübenden wirtschaftlichen Gesetze des Angebots und der Nachfrage ab. Sehr häufig hat das Eisenkartell, ob es wollte oder nicht, seine Preise ermäßigen müssen. Es war nicht imstande, den Rückgang der Preise aufzuhalten, wenn die Nachfrage stockte oder ausländische Konkurrenz sich fühlbar machte. Viel mächtiger noch als alle europäischen Kartelle sind die amerikanischen Truste, von denen der Stahltrust mit einem Aktienkapital von mehr als fünf Milliarden Kronen arbeitet, und doch haben diese Truste die Kursstürze nicht verhindern können, die wiederholt zu schweren amerikanischen Wirtschaftskrisen, wie namentlich in den Jahren 1907 und 1908, geführt haben. Jetzt freilich im Weltkriege haben die amerikanischen Truste gute Zeiten, wie sie sich sie nie hätten träumen lassen. Der Stahltrust hat im ersten Quartal des laufenden Jahres im Vergleiche zu derselben Zeit des Vorjahres das Doppelte als Reingewinn buchen können, und wenn man den gleichen Zeitraum des Jahres 1915 zur Vergleichung heranzieht, fast das Siebzehnfache. Aber diese Erfolge verdankt dieser Riesentrust nicht seiner Organisation, sondern, weil ihm die Ententemächte die Ware aus den Händen rissen und ihm jeden Preis bewilligten, wenn er nur rasch lieferte.

Noch in keinem Staat ist bisher das Kartellproblem gelöst worden. In Oesterreich stand es schon wiederholt auf der Tagesordnung. Es werden im nächsten Juni zwanzig Jahre verfloßen sein, seitdem im Abgeordnetenhaus von der Regierung der Entwurf eines Kartellgesetzes eingebracht wurde. Ähnliche Gesetzesentwürfe wurden in unserm Parlament auch später wiederholt eingebracht, zuletzt im Oktober 1911 seitens des Deutschen Nationalverbandes. Ein Jahr darauf fand die bekannte Kartellenquete statt, welche eine ganze Reihe von Kartellen, nicht bloß das Eisen-, sondern auch das Kohlenkartell, das Petroleumkartell usw. zum Gegenstand der Erörterung machte, aber das Kartellgesetz ist noch immer nicht zustande gekommen. Es ist noch nicht die Schwierigkeit überwunden

worden, die darin liegt, einerseits die Kartelle als Rettungsmittel gegen Überproduktion und Schleuderpreise in krisenhaften Zeiten bei der Hand zu haben, und andererseits einer Entartung dieser Institutionen in einen Ring von Ausbeutern vorzubeugen. Es lassen sich auch nicht alle Kartelle in einen Topf werfen. Die Gegner der Kartelle haben immer nur die wenigen Organisationen dieser Art im Auge, denen es gut und sogar glänzend geht. Es bestehen aber daneben weit mehr Kartelle der verschiedensten Industriezweige, die sich, wenn nicht eine Konjunktur wie in dem jetzigen Krieg sich ihnen darbietet, trotz ihres Zusammenschlusses eines guten Geschäftsganges nicht berithmen können. Man ersieht daraus, mit welcher Vorsicht die Kartellfrage behandelt werden muß, wenn nicht anstatt der erhofften Beseitigung ihrer Auswüchse Schaden gestiftet werden soll.

Wird das Eisenkartell nach dem Kriege seine Wiederauferstehung feiern und werden nicht überhaupt Wandlungen im Kartellwesen sich von selbst ergeben? Einer der Gründe der Auflösung des österreichischen Eisenkartells war, daß es ohnehin zu Ende des laufenden Jahres gleichzeitig mit dem Ablauf der Handelsverträge und des ungarischen Ausgleiches zu bestehen aufgehört hätte. Ob und wie es wieder ins Leben treten soll, hängt also von den neu abzuschließenden Handels-

verträgen, insbesondere von der Höhe der darin festzusetzenden Eisenzölle und von den Bestimmungen des künftigen Ausgleiches mit Ungarn ab. Solange hierüber nicht Klarheit herrscht, lassen sich nicht einmal Verhandlungen über die Erneuerung des Kartells einleiten. Wenn die Kartelle nach dem Kriege wiederaufleben sollten, so dürften sie überhaupt ihre Gestalt verändern. Als Organisationen zur Sinterhaltung wirtschaftlicher Krisen dürften sie wieder aufgerichtet werden; als Preiskartelle werden sie sich zunächst wohl kaum wieder konstituieren. Die Staatsverwaltung, vor dem Kriege zum Kampf gegen die Kartelle aufgerufen, wird nach Wiederkehr des Friedens der Protektor der Kartelle sein; allerdings nur der Organisationsform, während Zweck und Ziel unter dem Gesichtspunkt der Gemeinnützigkeit geordnet werden wird. Die Preise, die wir als Höchstpreise kennen, sind ohne jede Kartellverabredung entstanden, und andererseits wurden sie in dem Moment, als sie den Produzenten und Händlern behördlich vorgeschrieben wurden, Mindestpreise. Warum? Weil eben die Nachfrage größer ist als der Vorrat an Waren. Dieses wirtschaftliche Gesetz wird nie umgestoßen werden können. Auch die Kartelle haben sich dem nie entziehen können. Sie können, wenn sie noch so festgefügt sind, die Preise nicht souverän diktieren. Sofern aber die Konjunktur günstig ist, gelingt es den Unternehmungen leicht auch ohne Kartellverabredung, in Statuten formulierte Preisverabredung, die Situation auszunützen. Der amerikanische Stahltrust, wohl die mächtigste Kartellvereinigung, beruht auf keiner förmlichen vertragsmäßigen Abmachung; die Unterhaltung beim Jahresbankett, die kein noch so strenges Antitrustgesetz verbieten kann, genügt zum allseitigen Einbernehmen über die Preistattil. Die völlige Beseitigung möglicher Kartellmißbräuche wird niemals zu erreichen sein. Aber der durch den Krieg gewandelte öffentliche Geist, die Stärkung des Gemeinnes wird in Zukunft der Form einen vollstündlichen Inhalt geben.

Die Organisation der Uebergangswirtschaft

Von
F. Naphtali.

(II*)

Wenn einmal die Notwendigkeit der regelnden Hand für die Einfuhr in der Periode der Uebergangswirtschaft anerkannt ist, so bleibt die Frage des Aufbaues der Organisation eine reine Zweckmäßigkeitsfrage. Die Potsdamer Handelskammer befürchtet von der Uebergangsorganisation alles Schlimme. Ausschaltung des sachkundigen Handels, starre, bürokratische Regelung, an Stelle lebendiger Kräfte. — Sicherlich können diese Gefahren mit einer straffen Regelung des Außenhandels in der Uebergangszeit verbunden sein, aber ebenso sicher ist es, daß sich organisatorische Formen finden lassen, durch die die Vorteile der Organisation gesichert werden, ohne daß die gefürchteten Nachteile der Bürokratisierung eintreten. Soweit die bisherigen Vorarbeiten des Reichskommissars für die Uebergangswirtschaft ein Urteil über die Richtung der organisatorischen Bestrebungen zulassen, erscheinen die Befürchtungen vor übermäßiger Bürokratisierung jedenfalls nicht begründet zu sein. Die Grundlagen der Verteilung und Kontingentierung in den einzelnen Gewerbebezügen sollen und müssen Selbstverwaltungskörper der Industrie und des Handels bilden. Bei der Bildung dieser Selbstverwaltungskörper wird es vor allen Dingen darauf ankommen, von einer Schematisierung Abstand zu nehmen. Die einzelnen Industriegruppen müssen je nach ihrer Eigenart behandelt werden. Bestehende Organisationen, Syndikate, Verbände oder auch Kriegsgesellschaften müssen je nach den Verhältnissen der einzelnen Branche zu den Trägern der Bewirtschaftungsaufgaben in der Uebergangszeit gemacht werden. Es wird keinesfalls angängig sein, die Verteilungsschlüssel, die Berücksichtigung von Vorkäufen im Auslande das Verhältnis des Großhandels zur Industrie nach einem einheitlichen Schema zu behandeln. In der Baumwollindustrie, die ganz auf die Zufuhr aus dem überseeischen Auslande angewiesen ist, liegen die Verhältnisse schon anders, als in der Wollindustrie, bei der neben der überseeischen Einfuhr eine gewisse Eigenproduktion und die Einfuhr aus den Balkanländern eine Rolle spielt. Die Lederindustrie wird anders zusammengefaßt werden müssen, als etwa die bereits fest kartellierte Eisenindustrie und so fort.

Die organisatorischen Grundlagen für die Selbstverwaltungsarbeit in den einzelnen Industrie- und Handelszweigen können und dürfen nur die Fachleute selbst schaffen. Die von der Reichsregierung eingesetzte Zentralstelle wird für die Selbstverwaltungskörper lediglich eine beratende, die obersten Grundsätze angegebende und kontrollierende Stellung einzunehmen haben. Die Fülle der Probleme, die Handel und Industrie in Gemeinschaft mit dem Reichskommissar für Uebergangswirtschaft bei dieser vorbereitenden Arbeit zu lösen haben, ist allerdings nicht gering zu veranschlagen. Wenn die Potsdamer Handelskammer gleichsam warnend ausruft, „daß das große engmaschige Netz, das über unsere Wirtschaft ausgespannt werden soll, schon zum Flechten gegeben ist, und daß derer, die daran arbeiten, vielleicht schon mehr sind, als für den Außenstehenden erkennbar ist“, so ist in diesem Satze eigentlich nur das „schon“ zu bemängeln. Denn uns will es scheinen, daß es höchste Zeit ist, daß auf den einzelnen Gebieten aus den Beratungen hinaus zur Klarheit der Organisationsform gekommen wird.

Was insbesondere die viel umstrittene Stellung des Einfuhrhandels innerhalb der Uebergangswirtschaft anbetrifft, so dürfte soviel von allen, die am Werke sind, anerkannt werden, daß auf die fachmännische Mitarbeit des Handels im Einkauf weder verzichtet werden kann, noch soll. Eine andere Frage ist es, ob es nicht in vielen Fällen zweckmäßig sein wird, den Einkauf durch den Handel kommissionsweise und nicht als Eigenhandel vollziehen zu lassen. Auf anderen Gebieten wird vielleicht die freie Tätigkeit des Handels ihre Grenzen in einer Art von industriellen Bezugssystemen finden müssen. Jedenfalls wird auch die Form der freien Handelstätigkeit, den aus früherer Zeit bestehenden Verhältnissen und den Bedürfnissen der einzelnen Wirtschaftszweige anzupassen sein. Eine weitere Befürchtung der Organisationsgegner geht dahin, daß mit der Kontingentierung eine allgemeine industrielle Gleichmacherel verbunden sein müßte. Auch hier ist den Kritikern zuzugeben, daß sie auf eine bestehende Gefahr hinweisen, aber es muß gelegnet werden, daß diese Gefahr nicht vermieden werden kann. Ein gewisser Grad von Gleichmäßigkeit der Rohstoffverteilung auf die einzelnen Unternehmungen eines Geschäftszweiges wird allerdings notwendig sein, um die angestammte Arbeiterbevölkerung der verschiedenen Bezirke möglichst schnell wieder beschäftigen zu können und um sie nicht gewaltsam zu entwurzeln. Bei Anerkennung dieses Bedürfnisses kann es aber durchaus erreicht werden, daß der rührige Industrielle, der sich durch rechtzeitige Vorkäufe gedeckt hat oder dem es, dank persönlicher Beziehung, gelingt, besonders vorteilhaft Rohstoffe einzukufen, der Vorteile seiner eigenen Unternehmungskraft nicht, oder wenigstens nur in beschränktem Maße, beraubt wird. Man kann z. B. daran denken, daß im Falle der Verteilung der Rohstoffe ein gewisser Prozentsatz der Vorkäufe oder Sondererwerbungen den Erwerbern vor-

behalten bleibt und nur der Rest der allgemeinen Verteilung zugeführt wird. In anderen Branchen wird es vielleicht in Betracht kommen, daß der Vorkäufer Eigentümer seiner Ware bleibt und daß er nur verpflichtet wird, um den nicht eingedeckten Fabriken ein Mindestmaß an Arbeit zu verschaffen, einen Teil seiner Rohware von anderen Unternehmern in Lohn für seine Rechnung verarbeiten zu lassen. Alle Möglichkeiten der Regelung im einzelnen können nicht behandelt werden. Es kommt nur darauf an, zu zeigen, daß bei grundsätzlicher Selbstverwaltung der einzelnen Wirtschaftszweige die volkswirtschaftlich notwendige Organisation geschaffen werden kann, ohne daß das frische Leben der freien Betätigung von Industrie und Handel durch starre staatliche Regelung erdrückt zu werden braucht.

Die oberste Behörde, die über diesen Selbstverwaltungskörper stehen muß, wird vor allen Dingen der Tatkraft und der Beweglichkeit bedürfen. Wenn Haller in dem früher erwähnten Artikel im „Plutus“ z. B. darauf hinweist, daß eine Kontingentierung der Einfuhr zu einem bestimmten Prozentsatz auf Grund der Einfuhrziffern des Jahres 1913 sicherlich höchstens für eine einzige Ware richtig sein würde, während für alle anderen Stoffe das Verhältnis absolut falsch gewählt sein könnte, so hätte er mit seinem Einwand recht, wenn nicht seine Vorstellung von der Kontingentierungsaufgabe der Zentralstelle eine ganz irrige wäre. Die Zentralstelle wird nicht nur keinesfalls schematisch irgendwelche Friedensziffern ihren Bestimmungen des Einfuhranteils der einzelnen Produkte zugrunde legen können, sondern sie wird überhaupt keinen starren, unbeweglichen Schlüssel für diese Anteilsbestimmung benutzen können. Die Zentralstelle muß vielmehr jederzeit in der Lage sein, ihre Anordnungen und Zuteilungen, den heute noch unüberschaubaren Marktgestaltungen in der Zeit der Uebergangswirtschaft

*) Vgl. Nr. 236.

anzupassen. Dazu gehört allerdings, daß diese Zentralinstanz sich nicht nur auf ein ausgebautes Netz von Selbstverwaltungskörpern stützen kann, sondern daß ihr auch von den gesetzgebenden Faktoren des Reiches hinreichende Vollmachten übertragen werden. Nur eine Zentralstelle, die über hinreichende Vollmachten verfügt und die entsprechende Verantwortungen übernimmt, kann mit der Schnelligkeit und Beweglichkeit handeln, welche die Uebergangszeit erfordern wird. Daß der Reichskommissar für Uebergangswirtschaft und seine Mitarbeiter auf Grund der ihnen bisher eingeräumten Vollmachten zu solcher tatkräftigen Leitung in der Zeit des Wiederaufbaues im Stande wären, muß allerdings als ausgeschlossen erscheinen. Bereits unmittelbar nach der Bestellung des Reichskommissars für Uebergangswirtschaft habe ich an dieser Stelle (vgl. „Vossische Zeitung“ vom 20. August 1916) darauf hingewiesen, daß die Verordnung vom 3. August 1916 wohl eine brauchbare Stelle für die Vorarbeiten zur Regelung der Uebergangswirtschaft eingesetzt hat, daß aber für die wirksame Ausführung der späteren Maßnahmen, der Zentralinstanz eine andere verwaltungsrechtliche Grundlage gegeben werden muß. Es ist nicht angängig, daß für jede Entscheidung einer Zentralinstanz der Uebergangswirtschaft erst der dornenvolle Weg über verschiedene Reichsämter, die sich die Kompetenzen streitig machen, durch den Bundesrat und womöglich auch durch den Reichstag gegangen werden muß. In diesem Falle würde allerdings lähmende Starrheit an der Stelle die Organisation verpfuschen, an der die größte Beweglichkeit notwendig sein wird.

In den dreiviertel Jahren, die seit der Ernennung des Reichskommissars für die Uebergangswirtschaft vergangen sind, sind von ihm und dem Stabe seiner Mitarbeiter zweifellos sehr wertvolle Vorarbeiten geleistet worden. Wenn man aber den Glauben hat, oder zum mindesten mit der Möglichkeit rechnet, daß wir uns in der letzten nicht mehr allzu lange währenden Phase des Krieges befinden, so muß man auch wünschen, daß der Reichskommissar für Uebergangswirtschaft recht bald aus den Studien heraus zur klaren Zielsetzung und zur organisatorischen Tat gelangen möge. Es sei nur beispielsweise darauf hingewiesen, wie dringend notwendig es für uns und wohl noch mehr für unsere Bundesgenossen ist, daß vor dem Friedensschluß das Zusammenarbeiten der deutschen und der österreichisch-ungarischen Uebergangsorganisationen fest geregelt wird. Wir haben einleitend zur Genüge darauf hingewiesen, daß alle tatsächlichen Entscheidungen für die Uebergangswirtschaft erst nach dem Friedensschluß getroffen werden können. In jenem Augenblick muß aber die tatkräftige und bewegliche Organisation fertig vorhanden sein. Sonst werden wir für den Frieden wirtschaftlich unzureichend gerüstet sein.

Die Handwerks-Lehre.

Im Abendblatt vom 23. April ist auf die Notwendigkeit aufmerksam gemacht worden, rechtzeitig für den Kräfte-Ersatz im Handwerk Vorkehrung zu treffen und demgemäß auch den Lehrlingen eine Stellung einzuräumen, die es ihnen wieder verlockender mache, in das Handwerk einzutreten. Eine Zuschrift aus den beteiligten Kreisen veranlaßt uns, auf diesen Punkt noch einmal zurückzukommen.

Während überall sonst die Ausbildung des Nachwuchses sich den veränderten Zeitverhältnissen angepaßt hat, wird sie im Handwerk noch in alter Weise erledigt. Der Lehrling wird in die Familie des Handwerkers aufgenommen und befördert, er erhält andererseits keine oder eine sehr geringe Entschädigung, und neben der Berufstätigkeit wird er zu häuslichen Diensten herangezogen. Es mehren sich heute im Handwerk selbst die Stimmen, die wegen des immer unzureichender werdenden Nachwuchses dringend eine Aenderung befürworten, um vor allen Dingen auch fähigere Elemente wieder anzuziehen. An verschiedenen Stellen ist man dazu übergegangen, Prämien für das Auslehren von Meistern zu gewähren. Diese Prämie erhält der Lehrherr für die Mühe, die er sich mit dem Lehrling macht. Sie hat die Folge, daß der einzelne Lehrling besser ausgebildet wird, sie führt aber dem Handwerk kaum vermehrte Kräfte zu. Es ist deshalb von Handwerkern vorgeschlagen, die Prämien den Lehrlingen selbst zu gewähren, etwa in der Form einer steigenden Bar-Vergütung für die letzten Lehrjahre. Wenn auch anzuerkennen ist, daß der Lehrherr anfangs vom Lehrling recht geringe Vorteile habe und daß dieser ihm zunächst Material verdirbt, so ändert sich das doch mit der Dauer der Lehrzeit. Solche Prämien könnten auch für besondere Leistungen bewilligt werden, die Hauptsache bleibt aber, die Stellung des Lehrlings selbst zu heben.

Die Unterbringung des Lehrlings in der Familie macht in den Großstädten mit ihren engen Wohnungen ebenfalls wachsende Schwierigkeiten. Es läme die Errichtung von Lehrlingsheimen in Frage, in der die Lehrlinge eine sachgemäße Fürsorge und Beaufsichtigung fänden. Solche Lehrlingsheime, bei deren Errichtung die Gemeinden mitwirken könnten, würden voraussichtlich den Zugang der Lehrlinge von außerhalb fördern, weil die Eltern die Gewähr besäßen, daß ihre Söhne gut untergebracht sind.

Es wäre weiter zu erörtern, ob die Lehrzeit abgekürzt werden kann, indem die Ausbildung methodischer, zweckmäßiger gestaltet wird, während sie heute zweifellos mehr dem Zufall untersteht und zum mindesten sehr ungleichmäßig ist. Auch das Handwerk weiß, daß heute Zeit Geld ist, daß die allermeisten jungen Menschen darauf angewiesen sind, bald Geld zu verdienen und daß demgemäß die Berufswahl vielfach dadurch beeinflusst wird, in welchem Maße der einzelne auf diese Möglichkeit rechnen kann. Um die jungen Kräfte wird sich nach dem Kriege ein noch vermehrter Wettbewerb ergeben; nicht nur die ungelerten Berufe greifen auf sie zu, auch die Industrie. Und diese hat in der sogenannten Industrielehre eine methodische, zeitgemäße Ausbildung geschaffen, die für das Handwerk bereits vor dem Kriege einen fühlbaren Wettbewerb bedeutete. Der Einfluß dieser Industrielehre wird sich, entsprechend der hinter ihr stehenden wirtschaftlichen Macht, ohne Zweifel steigern. Bisher war es nun so, daß die Industrie ihre „gelernten“ Arbeiter durch das Handwerk bezog und dieses dadurch zahlreiche Lehrlinge erhielt, die später in die Industrie übergehen wollten. Dieser Zustrom kommt jetzt mehr und mehr ins Stocken — es tritt ein neuer Zustand ein, auf den sich das Handwerk einrichten muß.

Je früher das geschieht, je besser natürlich. Deshalb ist es jetzt an der Zeit, daß sich die berufenen Kreise mit dieser für die Zukunft des Handwerks so wichtigen Frage erneut und ernsthaft beschäftigen. Es müssen die Formen gefunden werden, die es dem Handwerk ermöglichen, aus dem nationalen Kräfte-Reservoir so viel anzuziehen, als es für seinen Fortbestand braucht. Ohne einschneidende Aenderungen in der Ausgestaltung der Handwerkslehre wird der Wettbewerb um den Nachwuchs zu seinen Ungunsten ausschlagen!

Die reisenden Kaufleute Deutschlands und Oesterreich-Ungarns.

WTB Zu einer Tagung der deutschen, österreichischen und ungarischen Reisenden-Verbände hatte der Verband reisender Kaufleute Deutschlands in Leipzig für den 8. Mai nach Dresden ins Haus der Dresdner Kaufmannschaft eingeladen. Die ausführliche Aussprache ergab die völlige Übereinstimmung aller Anwesenden über die zu verfolgenden Ziele und fand in folgender, einstimmig angenommenen Entschliessung, die den deutschen, österreichischen und ungarischen Behörden übermittelt werden wird, ihren Ausdruck:

„Die am 8. Mai in Dresden im Hause der Dresdner Kaufmannschaft versammelten Vertreter der deutschen, österreichischen und ungarischen Reisenden-Verbände bekunden, unter Teilnahme des Deutsch-österreichisch-ungarischen Wirtschaftsverbandes, nach eingehender Erörterung, daß sie einen Wirtschaftsbund ihrer Länder und eine gemeinsame Außenhandelspolitik für notwendig erachten. Sie sind bereit, alle darauf gerichteten Bestrebungen gemeinschaftlich zu unterstützen und mit allen Kräften zu fördern. Dies soll geschehen durch gemeinschaftliche Eingaben an die Behörden der verbündeten Länder, durch gemeinsame Unternehmungen in allen Verkehrsfragen, gemeinsame Veröffentlichungen, gegenseitige Unterstützung in der Reisetätigkeit, gegenseitige Erteilung von Rat und Auskünften über die in den verbündeten Staaten bestehenden Handels- und Rechtsverhältnisse sowie durch die Errichtung eines gemeinsamen Archivs als Sammelstelle des für alle einschlägigen Fragen vorhandenen Materials. Die Verbände werden zur Erreichung dieser Ziele einen gemeinsamen Ausschuss einsetzen, der die Erledigung der gemeinschaftlichen Arbeiten übernimmt. Die Verbände der reisenden Kaufleute erwarten zuversichtlich, daß sie von den maßgebenden Behörden bei den in Betracht kommenden Verhandlungen gehört und zugezogen werden, ehe Entscheidungen getroffen sind.“

Die erste Kundgebung der neuen Gemeinschaft wird eine große öffentliche Versammlung der reisenden Kaufleute der verbündeten Länder sein, die auf Einladung des Budapestervereins in Verbindung mit einer Tagung des Deutsch-österreichisch-ungarischen Wirtschaftsverbandes Ende Juni in Budapest stattfindet. Bis der in der Entschliessung vorgesehene Ausschuss seine Tätigkeit aufnimmt, wurde der Verband reisender Kaufleute Deutschlands in Leipzig mit den weitem Arbeiten beauftragt.

(Bund Ungarischer Fabriksindustrieller.) Der Ausschuß des Bundes hielt gestern unter dem Präsidium des Magnatenhausmitgliedes Dr. Franz Chorin eine Ausschußsitzung, in der der Vorsitzende zur Sprache brachte, daß jüngst im Landes-Agrikulturverein bei Erörterung der Erhöhung der Getreide-Höchstpreise Mikolans in Östirpluczky behauptete, die gesamte öffentliche Meinung wüßte eine Preismaximierung für Industrieerzeugnisse, mit Ausnahme des die Partielle vertretenden Bundes Ungarischer Fabriksindustrieller. Der Präsident weist diese vollständig irrige Feststellung auf das energischste zurück und stellte fest, daß die Direktion des Bundes schon am 20. Oktober v. J. beschlossen hat, gegen die Preismaximierung der Industrieartikel nicht nur nichts einzumenden, sondern auch seinerseits dazu beizutragen, daß die eventuell geplanten Verfügungen zum Ziele führen. Sodann berichtete der Präsident über die Frage des Wahlrechtes der industriellen Arbeiter. Diese haben in sämtlichen Budapester Betrieben ein Memorandum an die Werkleitungen mit dem Ersuchen überreicht, die Industrie möge sich die Forderungen der Arbeiter hinsichtlich des Wahlrechtes zu eigen machen. Der Bund hat schon im Jahre 1912 erklärt, daß allen des Lesens und Schreibens kundigen vierundzwanzigjährigen industriellen Arbeitern, die sich eine gewisse Zeit lang in einer Gemeinde aufgehalten haben, das Wahlrecht zuerkannt werden müßte. Es fragt sich aber, ob dieser Beschluß nach den Erfahrungen der letzten Jahre aus dem Gesichtspunkte der gewerblichen Produktion und der sozialen Lage der Arbeiter auch heute noch genügend sei. Der Bund werde daher diese Frage auf die Tagesordnung der nächsten Direktionsitzung setzen. Auf Vorschlag Dr. Paul Bachers wurde sodann der Jahresbericht genehmigt und die Generalversammlung für den 10. Juni l. J. anberaumt. Sekretär Dr. Max Jenyhö hielt sodann einen Vortrag über die Probleme der Uebergangswirtschaft, die er in drei Gruppen teilt. In die erste Gruppe gehören die des Uebergangswirtschaftsamtes harrenden Aufgaben. Hier ist es vor allem notwendig, daß im Augenblicke des Friedensschlusses die Durchführung des in allen Einzelheiten vorzubereitenden Demobilisationsplanes erfolge. Die zweite Gruppe betrifft die Fragen der Rohmaterialbeschaffung und die Abmachungen, die wir diesbezüglich mit Oesterreich und Deutschland treffen müssen. Die dritte Gruppe umfaßt die Verteilung der Rohprodukte. Der Vortragende beantragte, das ganze gesammelte Material samt den eventuellen Vorschlägen der Regierung zu unterbreiten. Nach den Bemerkungen der Mitglieder Aurel Kemes, Heinrich Fellner, Philipp Wimmer, Dr. Albert Hirsch, Ludwig Herz und des Vorsitzenden wurde beschlossen, das Referat den Mitgliedern zuzusenden, um ihnen Gelegenheit zu bieten, zur Frage neuerlich Stellung zu nehmen. Zum Schluß der Sitzung wurden dem Präsidenten Dr. Franz Chorin aus Anlaß der Vollendung seines 75. Geburtstages herzliche Ovationen bereitet und auf Antrag des Vizepräsidenten Dr. Roland Hegedüs beschlossen, aus diesem Anlasse eine Büste des Präsidenten anfertigen zu lassen.

12. IV. 1917

12
55

(Ungarisches Warenverkehrsbureau.) Die-
 ses Bureau, das den Zivilgüterverkehr nach Bulgarien, Mace-
 donien und nach der Türkei bisher ausschließlich per Bahn
 abgewickelt hat, nimmt für diesen Zweck jetzt auch den Wasser-
 weg auf der Donau in Anspruch. Das Bureau vermag näm-
 lich die ihm zur Beförderung übergebenen, nach vielen Hun-
 derten Waggons zählenden Güter nicht zu transportieren,
 wenn es nicht auch den Wasserweg hierfür in Anspruch nimmt,
 denn im Eisenbahnverkehr stehen im bulgarischen Verkehr mo-
 natlich nur 24, im macedonischen nur 12 und im türkischen
 Verkehr nur 4 Waggons zur Verfügung. Auf Ersuchen des
 Bureaus hat ihm daher die k. u. k. Transportleitung ein
 Schleppschiff der Ungarischen Fluss- und Seeschiffahrt-Aktien-
 gesellschaft zur Verfügung gestellt, das mit fünfunddreißig
 Waggons verschiedener Waren beladen und in den nächsten
 Tagen direkt nach Kompania abgehen wird. Dort wird das
 k. u. k. Schiffskommando die Waren übernehmen und dafür
 Sorge tragen, daß sie nach Sophia, beziehungsweise nach an-
 deren bulgarischen Städten per Bahn unverzüglich weiter-
 befördert werden. Die Fahrt wird sonach kaum mehr Zeit in
 Anspruch nehmen, als wenn die Güter ganz per Bahn beför-
 dert worden wären. Das Ungarische Warenverkehrsbureau, das
 statt der Parteien die mit der Ausfuhr verbundenen verschie-
 denen Formalitäten erfüllt, berechnet für die auf der Donau
 beförderten Güter nur eine Vermittlungsgebühr von
 Prozent des effektiven Wertes der Waren statt der im
 Eisenbahnverkehr üblichen 3 Prozent. Von den 35 Waggons,
 die jetzt mit dem Schleppschiff befördert werden, sind acht mit
 Eichenstüben, vier mit Eisenvitriol, je drei mit Farbe und
 Papier, je zwei mit Ammoniakpulver, Bittersalz und Glaubersalz
 und je einer mit Weizen, Ochsenhäuten, Eisenhäuten,
 Maschinenbestandteilen, landwirtschaftlichen Maschinen, Holz-
 sägen, Bitterwasser, Soda bicarbona, Porzellan und zwei
 mit verschiedenen Waren beladen.

Handelsminister Dr. Urban über die Kriegs- und Friedens- wirtschaft.

In der Generalversammlung des Bundes
Österreichischer Industrieller.

Im Festsaal des Hauses der Industrie versammelten sich gestern abend anlässlich der 20. ordentlichen Generalversammlung des Bundes österreichischer Industrieller überaus zahlreiche Industrielle aus allen Teilen der Monarchie. Als Gäste wohnten der Versammlung bei: Handelsminister Dr. Urban, der Chef des Ernährungsamtes Minister Generalmajor Höfer, die Sektionschefs Baron Banhars, Dr. Franz Müller, Kiedl, Wagner von Fauregg, v. Branter, Statthalterbeizpräsident Reibsig, die Ministerialräte Angerer, Graf Chorinský, Sklenar, Wimmer v. Walburg und sonstige Vertreter der Zentralstellen, Abgeordnete, Delegierte der befreundeten wirtschaftlichen Organisationen, Kammern und Sektionen des Bundes.

Der Vorsitzende Präsident Kommerzialrat Heinrich Bette leitete die Versammlung mit einer Trauerkundgebung für verewand Kaiser Franz Josef und einer Guldigung für Kaiser Karl ein, welche Kundgebungen von der Versammlung stehend angehört wurden. Fortfahrend gab Redner der Ueberzeugung Ausdruck, daß in dem gegenwärtigen Moment, in welchem der Höhepunkt des Weltkrieges sicher überschritten ist und die Fronten unserer und unserer verbündeten Seere unerschütterlich dastehen, die Hoffnung auf einen baldigen ehrenvollen Frieden vollaus berechtigt sei. Die Gegner der Industrie

wollen oft behaupten, daß die Industrie aus schänden Gewinnabsichten für die Fortsetzung des Krieges wirke. Die Industrie müsse eine solche Insinuation auf das energischste zurückweisen. Die Industrie darf mit einem gewissen Stolz auf ihre Leistungen im Kriege zurückblicken, daher müsse es sie mit um so größerem Bedauern erfüllen, daß eine industriefeindliche Strömung in der letzten Zeit zum Durchbruch gekommen sei, der sich die kompetenten Faktoren bedauerlicherweise nicht entgegen gestellt haben. Redner bespricht sodann die Frage der Regelung unserer Wirtschaftsbeziehungen zum Deutschen Reiche und betont, daß weder in der Öffentlichkeit, noch in der Industrie sich eine irgendwie kompetente Stimme erhoben hätte, die nicht eine innigere wirtschaftliche Verbindung mit dem Deutschen Reiche verlangt hätte als die, welche bisher bestanden hat. Wir hoffen und erwarten aber, daß in dem neu zusammentretenden Parlament der Gedanke der wirtschaftlichen Annäherung der beiden Reiche auch kräftigen Widerhall finden wird.

Präsident Bette schließt: „Wir werden dafür eintreten, daß nicht eine übermäßige Belastung die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkte hemmt. Wir wissen aber auch, daß die Anforderungen der Sozialpolitik nicht ruhen werden, und die österreichische Industrie muß es als ihre Aufgabe erkennen, sich gerechtfertigten sozialpolitischen Anforderungen nicht in den Weg zu stellen. Wir werden aber auch hinaustrreten müssen ins öffentliche Leben, uns aktiv an der Politik beteiligen, trachten müssen, mitzuarbeiten bei allen großen Fragen, welche die Gegenwart und die Zukunft bewegen werden.“

Rede des Handelsministers.

Nach der mit lebhaftestem Beifall aufgenommenen Ansprache des Vorsitzenden ergriff Handelsminister Dr. Urban das Wort zu folgenden Ausführungen:

„Es gereicht mir zur besondern Freude, einer Tradition meiner Amtsvorgänger folgen zu können, welche mir die Gelegenheit gibt, Ihrer Generalversammlung beizuwohnen und Sie in meiner Eigenschaft als Chef des Handelsamtes auf das herzlichste zu begrüßen. Wir alle sind erfüllt von der Hoffnung, daß die heutige Generalversammlung die letzte ist, welche noch in die Kriegszeit fällt, und daß wir schon in der nächstjährigen Tagung in der Lage sein werden, uns ein Gesamturteil zu bilden über die gewaltigen Wirkungen, welche der Krieg unserer gesamten Volkswirtschaft eingeprägt hat, und über die Anformungen ökonomischer und sozialer Natur, mit denen wir als einer dauernden Hinterlassenschaft des Krieges auch in Zukunft zu rechnen haben werden.

Als feststehende Tatsache muß es gelten, daß die innere Struktur unserer Volkswirtschaft, besonders jene der Industrie, durch die gezwungene Anpassung an die harte Zeit des Krieges Umgestaltungen erfahren hat, über deren volle Bedeutsamkeit und Tragweite uns allerdings erst die Zukunft unterrichten wird.

Die Wirtschaftsbilanz des Krieges, für deren Abschluß uns noch gegenwärtig manches Material fehlt, wird jedenfalls auf den Kurs unserer Industriepolitik in der Zukunft bestimmend einwirken und daher auch das Handelsamt vor neue, schwere, verantwortungsvolle Aufgaben stellen.

Unsre lebhafteste Sorge gilt vor allem der künftigen Gestaltung unsres industriellen, kommerziellen und gewerblichen Lebens.

Zahlreiche Unternehmungen, die ihren früheren Betriebscharakter aufzugeben gezwungen waren, oder die zu einer Betriebs einschränkung oder zu einer Einstellung gedrängt wurden, werden bei Wiederaufnahme ihrer Tätigkeit in ihrer früheren Art und in ihrem früheren Umfang jedenfalls vor großen Hemmnissen stehen. Wir sehen, daß im Handel die Beziehungen zu dem früheren Kundenkreise vielfach unterbunden und besonders im Auslandsverkehr fast gänzlich gestört sind. Die durch die Kriegszwecke im Inland in zahlreichen Geschäftszweigen notwendig gewordene Handelsverre, welche sich noch immer mehr erweitert, hat leider zu einer Lahmlegung vieler Zweige unsres Kleinhandels und Kleingewerbes geführt. Es läßt sich voraussehen, daß in zahlreichen Fällen eine vollständige Wiedereinsetzung in den vorigen Stand kaum möglich sein wird, und diesfalls wird die staatliche Wirtschaftspolitik bemüht sein, helfend und tatend einzugreifen. Auf vielen industriellen Gebieten hat der Zwang der Verhältnisse den Konzentrationsprozeß mächtig ge-

Handelspolitische Zukunftsfragen.

Von Dr. Stephan Freiherrn v. Haupt,
Präsident der Brünnener Handelskammer.

Die Redaktion der „Neuen Freien Presse“ ersucht, daß ich mich über die Frage äußere, auf welchen Grundlagen der künftige österreichisch-ungarisch-deutsche Handelsvertrag vom Standpunkte der Befriedigung der wirtschaftlichen Interessen der Monarchie und speziell auch der Industrie aufgebaut sein soll.

Leider kann ich in meiner Eigenschaft als Handelskammerpräsident zu dieser Frage heute noch keine Stellung nehmen, weil ja bekanntlich die Meinungen und Ansichten der österreichischen Industrie hierüber geteilt sind und neben warmen Anhängern einer wirtschaftlichen Annäherung an Deutschland sich auch entschiedene Gegner derselben unter den Industriellen befinden. Ich kann daher lediglich meine Privatansicht über diese Frage mitteilen, und die geht dahin, daß bei der Unsicherheit, welche heute noch über die zukünftige Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Europa, ja in der ganzen Welt, nach dem Kriege herrscht, es nicht möglich ist, irgendwelche bestimmte prinzipielle Forderungen für die Ordnung unseres künftigen wirtschaftspolitischen Verhältnisses zum Deutschen Reiche aufzustellen.

Wir müssen uns stets vor Augen halten, daß die Gestaltung dieses Verhältnisses nicht lediglich von unserem freien Willen abhängt, sondern in weitgehender Weise durch die Stellungnahme unserer gegenwärtigen Feinde sowie der Neutralen beeinflusst sein wird. Da aber niemand voraussagen kann, welche Haltung unsere Gegner einnehmen werden, können auch wir nicht sagen, daß wir dies oder jenes mit Bestimmtheit tun werden oder im Interesse unserer wirtschaftlichen Sicherung tun müssen. Wohl aber können wir die verschiedenen Eventualitäten in Erwägung ziehen und uns in jedem einzelnen Falle unsere Handlungsweise zurechtlegen.

Es würde natürlich viel zu weit führen, hier die zahlreichen möglichen Kombinationen einzeln zu besprechen. Ich möchte darum bloß auf die zwei extremsten Fälle, welche eintreten können, hinweisen:

Der erste wäre, daß sich unsere Gegner nach dem Friedensschluß jeder weiteren Feindseligkeit auf wirtschaftlichem Gebiete enthalten und sich bereit erklären, die Handelsbeziehungen auf Grund des Meistbegünstigungsrechtes mit uns wieder aufzunehmen. Ich glaube nicht, daß wir ein solches Anbot rundweg ablehnen könnten; speziell Deutschland hat ein viel zu großes Exportinteresse, um leichten Herzens einen Wirtschaftskrieg mit der halben Welt auf sich zu nehmen.

In diesem Falle also, das heißt bei Fortbestehen des bis zum Kriege in Geltung gewesenen, auf der Meistbegünstigung fußenden Handelsvertragssystems, würde auch unser wirtschaftliches Verhältnis zu Deutschland lediglich auf einem Handelsvertrag beruhen, der sich von den mit den anderen Staaten abzuschließenden Handelsverträgen hauptsächlich durch die große Zahl und die Bedeutung der darin gebundenen Zollpositionen unterscheiden würde. Damit soll aber nicht gesagt sein, daß die durch langjährige Waffenbrüderschaft und durch das wirtschaftliche Zusammenarbeiten während des Krieges geschaffenen engen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Reichen nach dem Friedensschluß nicht zur Geltung kommen sollen. Auf diesem Gebiete werden sich die Spuren des Krieges nicht verwischen lassen. Selbst bei Wiederaufnahme normaler wirtschaftlicher Beziehungen zwischen den feindlichen Staaten wird der persönliche Groll zwischen den Völkern doch noch durch viele Jahre ein Hindernis für die intensive Ausgestaltung des Handels und Verkehrs unter denselben bilden, und daher ganz naturgemäß die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Bundesgenossen um so inniger gestalten. Auch haben wir ja während des Krieges gelernt, auf viele Produkte, welche das Ausland früher geliefert hat, zu verzichten und sie durch in Mitteleuropa hergestellte Surrogate zu ersetzen. Dort, wo das Ersatzmittel an Qualität nicht gar zu weit hinter dem Original zurückbleibt, wird es nicht so rasch wieder durch letzteres verdrängt werden.

15. IV. 1917 60
Selbstverständlich werden wir darauf bedacht sein müssen, in den einzelnen Zollpositionen der wirtschaftlichen Annäherung keine unüberwindlichen Schranken zu ziehen, was jedoch keineswegs ausschließt, daß im Interesse der Entwicklung unserer Industrie jener Schutz hergestellt werde, den sie unbedingt braucht, um mit der unter günstigeren Verhältnissen produzierenden deutschen Industrie konkurrieren zu können.

Ein wenn auch nur bescheidener Abbau der Getreidezölle wäre im Interesse der Ausdehnung unseres Exportes auf die Balkanhalbinsel, aber auch im Interesse der Ernährung der Bevölkerung sowohl Deutschlands als auch Oesterreichs wünschenswert.

Das Defizit in der Getreideproduktion der ganzen Welt ist derzeit ein so großes und die Schwierigkeiten einer intensiven landwirtschaftlichen Arbeit in allen Staaten — auch in den vom Kriege nicht direkt betroffenen, wie zum Beispiel Südamerika, Kanada und Australien — infolge des Mangels an Arbeitskräften und an Kunstdüngermitteln so bedeutend, daß wohl noch für Jahre hinaus mit einer Knappheit an Getreide und mit hohen Weltgetreidepreisen gerechnet werden muß. Rechnet man hierzu die durch den Mangel an Tonnage hervorgerufene bedeutende Erhöhung aller Seefrachten, so wird man zu dem Schlusse kommen, daß selbst bei einer mäßigen Herabsetzung der gegenwärtigen Getreidezölle unsere Landwirtschaft noch genügend gegen alle überseeische Konkurrenz geschützt ist.

Eine solche Ermäßigung ist aber eine der wichtigsten Vorbedingungen für die Belebung und Ausdehnung unserer Handelsbeziehungen zu den Balkanstaaten.

Den Anfang dazu muß jedoch Deutschland machen. Nur wenn Deutschland die Zollschranken, welche unseren landwirtschaftlichen Export dorthin aufhalten, erniedrigt, kann auch Oesterreich-Ungarn dasselbe den Balkanstaaten gegenüber tun. Denn nur in diesem Falle hat Oesterreich-

Ungarn die Möglichkeit, die Ueberschüsse der landwirtschaftlichen Produktion der Balkanstaaten aufzunehmen und sie in unlichst veredeltem Zustande nach Deutschland weiterzugeben.

Sollte Deutschland aber wider alles Erwarten einer solchen Ermäßigung der Getreidezölle nicht zustimmen wollen, dann wäre es auch für Oesterreich schwer möglich, seine Tore dem Einstromen des Balkangetreides zu öffnen. Damit wäre aber die ergiebigste Quelle für eine Belebung unseres Handelsverkehrs mit den Balkanländern verstopft.

Neben den Getreidezöllen würden auch die Fleischzölle und die Futtermittelzölle eine Ermäßigung erfahren, denn billigeres Fleisch ist für die Ernährung der Bevölkerung notwendig und die Einfuhr von Fleisch bringt keinerlei Gefahren für unsere Viehzucht mit sich.

Hingegen lege ich bei der Einfuhr lebenden Viehs aus den Balkanstaaten vom Standpunkte der Industrie geringere Bedeutung bei. Die Lösung dieser Frage könnte wohl schon um des guten Verhältnisses zwischen Industrie und Landwirtschaft willen nach den Wünschen der österreichisch-ungarischen Landwirtschaft ihre Lösung finden.

Auf dem Gebiete der industriellen Zölle wäre zunächst zu trachten, die Zahl der zollfreien Positionen zu vermehren und alle jene Zölle, welche sich nach den Erfahrungen der letzten Jahrzehnte als überflüssig oder als zu hoch erwiesen haben, ganz abzuschaffen oder zu ermäßigen.

Zu den Zöllen, welche eine Ermäßigung vertragen, rechne ich den Eisenzoll.

Auf anderen Gebieten hingegen, wo sich die deutsche Konkurrenz in den letzten Jahren als übermächtig erwiesen hat, müßten einige, mitunter sogar recht bedeutende Zollerhöhungen vorgenommen werden, um unsere Produktion entsprechend zu schützen.

(Ein Schlusssatz folgt.)

Die industriellen Kriegsorganisationen in Oesterreich.

P. Ueber dieses Thema hielt der Präsident des Kriegsverbandes der Baumwollindustrie Herr A. Kuffler in der letzten Vollversammlung des Niederösterreichischen Gewerbevereines einen Vortrag.

Der Vortragende führte aus, daß die tiefempfundene Veränderung, welche der Krieg in unser Wirtschaftsleben brachte, am deutlichsten in den industriellen und teilweise kommerziellen Kriegsorganisationen zum Ausdruck komme. Diese Organisationen werden immer mehr zu Trägern eines neuartigen, zu den grundlegenden Bedingungen der Volkswirtschaft vor dem Kriege im Gegensatz stehenden Wirtschaftssystems. Die Entscheidungsfreiheit des Erzeugers und Verbrauchers wird beschränkt, dem Vermittler und Zwischenhändler die Betätigung und damit auch die Erwerbsmöglichkeit vielfach genommen. Ohne schwere Schädigung der gesamtstaatlichen Interessen wird dieses System auch für die nächste Zeit nach dem Kriege wenigstens für die Bewirtschaftung der wichtigsten Rohmaterialien und Bedarfsartikel nicht ohne weiteres zu entbehren sein.

Der Vortragende erläuterte nun diese Organisationen an einem der wichtigsten Beispiele, an der der Baumwollindustrie. Der Kriegsausbruch traf die heimische Industrie im Augenblicke der schlechtesten Rohstoffversorgung, selbst die üblichen Bezüge aus den Bremer Vorräten konnten nicht getätigt werden. Die freie Betätigungsmöglichkeit des Handels und der Industrie hörte auf, der Rohmaterialbezug konnte nur mit Hilfe staatlicher Intervention erfolgen. Zwar hätte eine großzügige Finanzverwaltung das Rohmaterial während des Krieges auf eigene Gefahr und für eigene Rechnung beziehen können. Das Risiko wäre für die inländische Industrie entfallen, die Preise hätten eine vom Staate als Rohstofflieferanten, nicht als Polizeigewalt, bestimmte Entwicklung nehmen können. Die damalige Regierung beschritt nicht diesen Weg, die Einfuhr von Rohstoffen und Waren wurde der privaten Initiative mit lediglich administrativer Unterstützung des Staates überlassen, die privaterseits eingeführten Rohstoffe und Halbfabrikate beschränkt und der Preisentwicklung mit Zwangsmaßnahmen begegnet. Gewiß hätte die staatliche Verwaltung zur Selbstdurchführung nicht genügt, noch viel weniger genüge sie aber für das immer mehr auf die Einzelheiten der Erzeugung und des Handels sich erstreckende System der Bewirtschaftung durch Verordnungen.

Zunächst mußte im ganzen Bereich der Ausfuhr- und Durchfuhrbewilligungen Ordnung geschaffen werden. Auf Veranlassung des Geheimen Rates Sektionschef Riedl trat der Verein der Baumwollspinner an die Kriegsverwaltung und die beiden Handelsminister schon im September 1914 heran, um eine österreichische und ungarische Baumwollzentrale zu gründen, welche alle Verbraucher beim Bezuge des Materials unterstützen, im Feindesland requirierte Mengen übernehmen und verteilen sollte. Die Zentrale hatte auch die Erhöhung des deutschen Kontingents durchzusetzen.

Die zweite Aufgabe der Zentrale war die gleichmäßige Verteilung der Bestellungen für den Militärbedarf auf die gesamte Industrie, um zu verhindern, daß die Verteilung der Aufträge dem Zufall überlassen bleibe oder unter Zuhilfenahme branchenfremder Vermittler erfolge. Soweit die Ware nicht vertragsmäßig von Lieferungsconsortien zu beziehen war, übernahm wenigstens zum großen Teil die Zentrale die Aufstellung der Bestellungen auf die gesamte Industrie.

Die bekannten englischen Regierungsmassnahmen, welchen ähnliche der neutralen Staaten folgten, und der Ausbruch des italienischen Krieges verhinderten weiteren Baumwollbezug der Zentralmächte, abgesehen von den bescheidenen Bezügen aus der Türkei. Es wurde zu einem neuen System der Bewirtschaftung geschritten: durch allmähliche Einschränkung der Erzeugung und des Handels die noch vorhandenen Vorräte den wichtigsten staatlichen Interessen dienstbar zu machen. Daher verfügten Verordnungen des Jahres 1915 die Anmeldung der Vorräte an Rohstoffen und Halbfabrikaten und bestimmten, daß Baumwolle und Garne nur gegen Nachweis der Verwendung für behördliche Aufträge verarbeitet werden durften. Die Durchführung dieser Verordnungen oblag der österreichischen und der ungarischen Zentrale. Diese Organisation war eine rein administrative, begutachtende. Die durch die Beschränkungen der Erzeugung arbeitslos werdende Arbeiterschaft mußte versorgt werden. Bisher gelangten 19 1/2 Millionen Kronen zur Auszahlung, davon waren 8 1/2 Millionen Kronen vom Ministerium des Innern, 7 Millionen Kronen von den Unternehmern und 4 Millionen Kronen von der Baumwollzentrale beigesteuert.

1916 ergab sich die Notwendigkeit weiterer Massnahmen, insbesondere die schon angefertigten und im Handel befindlichen Waren den Zwecken der Militär- und Zivilverwaltung zugänglich zu machen und die nicht mehr natürlich zu nennenden Preise zu regeln. Es wurde verfügt, daß bestimmte Produkte der Baumwollindustrie zu behördlich festgesetzten Preisen angeboten und abgeliefert werden müssen, ferner daß rohe Baumwolle, rohe Garne und Gewebe nur an die vom Handelsministerium bestimmte Stelle verkauft werden dürfen. Der Handel war zentralisiert. Zu diesem Zwecke sollte eine kaufmännisch handlungsfähige Organisation geschaffen werden. Die bestehende Kriegsorganisation wurde zweigeteilt: in eine administrative und in eine kommerzielle. Für die Verwaltungsaufgaben wurde der Kriegsverband als Zwangsorganisation geschaffen, in welchem alle wichtigeren Zweige der Industrie entsprechend vertreten sind. Für die kommerziellen Aufgaben wird eine Aktiengesellschaft gegründet, deren Kapital von den beteiligten Industrien aufgebracht wird und dessen Ertragnis mit 5 Prozent nach oben begrenzt wurde. Die Einkünfte dieser Gesellschaft ergeben sich aus einem rund dreiprozentigen Zuschlag zu den Einkaufspreisen. Die Gesellschaft mußte ihre Tätigkeit noch vor ihrer Konstituierung beginnen. Der Rechnungsabluß für die Zeit vom 15. April 1916 bis 31. März 1917 ergab einen Gesamtumsatz im Ein- und Ausgang von 544 Millionen Kronen, denen Spesen von 616.000 Kronen (= 0,11 Prozent des Umsatzes) und ein rechnungsmäßiger Ueberschuß von 5,2 Millionen Kronen gegenüberstehen.

Die Verhältnisse liegen bei den anderen Zentralen, soweit sie Abschlüsse veröffentlicht, ähnlich, wenngleich die Spesen bei der Baumwollzentrale mit Rücksicht auf den großen Umsatz die kleinsten sind. Die Angriffe gegen die Zentralen in bezug auf Spesen und Gewinne sind daher nicht berechtigt. Es mag fraglich sein, ob die Gewinne der Zentralen auch zu gemeinnützigen Zwecken verwendet werden sollen, aber eine erkennbare Vertenerung der Artikel durch Gewinn und Spesen tritt nicht ein. Die monopolistische Stellung dieser Zentralen und der große

Umsatz ermöglichen vielmehr ein billigeres Arbeiten als beim privaten Handel.

Es drängt sich nun die Frage auf, ob das System der Zentralen kaufmännisch gesund sei. Insofern die Zentrale nicht mehr bloß Abrechnungsstelle ist, sondern selbst Geschäfte machen soll, die insbesondere beim Uebergang zur Friedenswirtschaft riskant sein werden, so ist hiezu entweder eine staatliche Garantie notwendig oder die Schaffung ausreichender Reserven durch Gewinne, zumal nach dem Kriege die Tendenz rückläufiger Preise und daher die Möglichkeit von Verlusten an den Vorräten zu erwarten ist. Die Frage der Risikobekämpfung ist unbedingt zu klären. Als dauernde Einrichtung werden die Zentralen wohl von keiner Seite angesehen. Die bisherigen Erfahrungen bestätigen aber, daß sie für eine Hilfsleistung in der Rohstoffbeschaffung und zur Anlegung von Rohstoffreserven geeignet sind, ferner daß sie ohne gerichtliche Zwangsmittel die Preise des Halbfabrikates regeln können, dagegen können sie nicht als einzige Träger der Rohstoffbeschaffung bestehen bleiben, da die wirtschaftlich wertvolle Tätigkeit hundert- und tausender Einzelunternehmer nicht durch eine einzige Stelle ersetzt werden kann. Höchstens hätten die Zentralen Einfuhren für jene Unternehmer zu organisieren, die dies selbst wünschen, und Rohstoffreserven für öffentliche Rechnung anzulegen. Ueber den Handel in Halbfabrikaten hinaus dürften aber die Zentralen niemals eingreifen. Die Tätigkeit des normalen legitimen Groß- und Detailhandels kann nicht ersetzt werden. Jedenfalls muß die Wirtschaft aus den durch den Krieg aufgezwungenen außergewöhnlichen Formen möglichst rasch und reibungslos in die gewöhnlichen Bahnen überführt werden. In der Kriegs- und Uebergangswirtschaft sind aber die Verbände und Zentralen — so unangenehm ihre Massregeln von einzelnen empfunden werden — doch nichts anderes als die freiwillige Mitarbeit der Industrie und des Handels an den zur Erreichung des Kriegszweckes notwendig gewordenen staatlichen Zwangsmaßnahmen.

Die Ausführungen des Vortragenden fanden lebhaften Beifall.

Die italienische Handelsmarine am Ende des zweiten Kriegsjahres.

Von Max Schloß.

I.

Ende April waren es zwei Jahre, daß sich Italien der Entente verschrieben hat. In dieser Zeit hat der Krieg einen guten Teil jenes Fortschrittes und jener Entwicklung zunichte gemacht, welche die italienische Handelsmarine in den letzten 15 Jahren genommen hat. Die Pflege der Schifffahrt gehörte zu den Hauptpflichten jeder Regierung Italiens, welcher Partei diese auch angehören mochte. Galt doch als Hauptziel, die möglichste Nationalisierung der Schifffahrt zu erreichen und aus ihr fremdes Geld und fremde Investitionen soviel wie möglich zu verdrängen. Zu den zur Erreichung dieses Zieles ergriffenen Maßnahmen gehörten Erschwerungen der verschiedensten Art für die ausländischen Reedereien, namentlich auch der deutschen Passagierdampfer-Gesellschaften, ferner direkte finanzielle Beihilfen von außerordentlicher Höhe. So sind in den Jahren 1901 bis 1912 alljährlich zwischen 16,8 bis 22,7 Millionen Lire an Postdampferunterstützungen, Meilengeldern, Schiffsbauprämien und Zollrückvergütungen den italienischen Reedereien zugute gekommen. Der Gesamtbetrag der in diesen zwölf Jahren bezahlten staatlichen Unterstützungen belief sich auf rund 230 Millionen Lire.

Trotz dieser hohen direkten und zahlreichen indirekten Unterstützungen mußte die italienische Regierung selbst bei einer im Jahre 1913 beendeten amtlichen Erhebung zugeben, daß die Ergebnisse der damals schon mehrere Jahrzehnte getriebenen Schifffahrtsunterstützungspolitik den Aufwendungen bei weitem nicht entsprächen. Die Schifffahrtsstatistik der italienischen Häfen hatte nämlich ergeben, daß der Raumgehalt des Hafenverkehrs unter fremder Flagge in dem Jahrzehnt 1902 bis 1911 um 65 Prozent, dagegen der Raumgehalt des Verkehrs nationaler Flagge nur um knapp 50 Prozent gestiegen war. Vollends wenn der der heimischen Flagge vorbehaltenen italienischen Küstenverkehr außer Betracht blieb, dann hätte der Zuwachs der nationalen Flagge sogar nur 22,5 Prozent betragen. Lediglich im Auswärtigerverkehr überwoog der Zuwachs der italienischen Flagge den der fremden um ein bedeutendes. Der Grund dafür liegt in den vielen Erschwerungen, die den fremden Schifffahrtsgesellschaften seitens der italienischen Regierung auferlegt werden. Auch der Zuwachs der italienischen Handelsflotte an Tonnanzahl wird von den amtlichen Kritikern als ungenügend bezeichnet. Tatsächlich war dieser Zuwachs auch nur gering, wenn man das Wachstum der nicht oder nur in geringem Umfange unterstützten Handelsflotten — Deutschland, Norwegen, Holland — zum Vergleich heranzieht. Hat sich doch die italienische Handelsflotte in den zwölf Jahren 1901 bis 1913 nur um 404.400 Tonnen, von 1,12 auf 1,52 Millionen Bruttoregister-tonnen vermehrt, während in der gleichen Zeit der Zuwachs bei Deutschland 2.176.280, bei Holland 831.740 und bei Norwegen 830.670 Bruttoregister-tonnen betrug.

Die italienische Regierung hat sich allerdings durch diesen augenfälligen Mißerfolg ihrer Schifffahrtspolitik keineswegs abschrecken lassen, sondern im Jahre 1913 die Unterstützungen aus freien Stücken abermals um ein beträchtliches erhöht. Diese von ihr vorgesehene Erhöhung war aber den italienischen Schifffahrtsgesellschaften, denen durch die fortwährenden staatlichen Unterstützungen anscheinend auch der letzte Rest von Unternehmungslust und eigener Initiative verloren gegangen war, noch nicht genügend. Sie erklärten vielmehr, daß sie ohne eine weitere wesentliche Erhöhung der Unterstützungen den Dienst auf den verschiedenen Postdampferlinien nicht weiter aufrecht erhalten würden. Diese Forderung hatte den erwünschten Erfolg. Regierung und Parlament verstanden sich zu einer abermaligen Erhöhung, die dazu führte, daß seit dem Jahre 1913 die italienische Handelsmarine die gewaltige Summe von jährlich 27,9 Millionen Lire an direkten staatlichen Unterstützungen erhält, für die irgend eine außergewöhnliche Gegenleistung von ihr nicht verlangt wird. Trotz dieser enormen finanziellen Unterstützung hat aber auch das Jahr 1914 keine entsprechende Vermehrung des Raumgehaltes der Flotte gebracht. Sie umfaßte Mitte 1914 rund 1.668.300 Bruttoregister-tonnen, hat also seit Mitte des Jahres 1913 den nicht übermäßigen Zuwachs von rund 146.000 Tonnen erfahren.

Trotz dieser weitgehenden Fürsorge der italienischen Regierung für die nationale Schifffahrt reichte diese für die Versorgung des Landes mit industriellen Rohmaterialien doch nicht aus. Insbesondere fand die englische Schifffahrt bei der Versorgung des Landes mit den wichtigsten Einfuhrartikeln, mit Rohle reiche Beschäftigung. In welchem Maße die fremde Schifffahrt vor dem Krieg für Italien tätig war, darüber geben nachfolgende Ziffern einen sehr lehrreichen Aufschluß. Die Statistik gibt den Hafenverkehr des Haupthafens Italiens und den Anteil der verschiedenen Nationen wieder. Es wurden befördert Waren im Gewicht von Tausenden von Tonnen: 1901: Nationale Flagge: 8627, fremde Flaggen 8570, ebenso 1902: 9307 (9442), 1903: 9487 (9933), 1904: 9516 (9843), 1905: 9490 (10.439), 1906: 19.504 (12.784), 1907: (10.624 (12.077), 1908: 11.730 (12.613), 1909: 11.870 (14.590), 1910: 12.007 (14.668), 1913: 15.200 (16.771). Im letzten Jahre vor dem internationalen Konflikte hatte die nationale Flagge einen merklichen Aufschwung genommen. Im Vergleich gegen das Jahr 1912 gewann sie 5520 Schiffe, 4545 Dampfer und 975 Segler. Desgleichen gewann die nationale Flagge 1.299.000 Barentonnen, verlor hingegen 974.000 Registertonnen.

Diese Zahlen bringen einen erdrückenden Beweis für die Tatsache, daß Italien ohne die fremde Schifffahrt nicht zu leben vermag. Diese Erscheinung mußte selbstverständlich beim Beginn des Krieges im Jahre 1914 sofort zum größten Schaden Italiens geltend machen. Denn die österreichisch-ungarische und deutsche Schifffahrt wurde sofort eingestellt und die der anderen Staaten diente von da ab zum größten Teil der Versorgung des eigenen Landes und nur zum geringsten der Versorgung der anderen Länder. Dazu kam noch, daß die englische Tonnage, die früher überwiegend den Kohlendienst besorgte hatte, infolge der Räte des eigenen Landes für Italien in sehr kleinem Umfange zur Verfügung stand. Es ist daher begreiflich, daß man in Italien schon im August 1914 über die ungenügende Tonnage der italienischen Schifffahrt klagte.

Als nun der Krieg mit Oesterreich-Ungarn im Mai 1915 ausbrach, ward der Schiffsmangel immer mehr und mehr zur nationalen Kalamität. Aus eigenen Kräften konnte Italien diesem schweren Uebel nicht abhelfen. Es war durchaus auf die Unterstützung seiner Bundesgenossen, namentlich auf England angewiesen. Es ist nicht zuviel behauptet, wenn man sagt, daß die Intimität der englisch-italienischen Beziehungen zum guten Teil von der mehr oder weniger glücklichen Lösung des italienischen Verproviantierungsproblems abhängt.

Maßnahmen für Gefahrbetriebe.

Zur Vermeidung von Bränden und Explosionen in Sprengstoff- und Munitionsfabriken hat das Kriegsamt einheitliche Anordnungen getroffen. Wenn die Genehmigung noch nicht erteilt ist und die militärischen Interessen es erfordern, kann von den stellvertretenden Generalkommandos eine vorläufige Bau- und Betriebserlaubnis erteilt werden. Im Interesse des Arbeiterschutzes und der Erzeugung ist die Erlaubnis von besonderen Bedingungen abhängig zu machen. Für die regelmäßige Ueberwachung werden bei den Kriegsamtstellen Ueberwachungsausschüsse gebildet, die aus einem Offizier oder höheren Beamten der Kriegsamtstelle und dem zuständigen Regierungs- und Gewerbeamt bestehen. Die Ausschüsse haben sich die Mitwirkung eines erfahrenen Vertreters der Berufsfeuerwehr zu sichern. Dem zuständigen Gewerbeinspektor ist Gelegenheit zu geben, regelmäßig an den Besichtigungen teilzunehmen. Der Handelsminister hat eine entsprechende Anweisung an die Regierungspräsidenten und den Polizeipräsidenten in Berlin gerichtet. Er erwartet ein verständnisvolles Handinhandarbeiten der militärischen und bürgerlichen Behörden.

Auf der Zeche Konstantin bei Herne i. Westf. ereignete sich eine Explosion schlagender Wetter. Fünf Bergleute werden vermisst.

In der Zuderfabrik Frankenthal stürzte infolge einer schweren Explosion ein Gebäude ein. Das Dach des Kesselhauses wurde durchschlagen. Eine Stichflamme zerstörte den Mühlenneubau. Zwei im Kanal beschäftigte Arbeiter sind gestorben, ein junger Zementierer wurde tot aus den Trümmern hervorgezogen, ein anderer liegt noch darunter. Zwölf Personen wurden leicht verletzt.

Die wirtschaftlichen Kriegspläne unserer Gegner.

Die Handelskonferenz in Rom.

Rugano, 18. Mai.

Die interparlamentarische Handelskonferenz ist im römischen Kapitolpalast feierlich eröffnet worden. Präsident Tittoni hielt die Eröffnungsrede, worin er im wesentlichen folgendes ausführte: Die vorjährige Pariser Wirtschaftskonferenz der verbündeten Regierungen hat die Lösung der gemeinsamen Wirtschaftsprobleme der Verbündeten nicht erreicht. Die Erkenntnis der zu überwindenden vielen und großen Schwierigkeiten hat sich inzwischen vertieft. Sie muß aber noch vervollkommenet werden, um nabeliegende optimistische Illusionen zu bannen. Es bedarf erst noch besonderer konkreter Untersuchung, welche Wirkungen die verschiedenen gemachten Vorschläge auf die einzelnen Zweige der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion der beteiligten Länder, die ihrem nationalen Handel neue Märkte erschließen müßten, im Falle ihrer Ausführung ausüben würden. So ist für Italien die Frage des Absatzes landwirtschaftlicher Erzeugnisse von einschneidender Wichtigkeit. Die Verbündeten sind gezwungen, einander wechselseitige Zugeständnisse zu machen. In dieser Hinsicht wären das System der Vorzugszölle zwischen England und seinen Kolonien und eine Vorzugsbehandlung der Verbündeten untereinander sowie ihre Handelsbeziehungen mit den Neutralen besonderer Erörterung wert, wenn die Konferenz das Thema der Zölle nicht vom Programm ausgeschlossen hätte. Die Verbündeten müssen ernsthaft auf Verteidigungsmaßnahmen bedacht sein, falls die Vorfälle, die in Mitteleuropa zu begründen, verwirklicht werden sollten, eine Eventualität, über welche sich in Ansehung der Beschlüsse der Berliner Konferenz vom 18. bis 20. März noch nichts sagen läßt. Es ist eine gute Taktik, demjenigen, der einen Angriff beabsichtigt, zu erkennen zu geben, daß man bereits auf Abwehr in jeder Weise bedacht ist. Schon in Paris sind Maßnahmen gegen die Invasion der deutschen Erzeugnisse im Augenblicke des Ueberganges von der Kriegswirtschaft zur Friedenswirtschaft erörtert worden. Damals behaupteten die einen, daß Deutschland ungeheure Warenvorräte bereithalte, um sie zu niedrigsten Preisen auf alle Märkte zu werfen; die andern leugneten dies jedoch. Die Wahrheit wird wohl in der Mitte liegen, denn die deutsche Industrie kann wohl in den ersten Kriegsmontaten die Erzeugung gesteigert haben, mußte jedoch später, abgesehen vom Schiffsbau, infolge der Kriegserfordernisse damit aufhören. Uebrigens ist das gefährdete Dumpingsystem auch vor dem Kriege in Anwendung gewesen und durch private Organisation der nationalen Industrien abgewehrt worden. Von einschneidender Bedeutung wird auch nach dem Kriege die Regelung des Transportwesens zu Lande und zur See sein. Zwischen Frankreich, Italien und England lassen sich die Bahnverbindungen und Tarife verbessern. Ferner empfiehlt sich ein Abkommen der Landtransportunternehmer mit den Reedern sowohl in Europa wie über See.

Nach Tittoni sprachen die ausländischen Delegierten, wobei der Vertreter Belgiens versicherte, daß Belgien seine Sache nie von der der Verbündeten trennen werde. Der französische Delegierte betonte die Identität der französischen und der italienischen

Kriegssache, während der englische Abgesandte auf die Schwierigkeiten hinwies, die infolge des Unterseebootkrieges und der abweichenden Wirtschaftsinteressen der Verbündeten bestünden.

In den Arbeitsitzungen behandelte die Konferenz das Thema: Fälschliche Warenbezeichnungen und fälschliche Warenursprungsangaben. Die Berichterstatter erklärten es für erwünscht, daß die Verbündeten der Konvention vom 26. Mai 1888 beitreten und vereinbaren sollten, daß eine besondere Klausel des Friedensvertrages die Verpflichtung zur Unterdrückung von Fälschungen ausspreche. Auch müsse in bestimmten Zeitabständen die Benennungsweise vielgebrauchter Erzeugnisse zwischen den interessierten Ländern revidiert werden. Eine interne Polizei müsse die Täuschung des Publikums durch unlautere Benennungsweise und Herkunftsangaben der Waren möglichst umfassend und gründlich unterbinden.

Zum Thema „Schiedsgericht in Handels-sachen“ befürwortete der Berichterstatter die Ausgestaltung der nationalen und internationalen Rechtskraft schiedsrichterlicher Entscheidungen sowie die Gleichförmigkeit der Gerichtsnormen in allen verbündeten Staaten.

Bei Behandlung der Seetransportfragen betonte der Präsident der Handelskammer von Genua die Notwendigkeit, daß die Verbündeten diejenigen Schifflinien organisieren, welche in den Händen Deutschlands waren und von Italien allein nicht ersetzt werden könnten. Der französische Delegierte befürwortete ein italienisch-französisches Abkommen, betreffend Marseille und Savona und anerkannte die Notwendigkeit, durch ein enges Abkommen unter den Verbündeten Deutschlands Machtstellung in der See- und Flußschifffahrt abzulösen.

Endlich vertrat der frühere Unterstaatssekretär des Ministeriums des Aeußern Di Scala die Forderung nach Schaffung besserer Verbindungen zwischen dem europäischen Westen und dem Balkan, worauf Tittoni nach einem Hinweis auf die Geschichte des Projektes der Donau-Adria-Bahn die Hoffnung aussprach, daß der Bau dieser Bahn heute, wo Italien, Frankreich, England und Rußland verbündet seien und Italien in Balona stehe, geringeren Schwierigkeiten begegnen werde.

23. / V. 1917

(Konferenz über die gewerbeschutzrechtlichen Friedensbedingungen.) Der durch sämtliche interessierten Verbände und Fachvereinigungen emittierten Ausschuss, der die Gutmachung der unseren Staatsangehörigen durch die feindlichen Kampfmaßnahmen und durch die kriegerischen Ereignisse auf gewerbeschutzrechtlichem Gebiete im Auslande zugefügten Schäden im Unternehmen mit den deutschen und österreichischen Interessenverbänden festzusetzen zur Aufgabe hat, hielt gestern unter Vorsitz des Hofrates Prof. Dr. Gustav Szágh-Schwarz eine Sitzung, der außer den Delegierten der Verbände zur informativen Orientierung von Seiten unseres Handelsministeriums der Staatssekretär Baron Wilhelm Lers und von Seiten der konsultatorischen Abteilung des Justizministeriums Kurialrichter Dr. Hermann Fodor bewohnten. Das die Modalitäten der Gutmachung der im Auslande erlittenen Rechtsnachteile und Schädigungen unserer Schutzrechte in allen Einzelheiten umfassende Referat wurde durch den Berichterstatter Dr. Oskar Fazekas vorgelegt. An den Bericht anknüpfend hat sich eine sehr lebhaft Debatten entwickelt, an der sich fast alle Anwesenden beteiligten. Staatssekretär Baron Lers verwies auf dem Umstand, daß die Vorschläge nur die wesentlichsten prinzipiellen Anforderungen in lakonischer Kürze und in konzipierter Form umfassen dürfen, da der Friedenskongress, der über eine Unmasse von das Schicksal der ganzen Menschheit betreffenden, durch den Weltkrieg aufgeworfenen Fragen zu entscheiden haben wird, eine Gruppe von Fachfragen höchstens mit einer prinzipiellen Erklärung wird erledigen können. In den hierauf erbrachten Beschlüssen wurden im wesentlichen die folgenden hauptsächlichsten Wünsche formuliert: Anerkennung der Rechtskontinuität der bestandenen nationalen Verträge auf diesem Gebiete; Gutmachung der durch die Kampfbestimmungen der feindlichen Regierungen verursachten materiellen und immateriellen Schäden, und zwar in erster Instanz mittels eines bei dem zuständigen nationalen Gerichte, in der Berufungsinstanz aber vor einem internationalen Forum durchgeführten Streitverfahren, dessen Kosten in allen Fällen durch die verlustige Staatsregierung zu tragen sein werden; Verlängerung der Schutzdauer der gewerblichen, sowie der Urheberrechte um drei Jahre; Zulässigkeit der Nachtragung sämtlicher infolge des Krieges unterlassenen Rechtshandlungen binnen einer Präklusivfrist mit rückwirkender Kraft, und schließlich Anerkennung der Unterbrechung sämtlicher Verjährungs- und Präklusivfristen während des Krieges. Der Ausschuss wird sich in seiner nach den Pfingstfeiertagen zu haltenden nächsten Sitzung mit den auf dem Gebiete der Rechtsannäherung aufgetauchten gegenseitigen Postulaten befassen.

29. / V. 1917.

69

Die „Kommission für Kriegs- und Uebergangswirtschaft“ und die Handelsvermittler.

Von Alexander W. Neuman.

Chef der Firma Alexander Neuman, Baumwollagentie, G. m. b. H.

Man hat bei der Heranziehung wirtschaftlicher Faktoren gerade diejenigen ausgelassen, deren Tätigkeit das Emporschießen unerwünschter ephemerer Erscheinungen verhindert hätte, nämlich diejenigen legitimen Handelsvermittler, die in Friedenszeiten die Kerntuppen der wirtschaftlichen Armee waren, die Munition herbeischleppten und gleichzeitig an den Mann brachten und ihren redlichen Teil zu der Gestaltung der Handelsbilanz beitrugen. Ihrer hat man bei der Neugestaltung vergessen, vielleicht deswegen, weil sie nicht organisiert waren. Und doch ist gerade ihre in den Geleisen der Tradition und Empirie sich bewegende Tätigkeit in normalen Zeiten, die doch wieder kommen werden, unentbehrlich. Namentlich wo es sich um den Bezug von Rohstoffen aus dem Auslande handelt, um die Ausgestaltung von Verbindungen, bei denen das persönliche Moment eine Rolle spielt, wird man sie nicht leicht missen können. Die richtigen Vermittler müssen die Weltsprachen beherrschen und eingehende Kenntnisse über die Verhältnisse in fremden Erdteilen besitzen. Oft ist es der Initiative des Vermittlers zu danken, wenn neue Stapelplätze im Inlande entstehen und ausländischer Unternehmungsgeist für die Errichtung von Lagerplätzen importierter Artikel im Inlande gewonnen wird. Ein solcher Fall war zum Beispiel in einem Artikel zu verzeichnen, dessen Beschaffung jetzt während des Weltkrieges schwere Sorgen verursacht, in Rohbaumwolle. Der Initiative eines Vertreters eines amerikanischen Baumwollhauses war es zu verdanken, daß von diesem Hause ein Kommissionslager von Baumwolle im Triester Hafen errichtet wurde. Diefem Beispiele folgten andere amerikanische Firmen bald nach und wenn die Versorgung mit dem Rohstoff zu Beginn des Krieges eine so reichliche war, daß mit den inzwischen erfolgten Neuaufschaffungen ein Durchhalten für Kriegszwecke bis nach Kriegsende möglich ist, so ist dies nicht zuletzt dem oben erwähnten Umstande zu verdanken. Die legitimen Handelsvermittler, mögen sie nun Agenten, Kommissionäre oder Vertreter heißen, sind daher ein wichtiger Bestandteil der gesamten Organisation der Industrie und des Handels, und sie in den Beratungen über die künftige Gestaltung unserer Volkswirtschaft auszuscheiden, hieße auf eine wertvolle Stützkraft verzichten. Ihre Mitarbeit wird allen Bestrebungen, die darauf bedacht sind, die baldmöglichste Wiederherstellung der kommerziellen Bewegungsfreiheit nach dem Kriege zu sichern, einen frischen Impuls verleihen. Namentlich die Frage der Gefundung unserer Valuta kann nur durch die Vermittler günstig beeinflusst werden. Darum sollte ihnen schon jetzt Sitz und Stimme in den Beratungen eingeräumt werden, welche die Leitfäden für die Uebergangswirtschaft niederlegen sollen.

Der Durchschnittspreis.

Eine Eingabe der Berliner Handelskammer.

Nach der bisherigen Rechtsauslegung der Kriegsnotverordnungen war bei Gegenständen des täglichen Bedarfs und des Kriegsbedarfs die Berechnung von Durchschnittspreisen nicht gestattet. Durch den Paragraphen 2 der Verordnung gegen Preistreiberi vom 8. Mai 1918 ist nun die Berechnung eines solchen Durchschnittspreises beim Verkaufe gleichartiger zu verschiedenen Einkaufspreisen angeschaffter Waren zugelassen und damit den Wünschen des Gewerbestandes Rechnung getragen worden. Diese Verordnung hebt zwar ausdrücklich die Verordnungen vom 26. Juli 1916 bzw. 23. März 1916 außer Kraft, erwähnt aber nicht die Verordnung vom 30. März 1916, durch die bei Verkäufen von Web-, Wirl- und Strickwaren die Berechnung solcher Durchschnittspreise verboten wurden.

Die Handelskammer zu Berlin beklagt durch diese ungleiche Behandlung der verschiedenen Verordnungen eine neue Rechtsunsicherheit, da es nun streitig sein könnte, ob die Berechnung von Durchschnittspreisen bei Web-, Wirl- und Strickwaren weiterhin verboten, oder ob dieses Verbot stillschweigend durch die neue Verordnung aufgehoben sein sollte. Gegen diese Auslegung spricht allerdings die Tatsache, daß die Verordnung ganz allgemein von allen Gegenständen des täglichen Bedarfs spricht, aber durchaus nicht alle Web-, Wirl- und Strickwaren Gegenstände des täglichen Bedarfs im Sinne der Kriegsnotgesetze sind. Für die Auslegung aber, das Verbot sei stillschweigend aufgehoben, ist anzuführen, daß die Verordnung vom 30. März nebst den später dazu erlassenen Richtlinien nur deshalb nicht genannt sei, weil darin außer der Preisbemessung noch die Zuständigkeit und das Verfahren der Schiedsgerichte geregelt sind, hinsichtlich deren eine Änderung jetzt nicht in Betracht kommt.

Die Handelskammer richtet daher an den Reichskanzler eine Eingabe mit der Bitte, unverzüglich die gesetzliche Klarstellung in dem Sinne herbeizuführen, daß auch für den Handel mit Web-, Wirl- und Strickwaren die Berechnung des Durchschnittspreises bei dem Verkaufe gleichartiger zu verschiedenen Einkaufspreisen angeschaffter Waren gestattet werde. Es dürfte noch erinnerlich sein, daß die vorübergehende Schließung großer Stoffgeschäfte in Berlin ihren Grund darin hatte, daß diese Häuser für gleichartige Waren, die sie zu verschiedenen Zeiten gekauft und mit sehr verschiedenen Preisen hatten bezahlen müssen, mittlere Durchschnittspreise berechnet hatten. Auch im Sinne der Käufer dürfte ein solcher Ausgleich der zufälligen Preisunterschiede nur erwünscht sein.

Jubiläum des V. D. E.

Dr. Sydow über die zukünftige Elektrizitätswirtschaft.

Trotz der Kriegszeit haben sich die Elektrotechniker aus den verschiedensten Teilen Deutschlands heute in stattlicher Zahl in der Aula der Berliner Technischen Hochschule zusammengefunden, um die Feier des 25jährigen Bestehens des Verbandes Deutscher Elektrotechniker zu begehen. Unter den zahlreichen Gästen bemerkte man den Kriegsminister von Stein, Kultusminister Dr. Schmidt und Handelsminister Dr. Sydow, Generalmajor Scheuch, Chef des Kriegsamtes, Generalleutnant Coupette, Chef des Wumba, Unterstaatssekretär v. Coels v. d. Brüggen, Oberstleutnant Dr.-Ing. Röth, Leiter der Kriegsröhstoff-Abteilung, Geh. Oberbergrat Dr. Stuy, Reichskommissar für die Kohlenverteilung, Vertreter der verschiedenen verwandten technisch-wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Vereine. Für die Stadt Charlottenburg war deren Oberbürgermeister Scholz, für die Stadt Berlin Stadtrat Hamburger, für die Berliner Techn. Hochschule der Rektor, Geh. Reg.-Rat Prof. Hüllmann, außerdem der Präsident für die Akademie des Bauwesens Sinteldeyn und Vertreter zahlreicher Vereine erschienen.

Prof. Dr. Klingenberg, der als Vorsitzender die Versammlung mit einer kurzen Ansprache zur Begrüßung der Gäste eröffnete, gab zugleich in großen Zügen ein Bild von dem Wirken des Vereins. Er erinnert daran, daß der Verband seine Tätigkeit mit der Bearbeitung der Sicherheitsvorschriften begonnen hat. Von Jahr zu Jahr wurden sie weiter ausgestaltet und ergänzt. In den letzten Friedensjahren von allen Bundesstaaten endgültig angenommen, haben sie jetzt für ganz Deutschland gesetzliche Kraft erlangt. Ein großer Teil des Auslandes hat sich mit geringen Änderungen den deutschen Sicherheitsvorschriften angelehnt und die eigenen Vorschriften nach deren Muster aufgebaut. Prof. Klingenberg gedenkt dann der Männer, die sich um den Verband besonders verdient gemacht haben. Auch Gisbert Rapps, dem jahrelang das Schicksal des Verbandes anvertraut gewesen ist, wird ehrend gedacht, wenn er auch jetzt auf Seiten unserer Feinde steht, dann der früheren Vorsitzenden Slaby und Budde. Mit einigen Worten verweist der Redner bei der Kriegstätigkeit des Verbandes und gedenkt der gefallenen Krieger. Er schließt mit dem Wunsche, daß die sich stets neu darbietenden Aufgaben auch weiterhin durch den im Verband erfolgten Zusammenschluß der elektrotechnischen, wissenschaftlichen Kräfte Deutschlands gelöst werden mögen, zum Wohle des Vaterlandes und zum Segen deutscher Arbeit.

Minister Dr. Sydow überbringt die Glückwünsche der Reichsleitung und Staatsregierung. Voll stolzer Genugnung kann der Verband auf seine Entwicklung zurückblicken, die eng verknüpft ist mit dem, was in den letzten 25 Jahren auf dem Gebiete des deutschen Wirtschaftslebens geleistet worden ist. In Zusammenarbeit mit den Behörden hat der Verband durch seine Sicherheitsvorschriften das Gemeinwohl gefördert. Er hat durch seine Vorschriften besondere polizeiliche Kontrollen überflüssig gemacht und den Aberglauben von der besonderen Gefährlichkeit der elektrischen Betriebe vernichtet. Jetzt im Kriege hat die Elektrizität sich überall als hilfreiche Dienerin erwiesen. In der Luft, auf dem Wasser und unter dem Wasser, im Felde unterstützt sie unsere Kämpfer, aber auch hier in der Heimat haben die Elektrotechniker den Anforderungen der Kriegswirtschaft voll auf Rechnung tragen können und das, obwohl die Materialien, aus die sie angewiesen waren, immer knapper wurden. Auch nach dem Kriege wird es nötig sein, unser Wirtschaftsleben aufs äußerste zu stützen, menschliche Arbeitskraft durch mechanische zu ersetzen, mit unseren Kohlenstätten hausälterlich umzugehen. Das elektrische Licht, der elektrisch angetriebene Motor muß bis in das entlegenste Dorf bringen. Der hochgespannte Strom kann dazu verhelfen, aber das vermag nicht immer der einzelne durchzuführen, dazu bedarf es der Beihilfe des Staates. Der preussische Staat beabsichtigt aber keineswegs die private Tätigkeit auszuschalten, die privatwirtschaftlichen und kommunalen Elektrizitätswerke sollen weiter an der Erzeugung und Verteilung elektrischen Stromes teilnehmen. Der Staat will nur da helfend eingreifen, wo diese nicht hin kommen. Er will von Fall zu Fall mit besonderen staatlichen Anlagen an geeigneten Stellen vorgehen. Mit Wünschen für das weitere Gedeihen des Verbandes schließt die Ansprache des Ministers.

Im Namen der Berliner Technischen Hochschule heißt Reg.-Rat Prof. Hüllmann die Elektrotechniker willkommen und verkündet die Ernennung folgender Mitglieder zum Dr.-Ing. ehrenhalber: Prof. Dr. Emil Budde, Prof. Dr. Georg Klingenberg und Generalsekretär Ingenieur Georg Dettmar. Stadtrat Hamburger überbringt die Grüße der Stadt Berlin, Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Goerges-Dresden die der sämtlichen deutschen Technischen Hochschulen. Sektionschef des österreichischen Technikervereins v. Krassny spricht im Namen der österreichischen Techniker, Generalsekretär Jakobowitsch für den ungarischen elektrotechnischen Verband, Geheimrat Dr. Pabst für die verwandten nicht elektrotechnischen Vereine, Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Strecker für die elektrotechnischen Vereine; er überreichte als besonderes Angebinde des Berliner Vereins ein eigenartiges Landschaftsbild, das Harwert bei München. Vom Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes Freiherrn v. Stein war ein Glückwunschtogramm eingelaufen. Nachdem Prof. Dr. Klingenberg den Rednern gedankt hatte, teilte er mit, daß die deutsche elektrotechnische Industrie als Jubiläumsgabe eine Stiftung von ungefähr 400 000 Mark überwiesen habe. Geh. Reg.-Rat Dr. Wilhelm v. Siemens wurde darauf unter lautem Beifall der Versammlung zum Ehrenmitglied ernannt und dem unermüdblichen Generalsekretär Dettmar eine Ehrengabe überreicht.

Nach Absendung eines Jubiläumstelegramms an den Kaiser folgt der Festvortrag: Die Hochspannungstreifen der Elektrizität. In ihm zeigt an der Hand zahlreicher Lichtbilder Prof. Dr.-Ing. Petersen-Darmstadt, welche Aufgaben den Freileitungen höchster Spannung (100 000 und mehr Volt) zukommen. Es gilt die minderwertigen Brennstoffe auszunutzen, die Wasserkräfte restlos zu erfassen, die Ueberschüßkräfte im Zusammenhang mit bestehenden Werken nutzbar zu machen. An die Versorgung einzelner Länder und Provinzen als Kern wird sich vielleicht mit der Zeit die einheitliche Versorgung großer Teile Deutschlands anknüpfen. Mit am wichtigsten ist die Frage der Betriebssicherheit. Diese ist nach den bereits vorliegenden Erfahrungen sehr hoch. Man hat in der Konstruktion der Stromerzeugenden Maschinen und deren Verbindung mit gewissen Apparaten (Kurzschlussdrosselspulen), die in den Freileitungen etwa auftretenden Störungen beherrschen gelernt. Die wichtigste Störungsursache wird durch die Erdschlussspule, deren Wirkung der Vortragende im Versuch vorführt, bewältigt. K. J.

(Zentralstelle für Ein- und Ausfuhrbewilligungen.) In einer Kundmachung des Finanzministers betreffend die Zusammenlegung und die Geschäftsordnung der Zentralstelle für Ein-, Aus- und Durchfuhrbewilligungen werden folgende wesentliche Bestimmungen getroffen:

Der zur Entscheidung über Ansuchen um Ein-, Aus- und Durchfuhrbewilligungen eingesetzte ständige Sonderausschuss der Kommission für Kriegs- und Uebergangswirtschaft, der die Bezeichnung „Zentralstelle für Ein-, Aus- und Durchfuhrbewilligungen“ führt, hat seinen Sitz im Finanzministerium. In der Zentralstelle sind mit beschließender Stimme vertreten: das Finanz-, Handels- und Ueberbauministerium, das Ministerium des Innern, das Ministerium für öffentliche Arbeiten, das Amt für Volksernährung und die Oesterreichisch-ungarische Bank als Leiterin der Devisenzentrale. Jede der genannten Stellen entsendet ein Mitglied und macht einen Stellvertreter namhaft. Auch dem Kriegsminister bleibt die Entsendung eines stimmberechtigten Vertreters vorbehalten. Für die Behandlung der Bosnien und die Herzegowina, dann die okkupierten Gebiete betreffenden Ansuchen um die Bewilligung der Ein-, Aus- oder Durchfuhr haben das gemeinsame Finanzministerium, beziehungsweise das Armeekommando das Recht, fallsweise einen Vertreter in die Zentralstelle zu entsenden. Ansuchen um Einfuhrbewilligungen sind bei der zur Vorprüfung berufenen Fachstelle, solche Ansuchen für die keiner dieser Fachstellen zugewiesenen Artikel sowie Ansuchen um Aus- und Durchfuhrbewilligungen unmittelbar beim Finanzministerium einzubringen. Die Bearbeitung der Ansuchen um Ein-, Aus- und Durchfuhrbewilligungen sowie der übrigen in den Wirkungsbereich der Zentralstelle fallenden Angelegenheiten erfolgt durch das Finanzministerium, bei dem zu diesem Zwecke besondere, nach Warengattungen eingeteilte Geschäftsgruppen bestehen. Soweit Ein-, Aus- und Durchfuhransuchen nicht der Beschlussfassung durch die Zentralstelle selbst vorbehalten sind, werden sie in Referentenkomitees, in denen außer den Abteilungsleitern des Finanzministeriums die Sachreferenten der übrigen beteiligten Ministerien vertreten sind, kommissarisch beraten und, wenn ein Einvernehmen hergestellt wird, direkt der Erledigung zugeführt, anderenfalls sind sie der Zentralstelle zur Entscheidung vorzulegen. Die Hinausgabe der Entscheidungen erfolgt durch das Finanzministerium.

Der Hauptausschuß für Kriegs- und Uebergangswirtschaft.

Zum Vorsitzenden des Rohstoffausschusses wurde Bürgermeister Dr. Richard Weiskirchner, zu seinen Stellvertretern der Präsident der Österreichischen Textilwerke A.-G. Artur Ruffler und der Präsident der Georg Schicht A.-G. Heinrich Schicht ernannt. Im Finanzausschusse wurde der Vizegouverneur der Oesterreichisch-ungarischen Bank Geheimer Rat Dr. Ignaz Ritter Gruber v. Menninger zum Vorsitzenden bestellt und mit seiner Stellvertretung der Präsident der Anglo-österreichischen Bank Professor Dr. Julius Landesberger und der Direktor der Oesterreichischen Kreditanstalt für Handel und Gewerbe Ludwig Neurath betraut. Im sozialpolitischen Ausschusse wird der Minister a. D., Geheimer Rat Dr. Franz Klein den Vorsitz führen; zu seinen Stellvertretern wurden der Reichsratsabgeordnete Dr. Wilhelm Ellenbogen und der Präsident des Bundes Oesterreichischer Industrieller, Kommerzialrat Heinrich Better ernannt.

3. VII. 1917

99
77**Oesterreichisch-ungarische Industrie-
förderung in Russisch-Polen.**

Dublin, 2. Juni. Das Generalgouvernement teilt mit: Um der einheimischen Industrie und dem Gewerbe, die auch in Polen unter den Kriegseignissen stark gelitten haben, raschest eine Förderung angeheben zu lassen, wird ein technisches Schutzkomitee für Industrie und Gewerbe des österreichisch-ungarischen Okkupationsgebietes errichtet, das, mit dem Leiter des Zivillandeskommissariats Dr. R. v. Madetzki an der Spitze, sich zur Hälfte aus Vertretern des Generalgouvernements, zur Hälfte aus Vertretern der einheimischen Industriellen, gewerblichen und Handelskreise zusammensetzt. Die Aufgaben des Komitees bestehen in der Aufsicht über industrielle und gewerbliche, ausgenommen rein militärische Betriebe, in der Beforgung von Aufträgen der Militärverwaltung für sie sowie in der Erleichterung ihrer Erzeugungsmöglichkeiten, der Sicherung ihrer Entwicklung und schließlich in der Förderung der Handelsbeziehungen zwischen Polen und Oesterreich-Ungarn.

Heute findet die erste Sitzung des Komitees zur Festsetzung des Arbeitsplanes und zur Vornahme der Ausschufwahlen statt. Das Komitee wird sowohl ständige Ausschüsse einsetzen wie zeitweise nach Bedarf besondere Ausschüsse bilden. Es ist auch die Gründung eines eigenen Fachblattes in Aussicht genommen, das zunächst halbmonatig erscheinen wird.

Das Generalgouvernement bezweckt mit der Bildung dieses Schutzkomitees eine Institution ins Leben zu rufen, die im Sinne der Bestrebungen des Staatsrates im Verein mit der einheimischen Gesellschaft die Möglichkeit

bieten wird, für das künftige Gedeihen des polnischen Handels und Gewerbes die Grundlagen zu schaffen.

3./VI. 1917.

78

Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom Handel.

Auf Grund § 13 der Bundesratsverordnung vom 4. November 1915 zur Ergänzung der Verordnung über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung vom 25. September 1915, erläßt der Senat folgende Verordnung vom 30. Mai:

Wird auf Grund der Bundesratsverordnung zur Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom Handel vom 23. September 1915 der Handel mit Gegenständen des täglichen Bedarfs oder mit Gegenständen des Kriegsbedarfs unterfagt, so ist der Händler verpflichtet, auf Verlangen der mit der Wahrnehmung der Aufgaben des Kommunalverbandes betrauten Behörde, in deren Bezirk sich die Niederlassung des Händlers befindet, dieser Behörde die Vorräte zu überlassen. Die Uebertragung des Eigentums und die Festsetzung des Uebernahmepreises erfolgt, sofern die Ueberlassung nicht freiwillig erfolgt oder eine Einigung über den Uebernahmepreis nicht

erzielt wird, im Stadtgebiete durch die Deputation für Handel, Schifffahrt und Gewerbe, im Landgebiet durch die Landherrenschaft.

Industrie, Gewerbe und Handel im Kriege.

Eine wertvolle Ergänzung der Thronrede bilden die unmittelbar darauf gehaltenen Ansprachen des Kaisers bei dem Empfang einer Reihe wirtschaftlicher Deputationen. Die Kaufmannschaft, die Industrie und die Börsen hatten ihre Vertreter entsendet, dem Monarchen ihre Huldigung darzubringen, und hiebei durch ihre Sprecher mit patriotischem Stolz auf die Leistungen hingewiesen, die sie während des Krieges trotz der Unterbindung der Rohstoffversorgung aus den überseeischen Staaten hatten vollbringen können. Schon wiederholt ist von den maßgebendsten Stellen Oesterreich-Ungarns und Deutschlands, den Monarchen und den leitenden Staatsmännern, dem Dank und der Anerkennung Ausdruck gegeben worden für das, was die heimische Industrie zum großen Erstaunen der Welt in diesem gewaltigsten aller Kriege für die Ausrüstung der verbündeten Heere getan, durch die Steigerung ihrer Leistungsfähigkeit auf eine ungeahnte Höhe in kürzester Frist förmlich geradezu improvisiert hat. Auch in den bei den Empfängen in der Hofburg gehaltenen Reden Kaiser Karls wird der alle Erwartungen übertreffenden Mitarbeit des Hinterlandes in dem uns aufgezwungenen Verteidigungskampfe höchstes, wohlverdientes Lob gespendet. Eine feste und unentbehrliche Stütze der Kriegstüchtigkeit und Schlagfertigkeit unsrer Wehrmacht nannte der Kaiser die heimatliche Industrie, die sich in dieser Sturmbelegten Zeit auf das glänzendste bewährt hat. Der Monarch betonte den weitblickenden Unternehmungsgeist, den die Industrie in den drei Kriegsjahren an den Tag gelegt, und hatte auch Worte voller Anerkennung für die Tüchtigkeit der Arbeiterchaft, die es ermöglicht hat, aller Schwierigkeiten Herr zu werden. Alle industriellen Verbände und somit auch alle wichtigen Industrien waren in der Abordnung vertreten, die ihrerseits alles aufzubieten versprach, um den Aufgaben der Zukunft, wenn es sich nämlich darum handeln wird, die Rückkehr zur Friedenswirtschaft zu bewerkstelligen, gerecht zu werden. Sie konnte dafür die Versicherung entgegennehmen, daß die Förderung der heimischen Industrie einen Gegenstand der Obhut des Kaisers und eine der wichtigsten Aufgaben der Regierung bilden wird.

So wichtig die Rolle der Industrie im Kriege war, so wichtig wird sie auch im Frieden sein. Sie wußte sich mit wunderbarer Schnelligkeit dem Kriege anzupassen, einem Kriege, auf dessen Ausdehnung und lange Dauer niemand gefaßt war. Auch die immensen Schwierigkeiten, mit denen die von jeder überseeischen Zufuhr abgesperrte Industrie zu kämpfen haben werde, konnte niemand voraussehen. Der Mangel an unentbehrlich scheinenden Rohstoffen, dazu der zeitweilig sich fühlbar machende Arbeitermangel behinderten die Arbeitstätigkeit, besonders, wenn es sich nicht um die dringendsten, unaufschiebbaren Kriegsleistungen handelte. Was nicht direkt oder indirekt für die Zwecke der Kriegführung benötigt wurde, mußte selbstverständlich zurückstehen. Die Armee litt aber nicht

einen Augenblick unter einer verminderten Leistungsfähigkeit der Industrie. Die Berechnung der Feinde, daß die deutsche und österreichisch-ungarische Industrie durch die englische Beherrschung des Meeres nicht imstande sein würden, unser Heer und das unsrer Verbündeten mit Waffen, mit Munition und was sonst zur Ausrüstung gehört, zu versorgen, hat sich in einem solchen Grad als trügerisch erwiesen, daß vielmehr unsre Industrie trotz aller ihr seitens der Feinde in den Weg gelegten Hindernisse sich viel leistungsfähiger gezeigt hat als die Englands und Frankreichs, die bisher als die größten Industriestaaten der Welt gegolten und doch nicht imstande waren, ohne amerikanische, mit Milliarden bezahlte Hilfe sich ihrerseits zu versorgen. Die Ziffern der amerikanischen Ausfuhr nach den Ententeländern sind der schlagendste Beweis dafür, wie sehr im Gegensatz zu den Mittelmächten die Feindestaaten auf Amerika angewiesen waren.

Daß unter den wirtschaftlichen Deputationen in der Hofburg auch Vertreter der Wiener Handels- und Gewerbekammer und des Niederösterreichischen Gewerbevereines nicht fehlten, versteht sich von selbst. Der glänzende Aufstieg des Handels und des Gewerbes in den letzten Jahrzehnten wurde ihnen gegenüber vom Monarchen mit besonderer Anerkennung hervorgehoben. Die österreichischen Börsen, sowohl die Warenbörsen als auch die Effektenmärkte, hatten sich den übrigen wirtschaftlichen Korporationen beigefügt. Sie dürfen sich darauf berufen, daß sie, als der Krieg ausbrach, durch freiwillige, sofort vorgenommene Einstellung des Börsenverkehrs den Wiener Platz und überhaupt alle österreichischen Effektenbesitzer vor einer schweren Schädigung bewahrt haben. Die Kurse wären damals ins Bodenlose gesunken, zahllose Existenzen wären vernichtet worden. Die Wiener Börse war die erste, die diesen raschen Entschluß faßte, und daß sie die Situation richtig erkannt hat, wird durch den Umstand bewiesen, daß alle europäischen und selbst die amerikanischen Börsen ihrem Beispiel folgten. In seiner Antwort auf die Huldigung der Börsenvertreter anerkannte der Kaiser die wohlthätigen Folgen des seinerzeitigen Schrittes der Wiener Börse, indem er darauf hinwies, daß tatsächlich durch die damalige zeitweilige Suspendierung des Börsenverkehrs einer Herabminderung des Nationalvermögens wirksam begegnet worden sei. Er sprach der Börse auch das Verdienst zu, zur richtigen Würdigung der Kriegsanleihen in allen Kreisen der Bevölkerung wesentlich beigetragen zu haben. Er rechne auf die tatkräftige Mitarbeit der Börsen auch in der Friedenszeit beim finanziellen Wiederaufbau. Die Börse gehört zu den meistangesehnten Institutionen, um so mehr wird ihr die kaiserliche Anerkennung ihrer Tätigkeit wohlthun. Sie ist bei allen ihren Fehlern und Auswüchsen ein unentbehrlicher Markt für die Milliarden, die in Wertpapieren angelegt sind, aber damit sie die Lobsprieche verdiene, mit denen sie bedacht wurde, möge sie trachten, möglichst wenig wilden Spekulationen Raum zu geben, eine vernünftige Preisbildung nicht durch Uebertreibungen zu gefährden. Häufig freilich ist sie nicht der schiebende, sondern der vom Publikum geschobene Teil.

Landeskonzferenz der Handelskammern.

Budapest, 8. Juni.

Nachmittags 4 Uhr wurden die Beratungen der Landeskonzferenz der Handels- und Gewerbelkammern unter dem Vorsitz des Geheimen Rates Leo Bánczy fortgesetzt; zur Verhandlung gelangten:

Die Finanzprobleme der Ubergangswirtschaft.

Kammersekretär Dr. Ludwig Barjassy (Arad) unterbreitet sein eingehendes Referat, das wir bereits in unserem gestrigen Abendblatte in großen Zügen veröffentlicht haben.

Kammersekretär Josef Vágó hält es für deplaciert, die Fragen der Valutasanierung und der Notenbank zu erörtern. Nach dem Kriege sei allerdings die Verbesserung unserer Valuta der Hauptzweck, was wir nur durch Sparsamkeit und Erhöhung unseres Exportes erreichen können. Redner beantragt, alle Finanzprobleme der Ubergangswirtschaft in einer später einzuberufenden Konferenz zu verhandeln.

Sekretär Dr. Alexander Lonelli (Szeged) verweist darauf, daß eine gewichtige Ursache der Verschlechterung unserer Valuta in der unrichtigen Feststellung der Höchstpreise der Bodenprodukte zu suchen sei.

Präsident Leo Bánczy bemerkt, die Finanzprobleme der Ubergangswirtschaft bedürfen einer eingehenden Erörterung, weil sie nicht den Schutz der Interessen einzelner Klassen bezwecken, sondern es sich um Zukunftsfragen des Landes handelt. Um das Gleichgewicht der staatlichen Gebarung aufrechtzuerhalten, wird sich niemand weigern, die ihm zufallenden Aufgaben zu besorgen. Die Erörterung der Finanzprobleme der Ubergangswirtschaft stößt derzeit noch auf große Schwierigkeiten, deshalb ist es richtig, diese Diskussion auf einen späteren Zeitpunkt zu vertagen und einer besonderen Konferenz vorzubehalten.

Dieser Antrag wurde sodann gutgeheißen.

Wirtschaftliche Regeneration und Mehrproduktion.

Als Referent fungierte Sekretär Dr. Alexander Lonelli (Szeged). In der Debatte, die sich an das von uns bereits im gestrigen Abendblatte skizzierte Referat knüpfte, plädierte Sekretär Dr. Eugen Bendvay dafür, man möge die Mehrproduktion nicht nur in der Landwirtschaft, sondern auch in der Industrie betreiben, weil unsere industrielle Erzeugung unter dem ausländischen Durchschnitt bleibt. Nach den Bemerkungen des Kammersekretärs Gerhard Wolff (Pozsony) wurde dem Referat zugestimmt.

Sodann übernahm Theodor Szentkirályi, Präsident der Debrecener Kammer, den Vorsitz.

Schiffahrtsfragen.

Hiezu ergriff als erster der Vizepräsident der Finnaner Kammer Josef Vazarus das Wort, dessen Ausführungen über die Evidenzhaltung der Schiffstraumänderungen unserer Seeschifffahrt wir an der Spitze unserer volkswirtschaftlichen Rubrik mitteilen.

In der Debatte wurde von Max Weiner (Szeged) und Julius Rosenauer (Békéscsaba) gegen die Errichtung einer neuen gemeinsamen Institution Einsprache erhoben, wogegen Kammersekretär Josef Vágó darauf hinwies, daß der Referent keine neue gemeinsame Institution schaffen, sondern eine in Triest bestehende gemeinschaftliche Einrichtung nach Budapest verlegt wissen will. Andererseits glaubt Redner, daß die Handelskreise kein Interesse daran haben, die Errichtung neuer, aber nützlicher Institutionen zu verhindern, wenn sie auch einen gemeinsamen Charakter besitzen.

Das Referat wurde hierauf angenommen.

Das Programm der ungarischen Binnenschifffahrt.

Referent Dr. Nikolaus Moriz (Budapest) legt ein eingehendes Referat vor, das in folgender Resolution gipfelt: Nachdem von sämtlichen Donauländern die wirtschaftlichen Interessen Ungarns in größtem Maßstabe mit den Aufgaben der Ausgestaltung der Donau verknüpft sind, ist es vor allem erforderlich, daß die Pläne hinsichtlich des Ausbaues der Donauwasserstraße die Erfordernisse des ungarischen Wirtschaftslebens vor Augen halten. Dabei ist es jedoch ein gemeinsames Interesse der zentraleuropäischen Staaten, daß der ganze Donautrom in die ununterbrochene Wasserstraße Nordsee—Schwarzes Meer eingeschaltet werde und Schiffe des Normaltypus auf diesem Wasserwege unbehindert verkehren können. Vor allem muß also Deutschland auf Grund der bairischen Pläne den Donau-Rheinkanal erbauen, während der Donau-Oberkanal erst in zweiter Reihe zu verwirklichen ist und auch dann nur so, daß er als Kanalschnitt verwendet werde. Die Schiffbarmachung der Donau sollen innerhalb ihrer Grenzen Deutschland, Oesterreich und Ungarn durchführen. Ungarn müßte sodann auch die eigene Binnenwasserstraße ausbauen, vor

allem den Donau-Sabo- und Donau-Theißkanal, sowie überhaupt das System der ungarischen Binnenwässer in rascherem Tempo ausgestaltet werden müßte. Ebenso ist der Bau des Budapest-Handelshafens sehr dringend.

In der Debatte, die sich an das Referat knüpfte, äußerte Ludwig Ács (Marosvásárhely) bezüglich der Marosregulierung und Siegmund Fornsheim (Pozsony) wegen der Marchkanalisierung noch besondere Wünsche. — Kammersekretär Dr. Alexander Lonelli (Szeged) bringt die Regulierung der Nebenflüsse der Donau zur Sprache. Kammerpräsident Adolf Reumann (Miskolc) lenkt die Aufmerksamkeit der Konferenz auf die Wichtigkeit der Sajóregulierung, die seinerzeit durch den gewesenen Ackerbauminister Grafen Béla Serényi begonnen wurde. — Sekretär Gerhard Wolff (Pozsony) tritt für die Verbindung mit dem Elbekanal ein. Sekretär Josef Vágó betont, daß der Donau-Ober-Marchkanal den Interessen Ungarns nicht entspricht; wir müssen vielmehr für den Rhein-Donau-Kanal Stellung nehmen. Nach den Bemerkungen der Mitglieder Desider Rádó (Debrecen) und Josef Schwara (Magyaróvár) wurde das Referat gutgeheißen und sodann die Fortsetzung der Beratung auf morgen 10 Uhr vormittags vertagt.

§ (Die Fabriksindustriellen und die Holzfrage.)

Die Interessenten der Holzindustrie des Landesverbandes der Fabriksindustriellen hielten unter Vorsitz Dr. Roland v. Hegedüs' eine Sitzung, die sich mit der neuen Regierungsverordnung über die Holzproduktion und die Verwendung des Holzes beschäftigte. Das Referat hatte Andreas Scheiber inne, der auf die unmögliche Lage hinwies, die in der Holzindustrie in Folge der mangelhaften Verordnung eintreten müsse und deren erste Folge sich in einer Abnahme der Produktion zeigen werde. Bei der Verfassung dieser Verordnung wurden weder die Produzenten noch aber die Konsumenten angehört. Dies zeigt sich auch in dem Umstande, daß die neue Regierungsverordnung in der Praxis un-durchführbar ist. In logischer Verfolgung des von der Regierung eingenommenen Standpunktes wurde den Holzproduzenten bei dem neu zu kreirenden Holzverwerthungsamt keine Rolle eingeräumt. Zu dem Referat ergriffen Armin Rosenberg, Béla Schanzer, Oskar Rényi, Eugen Vida und Andere das Wort. Dr. v. Hegedüs faßte die geäußerten Meinungen zusammen und stellte fest, daß seitens der Bergwerksindustrie und der Holz benöthigenden Munitionsindustrie schwere Bedenken gegen die neue Regierungsverordnung erhoben worden sind. Die Versammlung nahm das Referat Andreas Scheiber's einstimmig an, laut dem der Landesverband der Ungarischen Fabriksindustriellen zwar die Kontrolle der Holzproduktion und der Holzverwerthung seitens der Regierung billigt, doch hierfür die Regierungsverordnung für ungeeignet erachtet. Der Landesverband bittet daher die Regierung, die Durchführung der Verordnung zu suspendiren und die Holzproduktion nach Anhören der maßgebenden Faktoren neu zu regeln.

Der Abend
11. VI. 1917

Beobachtungen an einer Gruppe von Großstadtkindern, wobei die Frage nach dem Massencharakter offen bleibt, von mir

wenn er es nicht täte, und es wäre unflug, denn das Gedächtnis der Massen ist wesentlich geschärft worden. Der eine wird jenes, der andere dieses meiden wollen; aber aus welchem Grunde immer — kommen wird es, weil es kommen muß: die Rechtlosigkeit der Privatangelegenheiten muß aufhören. Für Onkel Toms Sitten wird in der neuen Ordnung kein Raum sein; man wird sie abtragen oder zerstören müssen.

Eines allerdings vermisse ich in der Denkschrift, obwohl sie von den im gewerkschaftlichen Kampfe erprobtesten und fortgeschrittensten Verbänden verfaßt wurde. Es fehlt die Forderung der industriellen Demokratie, daß die Angestellten jedes einzelnen Unternehmens bei der Bestimmung ihrer Entlohnung und Arbeitsbedingungen und namentlich bei der Ausübung des Streikungsrechtes mitzubewerten und mitzubestimmen haben. Auch hier macht die Rechtlosigkeit der Lohnempfänger die Lohngeber stark. Ich bezweifle sehr, daß die großen Marktstädter Warenhäuser die jetzigen Schand- und Schandlöhne wagen würden, und sicherlich würde es unmöglich sein, sie durchzusetzen, wenn die Gesamtheit der Mädchen, die jetzt für vierzig und fünfzig Kronen monatlich gemietet werden, und der Männer — sie tragen Kosten und so muß man sie Männer nennen — die für hundertfünfzig Kronen und noch weniger käuflich zu haben sind, bei dem Handel ein Wort dreinzureden hätten.

Es ist traurig zu denken, wie leicht es anders sein könnte: nichts gehörte dazu als ein bisschen Geschlossenheit, ein der Eigenkraft bewußtes „Ich will nicht länger!“ — oder nein, das wäre falsch, ein „Allesfall in die alten irdlichen Gewohnheiten! Aber einsam und idiosyncratisch will nicht!“

letztliche Bestimmung von Mindestlöhnen und Mindestarbeitsbedingungen für die Privatangestellten aller Art fordern. Sie verlangen nichts, als für alle Angestellten und für die Friedensezeit denselben Schutz, wie er den Angestellten der Betriebe, die für militärische Zwecke arbeiten, durch die Verordnung vom 18. März 1917 gewährt wird:

Anspruch auf einen der beruflichen Ausbildung und den Leistungen angemessenen, durch die jeweiligen Lebens- und Arbeitsverhältnisse bedingten Lohn.

Beizweckung der Löhne, in denen nicht nur die Leistung der Unternehmer zu Gehör kommt, und für den Arbeitnehmer die Wahl, sich an das ordentliche Gericht zu wenden und in dem einen oder anderen Falle seine Beschwerde durch Berufsgenossen oder deren Organisation vertreten zu lassen.

Die Ausschüsse haben sowohl über das Begehren einzeln wie über das von Gruppen zu entscheiden, und können es auch von Amts wegen tun, wenn sie Kenntnis von Tatsachen, die eine Regelung notwendig oder wünschenswert machen, aus eigener Wahrnehmung oder auf andere Weise, z. B. durch die Mitteilung einer Berufsvereinerung erlangen.

Ich bin selbstverständlich — welcher sozialistischen Denkende wäre es nicht? — mit allem Nachdruck dafür, daß diese Bestimmungen so schnell wie möglich Gesetz für jeden und jede werde, von denen das schöne Wort des verregenen Wiener Dichters sagt:

Ob mit Hammer oder Feder
Brot er schmiedet oder schreibt,
Kein Abgeordneter, der sich nicht ganz und gar auf
die Seite der Stärkeren geschlagen hat, wird sich bei
heiligen Pflichten entgegen können, rücksichtslos für die

Sozialpolitische Wollenplauderei.

Und da wir die Zeit erkennen, so ist nun die Stunde da, vom Schloße aufzusuchen.
Römerbrief 13, 11.

Freiheit vor denen, die die Macht in Händen haben, und wäre es auch nur die Macht eines Bureauchefs; Angst um das tägliche Stüd trockenen Brotes, das mit zehn Stunden Arbeit und jährlich dreihundert Tagen Versicht auf Menschenglück erworben wird; Selbsthät, der die Not der Arbeits- und Sozialgenossen gleichgültig ist, wenn nur sie selbst zu leben hat; endlich der schismatische Feind jedes Bessermenschen, die törichtesten Standesdünkel und Vorurteile, sie sind gewiß nicht die einzigen, aber sicherlich die wichtigsten Ursachen, weshalb es mit dem wirtschaftlichen Wohl der Privatangestellten so langsam vorwärts geht. Trotz aller Beispiele, die sehr zum Zukunftsdenken ermuntern — achtlos tritt man die einzelne Armut, und schleppte sie noch so fleißig Nahrung zum Maul, aber dem geschloffenen Auge weicht auch der rücksichtslose Fuß schonend aus — trotz der weitläufigen sichtbaren Erfolge des gemeinsamen Kampfes und Widerhandlungens stehen es viele noch immer vor, sich einzeln zertreten zu lassen. Wie wären sonst heute Löhne und Arbeitsbedingungen möglich, die für Wirklichkeit zu halten, selbst der Erfahrung zögert? Es gehört viel Ausdauer und Zuversicht dazu, für die ewig Leuchtenden Blinden zu wirken, und man muß die bewundern, die den Mut nicht, noch die Geduld verlieren, die Männer und Frauen der gewerkschaftlichen Verbände.

Vor mir liegt eine Denkschrift, in der diese Vereinigungen der Privatbeamten und Angestellten die ge-

Der Notstand der Handlungsgehilfen.

Wie die Minister von Unternehmern „informiert“ werden.

Der Zentralverein der kaufmännischen Angestellten Oesterreichs hat an den Ernährungsminister Höfer folgendes Schreiben gerichtet:

Die gefertigte Reichsvereinigung der kaufmännischen Gehilfenschaft sowie diese Gehilfenschaft überhaupt sind in der Zentralprüfungskommission nicht vertreten. Wir haben deshalb von dem Inhalt der Eröffnungsansprache, die Euer Excellenz gehalten haben, lediglich aus den Zeitungen Kenntnis erlangt. Diesen Berichten entnehmen wir nun, daß Euer Excellenz neben anderen „Schwierigkeiten“ des redlichen Kaufmannes“ auch folgendes vorgebracht haben: „Mannigfaltig bedrängt den Kaufmann der Mangel an Personal; ungeschulten Hilfskräften muß er teure Löhne zahlen.“ Es ist nicht unseres Amtes, auf die von Euer Excellenz sonst vorgebrachten „Schwierigkeiten“ einzugehen; aber es ist unsere Pflicht, gegen die auffallend unrichtige Information, die Euer Excellenz geworden ist, Einspruch zu erheben und sie richtigzustellen.

Vorweg sei zugegeben, daß dort, wo geringe Hilfskräfte not tun, insbesondere im Kleinhandel, zeitweilig ein Mangel an solchen Arbeitskräften vorhanden ist. Dagegen widerspricht es durchaus der Wirklichkeit, wenn behauptet wird, daß den kaufmännischen Angestellten „teure Löhne“ gezahlt werden. In Wahrheit standen die Gehalte der kaufmännischen Angestellten und sie stehen jetzt erst recht tief unter dem Lohnminimum aller anderen Arbeiter. Beweis ist eine ebenso erschöpfende wie zuverlässige Angabe der Löhne, die von den Wiener großen und größten Handelsfirmen gezahlt werden. Es wird ernstlich nicht widersprochen werden können, wenn wir bei den kleinen und kleinsten Geschäftsfirmen die Löhne als meist noch geringer annehmen. Bei der Krankenkasse der gremialangehörigen Handlungsgehilfen in Wien, bei der die protokollierten großen und größten Wiener Handelsfirmen ihre kaufmännischen Angestellten versichern müssen, werden Beiträge nach Gehaltsstufe eingezogen. Die Anmeldung der einzelnen Angestellten, ebenso die Mitteilungen über deren Gehaltshöhe geschehen durch die Firmeninhaber direkt, sonach stützen sich die Angaben, die die Krankenkasse über die Gehaltshöhe der bei ihr versicherten Angestellten (in Friedenszeiten mehr als 40.000, jetzt mehr als 30.000) zu machen in der Lage ist, auf die von den Kaufleuten selbst gelieferten Angaben. Nach amtlicher Mitteilung dieser Krankenkasse stellen sich die Lohnhöhen der bei ihr angemeldeten, versicherten kaufmännischen Angestellten folgendermaßen dar: Von insgesamt rund 31.000 kaufmännischen Angestellten in Wien bezogen am 31. Dezember 1916, somit schon in Zeiten der großen Kriegsteuerung mehr als die Hälfte einen Lohn von höchstens 150 Kronen monatlich. An 17.000 Angestellte, unter ihnen vielfach ältere Familienväter, sind gezwungen, ihre Lebenshaltung mit einem Gesamteinkommen von höchstens 523 Kronen täglich zu bestreiten. Nicht weniger als 4180 Angestellte werden monatlich mit höchstens 90 Kronen entlohnt. Ihr Gehalt beträgt höchstens drei Kronen täglich. Schließlich werden 727 männliche und weibliche kaufmännische Gehilfen mit einem Gehalt von 50 Kronen monatlich abgefertigt, sind somit gezwungen, mit einem Tagelohn von 170 Kronen oder noch weniger ihr Auslangen zu finden. Euer Excellenz werden aus dieser Tatsache entnehmen, daß es im Kreise der kaufmännischen Angestellten über alle Maßnahmen unangenehm empfunden wurde, erfahren zu müssen, wie so ganz den Tatsachen widersprechend Euer Excellenz von Vertretern der Kaufmannschaft informiert worden sind.

Diese amtliche Statistik wurde fertiggestellt, nachdem mehrfache Steuerungszulagen im Kriege gewährt worden sind, so daß diese Steuerungszulagen hierbei schon berücksichtigt sind. Auch im Jahre 1917 wurden mehrfache Steuerungszulagen gewährt, doch kann nicht angenommen werden, daß sich durch diese Zulagen die Gehaltsverhältnisse zu Gunsten der Wiener Angestellten wesentlich gebessert hätten.

Als bezeichnend für den sozialen Notstand der kaufmännischen Gehilfen sei auch mitgeteilt, daß die gesetzliche Vertretung der Wiener kaufmännischen Gehilfenschaft schon vor mehreren Monaten auf Grund des Gewerbegesetzes das Gremium der Wiener Kaufmannschaft zum Abschluß eines im Gesetz vorgesehenen Kollektivvertrages eingeladen hat, mit dem mindestens den größten Ausbeutungserzessern auf die Art ein Ende gemacht werden soll, daß ein Mindestlohn für jugendliche kaufmännische Gehilfen beiderlei Geschlechts von 150 Kronen monatlich bindend festgesetzt werde. Die gesetzliche Vertretung der kaufmännischen Unternehmer, das Gremium der Wiener Kaufmannschaft, hat bisher zur Fertigstellung dieses Kollektivvertrages soviel wie nichts beigetragen, und es hat sehr den Anschein, daß man auf dieser Seite ernstlich gewillt ist, den beschämenden Zustand anhalten zu lassen, daß durch die „Kriegskonjunktur“ bisher nicht gekannte Riesengewinne erzielt werden, denen Angestelltenlöhne gegenüberstehen von einer Niedrigkeit, die bei anderen gewerblichen Arbeitern schon lange nicht mehr anzutreffen ist.

Wir glauben der Zentralprüfungskommission ebenso wie den Lokalpreisprüfungsstellen diese ergänzende Information schuldig zu sein und bitten, diese unsere Mitteilung freundlichst zur Kenntnis nehmen zu wollen.

Öffentlich wird Minister Höfer auf den Unternehmerschwandel von den hohen Löhnen nicht mehr hineinfallen. Er muß sich merken: den Unternehmern soll man nur glauben, was mit Dokumenten bewiesen ist.

Abflauende Kriegskonjunktur.

Die Anzeichen, aus denen sich schließen läßt, daß die Kriegskonjunktur bereits langsam abzubrodeln beginnt, mehrten sich auch bei uns. Verschiedene Industriezweige, die an Rohstoffmangel leiden, haben schon vor Monaten weniger günstig gearbeitet, während sich die übrigen Industrien im letzten Geschäftsjahr noch der vollen Hochkonjunktur erfreuen konnten. In den letzten Monaten ist jedoch unverkennbar auch bei letzteren Unternehmungen eine Aenderung eingetreten. Aufträge liegen zwar überall reichlich vor, doch zeigt sich allerorts eine zunehmende Erschwernis der Produktion, vor allem hervorgerufen durch den Arbeitermangel und das Nachlassen der Leistungsfähigkeit der Arbeitskräfte. Die Lasten sind dagegen in andauernder Aufwärtsbewegung, und auf der anderen Seite kann die Preisakkumulation im gegenwärtigen Zeitpunkt bekanntlich nicht nach dem freien Ermessen des Produzenten vor sich gehen.

Die jüngst publizierten Quartalsberichte der großen Eisenwerksgesellschaften haben dargetan, daß auch in der Montanindustrie eine Zunahme der Produktionschwierigkeiten zu konstatieren ist, obwohl dieser Industriezweig zum Großteil die in den Erzeugungstätten benötigten Rohstoffe selbst produziert. Der Quartalsabschluß der Oesterreichischen Alpen Montanengesellschaft ergab bereits einen beträchtlichen Gewinnrückgang gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres, und die Aussichten für die nächsten Quartale sind nicht die günstigsten. Selbstverständlich ist die Situation jener Unternehmungen der Eisenindustrie, die nicht über eigene Rohstoffe verfügen, ungleich schwieriger, und am schwierigsten vor allem bei jenen, die auch hinsichtlich des Kohlenbezuges nicht unabhängig sind.

Für die eisenverarbeitenden Unternehmungen kommt vor allem die Lohnfrage in Betracht. Es sind gegenwärtig in fast allen Industriezentren Bestrebungen der Arbeiterschaft wahrzunehmen, die darauf hinarbeiten, weitere Teuerungszulagen zu erreichen. In der Wiener Kriegsindustrie ist es bekanntlich vor kurzem bereits zu einer Einigung gekommen. Die neuen Zulagen ergeben insbesondere bei den Arbeitern mit Familien eine beträchtliche Erhöhung des Wochenlohnes, und es ist mehr als wahrscheinlich, daß die Wiener Lohnskala allen anderen Industriebezirken als Vorbild dienen wird. Alle jene Industriezweige der Eisenverarbeitung, deren Erzeugnisse, wie zum Beispiel jene der Maschinenindustrie, mit einem hohen Prozentsatz durch Arbeitslöhne belastet sind, werden in Zukunft daher wesentlich teurer produziert und sind schon jetzt vor die Frage gestellt, inwieweit sie die höheren Lohnauslagen auf die Konsumenten überwälzen können. Die Lösung dieser Frage wird insbesondere bei jenen Schlüssen schwierig sein, die bereits vor Monaten getätigt wurden, infolge des stets größer werdenden Rückhandes aber erst auszuführen sein werden. Da eine Überwälzung der Mehrkosten auf den Besteller im gesamten Ausmaß bei den gegenwärtigen Verhältnissen wohl als ausgeschlossen zu betrachten ist, muß schon aus diesem Titel mit einem Rückgang der Gewinne gerechnet werden.

Höchstpreise für Industrieartikel in Ungarn.

Nach einer Budapester Meldung wird die ungarische Regierung bereits in den nächsten Tagen eine Verord-

nung erlassen, die sich gegen den Wucher in Industrieartikeln richtet. Es sollen für alle Erzeugnisse der Eisenindustrie, ferner für das Baumaterial (Ziegel und Zement) Höchstpreise festgesetzt werden. Auch für die Kleiderpreise soll eine Höchstgrenze festgesetzt werden.

[Antrag Exner-Gräbmayer gegen mißbräuchliche Anwendung von Warenbezeichnungen.] Der in der vorliegenden Sitzung des Herrenhauses eingebrachte Antrag der Herrenhausmitglieder Dr. Exner und Dr. v. Gräbmayer, betreffend Erlassung eines Gesetzes gegen die mißbräuchliche Anwendung von Warenbezeichnungen, hat folgenden Wortlaut: § 1. Die Benennung einer Ware, die der Art, Beschaffenheit und üblichen Menge der Ware nicht entspricht und deshalb geeignet ist, den Käufer der Ware zu täuschen, ist verboten. Das Zuwiderhandeln gegen dieses Verbot ist zu bestrafen. Auch solche Benennungen oder Bezeichnungen einer Ware, die durch eine gewisse Ähnlichkeit mit dem angemessenen Namen und der handelsüblichen Bezeichnung der Ware geeignet ist, den unachtsamen Käufer zu täuschen, sind verboten und der Gebrauch solcher Bezeichnungen der Ware ist zu bestrafen. § 2. Fälle mißbräuchlicher Warenbezeichnungen können von jedermann unter Vorlage der gekauften Ware und der genauen Angabe der Bezugsquelle bei der politischen Behörde oder unmittelbar bei dem Handelsministerium zur Anzeige gebracht werden, das im Wege des Technischen Versuchsamtes durch eine autorisierte technische Versuchsanstalt einen technischen Befund beschaffen lassen und dann in jedem einzelnen Falle darüber schlichtig werden wird, ob derselbe dem zuständigen Gerichte zur weiteren Verfolgung zu überweisen ist. § 3. Die Gerichte können Delikte im Sinne des § 1 dieses Gesetzes mit Geldstrafen bis zu 10.000 K. und im Falle der Nichterbringlichkeit der Geldstrafe und bei wiederholter Beurteilung desselben Beschuldigten mit Arrest bis zur Dauer von einem Monat ahnden. In der Begründung heißt es: Mangels eines Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb und bei der Unwahrscheinlichkeit des baldigen Zustandekommens eines solchen Gesetzes, weiter in Erwägung der Dringlichkeit, den Warenverkehr von den durch dieses Gesetz zu verfolgenden Mißbräuchen zu befreien und die Konsumenten möglichst zu schützen, wird das beantragte Gesetz zur Annahme durch das Herrenhaus empfohlen.

16. IV. 1917

816

94

Der Wirtschaftsausschuß der Kaufmannschaft.

Die sofort in Kraft tretende Verordnung des Handelsministers über die Errichtung von Organisationen der Kaufmannschaft für die Krieg- und Uebergangswirtschaft, deren Inhalt wir bereits mitgeteilt haben, enthält folgende wesentliche Bestimmungen:

Zur Vertretung der Interessen des Handels während der Kriegs- und Uebergangswirtschaft werden ein Wirtschaftsausschuß der Kaufmannschaft sowie nach Erfordernis sachliche oder territoriale Verbände und Ausschüsse für einzelne Handelszweige oder für die Kaufmannschaft einzelner Gebiete errichtet.

Dem Wirtschaftsausschusse der Kaufmannschaft obliegt die Erstattung von Gutachten und Stellung von Anträgen bei der Regelung von Fragen der wirtschaftlichen Verwaltung, welche die Kaufmannschaft im allgemeinen betreffen sowie die Durchführung von auf diese Angelegenheit sich erstreckenden Verfügungen, insoweit diese dem Wirtschaftsausschusse vom Handelsminister übertragen wird. Dem Wirtschaftsausschusse der Kaufmannschaft obliegt ferner die Zusammenfassung und Organisation der Kaufmannschaft einzelner Handelszweige oder Gebiete in sachlichen oder territorialen Verbänden sowie die Vorbereitung der Schaffung besonderer sachlicher oder territorialer Ausschüsse für einzelne Handelszweige oder Gebiete.

Der Wirtschaftsausschuß der Kaufmannschaft besteht aus höchstens 75 Mitgliedern; sie werden vom Handelsminister gegen jederzeitigen Widerruf ernannt und üben ihre Funktionen ehrenamtlich aus. Der Wirtschaftsausschuß der Kaufmannschaft ist eine juristische Person, hat seinen Sitz in Wien und wird nach außen durch seinen Vorstand vertreten.

(Budapester Handelsgremium.) Das Budapester Handelsgremium hielt unter dem Vorhabe des Präsidenten Franz v. Heinrich seine diesjährige ordentliche Generalversammlung. Das Protokoll wurde vom Gremialsekretär Dr. Salomon Bed geführt, zur Beglaubigung des Protokolls wurden Baron Vilmos Gutmann und Josef Fellegi entsendet. Die Generalversammlung nahm den vom Präsidenten unterbreiteten Direktionsbericht über die vorjährige Tätigkeit des Gremiums einstimmig zur Kenntnis. Präsident v. Heinrich erörtere in einer längeren Ansprache die Aufgaben des Gremiums. Er führte aus, daß das bedeutende Vermögen das Gremium zu einer Wohlfahrt- und kulturellen Tätigkeit verpflichte, dabei muß es aber in allen wichtigeren Fragen des Handels und der Großindustrie zum Schutze ihrer Interessen Stellung nehmen. Im Bewußtsein der aus der Vereinigung erwachenden sittlichen Kraft verwies er auf die Wichtigkeit der wirtschaftspolitischen Wirksamkeit der Vereine; mit Rücksicht auf die Zukunftsmöglichkeiten werde es dieser Arbeit vielleicht noch in gesteigertem Maße bedürfen. Der ungarische Handel und die ungarische Industrie waren stets verlässliche, patriotische Faktoren des ungarischen Staatslebens; sie sind bescheidene, aber selbstbewußte Glieder der Gesellschaft und bei all ihrer Opferbereitschaft und Vaterlandsliebe erheben sie mit Entschiedenheit darauf Anspruch, daß man ihnen Achtung entgegenbringe und eine ungestörte Fortsetzung ihrer ehrsamten Arbeit ermögliche. Der Präsident gab der Hoffnung Ausdruck, daß diese vornehme und älteste Körperschaft, die die repräsentativen Elemente des ungarischen Handels in sich vereinigt, durch ihre Stellungnahme für die Interessen der Kaufleute wie der Gewerbetreibenden dem Aufstreten der Handelswelt moralisches Gewicht und Bedeutung verleihen werde. Die Ausführungen des Vorsitzenden wurden von der Generalversammlung mit lebhaftem Beifall begleitet. Schließlich gedachte der Präsident unter lebhaften Ovationen der Mitglieder in warmen Worten des scheidenden Gremialsekretärs Alphons Szabó. In der der Generalversammlung vorangegangenen Direktionsitzung wurde die Sekretärstelle mit Dr. Salomon Bed besetzt. Das Gremium entsandte Vertreter zur Tagung der Deutsch-Oesterreichisch-Ungarischen Wirtschaftsverbände, zum Kongreß des Vereins der reisenden Kaufleute Ungarns und zu der in der Handelskammer unter Teilnahme verschiedener Vereine abzuhaltenden Konferenz in Angelegenheit der Produktionswertung.

Ein Wirtschaftsausschuß der öster- reichischen Kaufmannschaft.

Seute erscheint im Reichsgesetzblatt und in der „Wiener Zeitung“ eine Ministerialverordnung, mit welcher im Rahmen der für die Kriegs- und Uebergangswirtschaft geschaffenen Organisationen ein Wirtschaftsausschuß der Kaufmannschaft ins Leben gerufen wird. Diesem Wirtschaftsausschuß obliegt die Erstattung von Gutachten und die Stellung von Anträgen in allen Angelegenheiten, welche die Kaufmannschaft im allgemeinen berühren oder mit der behördlichen Verwaltung auf diesem Gebiete zusammenhängen. Die Zusammenfassung der Kaufmannschaft besonderer Handelszweige oder Gebiete zu eigenen (sachlichen oder örtlichen) Verbänden ist für den Fall des Bedarfes vorgesehen. Der Wirtschaftsausschuß ist eine juristische Person, hat seinen Sitz in Wien und wird nach außen durch den Vorstand vertreten, der aus einem Vorsitzenden, dessen drei Stellvertretern und 16 Mitgliedern besteht. Dem Wirtschaftsausschuß werden zwei Regierungs-kommissäre beigegeben, die vom Handelsminister und von dem mit der Leitung des Amtes für Volks-ernährung betrauten Minister ernannt werden. Die Berufung der Mitglieder des Wirtschaftsausschusses ist unter einem erfolgt.

(Landes-Industrieverein.) In der gestern unter dem Vorstize des Vizepräsidenten Hofrates Andreas v. Thék gehaltenen Generalversammlung wurde das Jubiläum des fünfundsiebzigjährigen Bestandes des Vereins gefeiert. Der Vorsitzende teilte mit, daß der Präsident Geheimer Rat Alexander v. Mattekovits durch Unpäßlichkeit am Erscheinen verhindert sei, was umso bedauerlicher ist, als das fünfundsiebzigjährige Vereinsjubiläum mit dem zehnjährigen Jubiläum des Präsidenten zusammenfällt. Der Vorsitzende widmete sodann weil. König Franz Josef I. Worte des pietätvollen Gedenkens und gab auch der Huldigung für den neuen Monarchen Karl IV. Ausdruck, der gewiß den Spuren seines großen Vorgängers folgen wird, wenn von der Förderung der heimischen Industrie die Rede ist. Der Vorsitzende beantragte, Huldigungstelegramme an den König und an den Vereinsprotector Erzherzog Josef zu richten, welche Anträge mit Begeisterung zum Beschluß erhoben wurden. Sodann brachte der Vorsitzende den Regierungswechsel zur Sprache. Die gewesene Regierung tat alles, um in schwierigen Zeiten die Wunden zu lindern, die der Krieg geschlagen. Auch die junge Garde, die nun die Geschicke des Landes lenkt, werde sich gewiß der Wichtigkeit ihrer Aufgabe bewußt sein und die Industrie stets unterstützen. In Verbindung mit dem Jahresbericht schilderte Architekt Ignaz Alpár die Entwicklung der ungarischen Industrie während der letzten fünfundsiebzig Jahre und gedachte der schöpferischen Tätigkeit des größten Ungars, des Grafen Stefan Széchenyi, der Politik und Industrie voneinander streng geschieden und den Weg gewiesen hat, auf dem wir wandeln müssen. Die Arbeit politisiert nicht, sie erfordert Achtung und Wertschätzung. Auch im Landes-Industrieverein konnte die Politik niemals Wurzel fassen, das sei ein Verdienst der Leitung und namentlich des Präsidenten Alexander v. Mattekovits, dem heute die Liebe und Verehrung des ganzen Vereins umgibt. (Lebhafte Beifall.) Dr. Johann Horváth hob hervor, daß wir auch dem Wirken von Ludwig Kossuth viel Dank schulden, denn er hat den ungarischen Schutzverein begründet und damit den Grundstein des Industrievereins gelegt. Jakob Ullmann und Ludwig Spitz bemängelten, daß die Gewerbetreibenden gerade auf politischem Gebiete mit zu wenig Nachdruck auftreten. Das Gewerbe sollte nicht bitten, sondern seine Rechte fordern. Melchior Bálint urgirte die besondere Organisation der gewerblichen Genossenschaften, worauf der Jahresbericht und Rechnungsabschlüsse zur Kenntnis genommen wurden. Auf Antrag des Hofrates Anton Szécs wurden die Verdienste des Vizepräsidenten Friedrich Glüd, der wegen anderweitiger Inanspruchnahme demissionierte, protokolllarisch verehrt und an seine Stelle Magnatenhausmitglied Nikolaus v. Jsolnagh gewählt. In die Direktion wurden gewählt: Ignaz Alpár, Dr. Stefan Bárczy, Soma Boros, Gustav Brehmann v. Schwertenberg, Franz Chorin, Anton Deutsch, Friedrich Glüd, Emanuel M. Gyömrői, Alexander Holzer, Dome Koperly, Baron Dr. Moriz Kornfeld, Dr. Isidor Meghern, Ludwig Rafos, Alfred Rosner, Karl Riller, Johann Radócz, Emerich Szente, Robert Szurdah, Alois Topits, Béla Veith, Karl Véggh, Béla Vilár und Eugen Vida. Schließlich wurde die große Goldene Vereinsmedaille der ungarischen Allgemeinen Kohlenbergbau-A.-G. zugeurteilt, wofür Generaldirektor Eugen Vida dankte, und zum Schlusse die Medaillen, Anerkennungsdiplome und Geldpreise verteilt.

[Die höchsten Seefrachten im Kriege.] Seit dem Beginne des verschärften Unterseeboottkrieges sind die Seefrachten auf eine phantastische Höhe emporgeschossen. Ein regelmäßiger Markt besteht auf diesem Gebiete längst nicht mehr. Für die Uebernahme von Waren, welche mit der Versicherung für die Ladung verbunden ist, werden Preise bezahlt, die in den größten Sprüngen schwanken. Regelmäßige Sätze sind nur für die eigentlichen Massenartikel festzustellen, und auch da umfassen die Frachttarife ein Vielfaches des Standes vor dem Kriege. So wurden im Jahre 1914 für die Beförderung von Zucker aus Kuba nach Genua 14 Schillinge gezahlt. Jetzt beträgt der Frachtsatz 230 Schillinge oder 11½ Pfund. Seinerzeit kostete die Beförderung der Cardiffkohle nach den La Plata-Häfen 14 Schillinge 3 Pence und jetzt stellt sich dieser Satz auf 120 Schillinge oder 6 Pfund. Für die Verfrachtung von Cardiff nach Datta in Indien werden 75 Schillinge gegen 10 Schillinge 8 Pence in Normalperioden gezahlt. Nach spanischen Häfen kostete die Fracht für die Tonne Kohle vor dem Kriege 7 Schillinge 3 Pence, jetzt stellt sie sich auf 80 Schillinge. Ähnlich wild ist die Steigerung der Getreidefrachten. Für die Ausfuhr von Getreide aus amerikanischen nach englischen und französischen Häfen belief sich vor dem Kriege die Fracht für den Quarter auf 6 Schillinge, jetzt werden 30 bis 32½ Schillinge gezahlt. Nach atlantischen Häfen Europas kostete die Getreidefracht vor dem Kriege 10 Schillinge 9 Pence, jetzt 155 bis 157 Schillinge. Ähnlich sind die Schwankungen in den übrigen Frachten und Relationen. Tatsächlich dürften aber die notierten Preise für Schiffsfrachten nur nominell und kaum effektiv sein, da bei den großen Risiken des Unterseeboottkrieges die Schifffahrt fast vollständig ruht. Wer wirklich fahren will, der muß seine Haut zu Markte tragen.

20. VII. 1917

102

Nur aufschiebende Lieferungs möglichkeit wegen des Krieges.

Der Oberste Gerichtshof hat ein Urteil gefällt, in dem zum erstenmal ausgesprochen wird, daß die durch den Kriegszustand hervorgerufene Leistungsunmöglichkeit nur eine aufschiebende Wirkung hervorrufen kann. In den bisherigen Entscheidungen war die Frage, ob Lieferungsunmöglichkeit vorliegt, ohne Einschränkung bloß bejaht oder verneint worden. Im vorliegenden Falle handelte es sich um ein Holzlieferungs geschäft. Der auf Erfüllung der Lieferungs pflicht Geklagte wendete ein, es sei hier das zum Holztransport notwendige Fuhrwerk nicht zur Verfügung gestanden, und als er sich endlich Wagen und Pferde beschaffen konnte, habe es wieder an den nötigen Arbeitskräften gemangelt. Gegenüber der Einwendung des Klägers, daß weibliche Kutscher zur Verfügung gestanden wären, machte der Geklagte geltend, daß für den Schwerfuhrwerksverkehr weibliche Arbeitskräfte nicht geeignet seien.

Der Gerichtshof wies die Klage ab, weil wegen Erfordernis bedeutender Körperkraft beim Lenken des mit Holz beladenen Wagens, zumal auf abschüssigen Wegen, weibliche Arbeitskräfte zur Holzfuhr ungeeignet seien, übrigens auch solche ebensowenig wie männliche zu erhalten seien. Daß dieser Arbeitermangel ein so fühlbarer sein werde, habe Geklagter beim Vertragsabschlusse nicht voraussehen können. Es liege daher Lieferungsunmöglichkeit wegen der durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse vor. Das Oberlandesgericht als Reversgericht änderte dieses Urteil dahin ab, daß die Klage nur dermalen abgewiesen wurde. In der Begründung wurde hervorgehoben, daß von einer absoluten Leistungsunmöglichkeit nicht die Rede sein könne, weil die Sache, die der Geklagte zu liefern verpflichtet ist, noch gegenwärtig vorhanden ist und die Unmöglichkeit der Leistung durch den Wegfall der gegenwärtig herrschenden unüberwindlichen Hindernisse behoben werden wird, könne nur von einer derzeitigen Lieferungsunmöglichkeit gesprochen werden.

In der von dem Kläger gegen dieses Urteil an den Obersten Gerichtshof eingebrachten Revision wurde geltend gemacht, daß dem Kläger auch mit der bloß dermaligen Abweisung der Klage nicht gebient sei, da der Zeitraum der Erfüllung ein zu großer und überhaupt unbestimmbarer sei. Die Beschaffung von Arbeitspersonal sei, wenn auch schwierig, so doch nicht unmöglich, und tatsächlich werden derartige Lieferungen auch jetzt ausgeführt.

Der Oberste Gerichtshof hat dem Revisionsrekurs keine Folge gegeben und in der Begründung hervorgehoben, die durch den Kriegszustand hervorgerufene Unmöglichkeit der Leistung habe nur eine aufschiebende Wirkung zur Folge, somit sei das Klagebegehren mit Recht bloß für dermalen abgewiesen worden.

— (Wirtschaftsamt für das mährisch-schlesische Industriegebiet.) Das Ostrau-Karwiner Steinkohlen- und Süttenrevier bildet mit dem anschließenden Ostschlesien ein wirtschaftlich geschlossenes Industriegebiet. Die Versorgung des Reviers war bisher dadurch erschwert, daß dieses wirtschaftlich fast homogene Gebiet in administrativer Beziehung keine Einheit bildet, sondern zwei verschiedenen Verwaltungsgebieten — Mähren und Schlesien — angehört. Um diese Schwierigkeiten, die sich in der letzten Zeit immer mehr fühlbar machten, zu beheben, wird durch eine heute zur Verlautbarung gelangende Verordnung des Gesamtministeriums vom 18. d. ein eigenes Wirtschaftsamt für das mährisch-schlesische Industriegebiet mit dem Sitz in Mährisch-Ostrau errichtet. Der Wirkungsbereich des Amtes umfaßt zunächst alle Ernährungsangelegenheiten, die nach den während des Krieges erlassenen Vorschriften den politischen Landesstellen zukommen, ferner die sonstige Bedarfsversorgung und anderweitige kriegswirtschaftliche Vorsorgen, soweit die kompetenten Zentralstellen diese dem Wirtschaftsamt übertragen, und erstreckt sich endlich auch auf jene allgemeinen Befugnisse einer politischen Behörde, deren Ausübung dem Wirtschaftsamt von den politischen Landesherren in Brünn und Troppau im Delegationsweg überlassen wird. Das Wirtschaftsamt tritt also in diesen Belangen an die Stelle der sonst kompetenten politischen Landesbehörden. Durch die Verordnung wird auch die Errichtung einer eigenen Preisprüfstelle für den Sprengel des Wirtschaftsamttes ermöglicht. Infolge der Schaffung dieses Wirtschaftsamttes ist die Gleichmäßigkeit und einheitliche Gestaltung der Lebensmittelversorgungsverhältnisse für das ganze mährisch-schlesische Industriegebiet gesichert.

21. / 10. 1917

104

(Gemeinsame Tagung der Wirtschaftsverbände Deutschlands, Oesterreichs und Ungarns in Budapest.) Am 23. d. beginnt in Budapest die fünfte gemeinsame Tagung des Deutsch-österreichisch-ungarischen Wirtschaftsverbandes, des Oesterreichisch-deutschen Wirtschaftsverbandes und des neu gegründeten Ungarisch-deutschen Wirtschaftsverbandes, welche sich ausschließlich mit dem Gegenstand „Gemeinsame Fragen bei der Uebergangswirtschaft“ befassen wird. Berichterstatter sind: für Deutschland Reichstagsabgeordneter Dr. Stresemann, für Oesterreich Dr. Herz und für Ungarn Universitätsprofessor v. Fellner. Für diese Tagung hat sich, wie in Deutschland und Ungarn, auch in den amtlichen und wirtschaftlichen Kreisen Oesterreichs das lebhafteste Interesse kundgetan. Ihre Teilnahme haben zugesagt kaiserlich deutscher Botschafter Graf Wedel mit den Herren Legationsrat Boyé und Hauptmann Viktor Prinz Erbach-Schönberg. Von Behörden werden vertreten sein: das Ministerium des Innern durch Konsul Dr. Wildner, das k. k. Amt für Volksernährung durch Hofrat Baron Fries, das Handelsministerium durch Ministerialrat Dr. Glücl, das Ueberbauministerium durch Ministerialvize sekretär v. Urbas, die Stadt Wien durch Stadtrat Tomola und die Gemeinberäte Dr. v. Dorn, Dr. Stich, Leitner, Magistratsdirektor Dr. Nüchtern und Magistratsrat Doktor Müller. An der Beratung nehmen ferner teil: Herrenhausmitglied Ginzley, die Reichsrats- und Landtagsabgeordneten Frankenberger, Doktor Freißler, Friedmann, Ing. Heine, Summer, Keller, Dr. v. Medinger, Doktor Ritter v. Mühlwerth, Dr. v. Oberleitner, Reichsritter v. Bank, Pittner, Dr. Koller und Serbu. Von den wirtschaftlichen Körperschaften, welche Vertreter entsenden, seien unter andern genannt: die Handelskammern in Wien (Regierungsrat Dr. v. Tagenthal), Brünn (Regierungsrat Dr. Mayer), Eger (Kammerrat Kellersstuhl und

Regierungsrat Dr. Chudaczek), Innsbruck (kaiserlicher Rat Sombico), Leoben (Präsident Dr. Suppan), Reichenberg (Sekretär Dr. Demuth), Triest (Generaldirektor Dr. v. Frigyesy), Handelskammerrat Nauen, Baron Dr. Parisi und Sekretär Dr. Moscheni), Troppau (kaiserlicher Rat Seidner und Sekretär Reichsratsabgeordneter Doktor Freißler); Börse für landwirtschaftliche Produkte (Regierungsrat Dr. Horowitz, Kommerzialrat Rohn, kaiserlicher Rat Reif); Prager Produktenbörse (kaiserlicher Rat Dr. Fischl); Niederösterreichischer Gewerbeverein (die Vizepräsidenten kaiserlicher Rat Krause und Dr. Weissl und mehrere Herren vom Verwaltungsrat); Zentralverband der Industriellen (Präsident Ritter v. Gutmann, Dr. Groez und Doktor Schneider); Bund österreichischer Industrieller, Sektionen: Wien (Kommerzialrat Koffmahn); Passig (Dr. Bornemann); Brüx (Reifenstuhl, Kammerrat Weber und Dr. Weissl); Mährisch-Schönberg (Kommerzialrat Siegl); Reichsverband der Gewerbevereine (Professor Kobatsch); Verein Reisender Kaufleute (Vizepräsident Epstein, Knobloch, Kanzleidirektor Schnei und Buzkailer); Zentralverband österreichischer Getreidehändler (Präsident Kommerzialrat Kauffig, Flamm und Glas); Reichsorganisation der Hausfrauen (Präsidentin Helene Grantisch); Wiener Handels- und Industrieverein (Präsident Kommerzialrat Wolf, Generalkonsul Landeis, Dr. v. Kallischel und Ratter); Oberösterreichischer Gewerbeverein Linz (Sekretär Schönauer); Reichsverband deutscher Sparkassen (Sekretär Dr. Schönthal); Oesterreichischer Verband für wirtschaftliche Interessen in Rumänien (Direktor Schull); Allgemeiner österreichischer Apothekerverein (Präsident Dr. Stohr); Verein der österreichischen Papierinteressenten (Sekretär Tenger); Reichsverband der fleischverarbeitenden Gewerbe Oesterreichs (Genossenschaftsvorsteher Bierböck); Oesterreichischer Werkbund (Dr. Ritter von Wymetal); Gewerbeverein Mährisch-Odrau (Kammerrat Ortina); Großverkaufsgenossenschaft der Kaufleute (die Direktoren Feldmann, Leitner und Schallaböck); Wiener Kaufmännischer Verein (Kommerzialrat Rosenberg); Bezirksverband der Gewerbe-genossenschaften von Linz (Vorstand Böll); Donauindustrieverein (Generaldirektor v. Müller). Auch zahlreiche Ausschuss- und sonstige Mitglieder des Oesterreichisch-Deutschen Wirtschaftsverbandes werden an der Tagung teilnehmen.

21. VI. 1917

105

Regelung des Verkehrs mit Werkzeugmaschinen.

Mit einer im morgigen Reichsgesetzblatte zur Verlautbarung gelangenden Verordnung wird die Abgabe von Werkzeugmaschinen von einer Bewilligung des Handelsministeriums abhängig gemacht. Diese Verfügung bezweckt die bevorzugte Versorgung der für den Kriegsbedarf wichtigen Betriebe. Die Vermittlung von Händlern bei den Bewilligungsansuchen ist gestattet, die Einschlebung mehrerer Vermittler zwischen Käufer und Verkäufer ist jedoch untersagt. Den Erzeugern und Händlern wird die Führung von Lagerbüchern sowie eine regelmäßige monatliche Anzeige an die Zentralrequisitionskommission (Wien, k. u. k. Kriegsministerium) vorgeschrieben.

Das wirtschaftliche Mitteleuropa.

Sobald die Wiener Ministerkrise gelöst ist und ein Zweifel über das Zustandekommen des österreichisch-ungarischen Ausgleichs nicht mehr besteht, werden sich, so meldet eine Berliner Korrespondenz, die Staatssekretäre Dr. Helfferich, Zimmermann und Graf Noebern nach Wien begeben, um mit den leitenden Ministern Oesterreich-Ungarns die Grundzüge eines gemeinsamen Wirtschaftsprogramms zu vereinbaren, das den weiteren Verhandlungen der beiderseitigen Sachverständigen zur Unterlage dienen und in seinen Einzelheiten dann ausgearbeitet werden soll. Von den Wiener Besprechungen wird es abhängen, was in dieses Programm einbezogen werden soll von den vielen Anregungen, die hien und drüben von den wirtschaftlichen Verbänden gegeben worden sind. Auf der bevorstehenden Zusammenkunft der Verbände in Budapest wird es an solchen Anregungen nicht fehlen. Die bisherigen Verhandlungen zwischen den Vertretern der Berliner Vereine und Budapester Vertretern bezweckten lediglich, die beiderseitigen Zolltarife in Uebereinstimmung zu bringen, um später die zu vereinbarenden Zollsätze für den Verkehr untereinander und mit dem uns jetzt feindlich gegenüberstehenden Auslande einfügen zu können. Die Mittelmächte halten an dem Entschluß fest, bei den Friedensverhandlungen dem feindlichen Auslande gegenüber als geschlossener Vertragsstaat aufzutreten, um zu möglichst günstigen Handelsverträgen zu gelangen. Die Zusammenkunft der leitenden Minister und Staatssekretäre mußte bisher verschoben werden aus äußeren und inneren Gründen, sie wird nunmehr stattfinden, sobald die Einleitung dazu aus Wien und Budapest herbeigeführt.

108

Deutsch-österreichisch-ungarischer Wirtschaftsverband.

Budapest, 23. Juni.

Die Mitglieder der Vorstände der deutschen, österreichischen und ungarischen Wirtschaftsverbände hielten heute vormittag um 11 Uhr im Saale der Pester Lloyd-Gesellschaft eine Vorkonferenz, in der Geheimrat Professor Baasche die Anwesenden begrüßte. In dieser Konferenz wurde das Arbeitsprogramm der gemeinsamen Tagung festgelegt, die heute nachmittag um 4 Uhr eröffnet wird. Gleichzeitig gelangte der Entwurf des zu unterbreitenden Beschlusses betreffend das gemeinsame Vorgehen in Fragen der Uebergangswirtschaft zur Verhandlung; dieser Entwurf wurde nach längerer Debatte von den drei Vorständen im gegenseitigen Einvernehmen festgestellt. Mittags um 1 Uhr waren die reichsdeutschen Teilnehmer Gäste des Vereins der Reichsdeutschen in Budapest. Die hier eingetroffenen deutschen und österreichischen Damen, etwa achtzig an der Zahl, beschäftigten heute, geleitet von den Mitgliedern des Damenausschusses des Kongresses, die Sehenswürdigkeiten der Hauptstadt.

Empfang im Verein der Reichsdeutschen.

Der Verein der Reichsdeutschen in Budapest veranstaltete nachmittags 1 Uhr in seinen Räumlichkeiten auf der Andrássy-ut einen Empfang. Zum Empfang waren auch der deutsche Botschafter am Wiener Hof Graf Wedel und seine Gemahlin, sowie der Budapester deutsche Generalkonsul Graf Fürstenberg-Stammheim erschienen. Das Damenkomitee überreichte der Gräfin Wedel einen Blumenstrauß. Der Vorsitzende des Vereins Generaldirektor Fritz Schmidt begrüßte die Gäste mit folgender Rede:

Begrüßungsrede des Präsidenten Schmidt.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Sie können uns wohl kaum nachfühlen, welche große Freude es für uns ist, eine so zahlreiche und vornehme Gesellschaft in unseren einfachen Vereinsräumen begrüßen zu dürfen. Obwohl Sie zu ernstlichen Beratungen in das schöne Ungarland gekommen sind, ist es doppelt anzuerkennen, daß Sie es ermöglicht haben, auch eine kurze Weile in unserer Mitte zu sein. Eine große Festlichkeit konnten wir in der heutigen schweren Zeit und mit Rücksicht auf unsere bescheidenen Räume und Verhältnisse nicht arrangieren, jedoch seien Sie überzeugt, das Wenige, was wir Ihnen bieten, kommt von Herzen.

Eine hohe Ehre ist es für uns, daß Se. Exzellenz der kais. deutsche Botschafter Herr Graf v. Wedel, unser hochgeschätztes Ehrenmitglied, sowie Ihre Exzellenz die Frau Gräfin und der kais. deutsche Generalkonsul Herr Graf v. Fürstenberg-Stammheim, unser hochgeachteter Ehrenvorsitzender, uns bei dieser Gelegenheit auch das Vergnügen ihrer Anwesenheit schenken. Unsere so zahlreich erschienenen Landesgeschwestern und Brüder aus dem Deutschen Reich dürfen wohl aus den Mienen aller anwesenden Vertreter der deutschen Kolonie in Budapest die große Freude lesen, welche sie uns durch diesen Besuch machen. Lassen Sie es sich mit kurzen und guten Worten sagen: Wir wünschen uns nur, daß Sie sich bei uns wie zu Hause fühlen und daß Sie bei Ihrer ja bald wieder erfolgten Heimreise eine angenehme Erinnerung an die bei uns verlebten Stunden mitnehmen. Die verehrten Damen und Herren aus Oesterreich werden sich hoffentlich bei uns wohlfühlen. Wir heißen Sie alle herzlich willkommen.

Aber ganz besonders gestatten Sie mir, meiner großen Freude Ausdruck zu verleihen, daß wir heute auch einmal die Ehre und das Vergnügen haben, Gönner und Freunde aus unserem lieben Ungarland, welches uns zu unserer zweiten Heimat geworden ist, hier bei uns zu sehen. Ich heiße sie mit ihren Damen insbesondere vom Herzen willkommen und ergreife gern die Gelegenheit, ihnen Dank zu sagen für die Gastfreundschaft, die uns das schöne Ungarland angebeihen läßt. Ich kann Sie versichern, daß gewiß jeder Deutsche, der einmal durch irgendwelche Verhältnisse veranlaßt wird, wieder in die Heimat zurückzukehren, das Gefühl der Dankbarkeit mitnimmt und sich der in Ungarn verlebten Zeit immer gern erinnert. Indem ich Ihnen allen einen herzlichen Willkommengruß zusage, wünsche ich Ihnen zu unserem bescheidenen Imbiß guten Appetit und ein herzliches Profil. Unsere geehrten Gäste, sie leben hoch, hoch, hoch! (Lebhafte Hochrufe.)

Weitere Reden.

Im Namen des Ungarisch-Deutschen Wirtschaftsverbandes sprach Vizepräsident Baron Julius Madarassy-Beck, der in seiner Rede unter anderem dem Wunsche Ausdruck gab, daß dieser furchtbare Kampf, der uns drei Jahre hindurch Schulter an Schulter vereint hat, in unseren sämtlichen Völkern das Gefühl erwecke, daß wir nicht mehr als fremde Staaten einander gegenüberstehen, sondern daß wir uns als Brüder fühlen müssen und daß dieses Verhältnis, welches in diesem entsetzlichen Ringen entstanden ist, auch nach dem Frieden nicht aufhören werde. (Lebhafte Beifälle.)

Sodann sprach der Präsident des Österreichisch-Deutschen Wirtschaftsverbandes Abgeordneter Friedmann, der ausführte: Es sind im Laufe der verschiedenen Zusammenkünfte so vielfache persönliche Beziehungen zwischen den Oesterreichern, Reichsdeutschen und Ungarn entstanden, daß es wünschenswert erscheint, daß diese persönlichen Beziehungen, die mit ein Träger der kommenden Gemeinsamkeit sein sollen, sich vertiefen würden. (Lebhafte Beifälle.)

Geheimer Rat Professor Dr. Baasche erklärte, er stehe hier nicht allein als Präsident des Deutsch-Osterreichisch-Ungarischen Wirtschaftsverbandes, sondern er stehe hier, in dem Verein der Reichsdeutschen, auch auf reichsdeutschem Boden. Als erster Vizepräsident des deutschen Reichstages, als gewählter Vertreter des deutschen Volkes, habe er das Recht, zu danken im Namen sämtlicher deutschen Mitbürger, auch im Namen derjenigen, die nicht Mitglieder des Verbandes sind, für den freundlichen Empfang, der ihnen hier bereitet worden ist. Auf seinen vielen Reisen, die er in seinem Leben unternommen, habe er in so manchem deutschen Klub verkehrt, wo sich die Deutschen zusammengefunden haben, um im Auslande ihr Deutschtum zu wahren gegen fremde, manchmal feindliche Einflüsse. Hier sind die Verhältnisse anders. Hier befinden wir uns in einem befreundeten Lande, mit dem wir nicht nur durch die Waffenbrüderschaft, sondern auch durch langjährige kulturelle Beziehungen verbunden sind. Hier stehen wir auf einem friedlichen Boden und es ist nur zu wünschen, daß die Beziehungen, die auch Baron Madarassy-Beck und Abgeordneter Friedmann erwähnten, sich weiter vertiefen. Diese schwere blutige Zeit hat uns zusammengeschmiedet wie Brüder für alle Zeiten und wir müssen auch ferner zusammenhalten und jeder muß an seinem Plage mitarbeiten an dem großen Werke der Verbrüderung.

Nach den mit stürmischem Beifall aufgenommenen Worten des Geheimrates Baasche hielt im Namen der Hauptstadt Budapest Magistratsrat Dr. Harrer folgende Rede:

Rede des Magistratsrates Dr. Franz Harrer.

Meine Damen und Herren! Ich ergreife die Gelegenheit, unseren reichsdeutschen Waffenbrüdern hier in Ihrem eigenen Heime einen aus dem Herzen Ungarns quellenden warmen Gruß entgegenzubringen.

Ich tue dies mit unsso größerer Freude, weil, wie alle bekannt, der Reichsdeutsche Verein dem Gastrechte, welches wir ihm aus ganzem Herzen bieten, jederzeit die feinfühligste Ausübung der gastlichen Pflichten entgegensetzte, die sich in die Anerkennung der Selbständigkeit und des Selbstbestimmungsrechtes des ungarischen Staates aufspitzen. Eine aufrichtige, warme Freundschaft mit Ungarn ist nur auf dieser Grundlage zu pflegen. Hierauf kann und konnte sich nur emporeben der mächtige Ueberbau der Interessengemeinschaft und der Brüderlichkeit, der uns jetzt gegen alle Feinde schützt und in der Zukunft für eine mächtige Kulturarbeit schier unzertrennbar vereint. Für die auf gegenseitiger Anerkennung der Rechte gepflogene aufrichtige und warme Freundschaft unserer Nationen erhebe ich mein Glas. (Lebhafte Olyen- und Hochrufe.)

Die Gesellschaft blieb noch lange in animierter Stimmung beisammen.

23. IV. 1917

§ (Die Industrieartikel für den öffentlichen Bedarf.) Die heutige Nummer des Amtsblattes veröffentlicht eine Regierungsverordnung, wonach der Handelsminister befugt ist, sofern die Gefahr droht, daß irgendein Industrieartikel, der dem öffentlichen Bedarfe dient, nicht in solchen Mengen zur Verfügung stehen wird, als dies zur Deckung des öffentlichen Bedarfes nothwendig erscheint, die betreffenden Unternehmungen zu verpflichten, ihren Betrieb fortzusetzen, solche Unternehmungen zu verpflichten, gewisse Artikel in bestimmten Mengen herzustellen; er kann die Produktion regeln, er kann Rohprodukte und Halbfabrikate mit der Verpflichtung der vollständigen Verarbeitung an andere Unternehmungen überweisen. Insoferne irgendeine Unternehmung diesen Verpflichtungen nicht entspricht, kann der Handelsminister die Herstellung der nothwendigen Artikel im betreffenden oder in irgendeinem anderen Betriebe zu Lasten und auf Kosten der säumigen Unternehmung anordnen. Diese Verordnung erstreckt sich auf das ganze Landesgebiet.

[Errichtung eines Wirtschaftsausschusses der Kaufmannschaft.] Wie bereits mitgeteilt wurde, ist durch die Ministerialverordnung vom 15. Juni 1917 ein Wirtschaftsausschuß der Kaufmannschaft ins Leben gerufen worden, der eine Organisation der Kaufmannschaft für die Zwecke der Kriegs- und Uebergangswirtschaft analog den für die einzelnen Zweige der Industrie bereits bestehenden Kriegsverbänden darstellt. Die von der Kaufmannschaft, insbesondere von dem Zentralverbande österreichischer Kaufleute eingeleitete branchemäßige Organisation der Kaufmannschaft soll von diesem Ausschusse aus, der ein Organisationszentrum bilden soll, durch die Gründung von Fachverbänden und Fachausschüssen im Rahmen des allgemeinen Wirtschaftsausschusses auf eine breitere Basis gestellt und so dem Handel die Beteiligung an der Lösung der Probleme der Kriegs- und Uebergangswirtschaft gewährleistet werden. Zu Mitgliedern des Wirtschaftsausschusses wurden vom Handelsminister ernannt: Zum Vorsitzenden: Kaiserlicher Rat Landtagsabgeordneter Cornel Spizer, Wien; zu seinen Stellvertretern die Herren: Leon Bondy, Prag, Handelskammerrat Johann Pabst, Wien, Franz Freiherr v. Parisi, Triest; zu Vorstandsmitgliedern die Herren: Kaiserlicher Rat Karl Arnstein, Triest, kaiserlicher Rat Dr. Gustav Arns, Wien, Anton Bedert, Teplitz-Schönau, Johann Feldmann, Wien, Hugo Gerngroß, Wien, Josef Kaufmann, Wien, Moritz Kohn, Wien, Richard Lieben, Wien, kaiserlicher Rat Jakob Nahl, Gablonz, kaiserlicher Rat Heinrich Perschat, Brünn, Josef Pravda, Pilsen, Kommerzialrat Heinrich Rosenbergl, Wien, Leo Schiller v. Schillensfeld, Krakau, kaiserlicher Rat Alois Schweiger, Wien, kaiserlicher Rat Handelskammerrat Josef Vinz, Wien, Milos Ritter v. Wohanka, Prag, und zu Ausschussmitgliedern die Herren: Handelskammerrat Dr. Max Mendel, Triest, Heinrich Muentaller, Wien,

Gustav v. Benda, Wien, kaiserlicher Rat Richard Ernst Berger, Wien, Alfred Bing, Wien, Börsekrat Ernst Brode, Aussia a. d. Elbe, Dr. Philipp Brunner, Triest, Eugen Buchreiner, Triest, Nathan Buechel, Wien, Paul Christianell, Bozen, Moritz Drach, Wien, Gustav Frankl, Wien, kaiserlicher Rat Friedrich Galle, Linz, Karl Groß, Jägerndorf, Alfred Hartslein, Reichenberg, Dr. Friedrich Heidler, Prag-Karolinenthal, Karl Heller, Wien, Gedeon v. Hübner, Innsbruck, Ivan D. Jilich, Spalato, Karl Kaltenbrunner, Salzburg, Emil Karpeles, Wien, Ludwig Kraus, Reichenberg, Karl W. Kuchler, Triest, Wilhelm Löwy, Wien, kaiserlicher Rat Vinzenz Löscher, Jbbs a. d. Donau, Isidor Nadel, Triest, Handelskammerrat Ernst Nain, Triest, Heinrich Neurath, Wien, Ignaz Pettschel, Aussia a. d. Elbe, kaiserlicher Rat Josef Pastrik, Gulletin, Josef Pirch, Graz, Siegmund Rief, Wien, Kommerzialrat Leopold Saborsky, Wien, Alois Schebezny, Wien, Kommerzialrat Heinrich Schnabel, Wien, Kommerzialrat Karl Schulz, Wien, Paul Sonnenschein, Prag, Anton Szallay, Graz, Stanislaus Tacz, Lemberg, David Weinstein, Troppan, Friedrich Weiß, Wien, Dr. Lothar Weiß, Wien, Karl Wersel, Prag, Fritz Winterberg, Prag, Karl Freiherr v. Wolf-Zdelauer, Prag, Dionys Zehenthofer, Linz, Hans Zellhofer, Wien. Der Vorsitzende des Ausschusses, kaiserlicher Rat Cornel Spizer, hat sofort alle Mitglieder für Dienstag den 26. d. zur Aufnahme ihrer Tätigkeit in den großen Sitzungssaal des Gremiums der Wiener Kaufmannschaft einberufen.

MS

Die Hilfsaktion für den Handwerker- und Kaufmannstand.

Vor Jahresfrist hatte der n.-ö. Landesauschuß über Anregung seines Gewerbeförderungsreferenten **Vielohlawek** beschlossen, eine Kriegshilfsaktion in der Form von Darlehensgewährung an einzelne minderbemittelte und kreditwürdige Handwerker und Kaufleute einzuleiten. Einer weiteren Anregung des Referenten folgten die verschiedenen Landesvertretungen, Handels- und Gewerbelammern, autonomen Gewerbeförderungsanstalten und gewerbliche Zentralorganisationen, um diese Aktion in allen Kronländern möglichst einheitlich zu gestalten. Die Frucht vielfacher Beratungen war die Fertigstellung eines großzügigen Programmes in allen Einzelheiten, dessen Durchführung nur mangels Stellungnahme des Finanzministeriums zu dieser Frage verzögert wurde. Da sich der frühere Finanzminister **Dr. Frhr. v. Spitzmüller** in seiner Budgetrede sympathisch dazu geäußert, wurden nunmehr die Vertreter der genannten Körperschaften zu einer interministeriellen Konferenz nach Wien geladen. Um nochmals ihre Forderungen an die Regierung klar zu formulieren, kamen

über Einladung des **II. Vielohlawek** die Kronlandsdelegierten im niederösterreichischen Landhause zusammen. Erschienen waren unter anderem: Landesauschuß **Vielohlawek**, Landeshauptmannstellvertreter **Jellinek** (Brünn), Obermagistratsrat **Langthaler** und Magistratssekretär **Schwarz** (Gemeinde Wien), kaiserl. Rat **Wöhrl** (Linz), Bgm. **Luger** (Dornbirn), **RAbg. Hueber** (Salzburg), **Ing. Reiner** (Laiabach), Handelskammerpräsident **Brunner** mit Sekretär **Dr. Moscheni** (Triest), **RAbg. Dobernig** (Klagenfurt), **Dorazil** (Troppau), die Abgeordneten **Einspinner** und **Krebs** (Graz), **Bischof** (Görz), Gemeinderat **Abg. Breuer** mit Sekretär **Hainzlmayr** (Gewerbebund Wien), **Reg.-Rat Dr. Chudaczek** (Eger), **Sekr. Roska** (Reichenberg), **Dr. Eggert** (Innsbruck), **Direktor Dr. Sokal** (Niederöstr. Kriegskreditbank), **Dr. Baty** (Linz), **Janacek**, kaiserl. Rat **Powondra** und **Pastyrl** (Brünn), **Bercugl** (Rovereto) usw. Das Bureau war vollständig: Landesoberinspektor **Lunzer** und Landesinspektor **Heinl** (Wien), **Direktor Rabella** und **Doktor Soukup** (Brünn).

Landesauschuß **Vielohlawek** erklärt, die Aktion sei nunmehr einen Schritt der Verwirklichung näher gekommen. Sofort in den sachlichen Teil der Beratung eingehend, erteilt er dem **Abg. Einspinner** das Wort. Dieser wies auf eine Äußerung des derzeitigen Leiters des Finanzministeriums hin, der erklärte, daß er von der ganzen Aktion bisher noch nichts gewußt hätte. Handelskammersekretär **Dr. Wrahez** (Wien) betont den Standpunkt seiner Kammer, die Aktion als außerordentliche Kredithilfe und darum nicht mit der Bewegung der Kreditgenossenschaften verquickbar zu betrachten. **Abg. Hueber** (Salzburg) spricht sich gegen die vom Finanzministerium vorgeschlagene Einteilung der Hilfeleistung nach Oberlandesgerichtsprengeln (und nicht nach Kronländern) aus. Nur die Landesbehörden hätten die notwendigen Kenntnisse der Verhältnisse auch in kleinen Territorien. Vom Staate wird lediglich verlangt, daß er 50% der Darlehenssumme garantiert. — Sekretär **Roska** (Reichenberg) verlangt die eheste Verwirklichung des Projektes, da insbesondere kriegsinvaliden Gewerbetreibende der Darlehenshilfe bereits dringlich bedürfen. Den letzteren müßte man sogar zinslose Darlehen gewähren. — **Direktor Dr. Sokal** (N.-ö. Kriegskreditbank) weist auf die werttätige Hilfe, welche die preussische Regierung den dortigen Kriegshilfsklassen gewähre, hin. Der wichtigste Punkt sei eine 50%ige Garantieleistung durch den Staat. Präsident **Abg. Breuer** (N.-ö. Gewerbebund) verlangt die Ausdehnung der Hilfeleistung auch auf kriegsgeschädigte Gewerbetreibende, sollten sie auch nicht im Felde gestanden sein. Der Gewerbebund habe in dieser furchtbaren Zeit getreulich seine Pflicht erfüllt. Wenn also auf der einen Seite Pflichterfüllung, dann müsse auf der anderen Seite Staatshilfe gewährt werden.

Am Schlusse faßt Vorsitzender **II. Vielohlawek** die verschiedenen Forderungen der Versammelten zusammen: Hauptsache sei die Leistung einer 50%igen Garantie durch die Regierung. Eine Opposition gegen die Aktion von gewisser Seite sei unverkennbar. Wenn nicht alles täuscht, wird der Plan von unseren Großbanken mit

schlechten Augen betrachtet. Sie werden aber mit der Verwirklichung derselben gewiß nicht zugrunde gehen, hingegen wird sich der Gewerbebestand nicht mehr hindern und von seinen Rechten durch verschiedene Schiebungen nichts mehr wegnehmen lassen. — Es werden sodann die vom niederösterreichischen Landesauschuße gestellten und vom Landesinspektor **Heinl** verlesenen Anträge als Grundsätze der Forderungen an die Regierung angenommen:

I. Mit Bezug auf die an den n.-ö. Landesauschuß gelangte Note des Arbeitsministeriums vom 16. Juni 1917 werden zunächst die angeforderte Teilnahme der Regierung an Kredithilfsmaßnahmen zugunsten des kriegsbetroffenen Gewerbebestandes und die bekanntgegebene Einleitung staatlicher Reetablierungsaktionen größeren Stiles für die im Mittelpunkte der Kriegsergebnisse gestandenen oder noch stehenden österr. Kronländer dankbar begrüßt.

II. Was die ins Leben zu rufende Kredithilfe anbelangt, so weichen die seitens der Staatsverwaltung hiesfür in Aussicht genommenen Maßnahmen mehrfach von jenen ab, die in der durch den n.-ö. Landesauschuß und das Zentralkollegium des mährischen Landesgewerbeberates überreichten Denkschrift angeregt worden sind. Nachdem infolge dieser Abweichungen der Erfolg der Hilfsmaßnahmen wesentlich beeinträchtigt werden könnte und da der Staat in der vorliegenden Frage ohnehin noch nicht entgültig Stellung genommen, ergeht an die Regierung das dringende Ersuchen, folgenden Ergänzungen der von ihr diesbezüglich geplanten Hilfsmaßnahmen zustimmen zu wollen: 1. Der Kreis der auf die Kredithilfe Anspruchsberechtigten wäre durch Zuerkennung des Anspruches der Witwen nach hier in Betracht kommenden verstorbenen Gewerbetreibenden, sowie der Kinder derselben, auf deren Rechnung das Gewerbe weitergeführt wird, entsprechend zu erweitern. — 2. Die Anspruchsberechtigung wäre keinesfalls von dem Jahresertragnisse des gewerblichen Betriebes, sondern von der Zugehörigkeit des Betriebsunternehmers zur IV. und III. Erwerbssteuerklasse abhängig zu machen. 3. Die Präklusivfrist für die Einbringung von Kreditgesuchen der Witwen nach gewerblichen Betriebsinhabern und der minderjährigen Kinder wäre mit spätestens einem Jahre nach vollständiger Beendigung der allgemeinen Demobilisierung zu begrenzen. 4. Die Höhe der vom Staate zu leistenden Garantieverpflichtung wäre, um eine gesteigerte Wirkungsfähigkeit der Kredithilfsmaßnahmen zu sichern, mit mindestens 50% des Ausfalles festzusetzen. 5. Neben dem wären eigene Zinszuschußfonds aus Jahresbeiträgen des Staates, der Länder, Gemeinden sowie Handels- und Gewerbelammern zu bilden, damit die Gewährung 4%iger Darlehen ermöglicht wird; auch für diese Zinszuschußfonds wird eine Beitragsleistung von Seite des Staates in der Höhe von mindestens 50% der jeweiligen Jahreserfordernisse erbeten. 6. Um die Hilfeleistung vollkommen zureichend und zweckmäßig sowie möglichst reibungslos zu gestalten, wäre nach Ansicht der Vollversammlung anzustreben, die Aktion zunächst für jedes Kronland gesondert durchzuführen. 7. Als Unterbau der Kredithilfsaktion hätten in erster Linie die gewerblichen Kreditorganisationen zu dienen, jedoch wäre auf die Mitwirkung auch anderer Kreditstellen Gewicht zu legen, die bisher gewerbliche Kredite gepflegt haben. 8. Die für die Aktion länderspezifisch zu bildenden Ausschüsse wären von den an der Ausfallgarantie beteiligten Faktoren in entsprechender Weise zusammenzustellen, um hiebei die Mitwirkung aller interessierten Behörden, Anstalten und Körperschaften zu sichern. — 9. Die obengenannten Ausschüsse hätten auch für eine ausreichende Anzahl zweckmäßig eingerichteter Beratungsstellen für die bei der Aktion in Betracht kommenden Gewerbebetriebe Sorge zu tragen. — 10. Endlich wäre im Sinne der Denkschrift vom 26. August 1916 für sämtliche hiehergehörigen Bewerbungsgesuche, Schuld- und Garantieturkunden sowie sonstigen Schriftstücke und deren Beilagen die volle Gebührenfreiheit und ferner für die gegenständlich verabsolgten Darlehen selbst die Exekutionsfreiheit zu zuerkennen.

Vor Schluß der Versammlung wurden noch die Delegierten für die am nächsten Tage stattfindende Ministerialbesprechung gewählt.

30. VII. 1917

M6

Viertausend Kriegsverordnungen in Deutschland.
Im Laufe des Krieges sind in Deutschland bereits vier-
tausend Kriegsverordnungen erlassen worden, die den
Geschäftsverkehr bedeutend erschweren, da sich viel Ge-
werbetreibende von Geschäften durch die Befürchtung
abschrecken lassen, sie könnten eine der zahlreichen gesetz-
lichen Vorschriften nicht kennen oder missverstanden
haben und sich dadurch eine Strafverfolgung zuziehen.
Der Abgeordnete Schiffer-Magdeburg hat daher in einer
Reichstags-Sitzung im November v. J. einen Antrag auf
Schaffung von Amisstellen zur Auskunfterteilung über
Kriegsverordnungen gestellt, der einstimmig angenom-
men wurde. Der Zentralverband des deutschen Groß-
handels sowie die Kesteten der Berliner Kaufmannschaft
haben hierauf an den Bundesrat das dringende Er-
suchen gerichtet, den vom Reichstage vorgelegten Geset-
zentwurf mit tunlichster Beschleunigung die verfassungs-
mäßig Zustimmung zu erteilen, denn die Unsicherheit
über die große Zahl von Kriegsverordnungen und
deren Auslegung machen es dem Kaufmann unmöglich,
seinen Geschäftsbetrieb in allen Einzelheiten den Ver-
ordnungen anzupassen, wenn ihm nicht die Möglichkeit
gegeben ist, sich durch eine Anfrage bei einer Amisstelle
über die Rechtslage zu vergewissern. Nun hat der Bun-
desrat beschlossen, dem vom Reichstage vorgelegten Ge-
setzentwurf seine Zustimmung nicht zu erteilen. Statt
dessen hat er jedoch eine Verordnung erlassen, durch
welche die Strafverfolgung insofern gemildert wird, als
dem Angeklagten der Einwand unverschuldeten Irrtums
zugebilligt wird. Die Handelskammern in allen Teilen
des Reiches haben jetzt Auskunftsstellen errichtet, an die
sich die Geschäftsleute wenden können und, falls eine
dort erhaltene Auskunft unrichtig wäre, schützt sie den
Kaufmann, der im guten Glauben gehandelt, vor Strafe,
was bisher nicht der Fall war.

Gilfsaktion für den Handwerker- und Kaufmannsstand.

Vor Jahresfrist hatte der niederösterreichische Landesauschuß auf Anregung seines Gewerbeförderungsreferenten Dieboldt beschlossen, eine Kriegsgilfsaktion in der Form von Darlehensgewährung an einzelne minderbemittelte und kreditwürdige Handwerker und Kaufleute einzuleiten. Einer weiteren Anregung des Referenten folgten die verschiedenen Landesvertretungen, Handels- und Gewerbeämtern, autonomen Gewerbeförderungsanstalten und gewerblichen Zentralorganisationen, um diese Aktion in allen Kronländern möglichst einheitlich zu gestalten. Die Frucht vielfacher Beratungen war die Fertigstellung eines Programms in allen Einzelheiten, dessen Realisierung nur mangels Stellungnahme des Finanzministeriums zu dieser Frage verzögert wurde. Da sich der frühere Finanzminister Dr. Freiherr v. Spitzmüller in seiner Budgetrede sympathisch dazu geäußert hat, wurden nunmehr die Vertreter der genannten Körperschaften für gestern an einer interministeriellen Konferenz nach Wien geladen. Um aber nochmals ihre Forderungen an die Regierung klar zu formulieren, kamen die Kronlandsdelegierten vorgestern im Sitzungssaale des niederösterreichischen Landhauses zusammen. Als Grundsätze der Forderungen an die Regierung wurden angenommen: 1. Der Kreis der auf die Kredithilfe Anspruchsberechtigten wäre durch Anerkennung des Anspruches der Witwen nach hier in Betracht kommenden verstorbenen Gewerbetreibenden sowie deren Kinder, auf deren Rechnung das Gewerbe weitergeführt wird, entsprechend zu erweitern. 2. Die Anspruchsberechtigung wäre keinesfalls von dem Jahresertragnis des gewerblichen Betriebes, sondern von der Zugehörigkeit des Betriebsunternehmers zur vierten und dritten Erwerbssteuerklasse abhängig zu machen. 3. Die Präklusivfrist für die Einbringung von Kreditgesuchen der Witwen nach gewerblichen Betriebsinhabern und der minderjährigen Kinder wäre mit höchstens einem Jahre nach vollständiger

Beendigung der allgemeinen Demobilisierung zu begrenzen. 4. Die Höhe der vom Staate zu leistenden Garantieverpflichtung wäre, um eine gesteigerte Wirkungsfähigkeit der Kredithilfsanstalten zu sichern, mit mindestens 50 Prozent des Ausfalles festzusetzen. 5. Neben wären eigene Zinszuschußfonds aus Jahresbeiträgen des Staates, der Länder, Gemeinden sowie Handels- und Gewerbeämtern zu bilden, damit die Gewährung 4prozentiger Darlehen ermöglicht wird; auch für diese Zinszuschußfonds wird eine Beitragsleistung von Seiten des Staates in der Höhe von mindestens 50 Prozent der jeweiligen Jahreserfordernisse erbeten. 6. Um die Hilfsleistung vollkommen zutreffend und zweckmäßig sowie möglichst reibungslos zu gestalten, wäre nach Ansicht der Vollversammlung anzustreben, die Aktion tunlichst für jedes Kronland gesondert durchzuführen.

*** (Die Wirtschaftslage der Centralmächte.)**
Aus Frankfurt a. M. wird uns telegraphirt: Vor einem geladenen Kreise von Persönlichkeiten aus der Industrie und Volkswirtschaft hielten gestern Angehörige des hiesigen Kriegsernährungsamtes Referate. Bei Erörterung der allgemeinen Ernährungslage gab der Berichterstatter die Erklärung ab, daß wir mit unseren Lebensmitteln gut durchkommen würden. Von den rumänischen Getreidevorräthen habe anfangs Oesterreich-Ungarn großen Antheil erhalten, jetzt sei aber die Zufuhr nach Deutschland befriedigend. Zuvorsichtige Erklärungen gab der Referent über unsere Rohstoffe, und namentlich über unsere Erzversorgung. Unsere Schwefelkieslager deckten nicht nur den Bedarf Deutschlands, sie reichten auch noch aus zu Lieferungen an das neutrale Ausland. Viele einheimische alte Erzlager seien wieder nutzbar gemacht worden und zeigten sich hinreichend ergiebig. Unser Bedarf an Waffen, Munition, Kleidungsstücken sei auf lange Zeit hinaus so reichlich gedeckt, daß ein neues Rüstungs- und Versorgungsprogramm aufgestellt werden könne. Zur Kohlenfrage — äußerte Redner —, daß mit beträchtlicher Erhöhung der Förderung nicht zu rechnen ist, daher müsse durch äußerste Beschränkung des Kohlenverbrauchs im kommenden Winter aehbart werden.

Plenarversammlung der Budapester Handels- und Gewerbekammer.

Budapest, 3. Juli.

Die Budapester Handels- und Gewerbekammer hielt heute unter dem Vorsitze des Geheimen Rates Leo Láncz eine ordentliche Plenarversammlung. Die Sitzung, die letzte vor den Sommerferien, wurde durch eine den Regierungswechsel behandelnde höchst aktuelle Rede des Präsidenten eröffnet, die in Folge der zutreffenden Äußerungen des Präsidenten über die frühere und über die gegenwärtige Regierung von der Versammlung mit größter Aufmerksamkeit angehört und mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde. Die Rede des Präsidenten lautet wie folgt:

Eröffnungsrede des Präsidenten Leo Láncz.

Seit der jüngsten Kammertagung ist auf dem Gebiete der inneren Politik ein sehr wichtiges Ereignis eingetreten, über das wir nicht stillschweigend hinweggehen können. Ich verweise darunter den Regierungswechsel. Ich will jetzt über die Tätigkeit der früheren Regierung keine eingehendere Kritik üben. Sie wissen, daß wir in zahlreichen Fällen Bedenken und Klagen hatten, die wir gegen einzelne Verfügungen der Regierung vorbringen mußten. Doch müssen wir demgegenüber anerkennen, daß die Regierung nach bestem Willen bestrebt war, den Wünschen der Kammer, wo es nur irgendwie möglich war, gerecht zu werden. Wir fanden, daß die zurückgetretene Regierung sich nicht immer stark genug erwies, um gewissen antimerkantilistischen und antikapitalistischen Strömungen einen Damm zu setzen, diesen entgegenzutreten. Der Regierung selbst, der Regierungspolitik kann man solche Strömungen nicht zuschreiben, man kann ihnen nicht vorwerfen, mit solchen sympathisiert zu haben, doch in mehreren Fällen wurden solche Strömungen nicht verhindert und in vielen Fällen hat es vielleicht die momentane politische Konstellation nicht zugelassen, die Geltendmachung solcher Strömungen zu verhindern.

Wir haben wiederholt unseren Beschwerden Ausdruck verliehen, nicht nur nach der Richtung, daß die gegen die Kapitalkonzentration und den Handel, sowie gegen die Freiheit des Handels gerichteten Strömungen, insofern Regierung und Majorität ihnen keinen energischen Widerstand gegenüberstellen, in ihren Folgen unabsehbar sein werden, — namentlich was die Verschärfung der kaufmännischen Betätigung und die Förderung der kaufmännischen Interessen betrifft, von der Geltendmachung der industriellen Bestrebungen und der gewerblichen Betätigung gar nicht zu sprechen.

Die neue Regierung hat ihren Amtsantritt in aller Form notifiziert. Nach dieser Richtung können wir ein Urteil noch nicht abgeben, wir können nur der Hoffnung Ausdruck verleihen, daß die neue Regierung jene Verpflichtungen kennen wird, von welchen jede Regierung für die Interessen von Handel und Industrie durchzuführen sein müßte. Wir hoffen auch, daß sie vielleicht mit mehr Energie, als wir es bisher gewohnt waren, denjenigen Symptomen widerstehen wird können, die wir so häufig beklagt haben und daß sie sich dem bekannten Standpunkt jener Gruppen wird erwehren können, die ihr bisher nahestanden.

Ich wiederhole, wir haben keinerlei Berechtigung, besondere Kritik an dem Standpunkt der gegenwärtigen Regierung zu üben, weil der Ministerpräsident das Programm der Regierung bisher nur in großen Zügen ausgeführt hat. In bezug auf Handel und Industrie war dieses Programm allerdings recht armelig. Wir wollen jedoch hoffen, daß die Regierung in ihren Handlungen unseren Erwartungen entsprechen und sich allem fernhalten wird, was geeignet wäre, unsere Interessen zu verletzen. (Zustimmung.)

Bei der neuen Regierung werde ich im Namen der Kammer demnächst meine Aufmerksamkeit machen und bei dieser Gelegenheit alle jene wichtigeren Fragen vortragen, die die Kammer und die Kommerziellen wie die gewerblichen Kreise derzeit beschäftigen und die in der allernächsten Zeit aufs Tapet gelangen werden. (Zustimmung.) Der neue Handelsminister berechtigt uns vermöge seiner Vergangenheit zu der Erwartung, daß er für den Handel und die Industrie den richtigen Sinn hat und viel Wohlwollen für sie hegt und daß die Interessen dieser Produktionszweige in ihm einen energischen und sachkundigen Vertreter und Fürsprecher finden werden. (Lebhafter Beifall und Applaus.)

Die Tagesordnung.

Nach dieser mit anhaltendem Beifall aufgenommenen Rede legte Generalsekretär Dr. Rudolf Krejci die Präsidialmitteilungen vor, die zur Kenntnis dienen.

Kammermitglied Leo Dán bringt die jüngsten Demonstrationen zur Sprache und äußert seine Befriedigung darüber, daß der Justizminister eine Schadloshaltung der bei den Geschäftspündierungen geschädigten Kaufleute angeregt hat.

Präsident Láncz schließt sich dieser Anerkennung an und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Liquidierung der Schäden glatt vonstatten gehen wird.

Referent Dr. Nikolaus Móricz unterbreitet Reskripte des Handelsministers in Angelegenheit der Eisenbahnverkehrsstörungen, des Budapester Handelshafens, sowie hinsichtlich der Abänderung der Posttarife.

Kammermitglied Alexander Holzer bemängelt, daß die Postdirektion bei diesen wie bei allen ähnlichen Verfügungen die Wünsche der Kaufleute niemals berücksichtigt. Auch Leo Dán bringt ähnliche Beschwerden vor, worauf Präsident Láncz erklärt, die Kammer werde eine detaillierte Beschwerde an das Handelsministerium gelangen lassen.

Sodann wird das vom Konzipisten Dr. Robert Foltényi verfaßte Elaborat über die Neuregelung des Requisitionsverfahrens vorgelegt.

Hofrat Ador Kárah bemängelt das System der Metallrequisition, namentlich daß die Erzfahmaterialien viel zu teuer bemessen und die Möglichkeiten der Beschaffung viel zu kompliziert sind. Ferner sei es außerordentlich gravaminös, daß die Heeresverwaltung hochwertige Materialien requiriere und viel minderwertige Erzfahstoffe zurückliefern.

Die Referentenvorlage wird schließlich mit entsprechenden Ergänzungen an die Regierung geleitet.

Zur Verhandlung gelangt das vom Konsulenten Dr. Artur Székely verfaßte Elaborat über mehrere den Export und Import betreffende Fragen.

Hierauf wird das Referat des Konsulenten Eugen Mörz bezüglich der Konfektion der Militäruniformierungsorten und der Sicherstellung des Zwirnbedarfes für Zivilzwecke verhandelt. — Kammermitglied Géza Drucker bringt zur Sprache, daß die Konfektionsindustrie durch die Errichtung der Budapester arabischen Werkstätte stark bedroht sei. Vergebens habe

die Kammer gegen diese Reform ihre Stimme erhoben, die erwähnte Werkstätte wurde doch errichtet. Redner illustriert sodann eingehend, wie gravaminös die Tätigkeit dieser Werkstätte für das legitime Gewerbe ist und schlägt die Einberufung einer Fachkommission vor, um alle Interessenten über ihre Einwendungen zu vernehmen und sodann die notwendigen Verfügungen auf kurzem Wege zu treffen. Nach den Bemerkungen des Mitgliedes Alexander Holzer wurden das Elaborat des Referenten und der Antrag Drucker bezüglich der Einberufung einer Fachkommission angenommen.

Nach Annahme der Referate des Konzipisten Dr. Nikolaus Fekete bezüglich mehrerer Approvisionierungsfragen und des Konsulenten Dr. Rudolf Kobalócz über das neue Veterinärgesetz gelangt das Elaborat bezüglich des Nebereinkommens hinsichtlich der Handels-, Zoll- und Verkehrspolitik mit Deutschland zur Verhandlung. Das vom geschäftsführenden Sekretär Josef Vágó begründete Elaborat fand allgemeine Zustimmung.

Auf Antrag des Präsidiums wurden Dr. Rudolf Kobalócz zum Konsulenten und Dr. Paul Bereklényi zum Hilfskonzipisten gewählt und dem Beamtenkörper der Kammer eine neuerliche Teuerungszulage votiert.

Hierauf wurde die Sitzung geschlossen.

5. VII. 1917

120

— (Kriegskredithilfsaktion für das mittelständische Gewerbe.) Vor kurzem hat im Ministerium für öffentliche Arbeiten unter Vorsitz des Sektionschefs Haas eine interministerielle Beratung über die Frage der Durchführung einer Kriegskredithilfsaktion für das mittelständische Gewerbe stattgefunden. Der Vorsitzende gedachte in einleitenden Worten zunächst der Leistungen des Gewerbebestandes im Kriege im allgemeinen und würdigte im besonderen die auch von der Seeresverwaltung rückhaltlos anerkannten Verdienste des Kleingewerbes um die Ausrüstung der Armee; er wies auf den Zusammenhang zwischen dieser unter den schwierigsten Verhältnissen dokumentierten Leistungsfähigkeit des Kleingewerbes mit den auf dem Gebiete der Gewerbebeförderung an den Tag gelegten Bestrebungen der staatlichen und autonomen Faktoren hin und betonte, daß die Früchte einer jahrelangen zielbewußten Arbeit und bedeutender materieller Aufwendungen gefährdet wären, wenn den aus dem Felde heimkehrenden Gewerbetreibenden nicht durch eine besondere Kredithilfe die Möglichkeit zur Wiederinstandsetzung ihrer Betriebe geboten würde. Praktikum Landesbankhaus Wien

Hlawek dem Vorsitzenden für die den Leistungen des Gewerbebestandes gezollte Anerkennung den Dank ausgesprochen hatte, wurde an der Hand des Referats des Bezirkshauptmannes v. Pfersmann in die Tagesordnung eingegangen. Bei Beratung der einzelnen Punkte der Hilfsaktion wurden die von den beteiligten Ministerien seinerzeit aufgestellten allgemeinen Grundsätze unter Berücksichtigung der in der Vorbesprechung der gewerblichen Körperschaften vom 27. Juni d. J. beschlossenen Abänderungs- und Ergänzungsanträge zugrunde gelegt. Es gelang hierbei, die Wünsche der Interessenten mit den Anschauungen der beteiligten Zentralstellen in den wesentlichsten Punkten in vollen Einklang zu bringen. Besonders begrüßt wurden die Erklärungen des Vertreters des Finanzministeriums, der neben der von dem früheren Finanzminister Dr. Freiherrn v. Spitzmüller bereits zugesicherten Uebernahme einer staatlichen Ausfallgarantie auch die Gewährung von Zinsenzuschüssen behufs Ermöglichung eines tunlichst günstigen Zinsfußes der Hilfsdarlehen in Aussicht stellte. Da gleichartige Erklärungen seitens der zur Mitwirkung an der Aktion berufenen autonomen Faktoren gewärtigt werden können, kann nunmehr die Durchführung der Aktion als gesichert angesehen und an die Ausarbeitung der die Organisierung in den einzelnen Kronländern betreffenden Detailprojekte geschritten werden.

Die Handelskammer als Gutachter in Wucherprozessen.

Von

Professor Dr. Joh. Friedr. Schär.

3. 3. Rektor der Berliner Handelshochschule.

Wie bei jeder neuen Bestimmung zivilrechtlicher oder strafrechtlicher Natur die Gerichte der verschiedenen Instanzen erst durch eine langjährige Praxis zu einer festen Judikatur und grundsätzlichen Rechtsprechung kommen, so ist es auch in bezug auf die Verordnung des Bundesrates vom Juli 1915 betreffend Wucher. Hier ist es für Staatsanwalt und Gerichte um so schwieriger, sich in den Sinn und Geist des Gesetzes hineinzufinden, als nicht nur ein ganz neues durch den Krieg in den Vordergrund gerücktes Vergehen unter Strafe gestellt wird, sondern auch deshalb, weil der Bundesrat in seiner Interpretation zu seiner diesbezüglichen Verordnung nur die allgemeinen Richtlinien für die Anwendung der Strafbestimmung angegeben und den Gerichten den weitesten Spielraum gelassen hat. Es sollen die Klagen wegen übermäßigen Gewinnes „unter Berücksichtigung der gesamten Verhältnisse, insbesondere auch der Marktlage“ beurteilt werden. Diese durchaus verlässliche und gerechte Einschränkung hat offenbar den Zweck, den Kaufmann gegen ungerechte Klagen wegen Wuchers zu schützen; aber eben diese allgemeine Fassung gibt bei der durch den Krieg herbeigeführten Neu- und Umgestaltung des Handels und insbesondere der Faktoren der Preisbildung sämtlicher tauschfähiger Bedarfsgüter Anlaß zu den mannigfaltigsten Beschwerden, vor allem seitens der Kaufleute. Einmal deshalb, weil sie in ihrem gewohnten Tun und Lassen bezüglich ihrer Kalkulation nicht mehr frei sind. Ehedem konnten sie die Verkaufspreise innerhalb der Schranken der freien Konkurrenz und der guten Sitten nach ihrem Belieben feststellen; jetzt müssen sie die Preisaufschläge beim Verkauf sorgfältig nachprüfen und dennoch gewärtig sein, daß ein Käufer — vielleicht ein neidiger Konkurrent oder ein verärgertes Denunziant — sie mit Recht oder Unrecht wegen übermäßiger Preise verklagt.

Ehedem war für die Kaufleute — so hat man sie gelehrt — der Handel die Kunst, die Konjunktur auszunutzen; jetzt wenn sie die Marktlage, die infolge des gestörten Gleichgewichts zwischen Nachfrage und Angebot in einer stetigen Preissteigerung in die Erscheinung tritt, auszunutzen, so droht ihnen hohe Geldstrafe oder Gefängnis wegen Wuchers; und wenn ein findiger Kaufmann trotz aller drohender Verlustgefahren es gewagt hat, aus dem Ausland Bedarfsgüter, an denen Deutschland Mangel leidet, zu importieren und sich berechtigt glaubt, einen den Verlustgefahren entsprechenden Posten zu den Selbstkosten als Risikoprämie in die Kalkulation einzubeziehen, so schwebt wiederum das Damoklesschwert in Gestalt einer Verurteilung wegen Wuchers über seinem Haupte. Mit einem Wort, die Kaufleute sind in einer keineswegs beneidenswerten Lage.

Das große Publikum, das den Handel für die allgemeine Teuerung verantwortlich macht, ist geneigt, selbst altangesessene Firmen, die sich bislang des besten Rufes erfreuten, mit dem Schleich- und Kettenhändler und dem Gelegenheitswucherer in einen Topf zu werfen und empfindet eine Genugtuung, daß die Strafgerichte vollauf mit Wucherprozessen zu tun haben. Was wunder, wenn sich der stark reduzierten Zahl von Kaufleuten, die durch den Krieg und die staatlichen Eingriffe in den freien Handel noch nicht ausgeschaltet sind, eine allgemeine Entmutigung bemächtigt, sich deshalb eine immer größere Zahl von dem so gefährlich gewordenen Handelsgewerbe zurückzieht und das Fe. d. denjenigen überläßt, die weder Ehre noch guten Ruf zu verlieren haben.

Angesichts dieser Verhältnisse ist es einleuchtend, daß auf den

Gerichten der verschiedenen Instanzen, welchen die Beurteilung — Freispruch oder Verurteilung — der des Wuchers angeklagten Kaufleute obliegt, eine große Arbeit und schwere Verantwortung lastet, um so mehr, da eine übergroße Anzahl solcher Wucherprozesse — wie die Zeitungen berichten, sind es über 24 000 — jetzt schon anhängig sind und immer noch neue Fälle hinzukommen. Man stelle sich nur vor, welche Anforderungen an einen gewissenhaften Richter gestellt werden müssen, wenn er in jedem einzelnen Falle in die besondere Art kaufmännischen Denkens und Handelns sich hineinfinden muß und dabei die Sitten und Gebräuche bei allen tausend Arten und Formen des Klein- und Großhandels vom Hörterweib bis zum Großkaufmann zu berücksichtigen hat. Heute ruft er den Getreide- oder Zigarrenhändler, morgen den Gemüse- oder Tuchhändler, übermorgen den Uhren- oder Holzhändler usw., die tausend Arten von Händlern vor die Schranken. In jedem einzelnen Falle soll er ergründen, ob die Kalkulation des Verkaufspreises und des Gewinnes richtig oder unrichtig, ob der Gewinn im Vergleich zu Friedenszeiten ein mäßiger oder übermäßiger ist. Zudem soll er auch feststellen, ob die gesamten Verhältnisse angemessene Berücksichtigung gefunden haben. Das schließt ein, daß der Richter in jedem Falle sich über die Marktlage in dem betreffenden Handelszweige genau orientiert, und im weiteren auch darüber, ob die Einkaufspreise, die besonderen und anteiligen Betriebskosten, Einkaufskosten, Fracht und Versicherung, Zinsverlust, Generalspesen, Mengenverlust, Entwertung, Wkutaverhältnisse und ganz besonders auch die mannigfaltigen Verlustgefahren, die bei Importgeschäften eine große Rolle spielen, angemessen in Rechnung gestellt sind.

Wie hoch man auch die Fähigkeit unserer Staatsanwälte und Richter, sich in die verschiedensten Wirtschaftsgebiete hineinzuarbeiten, einschätzen mag, so unterliegt es keinem Zweifel, daß ein Richter weder die notwendige Gabe besitzt, noch die Zeit hat, sich über alle diese Dinge ein eigenes zutreffendes Urteil zu bilden. Da muß eben der sachverständige Gutachter zu Hilfe kommen.

Aber gerade hier liegt der wunde Punkt. Nach meinen Erfahrungen zu schließen, wird sehr oft ein Gutachter von den Gerichten bestellt, der ebensowenig im speziellen Falle Sachverständiger ist wie der Richter selbst. Der einzig richtige Weg, ein sachgemäßes und zuverlässiges Gutachten zu erhalten, besteht in der Anrufung der Handelskammer oder in Berlin der Ältesten der Kaufmannschaft. Diese Korporationen, die berufen sind, die Interessen der Mitglieder in objektiver Weise wahrzunehmen, besitzen in ihrer Mitte Kaufleute jeder Warenbranche in großer Zahl, die jeden einzelnen Fall sachgemäß beurteilen können, insbesondere auch die in der betreffenden Warengattung zur Zeit in Betracht zu-

gehenden allgemeinen Verhältnisse und die Marktlage berücksichtigen können.

Meine Anregung, die ich hiermit zur öffentlichen Diskussion stelle, lautet daher: Der Deutsche Handelstag und der Hansabund sollen beim Bundesrat mit dem Gesuch einkommen, daß keine im Handelsregister eingetragene wegen Wuchers verklagte Firma verurteilt werden kann, bevor die betreffende Handelskammer den Fall begutachtet hat.

5. VII. 1917

123

(Nachklänge zur Budapestter Tagung der Wirtschaftsverbände.) Ueber die Budapestter Tagung der Wirtschaftsverbände veröffentlicht die reichsdeutsche Presse eingehende Besprechungen, in denen insbesondere das greifbare Ergebnis der Aussprache entsprechende Würdigung findet. Die vom Geheimen Rat Professor Posaiche herausgegebene Wirtschaftszeitung der Zentralmächte schreibt in einem leitenden Artikel unter anderem folgendes: „Die gemeinsame Tagung des Ungarisch-Deutschen Wirtschaftsverbandes in Budapest mit dem Deutsch-Oesterreichisch-Ungarischen Wirtschaftsverbande in Berlin und dem Oesterreichisch-Deutschen Wirtschaftsverbande in Wien vom 23. bis 25. Juni 1917 gestaltete sich wieder zu einer eindrucksvollen Kundgebung für den mitteleuropäischen Wirtschaftsgedanken. In Ungarns wundervoller Hauptstadt wurde den Teilnehmern ein festlicher Empfang zuteil, der stärker noch als alle anderen Kundgebungen ähnlicher Art die herzlichen Beziehungen erkennen ließ, die Deutschland mit der Donaumonarchie verbinden. Die Budapestter Presse hat den Kongreß in herzlichen Artikeln begrüßt und besonders darauf hingewiesen, daß gerade diese Tagung greifbaren Zielen gewidmet ist. Sind doch die Probleme der Uebergangswirtschaft heute die entscheidendsten Fragen jeder wirtschaftlichen Um- und Neuorientierung. Die wichtigsten Erscheinungen dieses Gebietes wurden in lichtvollen Referaten erörtert, und wenn der Pester Lloyd der Erwartung Ausdruck gegeben hat, daß die sachverständigen Referenten der drei beratenden Körperschaften klaren Wein einschenken werden über die Notwendigkeiten jedes einzelnen Landes, so darf man sagen, daß sich diese Erwartung voll erfüllt hat. Aus der Resolution spricht nicht nur der entschiedene Wille der drei großen Verbände, fördernd, mitberatend und auf Grund entscheidender Kenntnisse mitzuwirken, sondern auch die berechnete Forderung, bei der staatlichen Lösung der Wirtschaftsfragen mitherangezogen zu werden. Wesentlich bleibt auch, daß der Beschlusantrag keine unsere Feinde herausfordernden Ziele enthält und seiner ganzen Tendenz nach geeignet ist, längst reife Dinge in Fluß zu bringen. Aus Reden und Gegenreden klang diese Ueberzeugung heraus. Die Tagung hat große Arbeit geleistet, und diese Anerkennung wurde den Präsidenten der Verbände aus den Reihen der Teilnehmer ebenso gespendet, wie in der gesamten ungarischen Presse, die namentlich die Forderung nach Betätigung des freien Unternehmungsgeistes lebhaft begrüßte und den Budapestter Beratungen einen kräftigen Widerhall an allen jenen behördlichen Stellen wünschte, die zu befruchten das Bestreben der deutsch-oesterreichisch-ungarischen Wirtschaftsverbände von jeher war.“

Auskunftspflicht über wirtschaftliche Verhältnisse.

Der Bundesrat hat in seiner heutigen Sitzung eine Verordnung über Auskunftspflicht beschlossen. Danach sind der Reichszentralbehörde, die Landeszentralbehörden und die von diesen bestimmten Stellen berechtigt, jederzeit Auskunft über wirtschaftliche Verhältnisse jeglicher Art zu verlangen. Als „wirtschaftliche Verhältnisse“ werden in der Verordnung besonders erwähnt die Vorräte sowie die Leistungen und die Leistungsfähigkeit von Unternehmungen und Betrieben. Der Auskunftspflicht sind wie nach den früheren Verordnungen über Vorraterhebungen unterworfen: landwirtschaftliche und gewerbliche Unternehmer, öffentlich-rechtliche Körperschaften und Verbände sowie alle Personen, „die Gegenstände, über die Auskunft verlangt wird, in Gewahrsam haben oder gehab haben oder auf Lieferung solcher Gegenstände Anspruch haben.“ Naturgemäß bleibt die Auskunftspflicht von Privatpersonen auf diese Gegenstände beschränkt. Die zur Auskunftseinholung berechtigten Stellen und die von ihnen Beauftragten sind auch befugt, zur Ermittlung richtiger Angaben die Geschäftsbriefe und Geschäftsbücher einzusehen sowie Betriebseinrichtungen und Räume zu besichtigen und zu untersuchen, in denen Vorräte erzeugt, gelagert oder feilgehalten werden oder in denen Gegenstände zu vermuten sind, über welche Auskunft verlangt wird. Die zuständigen Stellen sind wie bisher ferner befugt, die Einrichtungen und Führung besonderer Lagerbücher vorzuschreiben. Zum Schutze der betroffenen Unternehmungen ist vorgeesehen, daß die zu den Ermittlungen Beauftragten streng verpflichtet sind, Verschwiegenheit zu beobachten sowie sich einer Verwertung der Geschäfts- oder Betriebsgeheimnisse, die sie in Erfahrung gebracht haben, zu enthalten. Wer dagegen verstößt, kann auf Antrag mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 15 000 M. bestraft werden. Auch bestimmt die Verordnung, daß das Ergebnis der Auskünfte oder Ermittlungen nicht zu steuerlichen Zwecken verwendet werden darf. Eine Nichteinhaltung der Verpflichtungen, die sich aus den Bestimmungen der Verordnung auf Seiten der Auskunftspflichtigen ergeben, wird unter strenge Strafe gestellt, wobei eine Abstufung erfolgt ist, je nach dem, ob Vorsatz oder Fahrlässigkeit vorliegt. Vorräte, die verschwiegen worden sind, können als dem Staate verfallen erklärt werden, ob sie dem Auskunftspflichtigen gehören oder nicht.

Der Zusammenschluß der Ausbeuter.

Bankhalbamlich wird gemeldet: Zwischen der Kreditanstalt für Handel und Gewerbe und der Ungarischen Allgemeinen Kreditbank als den an der „Mundus“ Aktiengesellschaft der Vereinigten Osterreichischen, bzw. Ungarischen Bugholzmöbelfabriken interessierten Bankinstituten und den „Mundus“ Aktiengesellschaften einerseits und den Großaktionären der Ersten Osterreichischen Aktiengesellschaften zur Erzeugung von Möbeln aus gehobener Holz Jakob und Josef Kohn andererseits ist eine Vereinbarung zustande gekommen, durch welche ein großer Posten von Aktien der letztgenannten Gesellschaft in den Besitz der an der „Mundus“ interessierten Bankinstitute und an die „Mundus“ selbst übergeht. Wie erklärt wird, behält die Aktiengesellschaft Jakob und Josef Kohn — gleichwie die „Mundus“ Aktiengesellschaften — ihre vollkommene Selbständigkeit und es besteht nicht die Absicht, eine Fusionierung oder Zusammenlegung von Betrieben vorzunehmen.

Das ist natürlich auch gar nicht notwendig und wäre nicht klug; wozu den Leuten die Augen aufreißern, die sie ohnehin viel zu sehr offen zu halten gelehrt werden? Besitzt man die Aktien, so kann man auch ohne äußerlich sichtbare Maßregeln erreichen, um was es sich handelt, nämlich die Preise so festzusetzen, daß man die Verbraucher — verdienen sie es vielleicht besser? — noch mehr

als bisher schröpfen kann. Die Verbraucher aber und die Regierung, die doch streng genommen auch zu ihrem Schutze auf der Welt ist oder sein sollte, sehen wieder einmal mit gekreuzten Armen müßig zu, als ob des Wuchers noch nicht genug wäre.

Nach unserem neuen Grundsatz, den maßgebenden Personen das gemeinschädliche Treiben wenigstens etwas weniger angenehm zu machen, da wir es ja doch nicht verhindern können — wer besser als alle anderen essen kann, soll wenigstens nicht auch besser schlafen können — nennen wir die Machthaber dieser neuesten Vereinigung zur Tributhebung bei den Verbrauchern einer so unentbehrlichen Ware, wie es Möbel sind: zunächst den für jede Aktiengesellschaft unentbehrlichen Edelmann, den Freiherrn Alfons von Pereira; dann die Geschäftsleute: der durch seine sechsunddreißig Verwaltungsratsstellen so populär gewordene Direktor der Kreditanstalt Ludwig Neurath; der Sektionschef a. D. Siegmund Brojche, ebenfalls ein äußerst vielseitiges Mitglied der einträglichen Hochfinanz; Herr Max Kantor, und endlich der von der „Miles“ her so vorteilhaft bekannt gewordene Herr Generaldirektor Kommerzialrat Leopold Pilzer. — Dem Verwaltungsrate der Jakob und Josef Kohn-Gesellschaft aber gehören u. a. an die Herren: Dr. Paul Hamerschlag und Emanuel Kammann, beide Kollegen des Herrn Neurath in der Leitung der Kreditanstalt für Handel, Gewerbe und Ausnützung der Kriegsgelegenheiten.

(Wirtschaftsausschuß der Kaufmannschaft.)
Umlängst fand unter Vorsitz des Präsidenten des
Gremiums der Wiener Kaufmannschaft Kai-
s. Rat Kornel Spiser, der vom Handels-
minister auch zum Vorsitzenden des Wirtschafts-
ausschusses der Kaufmannschaft ernannt worden
ist, die erste Sitzung des Wirtschaftsausschusses
statt. In seiner Begrüßungsansprache wies der
Vorsitzende des Ausschusses auf die außerordent-
liche Bedeutung dieser groß angelegten Orga-
nisation hin, der die Aufgabe zufalle, die allge-
meinen Interessen der Kaufleute während der
Kriegs- und Uebergangswirtschaft zu vertreten.
Insbesondere werde sie sich mit den für jeden
Kaufmann höchwichtigen handels-, verkehrspoli-
tischen und valutarischen Fragen, der Beteili-
gung der Kaufmannschaft an der Uebergangs-
wirtschaft zu befassen haben, nicht zuletzt auch
mit den sozialpolitischen Problemen, die der
Krieg teils hervorgerufen, teils verschärft habe.
Die Kaufmannschaft sei sich bewußt, daß die
schwierigen Verhältnisse, die den Angestellten
bedrückten, eine Lösung insbesondere der
Gehaltsverhältnisse nötig machen.
Eine der nächsten und wichtigsten Aufgaben des
Ausschusses werde aber die Organisation der
Kaufleute nach Branchen bilden, die nach der
Verordnung entweder in eigenen Sachverbänden
und Sachausschüssen durchzuführen sein wird
oder in der Unterstützung der bereits be-
stehenden sachlichen Organisationen bei ihrer
Organisationsarbeit, bei der Schaffung von Ver-
teilungsstellen und sonstigen Institutionen, die
sich für die Zeit der Uebergangswirtschaft als
notwendig erweisen werden, bestehen soll. Das
letzte Ziel des Wirtschaftsausschusses müsse
selbstverständlich die möglichst baldige Sicherung
der freien Betätigung des Kauf-
mannes unter gegenseitiger Konkurrenz sein,
die, wie wohl jetzt feststehe, das einzige sicher
wirkende Mittel für eine geordnete Preis-
bildung sei. Der vom Handelsminister ent-
sendete Regierungskommissär Hofrat Dr. Eugen
Schwiedland führte aus, daß auch er die
Bedeutung des Wirtschaftsausschusses in der
Befreiung des Handels von den heutigen Be-
schränkungen erblicke. Die verschiedenen, in der
Diskussion von einzelnen Rednern gegebenen
Anregungen wurden dem Vorstand zur weiteren
Beratung überwiesen, der in seiner folgenden
Sitzung beschloß, sich über die Bildung von
Sachorganisationen mit den einzelnen
Interessentengruppen ins Einvernehmen zu
setzen, über die Frage der Bildung von Ein-
kaufsgenossenschaften des Lebensmittelhandels
Vorstudien anzustellen. Außerdem wurde be-
schlossen, eine entsprechende Vertretung der
einzelnen Branchen der Kaufmannschaft im
Hauptausschuß des Generalkommissariats für
Kriegs- und Uebergangswirtschaft anzustreben.

20. VII. 1917

129

Die gemeinsamen Exposituren der Warenverkehrscentralen in Budapest und Wien.

Von Rittmeister i. d. R. Dr. Alex. v. Schneider,
 Chef der k. u. k. Warenverkehrscentralen des
 Militär-Generalgouvernements in Belgrad.
 Belgrad, 18. Juli.

Der Krieg schuf eigene Organisationsformen. Namentlich in den von uns okkupierten und verwalteten feindlichen Gebieten mußten Vorkehrungen getroffen werden, die es ermöglichen, bei strenger Einhaltung der Grundsätze des Völkerrechtes das durch den Krieg arg herabgenommene Wirtschaftsleben neu zu beleben und die abgebrochenen Beziehungen zu unserer Monarchie — wenn auch in geänderter Form — wieder aufzunehmen. Der staatliche Eingriff machte sich auf dem Gebiete des Außenhandels ganz besonders merkbar. Zum Schutze der eigenen Warenbestände mußten Ausfuhrverbote verhängt werden, die im Laufe der Zeit sich auf immer mehr und mehr Artikel erstreckten, so daß heute nur mehr wenige ausfuhrfreie Warenkategorien ausfindig gemacht werden können. Die Handhabung der Ausfuhrverbote stellte die maßgebenden Stellen, speziell im Verkehr mit den okkupierten Gebieten, vor eine schwere Aufgabe. Die Monarchie faßte es als ihre Pflicht auf, den von uns besetzten Gebieten gewisse Artikel, die dort nicht erzeugt, aber unbedingt gebraucht werden, trotz der im Inlande herrschenden Knappheit, wenn auch nur in beschränktem Maße, zur Verfügung zu stellen. Hierbei mußte eine genaue Kenntnis der in den okkupierten Gebieten herrschenden Verhältnisse vorausgesetzt werden, denn es wäre ein grober Fehler gewesen, im Inlande stark begehrte Artikel nur deswegen, weil im Okkupationsgebiete bessere Preise zu erzielen sind, in Gülle und Fülle herauszulassen, während andererseits gegen eine gerechte Befriedigung wirklich motivierter Ansprüche — besonders wenn hiedurch auch den valutarischen Interessen gedient wird — auch vom allgemeinen volkswirtschaftlichen Standpunkte aus nichts eingewendet werden konnte.

Zur Pflege unserer handelspolitischen Interessen in den okkupierten Gebieten wurden nach der Reihenfolge der Errichtung der einzelnen Gouvernements vorerst für das Militär-Generalgouvernement Lublin in Krakau, im Sommer 1916 beim Militär-Generalgouvernement Serbien in Belgrad je eine Warenverkehrszentrale ins Leben gerufen. Bald darauf entstand eine analoge Institution beim Militärgeneralgouvernement Montenegro. Der Wirkungskreis der Warenverkehrscentralen ist ein mannigfaltiger und richtet sich nach den speziellen Bedürfnissen des betreffenden Militär-Generalgouvernementsbereiches. Ein essentieller Bestandteil ihrer Arbeitsmaterie ist die Feststellung des Bedarfes an Importartikeln, die Erwirkung von Ausfuhrkontingenten, in deren Rahmen die Warenverkehrscentralen Ausfuhrzertifikate auszustellen berechtigt sind, beziehungsweise die Erwirkung von Spezialbewilligungen bei den kompetenten Zentralstellen. Es ist dies eine Tätigkeit rein administrativer Natur, die aber, wenn sie Anspruch auf Erfolg erhebt, eine ganz genaue Kenntnis des lokalen Marktes und eine expeditiv Erledigungsart als Voraussetzung haben muß. In dem Maße, als sich die Tätigkeit der Warenverkehrscentralen immer stärker geltend machte, trat auch die Notwendigkeit in den Vordergrund, eine Vertretung sämtlicher besetzten Gebiete in Budapest und in Wien ins Leben zu rufen und es wurden zu diesem Behufe die gemeinsamen Exposituren der Warenverkehrscentralen geschaffen. Die gemeinsamen Exposituren stellen ein Kollektivorgan der Vertreter der einzelnen Militär-Generalgouvernements, beziehungsweise des in Albanien funktionierenden höchsten Kommandos dar, wobei im Interesse eines einheitlichen Vorganges und der besseren Ausnützung der zur Verfügung stehenden Kräfte diese Vertreter in eine Gruppe vereinigt und in Wien unter die Leitung des Vertreters der Warenverkehrszentrale Krakau, in Budapest dagegen unter jene der Warenverkehrszentrale Belgrad gestellt wurden, da das polnische Okkupationsgebiet wirtschaftlich mehr von Wien, das serbische dagegen, schon infolge der geographischen Lage, wirtschaftlich mehr von Budapest abhängt.

Die gemeinsame Expositur in Wien ist im Gebäude der Handels- und Gewerbekammer, die in Budapest in der Dorottha-utca 9 untergebracht. Die günstige Lage der Amtslokalitäten ermöglicht einen regen Parteienverkehr und eine innige persönliche Fühlungnahme mit den Interessenten des Handels und der Industrie. Die gemeinsamen Exposituren sollen vor allem ein Bindeglied zwischen den amtlichen Zentralstellen und den Militär-Generalgouvernements verwirklichen. Dieser innige Kontakt äußert sich in erster Linie auf dem Gebiete der Erwirkung von Ausfuhrkontingenten und Ausfuhrbewilligungen. Die Leiter der gemeinsamen Exposituren nehmen an den bezüglichen Sitzungen der Zentralstellen teil und sind an der Hand des ihnen von seiten der Warenverkehrscentralen zur Verfügung gestellten Materials in der Lage, in den einzelnen konkreten Fällen alle gewünschten Aufklärungen zu erteilen. Eine ähnliche Rolle fällt ihnen bei der Begutachtung der Einfuhrbewilligungen zu. Auch die Erwirkung der Freigabe beschlagnahmter Artikel (Eisen, Petroleum) fällt in ihr Ressort. Neben diesem rein amtlich-administrativen Wirkungskreise sind die gemeinsamen Exposituren auch Organe des Exportförderungsdienstes. Die Beschaffung von Offerten, die Orientierung der Interessenten in Fragen, die auf den Warenverkehr mit den okkupierten Gebieten Bezug nehmen, sind Momente, die nicht nur vom Gesichtspunkte der Militär-Generalgouvernementsgebiete, sondern auch von jenem der Monarchie, schon in Anbetracht der handelspolitischen Zukunft, nicht unbeachtet bleiben dürfen.

Es sei auch noch auf jene Tätigkeit hingewiesen, die den gemeinsamen Exposituren bezüglich der Ausfuhr aus dem Okkupationsgebiete nach der Monarchie zufällt. Wenngleich die Uberschüsse der landwirtschaftlichen Produktion, sowie die Ergebnisse gewisser im Heeresinteresse erforderlichen Beschlagnahmsaktionen nicht im Wege des freien Handels in Verkehr gebracht, sondern an die hierfür bestimmten Zentralstellen in der Monarchie abgegeben werden, so ergibt sich dennoch auch auf diesem Gebiete ein ziemliches Feld der Tätigkeit für die gemeinsamen Exposituren. Die Möglichkeit eines persönlichen Kontakts mit dem Publikum und das Vorhandensein guter telephonischer Verbindungen zu den einzelnen Gouvernements fördern dieses Ziel. Die gemeinsamen Exposituren stehen auch zu den Warenverkehrsbureaus in engen Beziehungen und versehen nebst ihrer amtlichen Tätigkeit auch ähnliche kommerzielle Funktionen, wie dies bei den Warenverkehrsbureaus hinsichtlich jener Balkanländer der Fall ist, nach welchen sie ein Expeditionsmonopol genießen. Endlich sei der informativen Tätigkeit Erwähnung getan, durch welche die gemeinsamen Exposituren den Handels- und gewerblichen Kreisen der Monarchie einen großen Dienst erweisen: es handelt sich da um die Beschaffung vertraulicher Mitteilungen über den Stand, die Vermögens- und Kreditverhältnisse von den im Okkupationsgebiete tätig gewesenen oder tätigen Firmen. In einer Zeit des eingeschränkten Eisenbahnverkehrs und der beschwerlichen Reisen ist auch die Bedeutung dieses Dienstes nicht von der Hand zu weisen.

Wirtschaftsverhandlungen in Wien.

Von

Professor Dr. Ludwig Stein.

Heute abend begeben sich die deutschen Teilnehmer an den wirtschaftlichen Verhandlungen zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn nach Wien, wo am Montag, dem 23., die Verhandlungen voraussichtlich beginnen werden. Friedrich Naumanns „Mittel-Europa“, Heft 4, ist bereits in der Lage, die österreichischen, ungarischen und deutschen Teilnehmer an dieser Konferenz mit Namen zu bezeichnen. So weit meine Erkundungen reichen, ist die österreichisch-ungarische Liste vollständig. Es werden nämlich von dieser Seite teilnehmen: der Leiter des Handelsministeriums Wirklicher Geheimer Rat Viktor Mataja, der Sektionschef im gleichen Ministerium Wirklicher Geheimer Rat Richard Riedl und Ministerialrat Dr. Schüller, von ungarischer Seite der Handelsminister Graf Serenyi und sein Staatssekretär Freiherr von Pers.

In der Liste der deutschen Teilnehmer, die im Naumannschen „Mittel-Europa“ namentlich aufgeführt werden, fehlt ein wichtiger Name, nämlich der des Ministerialdirektors im preussischen Handelsministeriums Lufensky, dessen Entsendung nach Wien wir besonders Wichtigkeit beizulegen glauben müssen. Ob der Unterstaatssekretär im Reichsamt des Innern, Erzellenz Richter, abkömmlich ist, steht noch nicht fest, wohl aber darf mit Sicherheit angenommen werden, daß das Reichsamt des Innern durch den Geheimen Oberregierungsrat Dr. v. Schoenebeck vertreten sein wird. Der Umstand ferner, daß der Direktor der handelspolitischen Abteilung, Wirklicher Geheimer Legationsrat Dr. Johannes sich ebenfalls heute Abend nach Wien begibt, dürfte Gerüchte zum Verschwinden bringen, die in den Wandelgängen des Reichstages verbreitet waren. Somit wird unterrichtet sein, dürften sich die Verhandlungen längere Zeit hinziehen, es sind vorerst drei Wochen in Aussicht genommen. Die Führung der österreichischen Herren soll in den Händen des ehemaligen Botschafters der habsburgischen Monarchie in Rom, Erzellenz Freiherrn v. Merez liegen, während auf deutscher Seite unser Botschafter in Wien, Erzellenz Graf Botho v. Wedel die Geschäfte leiten wird. Es ist von Wichtigkeit, in diesem Zusammenhange daran zu erinnern, daß Botschafter von Wedel an der jüngsten Tagung der deutsch-österreichisch-ungarischen Wirtschaftsvereinigung in Budapest teilgenommen und dort eine sehr bemerkte Rede gehalten hat.

Der ungarische Ministerpräsident, Graf Moriz Esterhazy, war durch die gleichzeitige Tagung des Abgeordnetenhauses nicht in der Lage, die Verhandlungen des genannten Wirtschaftsverbandes persönlich zu eröffnen, wie er es lebhaft gewünscht hätte, aber er hat in der Unterredung, die ich an dieser Stelle veröffentlichte, ausdrücklich hervorgehoben, daß er den Bestrebungen bezüglich der Festigung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland ein warmes und lebhaftes Interesse entgegenbringt. Und so tritt denn die Wirtschaftskonferenz, die am Montag einsetzt, unter den günstigsten Auspizien in die Erscheinung, so daß man sich der zuversichtlichen Hoffnung hingeben darf, daß die Verhandlungen zu einem allseits befriedigenden Ergebnisse führen werden. Sobald die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den drei Staaten Deutschland, Oesterreich und Ungarn geregelt sein werden, ist der langersehnte Moment gekommen, auch mit den beiden anderen Verbündeten, Bulgarien und der Türkei, ein paralleles, wenn auch nicht identisches Abkommen wirtschaftlicher Natur zu treffen. Der strategischen Front muß, wie bei unseren Gegnern, nicht nur ein einheitliche politische, sondern ebenso sehr eine einheitliche wirtschaftliche Front entsprechen.

Seit länger als einem Jahrzehnt vertritt bereits Julius Wolff den mitteleuropäischen Wirtschaftsgedanken, der sich in der bekanntesten Vereinigung, die unter dem Präsidium des Herzogs Ernst Günther von Schleswig-Holstein steht, ihren Kristallisationsstein gefunden hat. Während des Krieges sind dann die Bestrebungen der deutsch-österreichisch-ungarischen Wirtschaftsvereinigung, an deren Spitze Geheimrat Paasche steht, hinzugegetreten. Naumanns „Mittel-Europa“ faßte alle diese Gedanken zusammen. Es ist nicht ohne Belang, in diesem Augenblick festzustellen, daß die Auswahl der Persönlichkeiten, die von den drei Regierungen nach Wien entsandt werden, die denkbar glücklichste ist. Von deutscher Seite haben seit Jahr und Tag Ministerialdirektor Lufensky und Erzellenz Richter einen Standpunkt vertreten, der sich dem der österreichischen Vertreter, Erzellenz Mataja, Richard Riedl und Dr. Schüller annähert. Auch der ungarische Vertreter, Staatssekretär Freiherr von Pers, teilt in großen Zügen jenen Standpunkt des Wirtschaftsverbändnisses, der in den Vorverhandlungen, die bereits in Berlin stattgefunden haben, wirksam zum Ausdruck gelangt ist. Wenn also der Reichskanzler, Dr. Michaelis, seine parlamentarische Tätigkeit durch einen Telegrammaustausch mit dem Grafen Czernin eröffnete, in welchem er die unverbrüchliche Bundestreue hervorhob, so werden die Wirtschaftsverhandlungen eine Bekräftigung und Befestigung dieser Bundestreue in sich schließen, weil das politische Treuverhältnis auf dem felsenfesten Untergrunde der festgelegten wirtschaftlichen Beziehungen ruhen wird.

21./III. 1917 130

Eine Schwierigkeit müssen wir noch hervorheben, weil sie behoben werden muß, bevor ein endgültiges Abkommen, sei es auch nur in grundsätzlichen Fragen getroffen werden kann. Es betrifft dies den zwanzigjährigen Ausgleich zwischen Oesterreich und Ungarn, den Graf Tisza vorbereitet hat und der die Voraussetzung der jetzigen Verhandlung bilden soll. Es ist klar, daß die beiden seit Jahrhunderten in Schicksalsgemeinschaft lebenden Staaten ihr wirtschaftliches Verhältnis auf dieselbe Dauer geregelt haben müssen, die für das Abkommen mit dem Deutschen Reiche in Aussicht genommen ist. Nun hat aber Graf Albert Apponyi, der jetzige Kultusminister, vor Uebernahme des Portefeuilles die ausdrückliche Bedingung gestellt und sie im ungarischen Parlament unterstrichen, daß er sich bezüglich des zwanzigjährigen Ausgleichs die Entscheidung für sich und seine Partei vorbehalte und die Zustimmung von gewissen Bedingungen abhängig mache. Mit dieser Stellung Apponyis wird die Konferenz in Wien zu rechnen haben. Aber bei dem guten Willen, der in allen Kreisen vorherrscht, wird auch hier ein Ausweg gefunden werden können, weil er gefunden werden muß. Es wird an die Formel gedacht, daß man, wenn die Weltkonstellation eine grundmäßig andere geworden ist, in den abguschließenden Vertrag die Klausel einfügen kann, daß unter Zustimmung der Kontrahenten eine Revision des abgeschlossenen Vertrages nach 10 Jahren vorgenommen werden kann. So sehr auch diese Formel zu Bedenken Anlaß geben dürfte, wird man, wenn mich meine Bitterung nicht täuscht, durch gegenseitiges Entgegenkommen auch in diesem Punkte über den Berg kommen. Der Wille zum Zusammenschluß ist hüben und drüben vorhanden, also wird auch der Weg dazu um so eher gefunden werden müssen, als wir den Feinden nicht das Schauspiel geben dürfen, daß wir zwar politisch zusammenhängen, aber wirtschaftlich auseinanderstreben.

22. VII. 1917

131

Wien, 22. Juli.

(Die wirtschaftlichen Verhandlungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland.) Für den Beginn dieser Woche ist die Fortsetzung der schon im Vorjahre begonnenen Verhandlungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland über die Regelung der gegenseitigen wirtschaftlichen Beziehungen angekündigt. Die Delegierten des Deutschen Reiches, wie verlautet, unter Führung des Unterstaatssekretärs Dr. Richter, treffen morgen in Wien ein und werden mit den handelspolitischen Referenten der beteiligten österreichischen und ungarischen Ministerien in Beratungen eintreten. Einleitende Verhandlungen haben bereits im Vorjahre stattgefunden, und zwar bezüglich eines Zolltariffschemas. Jetzt werden die Verhandlungen fortgesetzt werden und sich auf handelspolitische, währungspolitische und andre wirtschaftliche Fragen erstrecken. Die Beratungen waren für einen früheren Zeitpunkt in Aussicht genommen, verzögerten sich aber infolge äußerer Umstände. In einer vor Monatsfrist verlautbarten Mitteilung wurden die nun bevorstehenden Verhandlungen mit dem Deutschen Reich dahin charakterisiert, daß die Beratungen dem „Abschluß der wirtschaftlichen Uebereinkommen“ gewidmet seien.

Die wirtschaftlichen Verhandlungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland.

Heute nachmittag werden im Ministerium des Aeußern die wirtschaftlichen Verhandlungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland beginnen.

Von deutscher Seite werden sich zu diesem Zwecke, wie die von dem Reichstagsabgeordneten Friedrich Klummann herausgegebene Zeitschrift „Mitteleuropa“ meldet, nach Wien begeben: Der Unterstaatssekretär im Reichsamt des Innern Richter und vom gleichen Amt Geheimer Oberregierungsrat Doktor v. Schönebeck. Das Reichsschatzamt, sofern es an den Verhandlungen beteiligt ist, wird durch seinen Direktor Geheimrat Menschel vertreten sein. Das preußische Finanzministerium delegiert den Abteilungsdirigenten für die Verwaltung der Börsen und der indirekten Steuern Dr. Woljfram, das preußische Ministerium für Handel und Gewerbe den vortragenden Rat der Handelsabteilung Reuhaus, das preußische Landwirtschaftsministerium dürfte den Geheimen Regierungsrat Dr. Abicht entsenden. Das Auswärtige Amt ist außer durch den Botschafter durch den Direktor der handels-technischen Abteilung Dr. Johannes und den vortragenden Rat v. Stöckhamern vertreten. An der Spitze der deutschen Delegation steht der deutsche Botschafter Graf v. Bedel. Außerdem nehmen an den Verhandlungen teil: Bayern durch seinen Bundesratsbevollmächtigten Staatsrat v. Kohl und Sachsen durch seinen Bundesratsbevollmächtigten Geheimrat Scharf.

Von österreichischer Seite werden an den am 23. d. beginnenden Verhandlungen teilnehmen: Der Leiter des Handelsministeriums Wirklicher Geheimer Rat Viktor Mataja, der Sektionschef im gleichen Ministerium Wirklicher Geheimer Rat Richard Niedl und Ministerialrat Dr. Schüller, von ungarischer Seite der Handelsminister Graf Serenyi und sein Staatssekretär Freiherr v. Pers.

26. / VII. 1912.

No
135**Industrie und Handel in der Ubergangswirtschaft.**

O Hamburg, 25. Juli. (Telegr.)

Die in der Körperschaft eines Ehrbaren Kaufmann zusammengefloßene Hamburger Kaufmannschaft hielt heute in der Börse auf Einladung der Handelskammer eine Versammlung ab, um Entschlüsse über die Stellung des Handels in der Ubergangswirtschaft zu fassen. Die Versammlung war auf den Vorschlag des Verbandes des Hamburger Einfuhrhandels und des Zentralverbandes des Deutschen Großhandels von der Handelskammer einberufen worden. Herr Oswald vom Verband des Einfuhrhandels wies nach einer einführenden Ansprache des Handelskammerpräsidenten Hepe auf den Anlaß der heutigen Kundgebung hin. Den Anlaß bildeten Mitteilungen, die ihm u. a. in Hamburg Ende Juni vom Reichskommissar für Ubergangswirtschaft und verschiedenen seiner Hauptmitarbeiter gemacht worden seien, dahingehend, daß die Industrie „Devisen und Tonnage“ für den Ankauf von industriellen Rohstoffen zugeteilt erhalten würde. Der Industrie müsse es überlassen werden, sich mit dem Einfuhrhandel zu verständigen, welche Menge Devisen und Tonnage sie an ihn übertragen wolle. Der Reichskommissar habe zwar hinzugefügt, daß der Industrie auferlegt werden solle, sich des Handels zu bedienen. Die Industrie sei auch bereit, mit dem Handel zusammenzuarbeiten, und in den Industrieorganisationen würden Vertreter des Reichskommissariats die Oberaufsicht führen. Ob dieser Beschluß schon unabänderlich sei, stehe dahin. Darum sei es heute noch Zeit, die Stimme dagegen zu erheben. Man habe die feste Überzeugung, daß der Reichskommissar persönlich alles in seinen Kräften Stehende tun werde, um den Handel vor Schaden zu bewahren. Man könne aber nicht das gleiche Zutrauen zu allen andern Mitgliedern des Kommissariats für Ubergangswirtschaft haben. Bezeichnend sei die Äußerung eines maßgebenden Herrn, der fallbällig ausgesprochen habe, der Handel werde sich damit abfinden müssen, der Kommissionär der Industrie zu werden. Wegen einer derartigen Auffassung der Bedeutung, der Rechte und der Befugnisse des Handels erhebe der Handel aufs entschiedenste Einspruch. Er wolle mit der Industrie Hand in Hand arbeiten, wie es vor dem Kriege gewesen sei, er wolle seine alten Verbindungen mit ihr pflegen und weiter ausbauen. Kein verständiger Kaufmann werde daran denken, zu fordern, daß denjenigen Industriekreisen, die schon vor dem Kriege selbst unmittelbar eingeführt haben, dieses in der Ubergangszeit nicht erlaubt sein soll. Aber mit demselben Recht müsse der Handel fordern, daß er nicht ausgeschaltet oder wesentlich in seiner Tätigkeit eingeschränkt werde. Gewiß habe die Industrie und hätten alle Verbraucher, aber ebenso auch der Handel als Konsument und Exporteur das größte Interesse daran, daß die Rohstoffe möglichst billig nach Deutschland hereinkämen. In diesem gemeinsamen Interesse liege aber die Bürgschaft, daß der legitime Handel keine unberechtigten Preistreiberereien eintreten lassen werde. Eine noch härtere Bürgschaft liege darin, daß die Konkurrenz dieses verhindern werde. Sollten trotzdem noch Bürgschaften wegen Preisgestaltung verlangt werden, so sei der Handel bereit, alles weitgehend zu geben. Der Handel lege in der Ubergangszeit den Hauptwert nicht auf einen großen Verdienst, sondern darauf, seinen Betrieb überhaupt erst wieder aufnehmen zu können.

Nach weiteren Ausführungen sprach der Vertreter des Zentralverbandes des deutschen Großhandels, Herr Edgar Mölling. Er führte eingehend aus, wie der Handel das Preis- und Marktrisiko den Industriellen abnehme, Weltmärkte schaffe, die erst durch ihre Größe die billigen Einkaufsmöglichkeiten verbürgten. Der Fabrikant könne nur in Ausnahmefällen gleichzeitig erfolgreicher Einkäufer sein. Der Handel verlange durchaus keine bevorrechtigte Stellung, er beanspruche lediglich den ihm gebührenden Platz an der Sonne. Die drei großen Erwerbsstände der Volkswirtschaft, Landwirtschaft, Handel und Industrie, seien nach der Ansicht der Kaufmannschaft dazu berufen, einander gegenseitig zu ergänzen und sich anzupassen, mit- und nicht gegeneinander zu arbeiten. Der Handel müsse es als eine schreiende Ungerechtigkeit empfinden, wenn auf seine Kosten einem andern Erwerbsstand mit Hilfe und auf Veranlassung der Regierung eine Bevorzugung eingeräumt würde. Die Ausschaltung des Handels beim Bezug von Rohstoffen werde die Industrie veranlassen, auch bei der Ausfuhr ihrer fertigen Waren sich in Zukunft mehr und mehr vom Handel loszumachen. Was das für die zahlreichen Exporteure bedeuten würde, brauche kaum gesagt zu werden. Eine ganze Reihe von Existenzen würde einfach vernichtet werden, große, in den überseeischen Ländern ausstehende deutsche Kapitalien würden verlorengehen. Noch auf einen andern Punkt müsse verwiesen werden, um klarzumachen, wie notwendig es sei, daß dem Handel die Devisen und Tonnage überlassen bleibe. Bekanntlich sei zu einem großen Teil der Verkehr mit den überseeischen Ländern, besonders mit Westindien, Zentralamerika und Afrika darauf zugeschnitten, daß der Exporteur Zahlung für gelieferte Waren in Form von Konstanationen in Landeserzeugnissen erhält, oder laufende Vorschüsse zum Betrieb von Pflanzungen gegen Verpfändung der Ernten erteilt. Diese sehr wichtige Frage bedürfe einer besondern Regelung und sei, soviel der Redner wisse, bereits vom Verein Hamburger Exporteure der Ermöglichung des Ubergangskommissars anheimgegeben worden; sie werde hoffentlich eine befriedigende Lösung finden, da sonst die Gefahr bestehe, daß, wenn dem Handel nicht die erforderliche Devisen und Tonnage für diese Geschäfte zugeteilt werde, auch sie an das Ausland verloren ginge. Welche Märkte dann den Vorteil haben würden, wisse ein jeder selbst. Es wären in erster Linie New York, London, Liverpool und Havre, also wiederum ein Ausfall an deutschem Nationalvermögen zugunsten der uns heute feindlichen Völker. Der Redner machte noch weitere Ausführungen und schloß, mit tiefem Bedauern würde es alle Kaufleute erfüllen, wenn nach all den getragenen Opfern der Handel schlechter als früher gestellt werden würde. Diese Gefahr zu beschwören, sei der Zweck der Versammlung. Es gelangte hierauf einstimmig die folgende Entscheidung zur Annahme:

Die von der Handelskammer auf Anregung des Verbandes des Hamburger Einfuhrhandels und des Zentralverbandes des deutschen Großhandels einberufene Versammlung eines „Ehrbaren Kaufmann“ erhebt mit aller Entschiedenheit Einspruch gegen jede Zurücksetzung des Handels bei der Organisation der Ubergangswirtschaft. Wenn vom Reichskommissar Valuta und Schiffsraum zur Verfügung gestellt werden, muß deren direkte Überweisung an den Handel entsprechend seiner früheren Beteiligung bei der Einfuhr von Rohstoffen und Halbfabrikaten gefordert werden. Sollte einzelnen industriellen Verbänden Valuta und Schiffsraum direkt zugeteilt werden müssen, so ist diesen Verbänden die Verpflichtung aufzuerlegen, sich des Handels bei der Einfuhr in demselben Maße zu bedienen. Es ist ferner zu fordern, daß der Einkauf aller andern Waren, insbesondere der Konsumartikel, dem Handel überlassen bleibt, der dies unter Wahrung der Interessen der Verbraucher nach den Vorschriften des Reichskommissars zu beschaffen hat. Nur der Handel kann auf Grund seiner Erfahrungen und seiner Beziehungen die alten Verbindungen wiederherstellen und neue auffinden. Würde er auch nur zum Teil ausgeschaltet werden, so kann eine wesentliche Schädigung der ganzen deutschen Wirtschaftsführung nicht ausbleiben. Die Versammlung spricht daher die zuversichtliche Erwartung aus, daß die Maßnahmen des Reichskommissars für Ubergangswirtschaft nicht zu einer Verschlechterung der Stellung des Handels gegenüber dem Zustand vor dem Krieg führen werden.

Der Vorsitzende der Handelskammer schloß die Versammlung mit eindringlichen Worten für einen Frieden nach den Worten des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg. Hamburg wolle lieber noch länger ausharren als einen schlechten Frieden machen.

Die deutschen Wirtschaftsbindnis-Unterhändler in Wien.

Am Montag haben in Wien die Beratungen über die Gestaltung des Wirtschaftsbindnisses zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn begonnen. An der Spitze der deutschen Unterhändler steht der deutsche Botschafter in Wien, Graf Wedel. Das ist aber nur eine Formsache. An den eigentlichen Beratungen kann der Botschafter, weil es ihm dazu an den sachmännischen Kenntnissen gebricht, nicht teilnehmen. Die Leitung der deutscherseits ins Treffen geschickten sachmännischen Kreise hat danach der Unterstaatssekretär im Reichsamt des Innern, Dr. Richter, in dessen Amtsbereich die handelspolitischen Fragen gehören. Ursprünglich war geplant, daß außer dem Staatssekretär des Auswärtigen die Staatssekretäre des Innern und des Reichsschatzamtes sich persönlich nach Wien begeben sollten, um sich wenigstens an der Beratung über die Hauptfragen zu beteiligen. Mit ihnen sollte sich der preussische Handelsminister Dr. Sydow nach Wien begeben, und zwar hauptsächlich aus dem Grunde, um mit seinem umfangreichen Wissen den Reichsschatzsekretären des Reichsschatzamtes und des Innern, die in Zollfragen gar nicht oder nur sehr wenig bewandert sind, zur Seite zu stehen. Dieser Plan war aber schon aufgegeben, bevor die letzte Reichstanzlerkrisis, die ja verschiedene Aenderungen in den hohen Aemtern zur Folge haben wird, ausgebrochen war. Unterstaatssekretär Dr. Richter wird also die Leitung der deutscherseits zu führenden Verhandlungen verbleiben. Neben Dr. Richter ist besonders zu nennen der Leiter der handelspolitischen Abteilung im Auswärtigen Amt, Dr. Johannes, von dem einige Blätter wissen wollten, daß er nächstens aus dem Amte scheiden werde, der aber als Vertreter dieses Amtes gegenwärtig an den Beratungen in Wien eifrig teilnimmt.

Außer dem Reiche ist Preußen durch mehrere Bevollmächtigte vertreten. Von den anderen Bundesstaaten nehmen Bayern und Sachsen, und zwar durch je einen Bevollmächtigten, an den Wiener Besprechungen teil.

Die Z. E. G.

Ihr Aufbau. — Die Miete für den Lindenhof.

In die Einrichtungen und Aufgaben der Zentral-Einlaufsgesellschaft, derjenigen Organisation der Kriegswirtschaft, die am meisten in der Öffentlichkeit genannt und wohl auch angegriffen wird, erhielt man heute vormittag infolge einer Aussprache, die im Sitzungssaal der Z. E. G. mit Pressevertretern gepflogen wurde, einen anregenden Einblick.

Beh. Regierungsrat Dr. W. Frisch wies in der einleitenden Ansprache darauf hin, daß die Z. E. G. kein zur Erzielung eines Gewinnes gegründetes Unternehmen ist; sie erfüllt ihre Aufgabe einzig und allein darin, zur Versorgung des deutschen Volkes die Einkäufe von Lebensmitteln im neutralen Auslande zu organisieren. Nach ihren Satzungen darf sie Dividenden nicht verteilen, und ihre Preispolitik ist daher nur darauf gerichtet, Verluste zu vermeiden und ihre Unkosten zu decken. Mit der Verteilung der herangeschafften Waren hat die Z. E. G. als solche nichts zu tun; sie führt höchstens auf Weisung der dazu berechtigten Gesellschaften oder Behörden Verteilungsmaßnahmen durch.

Wie gewaltig der Umfang der Tätigkeit der Z. E. G. gewachsen ist, das zeigten die Ausgaben, die die Leiter der Buchhalterei und der Organisationsabteilung machten. 150 Buchhalter, 390 Buchhalterinnen, daneben drei vereidigte Bücherrevisoren mit 20 Beamten sind allein damit beschäftigt, um die Buchhaltung zu führen. Im ganzen beschäftigt die Z. E. G. in ihren sechs Zentral- und siebzehn Warenabteilungen 4900 Personen, in Berlin allein 2776, davon sind 943 männlich, 1833 weiblich. August 1915 begann die Z. E. G. in Berlin mit 580 Personen, August 1916 waren in der Reichshauptstadt in ihren Diensten 2925 tätig. Die Bevollmächtigten erhalten 700 Mark Monatsgehalt, selbständige Buchhalter 400 Mark, Buchhalterinnen durchschnittlich ungefähr 250 Mark. Die in leitenden Stellungen befindlichen Personen haben kein besonderes Gehalt, nur tägliche Aufwandselder. Diese betragen für die in Berlin ihren Wohnsitz habenden 10 Mark, für Herren von auswärts 25 Mark. Im Januar 1916 war das Durchschnittsgehalt des Angestellten 211 Mark, im Januar 1917 218 Mark und im Juni 1917 221 Mark. Während früher die gesamten Mieten 754 000 Mark betragen, sind sie jetzt auf 695 000 Mark zurückgegangen. Das Haus Behrenstraße 21, dem Hauptsitz der Z. E. G., gehört der Disconto-Gesellschaft, deren gesamte Einrichtungen mit übernommen worden sind, auch die oft genannten Klubsessel. Die Miete für den „Lindenhof“ beträgt jährlich 125 000 Mark, dafür wurden noch die gesamten Einrichtungen, Telephon, Teppiche usw., mit übernommen. Es stellt sich hier die Miete für den Quadratmeter auf 34,9 Mark heraus. Das Mieten von Hotels zu Büroräumen bietet den Vorteil, daß so gut wie keine Einbauten nötig sind. Gerade durch das Mieten des „Lindenhofs“ konnte man andere Mieterräume abstoßen, eine bessere Ausnutzung des Personals durch Zusammenlegung der Räume herbeiführen.

Es folgten dann Darlegungen der Fleisch-, Käse-, Butterversorgung. Dann beschäftigte man die Arbeitsräume im „Lindenhof“.

Die Ausichten der deutschen Seeschifffahrt.

Das Jahrbuch des Norddeutschen Lloyd für 1916/17 bringt einen Aufsatz von Generaldirektor Heineken über „Die deutsche Handelschifffahrt im Weltkriege“, worin interessante Angaben über die Betätigung der Gesellschaft während des Krieges enthalten sind und auch die zukünftigen Entwicklungsmöglichkeiten erörtert werden. Herr Heineken weist auf den angesichts der vierjährigen Dividendenlosigkeit verhältnismäßig hohen Kursstand der Reedereiaktien hin, der sich wohl durch die große Wertsteigerung der Tonnage auf dem internationalen Schiffsmarkt erkläre. Aber diese Höherbewertung genüge nicht, um der deutschen Seeschifffahrt ein derartig günstiges Horoskop zu stellen. Die heute schon vielfach unzutreffende Meinung, nach dem Kriege habe alle Not für die deutschen Reedereien ein Ende und sie würden nur so im Golde schwimmen, bezeichnet Heineken als zum mindesten recht verfrüht. Er sei dabei von einer pessimistischen Beurteilung der Zukunft in bezug auf das Reedereigeschäft weit entfernt. Er fährt dann fort:

Ob sie wollen oder nicht jenseits des Kanals, sie werden doch wieder mit uns arbeiten müssen. Insofern bin ich deshalb Optimist. Bis es aber wieder so weit ist, werden unsere Industrie, Handel und Schifffahrt schwere und ernste Kämpfe durchzumachen haben. Deshalb kann ich nicht so recht an die sieben fetten Jahre glauben, deren automatisches Einsetzen nach Kriegsbeendigung uns Reedern von wohlwollender Seite prophezeit wird! Sicherlich wird zwar die erhebliche Verminderung der Welttonnage während des Krieges, die in erster Linie auf die Tätigkeit unserer waderen U-Boote zurückzuführen ist, ein starkes Anziehen der Frachtraten nach dem Frieden zur Folge haben, von der die Handelschifffahrt profitieren wird. Die Frage ist nur, wie lange wir diese Hauffe auf dem Frachtenmarkt haben werden. Da glaube ich doch, daß diejenigen englischen Ablader, die zehnjährige Frachtverträge zu den heutigen Phantasiefrachtpreisen abgeschlossen haben, sich ganz gewaltig zu ihrem Nachteil verakkumuliert haben, sehr zur Freude der englischen Reeder allerdings. Zwei bis drei Jahre nach dem Friedensschluß dürften sich die Verhältnisse m. E. wieder so zurechtgeschoben haben, daß die Frachten zwar vielleicht nicht auf den alten niedrigen Stand zurückgegangen sein, aber doch heilweitem nicht mehr ihre heutige Höhe haben werden. Die weitere Frage aber ist die, ob die deutsche Schifffahrt wirklich in der Lage sein wird, die gute Konjunktur rücksichtslos auszunützen.

Zum Schlusse gibt Heineken der Zuversicht Ausdruck, daß die deutschen Gesellschaften, wenn ihnen vom Reiche über die ersten schlimmen Zeiten, wo sie ihren ausländischen Konkurrenten in schärfstem Kampfe gegenüberstehen müssen, hinweggeholfen wird, auch diese härteste Probe bestehen und den verlorenen Boden wiedergewinnen werden, trotz des „Krieges nach dem Kriege“, der dem deutschen Handel von seinen Feinden zugeschworen ist.

28. / VII 1917.

28

139

Vertreter des Handwerks im Beirat für Uebergangswirtschaft. In den Beirat des Reichskommissars für Uebergangswirtschaft sind, wie wir erfahren, als Vertreter des deutschen Handwerks vom Reichskanzler berufen worden: Obermeister Plate und Generalsekretär Dr. Neusch (Hannover) vom Deutschen Handwerks- und Gewerkekammertag, Obermeister Kahardt von der Berliner Handwerkammer, Reichstagsabgeordneter Malermeister Srl von der Handwerksammer für Oberbayern, Schlossermeister Marcus (Berlin-Schöneberg) vom Zentralauschutz der vereinigten Innungsverbände Deutschlands, Genossenschaftsleiter Esser vom Rheinischen Handwerkerbund und Direktor Korthaus vom Hauptverband deutscher gewerblicher Genossenschaften.

A41

Die österreichische Industrie im Kriege und späterhin.

Von Heinrich Wetzer,

Präsident des Bundes Österreichischer Industrieller.

Dieser Krieg, welcher fast die gesamte industrielle Güterproduktion der Erde in seinen Dienst stellt, hat bekanntlich den Charakter früherer Kämpfe verloren. Vielfach hört man sagen, der Krieg wird nicht durch die kämpfenden Armeen, sondern durch die höhere industrielle Leistungsfähigkeit entschieden. Diese Anschauung ist gewiß unrichtig; entscheidend sind nur die ideellen Kräfte. Und es ist gut so; denn welch schreckliches Bild ergäbe sich sonst für die Zukunft der Industrie. Ministerpräsident v. Koerber hat einmal in einer Industriellenversammlung das Wort geprägt: „Die Industrie ist das stählerne Werkzeug menschlicher Kultur.“ So groß auch ihre Bedeutung in dem Weltkriege sein mag, ihre wirkliche Kraft und ihren wahren Wert wird die Industrie erst zeigen, wenn es gilt, die Wunden zu heilen, die der Menschheit zugefügt worden sind.

Ein wirkliches Bild der Entwicklung der Industrie im Kriege läßt sich heute nicht gewinnen. Wir stehen noch mitten in den Ereignissen, es fehlt jede Perspektive. Wir waren Zeugen der Umstellung der Produktion vom Friedens- auf den Kriegsbedarf. Diese Umbildung hat sich glatt vollzogen und ist um so höher zu veranschlagen, als gleichzeitig auch eine wesentliche Steigerung des Bedarfes eintrat, der befriedigt wurde trotz der Schwierigkeiten der Rohmaterial-, Maschinen- und Arbeiterbeschaffung. Die Ententeländer bestellten einen großen Teil des Kriegsbedarfes in Amerika, Japan und den neutralen Staaten. In Deutschland konnten die zahlreichen im Frieden nur für den Export arbeitenden industriellen Anlagen zur Verfügung gestellt werden. In Oesterreich dagegen hatte unsere verhältnismäßig kleine und überwiegend nur für den Inlandsbedarf arbeitende Industrie fast den gesamten enormen Kriegsbedarf allein zu decken. Die Produktionsmittel (Werkstätten, Maschinen etc.) mußten daher beträchtlich vermehrt werden, wahre Wunder der Technik wurden vollbracht, neue Materialien und Arbeitsmethoden ermittelt und epochale Erfindungen gemacht, die der Industrie neue Bahnen weisen. Die Industrie in Oesterreich hat im Kriege viel gelernt. Die technische Durchbildung der Produktion, die Arbeitsteilung, Spezialisierung und Einstellung der Fabrikation auf die Erzeugung von Massengütern hat wesentliche Fortschritte gemacht.

Wenn auch, wie bereits erwähnt, erst die zukünftige Forschung ein klares Bild über die Leistungen der Industrie im Krieg ermöglichen wird, ist es doch heute schon geboten, das Werden und Geschehen festzuhalten. Es war daher ein dankbar zu begrüßender glücklicher Gedanke des Kriegsministeriums, eine eigene Abteilung, das „Wissenschaftliche Komitee für Kriegswirtschaft“ zu schaffen, welche sich mit der Sammlung des einschlägigen Materials befaßt. Leider ist nicht bekannt, nach welchen Gesichtspunkten dieses Komitee arbeitet. Sicherlich hätten seine Arbeiten — weit über das Interesse der Heeresverwaltung hinaus — geradezu unschätzbaren richtunggebenden Wert für die zu treffenden wirtschaftlichen Maßnahmen nach dem Kriege. Ein gewisses Einvernehmen des Wissenschaftlichen Komitees im Kriegsministerium mit den Zivilressorts und sonstigen zuständigen wirtschaftlichen Faktoren wäre daher nur von größtem Vorteil für die Allgemeinheit.

Es wird die oberste Aufgabe des Parlaments, der Regierung und der gesamten Bevölkerung sein, alle Kräfte für den Übergang von der Kriegs- in die Friedenswirtschaft zusammenzufassen. Niemand weiß, wie die Zukunft aussehen wird, viele Voraussetzungen haben sich schon jetzt als falsch erwiesen. Wenn ich nun dem früher Gesagten noch einige Worte über die Übergangs- und Friedenswirtschaft hinzufüge, so will ich nicht über Möglichkeiten sprechen, sondern mich tunlichst auf Tatsachen beschränken. Die eine Tatsache ist die erhöhte technische Leistungsfähigkeit unserer Industrie, die ihr die Umstellung von der Kriegs- auf die Friedensproduktion erleichtert wird, die andere das große Konsumbedürfnis der Bevölke-

zung. Nun ist es gewiß fraglich, ob die Industrie von ihrer Leistungsfähigkeit wird Gebrauch machen können, und ob die Bevölkerung die Mittel haben wird, ihre dringlichen Bedürfnisse zu befriedigen; denn vor uns stehen der Rohstoffmangel, die valutarischen und Transport Schwierigkeiten, die ungeheuren Steuerlasten, die abgerissenen Auslandsbeziehungen einerseits, das zu erwartende Angebot auf dem Arbeitsmarkte und die gewiß nicht plötzlich verschwindende Teuerung andererseits. Die einen Momente werden produktionshindernd, die anderen konsumhindernd wirken. Vielleicht werden aber gerade diese Gegenwirkungen den Uebergang erleichtern.

Vergeßen wir auch nicht, daß sich während des Krieges in manchen Staaten große Kapitalien angesammelt haben, die Anlage suchen werden. Das Geld geht bekanntlich dort hin, wo es am sichersten und nutzbringendsten angelegt ist. Der Frieden wird mit allen Böllerverheerungen gründlich aufräumen und von Absperrungen und Boykott wird keine Rede sein. Die äußeren — und wie wir alle hoffen — auch die inneren politischen Verhältnisse werden eine ruhige Entwicklung unserer Monarchie garantieren. Warum sollte das ausländische Kapital von dem höheren Zinsfuß und der durch die Wechselkurse gegebenen Gewinnmöglichkeit nicht Gebrauch machen und nach Oesterreich wandern, sei es in Form des Kaufes von österreichischen Wertpapieren oder Gewährung von Krediten, sei es insbesondere durch Investitionen. Ich erinnere hier an die Kanalprojekte, den Ausbau der Wasserkraft, die innere Kolonisation, die Intensivierung der Landwirtschaft und die Ausnutzung der Pro-

duktionsmöglichkeiten, die sich während des Krieges ergeben haben. Im übrigen wissen wir nicht, ob wir nicht überhaupt vor einer völligen Umformung unserer Geldwirtschaft stehen, ist doch der Grundsatz, daß die Note ihren Wert durch die Golddeckung erhält, schon vor dem Kriege nicht mehr unerschütterlich gewesen. Viele hier angeordnete Fragen haben übrigens internationale Bedeutung und werden vielleicht auf dem Friedenskongreß unter Mitwirkung aller Staaten ihre grundlegende Lösung finden.

Wie gesagt, ich blicke mit Zuversicht in die fernere Zukunft, weil ich nicht glauben kann, daß dieser Krieg, der auf anderen Gebieten die Menschheit mit einem so großen Ruck nach vornwärts bringt, gerade in kultureller Hinsicht die Menschheit dauernd zurückschrauben soll, und das wäre der Fall, wenn den Völkern durch längere Zeit eine Einschränkung in der Befriedigung ihrer Kulturbedürfnisse auferlegt wäre. Ich bin auch andererseits der Meinung, daß der durch die gesteigerte technische Arbeitsmöglichkeit potenzierte Arbeitswille der Industrie und das Konsumbedürfnis der Bevölkerung zwei Kräfte von so elementarer Gewalt sind, daß sie die entgegenstehenden Hindernisse mit der Zeit überwinden werden.

Weniger die Friedenswirtschaft, vielmehr die Uebergangswirtschaft macht mir Sorge. Gerade für den Uebergang wäre aber die Heeresverwaltung berufen und in der Lage, unterstützend einzugreifen. Schon durch eine Individualisierung bei der Abwicklung der Lieferungs geschäfte könnte manches Gute geschaffen werden. In dem einen Fall wird eine Enthebung von der Auslieferung, in dem anderen eine Weiterbeschäftigung in der einen oder anderen Form am Platze sein. Die Heeresverwaltung, welche über große Mengen von Vorräten verschiedenster Art verfügt, könnte der Industrie speziell über die erste Zeit des Rohmaterialmangels durch Ueberlassung der Vorräte hinüberhelfen. Wird auch noch die personelle und Sachdemobilisierung in möglichster Anpassung an die wirtschaftlichen Erfordernisse durchgeführt, so verspreche ich mir von einem solchen Eingreifen der Heeresverwaltung den größten Erfolg.

Unser aller Mühe muß auf ein glückliches Ueberstehen der Uebergangszeit gerichtet sein. Unseren Wirtschaftsorganismus möchte ich für die Uebergangszeit mit einem Fieberkranken vergleichen. Es ist unsere Aufgabe, den Organismus während dieser Zeit zu kräftigen und in Funktion zu erhalten; allzu viel an ihm herumzumedizinieren, halte ich aber für schädlich. Hat der Kranke eine gesunde Konstitution, dann hilft sich die Natur allein und in die gesunde Konstitution unseres neuen Oesterreichs habe ich das vollste Vertrauen.

Die Versorgung der Schweiz.

Eine deutsche Anleihe als Gegenbedingung.

Bern, 28. Juli. (Meldung der „Schweizerischen Depesch-Agentur“.) In einer heute abgehaltenen Konferenz, an der eine Abordnung des Bundesrates, bestehend aus dem Bundespräsidenten Schulthess und dem Bundesrat Ador, Chef des politischen Departements, sowie Vertreter der schweizerischen Presse teilnahmen, wurden u. a. über die zwischen der Schweiz und den Entente-Staaten schwebenden Verhandlungen sowie über die Verhandlungen zwischen der Schweiz und Deutschland betreffend das Handelsabkommen nähere Mitteilungen gemacht.

Ueber die Verhandlungen in Paris wurde mitgeteilt, daß sie in diesen Tagen eröffnet werden. Sie beziehen sich auf die Ausfuhr von Holz und auf die Regelung einer Reihe von Transit-, Ausfuhr- und Einfuhrfragen. Besonders dringlich ist, daß der Schweiz die nötigen Transportmittel gesichert werden, vor allem für die Beförderung überseeischer Waren. Die Verhältnisse haben sich in letzter Zeit viel schwieriger gestaltet, und es ist der Schweiz bis jetzt nicht möglich gewesen, sich

den dringendst erforderlichen Schiffsraum zu sichern. In Bezug auf das Verhältnis der Schweiz zu Amerika hat die Schweiz Grund anzunehmen, daß die amerikanische Regierung nicht gesonnen ist, der Schweiz ernstliche Schwierigkeiten zu machen. Die Getreideankäufe werden zur Zeit tatsächlich unterbrochen, da keine genügende Ware vorhanden ist. Die Schweiz hofft die Ankäufe nach der neuen Ernte wieder aufnehmen zu können.

Bezüglich der Verhandlungen mit Deutschland wurde in der Mitteilung betont, daß für viele Lieferungen, vor allem Kohle und Eisen, Ersatzlieferungen von anderer Seite nicht möglich sind. Die Schweiz ist also darauf angewiesen, sich aus Deutschland vor allem die durchaus unentbehrliche Kohle zu beschaffen, um den Betrieb ihrer Transportanstalten, Gaswerke und Industrien zu sichern und für die Heizung im nächsten Winter Vorsorge zu treffen. Deshalb hat sich der Bundesrat dahin entschieden, daß der Abschluß eines neuen Abkommens zu wünschen sei, da nur durch ein solches bestimmte Sicherheiten für die Lieferung der nötigen Ware geschaffen werden könnten. Die Verhandlungen sind aber nicht leicht, da es bekannt ist, daß Deutschland selbst trotz des Bodenreichtums sich in Verlegenheit betreffs der Kohle befindet angesichts der ungeheuren Bedürfnisse der Kriegsindustrie. Auch die Preisfrage bietet große Schwierigkeiten, da auf deutscher Seite die Neigung besteht, den Preis unter Berufung auf die Kohlenpreise anderer Länder erheblich zu steigern, um sich für die durch Deutschland zu leistenden Zahlungen die nötigen Mittel zu beschaffen. Die Verhandlungen sind noch zu keinem Abschluß gelangt. Soviel steht aber heute schon fest, daß die Schweiz sich nur durch Gewährung einer sehr beträchtlichen Anleihe eine erhebliche Menge von Kohle zu erträglichen Preisen sichern kann.

Die Mitteilungen des Bundespräsidenten wurden ergänzt durch solche des Bundesrats Ador, der mit dem Bundespräsidenten die außerordentlich schwierige Lage der Schweiz hervorhob und entschieden betonte, daß die Schweiz auf das Entgegenkommen und das Verständnis beider Mächtegruppen zur Aufrechterhaltung ihres wirtschaftlichen Lebens angewiesen sei. Bezüglich der in Aussicht genommenen deutschen Anleihe vertrat auch er den Standpunkt, daß sich eine solche nicht werde umgehen lassen.

(Die wirtschaftlichen Verhandlungen der Schweiz mit Deutschland und Frankreich.) Aus Bern meldet die Schweizerische Depeschagentur: In einer heute stattgefundenen Konferenz, an der eine Delegation des Bundesrates, bestehend aus dem Bundespräsidenten Schultheß und dem Bundesrat Ador, sowie Vertreter der schweizerischen Presse teilnahmen, wurden unter anderem über die zwischen der Schweiz und den Ententestaaten schwebenden Verhandlungen, sowie über die Verhandlungen zwischen der Schweiz und Deutschland betreffend Handelsabkommen nähere Mitteilungen gemacht. Ueber die Verhandlungen in Paris wurde mitgeteilt, daß sie in diesen Tagen eröffnet werden. Sie beziehen sich auf die Ausfuhr von Holz und auf die Regelung einer Reihe von Transitausfuhr- und Einfuhrfragen. Insbesondere dringlich ist, daß der Schweiz die nötigen Transportmittel gesichert werden, besonders für die Beförderung überseeischer Waren. Die Verhältnisse haben sich in letzter Zeit viel schwieriger gestaltet, und es ist der Schweiz bis jetzt nicht möglich geworden, sich den dringendst erforderlichen Schiffsraum zu sichern. In bezug auf das Verhältnis der Schweiz zu Amerika hat die Schweiz Grund anzunehmen, daß die amerikanische Regierung nicht gesonnen ist, ernsthafte Schwierigkeiten zu machen und den Anlauf der nötigsten Waren zu verhindern, da die dort gefaßten Lebensmittel, industriellen Rohstoffe usw. schon jetzt den einschränkenden Bestimmungen der S. E. S. unterliegen. Es darf angenommen werden, daß Amerika sich für die Schweiz besonders interessiert und bereit ist, ihrer besonderen Lage Rechnung zu tragen. Die Getreideankäufe sind zurzeit tatsächlich sichergestellt, da keine genügende Ware vorhanden ist. Die Schweiz hofft, die Anläufe nach der neuen Ernte wieder aufnehmen zu können. Bezüglich der Verhandlungen mit Deutschland wurde in der Mitteilung betont, daß für viele Lieferungen, Kohle und Eisen vor allem, Ersatzlieferungen von anderer Seite nicht möglich sind. Die Schweiz ist also darauf angewiesen, sich aus Deutschland vor allem die absolut unentbehrliche Kohle zu beschaffen, um den Betrieb ihrer Transportanstalten, Gaswerke und Industrien zu sichern und für die Heizung im nächsten Winter Vorsorge zu treffen. Deshalb hat sich der Bundesrat dahin entschieden, daß der Abschluß eines neuen Abkommens erwünscht sei, da nur durch ein solches bestimmte Garantien für die Lieferung der nötigen Waren beschafft werden können. Der Bundesrat hat sich daher bereit erklärt, in Unterhandlungen über den Abschluß eines neuen Abkommens einzutreten. Die Verhandlungen sind aber nicht leicht, da es notorisch ist, daß sich Deutschland selbst trotz seines Bodenreichtums angesichts der enormen Bedürfnisse der Kriegsindustrie in Kohlenverlegenheit befindet. Auch die Preisfrage bietet große Schwierigkeiten, da auf deutscher Seite die Tendenz besteht, den Preis unter Berufung auf die Kohlenpreise anderer Länder erheblich zu steigern, um sich für die durch Deutschland zu leistenden Zahlungen die nötigen Mittel zu beschaffen. Die Verhandlungen sind noch zu keinem Abschluß gelangt. So viel steht aber heute schon fest, daß die Schweiz sich nur durch Gewährung eines sehr beträchtlichen Anlehens ein erhebliches Quantum von Kohle zu erträglichen Preisen sichern kann. Die Mitteilungen des Bundespräsidenten wurden ergänzt durch solche des Bundesrates Ador, der mit dem Bundespräsidenten die außerordentlich schwierige Lage der Schweiz hervorhob und entschieden betonte, daß die Schweiz auf das Entgegenkommen und Verständnis beider Mächtegruppen zur Aufrechterhaltung ihres wirtschaftlichen Lebens angewiesen ist. Bezüglich des in Aussicht genommenen deutschen Anlehens vertrat auch er den Standpunkt, daß sich ein solches nicht werde umgehen lassen.

Einheitstypen in der Industrie.

Von der Deffentlichkeit wenig beachtet und gar nicht gewürdigt ist während des Krieges auf dem Gebiet der Großindustrie ein Gedanke zum Durchbruch gelangt, der in der nächsten Zeit für unsere Wirtschaft von der größten Bedeutung sein dürfte. Wir sprechen von dem Streben nach Vereinheitlichung der Produktionsformen, nach Schaffung sogenannter Standardtypen, dem vor dem Kriege die amerikanische Automobilindustrie (Ford-Automobile) ungeheure Erfolge zu verdanken hatte. Infolge arger Schiffsnöte kam während des Feldzuges zuerst England auf den Gedanken, die gleiche Organisationsweise beim Schiffsbau anzunehmen und der individuellen Konstruktion mit ihrer unendlichen Mannigfaltigkeit die Vorteile der Uniformität entgegenzusetzen. Eine große Anzahl solcher Kauffahrteifahrer, von denen mehrere bereits vom Stapel gelassen worden sind, wird jetzt von englischen und nordamerikanischen Werften gebaut. Der Idee der Vereinheitlichung begegnen wir dann auf einem ganz anderen Gebiet. Damit auf dem vom Feind zerstörten oder beschädigten Boden Galiziens der Wiederaufbau rasch vonstatten gehen könne, wird gefordert, daß auch bei der Herstellung von Wohngebäuden die individuelle Bauart ganz oder teilweise verlassen werde. So sollten zum Beispiel Fenster und Türen in den verschiedenen Dörfern genau dieselbe Größe, genau dieselbe Ausstattung haben, damit sie in Massenbetrieben leicht fertiggestellt werden können. In letzter Zeit sind es die Eisenbahnwagen, deren Vielseitigkeit sich jetzt sowohl auf die Wagentypen als auch auf die Bauformen der einzelnen Wagenbestandteile bezieht, die von den Vereinheitlichungsbestrebungen erfaßt werden. Mancher betriebsunfähig gewordene Wagen konnte während des Krieges dem Betrieb deshalb nicht bald zugeführt werden, weil der Ersatz von einzelnen Bestandteilen notwendig war, und diese infolge Verschiedenheit der bei den Bahnen im Gebrauch befindlichen Bauformen nicht zur Verfügung standen. Sehr häufig sind infolge widriger Verkehrsverhältnisse Stillstände und Verschleppungen der mit Ersatzbestandteilen beladenen Wagen verursacht worden, die wieder die Wiederherstellung der vorübergehend betriebsunfähig gewordenen Wagen verzögert haben. Zur Behebung dieser zahlreich vorgekommenen Schwierigkeiten wäre es nach Ansicht von Sachmännern sehr erwünscht, wenn es mit der Zeit gelingen würde, für die dem Austausch besonders unterliegenden Wagenbestandteile eine möglichste Gleichförmigkeit zu erreichen. Dann wäre es auch nicht notwendig, von den Ersatzbestandteilen so große Vorräte aufzustapeln, und betriebsunfähig gewordene Wagen könnten, oft sogar ohne Entladung, rasch wieder hergestellt und in Betrieb gesetzt werden.

Schon diese Beispiele lassen erkennen, daß wir uns bloß in den ersten Anfängen einer in ihrer Tragweite kaum zu ermessenden Entwicklung befinden, die zwar schon im Kriege wurzelt, aber erst nach dem Kriege voll zur Geltung kommen kann. Denn dann wird es sich darum handeln, ungeheure Gütermengen in forciertem Tempo herzustellen. Schnelligkeit und Massenhaftigkeit der Produktion haben aber eine weitgehende Arbeitsteilung zur Voraussetzung — und die ist es eigentlich, die in neuartiger Form das Grundprinzip der jetzigen Bestrebungen darstellt. Die Arbeitsteilung vollzieht sich nicht mehr innerhalb der Mauern eines Fabriksbetriebes. Wenn ein Bestandteil

einer Maschine, eines Wagens, eines Schiffes, eines Automobils usw. dem anderen nach Größe, Form, Konstruktion und sonstige vollkommen gleich, so kann er ohne weiteres von einem Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art angefertigt werden. Das fertige Produkt ist somit nicht wie bisher hauptsächlich das Werk einer Werft, einer Automobil-, einer Wagenfabrik, sondern mehrerer Betriebe. Diese Herstellungsart ermöglicht nicht nur Schnelligkeit und Massenhaftigkeit, sondern auch eine große **Wohlfelheit** der Produktion. Die Ware kann sehr billig unter Herabdrückung der Produktionskosten auf das äußerste Maß hergestellt werden, ein Umstand, der bei der Verteuerung vieler anderer Produktionsfaktoren der Zukunft sehr ins Gewicht fallen muß.

Ein derartiger Betrieb kann nur da lohnend sein, wo ein großes Absatzgebiet vorhanden ist. Staaten mit kleinerer Einwohnerzahl, mit weniger entwickelter Industrie werden gegenüber den Großbetrieben anderer Reiche nicht aufkommen können. Es wird für sie zweckmäßiger sein, Fabrikate, die hier in Betracht kommen können, einzuführen. Und umgekehrt wird die Leichtigkeit der Produktionsvermehrung Exportbestrebungen aufs höchste steigern. Der Wettbewerb auf fremden Märkten wird sich vergrößern.

Die hier dargestellte Entwicklung wirkt bestreudend auch auf andere Triebe, die infolge der sozialen, finanziellen und wirtschaftlichen Einwirkungen der Kriegszeit hervorgekommen sind. Wenn ein Unternehmen nur einzelne Bestandteile irgendeiner Maschine und nicht das Endprodukt herstellt, so verliert es seine bisherige vollständige Unabhängigkeit. Es gerät in den Machtbereich anderer Fabriken oder in den Konzern einer Großbank. Derselbe Vorgang, der den selbständigen Handwerker in einen Fabrikarbeiter umgewandelt hat, wird hier durch die Arbeitsteilung im großen, im übergroßen vollzogen. Daraus ergibt sich ein mächtiger Impuls zur Kapitalsansammlung — oder zur Verstaatlichung. Denn bei einer weitgehenden Vereinheitlichung der Produktionsformen ist der geordnete Staatsbetrieb dem Privatbetrieb gegenüber nicht im Nachteil; hier wie dort können in gleicher Weise einfache Massenartikel hergestellt werden. Wenn immer wieder nur ein Typus fabriziert wird, so kann

der Staat sehr gut einzelne Bestandteile selbst verfertigen oder die von anderwärts gekauften Bestandteile in seinen Werkstätten montieren. Dabei wird die Stellung des Unternehmens dem Staate gegenüber wesentlich anders gestaltet: Der Unternehmer wird, wie dies jetzt während der Kriegszeit in immer häufiger vorkommt, vieler seiner Attribute entkleidet. Er verrichtet **Lohnarbeit**. So werden in der Siedehitze des Krieges Keime, die zu ihrer Entfaltung lange Zeitspannen erfordern hätten, mit unheimlicher Schnelligkeit zur Reife gebracht. Das Wirtschaftsleben eilt jetzt mit Riesenschritten vorwärts, und die Wirtschaft vor dem Kriege erscheint uns wie ein Traum aus ferner Zeit.

(Der deutsche Handel und die Uebergangswirtschaft.) Auf Veranlassung der Handelskammer zu Hamburg fand kürzlich in Hamburg eine Versammlung der Mitglieder des Verbandes „Ein ehrbarer Kaufmann“ statt, die sich mit der Stellung des Handels zu den Fragen der Uebergangswirtschaft beschäftigte. Nach einer längeren Debatte wurde folgende Entschliessung einstimmig angenommen: Die von der Handelskammer auf Anregung des Verbandes des Hamburger Einfuhrhandels und der Bezirksgruppe Hamburg des Zentralverbandes des deutschen Großhandels einberufene Versammlung eines ehrbaren Kaufmannes erhebt mit aller Entschiedenheit Einspruch gegen jede Zurücksetzung des Handels bei der Organisation der Uebergangswirtschaft. Wenn vom Reichskanzler Valuta und Schiffsraum zur Verfügung gestellt werden, so muß deren Ueberweisung an den Handel entsprechend seiner früheren Beteiligung bei der Einfuhr von Rohstoffen und Halbfabrikaten gefordert werden. Sollte einzelnen industriellen Verbänden Valuta und Schiffsraum direkt zugeteilt werden können, so ist diesen Verbänden die Verpflichtung aufzuerlegen, sich des Handels bei der Einfuhr in demselben Maße wie früher zu bedienen. Es ist ferner zu fordern, daß der Einkauf aller anderen Waren, insbesondere der Konsumartikel, dem Handel überlassen bleibt, der diese unter Wahrung der Interessen der Verbraucher nach den Vorschriften des Reichskommissärs zu beschaffen hat. Nur der Handel kann auf Grund seiner Erfahrungen und seiner Beziehungen die alten Verbindungen wiederherstellen und neue auffinden. Würde er auch nur zum Teil ausgeschaltet werden, so kann eine wesentliche Schädigung der ganzen deutschen Wirtschaftsführung nicht ausbleiben. Die Versammlung spricht daher die zuversichtliche Erwartung aus, daß die Maßnahmen des Reichskommissärs für Uebergangswirtschaft nicht zu einer Verschlechterung der Stellung des Handels gegenüber dem Zustand vor dem Kriege führen werden.

Die Beschäftigung der Kleinbahn-Industrie.] Jene Unternehmungen, welche in Oesterreich Feld- und Industriebahnen erzeugen, haben während des Krieges starke Erweiterungen ihrer Betriebe vorgenommen. Die Nachfrage nach Feld- und Industriebahnen war die ganze Zeit über eine sehr rege und die Fabriken konnten den Aufträgen nur mit langen Lieferverpflichtungen nachkommen. Auch jetzt sind sie bis in das nächste Jahr hinein mit Bestellungen versehen und neue Waggons gelangen, wenn das zur Erzeugung nötige Material freigegeben worden ist, erst mit mehrmonatigen Fristen zur Ablieferung. Unter diesen Umständen sind auch die Preise für alte Waggons sehr gestiegen. Einzelne große Unternehmungen, welche umfangreiche Seereslieferungen übernommen hatten, mußten zur Erweiterung ihrer Anlagen Industriegleise legen und die Zahl der Waggons, die auf ihnen laufen, bedeutend vermehren. Sie zahlten für alte Waggons bis um 25 Prozent höhere Preise, als früher im Frieden für ganz neue Typen angesetzt worden sind. Der größte Teil des Bedarfes an Wagen für Feld- und Industriebahnen konnte in Oesterreich gedeckt werden. Dagegen war es nicht möglich, die entsprechende Anzahl von Lokomotiven für diese Zwecke hier anzuschaffen und umfangreiche Aufträge wurden nach Deutschland vergeben.

Die wirtschaftliche Entwicklung Syriens. Die wirtschaftliche Entwicklung Syriens hat, wie man aus Konstantinopel berichtet, in der letzten Zeit abermals große Fortschritte gemacht. Diese Provinz kann als ein Muster des Fortschrittes in der Türkei bezeichnet werden. Zu den vielen in diesem Vilajet durchwegs mit einheimischem Kapital gegründeten Banken und Gesellschaften für die Förderung der Provinz gesellte sich letzthin auch eine vom Wali ins Leben gerufene Bank für Tabakpflanzung. Die diesjährige Ernte hat sich weit günstiger gestaltet, als anfangs angenommen worden war, und ist im ganzen Vilajet eine außerordentlich gute. Korn und Gerste treffen aus allen Teilen des Vilajets in so großen Mengen in dessen Hauptstadt ein, daß sich bereits ein Sinken der Getreidepreise bemerkbar macht. Syrien, das einen Flächenraum von 100.000 Quadratkilometer hat, ist eines der fruchtbarsten Vilajets des türkischen Reiches. Zahlreiche Lager von Kohle, Petroleum, Bernstein, Erdwachs, Eisenerz, Chrom und Schwefel harren des bergbaumäßigen Abbaues. Syrien hat auch einen bedeutenden Ausfuhrhandel. Um den Wohlstand des Landes zu heben, hat Dschemal Pascha vor ungefähr einem Jahre zahlreiche deutsche Fachleute ins Land gerufen. Vieles wird man allerdings erst nach dem Kriege in Angriff nehmen können. Inzwischen werden große Wälder, Weinberge und Gärten angelegt. Die Gewerbeschulen in Jerusalem, Jassa, Beyrut und Damaskus werden vollständig umgestaltet und neue Anstalten dieser Art geschaffen werden.

4. VIII. 1917

Die Landeshauptstadt Czernowitz.

Einige Bemerkungen über ihre Bedeutung im Wirtschaftsleben.

Von Dr. Friedrich Ernst Deder.

Sekretär der Handels- und Gewerbelammer Czernowitz.

Czernowitz verdankt seine hervorragende Bedeutung für die Volkswirtschaft der Bukowina in erster Linie dem Umstande, daß es die Landeshauptstadt und damit der Sitz aller staatlichen und autonomen Landesbehörden der Bukowina ist. Demzufolge befindet sich auch der Sitz nahezu aller bedeutenderen Bukowinaer Industrie- und Handelsunternehmungen, dann der in diesem Lande tätigen Geldinstitute in Czernowitz. Der Bukowinaer griechisch-orientalische Religionsfonds mit seinen ausgedehnten land- und forstwirtschaftlichen Besitzungen und einer Anzahl von industriellen Etablissements wird auch durch seine Güterdirektion von Czernowitz aus verwaltet. Dort befindet sich endlich auch die Czernowitzer Produktionsbörsen, die für den Handel der Bukowina von maßgebendster Bedeutung ist. Von Czernowitz geht also sozusagen der Pulsschlag für das Wirtschaftsleben der gesamten Bukowina aus und alle Beziehungen, die die Bukowina mit anderen Ländern im internationalen Verkehr verbinden, laufen über Czernowitz.

Der internationale Handel von Czernowitz, der einstmals — vor der rumänischen Grenzsperrung 1886 — auch einen sehr lebhaften Verkehr in den verschiedenartigsten Industrie- und Gewerbeerzeugnissen nach Rumänien und Rußland vermittelte, befaßt sich jetzt nur mehr mit dem Holzgeschäft, vornehmlich Ausfuhr von Bukowinaer Holz nach dem Deutschen Reiche und der Levante, mit dem Importgeschäft in Getreide und anderen landwirtschaftlichen Erzeugnissen aus Rumänien und Rußland (über Nowosibirsk) nach Westösterreich und dem Deutschen Reiche und zum Teile auch mit dem Export von Bukowinaer Vieh nach dem Westen. Im übrigen versorgt der Czernowitzer Großhandel die Kaufmannschaft der ganzen übrigen Bukowina mit den nötigen Waren aus dem Westen.

An bedeutenderen industriellen Etablissements zählt Czernowitz und seine nächste Umgebung eine Zuckersfabrik, drei Bierbrauereien, eine Spiritusraffinerie und Likörfabrik, zwei Großdampfmaschinen, von denen eine kurz nach Kriegsausbruch den Flammen zum Opfer fiel, ein Elektrizitätswerk, eine Dampfsäge, einige Petroleumraffinerien und mehrere Ringofenziegelwerke. Damit ist aber die Bedeutung von Czernowitz auf dem Gebiete der industriellen Produktion nicht erschöpft, wenngleich verhältnismäßig die sonst im Lande nur spärlich vertretene Industrie in und um Czernowitz am dichtesten konzentriert ist. In Czernowitz sind, wie schon früher erwähnt wurde, neben den oben genannten Industriebetrieben die Zentralen der weitaus meisten und bedeutendsten der an den verschiedenen Orten des Landes zerstreuten sonstigen Industrien, so der Holzindustrieunternehmungen, der einzigen Zementfabrik des Landes, einer Zuckersfabrik usw. gelegen. Von all den genannten Industrien beansprucht wohl bloß die Holzindustrie mit ihrem sehr bedeutenden Export für den internationalen Markt eine besondere Bedeutung. Im übrigen arbeitet die Bukowinaer Industrie doch nur vorwiegend für den eigenen Bedarf des Landes. Die Bukowina ist industriell im allgemeinen nur wenig entwickelt. Es ist aber zu hoffen, daß nach Wiedertehr normaler Verhältnisse die Industrialisierung der Bukowina in raschem Tempo fortschreiten wird, für die das Land vermöge seiner — wie von berufener Seite wiederholt versichert wurde — reichen Naturschätze wohl die entsprechenden Voraussetzungen aufweist. Die Vorarbeiten für die industrielle Verwertung der beträchtlichen Wasserkräfte des Landes sind durch den Krieg ins Stocken gekommen. Wir zweifeln nicht daran, daß sie in absehbarer Zeit zum Abschlusse gelangen und den Ausgangspunkt bilden werden für eine vielversprechende Belebung der industriellen Tätigkeit im Lande.

Auf dem Gebiete des Geld- und Kreditwesens nimmt Czernowitz für die Bukowina eine ganz ausgesprochen beherrschende Stellung ein. Von hier erfolgt die Versorgung des gesamten Bukowinaer Erwerbslebens mit den nötigen Geldmitteln durch die Filialen der Oesterreichisch-ungarischen Bank, der Anglo-österreichischen Bank, des Wiener Bankvereines, der Ustredni Banka, der Galizischen Aktienhypothekbank, wie nicht minder durch die Bukowinaer Landesbank, die Bukowinaer Sparkasse und eine Reihe von genossenschaftlichen Kreditinstituten, darunter den Raiffeisenverbänden, und privaten Bankhäusern.

In der Abwicklung des Verkehrs ist gegenwärtig Czernowitz einzig und allein auf die Bahnlinie Lemberg-Czernowitz-Izhtan mit den an diese anschließenden Haupt- und Totalbahnlinien angewiesen. In Zeiten der Hochkonjunktur erweist sich die einzige, eingleisige Hauptbahnlinie, an der Czernowitz liegt, als unzureichend, und es wurde schon vielfach die Ausgestaltung dieser Bahn durch Legung eines zweiten Geleises verlangt. Der wasserreiche und breit dahinströmende Pruth, an dessen rechtem Ufer Czernowitz sich erhebt, ist, da er nur flößbar ist und von Schiffen nicht befahren werden kann, für den Czernowitzer Verkehr dormalen ziemlich wenig belangreich. Seine Schiffbarmachung wurde wohl schon wiederholt angeregt und hätte für den internationalen Handel von Czernowitz ganz hervorragenden Wert. Hand in Hand mit der Schiffbarmachung müßte aber auch die Ausgestaltung der Bahnlinie Lemberg-Czernowitz-Izhtan ganz energisch betrieben werden. Dann wird für Czernowitz zweifellos eine Periode des schönsten Aufschwunges seines Handels anbrechen.

(Der Oesterreichisch-deutsche Wirtschaftsverband und die handelspolitischen Beziehungen.) Der Oesterreichisch-deutsche Wirtschaftsverband publiziert folgende Kundgebung: Der Verband begrüßt die jetzt stattfindenden handels-

politischen Verhandlungen deutscher, österreichischer und ungarischer Staatsmänner und hofft, daß der für beide Mittelmächte unerläßliche Fortbestand des politischen Bündnisses durch ein inniges, sich auf alle wichtigen Fragen des Wirtschaftslebens erstredendes Bündnis ausgebaut und sichergestellt werde, daß eine gemeinsame Handelspolitik der Mittelmächte anzustreben sei, daß aber die Bündnispolitik nicht als wirtschaftliche Drohung, sondern nur als wohl-erwogene, bestmögliche Verteidigung gegen etwaige wirtschaftliche Kriegspläne unserer Gegner, namentlich Englands, aufzufassen sei. In diesem Sinne haben sich gerade jene führenden Staatsmänner wiederholt auf den Tagungen der Wirtschaftsverbände geäußert, welche jetzt an den Wiener Verhandlungen teilnehmen. Der Wirtschaftsverband weist insbesondere mit Genugthuung darauf hin, daß bei den jetzigen Verhandlungen nicht bloß zoll- und handelspolitische Fragen, sondern auch solche währungs- und verkehrspolitischer Natur erörtert werden, auf welche wichtigen Zusammenhänge der Wirtschaftsverband und seine Bruderverbände stets ausdrücklich hingewiesen haben. Die jetzigen besonders erfreulichen Fortschritte der Mittelmächte auf militärischem Gebiete lassen es umso wünschenswerter erscheinen, daß über alle wirtschaftlichen Hauptfragen rechtzeitig volles Einvernehmen erzielt werde, um bei der Möglichkeit einer außenpolitischen Entspannung einheitslich und mit dem nötigen Nachdruck für die Interessen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns eintreten zu können.

5. / VIII. 1917

5
153**Gewerbliche Betriebszählung.**

Der Chef des Kriegsammtes erläßt folgenden Aufruf:
 Zur wirtschaftlichen Durchführung des Krieges und sicherer
 Ueberleitung unserer Volkswirtschaft in den Frieden sind neue
 fernmässige Angaben über den deutschen Gewerbesleiß erforder-
 lich. Ich habe deshalb im Einvernehmen mit dem Reichsamt des
 Innern auf Grund des Hilfsdienstgesetzes eine gewerbliche Be-
 triebszählung angeordnet. Die Zählung wird sich über das ganze
 deutsche Reich erstrecken und um die Zeit des 15. August statt-
 finden. Ich setze voraus, daß die Vorsther sämtlicher Kommunal-
 verbände ihre ganze Kraft und Autorität einsetzen werden, um
 dieser hochwichtigen Zählung zu einem vollen Erfolge zu verhelfen.
 Ich erwarte, daß die Stadt- und Gemeindeverwaltungen, ihre
 amtlichen Beamten, ihre Beamten und Lehrer durch verständnis-
 volle, opferfreudige Mitarbeit mit die geforderten Unterlagen
 erschaffen werden. Ich vertraue aber auch, daß jeder deutsche
 Gewerbetreibende, gleich ob Fabrikant, selbständiger Meister,
 Kaufmann, Hausgewerbetreibender usw. die gelieferten Frage-
 bogen gewissenhaft und mit sorgfältiger Ueberlegung ausfüllen
 wird. Die Fragen sind auf das für die Heeresverwaltung Not-
 wendigste beschränkt worden. Soll das Werk gelingen, so müssen
 die freiwilligen Kräfte mitwirken, um die gewerblichen Be-
 triebe aller Art aufzusuchen und für die richtige Ausfüllung der
 Fragebogen zu sorgen. An Männer und Frauen, alt und jung,
 geht deshalb die Aufforderung: wer immer mit der Feder,
 umzugehen weiß und einen Tag erübrigen kann, leiste dem Vater-
 lande den wichtigen Dienst und stelle sich der Gemeindeverwaltung
 als Zähler zur Verfügung.

Die Betriebszählung.

Was gilt als Gewerbe?

Es handelt sich bei der auf Anordnung des Kriegsministeriums vom 29. Juni 1917 in sämtlichen Gemeinden Preußens durchzuführenden gewerblichen Betriebszählung um eine Aufnahme, wie sie in Friedenszeiten mit Rücksicht auf den Umfang und die sich im einzelnen ergebenden Schwierigkeiten nur alle zehn bis zwölf Jahre vorgenommen zu werden pflegte. Die Zählung dient nicht steuerlichen Zwecken, sondern kriegswirtschaftlichen Zielen von höchster Wichtigkeit.

Die Erhebung erfolgt in der Weise, daß für jeden Gewerbebetrieb am Sitze des Betriebes vom Inhaber oder Leiter des Betriebes ein Fragebogen auszufüllen ist. Der Begriff „Gewerbe“ ist hierbei im weitesten Sinne zu verstehen. Es gehören dahin Handwerk einschließlich Hausgewerbe und Heimarbeit, Industrie, Baugewerbe, Handel jeder Art, Bergbau, Hütten- und Salinenwesen, Gast- und Schankwirtschaft, Hotels und Pensionen, Sanatorien und ähnliche Einrichtungen, soweit sie vorwiegend Erwerbszwecken des Inhabers dienen, nicht aber Krankenhäuser, Lazarette und ähnliche, ganz oder überwiegend Wohlfahrtszwecken dienende Einrichtungen. Weiter sind zu berücksichtigen das Versicherungsgewerbe einschließlich Krankenkassen und Berufsgenossenschaften, Verkehrs- und Transportunternehmungen, künstlerische Gewerbe (Kunstmalerie, Kunstbildhauerei, Musik- und Theatergewerbe usw.), Fischerei, Gärtnerei usw. Endlich sind auch die Leiter öffentlicher gewerblicher Betriebe (Reichs-, Staats- und Kommunalbetriebe) zur Ausfüllung von Fragebogen verpflichtet, mit alleiniger Ausnahme der Eisenbahn-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechtbetriebe. Dagegen sind die Werkstättenbetriebe dieser Verkehrsanstalten als Gewerbebetriebe zu zählen. Zweigbetriebe gelten als besondere Betriebe, füllen also einen besonderen Fragebogen aus. Gemischte Betriebe (Eisengießerei und Maschinenfabrik, Kolonialwarenhandel und Ausschank usw.) stellen stets für den gesamten Betrieb nur einen Fragebogen aus. Alle Angaben sind für den 15. August 1917 zu machen. Für die auf die Zeit vor dem Kriege sich beziehenden Angaben des Fragebogens ist dagegen grundsätzlich niemals der 1. August 1914, sondern der Durchschnitt der letzten Juniwoche 1914 zu wählen, da bei Kriegsausbruch die Verhältnisse fast überall anormal waren.

Volkswirtschaft

und kaufmännische Interessen.

Erschwerung der Ausfuhr.

„Dumping“ und „Antidumping“.

Durch die in den feindlichen Staaten sich gegenwärtig immer mehr ausbreitende Antidumping-Bewegung werden auch die zukünftigen Ausfuhrmöglichkeiten der österreichischen Industrie in nicht unbedenklicher Weise gefährdet. Dies wird um so bedauerlicher empfunden werden, als selbst im feindlichen Ausland gegenüber den Oesterreichern beinahe noch niemals der Vorwurf des Dumping ernstlich erhoben worden ist. Freilich haben wir nicht den geringsten Grund, auf diese negative Anerkennung besonders stolz zu sein. Auf dem großen feindlichen Weltmarkt spielte die Einfuhr aus Oesterreich-Ungarn im Verhältnis zum Gesamtumsatz eine viel zu unbedeutende Rolle, als daß sie den Gedanken an energische Abwehrmaßnahmen hätte wachrufen können. Auf Grund der Erfahrungen der Vergangenheit fürchtet man sich in der Zukunft bloß vor dem Dumping der deutschen Industrie; nur aus politischen Gründen sowie der größeren Sicherheit wegen werden alle geplanten Maßnahmen auf das gesamte Gebiet der Mittelmächte ausgedehnt und richten sich in gleicher Weise gegen die Austro-Allemans und Austro-Germans.

Was ist denn aber eigentlich dieses fagenhafte Dumping, vor dem sich in Zukunft die Feinde hüten zu müssen glauben? Mit dem sich die Wirtschaftspolitiker in allen Weltteilen (und darunter nicht am wenigsten in Amerika) in stets intensiverer Weise befassen?

Unter Dumping ist im wesentlichen derzeit ein Mittel der Exporttechnik zu verstehen, wodurch der Industrie eines fremden Reiches über die heimische Industrie ein künstliches Uebergewicht verschafft wird. So wird behauptet, daß den Deutschen auf französischem Boden ein Doppeltes gelungen ist: Sie vermochten einerseits den bestkombinierten Zolltarifen zum Trotz die französische Industrie zu vernichten und andererseits das Aufkommen neuer Industrien, die mit der deutschen Industrie in Konkurrenz treten könnten, zu verhindern. Die Lokomotivenindustrie wurde beispielsweise nicht nur auf den spanischen Märkten, sondern auch auf dem französischen Markte durch die deutsche Konkurrenz geschlagen; bei jeder Ausschreibung offerierte das deutsche Kartell angeblich Preise, die (nach Bestreitung der Zoll- und Transportkosten) 0-30 Franken pro Kilogramm Lokomotive niedriger waren als die Preise der französischen Fabriken. Es handelte sich dabei keineswegs um eine reelle Ersparnis bei den Produktionskosten, sondern um einen wirklichen Verlust, der durch die hohen Preise gedeckt war, die die Verwaltung der deutschen Staatsbahnen dem Kartell zu zahlen hatte. Oder es soll die Tonne Tragballen, die in Deutschland 130 Mark galt, durch die deutschen Exporteure für 120 bis 125 Mark in der Schweiz, für 103 bis 110 in England und für nur 75 in Italien (ungefähr 10 bis 20 Mark unter den Selbstkosten) verkauft worden sein.

Neben dem Dumping im eigentlichen Sinne wird auch von einem nach außen verlegten Dumping („exteriorisiertem Dumping“) gesprochen. Auf Grund der Tatsache, daß bei jedem Produkt, das mehrere Fabrikationsstadien durchmacht, der Zolltarif in der Regel den Rohstoff frei einführen läßt, das fertige Fabrikat stark und das Halbfabrikat nur leicht trifft, sollen sich nach französischer Ansicht die deutschen Fabrikanten folgende Kombination zurechtgelegt haben: Eine deutsche Fabrik mit französischer, englischer, italienischer, schweizerischer usw. Firma installiert sich im fremden Lande, um aus Deutschland nicht etwa das Fertigprodukt oder den Rohstoff, sondern das Zwischenprodukt zu beziehen, und dieses so nahe als möglich von seinem Fertigungsort. Gewisse Industrien, besonders die einzelnen Zweige der chemischen Industrie (Farbstoffe, pharmazeutische Produkte), eignen sich vorzüglich für ein solches Kalkül. Nichts ist leichter, als die Zwischenprodukte im Zustand hoher Konzentration über die Grenze einzuführen und sie hernach zu verdoppeln, zu verdreifachen usw. Wie vermögen unter solchen Bedingungen einheimische Fabriken Widerstand zu leisten? Um nicht unterzugehen, müssen sie sich gleich den verpflanzten fremden Fabriken, damit beanügen, bloße Fertigungs-, Einkleidungs-, Verpackungsstellen der fremden Zwischenfabrikate zu sein. Sie verzichten auf die früheren Stadien der Produktion und erst recht auf die Beschaffung der Rohprodukte.

Ob derartige Vorwürfe berechtigt sind oder nicht, brauchen wir nicht zu prüfen, weil dies für den Effekt ganz gleichgültig ist. Der Bierverband wird auch gegen nicht vorhandene Gefahren sich zu schützen suchen, und dies um so mehr, als der Kriege die Bedeutung der meisten Industriezweige für die heimische Wehrkraft allorts deutlich offenbart hat. Die wirklichen oder eingeübten Dumpingmethoden sind jedenfalls ein bequemer Vorwand für Antidumping-Bestrebungen, die sich, je nach der politischen und wirtschaftlichen Sachlage, gegen jeden anderen Staat oder gegen alle anderen Staaten richten können. Den Kern aller dieser Bestrebungen bilden neben verschiedenartigen Transport- und Tarifmaßnahmen weitgehende Schutzollpläne. Es soll mitleidigen Industrieerzeugnissen unter allen Umständen die Einfuhr unmöglich gemacht werden. Zu diesem Behufe will man eine neue Methode der Schutzolltechnik einführen. Man denkt an bewegliche Hölle, die sich dem Inlands- und Auslandspreis anschmiegen und bewirken sollen, daß der Preis der ausländischen Ware auswärtlich des Zolles zumindest dem inländischen

Preis des Produkts gleichen müßte. Ob und wie sich dieses Projekt in der Praxis gestalten wird, bleibt abzuwarten. Es ist aber kein großes Kunststück, durch Zollschikanen fremden Waren den Eintritt zu verweigern — und darin dürfte zumeist „die neue Zollmethode“ bestehen.

11. / Okt. 1917

162

Wittowik ändert sich!

Herr Generaldirektor Dr. Schuster von den Wittowiker Werken hat auf sein Amt verzichtet. Wie es sich für einen Mächtigen im Reiche des Kapitalismus ziemt, hat er sich auf feierliche Weise verabschiedet. Und in der Abschiedsrede legte er eine Art Generalbeichte ab. Wieviel Selbstanlage lag doch in den Worten: „Das Lösungswort der Zukunft ist die Organisation!“ Herr Dr. Schuster hat in Wittowik ein System aufrecht erhalten und gefestigt, demgegenüber der Absolutismus der Monarchien zu Metternichs Zeiten eine Harmlosigkeit war. Organisation! Das war ihm der Inbegriff aller Widersetzlichkeit, aller Auflehnung. War in den absolutistischen Staaten Ruhe des Bürgers Pflicht, war es hier das unbedingte Schweigen und Ertragen. Der Herrenstandpunkt wurde kaum wo mit einer solchen Schärfe betont und hervorgekehrt wie im Reiche Schusters. Kein Wille, geschweige denn ein Wunsch durfte neben dem seinen bestehen. Eine Hölle war Wittowik für die Arbeiter, die das Schicksal dorthin verschlagen hat. Höllische Qualen hatten sie körperlich zu ertragen, noch ärgere aber geistig. Denn in dieser Hinsicht hieß es auf jede Selbständigkeit verzichten; Wittowik kaufte nicht nur die Arbeitskraft, es kaufte auch die Gedanken seiner Arbeiter. Und schuf sich so die Möglichkeit unbegrenzter Ausbeutung und die Möglichkeit ungehinderter Beeinflussung bei Wahlen. Denn Organisation gab es, Gott sei Dank, nur eine: die Organisation des Betriebes, in der jeder Arbeiter nur ein Rädchen, nur ein totes Teilchen des gewaltigen Betriebes des Werkes war.

Und der Mann, der dieses System bis zur Raffiniertheit ausgestattet und mit Gewalt aufrecht

erhalten hat, erklärte nun zum Abschied: Organisation ist das Lösungswort der Zukunft! Wollte er seinem Nachfolger damit ein unheilkundendes Geschenk mit auf den Lebensweg geben? Sprach da aus ihm die Erkenntnis dessen, was kommen mußte? Viel früher aber, als Herr Schuster gedacht haben mochte, und viel entschiedener, als es ihm genehm gewesen sein dürfte, ist die „Zukunft“ zur Gegenwart geworden. Das Lösungswort der Zukunft ist eine Tatsache der Gegenwart. Im Kampfe der gedrückten, geknechteten Arbeiterschaft gegen die unerträglichen Verhältnisse ging der gerühmte Werksabsolutismus in Brüche.

Schusters Nachfolger, Generaldirektor Sonnenschein, ging weiter. Den Mantel des Vergessens erbat er von den Arbeitern, damit die Vergangenheit des Werkes und seiner Haltung zugedeckt werde. Von den Arbeitern verlangt er ihn, wohl gemerkt! Denn es war „ein historischer Tag“, da zum erstenmal nach fünfundsiebzig Jahren Vertreter des Werkes mit den Vertretern der Arbeiter und ihrer Organisation zusammenkamen, um über eine Neuregelung der Arbeitsbedingungen zu verhandeln. Und klug und vorsichtig, wie nur der Leiter eines großen Betriebes sein kann, trachtete Herr Sonnenschein geben zu können, um nicht nachgeben zu müssen. Von den frostigen, unnahbaren Höhen mehr jenseits von Gut als von Böse stieg der Gewaltige herab und verkündete den erstaunten Arbeitermassen: fortangelte für die Arbeiter volle Freiheit der Organisation! Ebenso wolle er in Zukunft, die Rechte der Arbeiter als Staatsbürger respektieren; die Wahlfreiheit soll in allen Fällen unverkürzt und unbenommen sein. Und die weitere Öffentlichkeit wird die Nachricht wie die Befreiung von einem unerträglichen Druck aufnehmen und wird den Generaldirektor Sonnenschein preisen, daß er rechtzeitig und richtig in den Zeichen der Zeit zu lesen verstand. Er gab nach, bevor man ihn zum Nachgeben zwang.

Wir aber wissen, daß er gegeben, als er den unabwendbaren Zwang, nachgeben zu müssen, zu verspüren begann. Jahrelang schon in Friedenszeiten geknechtet, seit drei Jahren unter dem besonderen Druck von Ausnahmungsverfügungen schmachtend, war die Arbeiterschaft des Ostrauer Industrie- und Kohlenreviers eine Klasse in Fesseln. In des Wortes furchtbarster Bedeutung war sie zur Notwehr gezwungen, wenn sie ihr Recht aufs Leben bewahren wollte. Beraubt um die Organisation, des Wunsches voll, doch des Wissens bar, spürte die dortige Arbeiterschaft, daß sie den Druck abschütteln muß. So gab es denn Ausbrüche wilder Verzweiflung. Die Schuld lag an... Doch wozu heute darüber reden? Der Generaldirektor Sonnenschein meinte, man solle den Mantel des Vergessens darüber breiten, was sich früher in Wittowik zugetragen. Mit anderen Worten: Herr Sonnenschein ahnt die Schuldigen, aber er ahnt auch die Größe ihrer Schuld. Er weiß, wie das Beispiel von Wittowik von den übrigen Unternehmern gern, wenn auch nicht immer mit dem gleichen Erfolg, nachgeahmt wurde, wie die Bergherren auch ihrerseits die Zwingfesten nach Wittowiker Art zu errichten unternahmen. Und nun liegen sie alle in Trümmern.

Es bleibt eine Glanzleistung der österreichischen gewerkschaftlichen Organisation, daß sich die Dinge so und so rasch entwickelt haben. Die Anerkennung der Organisationsfreiheit, das ist in diesem Falle in erster Linie, wenn nicht ausschließlich, die Anerkennung unserer Organisation. Unverdrossen und nicht eingeschüchtert von den verschiedenen Mißerfolgen haben wir gerade dort am Sitze eines der Industrieriesenbetriebe von Oesterreich immer wieder eingesetzt. Erst in den letzten Wochen, als der Druck der Not ins Ungeheure wuchs, sammelten sich unter den von der Kriegsgewalt dahin zusammengetrommelten Proletariern in größerer Zahl Mitglieder um das Banner der Organisation. Es war nicht möglich, in so kurzer Zeit an ihre gewerkschaftliche Ausbildung zu denken. Aber sie fühlten es, daß die Organisation eine Kraft ist, die ihnen helfen konnte. Mit Vertrauen blickten sie zu ihr empor. Ihr Vertrauen wurde nicht getäuscht. Mitten in dem Wirbel zügelloser, wilder, leidenschaftlicher Wut- und Verzweiflungsausbrüche, deren Kommen sich durch unterirdisches Dröhnen schon längere Zeit angekündigt hatte, haben die Organisationen die Blide der Arbeiter unbeirrt auf das einzig Wichtige und Richtige gelenkt. Die Arbeiter brauchen eine gewerkschaftliche Organisation; mit ihr und durch ihre Kraft werden sie sich vieles von dem, was sie anstreben, erkämpfen, können sie vieles von dem, was man ihnen bis jetzt verweigert, den Unternehmern abtrogen. Die Unternehmer haben nun die Wahl zwischen unorganisierten wilden Ausbrüchen und organisierten Kämpfen. In der Wahl zwischen dem Loben der unorganisierten Proletarier und dem Kampfe der organisierten Arbeiter entschied sich Herr Sonnenschein für die Organisation. Zu groß schien ihm die Verantwortung, die ihn sonst belastet hätte. Und so gab er nach! Denn nur in seiner Vorstellung mag es leben, daß er gegeben hätte, daß er der Spender aus eigenem Antrieb, daß er in diesem Moment noch der gern verzichtende Herr im Hause war; in Wirklichkeit haben wir es da mit einem Erfolg der gewerkschaftlichen Organisation zu tun.

Vormwärts! Herr Schuster sagte: „Die Organisation ist das Lösungswort der Zukunft.“ Nur der Zukunft?

(Oesterreichischer Metallarbeiter.)

11. VIII. 1917

163

[Die Richtpreise.] In der letzten Zeit sind für eine Reihe von Artikeln neue Richtpreise festgesetzt worden. Bei der Zentralpreisprüfungskommission befindet sich aber noch eine große Anzahl von Ansuchen um die Bekanntgabe solcher Preise in Bearbeitung. Die einzelnen Industrien gehen bei der Aufstellung ihrer Vorschläge den Weg, daß sie intern Berechnungen anstellen, wie hoch sich unter Zugrundelegung der Materialkosten, der Löhne und aller sonstigen Kosten die Herstellung der Ware gestaltet und dann einen Vorschlag ausarbeiten, den sie der zuständigen Handelskammer übermitteln. Die Handelskammer überprüft diese Berechnungen und sendet sie, mit ihrem Gutachten versehen, an die Zentralpreisprüfungskommission. In manchen Industriezweigen ist es aber bei den sich täglich ändernden Herstellungskosten und bei den Schwankungen der Rohmaterialpreise nicht möglich, einen festen Richtpreis zu bestimmen. Daher wurde in solchen Fällen die Anregung gegeben, von der Festsetzung eines Höchstpreises abzusehen und sich mit der Aufstellung von Richtlinien zu begnügen. Diese Richtlinien sollen bei der Berechnung der

Preise der Fabrikate eingehalten und gleichfalls der Genehmigung der Zentralpreisprüfungskommission unterzogen werden.

13. VIII. 1917

165

Die gewerbliche Betriebszählung

Das Kriegsamt hat, wie wir bereits mitteilten, in Einverständnis mit dem Reichsamt des Innern eine gewerbliche Betriebszählung angeordnet, die am die Zeit des 15. August stat., inden soll.

An der Spitze der neuesten Nummer der „Amtlichen Mitteilungen und Nachrichten“ des Kriegsammtes veröffentlicht der Leiter des Kriegsammtes General Groener einen **A u f r u f**, in dem es heißt:

„Ich erwarte, daß die Stadt- und Gemeindeverwaltungen, ihre Statistischen Ämter, ihre Beamten und Lehrer durch verständnisvolle, opferneudige Mitarbeit mir die geforderten Unterlagen verschaffen werden. Ich vertraue aber auch, daß jeder deutsche Gewerbetreibende, gleich ob Fabrikant, selbständiger Meister, Kaufmann, Hausgewerbetreibender usw. die gelieferten Fragebogen gewissenhaft und mit sorgfältiger Ueberlegung ausfüllen wird. Die Fragen sind auf das für die Seeresverwaltung Notwendigste beschränkt worden. Soll das Werk gelingen, so müssen freiwillige Kräfte mitwirken, um die gewerblichen Betriebe aller Art aufzusuchen und für die richtige Ausfüllung der Fragebogen zu sorgen. An Männer und Frauen, alt und jung, ergehe deshalb die Aufforderung, sich der Gemeindeverwaltung als Zähler zur Verfügung zu stellen.“

In derselben Nummer der Mitteilungen werden dann zu her wichtigen volkswirtschaftlichen Maßnahme Ausführungen gemacht, denen wir folgendes entnehmen:

Die neue Statistik soll ein Bild von der tiefen Umgestaltung, die das gewerbliche Leben in Deutschland während des Krieges erfahren hat, geben. Das Kriegsamt braucht diese Zahlen, um die wirtschaftliche Kriegführung erfolgreich fortsetzen zu können.

Die Zählung wendet sich an das Handwerk, die Industrie mit Einfluß des Hausgewerbes und der Heimarbeit, die Baugewerbe, den Bergbau, die Hütten und Salinen, den Groß- und Kleinhandel, die Gast- und Schankwirtschaften, einschließlich der Fremdenheime, die Sanatorien und ähnliche Einrichtungen, die Erwerbszwecken dienen. Ebenso werden die Versicherungsgewerbe, die privaten Verkehrsunternehmungen, die Theater-, Musik- und Schaustellungsgewerbe erfaßt. Auch die Fischerei und Gärtnerei, wenn sie nicht adermäßig betrieben wird, gelten als Gewerbe. Dagegen sind von der Zählung die sämtlichen rein landwirtschaftlichen Betriebe ausgeschlossen — nur die damit verbundenen Gewerbebetriebe werden festgestellt. Krankenhäuser und Lazarette, die überwiegend Wohlfahrtszwecken dienen, bleiben ebenso unberücksichtigt wie die großen öffentlichen Unternehmungen des Eisenbahn-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechwesens; nur ihre Werkstätten und Fabriken kommen in Betracht.

Neu ist die Frage nach dem Kohlenverbrauch der Großbetriebe, neu diejenige nach dem Militärverhältnis der Wehrpflichtigen, ebenso die Gliederung der Ausländer in freie, Kriegsgefangene und internierte.

Mit Rücksicht auf die Vorarbeiten für eine künftige Mobilmachung der militärischen und wirtschaftlichen Kräfte mußte eine gegen die Zählung von 1907 etwas feinere Gliederung nach Altersklassen Platz greifen.

14. VIII. 1917

Ueber die Zentralpreisprüfungskommission.

auf die so große Hoffnungen gesetzt waren, schreibt ein Enttäuschter dem „Grazer Volksblatt“: Diese Gesellschaft mit dem langweiligen Titel soll den Kampf gegen Wucher und Preistreiberei dadurch unterstützen, daß sie alle Umstände genau untersucht und dann Richtpreise aufstellt. Sie besorgt das in grundlegender Weise und beginnt von unten. Also stellte sie Ende Juni Richtpreise für *Schuwichs* auf, wonach das kleine Schachterl 6 Heller kosten sollte. Aber kein Mensch kümmerte sich um diesen Preis, die Behörden nicht, weil sie selber bald nicht mehr wissen, was sie alles kontrollieren sollen, und die Bevölkerung nicht, weil auf die Höchst- und Richtpreise jedermann pfeift. Einen Monat später erhöhte die Zentral... den Schuhwichs-Richtpreis von 6 auf 8 Heller. Inzwischen aber machte sie die Preise für *Zement*, die natürlich auch für notwendig gehalten werden, obwohl jetzt niemand baut als das Militär. Dann kamen Richtpreise für *Gummwaren*, sowohl für Kindersauger als auch für „Schuzmittel“ (welch sinureicher Zusammenhang!). Und das letzte, was gestern von der Kommission zu lesen war, ist die Bestimmung von Preisen für *Haselnüsse* der Ernten 1915 und 1916, sowohl für gute als auch für ranzige. Für neue Haselnüsse dürften die Preise vielleicht erst nach einem Jahre kommen. Diese Proben dürften genügen, um einen Abgeordneten zu bewegen, diese lächerliche, ja fast aufreizende Amtschimmelei niederzupfeffern.

Ueber die Feuersicherheit der Kriegsindustriebetriebe.

Von Direktor Michael Keiner.

Budapest, 14. August.

Mangel an Unternehmungslust, Unsicherheit der auswärtigen politischen Lage, Geldverknappung und Arbeiterverhältnisse hatten in der Zeit unmittelbar vor dem Kriege eine Stagnation des Fabriksgewerbes zur Folge. Diese Lage hat der Krieg mit einem Schläge geändert. Die Stagnation hörte auf; Fabriken, die ihren Betrieb eingestellt hatten, machten sich mit erhöhter Kraft an die Arbeit, neue Fabriken entstanden, die bestehenden erweiterten ihren Betrieb, andere richteten sich für die Erzeugung von Kriegsmaterial ein und der überwiegende Teil der Industrie nahm im allgemeinen einen Aufschwung, der sich den großen Anforderungen des Weltkrieges würdig anpaßte.

Zu diesen Anforderungen gehört auch, daß nicht nur die Erzeugung von Kriegsmaterial mit allen zur Verfügung stehenden Kräften und Mitteln betrieben werde, sondern daß die auf diese Weise erzeugten großen Mengen von Kriegsmaterial und die Vorräte sicher an ihren Bestimmungsort gelangen, dort ihrer Bestimmung gemäß verwendet werden, daß also diese Vorräte bis zur Erreichung des Zweckes vor jeder Schädigung bewahrt werden, somit auch vor dem in den gewerblichen Betrieben am häufigsten vorkommenden Schaden: dem Brandschaden.

Die bezüglichen Erfahrungen waren im ersten und zweiten Kriegsjahre günstig; dies kann, nicht in allerletzter Reihe, auf den Umstand zurückgeführt werden, daß die Fabriken noch mit Rohstoffen erster Qualität, mit Maschinen von etwanandfreiher Leistungsfähigkeit arbeiteten, daß Schmier-, Putz- und Beleuchtungsmaterial noch aus der Friedenszeit stammte und daß in den auf solche Weise versorgten Betrieben noch viel eingewöhnte alte Arbeiter vorhanden waren, die die ihnen anvertrauten Maschinen bis auf die letzte Schraube kannten und mit ihrer von der normalen eventuell abweichenden Funktionierung vertraut waren.

Im dritten Kriegsjahre änderte sich die Lage. Die Rohstoffe verschlechterten sich, das Schmier-, Putz- und Beleuchtungsmaterial wird häufig durch Ersatzmittel ersetzt, ein Teil der alten, geübten Arbeiter ist ins Feld gezogen, ihre Stellen nehmen neue, oft unerfahrene Arbeiter, Frauen ein. Wenn noch in Betracht gezogen wird, daß neu eingeführte Arten der Erzeugung, zum Beispiel das Vermahlen von Maiskolben in den Mühlen, das Benzineextraktionsverfahren in Lederfabriken usw. neue Entstehungsbursachen von Brandfällen darstellen, daß in vielen Betrieben feindselig gesinnte Kriegsgefangene, Arbeiter verschiedener Nationalitäten verwendet werden, daß die Fabriken infolge Raummangels, oft aber auch aus Bequemlichkeitsgründen, große Mengen Waren von hohem Werte auf engem Raume aufstapeln, so habe ich, wenn auch nur in großen Zügen, die erhöhte Feuersgefahr dargelegt, deren Verringerung zwar Sache des Fabrikanten ist, der Vollzug und die Kontrolle derselben ist aber vom Gesichtspunkte der allgemeinen nationalökonomischen Interessen höchst begründet und kann derzeit nur militärischerseits in intensivster Weise durchgeführt werden. Während ein Brandfall dem Fabrikanten höchstens materiellen Schaden verursacht, der übrigens infolge der genommenen Versicherung ersetzt wird, kann ja die Kriegsführung für den Verlust des jetzt so wertvollen Materials und dafür, daß die seiner Bestimmung entsprechende Verwendung infolge des Brandes Aufschub erleidet, von niemand und durch nichts entschädigt werden.

15./VIII. 1918 168

Wie schwer die Verabsäumung des entsprechenden Feuereschutzes unsere wichtigsten Lebensinteressen trifft, ist ersichtlich, wenn ich nur auf die eine Tatsache hinweise, daß wir die diesjährige neue Ernte in einer viel günstigeren Lage hätten abwarten können, wenn in den abgebrannten Mühlen nicht viele hundert Waggons Weizen und Roggen ein Raub der Flammen geworden wären. Es kann nicht oft genug betont werden, daß im Mühlengebäude nur die Unterbringung jener Vorräte gestattet werden sollte, deren Belassung im Mühlengebäude unbedingt und unerlässlich nötig ist. Die Verbringung der Mühle zu Lagerzwecken ist unzulässig.

Wie verhält es sich aber mit dem Feuereschutz? Ein Teil der Feuerwehrlente, besonders der freiwilligen, ist ins Feld gezogen, der Wassermangel ist infolge der Trockenheit allgemein, und die in den einzelnen Betrieben staubbedeckt liegenden Feuerlöschgerätschaften mit ihren oft löcherigen Schläuchen bieten im kritischen Moment einen äußerst geringen Schutz.

Wir wollen nicht ungerecht sein und zollen Anerkennung den noch immer zahlreichen Industrieunternehmungen, welche hinsichtlich des Feuereschutzes nichts unterlassen haben, die daher auch kein Tadel treffen kann. Wir wollten nur darauf hinweisen, daß mit der Intensität der Kriegsindustriebetriebe und mit ihrer erhöhten Feuersgefahr die Erhöhung der Feuersicherheit nicht Schritt gehalten hat und daß die Präventiv-Schutzvorkehrungen, die allein geeignet sind, den Ausbruch eines Brandes zu verhüten oder den bereits ausgebrochenen Brand im Keime zu ersticken, keine Besserung erfahren haben.

Die erhöhte Gefahr bedeutet eine erhöhte Verantwortung, und diese erfordert, daß die Vorschriften der Präventivfeuerpolizei strenger eingehalten werden als es bis jetzt geschehen ist.

Quacksalbereien, die das Uebel nicht an der Wurzel fassen, helfen hier nichts. Die allgemeine Beruhigung, die richtige Abhilfe kann nur davon erwartet werden, daß militärischerseits die Kontrolle der Feuersicherheit in den Kriegsindustrieunternehmungen in die Hand genommen wird.

Rasierklingen.

Das Selbstrasieren ist seit Einführung der Rasierapparate immer verbreiteter und im Kriege infolge des Personalmanuels bei den Frisuren naturgemäß noch beliebter geworden. Die beste Klinge war die Gillette-Klinge, ein amerikanisches Fabrikat, wovon das Duzend 5 Kronen kostete. Da eine weitere Einfuhr solcher Klingen auf große Schwierigkeiten stößt, ist der Preis auf 24 Kronen pro Duzend gestiegen. Derzeit gibt es eine Unmenge von Klingen, die fast durchweg deutsches Fabrikat sind. Man bezahlt sie pro Stück mit 35 bis 60 Heller und pro Duzend mit 3 bis 5 Kronen. Es ist nur bedauerlich, daß sich unsere heimische Industrie auf diesem Gebiet so wenig rege zeigt. Auch der Preis für Rasiermesser ist um circa 150 Prozent gestiegen. Die billigsten Rasiermesser, die vor dem Kriege 2 Kronen kosteten, kosten jetzt 5 Kronen, und für feine schwedische Messer muß man bis zu 25 Kronen bezahlen. Auch die Rasierseife ist unerschwinglich geworden, glücklicherweise bekommt man Rasiercreme in ausreichender Menge sehr billig, fast zu Friedenspreisen.

15. VIII. 1917

140

Die notwendige Regelung der Kraftwirtschaft.

Wie in allen kriegsführenden Staaten bildet auch bei uns die Transportfrage ein ernstes Problem, das wieder mit der Kohlenfrage in engem Zusammenhang steht. Bekanntlich ist sowohl die Förderung als auch die Einfuhr von Kohle zurückgegangen, wobei überdies einer geordneten Verteilung der Kohle zahlreiche Hemmnisse entgegenstehen.

Eine Behebung der Schwierigkeiten ist nur in beschränktem Maße möglich. Insbesondere ist der vielfach erwogene Plan einer Konzentration der industriellen Tätigkeit in einer verringerten Zahl von Großbetrieben, wovon eine bessere Kohlenausnützung und leichtere Zufuhr erhofft wurde, kaum durchführbar. Diese Konzentration der Betriebe würde vielleicht den Kohlentransport erleichtern, dafür aber längere Transporte anderer Rohmaterialien, die derzeit in der Nähe der Urproduktion verarbeitet werden, notwendig machen. Vielfach müßten die Fabriken erst adaptiert, maschinelle Anlagen übertragen werden usw., was wieder viel Kosten und neue Transporte verursacht. Auch erzeugt die Konzentrierung größerer Arbeitermassen an einzelnen Orten beträchtliche Ernährungs- und Wohnungsschwierigkeiten.

Unter diesen Verhältnissen wäre die Fernleitung elektrischer Kraft eine sehr erwünschte Entlastung unserer Bahnen. Leider gibt es aber bisher nur an wenigen Orten Oesterreichs größere Ueberlandzentralen, die die Industrie ganzer Gebiete versorgen. Ein Ausbau im Kriege scheitert nicht nur an dem Arbeitermangel und den hohen Kosten, sondern vor allem auch an dem Fehlen geeigneten Leitungsmaterials, insbesondere von Kupfer. Immerhin wird für Friedenszeiten die Lehre resultieren, daß unsere bisherige Nichttätigkeit auf dem Gebiete zentralisierter Kraftwirtschaft mit aller Energie behoben werden müsse.

Es ist gewiß ein sonderbares Schauspiel, daß die Kraftquellen unserer Industrie zu versiegen drohen, während andererseits unsere riesigen Wasserkräfte noch zum großen Teil unausgenützt sind. In Frankreich sollen seit Kriegsbeginn nicht weniger als 800.000 H.P. Wasserkraft ausgebaut worden sein. Bei uns war eine ähnliche Entwicklung nicht möglich, doch sind einige Großwerke, die schon vor Kriegsbeginn begonnen wurden, in Betrieb gekommen und haben ihre Kraftproduktion vollständig an neue Abnehmer verschlossen. Bekanntlich hängt heute die Pulvererzeugung mit der Stickstoffgewinnung aus der Luft, die mittels großer Wasserkräfte geschieht, zusammen. Es hätte unsere Kriegsbereitschaft ungemein gefördert, wenn der Ausbau der Wasserkräfte schon in Friedenszeiten weiter gediehen wäre. Leider stehen jedoch alle Bemühungen gerade auf dem Widerstand staatlicher Faktoren. Wo immer private Unternehmer um große Wasserkraftkonzessionen ansuchten, trat ihnen das Eisenbahnministerium entgegen, das dieselben Kräfte für die Elektrifizierung der Bahnen mit Beschlag belegte oder sich doch eine große Kraftmenge reservierte. Vielfach war hierbei das Eisenbahnministerium mit den autonomen Landesverwaltungen verbündet. Die Anforderungen der Staatsbahnen gingen weit über das für die Elektrifizierung wirklich erforderliche Ausmaß hinaus. Doch konnte sich der Staat niemals entschließen, das große Werk der Elektrifizierung durchzuführen, obwohl die Vorstudien hierzu bereits auf breiter Grundlage durchgeführt worden waren. Ebensovienig aber wollte er auf das Projekt verzichten und die Wasserkräfte freigeben.

Ein Hauptfaktor des Widerstandes war hierbei die Haltung der Heeresverwaltung, die dem elektrischen Bahnbetrieb nicht günstig gesinnt war. Insbesondere wurde dies damit begründet, daß elektrische Zentralen und Leitungen im Kriege leicht zerstört werden könnten (zum Beispiel auch durch Fliegerangriffe), wodurch ganze Bahnstrecken lahmgelegt sein würden. Diese Argumentation berücksichtigte aber vielleicht nicht genügend, daß Bahnlinsen überhaupt durch Zerstörung von Brücken, Tunneln usw. einer Unterbrechung ausgesetzt sind. In Oberitalien sind schon sehr viele Bahnlinsen elektrisch betrieben, und es ist nicht bekannt geworden, daß den Italienern hieraus irgendein Nachteil erwachsen wäre. Andererseits hat der Weltkrieg gezeigt, daß unsere Alpenregionen selbst einer Uebermacht gegenüber unbewingbar sind und daß auch Luftangriffe stets überlegen abgewehrt werden konnten. Welcher großer Vorteil wäre es heute vom militärischen und zivilen Standpunkt, wenn die zum Betrieb der Alpenbahnen verwendete Kohlenmenge nicht erfordert, sondern durch Wasserkraft ersetzt wäre! Gerade die elektrische Fernleitung läßt die schnellste Heranziehung von Erzeugkraft zu, wenn einmal eine Kraftquelle ausgeschaltet wird.

Der Krieg verursacht eine große Abnahme physischer Kräfte infolge Tod, Verwundung oder Erkrankung. Dieser Ausfall kann nur dadurch ersetzt werden, daß nicht nur die Industrie, sondern auch die Landwirtschaft, das Gewerbe, ja selbst die Hauswirtschaft in erhöhtem Maße mit reichlicher und billiger Kraft versorgt werden. Unsere Landwirtschaft wird zahlreich neue Maschinen verwenden müssen, um die Produktion intensiver zu gestalten und den Ausfall an Arbeitskräften zu ersetzen. Aber auch das Kleingewerbe, das ja vielfach im Kriege besonders stark gelitten hat, ist in gleicher Lage. Diese große Zukunftsaufgabe kann nur durch ein energisches Zusammenwirken staatlicher Förderung und privater Initiative erreicht werden. Insbesondere stoßen wir auch hier wieder auf das große Hemmnis des industriellen Fortschrittes, nämlich die überhohe Aktienbesteuerung. Unsere Ueberwasser-

kräfte liegen durchweg in Gebieten hoher Zugschläge, so daß die an sich übertriebene Steuer oft ganz prohibitorisch wirkt. Uebrigens sei noch erwähnt, daß auch die großen Ströme, so die Donau, die Elbe und Moldau, sehr bedeutende Kräfte enthalten, die im Zusammenhang mit Flußregulierungen und Kanalisierungen gewonnen werden können.

Zusammenlegung der Gewerbebetriebe.

Mit der Zusammenlegung der Handwerks- und Gewerbebetriebe, der wichtigsten und einschneidendsten Frage, die bisher in der deutschen Kriegswirtschaft aufgetaucht ist, haben sich gestern die drei Abteilungen der Handwerkskammer zu Berlin in einer gemeinsamen Sitzung beschäftigt.

Der Vorsitzende, Obermeister Rahardt, berückte im Anschluß an die auf der Tagesordnung stehende Rohstoffversorgung des Handwerks über die Frage. Es wurde darüber wie auch über die weitere Durchführung des Hilfsdienstgesetzes vertrauliche Mitteilungen gemacht, in denen die Handwerksmeister auf die bevorstehenden Maßnahmen vorbereitet wurden. Um vom Handwerk selbst Vorschläge für die Zusammenlegung zu erhalten, sollen in der nächsten Zeit für die Abteilungen der Handwerkskammer drei Versammlungen nach Berlin einberufen werden, zu denen die Vorstände der Innungen und gewerblichen Vereine geladen werden. Durch gegenseitige Aussprache soll der zweckmäßigste Weg gefunden werden, wie unter Mitwirkung des Handwerks die Frage gelöst werden kann, und um zu verhüten, daß die Angelegenheit einfach vom grünen Tisch auf dem Zwangswege geregelt werde.

Die Industrie und die Kohlenversorgung

Die Kohlenfrage bereitet der Industrie, trotz der jüngsten amtlichen Aufklärungen, große Sorge. Während sich in normalen Zeiten die meisten Industrien die erforderlichen Kohlenmengen für ihren voraussichtlichen Winterbedarf schon im Frühjahr oder im Sommer gesichert haben, können sie jetzt nicht einmal den augenblicklichen Bedarf in ausreichendem Maße befriedigen. Von einer Reservierung irgendwelcher Kohlenmengen für die Winterszeit kann somit derzeit keine Rede sein. Es wird zwar angenommen, daß die unmittelbar für die Seeresverwaltung tätigen Betriebe für alle Fälle über ausreichende Kohlen- (und Koks-)Quantitäten verfügen können. Aber die Vertretungen der Industrien stehen auf dem Standpunkt, daß die Bevorzugungen einzelner Industriezweige ungerechtfertigt seien. Im Interesse der Unternehmungen, im Interesse der daselbst zahlreich beschäftigten Beamten und Arbeiter, aber auch im Interesse der gesamten Volkswirtschaft müsse jede empfindliche Störung oder gar eine Stilllegung der Betriebe, die auf den Kohlenmangel zurückzuführen wäre, vermieden werden. Dies um so mehr, als dadurch auch die Allgemeinheit benachteiligt werden müßte. Wenn alle Industrien und nicht bloß die von den Militärbehörden beschäftigten Betriebe stehen gegenwärtig im Zusammenhang mit der Kriegswirtschaft. Es gibt jetzt wohl keine Luxusindustrien mehr. Die Vertretungen der Industriellen denken aber hierbei nicht bloß an die großen Unternehmungen. Da viele kleinere Fabriken und Gewerbebetriebe auf Gasmotoren angewiesen sind, so wären auch die Gaswerke derart mit Kohle zu versorgen, daß sie nicht genötigt seien, die Gaszeugung einzuschränken oder zu unterbrechen. In den vielen Denkschriften, die der Regierung vorgelegt, und gelegentlich der zahllosen Unterhandlungen, die mit den Behörden geführt wurden, hat die Industrie wiederholt die Ansicht vertreten, daß auf die Erhöhung der Kohlenproduktion und auf den unbehinderten Kohlentransport das Hauptgewicht gelegt werden müsse. Zu diesem Behufe wurde auch die ausgiebige Verwendung von Kriegsgefangenen in den Kohlengruben vorgeschlagen. Zwar hat sich dagegen die Seeresverwaltung aus militärischen Gründen ausgesprochen, aber doch die Verwendung der Kriegsgefangenen bei der Abfuhr und der Verladung der Kohle erlaubt, was bei dem Mangel an Arbeitern immerhin eine gewisse Erleichterung bedeutet. Die Industrie legt begreiflicherweise auch darauf Wert, daß die von der Regierung geplanten Maßnahmen zur Erzielung von Kohlenersparnissen den ordnungsmäßigen Industriebetrieb so wenig als möglich beschränken, und daß daher von einer etwa ins Auge gefaßten Zusammenlegung von Betrieben Abstand genommen werde. Schließlich wird die Schaffung von etwaigen Zwischenorganisationen, die den direkten Verkehr der Industrien mit ihren Kohlenlieferanten unterbrechen würden, als durchaus ungewöhnlich erachtet.

Inwieweit haben nun die vorbesprochenen Wünsche der Industrien Aussicht auf Erfüllung? Vor allem muß betont werden, daß gegenwärtig hinsichtlich der Lösung der Kohlenfrage noch keineswegs irgendwelche endgültige Beschlüsse gefaßt worden sind. Dies dürfte im großen und ganzen in der zweiten Hälfte des nächsten Monats geschehen. Vorläufig ist die Angelegenheit aus dem Stadium der Erwägungen noch nicht herausgekommen, wenn auch dieses Stadium sehr weit fortgeschritten und der Plan für das weitere Vorgehen schon in den Umrissen festgelegt ist. Demzufolge ist es jetzt schon sicher, daß eine gewisse Klassifizierung der Industrie je nach ihrer Wichtigkeit für die Allgemeinheit auch weiterhin bestehen bleiben wird. Bildet es doch jetzt unsere wichtigste Aufgabe, den Krieg gedeihlich zu Ende zu führen, weshalb auch alle Fabriken, die beispielsweise durch Herstellung von Waffen, Munition usw. die Fortführung des Feldzuges ermöglichen, unter Bevorzugung vor anderen Betrieben Kohle erhalten werden. Damit ist nicht gesagt, daß die bisherige Einteilung der Verbrauchergruppen unverändert beibehalten wird; aber an dem Grundfak des Vorhandenseins mehr oder weniger bevorzugter Industrien ist nicht zu rütteln.

Welche Kohlenmenge zur Verfügung der Industrie stehen dürfte, läßt sich derzeit auch nicht annähernd ermessen. Bekanntlich ist die Kontingentierung der Kohlenkonsumenten länderweise geplant. Es soll das sogenannte Bevölkerungskontingent, ein Kontingent für staatliche und Wohlfahrtsinstitute, ein Kontingent für die Armee im Felde, für die Armee im Sinterland, ein Kontingent für besondere Bedürfnisse (zum Beispiel für Druschwede, für die Zuckerkampagne) usw. festgesetzt werden. Nach Auffüllung dieser Kontingente dürfte, wie bisher, die Industrie — unter Bevorzugung der Kriegsindustrie — ebenso direkt beliefert werden, wie die fabrikmäßigen Abprovisionierungsgewerbe, die Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke und die Transportanstalten, also hauptsächlich Bahnen und Schifffahrtunternehmungen. Da hiernach zu den Betrieben, die einer unmittelbaren Kohlenbelieferung teilhaftig werden sollen, auch die Gaswerke gehören, so ist zu hoffen, daß diese in der Lage sein werden, genügende Mengen von Gas für Betriebszwecke herzustellen, zumal die Gasbeleuchtung weitgehenden Beschränkungen ausgesetzt sein soll. Dadurch wird es möglich sein, die auf Gasmotoren angewiesenen kleineren Betriebe aufrechtzuerhalten, was auch im Interesse der Kriegswirtschaft liegt, weil viele von solchen Betrieben Armeeartikel erzeugen oder bei deren Herstellung behilflich sind.

Ob und in welchem Maße auch bei der Industrie Kohlenersparnisse, sei es durch Zu-

sammenlegung von Betrieben, sei es durch Einschränkung oder vielleicht sogar Einstellung für die Allgemeinheit weniger wichtiger Betriebe, werden vorgenommen werden müssen, ist derzeit noch ganz ungewiß. Darüber wird neben den sonst beteiligten Stellen auch das Handelsministerium mitzusprechen haben. Zweifellos wird an ein solches Mittel nur im Falle absoluter Notwendigkeit gedacht werden, wobei dessen Anwendung nur im Einvernehmen mit der Industrie erfolgen wird. So stellt sich alles im allem die Kohlenfrage als ernst dar. Aber die maßgebenden Behörden geben sich der vollen Zuversicht hin, daß es ihren Anstrengungen und eifrigen Bemühungen gelingen wird, die heimische Volkswirtschaft über die schwere Winterszeit ohne Schaden hindurchzubringen.

Die mitteleuropäischen Wirtschaftsfragen. Von Geheimem Rat Dr. Heinrich Ritter v. Wittel. Die Zahl der Schriften und Aufsätze, in denen das künftige wirtschaftspolitische Verhältnis zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland erörtert wird, wächst von Tag zu Tag und immer schwieriger wird es für den Außenstehenden, einen Ueberblick über das Ganze zu gewinnen. Bisher hat es nun an einer zusammenfassenden Darstellung gefehlt, die in die Masse des vorliegenden Stoffes Ordnung und Ueberblick gebracht hätte. Diese Lücke wird jetzt durch Heft 26 der „Zeitschriften für Oesterreich-Ungarns Erwachen“ (Herausgeber: Robert Strache in Warnsdorf, literarische Leitung: Ferdinand Sonner in Trautenau) ausgefüllt, dessen Verfasser schon ob seiner praktischen Erfahrungen berufen erscheint, zu der Frage das Wort zu ergreifen. Die Arbeit gliedert sich in fünf Abschnitte, von denen der erste den wirtschaftspolitischen Ausgangspunkte, der zweite die wichtigsten Stimmen der Fachliteratur, der dritte Form und Inhalt der Annäherung, der vierte die Annäherung im Verkehrsweisen und endlich der fünfte eine kurze Schlussfolgerung enthält. In Anlehnung an die Tendenzen, wie sie in den Anträgen der mitteleuropäischen Wirtschaftsvereine zum Ausdruck kommen, tritt der Autor für eine möglichst enge Rechtsangleichung in der Handels- und Zollpolitik ein und fordert zu gleicher Zeit einen zum Wirtschaftsbandnis erweiterten langfristigen Tarifvertrag mit Vorzugsbehandlung in den Zolltarifen und gegen-

seitiger Unterstützung bei dem Abschluss von Handelsverträgen mit dritten Staaten. Was das Verkehrsweisen anbelangt, so empfiehlt er eine Fortentwicklung der bereits bestehenden Gleichartigkeit im Eisenbahnwesen, Erleichterungen im Güterverkehr und enge Zusammenarbeiten bei der Ausgestaltung des mitteleuropäischen Wasserstraßennetzes. Die Vorschläge des Verfassers bewegen sich also sozusagen auf der mittleren Linie, d. h. er lehnt sowohl die Ideen der Anhänger einer reinen Zollunion wie die einer bloßen Meistbegünstigung ab und zielt auf einen Zustand hin, der durch möglichst enge wirtschaftliche Annäherung bei voller Rücksichtnahme auf die spezifischen wirtschaftlichen Interessen eines jeden der beiden Kontrahenten gekennzeichnet ist.

Forderungen des Kleinhandels.

Kriegstagung der deutschen Rabattsparvereine.

Der „Verband der Handelschutz- und Rabattsparvereine Deutschlands“ mit dem Sitz in Hannover, der in 500 angeschlossenen Vereinen etwa 70 000 Mitglieder umfaßt, trat in Stuttgart zu seinem 15. Verbandstage zusammen.

Ob.-Reg.-Rat Schiele vom Württemberg, Ministerium des Innern, führte in seiner Begrüßungsrede u. a. aus: Die Grenzen für die Schonung, die die Regierung dem Kleinhandel im Kriege angedeihen lassen konnte, waren eng gezogen. Es mag sein, daß manchmal zu weit gegangen wurde, aber bei unserer Regierung bestand jederzeit der feste Wille, so schonend wie möglich vorzugehen. (Lebhafte Beifall.) Nach weiteren Begrüßungsansprachen wurde an den Kaiser eine Guldigungsdrachung abgefaßt.

Es wurde dann ein Bericht des Verbandsdirektors Bentzien (Hannover) „Von deutschen Handelsorgen und -Ausichten“ entgegengenommen. Der Redner führte u. a. aus: Unsere unerschlossene Politik hat es nicht verstanden, den Geist des Volkes emporzutragen. Zu verurteilen ist die Haltung der Reichstagsmehrheit in der Friedensfrage. Der neuen Führung, die Entschlossenheit zeigt, bringen Handel und Gewerbe Vertrauen entgegen. Der Krieg äußert sich als Zerstörer der mittleren beruflichen Selbständigkeit und als Förderer des Großkapitalismus. Gegen seine Absichten muß sich die mittelständische Kraft zusammenschließen. Dem Kapitalismus wesensverwandt sind die Begriffe Sozialisierung und Kommunifizierung. Das Beamtentum als Vertreter der beruflichen Selbstverantwortlichkeit hat durchweg seine Unvermögen einsehen müssen, die geschulten Kräfte des Handels ersetzen zu können. Wäre der berufliche Handel nicht in Fesseln gelegt, würde der Schleichhandel nicht so blühen.

Ueber „Lebensmittelhandel und Staatswirtschaft“ sprach Dr. Schiele (Naumburg): Es gibt keine Wiedereinführung des freien Handels, solange die Höchstpreispolitik und das System der öffentlichen Bewirtschaftung besteht. Der neuen Wirtschaftsordnung sind drei Vorwürfe zu machen: der Vergewandung, der Verteuerung und der Verknappung. Durch das falsche Preisverhältnis zwischen Menschenfutter und Viehfutter werden geradezu 3 Mill. Tonnen Brottorn und 6 Mill. Tonnen Kartoffeln den Menschen vom Munde weggenommen und in die Viehtröge oder besser gesagt in den Mist gejagt. Freilich geht der Handel nie so machen. Er lebt noch als Schleichhandel. Wenn der Engländer die Raten zur Kenntnis nimmt, die das Reich öffentlich verteilt, so muß er zu der Folgerung kommen, daß Deutschland bald am Ende seiner Kräfte ist. Es wäre gut, man klärte ihn auf, daß auch heute noch die Großstadtbevölkerung eine sehr ansehnliche Zubuße, schätzungsweise 80 Tonnen des Nahrungs-mittelbedarfs, durch den Schleichhandel erhält. Den Schleichhandel zu unterdrücken, wird nicht gelingen, besser wäre es, man machte den Handel wieder ehrlich. Der zweite Vortragsredner, Dr. Müller (Essen), Syndikus der Grube Rheinlands Westfalen des Reichsdeutschen Mittelstandsverbandes, beleuchtete die Unhaltbarkeit der vom Reichsgericht aufgestellten Richtlinien über die Preisbemessung. Auf Grund beider Vorträge legte der Vorstand eine Entschließung vor, die besagt:

Wir sind der Ueberzeugung, daß auch in Kriegszellen die Tage des deutschen Volkes eine erhebliche Verbesserung erleben wird, wenn man sich entschließt, den freien Handel wieder in seine volksverforgende Tätigkeit einzusetzen. Dazu gehört, daß man ihm die freie Kalkulation des Preises und den freien Verkehr mit der Ware zurückgibt. Also keine Höchstpreise und keine Beschlagnahme, sondern nur Rationierung des Verbrauchs.

[Die Sicherung eigener landwirtschaftlicher Betriebe für die Industrie.] Verschiedene Industrien des Deutschen Reiches trachten gegenwärtig durch Angliederung von eigenen Landwirtschaften an ihre Fabriken die Lebensmittelbeschaffung für die Arbeiterschaft sicherzustellen. In Oesterreich hat die Industrie begreiflicherweise ebenfalls Interesse für diese Frage. Zumeist waren bei anderen Transaktionen in der allerletzten Zeit auch die Erwerbung größerer oder kleinerer landwirtschaftlicher Grundkomplexe mitinbegriffen. Beim Bergbau verfügen die dem Großgrundbesitz angehörenden Gewerken über eigene landwirtschaftliche Großbetriebe, die die Approvisionierung ihrer Arbeiterschaft erleichtern sollen. Allerdings wirken gewisse Vorschriften, wie zum Beispiel das Verbot des Transports von einem Kronland ins andere, entgegen. Die meisten Bergbau- und Eisengesellschaften haben Grundstücke, die zum Teil unentgeltlich, zum Teil gegen einen Pachtzins an die Arbeiterschaft abgegeben werden. Vereinzelt findet man auch industrielle Konsumvereine mit eigenen Mühlen und Bäckereien. Die Errichtung von Arbeiterbäckereien, die an Werkanlagen angegliedert sind, hat besonders in der Kriegszeit in den Industriegebieten zugenommen. In den alpenländischen Betrieben haben verschiedene Industrien in jüngster Zeit auch Wiesen und Almen angekauft. Wesentlich erleichtert wird der Industrie, die über landwirtschaftliche Grundstücke verfügt, in der Zeit der Futtermittelnot die Haltung von Zugtieren, die beim Bergbau und in den sonstigen abgelegenen Industrieorten Verwendung finden und für die Zu- und Abstreifung von Roh- und Hilfsstoffen, beziehungsweise der Erzeugnisse, unentbehrlich sind. Es ist begreiflich, daß das Interesse der Industrie für landwirtschaftlichen Grundbesitz sich hauptsächlich auf solche Objekte erstreckt, die sich in erreichbarer Nähe ihrer Werksanlagen befinden.

Feindliche Handelsespionage in Deutschland.

Von maßgebender Stelle wird das „Berliner Tageblatt“ darauf hingewiesen, daß unsere Feinde, in der Erkenntnis unserer Ueberlegenheit auf gewerblichem und industriellem Gebiete, von neuem Versuche machen, Geschäfts- und Fabrikationsgeheimnisse durch Mittelspersonen zu erfahren. Diese Mittelspersonen kommen meist aus neutralen Staaten und suchen solche Stellungen, bei denen sie ihr hinterlistiges Treiben ungestört ausüben können, in Fabriken und bei Geschäftsleuten zu erhalten. Eine gewisse Förderung finden sie dadurch, daß bei dem herrschenden Mangel an Arbeitern Gewerbetreibende geneigt sind, Ausländer, bei denen eine Einberufung zum Heeresdienst nicht in Frage kommt, zu nehmen. Umso mehr ist daher Vorsicht geboten und die beteiligten Kreise werden um scharfe Prüfung der persönlichen Verhältnisse etwaiger Auslandsangestellter sowie um sorgfältigste Prüfung ihrer Gewerbegeheimnisse dringend ersucht. Ferner wird, ebenfalls aus Gründen eines unlauteren Wettbewerbes, vom Auslande her der Versuch gemacht, deutsche Unternehmungen für die Zeit nach dem Kriege zur Uebersiedlung in das Ausland zu bewegen. Diese letzteren Versuche erwähnen wir jedoch nur, weil sie ein markantes Streiflicht auf die unlauteren Machenschaften unserer Gegner werfen. Einer Uebersiedlung wird kein deutscher Kaufmann näherzutreten gewillt sein. Einmal würde er dadurch gegen seine vaterländischen Pflichten auf das schwerste verstoßen, zum anderen aber auch sein privates Interesse

schädigen. Denn daß eine Abwanderung nur deshalb von unseren Gegnern gewünscht wird, um die deutschen Kenntnisse und Erfahrungen auf wirtschaftlichem Gebiete um so leichter zu erforschen und rücksichtslos auszunutzen, liegt ohne weiteres auf der Hand.

Die Frage der Zusammenlegung der Betriebe.

Um Maßnahmen zur Ersparung von Brennstoffen herbeizuführen, haben in der Woche vom 6. bis 11. d. in Berlin Verhandlungen wegen der Zusammenlegung der Betriebe von Rohzuckerfabriken, sodann wegen vorläufiger Stilllegung der Betriebe der Zuckerrüben stattgefunden. Ein Ergebnis konnte, wie der „Berliner Börsen-Zeitung“ aus Magdeburg aus Kreisen des Zuckerhandels geschrieben wird, nach Lage der Dinge nicht erzielt werden. Jeder nur einigermaßen in der Zuckerindustrie Heimische weiß, daß die Rohzuckerfabriken und die Zuckerrüben alles von langer Hand her zur Durchführung ihrer Betriebe vorbereiten und vorsetzen müssen. Ein gewisser Vorrat an Rohstoffen muß im Sommer angefahren werden. Kalstein, Schwefelsäure und alle zum Betriebe notwendigen Herstellungstoffe müssen in reichlicher Menge zu Beginn der Betriebszeit vorhanden sein, damit keine Störungen eintreten. Sollten etwa all diese Dinge die Fabriken, die die Zuckerrüben mehrerer Fabriken bearbeiten sollen, nochmals anschaffen? Ein gewaltiger Anteil der Zuckerrüben selbst wird den Rohzuckerfabriken mit der Achse zugeführt! Sollen diese Mengen nun erst mit der Bahn verladen und den betreffenden Rohzuckerfabriken, für die sie bestimmt werden, zugeführt werden? In die Eisenbahn müßten in diesem Falle Ansprüche gestellt werden, denen sie in keiner Weise gewachsen wäre. Und die Entschädigungsfrage für die Rohzuckerfabriken? Unsummen würden erforderlich sein. Ein vorübergehendes Stilllegen der Zuckerrüben ist unmöglich. Wie soll der Bedarf des Heeres und der Bevölkerung gedeckt werden? Die in Deutschland bestehenden Weißzuckerfabriken sind in keiner Weise imstande, den Bedarf auch nur annähernd zu decken. Wenn eine unmittelbare Versorgung durch Rohzuckerfabriken stattfinden soll, weshalb läßt man denn keinen Kristallzucker ausschleudern und beschränkt dessen Herstellung auf die Mengen, die zur Versorgung des Heeres benötigt werden? Für die Versorgung des allgemeinen Verbrauches können die Rohzuckerfabriken, die gar nicht darauf eingerichtet sind, in keiner Weise erfolgreich herangezogen werden. Die Zeiten sind für Versuche heute viel zu ernst, an dem Bewährten soll man nicht rütteln, die Zuckerindustrie darf nicht zum Versuchskaninchen degradiert werden, zumal, wenn man im voraus klar sieht, daß der Versuch Fiasko machen muß.

Die „Rheinisch-westfälische Zeitung“ schreibt: Die bestehende Metallknappheit hat zur Folge gehabt, daß Bestrebungen im Gange sind, zur Erreichung einer größeren Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit bei der Erzeugung die kleineren Werke ganz stillzulegen und die Verteilung der benötigten Mengen nur den leistungsfähigeren Werken zu übertragen. Bei der durch den Metallmangel notwendig gewordenen Einschränkung der Erzeugung auf etwa 25 Prozent des seitherigen Bedarfes kann von einer eigentlich vorteilhaften Herstellung bei sämtlichen Werken nicht mehr die Rede sein. Eine in den nächsten Tagen stattfindende Versammlung der Messingwerke wird zu dieser Frage entscheidende Beschlüsse herbeiführen. Wie in der Eisenindustrie, wo die gleichen Absichten bezüglich Zusammenlegung und Vereinigung der Betriebe bestehen, so sollen auch hier die Werke, die auf Herstellung ganz verzichten und ihren gesamten Anteil zur Verfügung stellen, in entsprechender Höhe ihres Erzeugungsanteiles abgefunden werden. Bei der zurzeit nicht gleichen Lage in der Kupfer- und Messingindustrie ist an dem Zustandekommen eines derartigen ausgleichenden Zusammenschlusses wohl nicht zu zweifeln. Hauptsächlich kommen bei der beabsichtigten Maßnahme solche Werke in Frage, die Messing-

flangen, Rohlinge usw. herstellen, da gerade bei diesen Erzeugnissen die Einschränkung der Herstellung am notwendigsten erscheint. Uebrigens plant die Wirtschaftliche Vereinigung deutscher Messingwerke die Maßnahme ausschließlich in die Hand zu nehmen, um der Militärbehörde gegenüber eine geschlossene Stellungnahme der Werke durchzusetzen. Bemerkenswert ist ferner, daß die Behörde wie in anderen Industriezweigen so auch bei den Kupfer- und Messingwerken eine stärkere Zusammenfassung aller Kräfte in einem gebundenen Syndikat wünscht und diesen Wunsch eventuell zwangsweise in die Tat umzusetzen gesonnen ist. Die Messingwerke haben es bisher nur zu einer losen wirtschaftlichen Vereinigung gebracht, da alle Bestrebungen auf ein zu errichtendes Verkaufssyndikat bisher gescheitert sind. Da man es aber nun zu einem vom Staat auferlegten Zwangssyndikat nicht kommen lassen will, so ist man in einer schon vor Monaten stattgefundenen Versammlung bereits zu einer vorläufigen Verständigung gekommen und hat einem besonderen Ausschuß die Vorarbeiten für ein zu errichtendes Syndikat übertragen.

Die „Politischen Tagebücher“ schreiben: In der letzten Sitzung der deutschradikalen Partei des Abgeordnetenhauses wurde neuerlich in entschiedener Weise gegen die Absicht der Regierung, kleinere und mittlere Betriebe zusammenzulegen, d. h. aufzulassen, Stellung genommen. Die Abgeordneten Dr. Kundermann, Kraus und Heine wurden von der deutschradikalen Partei beauftragt, ernste Vorstellungen gegen solche Maßnahmen zu erheben.

Die Abgeordneten wandten sich daher in Zuschriften an den Minister für Landesverteidigung und an den Handelsminister. In denselben führen die Abgeordneten aus, daß durch eine Zusammenlegung der Betriebe das Gewerbe und die Industrie auf das empfindlichste geschädigt würden. Beweis dessen die Stellungnahme aller in Betracht kommenden Handels- und Gewerbekammern sowie der industriellen Verbände. Die Abgeordneten verweisen ferner darauf, daß sich der Schaden, welcher dadurch unserem Mittelstand zugefügt wird, nicht wieder gut machen läßt. Eine Entschädigung für die Auflassung kann nicht in dem Ausmaß gegeben werden, wie es dem unermesslichen Schaden, welcher dem Gewerbe dadurch zugefügt wird, entspricht.

26. VIII. 1917

181

‡ (Die Gott helfft-Briefe.) In Kreisen, die dem kommerziellen Leben ferne stehen, dürften die „Gott helfft-Briefe“ oder „Gott helfft-Bons“ ganz unbekannt sein, es erscheint somit nöthig, den Leser mit dieser Art von Briefen vorerst bekannt zu machen. In kaufmännischen Kreisen, namentlich der Provinz, ist es seit langer Zeit üblich, Schulden, welche nicht im Prozeßwege, sondern freundschaftlich, d. h. in privatem Ausgleichswege regulirt werden, nach Möglichkeit in P. v. r. zu zahlen, für den Rest aber einen Schuldschein oder einen Bon zu geben, der den Passus enthält: „Den restlichen Betrag von X Kronen zahle ich Ihnen, sobald mir Gott hilft“ (zu P. v. r.: helfft). Diese Gott helfft-Briefe werden in gutem Glauben ausgestellt und angenommen und konnten auch vor dem Börserathe geltend gemacht werden, der sie als rechtskräftigen Schuldschein betrachtete, wenn nachgewiesen werden konnte, daß Gott dem Schuldner thatsächlich geholfen hat. In der allerjüngsten Zeit nun, in der es zahlreiche kleine Kaufleute der Provinz, die vor einigen Jahren total zugrunde gegangen waren, zu recht ansehnlichen Vermögen brachten, beginnen die im Besitze solcher „Gott helfft-Briefe“ befindlichen Gläubiger ihre Forderungen in verstärktem Maße einzutreiben, und zwar nicht blos im Wege des Börseschiedsgerichtes, sondern bei den ordentlichen Gerichten. Speziell bei den Budapester Gerichten, welche diese Briefe bisher als nicht rechtskräftiges Papier betrachteten, macht sich gegenwärtig die Auffassung geltend, daß diese Briefe oder Bons rechtskräftige Dokumente sind, und es wurden, wie wir erfahren, in den letzten Wochen auf Grund der „Gott helfft-Briefe“ den hiesigen Gläubigern bereits namhafte Beträge zugeurtheilt.

4./X. 1917

185

(Das holländische Zentralausfuhrbureau.)
Aus dem Haag wird berichtet: Von der Regierung werden eifrig die vorbereitenden Maßnahmen getroffen, um die von der Kammer genehmigte Ausfuhrzentrale ins Leben zu rufen; doch dürfte es noch geraume Zeit dauern, bis die neue Einrichtung arbeitsfähig ist, schon weil ein großer Staff von Beamten (etwa 600) gebildet werden muß. Als Hauptzweck der Ausfuhrzentrale hat Minister Treub die Förderung des Warenaustausches und die Beschaffung der für Holland notwendigen Rohstoffe bezeichnet. Daneben strebt die Regierung in erster Linie danach, möglichst klare Uebersicht über den jetzigen Handel Hollands mit dem Auslande zu erhalten. Die Ausfuhrzentrale wird als Aktiengesellschaft ins Leben gerufen werden. Das Aktienkapital beträgt 5 Millionen Gulden. Daneben werden Schuldverschreibungen im gleichen Betrag des Aktienkapitals ausgegeben. Gegen diese Schuldverschreibungen kann der Ausfuhrhandel die ihm in Zahlung gegebenen ausländischen Banknoten und Schatzscheine einlösen. Die Schuldverschreibungen können bei der Niederländischen Bank verpfändet werden, die ihrerseits gegen etwaige bei solchen Beleihungen entstehende Verluste bis zu 20 Millionen Gulden durch die holländische Regierung gedeckt werden. Man vermutet, die niederländische Regierung wolle mittelst ihrer Ausfuhrzentrale auch größere Flüssigkeit der Geldmittel der holländischen Banken für das Ende des Krieges sichern. Die Banken haben von den bislang als Zahlung gegebenen ausländischen Werten schätzungsweise 200 bis 225 Millionen Gulden in Händen. Die Ausfuhrzentrale will, nach den Mitteilungen des Landwirtschaftsministers Boschma, den ganzen Ueberschuß der Süßfrüchtereuernte vom Jahre 1915 und der Ernte von getrockneten Gemüsen vom Jahre 1916 im eigenen Namen ausführen. Von dem Gewinn dürfen nur 5 Prozent den Aktionären zur Verfügung gestellt werden, während der Rest teils zum Ausgleich etwaiger Verluste, teils für die Staatskasse verwendet werden wird.

4./X. 1917

187

(Die wirtschaftliche Bedeutung Rigas.)

Unser Bundesgenosse ist in den Besitz des größten russischen Ostseehafens und damit des bedeutendsten Seehandelsplatzes Russlands überhaupt gelangt. In den letzten Jahren vor dem Kriege erreichte der Gesamthandel Rigas etwa eine Milliarde Kronen. Rund ein Fünftel des gesamten Ein- und Ausführhandels wickelte sich über Riga ab. Insbesondere für Getreide und Textilrohstoffe sowie Erzeugnisse der russischen Landwirtschaft war Riga stets wichtigster Exportplatz. Beinahe die Hälfte der russischen Flachsausfuhr (1912 fast 8 Millionen Rub) nahm ihren Weg über Riga, auch Hanf ging fast zur Hälfte über diesen Ostseehafen ins Ausland. Der Eierexport über Riga erreichte in den letzten Jahren einen Wert von 25 bis 30 Millionen Rubel, die Holzausfuhr betrug sich auf 40, der Häute- und Felleport auf nahezu 50 Millionen Rubel. Unter den Einfuhrartikeln stehen Steinkohlen, Baumwolle, Maschinen und Chemikalien in der ersten Reihe. Von der Seeimport Rigas entfielen 1912 auf England rund 60, auf Deutschland 53, auf Dänemark 9, auf die Niederlande 7,5, auf Schweden 5,9, auf Belgien 5,6 und auf die Vereinigten Staaten 3 Millionen Rubel. In die Seeausfuhr teilten sich England mit 82, Deutschland mit 43, Belgien mit 33, die amerikanische Union mit 27, Frankreich mit 17, Holland mit 13 und Schweden und Dänemark mit je 3 Millionen Rubel. Auf dem Gebiete der Industrie ist in Riga und Livland in größerem Umfang die Textilindustrie, Metall- und Maschinenproduktion, Papier- und Zementfabrikation, die chemische Industrie sowie das Mühlen- und Gärungsgewerbe vertreten. An deutschen Industrieunternehmen bestehen in Riga insbesondere große Elektrizitätsfirmen, chemische Fabriken und Maschinengesellschaften. Der Schiffsverkehr Rigas umfaßte 1912 2763 Schiffe mit fast zwei Millionen Registertonnen, davon 871 Schiffe mit 526,000 Tonnen russischer Flagge, 679 Schiffe mit 438,000 Tonnen deutscher Flagge, 333 Schiffe mit 248,000 Tonnen dänischer Flagge, 315 Schiffe mit 183,000 Tonnen schwedischer Flagge und 390 Schiffe mit 352,000 Tonnen englischer Flagge.

11./IX. 1917

191

(Der Privatwarenverkehr Serbiens seit der Okkupation.) Aus Belgrad wird uns geschrieben: Von einem regelrechten Warenverkehr mit dem serbischen Okkupationsgebiete kann erst seit Ende März 1916 gesprochen werden, als der private Eisenbahnverkehr eröffnet und auch ein Zollregime eingeführt wurde. Zur gleichen Zeit wurde mittels eines Armeeeoberkommandoerlasses auch die Aus- und Durchfuhr in dem Sinne geregelt, daß die gleichen Verbote in Kraft gesetzt wurden, die zu jener Zeit in der Monarchie galten. Die Ein- und Ausfuhr nach Serbien wickelte sich bis Ende Mai 1916 durch das Zentralwarenlager in Belgrad ab, das Waren auf eigene Rechnung kaufte und mit einem entsprechenden kaufmännischen Nutzen verkaufte. Mit dem 1. Juni v. J. wurde das Zentralwarenlager aufgelöst und die Warenverkehrszentrale ins Leben gerufen, deren hauptfächliche Aufgabe in der Erwirkung und gerechten Verteilung der Ausfuhrkontingente aus der Monarchie besteht,

während sich der Warenverkehr selbst direkt zwischen den importierenden und exportierenden Firmen abwickelt. Ueber den im Wege dieses freien Handels abgewickelten Warenverkehr bietet die Statistik der von seiten der Warenverkehrszentrale erteilten Ausfuhrzertifikate Orientierung, wobei jedoch hervorzuheben werden muß, daß diese Statistik die militärisch instruierten Sendungen, die einen sehr wichtigen Teil des gesamten Warenverkehrs bilden, nicht enthält. Wir entnehmen den bisherigen statistischen Ausweisen der Warenverkehrszentrale, die den Zeitraum vom 1. Juni 1916 bis Ende Juni 1917 umfassen, folgende wichtigere Positionen: Einfuhr nach Serbien: An Kolonialwaren wurden in der zweiten Hälfte des Jahres 1916 eingeführt 10.000 Kilogramm Bidjorie aus Ungarn und 10.000 Kilogramm Kaffee aus Oesterreich, in der ersten Hälfte 1917 aber 4600 Kilogramm Kaffeesurrogat aus Ungarn. Zucker: In der zweiten Hälfte 1916 aus Oesterreich 121 und aus Ungarn 50 Waggons, in der ersten Hälfte 1917 aber aus Oesterreich 218 Waggons. Paraffin: 1916/II aus Oesterreich (De.) 5000 Kilogramm, aus Ungarn (U.) 4500 Kilogramm; Zeresin 7000 Kgr. (U.); Wagenschmiere und Wagenfett: 14 Waggons (U.) und in 1917/I. 20 Waggons (De.) und 31 Waggons (U.); Wein: 1916/II. 4800 Liter (De.), 74.000 Liter (U.), 1917/I. 40.000 Liter (U.); Schaumwein: 1916/II. 1100 Flaschen und 7160 Kgr. (De.) und 100 Kgr. (U.), 1917/I. 1400 Flaschen (De.); Gasöl: 1916/II. 166 Waggons (De.); Petroleum: 1916/II. 155 Waggons (U.), 1917/I. 31 Waggons (U.); Mineralschmieröle: 1916/II. 1 Wagon (De.), 6 Waggons (U.), 1917/I. 8 Waggons (U.); Gasöl: 1916/II. 4 Waggons (De.), 4 Waggons (U.); Druck- und Zeitungspapier: 1916/II. 6 Waggons (De.), 1917/I. 3 Waggons (De.); Packpapier: 1916/II. 2 Waggons (De.), 8000 Kgr. (U.); Eisen und Stahl, alt und gebrochen, Schweißisen: 1917/II. 8 Waggons (De.), 1 Wagon (U.); Eisenröhren: 1917 10.000 Kgr. (De.); Werkzeugzeuge: 1917/I. 10.000 Kgr. (De.), 15.000 Kgr. (U.); Fuß-eisen: 1916/II. 2 Waggons (De.), 1 Wagon (U.); Blechenailgeschirr: 2 Waggons (De.); Eisenblech: 5 Waggons (U.), verzinkt 2 Waggons (U.); Kupferwaren: 2 Waggons (U.); Koch- und Waschblech: 10 Waggons (U.); Schuhnägel: 2 Waggons (U.); 1917/I. Schuhnägel: 1 Wagon (De.); Drahtstifte: 4 Waggons (De.), 1 Wagon (U.); Waren aus schmiedbarem Eisen: 2000 Kgr. (De.), aus nicht schmiedbarem Eisen: 2500 Kgr. (De.) und 14.000 Kgr. (U.); Äthylenslampen: 5000 Stück (De.), 5000 Stück (U.); Pflöge: 3 Waggons (De.), 8 Waggons (U.); Eisenmitrat: 1916/II. 30 Waggons (De.), 50 Waggons (U.); 1917/I. 15 Waggons (U.); Kohnatron: 1916/II. 9 Waggons (De.), 5 Waggons (U.); Karbid: 4 Waggons (De.); Chloralkali: je 1 Wagon De. und U.; Schuhwische und Schuhkreme: 1 Wagon (De.), 1/2 Wagon (U.); Kohlenfäure: 1917/I. 3000 Kgr. (U.); Streichhölzer: 1916/II. 18 Waggons (U.) und 1917/I. 1 Wagon (U.). — Ausfuhr aus Serbien: Paprika: 1917/I. 6700 Kgr. (De.) und 6700 Kgr. (U.); Mehl: 1916/II. 10.000 Kgr. (De.), 200 Kgr. (U.), 1917/I. 10.000 Kgr. (De.) und 2000 Kgr. (U.); diverses Obst: 1916/II. 7 1/2 Waggons (De.), 36 Waggons (U.); Dörrpflaumen: 17 Waggons (De.), 204 Waggons (U.), 1917/I. 5 Waggons (De.), 27 Waggons (U.) (in dieser Zahl sind die militärisch instruierten, von der Erniederwertungszentrale abdisponierten Obstsendungen nicht inbegriffen); Geflügel: 1916/II. 13.000 Stück (De.), 17.000 Stück (U.), 1917/I. 23.000 Stück (De.), 20.000 Stück (U.); Eier: 1916/II. 71.000 Stück (De.), 120.000 Stück

(U.), 1917/I. 266.000 Stück (De.), 67.000 Stück (U.); Speis- und Fett: 1916/II. 5 Waggons (De.), 2 Waggons (U.), 1917/I. 16 Waggons (De.) 8000 Kgr. (U.); Käse: 1916/II. 15.000 Kgr. (De.), 700 Kgr. (U.); Blaumenmus: 1916/II. 30.000 Kgr. (De.), 78.000 Kgr. (U.); Fleisch- und Würstwaren: 1916/II. 1 Wagon (De.), 5 Waggons (U.), 1917/I. 31.000 Kgr. (De.), 20.000 Kgr. (U.); Käse: 1917/I. 4600 Kgr. (De.), 12.000 Kgr. (U.); Fruchtzäpfle: 35.000 Kgr. (De.), 3000 Kgr. (U.). In Baumwollwaren und Garnen entwickelte sich in der zweiten Hälfte 1916 infolge der im Herbst dieses Jahres durchgeführten Beschlagnahmeaktion ein nennenswerter Verkehr. Es wurden ausgeführt: Baumwollwaren nach Oesterreich zirka 8 Waggons, nach Ungarn zirka 4 Waggons, Baumwollgarnie zirka (De.) 3000 Kgr., (U.) roh 4000 Kgr., Baumwollgewebe (U.) 58.000 Kgr., Sade (U.) 8000 Stück. Bei Wolle und Wollgarnen wäre hervorzuheben: in der zweiten Hälfte 1916: nicht genannte Wolle nach Oesterreich 33.000 Kilogramm; Schafwolle (roh) 56.000 Kilogramm und 157 Ballen, Wolle 4500 Kilogramm nach Ungarn. Eisen und Stahl, alt: 4 Waggons (De.), 25 Waggons (U.); Stummelzugstücken: 1 Wagon (U.); Schienen und Räderpaare: 18 Waggons (U.); Alteisen und Stahl: 1917/I. 5 Waggons (De.) und 76 Waggons (U.); Waren aus nicht schmiedbarem Eisen: 1 Wagon (U.); Stahlfäden: 19 Waggons (U.). Schließlich wären noch zu erwähnen: Knochenleim: 1 Wagon (De.), 2 Waggons (U.); Knochenhyat: 20 Waggons (De.); Knochenmehl: 2 Waggons (De.) und Hornabfälle 7000 Kgr. (De.), sowie 12 Waggons Knochenhyat, 2 Waggons Knochenmehl, 1 1/2 Wagon Hader, 85 Waggons altes Druckpapier und 3 Waggons Papierabfälle (U.).

Preisabbau und Preisausgleich.

Die Aufgaben und Ziele der Zentral-Preisprüfungscommission.

Der mit dem Vorsitz in der Zentral-Preisprüfungscommission betraute Hofrat August Freiherr v. Fries hat in einer an die Mitglieder der Kommission und an die lokalen Preisprüfungsstellen gerichteten Denkschrift in scharf umrissener Weise die Ziele und Aufgaben dieser neugeschaffenen Kriegsinstitution programmatisch dargestellt.

Nach seinen Ausführungen muß die Zentral-Preisprüfungscommission als ihr Endziel den Abbau der Preise betrachten. Auf dem Wege dahin muß aber noch in manchen Stationen halt gemacht werden, müssen noch manche dringendere Aufgaben vorher gelöst werden. Ein planloser überstürzter Abbau könnte nur Schaden und Verwirrung hervorrufen; er muß wohl vorbereitet sein und hinsichtlich aller Bedarfsartikel gleichzeitig in Angriff genommen werden. Zu diesem Zwecke müssen nun nach den Ausführungen des Baron Fries' die dermalen bestehenden Preise, ob sie nun behördlich festgesetzte Höchstpreise oder Richtpreise sind, einer eingehenden Prüfung unterzogen und sowohl örtlich als auch sachlich ausgeglichen werden.

Wenn auch das Verlangen der Konsumenten nach einer Herabsetzung der Preise für einzelne Warengruppen vorhanden sei, so ginge es doch im Interesse der Gesamtwirtschaft nicht an, irgendeine partielle Preisermäßigung gewaltsam durchzusetzen.

Es wäre, so führt Baron Fries in seiner Denkschrift weiter aus, höchst ungerecht, dem Produzenten einer Ware, mit der sich die Zentral-Preisprüfungscommission gerade beschäftigt, vorzuschreiben, daß er mitten in der allgemeinen Teuerung, während er sich alle Erzeugungsmöglichkeiten, Werkzeuge, Arbeitskräfte, Rohstoffe usw., zu teuren Preisen beschaffen muß, seine eigene Lebenshaltung eine höchst kostspielige ist, gerade sein Produkt zu verhältnismäßig wesentlich geringeren Preisen, vielleicht sogar zu Friedenspreisen, abgeben soll. Ein solcher partieller Preisabbau würde direkt dem Konsum zum Schaden gereichen, denn der gewissenhafte, die Verordnungen streng achtende Erzeuger würde sich gezwungen sehen, die Produktion, die ihm nicht einmal mäßigen Gewinn, vielleicht sogar einen Verlust bringt, einzustellen, oder aber er würde geradezu auf den Weg der Preistreibe- rei und des Schleißhandels gedrängt werden, er würde, die Kaufkraft des Publikums ausnützend, seine Erzeugnisse nicht auf dem offenen Markte, sondern unter der Hand — wenn schon, denn schon — nicht etwa zu Preisen, die ihm einen mäßigen Gewinn einbringen, sondern, wie wir es ja auf allen Gebieten fortwährend erleben, zu den höchsten Preisen, die ihm die vermögenden Bevölkerungsklassen, nun nur die Ware zu erlangen, bezahlen, an den Mann bringen.

Die in der Zentral-Preisprüfungscommission geschaffene statistische Abteilung ist emsig an der Arbeit, die in Oesterreich dermalen geltenden Preise systematisch zusammenzustellen. Sie wird dann entweder durch Auftrag an die Preisprüfungsstellen oder durch entsprechende Einflußnahme auf die maßgebenden Behörden dahin wirken müssen, daß ein örtlicher Preisausgleich in dem Sinne erfolge, daß die Preise in ihrem Endeffekt, also beim Verkauf der Waren an den Verbraucher, möglichst gleich wirken. Die Preise müssen so bestimmt werden, daß der Warenverkehr nicht durch die Preispolitik behindert wird, daß es Produzenten und Händlern vom Standpunkt des Preises möglichst gleichgültig sein kann, wo sie die Waren absetzen.

Die Frage des allgemeinen Preisabbaues erörternd, kommt Baron Fries zu dem Schlusse, daß ein solcher gewiß nur einvernehmlich mit Ungarn erfolgen kann, daß aber hierbei auch auf unsere Beziehungen zu den verbündeten Staaten, vor allem auf Deutschland, ferner auch auf die neutralen Staaten, ja sogar auch auf das feindliche Ausland schon wegen der kommenden Friedenswirtschaft Rücksicht genommen werden muß und daß bei der Lösung dieser Frage auch unsere Valuta eine bedeutende Rolle spielt.

Baron Fries schließt seine Denkschrift abgelenktermaßen: „Wenn wir schließlich in Betracht ziehen, daß ja nicht nur Oesterreich-Ungarn, sondern ganz Europa gegenwärtig unter der Last der enormen Teuerung ächzt, so wirft sich auch noch die Frage auf, ob denn für diese Erscheinungen der Ausdruck Teuerung überhaupt der richtige ist und ob wir nicht vielmehr von einer Entwertung des Geldes sprechen sollen und die Heilung des Zustandes von diesem Gesichtspunkt aus anzustreben haben werden.“

Geschäftliche Stagnation.

Aus geschäftlichen Kreisen wird uns geschrieben:

Vor einigen Tagen sind von der Zentralpreisprüfungskommission Richtpreise für Baumwollamt, Näh- und Stickschleide publiziert worden. Es ist zu erwarten, daß nach und nach für alle Waren, die in den Bereich der Bedarfsartikel gehören, gleiches erfolgt. Aber inwieweit die Richtpreise nunmehr dem Zwecke entsprechen, ist eine Frage, auf die man kaum befriedigend antworten kann, wenn man die Lagen in den verschiedenen Geschäftszweigen in Augenschein nimmt. Sind doch zumeist gar keine Waren vorhanden, und die wenigen Bestände, die von den Richtpreisen berührt werden sollen, werden wahrscheinlich nach Ungarn wandern, wo es keine Richtpreise gibt. Insofern Lebensmittel und Bodenprodukte in Betracht kommen, ist mit Richtpreisen vielleicht manches erreicht worden, obwohl man bekanntermaßen auch auf diesem Gebiet alles angewendet hat, um die Verordnung rechtswirksam zu machen.

Die Feststellung von Richtpreisen für Waren in Monate währenden Abständen, trotzdem gar nichts erzeugt wird und gewisse Artikel durch Zentralen gesperrt sind, kann doch den Konsumenten keinen Schutz gewähren, da sie Warenmangels wegen dessen gar nicht mehr bedürfen. Wenn man sich vergegenwärtigt, welche tiefgehenden Wogen die Verordnungen über Preistreibeerei und Kettenhandel in weiten Kreisen gezogen haben, welcher Aufwand mit Versammlungen geleistet worden ist, wo Kapazitäten Interpretationen und Kommentare den gespannt aufhorchenden Besuchern geboten haben, so muß man gestehen, daß Zeit und Mühe und Gelehrsamkeit zumeist vergeblich angewendet worden sind.

Man nehme eine der sorgfältigst ausgearbeiteten Rahmenverordnungen her, als welche sich die Schuhverordnung darstellt. Da ist alles auf Heller und Pfennig berechnet, was Erzeuger, Großhändler und Kleinhändler verdienen dürfen. Es verlohnt sich der Mühe, dabei länger zu verweilen, um das Verhältnis kennenzulernen, in dem Theorie und Praxis bei uns zu Lande stehen. Der Erzeuger sollte nach allerdings reichen Material- und Regiezuschlägen 6 Prozent verdienen, der Großhändler je nach der Gattung der Schuhe 5 bis 8 Prozent und einschließlich der Regie und des Risikos, der Detailleur im Höchstmaß bis 17 Prozent brutto. Eine imposante Versammlung der Fabrikanten und kleinen Schuherzeuger und Schuhhändler nahm zur Schuhverordnung Stellung, und was war der Schlusseffekt? Die Schuhe verschwinden allmählich, sowohl in vorchriftsmäßiger als auch in vorchriftswidriger Form hergestellt, vom Schauplatz, die Preise sind unerschwinglich, soweit noch halbwegs gute Ware zu haben ist, und alle Vorkehrungen führten nur zur Tatsache, daß der Schuhhandel total aufgehört hat. Die Fabrikation feiert, und tausende Existenzen von Arbeitern und Angestellten wurden substanzlos, ungeachtet der geradezu meisterhaft konzipierten Schuhverordnung, die nur den Fehler hatte, insbesondere auf Großhändler und Kleinhändler mit der geradezu lächerlichen Gewinnzumutung so einzuwirken, daß sie es rentabler gefunden haben, die Hände in den Schoß zu legen.

Und das betrifft eine der klarsten Verordnungen, deren Zusammenstellung zwecklosem Müheaufwand gleichkommt, wenn man den Effekt gegenüberstellt.

Nicht besser ist die Lage in allen anderen Branchen. Die Bekleidungsbranche wird zurzeit geradezu als eine Luxusfabrikation bezeichnet werden müssen, da nur Kriegsgewinner großen Stils Kleider anschaffen können, und die Kleiderkarte wird zu einer Zeit kommen, wo es keine Kleider mehr gibt. So hat Deutschland schon seit fast zwei Jahren die Reichsbekleidungsstelle aktiviert, Bezugscheine eingeführt, die eine Beschränkung im Kleideraufwand der bemittelten Kreise bezwecken sollte und auch erreicht hat, weil die Vorkehrungen rechtzeitig hinausgegeben wurden. Wir haben zwar auch etwas von einer Reichsbekleidungsstelle vernommen, aber noch immer von deren Wirksamkeit nichts erfahren. Wie wäre es sonst möglich, daß ein gewöhnlicher Stoffanzug auf 300 bis 350 Kronen, eine Hose auf 80 bis 100 Kronen und ein Winterrock auf 400 bis 500 Kronen zu stehen kommt? Die Wirt- und Strickwarenindustrie ist so weit, daß selbst bei 600 bis 1000 Prozent Aufschlag keine Sweater, Strümpfe, Socken und dergleichen aufzutreiben sind.

In der Textilfabrikation im allgemeinen ist es dahingekommen, daß die Fabrikanten ihre Arbeiter nur mit Lebensmitteln bezahlen und erhalten können. Will heute jemand die wenigen Produkte erhaschen (kaufen kann man das nicht nennen, weil die Preise zu dem Warenwert in schreiendem Mißverhältnis stehen!), so muß er anstatt der Barzahlung Lebensmittel als Austausch liefern. Und angesichts solcher Zustände will man von Rahmen- und rahmenlosen Verordnungen einen Erfolg erwarten?

Große Lager von Fertigfabrikaten und von Garnen, Wolle, Leder usw. sind in den vielen Zentralen aufgestapelt. Es ist dies insoweit vollauf zu billigen, als für das Heer und Flüchtlinge vorgesorgt werden muß. Aber dennoch sollte rechtzeitig erwogen werden, ob von all den aufgestapelten Materialien nicht große Quantitäten der Industrie und dem legitimen Handel zur Verfügung gestellt werden können, um die auf allen Geschäftsgebieten herrschende Stagnation zu beheben und die Existenz von Tausenden von Arbeitern und Angestellten zu erleichtern.

14./IX. 1917

194

Der Stand der italienischen Handelsflotte.

Bei Kriegsausbruch besaß die italienische Handelsflotte rund 1.800.000 Registertonnen brutto an Dampfern. Im Kriege gingen angeblich bis zur zweiten Augusthälfte nur 500.000 Tonnen verloren, während der Schiffsraum sich durch Beschlagnahme usw. um 225.000 Tonnen erhöhte. Für die Zeit bis 30. Juni 1918 muß mit einem weiteren Verlust von $\frac{1}{4}$ Millionen Tonnen gerechnet werden, dem Neubauten von etwa 200.000 Tonnen gegenüberstehen dürften. 250.000 Tonnen sind für weitere Fahrten unbrauchbar, so daß sich der Schiffsraum Ende Juni 1918 auf 975.000 Tonnen stellen dürfte. Bei jährlich 6 Fahrten ergibt dies 5.800.000 Tonnen bewegten Schiffsraum. Hierzu kommen noch 1.200.000 Tonnen Einfuhr aus dem Mittelmeergebiet. Der Einfuhrbedarf Italiens stellt sich auf 18 Millionen Tonnen, so daß Mitte 1918 11 Millionen Tonnen bewegten Schiffsraumes fehlen würden. Wenn es gelänge, die Steinkohleinfuhr durch reichliche Förderung des heimischen Lignite stark herabzumindern, so bliebe noch immer ein Fehlbetrag von 7 Millionen Tonnen, was etwa 1 Million Tonnen Schiffsraum entspricht. Soweit die italienischen Quellen, die sich mit der Zukunft mehr als mit der Gegenwart befassen. Nach ihnen steht es aber jetzt wie folgt:

Noch vorhandener Schiffsraum, die re-	1.525.000 Tonnen
quirierten Dampfer eingeschlossen	250.000 "
davon ab als für weite Fahrt untauglich	bleiben 1.275.000 Tonnen
Bei 6 Fahrten im Jahr ergibt dies eine	
Transportleistungsfähigkeit von	7.650.000 Tonnen
dazu aus dem Mittelmeergebiet	1.200.000 "
durchführbare Transporte	8.850.000 Tonnen
Bedarf	18.000.000 "
	Fehlbetrag 9.000.000 Tonnen

Der Ersatz der Steinkohle durch Lignite ist in größerem Maße ausgeschlossen, da Lignite für viele Zwecke gänzlich unbrauchbar ist. Der monatliche Kohlenbedarf Italiens stellt sich normal auf 750.000 Gewichts-

tonnen, zu deren Beförderung etwa 300.000 Registertonnen brutto Schiffsraum nötig ist. Bei 6 Fahrten im Jahr gibt dies allein 600.000 Dampfertonnen, die nur für Kohlentransporte möglich wären. Wie die Verhältnisse jetzt stehen, kann Italien heute nicht einmal 50% seines normalen Einfuhrbedarfes decken. Am 30. Juni 1918 wird sich das Verhältnis noch ungünstiger gestalten, indem nur mehr etwa 30% ins Land gebracht werden können. Das ist eine Herabminderung, wie sie die italienische Volkswirtschaft, die heute mehr denn je auf Zufuhr von Eisen und Kohle angewiesen ist, schwerlich ertragen können.

15./IX. 1917

195

* Die Lage des Gewerbestandes. Die Ortsgruppe Josefstadt des „Deutsch-österreichischen Gewerbebundes“ beschäftigte sich in der letzten Monatsversammlung mit der gegenwärtigen Lage des Gewerbestandes. Der Obmann Hr. Hans Rottler berichtete über die Tätigkeit der Ortsgruppe im abgelaufenen Jahre, aus der hervorzuheben ist, daß an Zinsunterstützungen für Frauen eingerückter Gewerbetreibender, an kleine Gewerbetreibende usw. im Jahre 1917 2850 Kr. ausbezahlt wurden. In der Besprechung der Lage des Gewerbestandes wies Hr. Rottler auf die vielfach veratorischen Maßnahmen der Steuerbehörden hin, welche die großen Aufgaben des Staates durch ungerechtfertigtes Hinaufschrauben der Steuern beim Mittelstande hereinbringen wollen. Der Redner tadelte in schärfster Weise das Verhalten der maßgebenden Faktoren, die anscheinend nur Mindestbemittelte und Kriegsgewinner kennen, aber keinen Mittelstand. Das Großkapital werde auf jede Weise gefördert, und der Prozeß Kleinweber zeige, wie man Lieferungen beschafft. Der Redner sagte weiter: Das Schöne ist, daß sich beim Provisionsausstellen auch die Sozialdemokratie beteiligte, daß die Hammerbrotwerke beschuldigt sind, um Lieferungen für den „Moloch Militarismus“ zu bekommen, 10.000 Kronen Schmiergelder gegeben zu haben. Durch diese Lieferungen, bei denen Steuergelder verschleudert wurden, sind die Hammerbrotwerke, die vor dem Konkurs standen, saniert worden, haben Millionen verdient, von ihrem Reingewinne haben sie aber den Arbeitern nichts gegeben. Theorie und Praxis! Des weiteren beschäftigte sich der Redner mit der Finanzwirtschaft des Parlamentes, welches Ausgaben bewilligt, ohne die budgetäre Deckung festzulegen und besprach den Einfluß dieser Maßregeln auf die Preise aller Bedarfsartikel und auf die Gestaltung unserer Valuta. Zum Schlusse wurde eine Entschließung angenommen, in der gegen die unerhörte Bedrückung des Gewerbestandes protestiert und die Erwartung ausgesprochen wird, daß die maßgebenden Faktoren endlich einmal einsehen lernen, daß der Gewerbebestand zumindest einer eben solchen Förderung bedarf wie das Großkapital und die Mindestbemittelten.

15. IX. 1917

19

Der Umsatz der Großeinkaufsgesellschaft österreichischer Konsumvereine.

In einer übersichtlichen und lehrreichen Darstellung macht die Großeinkaufsgesellschaft österreichischer Konsumvereine anlässlich der Veröffentlichung ihres Geschäftsberichtes für das Jahr 1916 Mitteilungen über die Verhältnisse im Warenverkehr. Die Großeinkaufsgesellschaft, die schon in Friedenszeiten eine umfangreiche Tätigkeit auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung entwickelte, zählt 234 Konsumentenorganisationen, von denen einzelne mehrere zehntausende Angehörige besitzen, zu ihren Mitgliedern, und ihre Ausbreitung über ganz Oesterreich gewährt ihr einen genauen Einblick in die Verhältnisse unserer Approvisionnement während des Krieges. Das Berichtsjahr 1916 ist gekennzeichnet durch die Gemeinsamkeitswirtschaft, die an die Stelle der vor dem Krieg vom Staat begünstigten Privatwirtschaft trat und Einrichtungen schuf, die dem Interesse der Gesamtheit dienen. Im Auftrag der Regierung wurden in den bezeichneten Jahren mehrere neue Zentralstellen geschaffen und die bereits bestehenden zum Teil reorganisiert oder ihr Tätigkeitsgebiet erweitert, wobei das Bestreben maßgebend war, Institutionen mit gemeinnützigem Charakter zu schaffen, vermeidliche Preissteigerungen zu verhindern, den Verkehr zwischen Erzeuger und Verbraucher auf möglichst kurzem Weg zu leiten und eine gleichmäßige Aufteilung der vorhandenen Waren auf die gesamte Bevölkerung zu erreichen. Die Großeinkaufsgesellschaft bot ihre Vermittlung bei der Durchführung dieser Bestrebungen an. Wie der Bericht feststellt, ist es aber nicht in allen Abteilungen der Zentralstellen gelungen eine gerechte Verteilung durchzusetzen, ein Zustand, den die Geschäftsführung des Unternehmens darau zurückführt, daß infolge Organisationsfehler noch immer Privatinteressen Berücksichtigung finden. Die Großeinkaufsgesellschaft hat über Auftrag der Militärverwaltung gemeinsam mit den Wiener Arbeiterkonsumvereinen den Lebensmittelverband der Kriegseinsatzbetriebe Wiens gegründet, der über das große, modern eingerichtete Lagerhaus der Unternehmung, die Lagerräume der vier großen Arbeiterkonsumvereine und ein über ganz Wien ausgebreitetes Netz von 130 Warenabgabestellen verfügt. Nur auf diese Art war es möglich, sozusagen über Nacht eine geregelte Versorgung der in Kriegseinsatzbetrieben Wiens beschäftigten Arbeiter und Konsumvereinsmitglieder mit staatlich bewirtschafteten und andern Artikeln durchzuführen und damit eine bedenkliche Erscheinung im Wirtschaftsleben der Großstadt zu beseitigen.

Aus den Umsatztabellen, die dem Geschäftsbericht beigelegt sind, geht hervor, daß im Jahre 1916 ein Umsatz von 50,092,772 K. gemacht wurde, das ist um 21,161,476 K. oder 73-16 Prozent mehr als im Jahre 1915. Ein Teil dieser Steigerung entfällt zweifelsohne auf die kolossalen Preissteigerungen, andererseits muß aber auch der immer fühlbarer werdende Mangel an Waren und das Fehlen einzelner Artikel bei Beurteilung der Umsatzsteigerung mit in Betracht gezogen werden. In sehr ausführlicher Weise werden im Berichte die wichtigsten Vorkommnisse bei einzelnen für den Massenkonsum in Betracht kommenden Nahrungsmitteln und Bedarfsartikeln aufgezählt und hierbei tabellarisch die hauptsächlichsten Veränderungen dargestellt. So wird beispielsweise mitgeteilt, daß die Verhältnisse der Zuckerproduktion und der Zuckerversorgung im Berichtsjahr sehr einschneidende Veränderungen erfahren haben. Von den Bedarfsartikeln wird insbesondere der Bericht über die Vorgänge, die zu den Preistreibern auf dem Gebiete der Seife führten, von großem Interesse sein, nicht minder auch die Erörterung über Textilwaren und die Bekleidungsindustrie. Die Großeinkaufsgesellschaft beabsichtigt, so bald der Friede einkehrt, mit mehr Ruhe an dem weiteren Gedeihen und Ausbau der Genossenschaftsorganisation weiter zu arbeiten und gedeihliche Ergebnisse im Interesse der Gesamtheit zu erzielen.

* (Maximalisirung der Industrieartikel.) Der Präsidialrath der Vereinigten Unabhängigkeits- und Achtundvierzigerpartei hielt gestern eine Sitzung, in welcher Ministerpräsident Bekkerle auf eine Anfrage des Abgeordneten Georg Platthy Folgendes ausführte: Er könne in Aussicht stellen, daß die Maximalisirung der Preise der zur Landwirtschaft gehörenden Industrieartikel demnächst erfolgen werde. Der Gesetzentwurf über das Verbot, beziehungsweise die Bestrafung des Kettenhandels werde dem Abgeordnetenhaufe binnen Kurzem unterbreitet werden. Die Regierung wünsche die Centralen einer strengeren Kontrolle zu unterwerfen. Sie würde es für wünschenswerth halten, wenn auf diesem Gebiete das altruistische Element in höherem Maße vertreten wäre. Im Interesse der Maximalisirung der Industrieartikel werden die Verhandlungen mit der österreichischen Regierung fortgesetzt. Zu den dringlichsten Agenden zählt der Ministerpräsident die Ermittlung der vorkriegenen Vorräthe an industriellen Artikeln. Besondere Sorgfalt legt er auf die Sicherung des Leinwandbedarfes für Säuglinge; zu diesem Behufe werde die Regierung in Berührung treten mit der Heeresverwaltung, die über den gesammten Vorrath verfügt. Im Laufe der Sitzung argumentirte der Abgeordnete Edmund Barta für die Aufrechterhaltung des Verbots der Spirituserzeugung aus Kartoffeln. Der Ministerpräsident erklärte, man müsse mit dem Futterbedarf rechnen. In der Regel sei nach dem Verbrauch des Grünfutters das durch die Spiritusproduktion gewonnene Futter unvermeidlich nothwendig, denn bei der nicht ganz befriedigenden Ernte muß Alles aufgeboten werden, damit der Viehbestand und in erster Reihe die Milchproduktion gesichert werden. Die Regierung werde neuerliche Verfügungen betreffend die Verwendung von Melasse treffen, welche die landwirthschaftlichen Brennereien in Zukunft in weit größerer Menge produziren werden als bisher.

Umwälzung der Betriebsformen.

Im Gewerbe und im Detailhandel.

Zur Wiederaufrichtung des Gewerbebestandes in Wien und in Niederösterreich ist nach den jüngsten Erklärungen des Wiener Bürgermeisters eine umfassende Kreditorganisation, die über volle zwanzig Millionen Kronen verfügen wird, in Aussicht genommen. Die erforderlichen Geldmittel sollen von einem Gelbkreditinstitut im Darlehenswege, voraussichtlich gegen sechsprozentige Verzinsung, beschafft werden. Die Haftung hierfür wird, prozentuell aufgeteilt, von Staat, vom Lande Niederösterreich und von der Gemeinde übernommen werden. Die Gewerbetreibenden sollen die ihnen gewährten Darlehen mit 4 Prozent verzinsen. Zur Deckung der Differenz zwischen diesem Zinsfuß und dem Bankzinsfuß sowie für die allfällige Bezahlung von Lebensversicherungsprämien der Darlehensnehmer wird ein Zinszuschuß- und Prämientonds errichtet, zu dem das Land, die Gemeinde Wien und die niederösterreichische Handels- und Gewerbekammer quotenmäßige Beiträge zu leisten haben werden. Eine ähnliche Förderung dürfte der Gewerbebestand auch in anderen Kronländern erfahren, und er hätte infolgedessen alle Ursache, der Zukunft beruhigt ins Auge zu sehen, wenn sie im großen und ganzen ein Wiederaufleben der früheren Verhältnisse der Friedenszeit bedeuten würde. Aber im Drange des Krieges sind ganz neue, bisher noch viel zu wenig gewürdigte Einrichtungen entstanden, die das Schicksal des Gewerbes wesentlich zu beeinflussen geeignet sind.

Der Ursprung der neuen Einrichtungen ist darin zu suchen, daß die Gewerbetreibenden ebenso wie der Detailhandel den Aufgaben des Krieges nicht im geringsten gewachsen waren. Damit soll keineswegs irgendeine Anklage erhoben werden, zumal sie unredlich wäre, da an der wirtschaftlichen Entwicklung niemals einzelne schuldtragend sind; wir wollen vielmehr ganz einfach eine unbestreitbare Tatsache feststellen, ohne in diesem Zusammenhang auf die Ursachen dieser Erscheinungen irgendwie einzugehen. Gewerbe und Detailhandel waren nicht in der Lage — und hielten es vielfach auch gar nicht für notwendig —, die Bedürfnisse der großen Bevölkerungsmassen, aus denen sich bisher ihre Kundschaft hauptsächlich rekrutierte, zu befriedigen. Ihre Hauptaufmerksamkeit war auf die Ausnützung der Konjunktur gerichtet, und die Preissteigerungen wurden von den Geschäftsleuten begreiflicherweise gern mitgemacht. Nicht auf die Vergrößerung des Umsatzes selbst, sondern auf die Vergrößerung des Gewinns war, wie im Frieden, ihr Ziel gerichtet, sondern sie strebten einen recht hohen Gewinn an, selbst bei erheblicher Verringerung des Geschäftsumsatzes. Alle diese Verhältnisse führten zu den zahllosen behördlichen Eingriffen in den freien Verkehr, deren Ende, solange der Krieg dauert, noch durchaus nicht abzusehen ist. Aber sie hatten überdies auch eine ganz andere Wirkung. Da trotz aller amtlichen Anordnungen und staatlichen Regulierungen dem Warenmangel und der Preissteigerung nicht wirksam Einhalt geboten werden konnte, so waren bei sonst unveränderten Verhältnissen von dem Kaufe der meisten Bedarfsgegenstände alle jene Bevölkerungsschichten ausgeschlossen, die während des Krieges ihr Einkommen nicht in einer der Entwertung des Geldes angemessenen Weise zu erhöhen vermochten. Für die größte Zahl der Staats- und Privatangestellten, der Arbeiter, der Angehörigen liberaler Berufe usw. wäre der Krieg eine furchtbare Katastrophe, da sie die von den Gewerbetreibenden und vom Kleinhandel auch für reichlich vorhandene Artikel diktierten Preise nicht erdwingen könnten. Bei dieser Lage der Dinge griff man zur Selbsthilfe. Zuerst entstanden die Personalküchen. Ist doch der regelmäßige Besuch des Gasthauses für die Angehörigen der unteren und selbst der mittleren Klassen der Bevölkerung zur Unmöglichkeit geworden. Nicht nur, weil die Preise selbst in Gasthäusern geringeren Grades ganz außerordentlich gestiegen sind, sondern weil die Gasthausbesitzer es gar nicht der Mühe wert gefunden haben, für die Bedürfnisse der nichtwohlhabenden Bevölkerung

in irgendeiner Weise vorzuzorgen. Sie verzichten vielmehr auf diese Kundschaft. So wäre es den großen Unternehmungen nicht möglich gewesen, ihr Personal zu behalten, wenn sie nicht auf die Herstellung eines verhältnismäßig billigen Mittagstisches bedacht gewesen wären. Deshalb wurden nach durchgreifenden Adaptierungen mit nicht unerheblichen Kosten überaus zahlreiche Personalküchen geschaffen, die vortrefflich funktionieren und, nach den schon jetzt gefaßten Beschlüssen, zumeist auch im Frieden weiter bestehen werden. Man ging dann einen Schritt weiter. Da die Preise der Kleider und Schuhe derart in die Höhe gingen, daß deren Anschaffung den erwähnten Berufskreisen zur Unmöglichkeit wurde, so sind diese Artikel teils von den Unternehmern, teils von den Berufsverbänden im großen angekauft worden. Andere Artikel folgten, und die Konsumorganisationen beziehen gegenwärtig vielfach auch solche Waren, die vordem vom Detailisten gekauft worden sind. Da späterhin die Gewerbetreibenden auch die Preise ihrer Leistungen stark in die Höhe schraubten und selbst für geringfügige Verbesserungsarbeiten vielfach übertriebene Forderungen stellten, so suchte man sich auch von ihnen unabhängig zu machen. Es entstanden Schuhreparatur- und Kleiderreparaturwerkstätten „in eigener Regie“, und es wurden, wenn es sich um Herstellung neuer Anzüge handelte, mit größeren Konfektionsfirmen Verträge abgeschlossen. Diesem von den Angestellten des Staates, der Länder, der Gemeinden, der Großbetriebe usw. gegebenen

Beispiel folgten häufig auch liberale Berufe, Hausfrauenvereinigungen und andere. Es tritt deutlich eine Emanzipation vom Gewerbe und vom Kleinhandel zu Tage, die allem Anschein nach auch in Friedenszeiten anhalten wird. Denn es ist ausgeschlossen, daß dagegen mit irgendwelchen Gewaltmitteln eingeschritten werden könnte, daß man die während des Krieges so hart mitgenommenen Verbraucher in der energischen Wahrung ihrer Interessen verhindert. Letztere werden den Interessen des Handels und des Gewerbes nicht mehr hintangesezt werden können. Auch ist durch sonstige gesetzliche Maßnahmen der Gefahr nicht zu steuern. Gehört doch das österreichische Gewerbegesetz mit seinem Befähigungsnachweis, das mit seinem fragwürdigen Mittelstandsschutz nirgend in der Welt seinesgleichen hat, zu den altertümlichsten Rechtsgebilden. Ob der Bäcker auch einen Metzgerknäuel verkaufen darf oder ob er damit schon in die Rechtsphäre des Kreditors eingreift, ob es dem Schönheitspfleger gestattet ist, ein Rasiermesser abzuziehen oder ob diese Tätigkeit dem Messerschmied vorbehalten bleibt, ob die Herstellung von Fensterpolstern dem Bettmatenerzeuger zu verbieten wäre, da dies Sache des Tapezierers sei — zu solchen diffizilen Unterscheidungen wird die Zukunft keine Zeit mehr haben. Ueber unwirtschaftliche und veraltete Betriebe wird das Rad der Zeit unbarmherzig hinwegschreiten und in seinem Laufe durch gesetzliche Maßnahmen und politische Agitationen nicht aufgehalten werden können. Gewerbe und Kleinhandel werden den ihnen drohenden Gefahren nur dann zu begegnen vermögen, wenn sie sich, ganz anders als während des Krieges, der neuen Zeit und den neuen Wirtschaftsformen vollkommen anpassen, wenn sie leistungsfähig und konkurrenzfähig werden. Sie werden nicht gegen die Selbsthilfe ihrer bisherigen Kundschaft ankämpfen können, sondern sie durch Verkauf guter und billiger Waren entbehrlich machen müssen.

23./IX. 1917

200

Actiengesellschaft der österreichischen Fesfabriken. Der Verwaltungsrat hat in seiner gestrigen Sitzung die Bilanz pro 30. Juni l. J. festgestellt, welche nach reichlichen Abschreibungen und Reservierungen exklusive des Gewinnvortrages vom Vorjahre einen Gewinn von Kr. 2.241.367,83 ergibt. Der Generalversammlung wird vorgeschlagen werden, auf das erhöhte Aktienkapital eine **D i v i d e n d e** von $12\frac{1}{2}\%$ = Kr. 50.— (wie im Vorjahre) zu verteilen, Kr. 400.000.— für Wohlfahrts Einrichtungen für die Arbeiter zu widmen und mit Rücksicht auf die ungelärten Verhältnisse der Uebergangszeit zur Friedenswirtschaft den Gewinnvortrag auf Kr. 1.027.675,58 zu erhöhen. Kriegsfürsorgezwecken hat die Gesellschaft Kr. 136.000.— zugewendet. Die Direktoren Fritz Ehrenfest und Felix Stein wurden in den Verwaltungsrat kooptiert.

Kongress der Gewerkschaften Ungarns.

Ende August fand in Budapest der sechste Kongress der Gewerkschaften Ungarns statt. Die Beratungen und die Beschlüsse des Kongresses führten zu dem gewünschten Ziele. Es gab wohl lebhaftere Auseinandersetzungen, doch in den Grundfragen der gegenwärtigen und der zukünftigen Lebensinteressen der gewerkschaftlichen Organisationen zeigte sich bei allen Vertretern vollständige Einmütigkeit und gleiches Verständnis für die Notwendigkeiten der Zeit und für die hohe Bedeutung, die die Gewerkschaften für Staat und Volk gewonnen haben. An dem Kongress nahmen Genosse Paul Umbricht in Vertretung der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und die Genossen Dworacz und Stephan Hupert in Vertretung der Gewerkschaften Oesterreichs teil. Die Schweizer Genossen entschuldigten ihr Fernbleiben, während die Genossen Dänemarks ein Begrüßungs-telegramm sendeten.

Aus dem statistischen Zahlenmaterial des Berichtes geht hervor, daß die Gewerkschaften Ungarns durch den ersten Stoß der Mobilmachung und ihrer Nachwirkungen arg in Mitleiden-schaft gezogen wurden, in ihren Grundfesten jedoch nicht erschüttert werden konnten. Schon im zweiten und noch mehr im dritten Kriegsjahr stehen die wirtschaftlichen Organisationen ungebrochen und in alter Kraft auf dem Plan. Im ersten Kriegsjahr gab es einen Mitgliederverlust von 55.976, das sind 52,07 Prozent, im Jahre 1915 schwinden weitere 8129 Mitglieder aus der Reihe der organisierten Arbeiterschaft; aber 1916 konnten die Organisationen bereits einen Mitglieder-zuwachs von 11.957 verzeichnen. Gewerkschaftssekretär Jaszai bemerkte bei der Berichterstattung, daß der Mitgliederzuwachs im Jahre 1917 bisher bereits jene Höhe erreichte wie vor dem Kriege. Selbst die Arbeiter der Staatsbetriebe traten den Organisationen bei und in Provinzorten, wo vorher jede Verbindung mit den Arbeitern fehlte, gewannen die Gewerkschaften Mitglieder. Die Eisen- und Metallarbeiter gewannen allein in einem halben Jahre 20.000 Mitglieder. Tausende und Aber-tausende Bergarbeiter traten ihrer freien Organisation bei, ebenso steht das Verhältnis bei den Privatbeamten und in solchen Berufen, die vor dem Jahre 1917 an eine Organisations-tätigkeit kaum denken konnten. Der bedeutungsvolle Erfolg der Gewerkschaften liegt in der Tatsache, daß die Zahl der organisierten Arbeiter Ungarns nunmehr rund hundert-tausend beträgt.

Aus dem Bericht geht weiter hervor, daß sich die Tätigkeit der Gewerkschaften während des Krieges in dem Anwerben von neuen Mitgliedern nicht erschöpfte, sondern daß man auch darauf bedacht war, die materiellen Interessen der Arbeiter zu wahren. Vereinbarungen mit den Arbeitgebern und Druck-schriften an die Regierungsbehörden sollten der Arbeiterschaft Erleichterung bringen. Es war daher eine der ersten Ausgaben, die Regierung auf das Elend der Arbeitslosen und auf die Not der Daheimgebliebenen aufmerksam zu machen und für sie Hilfe zu verlangen. Die Frage der Arbeitslosigkeit wurde ohne Hinzutun der Regierung gelöst, denn die Kriegindustrie nahm bald alle zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte in Anspruch. Die Unterstützung der Daheimgebliebenen aber blieb während des Krieges Sache der Gewerkschaften, die Hunderttausende von Kronen den in Not Geratenen zuwendeten, die sonst bei der engherzig zugemessenen staatlichen Unterstützung hätten ver-kommen müssen. Die Gesamteinnahmen der Gewerkschaften be-trugen während der Berichtsperiode 4.871.497 Kronen, die Ausgaben 4.544.522 Kronen, so daß ein Ueberschuß von 326.975 Kronen verzeichnet werden kann. An Unterstützungen für die Angehörigen der Einberufenen wurden bisher 172.606 Kronen gewährt.

Der Kongress beschäftigte sich dann mit dem großen Problem der Uebergangswirtschaft und mit dem inter-nationalen Arbeiterschutz. Die Beschlüsse, die hierbei gefaßt wurden, bestimmen die Gewerkschaften, den Kampf gegen die Latenlosigkeit und Gleichgültigkeit, die die Regierung in Angelegenheit der Kriegsofopfer bekundet, aufzunehmen. Es wurde festgestellt, daß in allen Staaten an den Uebergangsproblemen gearbeitet wird und daß die Arbeiter überall zu den Beratungen gezogen werden. Nur in Ungarn wird die Arbeiterschaft umgangen. Auch in der Unterstützung der Kriegsofopfer steht das Land an letzter Stelle, nicht minder in den Fragen und Taten auf dem Gebiet der Sozialpolitik. Trotzdem denkt die Regierung nicht an die Verbesserung der beschämenden Lage und meint, mit der Almosenverteilung weiterarbeiten zu können.

Die erhöhten Anforderungen, die durch die Entwicklung der Organisationen an den Gewerkschaftsrat gestellt werden, hatten diesen veranlaßt, mit dem Antrag auf Erhöhung des Beitrages an den Kongress heranzutreten, um nicht nur die Rechte, sondern auch die Pflichten der Organisation zu erweitern. Seine einzige Stimme war gegen diese Erhöhung, nur der

Form nach gab es eine abweichende Meinung, die in dem An-trag der Eisen- und Metallarbeiter zum Ausdruck kam, wonach nicht, wie der Gewerkschaftsrat vorschlug, drei Prozent der Einnahmen, sondern ein fester Betrag, und zwar zwölf Heller für das zahlende Mitglied und Vierteljahr, als Beitrag an die Gewerkschaftszentrale zu entrichten wäre. Der Antrag der Eisen- und Metallarbeiter wurde angenommen. Von den elf Mitgliedern des Gewerkschaftsrates wurden fünf neu ge-wählt.

Die Kriegseinstellung der österreichischen Industrie.

Wien, 24. September.

Schon mit dem Ende des Jahres 1914 hat jener Umwandlungsprozeß begonnen, welcher als die Anpassung der österreichischen Industrie an den Krieg bezeichnet werden kann. Im Jahre 1915 ist dieser Prozeß vollkommen durchgeführt, und es ist äußerst lehrreich, die sichtbaren Zeichen desselben dem letzten Berichte des Gewerbeinspektorats zu entnehmen. Leistungsfähigkeit und Stärke der heimischen Industrie haben sich in vollstem Maße bewährt, so lautet das zusammenfassende Urteil des Amtes. Wie zeigt sich nun die Einstellung der österreichischen Industrie auf den Krieg? Zunächst sind seine Folgen durch die größere Zahl von Betriebsauflassungen, von denen viele schon im Jahre 1914 auf Rechnung des Krieges zu setzen waren, zu beobachten. Im Jahre 1915 sind 323 Betriebsauflassungen erfolgt, gegenüber 235 im Jahre 1914. Ein Großteil davon betrifft das Baugewerbe, dessen Tätigkeit durch den Krieg eingengt wurde. Allein 26 Ziegelfabriken, 37 Steinbrüche mußten ihren Betrieb einstellen. Zahlreiche andere Betriebseinstellungen sind jedoch nicht eine Folge des ungünstigen Geschäftsganges, sondern weil schlecht eingerichtete Fabriken neueren, besser eingerichteten weichen mußten oder weil ein Konzentrationsprozeß einiger Industrien Fortschritte gemacht hat. So finden wir, daß sechs Schuhfabriken aufgelassen wurden, während gleichzeitig 18 neue Schuhfabriken, eine große Schuhmacherverkstätte und zwei maschinell eingerichtete Betriebe für Heeres Schuhfabrikation errichtet wurden. Hier geht also nur eine Umwandlung und Vergrößerung der Einrichtungen vor sich und die Auflassungen bedeuten keine Verringerung der Erzeugung. Diese große Ausdehnung der Schuhfabrikation ist übrigens nicht bloß für die Kriegs-, sondern auch für die zukünftige Friedenswirtschaft von Bedeutung. Vielleicht werden diese neuen, modern eingerichteten Schuhfabriken, so bald sie nicht mehr für den Heeresbedarf zu arbeiten haben werden, imstande sein, die Konkurrenz der ausländischen Schuhfabriken auszuhalten, wodurch eine Passivpost in unserer Handelsbilanz verschwinden wird, welche in den letzten Jahren bis zu 50 Millionen Kronen betragen hat. Sechs Baumwollspinnereien und sechs Baumwollwebereien, drei mechanische Webereien, eine Wirkwarenfabrik haben ihren Betrieb eingestellt, was wohl mehr mit den Betriebskonzentrationen in diesen Branchen in Verbindung steht. Hingegen sind die Betriebseinstellungen mehrerer Luxuswarenfabriken, von neun Säckereifabriken, eine Folge des Krieges, ebenso wie manche Lebensmittelabriken infolge Mangels an Rohstoffen die Produktion aufgeben mußten. Die Auflassung der Weißbäckerei sowie die Betriebskonzentrierung in der Bäckereindustrie führte zur Schließung von 15 Brotbäckereien.

Diesen Betriebseinstellungen stehen 523 Neuanlagen und Betriebserweiterungen gegenüber; wohl auch etwas weniger als im vorangegangenen Jahre, aber die Neuanlagen und Betriebserweiterungen sind von bedeutendem Umfange. Hierbei wiegen die Kriegsindustrien vor: sieben große Maschinenfabriken wurden neu errichtet, von denen drei ausschließlich zur Geschosserzeugung dienten; ein neues Eisenwalzwerk, ein Presswerk mit Anschluß an ein großes Stahlwerk, eine Fabrik für Geschoszaufsätze, vier Geschosdrehereien, eine Geschosfabrik, eine Granaten-, eine Schrapnell-dreherei und ebensoviele Betriebsanlagen der Metallindustrie wurden erweitert. Nicht weniger als zwölf Maschinenfabriken wurden gewaltig ausgebaut, zwei neue große Flugzeugfabriken errichtet und als allertraurigste Folge des Krieges eine Brotbrotfabrik. Bestehende Möbelabriken erweiterten sich, indem sie sich auf den Bau der Baracken warfen, zwei neue Fabriken beschäftigten sich ausschließlich damit. Sehr interessant sind die Folgen des Krieges für die Bekleidungsindustrie. Zwei neue große Wäschefabriken werden errichtet, bestehende wesentlich ausgedehnt. Fünf neue Knäsdäsefabriken, eine

Kleiderfabrik, achtzehn Militäruniformfabriken, vier Dampfwäschereien finden wir auf dieser Liste. Es ist sicher, daß diese Etablissements, die vortrefflich hygienisch und maschinell eingerichtet sind, im Frieden Werkstätten einer Konfektionsexportindustrie bilden können. Alle bestehenden Obst- und Gemüsekonservenfabriken haben eine Erweiterung erfahren und werden auch im Frieden infolgedessen nicht bloß unseren heimischen Bedarf decken, sondern bei Vergrößerung der Anlagen exportieren können. Wir finden weiter, daß die bestehenden Werkzeugfabriken eine wesentliche Erweiterung erfahren haben, ebenso eine Aluminiumwaren- und eine Motorenfabrik. Die Ausdehnung der Waggonfabriken ist wiederholt geschildert worden. Vier neue elektrische Licht- und Kraftzentralen wurden gebaut und sieben wesentlich vergrößert.

Auf den verschiedensten industriellen Gebieten ist zum Zwecke des Krieges das industrielle Rüstzeug wesentlich erweitert worden, die Gewinne der Kriegsindustrie sind zum großen Teile auch zur Ausgestaltung der Etablissements und Verbesserung der maschinellen Einrichtungen verwendet worden, und so wird der Krieg in der Industrie den Frieden vorbereiten. Diese Aktionen der Kriegsindustrie werden die wesentlichste Stütze für den Wiederaufbau der Friedensindustrie bilden und eine auf vielen Gebieten mangelnde Spezialisierung wird entsprechend in die Wege geleitet. Der außerordentliche Kriegsbedarf hat dazu geführt, daß der Kreis der für Heereslieferungen beschäftigten Betriebe wesentlich erweitert wurde. Nicht bloß die großen, sondern auch viele kleine Werkstätten haben sich der Herstellung von Heeresbedarfsartikeln zugewendet. Dies bedeutet allerdings in vielen Fällen eine Umwandlung der Betriebseinrichtungen, und es wird eine Umänderung bei der Rückkehr zur Friedenswirtschaft notwendig sein. Aber die haultichen Einrichtungen und Erweiterungen sind eben geschaffen worden, Kräfteanlagen neu errichtet und erweitert, so daß

gesunde Grundlagen für diesen Umwandlungsprozeß gegeben sind.

Was den Gang der einzelnen Industrien betrifft, ist wohl eine Abnahme im Baugewerbe zu verzeichnen, in welchem anfangs die zahlreichen zur Ausführung gelangten Barackenbauten für Flüchtlings- und Gefangenenlager oder für sonstige militärische Zwecke einen allerdings geringfügigen Erjaß boten. Die Lage der Eisen-, Metall-, Maschinen-, Waffenindustrie, der Waggon-, Lokomotiv-, Kraftfahrzeug- und Flugapparatfabriken, der Lederindustrie und der Gerbereien, ist wiederholt dargestellt worden. Die Textilindustrie war reich beschäftigt, doch macht sich hier die Knappheit des Rohmaterials fühlbar. Ebenso hatte die chemische Industrie vollauf zu tun. Aber selbst die Luxusindustrien, wie die Luxusglaserzeugung, die Gold- und Silberwaren- und Möbelindustrie, die unmittelbar mit dem Kriegsausbruch starke Rückgänge gezeigt hatten, beginnen sich zu erholen. Dasselbe gilt von der Posamentenindustrie. Die Spitzenindustrie vermag sich dagegen nicht zu erholen. Langsam zeigt sich eine Besserung im Damenkonspektionsgewerbe, und nur Industrien, die eigentliche Exportindustrien sind, die Kunstblumen- und Schmuckfedernindustrie, können sich den Folgen des Krieges nicht entziehen. Die österreichische Industrie hat sich der Kriegswirtschaft vollkommen anzupassen verstanden. Sie genügt nicht bloß den Anforderungen der Heeresverwaltung, sondern deckt auch den Bedarf des Hinterlandes. Einige wenige Industrien fühlen die ganze Schwere der Kriegskonjunktur, zu welcher letzteren die Klavier- und die Uhrenindustrie zählen.

Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter hat sich wesentlich gebessert und im Jahre 1915 war die Teuerung der Lebensmittel noch nicht so stark, als daß hiedurch die Wirkung der Lohnerhöhungen illusorisch gemacht worden wäre. Als bedenkliche Folge des Krieges erscheint die mangelnde Ausbildung des gewerblichen Nachwuchses. Für viele Gewerbe finden sich keine Lehrlinge, bestehende Lehrverhältnisse werden gelöst, alles strebt den Fabriken zu, in welchen der jugendliche Arbeiter sofort entsprechende Entlohnung findet, während für den Lehrling von seiten seiner Angehörigen oft noch Opfer gebracht werden müssen. Viele Fortbildungsschulen müssen mangels Frequenz geschlossen werden. Eine der Hauptaufgaben der neuen Friedenswirtschaft wird es sein, hier Wandel zu schaffen. Man muß für eine bessere Ausbildung des gewerblichen und industriellen Nachwuchses sorgen. Es wird eine der größten Aufgaben der Verwaltung und der industriellen und gewerblichen Unternehmer sein, diese schädlichen Wirkungen der Kriegswirtschaft wieder gutzumachen.

Reichswirtschaftsamt.

Von Professor Dr. Max Apt (Berlin).

Der Reichstag wird sich bei seinem Zusammentritt auch mit der Teilung des Reichsamts des Innern zu beschäftigen haben. Wir geben deshalb Herrn Prof. Apt das Wort zur Darlegung seiner kritischen Meinung. Red.

Der Reichstag wird sich demnächst mit der Teilung des Reichsamts des Innern zu befassen haben. Nach den Vorschlägen der Regierung soll aus dem bisherigen Reichsamt des Innern ein Reichswirtschaftsamt ausgetrennt werden, welchem die Handels- und Sozialpolitik zugewiesen wird. Dem verkleinerten Reichsamt des Innern verbleiben dann im wesentlichen die innerpolitischen Angelegenheiten. Darüber, daß das Reichsamt des Innern in seiner bisherigen Gestalt für eine einzige Persönlichkeit zu umfangreich ist, besteht in Handel und Industrie Einverständnis. Es ist erfreulich, daß der Staatssekretär Dr. Helfferich die Bedenken, die er gegen eine Teilung seines Reichsamts noch in der Reichstags-Sitzung vom 21. 3. 17 zum Ausdruck gebracht hat, fallen läßt. Allein gegen die Art der Teilung des Reichsamts muß Widerspruch erhoben werden.

Die Bestrebungen auf Teilung des Reichsamts des Innern nahmen ihren Ausgangspunkt nicht allein von der Tatsache, daß der Geschäftsumfang des Amtes quantitativ ein zu großer geworden ist, sondern vor allem von der Tatsache, daß so viele verschiedenartige Gebiete wie Handelspolitik und Sozialpolitik zusammengeloppelt werden. Nach den Regierungsvorschlägen soll aber die Zusammenkoppelung dieser beiden verschiedenartigen Gebiete bestehen bleiben. Damit hat die ganze Teilung ihren Hauptwert von vornherein verloren. Unseres Erachtens ist es unbedingt nötig, ein eigenes Amt für Handelspolitik, das sogenannte Reichswirtschaftsamt, und ein eigenes Amt für Sozialpolitik, das sogenannte Reichsarbeitsamt zu errichten. Gegen die Vereinigung der Handels- und Sozialpolitik in einem Amte spricht schon die Tatsache, daß wir in ganz Deutschland keine Persönlichkeit besitzen, die auf beiden Gebieten eine gleich autoritative Stellung für sich in Anspruch nehmen kann.

Bereits bei unseren Hochschullehrern sehen wir eine ganz deutliche Abgrenzung dieser Gebiete. Die einen sind ausschließlich Handels-Politiker, die anderen ausschließlich Sozial-Politiker. Jedes dieser Gebiete befindet sich in unangenehmer Fortentwicklung und ist so umfangreich, daß eine einzelne Persönlichkeit beide zu gleicher Zeit nicht beherrschen kann. Gewiß ist es richtig, daß kein Betrieb so groß ist, daß er nicht bei richtiger Organisation von der an der Spitze stehenden Persönlichkeit übersehen werden kann. Allein hier handelt es sich nicht darum, daß der Leiter des Amtes die formale Leitung in der Hand hat, sondern daß er auch schöpferisch tätig ist und nicht von seinen Geheimräten und Unterstaatssekretären abhängig bleibt. Eine schöpferische Tätigkeit kann aber nur der entwickeln, der sich in diesen Fragen im jahrzehntelangen Arbeit erprobt hat. Dem in Aussicht genommenen Staatssekretär Schwaner geht auf dem Gebiete der Sozialpolitik ein vortrefflicher Ruf voraus. Das ist das Gebiet, auf dem er Gelegenheit hatte, in Straßburg anerkannte Erfolge zu erzielen. Wie steht es aber mit der Handelspolitik? Kann er hier eine gleiche Sachkenntnis und Erfahrung für sich in Anspruch nehmen? Willt ist nicht die Handelspolitik für die nächste Zeit geradezu das Rückgrat unseres gesamten Wirtschaftslebens? Der Neuaufbau unseres Wirtschaftslebens bietet so ungeheure Schwierigkeiten, daß er nur von jemand bewältigt werden kann, der wie z. B. Helfferich von seiner Jugend ab sich mit diesen Problemen auf das intensivste beschäftigt hat. Dazu sind doch die Zeiten zu ernst, als daß Angelegenheiten von solch fundamentaler Bedeutung Männern übertragen werden, die sich selbst erst in diese Dinge mühsam einarbeiten müssen und andererseits nicht einarbeiten können, weil sie ja zu gleicher Zeit von den wichtigsten Fragen der Sozialpolitik in Anspruch genommen werden, die selbstverständlich nicht ruhen dürfen.

Run hat Staatssekretär Dr. Helfferich behauptet, die Sozialpolitik hänge so eng mit der Handelspolitik zusammen, daß sie nicht getrennt werden könne. Dieses Argument ist deshalb nicht durchschlagend, weil es zu viel beweist. Gewiß hängt die Sozialpolitik auch mit der Handelspolitik zusammen, allein nicht in höherem Grade als die Sozialpolitik auch mit der gesamten Tätigkeit zusammenhängt, die das Reichsamt und das Reichsjustizamt ausüben hat. Jedes Gesetz, welches das Reichsjustizamt zu verfassen hat, jede Steuervermaßnahme, welche das Reichsfinanzamt vorschlägt, hat zur Voraussetzung, daß die Rückwirkung auf die sozialen Verhältnisse vorher auf das genaueste geprüft wird.

Es ist auch nicht abzusehen, weshalb Deutschland nicht ebenso wie andere Länder sein eigenes Reichsarbeitsamt haben soll. Wenn die Angst neuhert wird, daß ein eigener Staatssekretär für Sozialpolitik vielleicht zu viel Sozialpolitik treiben könnte, so kann dem nur entgegengehalten werden, daß, wenn an die Spitze des Reichsarbeitsamts der richtige Mann gestellt wird, er auch schon bei der Fortführung der Sozialpolitik für die Anpassung an die gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse sorgen wird.

Weshalb ein eigener Staatssekretär für Wirt-

schafspolitik gefordert werden muß, liegt nicht allein in der großen Fülle der Arbeit begründet. Vielmehr handelt es sich hier darum, daß die an der Spitze stehende Persönlichkeit sich ihrer Aufgabe voll und ganz widmen kann, ohne durch heterogene Aufgaben abgelenkt zu werden. Die Erfahrungen des Weltkrieges sollten doch uns genügende Lehren gegeben haben. Es ist doch nicht zu bestreiten, daß der Weltkrieg uns auf wirtschaftlichem Gebiete in unverantwortlicher Weise unvorbereitet getroffen hat. So sehr man das als ein Zeichen dafür anführen kann, wie wenig wir selbst daran gedacht haben, Krieg zu führen, so sehr ist dies doch auf der anderen Seite ein Zeichen dafür, daß die bisherige Verkopplung von Handelspolitik und Sozialpolitik einen Mißstand geschaffen hat, der zu einer Katastrophe hätte werden können, wenn nicht durch die Höchstanspannung der im ganzen Volke tätigen Kräfte, auch außerhalb des berufsmäßigen Beamtenstandes, eine Wendung zum Besseren herbeigeführt worden wäre. Die Aufgaben, die der Staat auf dem Gebiete des Wirtschaftslebens, auf dem Gebiete des Neuaufbaues der Volkswirtschaft zu erfüllen haben wird, sind groß und wichtig. Diese Aufgaben können nur erfüllt werden, wenn der Leiter des Reichswirtschaftsamtes auf der Höhe steht. Es kommt hinzu: das Verhältnis des Reichswirtschaftsamts zum auswärtigen Amt muß eine Klärung und eine reinliche Scheidung erfahren. Die Verhältnisse des Außenhandels erfordern einen völligen Neuaufbau. Die Reform des Konsumlatwesens der Ausbau des Instituts der Handelsfachverständigen, die Errichtung von Handelskammern im Ausland, die Wirtschaftspromaganda im Ausland sind alles Dinge von so ungeheurer Wichtigkeit, daß sie nur von einer, ganz in diesen Fragen aufgehenden Persönlichkeit gefördert werden können. Was speziell den Aufbau des überall zurückgedrängten deutschen Außenhandels anbelangt, so ist Deutschland in seinen diesbezüglichen Institutionen noch so sehr im Rückstand, die Auffassung über die Abstellung der Mißstände geht so sehr auseinander, daß nur eine, sich diesen Aufgaben ausschließlich widmende Persönlichkeit eine brauchbare Neuschöpfung ins Werk setzen kann.*

Und nicht zuletzt, wir leben in der Zeit des Parlamentarismus. Die Leiter der neuen Ämter sollen nicht nur mit Rücksicht auf ihre Fachkenntnis gewählt werden, sondern auch mit Rücksicht auf die politische Eignung. Wenn aber von vornherein die Organisation eine unrichtige ist, wenn einer einzelnen Persönlichkeit Aufgaben zugewiesen werden, die sie nicht erfüllen kann, so muß das Experiment scheitern. Das Scheitern wird aber später nicht auf die von Anfang an fehlerhafte Organisation zurückgeführt werden, sondern auf das Versagen des Parlamentarismus. Auch von diesem Gesichtspunkte aus sollte der Reichstag der Zusammenkoppelung von Handelspolitik und Sozialpolitik in einem Amt entschiedenen Widerstand leisten.

26./IX. 1917

205

Deutsch-österreich-ungarischer Wirtschaftsverband. Die Wiener gemeinsamen Beratungen des deutschen, des österreichischen und des ungarischen Wirtschaftsverbandes über die Valuta- und Devisenfragen wurden nach zweitägiger Dauer heute beendet. Von allen Rednern wurde hierbei die Notwendigkeit wechselseitiger Unterstützung der drei verbündeten Staaten in der Verbesserung ihrer Valuta empfohlen, in welcher Hinsicht den Ausschüssen eine Reihe wichtiger praktischer Vorschläge erstattet wurden. Im allgemeinen kam die Auffassung zur Geltung, daß die Devisenzentralen wohl aufrechterhalten bleiben sollen, daß aber eine Abänderung der Devisenverordnungen auf Grund der sich in der Praxis ergebenden Erfahrungen vorgenommen werden möge. Da, wie allgemein anerkannt, als eines der wichtigsten Mittel zur Verbesserung der Valuta die möglichste Förderung des Exportes gelten muß, wurde gefordert, daß eben aus diesem Grunde die Einfuhr, namentlich im zwischenstaatlichen Verkehre, und die valutarische Bedeckung dieser Einfuhr möglichst erleichtert werden müsse. Es wurde ein ständiger Finanzausschuß eingesetzt, in welchen alle drei Wirtschaftsverbände Vertreter entsenden und dessen Aufgabe darin besteht, die Währungs- und Devisenfragen ständig mit Aufmerksamkeit zu verfolgen, Anträge und Beschwerden aus der Geschäfts- und Finanzwelt entgegenzunehmen, um sie nach Prüfung den maßgebenden Stellen vorzulegen. Dieser Ausschuß wird mit den namhaftesten Finanzpolitikern Deutschlands, Österreichs und Ungarns ständig in Verbindung sein.

28. IX. 1914

206

[Die Farbe der Feldpostkarten.] Das k. k. Handelsministerium hat bekanntlich vor einiger Zeit verfügt, daß für den Verkehr ins Feld nur graue, für den Verkehr aus dem Felde nur rote Feldpostkarten verwendet werden dürfen. Andersfarbige Karten werden nicht befördert, sondern dem Absender zurückgestellt. Die Brünnener Handels- und Gewerbekammer hat über Antrag ihres Mitgliedes Leopold Karafiat darauf hingewiesen, daß diese Maßregel angesichts der großen Bestände an Feldpostkarten aus andersfarbigem Papier eine durch nichts gerechtfertigte Papiervergeudung bedeutet, die Postbeamten unnötigerweise belästet und in der Durchführung im Publikum Mißstimmung erwecken muß. Es wird niemand einsehen, warum eine wichtige Nachricht auf weißem Karton an den Absender als unbestellbar zurückkommt, während eine weiße Karte mit irgendeinem belanglosen Bilde als Ansichtskarte anstandslos portofrei befördert wird.

Geschlossene Geschäfte.

Wirkungen des Krieges auf Handel und Gewerbe.

In der ersten Kriegszeit war es aufgefallen, wenn da oder dort ein Geschäftslokal plötzlich geschlossen wurde und an dem Rollbalken ein Zettel zu finden war, auf dem es in lapidarer Kürze hieß: „Wegen Einberufung bis auf weiteres gesperrt.“ Heute wundert sich kein Mensch mehr über derartige Zettel, und ebenso wenig wundert man sich darüber, als im Laufe der drei Kriegsjahre die Zahl dieser gesperrten Geschäfte immer größer wurde. Geht man jetzt mit offenen Augen durch die Straßen, dann wird man erst dessen gewahr, wie tief der Krieg auch in das Geschäftsleben der Großstadt eingreift. Kaum gibt es noch eine Gasse, in der nicht ein oder mehrere Kaufleute oder Gewerbetreibende ihre Geschäftslokale geschlossen hätten.

Seit den letzten Wochen aber ist in dieses bereits gewohnte Bild durch die wirtschaftlichen Wirkungen des Krieges eine neue Nuance eingefügt worden. Immer häufiger begegnet man an geschlossenen Geschäftsläden der Ankündigung: „Wegen Warenmangels geschlossen!“ Hier äußert sich wohl die unerfreulichste Folgeerscheinung des Krieges. Arbeitsfrohe Hände müssen ruhen, weil das Material fehlt. Handel und Gewerbe stockt immer mehr, weil die Zufuhr versagt und die Rohmaterialien ausgehen. Außer dem Geschäftsinhaber werden natürlich auch dessen Angestellte in Mitleidenschaft gezogen. Es ist ein kleiner Trost, daß wenigstens infolge des allgemeinen Personalmangels alle jene Handelsgestellten, die durch die Schließung von Geschäftsunternehmungen ihre Arbeitsstellen verlieren, sofort wieder neue Engagements finden.

Die Stellenvermittlungsabteilung des Cremiums der Wiener Kaufmannschaft weiß hierzu folgende interessante Mitteilungen zu machen: Es ist richtig, daß gerade in letzter Zeit sehr viele Geschäfte aller Art ihre Pforten schließen mußten. Von Betrieben größeren Umfanges sind die der Textilwarenindustrie am schwersten betroffen. Diese wurden durch völligen Materialmangel an der Weiterführung ihrer Geschäfte gehindert. Sie halfen sich einfach, indem sie ihre Niederlagen schlossen und die Warenrestbestände an die Baumwollzentrale abgaben. Auch sehr viele kleine und mittlere Zuckerlgeschäfte wurden zum Schließen gezwungen. Warenmangel und Höchstpreise, die sie nicht einhalten konnten, bildeten hier die Veranlassung zur Geschäftsaufgabe. Auch die Geschäfte der Spirituosenbranche sind wegen Warenmangels in den seltensten Fällen noch in der Lage, den Verkauf fortzusetzen. Seit den letzten Tagen sind einzelne große Schuhwarenfabriken im Begriff, ihre Filialen zu schließen, denn die Schuhwaren gehen zur Neige und neue Ware kann in genügender Menge nicht mehr erzeugt werden.

Man ist versucht, zu glauben, daß durch die Schließung so vieler Geschäfte eine große Anzahl von Angestellten postenlos geworden sei. Aber die Praxis widerlegt diese Befürchtung. Im Rahmen unserer Stellenvermittlung zum Beispiel hat sich keine wesentlich erhöhte Bewegung gezeigt. Der Grund hierfür ist in der Tatsache zu suchen, daß derzeit infolge der fortgesetzten Einberufungen ein fast genau so empfindlicher Mangel an Angestellten herrscht. Von den zahlreichen Zentralen wurden sehr viele sachtechnisch gebildeten Angestellten geschlossener Geschäftsbetriebe übernommen; auch die Kriegsindustrie braucht viel Personal. Die Krise, die 1914 auf dem Arbeitsmarkt herrschte, kann als völlig überwunden bezeichnet werden. Die Nachfrage nach tüchtigen Angestellten ist heute bei weitem stärker als das Angebot. Aus diesem Grunde sind auch die Lohnverhältnisse wesentlich bessere geworden. So zahlt man heute einem jungen Mädchen, das achtzig Silben stenographieren und einiaermachen flott maschinischreiben kann, 150 Kronen monatlich, gegen 40 bis 50 Kronen in Friedenszeiten. Tüchtige Kurzwaren Händler und besonders Droakisten werden heute sehr gesucht. Gerade bei letzteren kann die Nachfrage nicht befriedigt werden, so daß heute wünschenswerte Droakisten Gehalte bis zu 500 Kronen monatlich erzielen.

Wenn auch nach Abschluß des Krieges die Demobilisierung noch so langsam vor sich gehen wird, so ist doch ein starker Rückgang zu erwarten. Die Kriegsindustrie wird viele Kräfte freilassen, und bis die fehlenden Waren wieder in genügender Menge vorhanden sein werden, im Handel und Gewerbe wieder aufleben zu lassen, wird auch längere Zeit verstreichen. In der ersten Zeit nach dem Friedensschluß wird also die Arbeitslosigkeit sich weit empfindlicher bemerkbar machen als jetzt, trotzdem die Zahl der Geschäfts- und Betriebseinstellungen von Tag zu Tag zunimmt.

2. X. 1917

28

Internationaler Gewerkschaftskongreß in Bern.

Keine Teilnahme von Entente-Vertretern.

B. Bern, 1. Oktober. (Melbung der Schweizerischen Depesch-Agentur.) Der internationale Gewerkschaftskongreß wurde heute vormittags vom Tagespräsidenten Polizeidirektor Schneeberger eröffnet. Erschienen sind aus Deutschland der Vorstand der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften Begien, Bauer und Sassenbach sowie sechs Vertreter einzelner Gewerkschaften, aus Dänemark drei Delegierte unter Führung von Madsen, aus Schweden fünf Delegierte unter Führung von Lindquist, aus Oesterreich sechs Delegierte unter Führung von Huber, aus Ungarn zwei Delegierte, aus Norwegen zwei Delegierte unter Führung von Müüd und aus Holland neun Delegierte unter Führung von Onoegest. Aus Italien und Frankreich, von wo Anmeldungen vorlagen, ist niemand eingetroffen. Den Franzosen wurden die Pässe verweigert.

Der Kongreß wird morgen die eigentlichen Arbeiten beginnen.

Österreichische Arbeit im Auslande. Der christlich-soziale Arbeiterverein „Favoriten“ veranstaltete Samstag, 29. v. M., in Stefans Gasthaus, Triesterstr. 23, eine gutbesuchte Versammlung, bei der der Vorsitzende R ä m p f u. a. M. B i e l o h l a w e k, StM. W i p p e l und StM. W a w e r k a begrüßen konnte. Nach den einleitenden Sätzen des Vorsitzenden ergriff M. B i e l o h l a w e k das Wort und führte u. a. aus: Wir haben durchaus keinen Grund, mit dem Stolz und mit dem Lob über die Leistungen Österreichs in der Jetztzeit zu geizen. Darüber dürfen wir uns aber nicht täuschen, daß wir mit unserer e i g e n e n Kraft die Stellung, die unseren militärischen und wirtschaftlichen Erfolgen entspricht, im Auslande durchsetzen müssen und daß wir auch von unserem besten und treuesten Bundesgenossen keine Unterstützung bei unseren volkswirtschaftlichen Bestrebungen finden werden, daß wir vielleicht im Gegenteil auf eine starke Gegnerschaft treffen werden. Ich habe vor einiger Zeit in München eine Rede gehalten. Mit brausenden Beifall begleitete man meine Worte, als ich von den Erfolgen der verbündeten Waffen sprach. Als ich aber von einem wirtschaftlichen Zusammengehen redete, empfing mich eisiges Schweigen! Bitte noch zu bedenken, daß in diesem Falle Süddeutsche meine Zuhörer waren! Die niederösterreichische Gewerbe-förderung ist ein erster Schritt dazu, der österreichischen Arbeit im Auslande durch die hervorragende Güte der vertriebenen Waren die gebührende Achtung zu verschaffen und tatsächlich ist es auch gelungen, an allen Orten die besten Urteile über unser Können zu erringen. Zwei Tage vor Schluß der Leipziger Messe mußten wir die Modelle, die wir dort aufgestellt hatten, einräumen, weil wir nicht mehr imstande waren, weitere Aufträge entgegenzunehmen. Das ist der Wegweiser, der uns die Richtung an-gibt, die wir in der Zukunft einzuschlagen haben. „Im Schweiße deines Angesichtes sollst du dein Brot ver-dienen“, steht in der Bibel geschrieben, und dieses Wort ist der Leitsatz, der ein Volk zu wahren Wohlstand bringen kann. Die christlichsoziale Partei wird immer getreu dieser Parole arbeiten, und wir hoffen, daß es ihr gelingen wird, ihre Tätigkeit in diesem Sinne zum Segen unseres Vaterlandes voll zu entfalten. (Stürmischer Bei-fall.) Nachdem noch StM. W i p p e l über die Notwendig-keit der vollen Entfaltung unserer politischen Tätigkeit gesprochen hatte, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

H. IX. 1917

217

Dankschreiben der industriellen Verbände an den Finanzminister.

Die Präsidien der drei zentralen Verbände der Industrie (Bund Oesterreichischer Industrieller, Industrieller Klub und Zentralverband der Industriellen Oesterreichs) haben in einer gemeinschaftlichen Sitzung einstimmig beschlossen, dem Finanzminister für die anlässlich seiner Budgetrede im Abgeordnetenhaus in derselben zum Ausdruck gebrachte Würdigung der Bedeutung der Industrie für die Kriegs-, sowie für die Friedenswirtschaft, sowie insbesondere für die Mißbilligung der gegenwärtig herrschenden Unternehmerfeindlichkeit den wärmsten Dank auszusprechen, und zwar insbesondere mit Rücksicht auf den Umstand, daß er als Erster und Einziger von der Regierungsbank aus kräftige Worte zur Abwehr der gegen die Industrie heute gang und gäbe gewordenen Angriffe gefunden hat. Auf Grund dieses Beschlusses wurde ein ausführliches Schreiben an den Finanzminister gerichtet.

H. X. 1914

215

Vertreter des Handels und des Kleingewerbes im Hauptausschuß für Kriegs- und Uebergangswirtschaft.) Aus Brünn wird uns gemeldet: Anlässlich der Begrüßung des neuernannten Handelsministers Freiherrn v. Wieser hat die Brüner Handels- und Gewerbekammer unter anderm darauf aufmerksam gemacht, daß im Hauptausschuß für Kriegs- und Uebergangswirtschaft ausschließlich die Industrie, vor allem die Großindustrie, vertreten ist, während Handel und Gewerbe einer solchen Vertretung entbehren. Der Handelsminister hat nunmehr dem Kammerpräsidium mitgeteilt, er werde dem Ausbau des Hauptausschusses für Kriegs- und Uebergangswirtschaft sein besonderes Augenmerk zuwenden und vor allem dafür Sorge tragen, daß schon im Laufe der allernächsten Zeit Vertreter des Handels und Kleingewerbes Sitz und Stimme im Hauptausschuß erhalten. Hierdurch werde auch die Möglichkeit dafür geboten sein, daß Vertreter dieser Wirtschaftszweige in die sachlichen Unterausschüsse gewählt werden können.

Spezialisierung.

Abgeschlossen von der Außenwelt, ist unsere Industrie während des Krieges zum großen Teile stärker und kräftiger geworden. Diese Tatsache läßt die Gefahren, die die Kriegsfolgezeit mit dem Wiedererwachen des zwischenstaatlichen Wettbewerbes für die heimische Produktion heraufbeschwören wird, leicht geringer erscheinen als sie es wirklich sind. Mit Friedensbeginn werden allmählich die Schwierigkeiten, mit denen unsere Industrie seit jeher zu kämpfen hatte und die der Krieg ganz in den Schatten stellt, sichtbar hervortreten. Sie sind auf die wenig günstige Gestaltung des inneren Marktes zurückzuführen, dann auf die Rückständigkeit in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, auf den Tiefstand des Investitionsbedarfes, auf die dem Städtemangel entsprechende geringe Dichte des Konsums und auf die Ungunst der Verkehrsgestaltung. Der äußere Markt leidet unter ähnlichen Nachteilen wie der innere. Infolgedessen konnte die österreichische Industrie nur einen verhältnismäßig beschränkten Absatz für ihre Erzeugnisse finden. Diese Enge des Marktes ist einer der wichtigsten, auf die Produktionskosten einwirkenden Faktoren. Außerdem übte sie aber auch noch einen besonders wichtigen Einfluß auf die Organisation der Produktion aus. Wenn ein Artikel einen großen Absatz hat und die Fabrikation nicht unnötig zersplittert ist, so kann eine spezialisierte Massenerzeugung Platz greifen, wodurch die Selbstkostenberechnung auf eine ganz neue Basis gestellt wird. Die Spezialisierung innerhalb der Industrie ist aber, wie Dr. Friedrich Herz in seinem ausgezeichneten (im Verlage für Fachliteratur, Ges. m. b. S., Wien und Berlin), soeben erschienenen Werke: „Die Produktionsgrundlagen der österreichischen Industrie vor und nach dem Kriege“ betont, nur eine weitere Erscheinungsform der fortschreitenden gesellschaftlichen Arbeitsteilung, auf der die ganze moderne Entwicklung der Volkswirtschaft beruht. Die Naturalwirtschaft vereinigt noch alle Produktionszweige, die beginnende Arbeitsteilung bildet eine abgeordnete gewerbliche Tätigkeit heraus, die weitere Arbeitsteilung innerhalb des Gewerbes führt jedoch schon zur Entstehung der Industrie. Zuerst sucht die Industrie eine örtliche Arbeitsteilung durchzuführen, indem sie sich an gewissen Standorten konzentriert. Auch in Oesterreich gibt es Beispiele dieser Konzentrationstendenz. So ist zum Beispiel die Baumwollindustrie im Reichenberger und Prager Handelskammerbezirk, in Vorarlberg und südlich von Wien ziemlich konzentriert, die Wollindustrie in Reichenberg, Brünn, Bielitz, Jägerndorf, die Leinenindustrie im Trautenauer, Rumburger, Mährisch-Schönberger Bezirk, die Seidenindustrie in Nordmähren, die Konfektion in Wien und Proßnitz usw. Aber die ausgesprochene Anhäufung bestimmter Spezialindustrien in einem engen Bezirk ist bei uns doch viel seltener als in den großen Industrieländern, und die Spezialisierung geht nicht so weit. Damit entgehen unserer Industrie zahllose Vorteile, deren Wichtigkeit für die ungestörte Geschäftsabwicklung gar nicht hoch genug geschätzt werden kann. Zu diesen Vorteilen gehört zum Beispiel das reichliche Vorhandensein einer oft seit Generationen für einen bestimmten Industriezweig spezialisierten Arbeiterschaft, die infolge der fortwährenden Beschäftigung in derselben Branche eine ganz besondere Geschicklichkeit erwirbt. Ferner siedeln sich zahlreiche Hilfsbetriebe an, die teils die Arbeit des Vorrichtens, teils die des Fertigmachens (Appretierens) oder andere Teilfunktionen übernehmen.

Die mangelhafte Spezialisierung wird schon seit fünfzig Jahren als Hauptschwäche der österreichischen Maschinenindustrie beklagt. Jede Fabrik suchte früher alles und jedes herzustellen, was die Produktionskosten enorm verteuerte. Im allgemeinen werden Maschinen bei uns noch immer nicht großindustriell fabriziert, sondern mehr handwerksmäßig nach dem besonderen Geschmack des Bestellers gebaut. Eine solche Arbeitsweise befördert sehr die Vielseitigkeit der Ingenieurausbildung, und das Ausland mußte dies stets zu schätzen, indem es mit Vorliebe österreichische Ingenieure engagierte. Der österreichischen Industrie blieb der Ruhm, für das Ausland unentgeltlich tüchtige Ingenieure auszubilden. Wir wollen aber in Zukunft nicht mehr Menschen, seien es ungelernete Arbeiter, seien es hochqualifizierte Kräfte, sondern Waren ausführen. Wir müssen daher trachten, alle Hindernisse, die sich unserer Produktion entgegenstellen, und die Herz in seiner Arbeit in überaus gründlicher Weise dargestellt hat, zu beseitigen und dabei auch der Spezialisierung den ihr gebührenden Platz anzuweisen.

Die Geschäftssperre in der Kriegszeit.

Der Kampf der kaufmännischen Angestellten um eine Verkürzung ihrer überlangen Arbeitszeit ist noch in aller Erinnerung. Trotz des Bemühens, das bereits Jahre hindurch andauert, ist diese Bewegung über das Stadium einer geordneten Geschäftssperre vor dem Kriege nicht gelangt. Diese Regelung selbst wurde schließlich gesetzlich in einer höchst unzulänglichen Art getroffen: Als die Stunde für den allgemeinen Geschäftsschluß wurde die achte Abendstunde festgesetzt, wobei es den Landesregierungen überlassen blieb, die Schließung der Geschäfte schon für 7 Uhr abends anzuordnen. Selbst diese ungenügende Regelung geschah nicht ohne Ausnahme. Für den Lebensmittelhandel wurde eine Geschäftszeit bis 9 Uhr, vielfach bis 10 Uhr als zulässig erklärt.

Unausgesetzte Bemühungen der organisierten Angestellten erzielten mehrfache Statthaltereiverfügungen, mit denen besonders in größeren Orten, vor allem in Wien, für längere oder kürzere Zeiten die Siebenuhr-Geschäftssperre gesetzlich eingeführt wurde. Immer blieb jedoch die Geschäftszeit in Lebensmittelhandlungen unberührt, trotzdem die großen Konsumvereine schon lange vor dem Kriege aus freien Stücken die zeitlichere Geschäftssperre eingeführt und dadurch den Beweis erbracht hatten, daß auch im Lebensmittelhandel eine solche zeitgemäße, zum Schutze der Angestellten so notwendige Einrichtung ohne weiteres möglich ist. Der Grund, warum die Verwaltungsbehörden der ihnen von der Gesetzgebung erteilten Vollmacht in so geringem Umfang entsprachen, liegt darin, daß auch hier dem Unternehmerstandpunkt stets Rechnung getragen wurde, wenn dieser Standpunkt auch noch so unhaltbar war und dem allgemeinen Empfinden noch so sehr widerstrebt. Die Händler besürmten wie vorher die Gesetzgebung, späterhin die Statthaltereien und setzten alle Kräfte in Bewegung, um eine vernünftige, einheitliche Geschäftszeit zu verhindern. Immer wieder mußten die Rücksichten auf die Bevölkerung herhalten, als deren Anwalt sich die Händler immer wieder ausspielten. Wie unernst in Wahrheit diese „Rücksicht“ ist, stellte sich kurz nach Kriegsausbruch, hoffentlich auch für unsere Behörden, deutlich heraus. Kaum war die Zeit angebrochen, wo die Preise der Waren und besonders die der Lebensmittel von Tag zu Tag stiegen, beeilten sich die Händler, ihre Geschäfte möglichst zeitlich zu schließen. Manche Lebensmittelhändler trieben ihre Profitlust so weit, daß sie bei den Käufern großes Vergerniß erregten. Dieselben Händler, die vor dem Kriege immer nur die Rücksicht auf die Bevölkerung den Behörden vorklammierten, hätten am liebsten ihre Geschäfte gar nicht geöffnet, als es sich herausstellte, daß sie mit jedem Tag die Preise ihrer Vorräte willkürlich erhöhen können. Das konsumentenfeindliche Verhalten der Händler hatte zur Folge, daß den Behörden die Vollmacht erteilt werden mußte, durch hohe Strafen das übliche Offenhalten der Geschäfte gegebenenfalls zu erzwingen.

Seither ist neben der Beobachtung auf die schutzbedürftigen Angestellten für das zeitlichere Schließen der Geschäfte auch noch ein zurzeit ebenso wichtiger Grund dazugetreten: die Ersparnis an Beleuchtung und Beheizung. Der wachsende Mangel an sämtlichen Waren bringt es mit sich, daß das Offenhalten der Geschäfte bis in die Abendstunden nicht nur überflüssig, sondern auch für die Allgemeinheit höchst nachteilig ist. Während selbst der kleine Haushalt zu einer sparsamen Handhabung mit Licht und Heizmaterial gezwungen ist, wird in den Geschäften ohne jeden Zweck Gas zum Heizen und Beleuchten und Kohle vergebend. Aus Eigenem haben sich in der letzten Zeit zahlreiche Warenhäuser zur Schließung der Geschäfte um 6 Uhr abends bereit erklärt und deutlich ist zu sehen, daß die Bevölkerung auch diese Regelung billigt, irgend eine Benachteiligung darin nicht erblickt. Es gibt kleinere Detailgeschäfte, die noch eine viel kürzere Geschäftszeit eingeführt haben, ohne dadurch sich oder den Konsumenten einen Nachteil zugefügt zu haben.

Im Gegensatz zu diesem Verhalten stehen aber zahllose Großhandlungen, Fabriksniederlagen und Büros. Wohl hat auch hier der Warenmangel vielfach die Verkürzung der Geschäftszeit herbeigerufen, aber gerade die größten Geschäfte und Büros sind es, die zum großen Nachteil für die Angestellten und zu einem großen Vergerniß der gesamten Bevölkerung noch immer bis in die späten Abendstunden offengehalten werden, und doch ist gerade bei dieser Art Geschäften und insbesondere den Büros eine durchgreifende Änderung leicht möglich. Im Großhandel ebenso wie in den Schreibstuben wäre ohne irgend einen Nachteil die durchgängige Arbeitszeit möglich. Dafür ist auch im Gesetz Vorsorge getroffen, indem man in solchen Unternehmungen, in denen die Geschäftssperre spätestens um 4 Uhr nachmittags eintritt, die sonst eine und anderthalbstündige Mittagspause herabsetzen kann. Von irgend einer Benachteiligung der Bevölkerung kann bei der durchgängigen Geschäftszeit in Großhandlungen und Schreibstuben schon deshalb nicht die Rede sein, weil hier ein persönlicher Kundenverkehr besonders in der heutigen Zeit höchst selten vorkommt. Schon in den Morgenstunden ist es möglich, die Uebersticht über die voraussichtliche Tagesarbeit zu erlangen, und es kommt nur auf eine vernünftige Ausnützung der Vormittagsstunden an, wenn diese Arbeit rechtzeitig fertiggestellt sein soll. Eine einheitliche Schließung der Großhand-

lungen und der Schreibstuben um 3 Uhr nachmittags würde dies ermöglichst und zum Opfer fallen würde hierbei lediglich eine aus vergangenen Zeiten stammende üble Gewohnheit und Begünstigung mancher Unternehmer und Vorgesetzter, die mühsamer die kostbarste Zeit in mühsamer „Beschäftigkeit“ außerhalb der Geschäfte oder Büros vielfach in Kaffeehäusern vergebend. Welche Vorteile auf der anderen Seite eine gesetzlich angeordnete durchgängige Arbeitszeit hätte, liegt für jeden klar auf der Hand. Sehr beträchtliche Mengen von Licht und Wärmeenergien können erspart werden, denn vielfach handelt es sich um große Räume, die im Winter unausgesetzt bis in den Abend hinein beheizt und durchaus nicht selten bei Tagesheller künstlich beleuchtet werden müssen. Wer außer unseren Behörden hätte nicht schon diese Wahrnehmung gemacht, wo er von der Straße aus die zahlreichen beleuchteten Souterrainlokale täglich beobachtet?

Für die Angestellten würde eine durchgängige Arbeitszeit nicht nur einen Schutz für ihre Gesundheit bedeuten, welche heute durch die Unterernährung von der Ueberarbeit mehr denn je gefährdet erscheint. Die einmalige Frequenz der Geschäfte hätte eine große Entlastung des Stadtbahn- und Straßenbahnverkehrs zur Folge, ganz abgesehen davon, daß die Angestellten hierbei ein Wesentliches von ihren so kleinen Löhnen ersparen könnten; ebenso würden Kleider und Schuhwerk mehr geschont werden. Schließlich würde eine durchgängige, um 3 Uhr nachmittags endende Geschäftszeit zur Folge haben, daß die Angestellten nicht gezwungen wären, die teuren Gasthäuser und die Volkscasés zur Mittagszeit aufsuchen zu müssen, weil sie, wenn auch erst nach 3 Uhr, ihre Hauptmahlzeit zu Hause einnehmen könnten. Für solche Angestellte, die sich außerhalb des Wohnortes verbleiben müssen, würde mit Leichtigkeit auch nach 3 Uhr bei den verschiedenen Mittagstischen vorgesorgt werden können. Alles spricht also dafür, daß unsere Behörden diesem Gegenstand endlich die verdiente Aufmerksamkeit schenken und eine Regelung treffen, für die alle Vernunft spricht und gegen die nur oberflächliche, wenn nicht hinterhältige Vorwände vorgebracht werden können.

Abend
17/X. 1917

14
17
221

(Gewerbspolitische Kundgebung.) Am letzten Sonntag fand im Festsaal des Niederösterreichischen Gewerbevereines die diesjährige Tagung des Reichsverbandes der Gewerbevereine Oesterreichs statt, zu welcher gegen 50 Vereine aus ganz Oesterreich mehrere hundert Vertreter entsendet hatten, und der der Präsident des Abgeordnetenhauses Dr. Groß und zahlreiche Abgeordnete beiwohnten. Den Vorsitz führten Präsident Ingenieur B. Ludwig (Wien) und Vizebürgermeister Naske (Brünn). Präsident Schiel begrüßte die Versammlung namens des Niederösterreichischen Gewerbevereines, mahnte zum einmütigen Zusammenhalten, zu gemeinsamer Arbeit, und wünschte, daß bei den jetzt möglicherweise stattfindenden Ersatzwahlen für das Abgeordnetenhaus Gewerbe und Industrie für eine entsprechende Vertretung sorgen. Zunächst sprach Geheimrat Sektionschef Dr. Ezner über die Fürsorge für gewerbliche und industrielle Arbeiter, welche als Kriegsbeschädigte zurückkehren, schilderte die bisherigen großen Erfolge der Prothesen-Aktion, der Invalidenschulen u. a., und bezeichnete es unter großem Beifall als eine Hauptaufgabe der Gewerbevereine, dafür zu sorgen, daß die Kriegsverletzten womöglich in ihrem bisherigen oder einem verwandten Berufe, zum Beispiel als Kino-Operateure, auch tatsächlich, und zwar dauernd und mit Erfolg verwendet werden. Der Präsident des Reichsverbandes Ingenieur B. Ludwig erstattete den Tätigkeitsbericht. Stadtrat Lustig (Brünn) berichtete über die gewerbliche Kriegskredithilfe, Regierungsrat Kammersekretär Dr. Mahler (Brünn) über die Forderungen von Gewerbe und Handel in der Uebergangswirtschaft. In einer längeren Aussprache, an welcher sich zahlreiche Vertreter aus allen Teilen des Reiches, aus Nord und Süd, beteiligten, wurde, in oft erschütternden Worten, die traurige Lage des Gewerbes und Handwerks geschildert. Allgemein kam die Meinung unverböhlen zum Ausdruck, daß gerade der Gewerbebestand durch den Krieg ungleich mehr gelitten habe als Landwirtschaft und Arbeiterschaft, daß die Regierung eine weit größere Fürsorge den Arbeitern als dem für die Erhaltung des Mittelstandes und der Wirtschaft so wichtigem Gewerbe und Handwerk zuwende. Auch in militärisch nicht gerechtfertigten Fällen wurden Gewerbetreibende nicht einmal zeitweilig enthoben, so daß Betriebe stillgelegt werden mußten, ja sogar zugrunde gingen. Im Sinne der Anträge der Berichterstatter sowie des Präsidenten Ludwig, des Kammerrates Weber (Klosterle), des kaiserlichen Rates Krause (Wien) und des Dr. Schostal (Wien) beschloß die Tagung einstimmig, die bereits angebahnte einheitliche Zusammenfassung aller freien und genossenschaftlichen gewerblichen Organisationen zu verstärken und zu einer mächtvollen wirtschaftspolitischen Organisation auszugestalten, ebenso die Fühlungnahme mit den industriellen und kaufmännischen Organisationen aufrecht zu erhalten und zu vertiefen. — Einem Antrage des Vorsitzenden gemäß, wird sich die Leitung des Reichsverbandes, angefaßt der vielfach unzulänglichen Vertretung und Organisation von Gewerbe und Handel, damit befaßen, wie anlässlich der geplanten Verfassungsreform, die Zusammensetzung des Herrenhauses in dem Sinne geändert werden könnte, daß die einzelnen großen wirtschaftlichen Berufsgruppen in diesem Hause des Reichsrates in entsprechender Zahl Sitz und Stimme haben.

Die Tarifierhöhung der ungarischen Staatsbahnen und die Fabriksindustriellen.

Budapest, 17. Oktober.

Der Bund ungarischer Fabriksindustriellen befaßte sich in seiner gestrigen Sitzung mit der Reform der Eisenbahntarife. Die von den Vertretern aller wichtigen Industriezweige besuchte Sitzung eröffnete Magnatenhausmitglied Franz Chorin, indem er einleitend auf den Standpunkt hinwies, den der Bund hinsichtlich der Verteuerung der Tarife schon früher eingenommen hat. Der Bund ist der Ansicht, daß das ungarische Tariffsystem im allgemeinen einer tiefgreifenden Reform bedarf, da der heutige Tarif die österreichische Konkurrenz gegenüber dem ungarischen wirtschaftlichen Leben stärkt. Die jetzige Kriegserhöhung unterliegt natürlich anderen Gesichtspunkten, aber auch bezüglich dieser hat sich mit Entschiedenheit die Auffassung der Interessentkreise herausgebildet, daß die Erhöhung sich nach dem inneren Wert der Waren richten muß. Die ungarische Industrie ist sich darüber im Klaren, daß derartige Erhöhungen nicht nur auf Kriegsdauer gültig bleiben, und sie kann sich daher nicht dem Standpunkte anschließen, daß die Ware jetzt jede Erhöhung der Frachtsätze verträgt. Die durch diese Tarifänderung getroffenen Interessen sind so groß, daß die Fabriksindustrie unbedingt verlangen muß, in dieser überaus wichtigen Angelegenheit angehört zu werden. Sekretär Dr. Mikolauš Möricz konstatierte, daß der in seinen Händen befindliche Entwurf völlig mit Berücksichtigung österreichischer Interessen zustande gekommen ist und daß er die ungarischen Wirtschaftsinteressen vollständig vernachlässigt, sowie es zweifellos erscheint, daß der ganze Entwurf in österreichischen Bureaus hergestellt und bei uns einfach ins Ungarische übersetzt wurde. Laut des Entwurfes kommt der Tarif in degressiver Weise zur Geltung, das heißt die teuersten Artikel, die in die erste Klasse gehören, beabsichtigt er überhaupt nicht zu belasten; diejenigen Fertigfabrikate, die bisher in die zweite Klasse gehörten, reißt er in die erste Klasse ein und belastet sie durchschnittlich mit 27 Prozent, diejenigen aber, die aus der A-Klasse jetzt in die zweite Klasse kommen, mit einer 55prozentigen Erhöhung. Die Tatsache, daß der Entwurf die Waren der ersten Klasse überhaupt nicht belastet, ist vom ungarischen Standpunkte besonders gravaminös, denn in diese Klasse gehören die Fertigfabrikate österreichischer Probenienz und überhaupt die wertvollsten Industrieartikel. Gravaminös ist in dem neuen Tarif auch die Verteuerung der Frachtsätze für Lebensmittel, da hierdurch die Schwierigkeiten der Arbeiterernährung grundlos gesteigert würden. Besondere Einsprache muß gegen jene Maßnahme erhoben werden, daß der größte Teil der Lebensmittel aus der Reihe der Artikel, die als (gemäßigtes) Eisgut befördert werden können, ausgeschlossen werden, wodurch ihr Verkehr erschwert und ihr Preis unverhältnismäßig erhöht wird. So bleiben beispielsweise von diesen Artikeln Fleisch, Gemüse, Konserven und viele andere wichtige Artikel aus. Moriz Szabó stellt fest, daß schon die Erhöhung der Manipulationsgebühr, die bei Wagenladungswaren, ohne Rücksicht auf die Natur der Ware, 16 Heller pro Meterzentner ausmachen würde, eine große Ungerechtigkeit vom Standpunkte unserer Interessen bedeutet. Die feinen Fertigwaren, die in die erste Klasse gehören, werden nur um diese 16 Heller verteuert, die billigen Massenartikel aber außer der 55prozentigen Erhöhung der Frachtsätze auch um diese noch. Der Entwurf belastet in erster Linie die Artikel, in denen wir aktiv sind oder auf die unsere Industrie angewiesen ist. So ist es bei den Pflanzölen, beim Roheisen, bei der Wolle, in der Lederindustrie, bei den Gerbstoffen, den Eisenbahnwagen und Lokomotiven, beim Mineralwasser und vielen anderen Artikeln. Die Reform würde für die Zeit nach dem Friedensschluß sehr schwere Folgen haben, und es darf nicht zugelassen werden, daß dieser Plan verwirklicht werde. Generaldirektor Paul v. Bíró ist gleichfalls der Ansicht, daß die Wirkung dieser Verteuerung in ihrer Gänge nach dem Krieg zur Geltung kommen werde. Er hält es für unverständlich und widerspruchsvoll, daß während einerseits gerade aus Regierungskreisen in begründeter Weise auf die Schwierigkeiten der Uebergangswirtschaft hingewiesen wird, jetzt im vorhinein solche Maßnahmen geplant werden, die gerade für die Zeit des Ueberganges unsere Hände binden und eine gesunde Entwicklung unmöglich machen würden. Die 16 Heller Manipulationsgebühr bedeuten bei einigen Artikeln genau eine 100prozentige Verteuerung, bei anderen überhaupt nichts. Einige Wochen früher haben selbst die Vertreter der ungarischen Staatsbahnen diese Art der Erhöhung eine österreichische Unmöglichkeit genannt. Redner kann es daher nicht verstehen, warum wir uns jetzt an diesen Plan halten sollen. Generaldirektor Emil Bacher würde es für notwendig halten, daß die Bahnverwaltung mitteile, wie viel sie von dieser Reform erwartet. Er hält es für sehr wichtig,

187 X. 1917 222

daß auch das Militär belastet werde, denn je weniger das Militär zahlt, desto mehr wird der bürgerliche Verkehr belastet. Dr. Ernő Reimanu wünscht, daß die Regierung die Interessenvertretung über den Plan der Kohlentarifreform orientiere. Direktor Max Fenyő erwähnt, daß die Regierung den Gedanken der Belastung des Militärtarifs nicht sehr sympathisch aufgenommen habe. Baron Moriz Kornfeld hält es für erwünscht, daß der Bund diese Frage vor die Öffentlichkeit bringe. Die geplante Reform diene zweifellos einseitig österreichischen Industrieinteressen. Generaldirektor Philipp Wimmer glaubt, richtiger als dieser unmögliche Plan wäre eine einheitliche und durchschnittliche Belastung des Verkehrs, wie dies bei der Kriegstransportsteuer geschehen sei, worauf Dr. Gustav Bokor meint, man dürfe den Krieg nicht dazu benutzen, diese ungeheuerliche Reform ins Leben treten zu lassen, denn das könnte mehr Schaden als der schlechteste Ausgleich oder der schlechteste Handelsvertrag. Hierauf besprach die Versammlung noch die Frage, wie man mit der meisten Aussicht auf Erfolg gegen das Inslebentreten des Entwurfes ankämpfen könne, und beschloß, daß die Interessenvertretungen sich mit den Details noch befassen und den Entwurf nach Industriezweigen gesondert verhandeln sollen.

19. III. 1917

80

1

270000

39

1917

Beilage zur Vossischen Zeitung.

1917
19. März

24. März einschließlich bei der zuständigen Brotkommission sich einen Bezugsschein auf ein Huhn oder ein Kaninchen holen. Der Preis für ein Pfund Huhn beträgt 4,00 M., für ein Pfund Kaninchen 3,80 M. Auf ein Huhn müssen 200 Gramm Fleischmarken abgegeben werden, Kaninchen sind fleischartenfrei. Alles Nähere ergibt sich aus der heutigen Bekanntmachung des Magistrats. — Wie Stadtrat Berndt am Sonnabend mitteilte, hat die Stadt Berlin sich die Lieferung so vieler Kaninchen und Hühner gesichert, daß die Wochenration für ganz Berlin auf drei Wochen abgedeckt ist.

Die deutsch-österreichisch-ungarische Wirtschaftskonferenz.

Unser L. St.-Mitarbeiter schreibt uns über die heute um 10 Uhr im Herrenhause beginnenden Verhandlungen der Deutsch-Österreichisch-Ungarischen Wirtschaftsverbände.

Die letzte Entschliebung der Wirtschaftsverbände, die auf der Tagung in Dresden einmützig erfolgte, gibt den Auftakt für die heutige Verhandlung. Ihr Schlußsatz lautet: „Eine zollpolitische Vorzugsbehandlung ohne Gemeinsamkeit der Wirtschaftspolitik ist wie alle anderen halben Maßnahmen als unzulänglich abzulehnen, denn die Interessengemeinschaft erschöpft sich nicht in der Zollpolitik. Die weltpolitischen Veränderungen dieses Krieges machen vielmehr eine gemeinsame Wirtschaftspolitik zur Notwendigkeit. Die treue Waffenbrüderschaft eröffnet des weiteren neue Ausblicke und stellt uns Aufgaben, die wir nur vereint erfüllen können. In der gestrigen Generalversammlung des Deutsch-Österreichisch-ungarischen Wirtschaftsverbandes wurde vom Vorsitzenden Paasche mit Nachdruck betont, daß die Richtlinien, die in Dresden aufgestellt worden sind, auch für die heutige Tagung maßgebend bleiben.“

Ein Umschwung freilich hat sich zugunsten der Verständigung vollzogen. Die Ungarn nämlich, die dem Wirtschaftsbandnis bisher widerstrebten, haben seit den Verhandlungen in Dresden unter Vorsitz des Reichstagsabgeordneten Dr. Baron Julius Madarassy-Bed eine eigene Gruppe geschaffen, die entschlossen und gewillt ist, mit dem österreichischen und deutschen Wirtschaftsverband waffenbrüderlich Hand in Hand zu gehen. Keine Zollunionisten gibt es in diesen drei Verbänden nur in verschwindender Minderzahl. Das Raumannsche Schlagwort „Mitteleuropa“ hat zwar die Einbildungskraft lebhaft entzündet, aber an der harten Wirklichkeit der Dinge starken Widerspruch gefunden und auch so manchen Widersacher geweckt. Daher sind die Bedenken der Vertreter der großen deutschen Verbände, die einer reinen Zollunion ungünstig gegenüberstehen, in der vorbereitenden Versammlung beschwichtigt worden, indem man von der gemeinsamen Ueberzeugung ausging, daß man heute nur das Einigende hervorheben wird, während das Trennende zurückgestellt bleiben muß, bis sich die Kriegslage so geklärt hat, daß man an eine endgültige Fassung des Wirtschaftsbandnisses herangehen kann. Gerade der Umstand, daß heute namhafte Vertreter der Regierung zugegen sein werden, und daß Männer, die an der Spitze großer Verbände stehen, wie Kommerzienrat H. Friedrichs-Potsdam, Vorsitzender des Bundes der Industriellen, und Abgeordneter Dr. G. Sirese mann, Präsidialmitglied dieses Bundes, mit Referaten zu Worte kommen werden, drückt der heutigen Versammlung den Stempel eines wirtschaftlichen Mittelpunktes auf. Es sollen in der heutigen Tagung vier Referate gehalten werden, darunter von Professor Breit und Justizrat Kahn von der Handelskammer in München, die neben den beiden Borgenannten ihre Auffassung zur Geltung bringen werden. Nur eine einzige Resolution wird im Mittelpunkt der Debatte stehen. Es kann jetzt schon gesagt werden, daß weder der Standpunkt der reinen Zollunion, noch auch der des gemeinsamen Zolltarifs Gegenstand der Beratung sein wird. Der Grundgedanke läßt sich vielmehr dahin zusammenfassen, daß zunächst die drei Staaten (von Bulgarien und der Türkei wird vorerst abgesehen) eine gegenseitige Verständigung in dem Sinne erzielen sollen, daß sie Verträge im Sinne eines zollpolitischen Zusammenwirkens von Deutschland, Oesterreich und Ungarn abschließen. Die Resolution wird der Zuerstacht Ausdruck

Deutsch-österreichischer Wirtschaftsverband.

Berlin, 18. März. Anlässlich der hier stattfindenden Tagung des deutsch-österreichisch-ungarischen Wirtschaftsverbandes fand abends in der Wandelhalle des Reichstages eine Begrüßungsfeier statt, der Staatssekretär Zimmermann, Vertreter der Regierung, Legationsrat Graf Parisch in Vertretung der österreichisch-ungarischen Botschaft und sehr zahlreiche Mitglieder des Wirtschaftsverbandes bewohnten. Der Präsident des Verbandes Paasche legte die Bedeutung des Wirtschaftsverbandes dar. Der Vizepräsident des Reichstages Dove begrüßte die Gäste namens des Präsidenten Raempp und betonte die Notwendigkeit eines wirtschaftlichen Zusammenschlusses der verbündeten Länder.

Der Unterstaatssekretär des Reichsamtes des Innern Richter begrüßte die Gäste namens der Reichsregierung und erklärte, die Reichsleitung nehme an den Verhandlungen der großen Vereinigungen, die die engere wirtschaftliche Annäherung der drei verbündeten Länder anstreben, wärmsten Anteil. Die diesbezüglichen Tagungen bilden einen Meilenstein und Wegweiser auf der großen Straße, deren schließliches hoffentlich nicht zu weit hinausgerücktes Ziel ein wirtschaftlich möglichst eng verbundenes Mitteleuropa darstellt. Die Tagungen tragen wesentlich dazu bei, die wirtschaftlich führenden Männer auch persönlich einander näherzubringen und dadurch in immer weiteren und größeren Volkstreifen die Ueberzeugung zu befestigen und zu beleben, daß eine wirtschaftliche Annäherung nötig sei. Nachdem die drei Staaten in treuer Waffenbrüderschaft einer Welt von Feinden Trotz geboten haben, müssen sie bedacht sein, auch nach dem Kriege ihre Interessen gemeinsam zu schützen. Dieser Wunsch werde umso kräftiger hervortreten, je größer die gegnerischen Bemühungen werden, uns auch wirtschaftlich zu bekriegen. Darin bestehe der Unterschied zwischen uns und den Feinden. Nicht eine Gemeinsamkeit der Interessen führe die Feinde zusammen. Im Gegenteil das einzige Motiv, das die Feinde bei ihrem Zusammenschluß leite, sei Neid, Mißgunst und der Wunsch, die militärischen Gegner auch wirtschaftlich tot zu machen. Wir brauchen diesen Bestrebungen gegenüber nicht allzu ängstlich zu sein, da der Haß immer ein sehr schlechter Regulator in wirtschaftlichen Fragen ist. Mit Freude und Stolz können wir bekennen, daß unsere Freundschaft getragen und geleitet ist von der Gleichmäßigkeit der Interessen. Die Reichsleitung wünscht, daß die Wirksamkeit des Wirtschaftsverbandes beitragen möge, uns auf dem Wege der wirtschaftlichen Annäherung ein gutes Stück weiter zu bringen. (Lebhafte Beifall.)

Der Unterstaatssekretär im Handelsministerium Lusenky begrüßte die Gäste namens des preussischen Handelsministers und betonte, Deutschland und Oesterreich-Ungarn seien durch den Krieg einander so nahe gerückt, daß sie nicht mehr wie bisher als Fremde einander gegenüberstehen sollen und sich mehr als Einheit fühlen müssen. Ein großes gemeinsames Interesse verbindet die Mittelstaaten, ein Interesse, das sich darin äußert, daß das Wohlergehen des einen auch der Vorteil des anderen ist. Wir dürfen nicht Konkurrenzstreben sein, wir müssen streben, als gemeinsam Handelnde gegenüber den anderen Mächten der Welt aufzutreten. (Lebhafte Beifall.)

Nachdem Bürgermeister Reide namens der Stadt Berlin den Willkommwunsch entboten hatte, dankte Abgeordneter Friedmann namens der österreichischen Gruppe für die herzliche Aufnahme. Abgeordneter v. Madarassy-Bel überbrachte die Einladung der ungarischen Gruppe, die nächste Tagung in Budapest abzuhalten.

Berlin, 19. März. Heute vormittags begann unter ungewöhnlich zahlreicher Beteiligung die Tagung des deutsch-österreichisch-ungarischen Wirtschaftsverbandes, die Präsident v. Paasche mit einer Ansprache eröffnete, in der er betonte, daß sich in diesem ernsten Augenblicke die Augen aller Völker den verbündeten Monarchen zuwenden. Die Versammlung brachte ein dreifaches Hoch auf Ihre Majestäten Kaiser Wilhelm und Kaiser und König Karl aus und beschloß auf Antrag Paasches, an die beiden Monarchen Guldigungs-Telegramme zu senden und an den Reichstanzler v. Bethmann Hollweg und den Minister des Aeußern Grafen Czernin Begrüßungs-Telegramme zu richten.

Nach Begrüßungsworten des Präsidenten der österreichischen Gruppe Reichsrats-Abgeordneten Friedmann und der ungarischen Gruppe Reichstags-Abgeordneten Madarassy-Bel begannen die Referate, an die sich eine eingehende Debatte schloß.

Die Tagesordnung der diesmaligen Tagung, welche die fünfte in der Reihe der während des Krieges abgehaltenen gemeinsamen Verhandlungen der Wirtschaftsverbände ist, lautet: „Die Wirtschaftspolitik Deutschlands, Oesterreichs und Ungarns nach dem Kriege“. Für Oesterreich erstattete das Referat Landtagsabgeordneter Dr. Karl Beurle (Vize); für Deutschland Legationsrat a. D. Reichstagsabgeordneter und Landtagsabgeordneter Freiherr v. Nitzhoffen und für Ungarn der Sekretär des ungarischen Fabriksindustriellen-Verbandes Dr. Mag Fenyö.

Landtagsabgeordneter Dr. Karl Beurle (Vize a. D.) äußerte u. a.: Um ein Urteil zu gewinnen, muß man sich die Wirtschaft der beiden Centralmächte nach dem Kriege vorstellen. Sie wird gekennzeichnet durch eine ganz außerordentliche Belastung der beiden Staaten: Kriegskosten, Ansbau dessen, was zerstört ist, Versorgung der Hinterbliebenen gefallener Krieger und der Invaliden, Auffüllung der geleerten Lagerbestände, Einleitung einer entsprechenden Vorrätewirtschaft, Beschaffung des für Salutzwecke nötigen Goldes. Die Lösung dieser Fragen wird eine ungeheure Aufgabe sein; die Lösung ist nur möglich durch eine Leistung ähnlicher Größe, wie sie die Centralmächte auf dem Gebiete der Wehrmacht vollbrachten.

Dr. Beurle fasste die Wünsche seiner österreichischen Freunde dahin zusammen, daß 1. durch einen langfristigen Vertrag zwischen den beiden Mittelmächten ein Zoll- und Wirtschaftsbündnis mit dem Hauptinhalte einer dadurch gesicherten Gemeinsamkeit der Handelspolitik nach außen ebensolch vereinbart werden soll; 2. im wechselseitigen Verkehr

grundsätzlich die Zollfreiheit auf eine möglichst große Anzahl von Zollpositionen ausgedehnt und nur die noch unumgänglich notwendigen Maßnahmen zum Schutze berechtigter Interessen, sei es durch Uebergangszölle oder andere zweckentsprechende Maßnahmen vereinbart werden; 3. gleichzeitig mit den Zoll- und handelspolitischen Abmachungen auch die grundlegenden Fragen der Verkehrspolitik (insbesondere Ausbau des Wasserstraßennetzes und einheitliches Vorgehen auf dem Gebiete der Tarifpolitik) geregelt werden; 4. einheitliche Maßnahmen zur Wiederherstellung der Währung in den verbündeten Staaten getroffen werden und 5. eine möglichst weitestgehende Vereinheitlichung der Bestimmungen des Mitteleuropäischen Wirtschaftsrechtes anzustreben ist und endlich 6. das politisch-militärische Bündnis mit der Türkei und mit Bulgarien durch einen engen wirtschaftspolitischen Anschluß ausgestaltet werde.

Der ungarische Berichterstatter Dr. Mag Fenyö, Sekretär des ungarischen Fabriksindustriellen-Verbandes, bemerkte u. a.: Für die künftige Wirtschaftspolitik kommt in erster Linie der engere wirtschaftliche Anschluß der Monarchie an das Deutsche Reich in Betracht. Die Bestrebungen, die sich auf die schon vor dem Kriege bestandenen starken Kulturbande, auf das im Kriege voll bewährte Bundesverhältnis und die Waffenbrüderschaft stützen, haben in Ungarn in zunehmendem Maße Verständnis und Sympathie gefunden, auch bei den Männern des praktischen Lebens. Es sei nicht richtig, daß eine „ungarische Oligarchie“ das engere Bündnis mit Deutschland nicht wolle. Die Beschränkung auf die bloße Vorkriegsbeziehung lehnt Fenyö als keine glückliche Lösung, weil ohne praktische Ziele und Gesichtspunkte, ab. Neben dem mitteleuropäischen Wirtschaftsbündnis komme vor allem andern die Beschaffung der Rohstoffe in Betracht, eine Frage, die im Einverständnis der beiden Mittelmächte gelöst werden müsse.

In der Debatte wurden sämtliche wirtschaftlichen, Handels- und Zollfragen eingehend erörtert. Mehrere Redner betonten die Bedeutung Triests für Oesterreich, hoben die Wichtigkeit des Donau-Rhein-Kanal-Projektes hervor und verlangten, daß die diesbezüglichen Arbeiten gleichzeitig auch in Oesterreich durchgeführt werden.

Die Entschlieung.

Die Debatte wird mit der einstimmigen Annahme folgender Entschlieung: Durch einen langfristigen Vertrag zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn soll ebensolch ein Zoll- und Wirtschaftsbündnis mit dem Hauptinhalte einer dadurch gesicherten Gemeinsamkeit der Handelspolitik vereinbart werden. In den beiderseitigen Zolltarifen für den wechselseitigen Verkehr soll eine wesentliche Vermehrung von Freilisten eingeführt und der Abbau der wegen der wirtschaftlichen Verhältnisse für bestimmte Waren noch unumgänglich nötigen Zölle in Aussicht genommen werden.

Es ist eine enge wirtschaftliche Annäherung an die Türkei und Bulgarien anzustreben, die den Interessen auch dieser Staaten vollaus zu entsprechen hat.

Gleichzeitig mit den Zoll- und handelspolitischen Abmachungen sind auch die grundlegenden Fragen der Verkehrspolitik, insbesondere durch den Ausbau des Wasserstraßennetzes, durch Vereinheitlichung der formalen Tarifgrundlagen und durch Handhabung der Tarifpolitik im Geiste des in Aussicht stehenden Wirtschaftsbündnisses zu regeln.

Zur Wiederherstellung der Währungen in den verbündeten Staaten sind einheitliche Maßnahmen zu treffen.

Es ist auf die möglichst weitestgehende Vereinheitlichung des Wirtschafts- und Verkehrsrechtes der verbündeten Staaten einschließlich des gewerblichen Rechtsschutzes hinzuwirken. Für die Uebergangswirtschaft soll unbedingt ein gemeinsames, einheitliches Vorgehen Platz greifen.

Präsident Paasche schloß die Tagung mit einem Appell, die Ideen des Wirtschaftsverbandes in weite Volkstreife zu tragen.

Als Ort der nächsten Tagung wurde Budapest bestimmt.

Reichspost.

monatlich für Wien: K 4.30
 vierteljährlich 12.—
 halbjährlich 24.—

Für Oesterreich-Ungarn:
 monatlich K 6.—
 vierteljährlich 14.50
 halbjährlich 29.—
 Bei täglich einmaliger Zustellung das Morgenblatt zugleich mit der Nachmittagsausgabe des vorherigen Tages für auswärts:
 monatlich K 4.30
 vierteljährlich 12.—
 halbjährlich 24.—

Für Deutschland:
 viertel. Kreuzbandend. K 18.—
 und durch die Postämter laut dort aufgelegter Verteilungsliste.
 Händer des Verlagsvereins:
 viertel. Kreuzbandend. K 22.—
 und durch die Postämter laut dort aufgelegter Verteilungsliste.

Einzelpreise für auswärts:
 Morgenblatt 12 h
 Sonn- und Feiertage . . . 14 h
 Nachmittagsblatt 6 h

Unabhängiges Tagblatt für das christliche Volk Oesterreich-Ungarns.

Nr. 146

Wien, Donnerstag, den 29. März 1917

XXIV. Jahrgang

Abermals 31.000 Tonnen im Mittelmeer versenkt

Zwei englische Zerstörer gesunken. — Erfolgreiche Angriffsunternehmungen im Iz-Sale und bei Stanislau.

Die Berichte der Generalstäbe.

Wien, 28. März.

Amtlich wird verlautbart:
„28. März 1917.

Oesterlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen: Keine besonderen Ereignisse.

Heeresfront des Generalobersten Erzherzog Josef: Südlich des Uztale wurde in drei Kilometer Breite eine russische Höhenstellung genommen und gegen drei starke Gegenangriffe behauptet. Die Deute verlautet sich auf 150 Gefangene, 3 Maschinengewehre und 2 Minenwerfer. Gegen die Magharos-Stellung stürmte der Feind gestern nachmittag abermals vergeblich an. In den Waldkarpathen erfolgreiche Vorfeldunternehmungen.

Heeresfront des Generalfeldmarschalls Prinzen Leopold von Bayern: Bei Stanislau drang ein Stoßtrupp in die feindliche Hauptstellung ein; die Russen lüchteten. Sonst bei Tauwetter geringe Tätigkeit.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Zahl der im Kampfe südlich von Siglia gefangenen Italiener hat sich auf 15 Offiziere und 500 Mann erhöht. In diesem Raum ist das Artillerie- und Minenwerferfeuer sehr lebhaft.

Südlicher Kriegsschauplatz.

und Karpathen hat das Frühjahrstauwetter eingesetzt, das größere Gefechtsaktionen ausschließt. Die Beute aus den Kämpfen an der Schtschura hat sich auf 20 Minenwerfer und 11 Maschinengewehre erhöht.

Front des Generalobersten Erzherzog Josef: Bei einer Streife am Nordosthang des Ciman in den Waldkarpathen brachen Stoßtrupps in die russische Stellung, sprengten mehrere Unterstände und kehrten mit einigen Gefangenen und Beutestücken zurück. Am Magharos schlug ein Angriff der Russen fehl. Südlich des Uztale wurde von unseren Truppen ein stark verschanzter Höhenkamm gestürmt und gegen mehrmalige Gegenangriffe gehalten. 150 Gefangene, einige Maschinengewehre und Minenwerfer blieben in unserer Hand.

Bei der Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen und an der Mazedonischen Front Vorfeldgefechte und zeitweilig auslebende Artillerietätigkeit.

Der Erste Generalquartiermeister: Lubendorff.

Der Krieg und der Handel.

Zu der neuen kaiserlichen Verordnung gegen die Preistreiber.

Wien, am 28. März.

Vor dem Weltkrieg hat der Staat dem Handel im Innern des Reichs nur wenig Schranken gezogen. Aus Rücksichten der Staats-, Sicherheits-, Gesundheitspolizei usw. erlassene Anordnungen betreffen einzelne Warengruppen wie Druckschriften, Waffen, Sprengmittel, Gifte, Arzneimittel u. dgl., deren Verkauf nur Inhabern einer besondere Vorbildung oder Vertrauenswürdigkeit voraussetzenden Konzession oder Lizenz gestattet wurde; andere Bestimmungen, wie Sonntagsruhevorschriften, Ladenschlußgesetz, dienen dem Schutze der Angestellten; wieder andere, wie Marken- und Musterchutz, das Verbot des Aufschens der Privatindustrie durch Reisende, endlich der Befähigungsnachweis für den Gemischtwarenhandel sollten den Ausschreitungen oder dem Ueberhandnehmen der Konkurrenz steuern.

Im großen und ganzen aber hielt die Gesetzgebung an der Freiheit des Handels fest; Landwirt, Gewerbetreibender und Fabrikant konnte verkaufen, wann und wohin er wollte, Verbraucher und Händler seinen Bedarf überallher beziehen; bestmöglicher Absatz und billigster Einkauf war leitender Grundsatz. Dabei stiegen die Preise bald bei diesem, bald bei jenem Artikel, und da bei den täglichen, einen Hauptteil des Jahreseinkommens verbrauchenden Ausgaben schon eine geringe Steigerung drückender empfunden wird als ein 50 und 100%iger Aufschlag bei seltenen Anschaffungen, erregte vor allem die Lebensmittelteuerung lebhaften, zu politischen Zwecken noch mehr entfachten und mißbrauchten Unwillen. Objektiv betrachtet lag die Ursache freilich darin, daß die Lebensmittelerzeugung nicht Schritt zu halten vermochte mit dem raschen Anwachsen einer städtischen Bevölkerung mit zunehmendem Geldreichtum. Gleichzeitig klagten die Produzenten über Preise, welche die Erzeugung nicht lohnten, und gemeinsam mit den Verbrauchern über den auf Kosten beider Gruppen lebenden überflüssigen Zwischenhandel. Absatzgenossenschaften und Konsumvereine nahmen zu an Zahl und Verbreitung, ohne daß es ihnen jedoch gelang, in einer der Allgemeinheit fühlbaren Weise die Preisbildung zu beeinflussen; deckte doch, um nur ein Beispiel anzuführen,

die Allgemeine Viehverwertungsgesellschaft vor dem zwangsweisen Ausbau der Organisation auf das ganze österreichische Staatsgebiet nur ein Zehntel des Bedarfes am Wiener Markt.

Zu einer wirksamen und weite Kreise sehr bedrückenden, von den Teuerungsdemagogen allerdings nicht behandelten Bindung, ja geradezu Ausschaltung der Freiheit des Handels brachten es dagegen die Kartelle der Industriellen, die gewaltig erstarkten, seit die Banken im Wirtschaftsleben übermächtig und aus bloßen Geldgebern zu Beherrschern der Industrie wurden. Der Baumeister beispielsweise bekam die Ziegel, der Kaufmann den Zucker nicht mehr dort, wo er immer bezogen hatte, sondern bald von diesem, bald von jenem Werk, wie es das Interesse des Kartells verlangte, das nur auf die quotenmäßige Aufteilung der Bestellungen und die gleichmäßige Beschäftigung der kartellierten Werke bedacht war. Inwieweit der Staat diese Entwicklung der Industrie hemmen oder mit Rücksicht auf die Lichtseite der Kartelle — Stetigkeit der Produktion, Vermeidung von Ueberproduktion und Absatzkrise, Besserstellung der Arbeiter — wenigstens mit den Interessen der Allgemeinheit in Einklang bringen müsse, führte zu lehrreichen theoretischen Erörterungen, aber zu keinen praktischen Ergebnissen.

In diesem Zustand traf der Weltkrieg unsere Volkswirtschaft. Der lähmende Schrecken der Ereignisse, die Ungewißheit über das Kommende, die Einberufungen und Verkehrsbeeinträchtigungen riefen Absatzstokungen und beschleunigte Warenabgaben hervor, welche eine anfängliche Preissteigerung zur Folge hatten. Bald aber trat die Heeresverwaltung für den Riesenbedarf der Armee in immer steigendem Umfang als Käufer auf; dieser Umstand und die andauernden Verfrachtungsschwierigkeiten lösten alle Geschäftsverbindungen, die verschiedenen Einkäufer für Militär- und Zivilkonsum gerieten in schärfsten Wettbewerb und rissen den Eignern, wie es in den Marktberichten hieß, die Waren förmlich aus der Hand; ein beständiges Steigen der Preise war das Ergebnis des andauernden Mißverhältnisses zwischen Angebot und Nachfrage.

Das Fasten nach Ware, die an der gewohnten Bezugsstelle nicht oder nur in ungenügender Menge zu haben war, trieb die Verbraucher direkt zu den Erzeugern; die „Hamster“ überzahlten, entzogen die Ware dem öffentlichen Verkehr und steigerten die Knappheit und damit wiederum die Preise. Daß bei deren stürmischer Aufwärtsbewegung vornehmlich die Nachfrage der treibende Faktor war, zeigt mit aller Deutlichkeit die Gestaltung der Vieh- und Fleischpreise in den einzelnen Ländern, die gerade in Wien, dem größten Verbrauchsort mit der kaufkräftigsten Bevölkerung, den höchsten Stand erreichten, dagegen in jenen Ländern am niedrigsten blieben, in welchen wie in Tirol am frühesten durch Zwangsorganisation der regellose Wettbewerb der Einkäufer beseitigt wurde. Auch im kleinen wiederholt sich dieselbe Wahrnehmung; so zahlte man 1916 in einem langen, von einer Schmalspurbahn durchzogenen Alpenental in den obersten Dörfern für ein Ei 10 Heller, soweit dagegen die Hamster vordrangen, überall 20 Heller.

Der Krieg schuf aber noch eine weit schlimmere Sorte von Käufern, die in reiner Spekulationsabsicht die Ware an sich bringen und dem Konsum zur Erzielung größtmöglichen Gewinnes die längste Zeit meist in Verbindung mit ihresgleichen vorenthalten: die Bande der Kettenhändler und Warenwucherer.

Der durch all dies hervorgerufenen Preissteigerung suchte man zunächst durch Anordnung von Höchstpreisen beizukommen, die jedoch, bloß für einzelne Orte und Gebiete festgesetzt, die Waren dorthin vertrieben, wo man noch mehr dafür bieten durfte, weshalb bezirks- und länderweise Ausfuhrverbote oder Verkehrsbeschrän-

6./10. 1917

17

Die deutschen Gewerkschaften im Kriege.

„Wir Gewerkschaften sind sicherlich für eine Entwicklung auf dem Wege der Reform. Seit Lassalles Tagen steht die deutsche Arbeiterbewegung auf dem Boden des parlamentarischen Kampfes. Sie hat in fünf Jahrzehnten bewiesen, daß es ihr Ernst damit ist, ihre Sache im Rahmen der Gesetze zu fördern. Ob wir aber dabei bleiben können, hängt nicht von uns ab: wenn man den Massen jeden Weg nach aufwärts und vorwärts verrammelt, muß schließlich auch der stärkste Damm brechen.“ Sechs Wochen vor Kriegsbeginn fielen diese Worte der schärfsten Kampfanlage auf dem Kongress der deutschen Gewerkschaften in München und sechs Wochen später beginnt jene Politik der Gewerkschaften, die bis zur Organisation des „vaterländischen Dienstes“ geführt hat. Der bekannte deutsche Gewerkschafter August Winnig versucht diese tiefgehende Wandlung zu erklären und zu rechtfertigen.*) Wenn hier seinen Ausführungen gefolgt wird, geschieht es nicht zustimmend, sondern wegen ihrer Klarheit.

Die Politik des 4. August war nur möglich, weil sie den Anschauungen der Gewerkschaften entsprach und der Ausdruck der Aenderung war, die die deutschen Gewerkschaften aus ihrer früheren Stellung ähefter Opposition in die große geschlossene Verteidigungsfront des ganzen deutschen Volkes geführt hat. Die freien Gewerkschaften, von denen allein hier die Rede ist, zählten im letzten Friedensjahr mehr als zweieinhalb Millionen Mitglieder gegen knapp eine halbe Million sonst gewerkschaftlich organisierter Arbeiter. Diese Masse der gewerblichen Lohnarbeiterschaft, die ihre Intelligenz und Fähigkeit Tag um Tag bewies, war amtlich nur für die Statistik und die Polizei da. Dieser Widerspruch wurde mit dem Wachstum der Gewerkschaften unerträglich und gestaltete das Verhältnis zwischen Obrigkeit und Gewerkschaften unheimlich. Um so überraschender wirkte es, als am ersten Mobilmachungstag eine gewerkschaftliche Konferenz in Berlin beschloß, alle schwebenden Arbeitsstreitigkeiten sofort aufzuheben, keine neuen Lohnbewegungen einzuleiten und die Geldmittel und den Verwaltungsapparat der Organisationen soweit als möglich in den Dienst der sozialen Kriegsfürsorge zu stellen. In der ersten Zeit haben die Gewerkschaften unter Aufhebung aller einschränkenden Bestimmungen möglichst alle erwerbslosen Mitglieder unterstützt, mit der Dauer des Krieges verboten sich die Unterstüzungen in diesem Ausmaß, doch haben die Zentralverbände bis Oktober 1916 allein für einige Zwecke der sozialen Kriegsfürsorge rund dreiundfünfzig Millionen Mark aufgewendet. Aber auch sonst haben die Gewerkschaften die Idee des Durchhaltens gefördert und propagiert. Gleich in den ersten Kriegsmonaten regten sie bei den Organisationen der Arbeitgeber die Bildung gemeinsamer Organe zur Ueberwindung der wirtschaftlichen Kriegsnöte an, die dann als Kriegsarbeitsgemeinschaften bei der Arbeitsvermittlung gewirkt haben. In der Organisation des vaterländischen Hilfsdienstes hat der Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes eine leitende Stelle inne, wie denn auch Vertrauenspersonen der Gewerkschaften in den lokalen Stellen tätig sind. Am bedeutendsten aber ist, daß die Generalkommission der Gewerkschaften an die Arbeiter appelliert hat, sich freiwillig in den vaterländischen Dienst zu stellen. „So sehen wir in dieser Tätigkeit der Gewerkschaften ein völliges Aufgehen in der Arbeit für die Behauptung der staatlichen Gemeinschaft des deutschen Volkes.“

Wie war nun diese Wandlung möglich? Das Wesen der Gewerkschaften wird bedingt durch ihre Aufgabe und die geschichtlichen Bedingungen. Ihre Aufgabe ist die Umgestaltung des Arbeitsverhältnisses zu Gunsten der Lohnarbeiterschaft. Die Gewerkschaften fanden den freien Arbeitsvertrag zwischen organisationslosen Individuen vor, das Arbeitsverhältnis der frühkapitalistischen Zeit, in der das freie Spiel der Kräfte fast allein bestimmend war. Sie suchten nun an Stelle dieses Arbeitsverhältnisses die Vereinbarung der organisierten Arbeit und des organisierten Kapitals zu setzen. Im sogenannten freien Arbeitsvertrag war der Arbeiter stets der Schwächere, weshalb er denn auch in dieser Zeit verelendete. Es ist klar, daß sich die Arbeitgeber gegen jede Aenderung dieses Zustandes auflehnten; es begann die Ära gewaltiger Kämpfe, die in Deutschland jedoch eine Zuspitzung erfuhren, die fast beispiellos dasteht. Die Ursache lag in den ohnehin erschwerteren Konkurrenzbedingungen der deutschen Industrie, die ihr jede Erhöhung der Gestehungskosten unerträglich erscheinen ließ. Aber auch die Staatsgewalt trat auf die Seite der Arbeitgeber und lehrte sich gegen die Organisationen der Lohnarbeiter. In Todfeindschaft standen die streitenden Klassen einander gegenüber. Die Ausnahmsgesetzgebung ließ eine Erbüterung zurück, die je Gemeinamkeit ausschloß. Und dennoch im August 1914 Burgfriede! Es entsprach der Lage der Arbeiterklasse, daß die Gewerkschaftsbewegung einen oppositionellen und revolutionären Charakter trug, denn nur so konnte sie Erfolge verzeichnen. Aber diese Erfolge schufen den Gewerkschaften neue Bedingungen, neue Tendenzen. Die Erfolge standen in innigem Zusammenhang mit der allgemeinen Wirtschaftslage. Je günstiger diese war, desto leichter war die Arbeit der Gewerkschaften. Die Arbeiter waren also an

August Winnig: „Die deutschen Gewerkschaften im Kriege“ in: Der Deutsche Krieg, Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt.

der allgemeinen Wirtschaftslage interessiert. Diese Erkenntnis schuf die erste Gemeinamkeit zwischen Arbeiter und Unternehmer. Bald folgte auch die Erkenntnis, daß ein gegenseitiges Niederringen unmöglich sei — wohl auf dem Boden der gewerkschaftlichen Methoden unmöglich — und schuf die Voraussetzung für Tarifverträge. An die Stelle der Lohnanarchie und der Willkür des Individuums trat nun mehr und mehr die von beiderseitigen Organisationen geschaffene und getragene tarifliche Ordnung, und wer diese Ordnung wollte, mußte auch ihre beiden organisatorischen Träger wollen, ohne die sie nicht möglich und nicht denkbar war. So trat in der Arbeiterchaft neben die revolutionäre Verneinung der Notwendigkeiten des staatlichen und wirtschaftlichen Lebens als wachsende Größe der Wille zum organischen Aufbau einer Arbeitermacht, der sich in seinen Methoden der Gegenwartswelt anpaßte, ohne die Ideale der werdenden Welt aufzugeben.“ So ergab sich eine fortschreitende Revision der alten Stellungnahme als Schlussfolgerung aus dem Wandel der Tatsachen. Diese Revision erstreckte sich auch auf den nationalen Gedanken, der selber Gegenstand der Entwicklung ist. Insofern der Arbeiter von allen Kulturgütern ausgeschlossen war, hatte er kein Vaterland, erst der wirtschaftliche und kulturelle Aufstieg knüpfte ihn an das Vaterland. Mit der Arbeiterkultur wuchs eine proletarische Vaterlandsliebe auf. Die Schule, die Gewerkschaften, alle wachsende Macht und die wachsenden Hoffnungen, das wuchs allmählich in den Vaterlandsbegriff hinein und so wurde die Politik des 4. August.

Polenwein, am Montag, 12. April, 10 Uhr, in der „Wochenpost“ das „Deutsche Volk“ (Schwacher). — Waldmanns-
 selbst, Die christlichen Bettungen (Friedl). —
 W. Neufeldt, 6 Uhr, „Volk und Jugend“ (Friedl). —
 Montag, 16. April: Festschriften, 8 Uhr, „
 Unser Verhältnis zu Amerika“ (Wenhorn). —
 Alt-Ottalring, Neu-Ottalring, Neulerchen-
 selbst, 8 Uhr, XVI. Ottalringstraße 128. „Oesterreich
 und das Deutsche“ (Friedl). — Dienstag,
 17. April: Ambolsheim, 1/8 Uhr, XIV. Märzstraße 25,
 „Ungarische Ausgleich“ (Wenhorn). — Wein-
 haus, 7 Uhr, XVII. Gumpfergasse 140. „Das Verhältnis
 zwischen Oesterreich und Ungarn“ (Friedl). —
 Donnerstag, 18. April: Böbling, 1/8 Uhr,
 XIX. Böhlgasse 12. „Das deutsche Volk in
 Oesterreich“.

„Volk und Jugend“-Selbstverlag. Bisher sind ein-
 gelaufen: Kronen 528.20. Neue Spenden: 2. M. 4 Kronen,
 2. Bischof 5 Kronen, zusammen Kronen 533.20. Weitere Spenden
 erbittet die Verwaltung des katholischen Volksbundes, Wien,
 I. Postgasse 5.

Der Verein für Rhythmische Gymnastik hält seine
 Plenarsammlung Donnerstag den 12. April, 1/5 Uhr
 nachmittags im Vereins-
 saal des n.ö. Landhauses, Wien, I. Gumpfergasse 22.

Volkswirtschaft.

Großkapitalistische Ideen über das mitteleuropäische Wirtschaftsproblem.

Von Heinrich Rat Dr. Heinrich R. v. Wittel,
 Minister a. D.

Dr. Gustav Stolper hat jetzt unter dem Titel
 „Das mitteleuropäische Wirtschaftsproblem“ ein Buch
 herausgegeben, das aus einer Reihe von Aufsätzen her-
 vorgegangen ist, die im vorigen Jahre im „Oester-
 reichischen Volkswirt“ veröffentlicht wurden. Das
 Werk besticht durch seine lebendige Darstellung und
 sein innerer Wert wird durch eine Fülle wissenstwerter,
 zum Teil neu erschlossener, zum Teil unter neuen
 Gesichtspunkten gruppierten Tatsachenmaterials er-
 höht, wobei namentlich auf die Schilderung des wirt-
 schaftlichen Aufschwunges Oesterreich-Ungarns in dem
 Jahrzehnt vor dem Kriege und auf den überaus in-
 struktiven Anhang, der eine eingehende statistische Ab-
 handlung über den mitteleuropäischen Binnenverkehr
 enthält, hinzuweisen ist. Der Verfasser hat sein Urteil,
 dem „Widmungsblatt“ zufolge, „den Staatsmännern
 Deutschlands und Oesterreich-Ungarns zugeeignet, die
 in entscheidender Schicksalsstunde der beiden Reiche die
 Notwendigkeiten ihrer Entwicklung erkennen und
 danach handeln“. Der Aufbau des Werkes beruht
 auf dem Grundgedanken, daß, während die wissens-
 schaftliche Diskussion fast seit Kriegsausbruch ihre
 Kontinuität bewahrt hat, die Kontinuität der wirt-
 schaftlichen Entwicklung durch den nun schon über
 dreißig Jahre dauernden Krieg unterbrochen wor-
 den sei und daß daher, um den Strom der Diskussion
 über das mitteleuropäische Wirtschaftsproblem in ein
 neues Bett zu leiten, der Versuch unternommen wer-
 den müsse, aus den schon jetzt zu übersehenden Kriegs-
 wirkungen die wirtschaftspolitischen Forderungen zu
 erkennen, deren Erfüllung allein imstande ist, das
 durch den Krieg geschaffene mitteleuropäische Wirt-
 schaftsproblem zu lösen. Von besonderem Interesse ist
 der die Grundfragen der künftigen Wirt-
 schaftspolitik behandelnde erste Abschnitt des
 Buches, in dem vornehmlich die Kriegskosten und ihre
 Bedeugung sowie die dadurch bedingte Umwälzung der
 Staatswirtschaft, die Rohstoffergänzung und die
 Passivität unserer Zahlungsbilanz, die Unterbrechung
 der weltwirtschaftlichen Beziehungen durch den Krieg
 besprochen werden. Auf Grund der Aussichten, die sich
 hieraus eröffnen, ergebe sich die Notwendigkeit einer
 sowohl die Industrie, als auch den Arbeitsmarkt er-
 fassenden Organisation der Staatswirtschaft sowie der
 Privatwirtschaft, insbesondere der Industrie, die in-
 folge ihrer durch den Krieg geänderten Grundlagen
 einen Konzentrations- und Modernisierungsprozeß
 im Sinne der Auslese der unternehmungslustigsten
 und kapitalstärktesten Unternehmer und Unterneh-
 mungen entgegengeht. Dabei wird eine Neuorien-
 tierung der Handelspolitik, die bisher den Schutz der
 schwächsten, am ungünstigsten produzierenden Un-
 ternehmungen zum Ziele hatte, behufs Freigabe dieser
 Unternehmungen als unerlässlich und fortan wegen der
 großen Geldgewinne bei den Liquidationen sowie der
 militärischen Einziehung des Arbeiterstocks ohne
 schwere soziale Störungen möglich bezeichnet. Auf
 diesen Grundlagen der künftigen Wirtschaftspolitik, die
 einer völligen Abkehr von dem christlichen Gedanken des
 Schutzes der Schwachen und dem bisher hochgehalle-
 nen Gesichtspunkte der Erhaltung selbständiger wirt-
 schaftlicher Existenzen das Wort redet, wird die Trag-
 fähigkeit für die schwere, der Staatswirtschaft durch den
 Krieg aufgebürdete Last erhofft, wenn sie von den besten
 starken Kräften einer aufstrebenden technischen Entwic-
 lung und einer durchgreifenden politischen Reform ge-
 führt wird.

Der zweite Abschnitt des Buches behandelt die
 Grundfragen der künftigen Handels-
 politik und gelangt nach einer geschichtlichen Dar-
 stellung der bisherigen deutsch-österreichungarischen
 Handelsbeziehungen zu der Auffassung, daß der Krieg

stlichen Zusammenschluß der Mittelmächte zu ge-
 nügen, aber keine von ihnen wird die Initiative er-
 zeugen, um die Regierung durch den Reichstag zur Ver-
 rüchtung des Planes zu veranlassen“ (S. 276). So
 ist die letzte Verantwortung wieder auf die Re-
 gierungen zurück. Ihnen sollen die Wirtschaftspolitiker
 in steilen Bäd zur Höhe weisen. Die leitende Staats-
 männer Mitteleuropas, die den Entschluß aufgebracht
 haben, in den Krieg um Sein oder Nichtsein, einzu-
 treten, sollen auch den Mut aufbringen, durch eine
 ratsmännische Tat die friedliche Entwicklung der Zu-
 kunft sicherzustellen.

Die vorstehende auszugswweise Wiedergabe des haupt-
 sächlichsten Inhalts des Buches hat nicht nur den Zweck,
 unsere Leser mit dieser sehr beachtenswerten und ge-
 altvollen Fachschrift der mitteleuropäischen Literatur
 bekanntzumachen, sondern sie auch in die Lage zu setzen,
 die Argumente, mit denen Dr. Stolper den Vorschlag
 der Bollvereinigung mit Deutschland vertritt, selbst zu
 prüfen. Der Hinweis auf die unbeschadet der großzügigen
 Gesamtauffassung im einzelnen recht bestreitbaren An-
 nahmen und Hoffnungen, vor deren Verwirklichung
 die Vermeidung der von der Beseitigung der Zoll-
 schranken zwischen der Monarchie und dem deutschen
 Reiche drohenden Schädigung unserer Industrie er-
 wartet wird, dürfte wirksamer als jede Polemik die Be-
 denken bekräftigen, die hüten wie drüben gegen den
 noch so beredt und eindringlich empfohlenen Sprung
 ins Dunkle gehegt werden.

Kriegspatronage, Arbeiterschutz und Kriegsindustrie.

Von Universitätsprofessor Dr. Alfons v. Navrátil.

Budapest, 10. April.

Die jüngste Verordnung des Gesamtministeriums betreffend die Errichtung eines Landes-Kriegspatronageamtes und die Bildung eines großen Netzes gesellschaftlichen wie amtlichen Charakters, das über das ganze Land die Wohltaten einer zielbewußten und sachkundigen Kriegsfürsorge verbreiten soll, ist eine der wichtigsten Schöpfungen der neueren sozialpolitischen Bestrebungen Ungarns. Obgleich durch die welterschütternden, aber doch vorübergehenden Ereignisse eines großen und lange andauernden Krieges geschaffen, so greift sie doch viel tiefer in das wirtschaftliche und soziale Leben unseres Landes hinein, als daß ihre Wirkungen mit den trüben Folgen des Krieges zusammen verschwinden könnten. Dem Kriege entsprossen, dient sie doch dem Frieden.

Wenn die Kriegsfürsorge und besonders der in der Verordnung geplante große Organismus nur in der einzigen Richtung wirken würde, den sozialen Sinn in der Gesellschaft und in den Amtsstuben Ungarns zu erwecken, so könnte schon die hochbedeutende Wichtigkeit der erwähnten Verordnung nicht in Abrede gestellt werden. Unseres Erachtens wird aber die beabsichtigte Kriegsfürsorge auch andere Folgen haben, deren nähere Prüfung uns nicht ganz überflüssig scheint.

Bei unseren Verbündeten, im Mutterlande der Sozialen Fürsorge, im Deutschen Reich, fanden die Kriegsfürsorglichen Bestrebungen außer dem viel höher entwickelten sozialen Sinn bereits muster-gültige Einrichtungen der Arbeiterfürsorge vor, auf welchen sie, wenigstens teilweise, bei ihrer Kriegsfürsorglichen Arbeit, aus neuen Gründen für neue Ziele kämpfend, weiterbauen konnten. Wir erinnern nur an die hochentwickelte deutsche Arbeiterversicherung, besonders an die vielbewunderte Invalidenversicherung der Arbeiter und an das Arbeitsnachweiswesen Deutschlands, um von den verschiedenen sozialen Einrichtungen der Arbeiterfürsorge eher örtlichen Charakters gar nicht zu sprechen.

Dieser Sinn und diese Einrichtungen, die die wertvollsten und sichersten Grundsteine auch für die Einrichtung der Kriegsfürsorge bilden können, sind bei uns nicht vorhanden, oder nur in einem sehr geringen Maße und jedenfalls in einem sehr krankhaften Zustande. Und deshalb hat die ungarische Kriegsfürsorge mit doppelten Schwierigkeiten zu kämpfen.

Den Leser kann diese unsere Behauptung im ersten Augenblicke befremden. Sind ja doch seiner Ansicht nach Kriegsfürsorge und Arbeiterversicherung grundverschiedene Dinge. Bei oberflächlicher Betrachtung ist diese Auffassung jedenfalls richtig. Bei näherer Prüfung wird aber der darin liegende Irrtum sofort ersichtlich.

Bei einem Kriege, der jahrelang dauert und durch eine Großmacht mit dem Aufbluten des letzten Kraftaufwandes auf Grund der allgemeinen Wehrpflicht zähe bis zu Ende gefochten wird, stellen sich im kriegsführenden Lande ungewöhnliche Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkte und im Arbeiterleben überhaupt ein. Der Arbeiter versiert zumeist seinen Posten und die Betriebe verlieren ihre Arbeiter. Während des Krieges macht sich besonders letzteres schmerzhaft fühlbar. Das Wirtschaftsleben wünscht ja doch seine landwirtschaftlichen und gewerblichen Betriebe um der ununterbrochenen Produktion willen auch während des Krieges im Gange zu haben. Eine langjährige Kriegsführung ist nur mit ungestörter geistiger und wirtschaftlicher Arbeit im Hinterlande denkbar. Der Krieg erfordert während seiner Dauer, da in dieser Zeit ein großer Mangel an Arbeitern herrscht, eine Arbeitervermittlung eher im Interesse der Betriebe als in jenem der Arbeiter. Nach dem Kriege tritt der Wunsch nach Arbeitsnachweis noch schärfer hervor, aber jetzt schon eher von Seiten der Arbeiter, die im Kriege teilweise invalide geworden sind. Also im Kriege beschleunigter Arbeitsnachweis im Interesse der Industrie; nach dem Kriege, und bei einem langen Kriege jedenfalls auch schon während des Krieges, Arbeitsnachweis für die heimkehrenden Krieger, die jetzt wieder Arbeiter werden wollen, und gleichzeitig Arbeitsnachweis für die Invaliden, die ja doch auch Arbeiter sind.

Unsere Regierung hat die große Bedeutung der Arbeitervermittlung im Kriege richtig erkannt. Es ist kein Zufall, daß unser Arbeitsnachweiswesen unlängst im ganzen Lande einer eingehenden und gesünderen Neugestaltung mit der nötigen Zentralisation unterzogen worden ist, und daß der oberste Posten in der Leitung des Arbeitsnachweiswesens nunmehr, wenigstens um nach der Persönlichkeit des ernannten neuen Leiters zu schließen, aufgehört hat, ein Ruheposten für emeritierte Beamte zu sein.

Dem Wunsche nach Arbeitsnachweis „im Kriege“ wäre also geholfen. Ob der Arbeitsnachweis „nach dem Kriege“ sich mit dem Arbeitsnachweis der Invaliden

gegenständig finden und die beiden sich gegenseitig ergänzen werden — sie müssen jedenfalls in engster Fühlung arbeiten —, ob sich diese heikle Aufgabe lösen lassen wird, ist eine Frage der Zukunft. Des Landes-Kriegspatronageamtes, das den diesbezüglichen Wirkungsbereich des gewesenen königlich ungarischen Invalidenamtes übernommen hat, harret hier eine schwere, aber schöne Aufgabe. Ein Problem, das nur bei gleichzeitigem Vorhandensein eines Sinnes für gesunde Sozialpolitik und eines Sinnes für die jedenfalls zu berücksichtigenden Interessen des produktiven Wirtschaftslebens, besonders der Industrie, gelöst werden kann.

Die Tatsache, daß Arbeitsnachweis und Arbeitervermittlung der Invaliden Hand in Hand gehen müssen, ist nicht die einzige Erkenntnis, die uns durch eine nähere Prüfung der Frage gewährt wird. Wir können deren noch mehrere finden. Eine dieser soll hier noch besprochen werden.

Aus einem so langen Kriege, wie der jetzige Weltkrieg, kehren fast alle Teilnehmer, so auch ein großer Teil der Arbeiterschaft, wenn auch nicht verheert, so doch körperlich jedenfalls gewissermaßen geschwächt zurück. Die natürliche Auswahl zuungunsten der Schwächeren erfolgt ja schon während des Krieges. Vollwertige Arbeitskräfte werden massenweise vertilgt. Diesen Abfall an Arbeitskräften lassen wir diesmal ebenso außer acht, wie die durch das Invalidenwerden verursachte Verringerung der Arbeitskräfte. Wir wenden unseren Blick einer anderen Tatsache zu. Der aus dem Kriege augenscheinlich ganz gesund heimgekehrte Arbeiter kann die Keime einer früher oder später nach dem Kriege auftretenden Krankheit oder wenigstens Arbeitskraftverminderung leicht mit sich heimgebracht haben. Im Kriege zählen ja die Jahre doppelt; und bei einem rascher verbrauchten Organismus kann das Bedürfnis nach Pflege und Ruhe auch rascher fühlbar werden, als es sonst der Fall wäre. Was geschieht aber nun, wenn die ärztliche Untersuchung des erkrankten oder des verunglückten Arbeiters den kausalen Zusammenhang der Krankheit oder des Unfalles mit den Kriegserlebnissen des Erkrankten, respektive Verunglückten beweist, oder wenn sie wenigstens den inneren Zusammenhang ersichtlich vermuten läßt? Das Leben ist reich an Kasuistik, und es wird ganz bestimmt eine Menge von Fällen vorkommen, in denen der genannte Zusammenhang leicht festzustellen sein wird. Was für Schwierigkeiten für unsere heute selbst ziemlich fränke Arbeiterversicherung, welche Lasten für die Industrie (die Interessen der Landwirtschaft kommen hier selbstredend weniger in Betracht), und wie schwer lösbare Fragen für die Leitung der Kriegsfürsorge aus diesem Tatbestande entstehen können, ist heute kaum absehbar.

Wir wollen diesmal die Frage besonders aus dem Gesichtspunkte der Lasten der Arbeiterversicherung etwas näher prüfen. Die soziale Versicherung der Arbeiterschaft ist immer eine kostspielige Sache. Ihre Kosten sind — einzeln, ob direkt oder indirekt getragen — zumeist doch immer die Kosten der Industrie. Sie erhöhen oft bedeutend die Betriebskosten. Industrieförderung und Arbeiterfürsorge sind schwer vereinbar. Es wäre eine Heuchelei, zu leugnen, daß zum Beispiel England das rasche Aufblühen seiner Fabrikindustrie am Eingange des vorigen Jahrhunderts außer anderen begünstigenden Verhältnissen auch einem gänzlichen Fehlen des Arbeiterschutzes verdankte. Die emporstrebende junge ungarische Industrie hat sich demgegenüber mit ziemlich hochgestellten und heute größtenteils jedenfalls schon berechtigten Forderungen seiner Arbeiterschaft abzufinden. Diese Industrie wird sich jedenfalls dagegen wehren, Lasten des Arbeiterschutzes auf sich zu nehmen, welche nicht durch die Industrie selbst verursacht worden sind. Wie sie auch bei aller patriotischen und sozialen Einsicht sich wehren wird, ihre Betriebe nach dem Kriege mit unvollkommenen Arbeitskräften gefüllt zu sehen, so wird sie sich ganz entschieden dagegen auflehnen, daß ein Teil der Kriegsinvalidenfürsorge auf ihre Schulter allein gewälzt werde.

Ungarn besitzt heute im Dienste des Arbeiterschutzes eine kostspielige Unfallversicherung, die mit der schon seit längerer Zeit bestehenden Krankenversicherung vereinigt wurde. Letztere hat ihre innewohnenden Uebel in die neue, größere Organisation der vereinigten Kranken- und Unfallversicherung mit hinübergeschleppt, so daß jetzt das ganze Gebilde zu einem bedauernden und baldigst reformbedürftigen Gegenstande unserer Sozialpolitik wurde. Unseres staatlichen Arbeiterversicherungsamtes, dessen Hände ja eben in jenen Beziehungen gebunden zu sein scheinen, in welchen es eingreifen sollte, soll hier auch Erwähnung geschehen. Ob nun diese teils autonomen, teils staatlichen Organe, die bis jetzt im großen und ganzen ihren Aufgaben nicht gewachsen zu sein schienen, sich in ihren heutigen Formen einer neuen, großen Aufgabe, der Verständigung mit der Kriegsinvalidenfürsorge, gewachsen sein werden, ist eine Frage, die wir heute nicht kurzweg bejahend zu beantworten uns getrauen. Sollte die heutige Form der Arbeiterversicherung auch künftig hin aufrechterhalten bleiben, so wird die Kranken- wie die Invalidenversicherung in den Kriegstranken und Kriegsinvaliden, deren Fürsorge auf angegedeutete Weise,

ihrer Auffassung nach möglicherweise in all zu großem Maße, ihnen als Last auferlegt werden könnte, zur Rechtfertigung ihrer mäßlichen finanziellen Verhältnisse jedenfalls einen gewaltigen Stützpunkt finden. Wogegen eine stärkere, also auch besser organisierte Arbeiterversicherung auch einen solchen eventuellen Zuwachs an Lasten, der ja prinzipiell allenfalls zu vermeiden wäre, der aber tatsächlich unvermeidbar sein wird, immerhin leichter tragen könnte.

Wie die genannten Lasten am besten getragen werden können, hängt, ganz wie wir das bei der Frage des Arbeitsnachweises gesehen haben, gleichfalls davon ab, ob und wie sich Kriegsinvalidenfürsorge und Arbeiterschutz verständigen werden. Beider Arbeit muß Hand in Hand gehen, wobei sie auch einer gewissermaßen einheitlichen obersten Leitung bedürfen. Jedenfalls verstehen wir hierunter, wenigstens bei unseren jetzigen Verhältnissen, keine Leitung im administrativen Sinne, viel eher nur das wirkungsvolle Ergreifen können einer allenthalben freudigst aufgenommenen Initiative, die nur von dem Kriegspatronageamte ausgehen kann. Dies wird eine der schwierigsten, aber auch wichtigsten Aufgaben dieses Amtes sein, und außer scharf ausgeprägtem sozialen Sinn und ausgedehnten Kenntnissen auf dem Gebiete der ganzen Arbeiterversicherung wird es dabei auch viel Verständnis für die Interessen unserer Industrie besitzen müssen.

Der neue Staatssekretär des Ministerpräsidiums, der an die Spitze des ganzen Kriegspatronagemessens gestellt wurde, zeigte schon auf verschiedenen Posten seiner glänzenden Laufbahn sehr beträchtliche organisatorische Fähigkeiten. Auf dem Gebiete der künftigen Kriegsfürsorge harren seiner schöne und große Aufgaben. Diese Aufgaben scheinen besonders weitreichend zu sein, wenn wir die Frage der Kriegsfürsorge in dem oben geschilderten Sinne aus dem Gesichtswinkel der verschiedenen Zweige unseres reformbedürftigen Arbeiterschutzes und unserer Industrie, die nicht minder der Förderung bedarf, betrachten.

Wie im Zusammenhange mit unseren Kriegsverhältnissen eine gesündere Regelung unseres Arbeitsnachweiswesens entstehen mußte, so hoffen wir zunächst auch auf die unerläßliche Reform unseres Arbeiterversicherungswesens, ohne welche eine kräftige Kriegsfürsorge unmöglich sein wird.

Diese Neugestaltung unseres sozialen Arbeiterschutzes erachten wir als die zweite und wichtigste Folge der neuen großangelegten Organisation der Kriegsfürsorge in Ungarn.

Verwaltungsreform im Handelsministerium.

Eine neue Geschäftseinteilung.

Ueber eine umfassende Verschiebung in der inneren Organisation des österreichischen Handelsministeriums wird offiziell bekanntgegeben:

Die Errichtung des Generalkommissariats für Kriegs- und Uebergangswirtschaft hat den Anstoß zu einer Aenderung der Geschäftseinteilung im Handelsministerium gegeben, die am 16. d. dem Tage des Tätigkeitsbeginnes des Generalkommissariats, in Kraft tritt. Als Grundsatz bei der Neueinteilung galt, jene Agenden unter einheitliche Leitung zu stellen, die ihrem Wesen nach eine Behandlung nach gleichartigen Gesichtspunkten erfordern. Daher wurde das Generalkommissariat für Kriegs- und Uebergangswirtschaft der bisherigen handels- und schiffahrtspolitischen Sektion eingegliedert, die bisher schon den größten Teil der kriegswirtschaftlichen Angelegenheiten zu besorgen hatte. Gleichzeitig wurde die Industriesektion mit jener für Handels- und Schiffahrtspolitik zusammengelegt. Die Leitung dieser ganzen Geschäftsgruppe wird nun in einer Hand vereinigt und jenem Sektionschef unterstellt, der gleichzeitig Generalkommissär für Kriegs- und Uebergangswirtschaft ist.

Industrieangelegenheiten sind heute zum überwiegenden Teil Angelegenheiten der Kriegswirtschaft und werden bis zum Eintritt ganz normaler Verhältnisse Angelegenheiten der Uebergangswirtschaft sein. Aber auch bei der Neuordnung der handelspolitischen Verhältnisse werden industrielle Fragen in so weitgehendem Maße in Betracht kommen, daß die bisherige getrennte Behandlung von Industrie- und Handelspolitik nicht aufrechterhalten werden kann. Die Regelung der auswärtigen Handelsbeziehungen und die Förderung des Auslandsabsatzes muß mit der Förderung der Produktion und der Entwicklung der Hilfsquellen im Innern des Landes in engstem planmäßigen Zusammenhang gebracht werden. Die Vereinigung der schiffahrts- und verkehrspolitischen Angelegenheiten mit denen der Handelspolitik hat schon vor einigen Jahren stattgefunden und hat sich bestens bewährt. Nun soll sich die einheitliche Leitung auch auf die Industriepolitik erstrecken.

Die Zusammenfassung dieser Geschäftszweige mit dem Generalkommissariat für Kriegs- und Uebergangswirtschaft wurde zur Notwendigkeit, weil diesem durch die Ministerialverordnung vom 30. März 1917, RGW. Nr. 317, alle in den Wirkungsbereich des Handelsministeriums fallenden Verwaltungsaufgaben zugewiesen worden sind, welche die Regelung und Förderung der wirtschaftlichen Tätigkeit im Kriege und die Ueberleitung in die Friedenswirtschaft zum Gegenstand haben. Dies bedingt ein so starkes Eingreifen des Wirkungsbereiches des Generalkommissariats in jenen der bisher bestehenden, überwiegend mit wirtschaftspolitischen Fragen befaßten Sektionen des Handelsministeriums, daß eine zweckentsprechende Amtsführung ohne Zusammenrücken der erwähnten Geschäftsgruppen in einer Hand nicht möglich gewesen wäre.

Anlässlich dieser Neuordnung mußte jedoch auch darauf Bedacht genommen werden, jener Sektion des Handelsministeriums, in deren Wirkungsbereich die Gewerbeangelegenheiten und die Gewerbeverwaltung fällt, alle Agenden zuzuweisen, die vom Standpunkt der Handhabung der ganzen Gewerbeordnung gleichfalls einheitlicher Leitung bedürfen. Es bedeutet daher nur eine notwendige und zweckmäßige Ergänzung des derzeit schon bestehenden Zustandes, wenn ihr nunmehr die Genehmigung der Betriebsanlagen und einige andre Verwaltungsaufgaben zugewiesen werden, die sich vorwiegend auf in der Gewerbeordnung behandelte Fragen beziehen. Bei dieser Gelegenheit wurde auch das industrielle und gewerbetechnische

Departement der gewerberechtlichen Sektion zur Verfügung gestellt.

Organisatorische Aenderungen innerhalb der Postsektion und der sozialpolitischen Sektion haben sich nicht als notwendig erwiesen. Die letztere wird jedoch mit dem Generalkommissariat für Kriegs- und Uebergangswirtschaft dadurch in enge Verbindung gebracht, daß der Vorstand der sozialpolitischen Sektion gleichzeitig erster Stellvertreter des Generalkommissärs ist. Dadurch ist dem Umstand Rechnung getragen, daß mit mannigfachen Maßnahmen der Kriegs- und Uebergangswirtschaft auch wichtige sozialpolitische Angelegenheiten in Zusammenhang stehen.

Die im voranstehenden Communiqué bekanntgegebene Reform im inneren Dienste des Handelsministeriums bringt eine durchgreifende Verschiebung in der Verteilung der Verwaltungsaufgaben innerhalb dieser Zentralfstelle. Von den bisher bestehenden Sektionen bleiben in ihrer Zusammensetzung unberührt die sozialpolitische und Post- und Telegraphensektion, ferner jene für die Wasserstraßen sowie für die Außenhandels- und Zwischenverkehrsstatistik. Die gewerbepolitische Sektion, kurz als Gewebesektion bekannt, erfährt eine Ausgestaltung dadurch, daß ihr die industrierechtlichen und industrietechnischen Agenden, die bisher der Industriesektion vorbehalten waren, zugewiesen werden. Bezüglich der Gewebesektion war unbegründeterweise die Auffassung vorwaltend, daß sie ausschließlich für die Erledigung kleingewerblicher Angelegenheiten besteht, während sie tatsächlich nicht bloß mit der Gewerbeordnung, wie überhaupt den gewerbepolitischen, sondern auch gewerberechtlichen Fragen befaßt war, und nunmehr wird ihre Kompetenz auch auf die einschlägigen Fragen der Industrie ausgedehnt, insoweit für deren Erledigung das Gewerbegesetz die Grundlage bildet, wie insbesondere beispielsweise die Genehmigung der Betriebsanlagen.

Die einschneidendste Umgestaltung erfährt die bisherige Industriesektion. Sie hört als solche eigentlich zu bestehen auf, vielmehr wird eine Sektion geschaffen für Industrie, Handels- und Schiffahrtspolitik; dieser Sektion wird überdies das Generalkommissariat für Kriegs- und Uebergangswirtschaft angegliedert. Die neue Sektion umfaßt fünf Untergruppen, und zwar:

Erste Gruppe für die Industriepolitik unter der Leitung des Ministerialrates Ritter v. Wimmer. In diese gehören alle industriellen Agenden der normalen Friedensverwaltung, wie etwa die allgemeinen Industrieangelegenheiten, Patent-, Marken- und Musterrecht u. Die erste Gruppe ist in drei Departements geteilt.

Die zweite Gruppe betrifft die Zoll- und Handelspolitik und steht unter der Leitung des Ministerialrates Doktor Schiller. In diese Gruppe gehören auch die Angelegenheiten betreffend das wirtschaftliche Verhältnis zu Ungarn sowie die Vorbereitung der Zoll- und Handelsverträge. Diese Gruppe zerfällt in zwei Departements.

Die dritte Gruppe unter der Leitung des Ministerialrates Baron Baumgartner, aus drei Departements bestehend, behandelt die Handhabung des österreichisch-ungarischen Zolltarifes, einschließlich des Verordnungsverkehrs, Zollbeirat, Zollkompaß, Exportförderung, Handelsmuseum, Exportakademie, auswärtiges Lieferungswesen, Sachberichterstattung, Konsularwesen.

Die vierte Gruppe unter der Leitung des Ministerialrates Dr. Krenn, ist bestimmt für die Angelegenheiten der Schiffahrtspolitik und des Verkehrs wesens. Sie umfaßt fünf Departements und außerdem zwei technische Spezialbureaus. Diese Gruppe ist kompetent für alle Fragen der See- und Binnenschiffahrt und andre Verkehrsangelegenheiten, soweit sie in das Ressort des Handelsministeriums fallen.

Die fünfte Gruppe umfaßt das Generalkommissariat für die Angelegenheiten der Kriegs- und Uebergangswirtschaft und steht unter der unmittelbaren Leitung des Generalkommissärs Geheimen Rates Richard Riedl, als dessen beide Stellvertreter Sektionschef Dr. Kautsky und Ministerialrat Doktor

Krenn nominiert sind. Das Generalkommissariat führt gleichzeitig auch die Bureaugeschäfte des Hauptausschusses sowie des interministeriellen Komitees für die Kriegs- und Uebergangswirtschaft. Das Bureau fungiert gewissermaßen als das Präsidium des Generalkommissariats.

Das Generalkommissariat selbst setzt sich aus sieben Gruppen und 30 bis 32 Referaten zusammen. Die Referateinteilung ist nämlich nicht genau begrenzt; die Anzahl derselben wird vielmehr entsprechend dem aus der Gliederung der Verwaltungsaufgaben sich herausstellenden Bedarf vom Generalkommissär bestimmt werden. Die Referate sind unter Bedachtnahme auf verwandte Fragen zu Gruppen zusammengefaßt, wobei gleiche oder inhaltlich verwandte Agenden demselben Referenten werden zugeteilt werden, dem ihre Behandlung in den für die normale Friedensverwaltung konstituierten Gruppen zufällt. Innerhalb des Generalkommissariats umfaßt eine der Gruppen alle sozialpolitischen Agenden; dieser ist auch zugewiesen die Herstellung der Verbindung mit dem Amt für Volksernährung hinsichtlich der Lebensmittelindustrie. Ein separates Referat betrifft die See- und Binnenschiffahrt und die sonstigen Fragen des Verkehrs wesens im Zusammenhang mit der Uebergangswirtschaft. Ein Referat ist vorgesehen hinsichtlich der Verwertung der militärischen Vorräte bei der Abrüstung nach dem Kriege, eines speziell für Finanz- und Währungsfragen, ferner eines für die Organisation des Nachrichtendienstes, weiter ein Referat für die Prüfung der Rechnungsabläufe und der Finanzgebarung der Kriegszentralen.

Ernennung von fachlichen Mitarbeitern des Generalkommissariats für Kriegs- und Uebergangswirtschaft.

Der Handelsminister hat auf Vorschlag des Generalkommissärs für Kriegs- und Uebergangswirtschaft nachstehende Herren zu fachlichen Mitgliedern des Generalkommissariats für Kriegs- und Uebergangswirtschaft ernannt: den Direktor der I. I. Lagerhäuser in Triest Hofrat Dr. Hermann Mathenschke, den Ersten Sekretär a. D. der Handelskammer in Reichenberg Hofrat Dr. Fritz Carus, den Ersten Sekretär der Handelskammer in Wien Regierungsrat Dr. Max v. Laventhal, den Sekretär der Handelskammer in Prag Dr. Johann Matys, den Sekretär der Handelskammer in Leuberg Doktor Ladislav Stešcovicz, den o. ö. Professor der Nationalökonomie an der Technischen Hochschule in Wien Hofrat Dr. Eugen Schwiedland, den o. ö. Professor der Nationalökonomie an der Universität in Graz Dr. Josef Schumpeter, den Schriftsteller Dr. Gustav Stolper und als Vertreter des Amtes für Volksernährung den Direktor dieses Amtes Reichsratsabgeordneten Dr. Robert Freißler.

Bezugspreis: in Köln 7.450, in Deutschland 9.4 vierteljährlich.
Preis für die Anzeigenzeile oder deren Raum 60,3, zuzüglich 10%
für die Reklamezeile oder deren Raum 3.4 / Kriegszuschlag
Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder in
bestimmt bezeichneten Ausgaben wird keine Verantwortlichkeit übernommen.
Haupt-Geschäftsstelle: Breite Straße 64. — Postscheck-Konto 250.

9 Uhr
12 Uhr
tags-
nachts.

Vertretungen im Auslande: Madrid E. Dossat, Plaza de S.
Ana 9. New York E. Steiger & Co., 49 Murray Street. Rotterdam H.
Nijgh & van Diltmar. Wien M. Dukas Nachf. A.-G., 1. Wollzeile 16; H.
Goldschmidt, 1. Wollzeile 11.

Der Weg ins Freie.

Je länger der Weltkrieg dauert, desto sehnlicher werden die Wünsche der leidenden Menschheit nach Frieden. Sie ersehnt den Weg ins Freie, den Weg zum friedlichen Kulturfortschritt, der immer noch durch die zerstörende Arbeit des Kriegs behindert wird. Man sollte annehmen, daß die einzige Möglichkeit, diesen Weg zu erreichen, für uns Deutsche allgemein bekannt sei. Sie besteht in nichts anderem als dem, was die oft wiederholten Worte besagen: durchhalten und siegen. Ein Teil des deutschen Volkes, mag er in seiner Gesamtheit an sich zahlenmäßig auch nicht allzu stark gewesen sein, hat jüngst gezeigt, daß er nicht die Überlegung besaß, die ihn in jeder Stunde anhalten müßte zur äußersten Pflichterfüllung. Die englischen Munitionsarbeiter kennen ein Mahnwort, das ihnen immer wieder vorgesagt wird und sie hindern soll, auch nur einen Tag nicht am Rüstzeug für ihre englische Heimat zu arbeiten. Es lautet: „Jede Stunde der Faulheit macht dich zum Mörder!“ Man kann ruhig sagen, daß ein Wort ähnlicher Bedeutung nicht in den Ohren derjenigen Arbeiter gelungen hat, die kürzlich in Deutschland in den Ausstand traten, sonst hätte ihnen der Mut fehlen müssen, auch nur eine Stunde zu feiern. General Gröner hat im Hauptauschuß des Reichstags am 26. April gute Worte gegen die ganze Richtung in der Arbeiterschaft gefunden, die durch Ausstände irgendwelche Wünsche bei den maßgebenden Stellen durchsetzen will. Sonderbarerweise hat das Wolffsche Telegraphenbureau bei der Verbreitung dieser Rede die wichtigsten Sätze fortgelassen. Es waren jene, die davon sprachen, wie während des Ausstands politische Dinge in den Vordergrund getreten seien, womit, wie der General sagte, die Gemütslichkeit in der Sache aufgehört habe. Erzellenz Gröner hat auch offen Roß und Reiter genannt und auf die Genossen von der Haase- und Ledebour-Gruppe hingewiesen, die in ihrem, wie er sagte, „ganz unverschämten Telegramm an den Reichskanzler“ in einer ganzen Reihe von politischen Forderungen vor allem die Einsetzung eines Arbeiterrats nach russischem Muster verlangten. Die Arbeiter in den Munitionswerkstätten waren in den Ausstand getreten, um der Regierung zu zeigen, daß sie nicht einverstanden wären mit der Verringerung der Produktion und eine Änderung für dringend erforderlich hielten. Die Herren Haase, Ledebour und Genossen haben daraus politisch Kapital schlagen wollen und nicht mehr und nicht weniger verlangt als einen Umsturz der bestehenden Dinge zu ihren Gunsten. Das ist nichts anderes als Landesverrat, und wir können dem Leiter des Kriegsamts nur zustimmen, wenn er für die unverantwortlichen Hezer die volle Schärfe des Gesetzes in Aussicht stellt.

Daß die Mehrzahl der in den Ausstand getretenen Arbeiter an solche radikal-republikanischen Ziele nicht gedacht hatte, hat der Brief gezeigt, den General Gröner im Ausschuß verlas. Aber haben sich die Arbeiter wirklich die Lage im Deutschen Reich und in der ganzen Welt klargemacht, als sie eine Bahn beschritten, die, wenn Spaziergänge auf ihr sich wiederholen, zu den schwersten Folgen führen kann? An der Westfront stehen unsre Brüder in dem schärfsten Kampf, der seit Ausbruch des Kriegs getobt hat. Einer Munitionsverschwendung sondergleichen von seiten unserer Feinde müssen sie ebenfalls begegnen mit Geschossen sonder Zahl, und wären nur einmal nicht genug Geschosse zur Hand, so müßten sie mit ihren Leibern verhindern, daß der Feind durch ihre Linien stößt und ins deutsche Land einbricht wie der Wolf in die Schafherde. Von unsren Arbeitern in den Munitionsfabriken wird nichts weiter verlangt, als daß sie in jeder Stunde ihre Pflicht tun und für unsre Brüder draußen die Geschosse bereiten. Sie brauchen nicht ihr Leben selber in die Schanze zu schlagen, sie können des Nachts ohne Sorge ruhen, sie werden entlohnt, wie sie vor dem Krieg bei weitem nicht entlohnt wurden. Wenn sie ihre Arbeit nicht tun und der Feind ins Land kommt, so ist es, das sollte ihnen ihre Vernunft sagen, auch vorbei mit der Sicherheit ihres Lebens, sie werden genau so wie jeder andre im Deutschen Reich getroffen werden von der Rache der Feinde. Man muß weiter fragen: Halten sich unsre Arbeiter auch täglich das vor, was die englische öffentliche Meinung als Friedensbedingungen Englands aufgestellt hat? Noch vor wenigen Tagen hat das Londoner Globe gefordert, daß die sämtlichen Kriegskosten der Verbandsmächte erstattet werden müßten, daß die Flotten der Mittelmächte dem Verband ausgeliefert würden und der Gesamtwert, falls sie zerstört würden, an den Verband zu bezahlen wäre. Deutschland und Österreich, so fuhr das Londoner Blatt fort, hören auf, Kaiserreiche zu sein. Deutschland wird wieder, was es vor 1870 war. Österreich wird aufgeteilt, die Türkei hört auf, zu bestehen, Konstantinopel verfällt den Russen. Es darf keine deutsche, keine preussische, keine bayrische Armee mehr geben, und die Zollbehörden der Mittelmächte bleiben solange in den Händen des Verbands, bis die gestellten Bedingungen restlos erfüllt sind. Das heißt doch nackt und nüchtern: sie wollen uns vernichten. Es ist kein leeres Wort, keine Phrase, niedergeschrieben, um irgendwie gesunkenen Kriegsmut wieder anzustacheln, wenn man behauptet, daß unsre Feinde nicht eher Ruhe geben wollen, als die apokalyptischen Reiter über die Fluren unsers deutschen Vaterlandes rasen, als die deutschen Städte und Dörfer zerstampft werden von den „Tanks“ ihrer Menschenmassen und die Sonne verdunkelt wird von dem Rauch der verlodernden Wohnstätten unsrer Heimat. Das alles würde die deutsche Heimat treffen, wenn die

Deutsche Zoll- und Eisenbahnpolitik einst und jetzt.

Von Professor Dr. Johann Viktor Bredt,
Mitglied des deutschen Reichstages.

Budapest, 4. Mai.

Da der Ungarisch-Deutsche Wirtschaftsverband sich die Aufgabe gestellt hat, auf eine zollgemeinschaftliche Annäherung zwischen den drei verbündeten Reichen hinzuwirken, ist es geboten, sich mit den wirtschaftspolitischen Problemen und Erscheinungen in den anderen Staaten zu befassen, sie kennen zu lernen und bei den Arbeiten auf diesem Gebiete richtig zu bewerten. Da wird es nun für Ungarn vor allen Dingen von Interesse sein, sich einmal mit der deutschen Zoll- und Eisenbahnpolitik zu befassen und deren Entwicklung kurz vorüberziehen zu lassen. Es ist dies von Wert zunächst deshalb, weil in der deutschen Zoll- und Eisenbahnpolitik all die Fragen, die uns im Wirtschaftsverbände heute berühren, schon einmal aufgetaucht sind und eine Lösung erfahren müssen. Man kann nun sagen, daß es auf diesem Gebiete heute kaum ein Problem gibt, mit dem unsere Voreltern und Vorgänger in Deutschland sich noch nicht zu befassen hatten und das ihnen keine Schwierigkeiten bereitet hätte. Wie wir fertig geworden sind mit diesen Schwierigkeiten, das kann uns eine Lehre geben für unsere Maßnahmen und Bestrebungen in heutiger Zeit.

Der Deutsche Zollverein ist uns das lehrreichste Beispiel der Geschichte, wie eine Einigung von Staaten mit verschiedenen Interessen zustande gebracht oder gehindert werden kann. Nach dem Wiener Kongresse setzte in Deutschland ganz naturgemäß das Bestreben ein, eine neue Einigung der ehemals im römischen Reiche vertretenen Staaten herbeizuführen. Da sehen wir nun, wie Oesterreich und Preußen diese Aufgaben auf ganz verschiedene Weise anfaßen. Was Oesterreich erstrebte, war stets eine politische Einigung unter österreichischer Führung, eine Einigung, die sich auf die inneren Verhältnisse und die Verfassung des Staates erstreckte. Oesterreich hat sich an dieser Aufgabe fünf Jahrzehnte lang abgemüht, mit dem Erfolg, daß seine ganzen Pläne und ganzen Hoffnungen zusammenbrachen und dafür heute das völkerrechtliche Bündnis dreier selbständigen Staaten besteht. Preußen hat in dieser ganzen Zeit niemals versucht, irgend welche verfassungsmäßigen oder innerpolitischen Ziele in Deutschland zu verfolgen. Es hat im Gegenteil gegenüber jener alten österreichischen Kaisermacht stets den Standpunkt vertreten, die Einzelstaaten in ihrem inneren Leben völlig unberührt zu lassen. Es hat aber tatkräftig und zielbewußt gearbeitet an einer wirtschaftlichen Einigung zuerst des eigenen Staates, der damals noch in zahllose Wirtschaftsgebiete zerfiel, und dann des übrigen deutschen Bundes.

Wie die Geschichte des Zollvereins zeigt, gelang es unter großen Kämpfen und großen Schwierigkeiten, eine Zollgemeinschaft zustande zu bringen, deren Gebiet sich mit dem des heutigen Deutschen Reiches deckt. Es war aber eine damals bedauerliche Erscheinung der Weltgeschichte, daß Preußen gezwungen war, sich mit allen Kräften zu widersetzen, daß das mächtige Kaisertum Oesterreich, das damals jeder einzelnen deutschen Macht überlegen erscheinen mußte, in die deutsche Zollgemeinschaft hineinkam, weil damit die innerpolitische Entwicklung der einzelnen Staaten gefährdet erschien. Wie richtig diese Politik Preußens war, zeigte sich im Jahre 1866. Die ganzen völkerrechtlichen Verträge, die den deutschen Bund bedeuteten, zerfielen in nichts. Was aber in keiner Weise berührt wurde vom Gange der Ereignisse, das war die deutsche Zollgemeinschaft. Und so stark erwies sich dieser Bund, daß Bismarcks Drohung, die Zollverträge zu kündigen, sogar die süddeutschen Staaten veranlaßte, wenn auch ungern, so doch einem richtig erkannten Interesse folgend, jene weiteren Bündnisse mit dem norddeutschen Bund einzugehen, die 1870 den Sieg der deutschen Heere herbeiführten. Heute nehmen die innerpolitischen Verhältnisse in den Einzelstaaten ihren ungestörten Gang und selbst die preußische Wahlrechtsreform wird staatsrechtlich richtig nur als eine preußische Angelegenheit angesehen, in der Preußen nun und immer bayerischen und sächsischen Reichstagsabgeordneten ein Recht des Mitredens zugestehen kann.

Auch bei der Eisenbahn hat sich diese Entwicklung gezeigt. Preußen hat sich zunächst ein eigenes Eisenbahngeschäft geschaffen und Bismarck hat vergeblich seine ganze gewaltige Kraft dafür eingesetzt, das Eisenbahnwesen auf das Reich zu übernehmen. Der einzelstaatliche Gedanke erwies sich als stärker. Wenn wir auch heute noch rein objektiv zugestehen müssen, daß der Reichseisenbahngedanke an sich das richtige gewesen wäre, muß man doch zugestehen, daß auch das einzelstaatliche Eisenbahnwesen Erfolge gezeitigt hat, die durchaus befriedigend sind. Die acht preußischen Eisenbahnverwaltungen haben sich derart zusammengefunden und arbeiten derart zusammen, daß die ungeheure Probe des Weltkrieges glänzend bestanden wurde. Dieses Eisenbahnwesen ist für uns ungeheuer lehrreich, weil es uns zeigt, wie man aus ganz kleinen Anfängen heraus, wie der Normalspur und der Vereinslängenangabe zu großen Ergebnissen und gewaltiger Konzentration der Kräfte gelangen kann. Mit Oesterreich-Ungarn sind diese ersten Anfänge, wie die einzelnen Verträge zeigen, längst gemacht. Dies ist eine Basis, auf der weitergebaut werden muß. Es muß auch hier noch eine weitere Einigung erreicht werden, als Vorstufe für noch Größeres.

Die Geschichte des deutschen Zollvereins zeigt uns, daß jedes noch so gut gemeinte Bündnis krank ist, wenn es nicht aufgebaut ist auf absoluter und uneingeschränkter innerpolitischer Freiheit der Komponenten. Wenn wir mit

Oesterreich-Ungarn in eine Eisenbahngemeinschaft oder gar Zollgemeinschaft hineinkommen, ist es die erste und vornehmste Forderung, jede innerpolitische Frage aus dem Gebiete der gemeinsamen Politik auszuschalten. Ebensovienig wie wir wünschen, daß Rußland oder Amerika sich in unsere deutschen inneren Verhältnisse einmischen, ebensovienig wünschen die Ungarn oder die Oesterreicher von uns Deutschen gute Ratschläge oder Lehren zu empfangen. Diese Tatsache muß mit aller Deutlichkeit ausgesprochen werden. Wir wollen keine Neuaufgabe des alten deutschen Bundes, in der eine Macht die Präsidialstellung mit innerpolitischem Einflusse erstrebt, sondern wir wollen eine Erneuerung des Gedankens des Zollvereins, der mit innerpolitischen Fragen nichts zu tun hatte, der aber nach außen die beteiligten Staaten erst zum gewaltigen Aufschwunge der Industrie und der Landwirtschaft und dann zu den mächtigen Siegen auf dem Schlachtfelde führte. So soll der Gedanke unserer Zollgemeinschaft auch von uns gefördert werden.

Die Eisenbahnpolitik zeigt uns, daß man eine geplante Gemeinschaft nicht damit anfangen soll, daß man ein großes Gebäude zeichnet und dann den Weg zu diesem Gebäude und die Möglichkeit zu seiner Errichtung kaum beachtet, sondern daß man auf dem gegebenen Baugrunde mit den gegebenen Bausteinen langsam weiterbaut, und so aus kleinen Anfängen heraus, aber stets auf der gegebenen Grundlage der Tatsache weiterarbeitet, nicht bis ein bestimmtes Ziel erreicht ist, sondern insoweit überhaupt nur etwas Gutes und Erstrebenswertes sich erreichen läßt.

Zollpolitik und Eisenbahnpolitik zusammengekommen zeigen uns, welche ungeheure Masse von Kräften und von Kosten in Deutschland verschwendet worden ist, weil man nicht von Anfang an zielbewußt auf die Lösung der dort gegebenen Aufgaben hingearbeitet hat, sondern weil man die alte deutsche Zwietracht auch auf dieses Gebiet übertrug. Heute wissen wir, daß wir in der Welt aufeinander angewiesen sind. Heute sehen wir, daß wir auf Freundschaft in der Welt nicht rechnen können. Wenn wir dies aber sehen, dann wollen wir es nicht, wie im alten Deutschen Bund und selbst im Zollverein, darauf ankommen lassen, daß erst die bittere Not uns von der Notwendigkeit einer wirtschaftlichen Einigung überzeugt. Wir wollen es auch nicht in der Eisenbahnpolitik darauf ankommen lassen, daß zuerst die Kräfte sich messen und dann die Einigung erzielt wird, weil keiner seine Sonderinteressen voll befriedigt sieht. Wir wollen im Gegenteil frühzeitig und zielbewußt unsere Aufgaben anfaßen, und keine Organisation ist hier mehr berufen zu einer aufklärenden und fördernden Wirksamkeit als unser Ungarisch-Deutscher Wirtschaftsverband.

Ueber dasselbe Thema hielt Professor Dr. Viktor Johann Bredt auf Einladung des Ungarisch-Deutschen Wirtschaftsverbandes heute abend im Brunfsaale der Pester Lloyd-Gesellschaft einen interessanten Vortrag, dem ein vornehmer Auditorium anwohnte. Unter den Anwesenden befanden sich: die Geheimen Räte Graf Karl A. H. u. e. n - S e d e r v á r y, Franz v. Nagy, Andreas G. h. ö r g h und Gustav v. K á l m á n, die Staatssekretäre Baron Wilhelm B e r s, Dr. Leopold B a d á k und der Direktionspräsident der Staatsbahnen Kornel v. T o l n a y, der Präsidentenvertreter der Staatsbahnen Hofrat Sigmund v. K o t á n y i, Chefredakteur Josef B é k i, die Hofräte Franz S z é k e l y, Dr. Aurel v. E g r y, Emil S a v a s, Alexander B e i m e l, Andreas v. T h é l und Anton S z é k á c s, die Generaldirektoren Dr. Anton E b e r und Emil B a c h e r, die Direktoren B é n i v. E n y e d i, Friedrich v. F e l l n e r, Robert O r s á g, Max G u t t m a n n, Professor Rufem V á m b é r y, Börsenrat Dr. Emerich S t r a s s e r, Aurel G y ö m r ö n y, der geschäftsführende Sekretär der Budapester Handelskammer Josef V á g ó u. a. Die Versammelten begrüßte der Präsident des Ungarisch-Deutschen Wirtschaftsverbandes Abgeordneter Dr. Baron Julius M a d a r a s s y - B e c k in einer kurzen Rede, in der er sagte: Der Ungarisch-Deutsche Wirtschaftsverband erblüht seine Aufgabe in der Vorbereitung des großen Wertes der wirtschaftlichen Annäherung. Er ist sich dessen vollkommen bewußt, daß der wirtschaftliche Boykott, den unsere Feinde mit zielbewußter Energie für die Zeit nach dem Kriege gegen uns vorbereiten, uns mit dem gleichen kategorischen Imperativ wirtschaftlich aufeinander anweist, wie uns der gegen uns gerichtete bewaffnete Angriff vereinigt hat. Der Verband ist der Ueberzeugung, daß sowohl die politischen wie die wirtschaftlichen Schwierigkeiten dieser Annäherung wesentlich verringert werden können, wenn wir unseren Ibeengang, unsere Wünsche und Ziele gegenseitig je gründlicher kennen lernen und dadurch bestrebt sind, die Gegensätze und Mißverständnisse zu eliminieren, die sich eventuell ergeben könnten. Das sicherste und zweckentsprechendste Mittel hierzu aber ist zweifellos die persönliche Berührung. Wir haben deshalb den Wunsch des Herrn Abgeordneten Bredt, einen Vortrag über die deutsche Zoll- und Eisenbahnfrage mit besonderer Rücksicht auf unsere Annäherung zu Deutschland halten zu wollen, mit großer Freude begrüßt. Indem ich den Herrn Professor herzlich willkommen heiße, ersuche ich ihn, nunmehr seinen Vortrag zu beginnen.

Hierauf hielt Professor Bredt seinen einstündigen Vortrag, der mit großer Aufmerksamkeit angehört und mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde. Den Dank der Zuhörer verdolmetschte Baron Julius M a d a r a s s y - B e c k in folgender mit allgemeiner Zustimmung begleiteter Rede: „Ich glaube, im Namen sämtlicher Anwesenden zu sprechen, wenn ich dem Herrn Abgeordneten Bredt meinen innigsten Dank für seinen ganz ausgezeichneten und äußerst interessanten Vortrag zum Ausdruck bringe. Ich lege besonderes Gewicht darauf, einen Gedanken, der in seinem Vortrage ganz besonders hervortrat, hier noch

Dezentralisierung der Industrie.

Industrieförderung in den durch den Krieg zerstörten Gebieten.

Von Karl Stodiek (Charlottenburg).

Als ich gelegentlich einer Studienreise Studierende der Kgl. Techn. Hochschule Charlottenburg das erste Mal durch das schlesische Industriegebiet führte, wurde ich auf einen Kanal (Wasserstraße) aufmerksam gemacht, der auf Veranlassung Friedrichs des Großen zur Ansiedelung und Förderung der Industrie gebaut worden war und jetzt noch vollständig seine Zwecke erfüllt. Bei anderer Gelegenheit fand ich in der Mark Industrien (Webereien), die noch Privilegien hatten und Rechte aus der Zeit Friedrichs des Großen. Mit ganz ungewöhnlichem Scharfsinn hat dieser große Preußengeist vorausgesehen, daß dem Volke, ganz besonders neben der Landwirtschaft, andere Erwerbsmöglichkeiten geschaffen werden müssen, und daß diese nur beschafft werden können unter Zuhilfenahme wirtschaftlicher Vorteile für den, der sich und seine Arbeit in den Dienst dieser neuen Sache stellt.

Die Industrialisierung Deutschlands ist nicht überall gleichmäßig gewachsen. Es haben sich vielmehr Zentren gebildet. Unsere Hauptindustriegebiete sind das Rheinisch-Westfälische, das Schlesische und neben Berlin noch das Sächsische. Die Industrie hat ein ungeheures Anwachsen der Städte im Gefolge. Städte ohne Industrie und ohne Verkehr sind noch heute so, wie sie vor 100 Jahren waren. Die Einwohnerschaft nimmt kaum zu. Das beste Beispiel liefert da die Mark Brandenburg. Große Ansiedlungen, als Städte können diese heute kaum mehr — gegenüber den neueren Städten — bezeichnet werden. Es sind durchweg große Dörfer; sie sind ohne Industrie. Der Hauptnährstand ist die Landwirtschaft. Der Boden kann für eine größere Anzahl von Menschen keine neuen Arbeits- und damit keine neuen Erwerbsgelegenheiten bieten. Dieser Zustand, daß große Städte erschreckend wachsen, kleine Städte stagnieren und neue Städte und Ansiedlungen überhaupt nicht mehr gegründet werden, beunruhigt immer mehr viele denkende Gemüter, die allein schon in psychologischer Hinsicht darin eine Gefahr für das ganze deutsche Volk erkennen. Wir sind der Ansicht, daß die Schaffung von Neusiedlungen zu den vornehmsten Aufgaben der Gegenwart gehört. Eigenheimfragen (Kriegerheimstätten) und Wohnungsreformen lassen sich damit leicht gleichzeitig lösen. Die Grundlage für die Neusiedlung muß die Industrie sein. Zur Zeit Friedrichs des Großen war es die Industrieförderung an sich, heute ist es die geschickte Verteilung der Industrie über das ganze Land und ganz besonders die zerstörten Gebiete, als Mittel zum Zweck.

Die Spezialisierung der einzelnen Betriebe steht diesem Gedanken hindernd entgegen. Das beste Beispiel liefert Berlin. Die eine Industrie ist auf die andere angewiesen. Jede macht Teilsfabrikate. Große Vorausicht in Bestellungen und das Halten großer Lagerbestände ist für den Einzelnen nicht erforderlich, da alle gebrauchten Spezialteile in der Nähe fabriziert werden und innerhalb weniger Stunden zu haben sind. Dieser Vorzug hat aber nur bis zu einer gewissen Grenze seine Berechtigung. Denn neben diesem Vorzug tritt als größerer Nachteil jetzt weit häufiger die Arbeiterfrage auf. Betriebe, die zu einander passen, nahe bei einander gelegen sind, können kaum die nach Tausenden zählenden Arbeiter geschickt unterbringen. Es gehört absolut nicht zu den Seltenheiten, daß z. B. in Berlin ein Arbeiter bis zu seiner Werkstätte einen Weg von 2 Stunden zurückzulegen hat. Und wenn er auch fährt, so ist dieser Zeitverlust von 2 Stunden morgens und abends für ihn keine Erholung. Außerdem sind die elektrischen Straßenbahnen und andere Verkehrsmittel zur Zeit des Arbeitsbeginnes und Arbeitschlusses so überfüllt, daß schon jetzt die Industriellen gemeinsam mit den Städten und Verkehrsvereinigungen gezwungen sind, Abhilfe zu schaffen. Das geeignetste Mittel wäre ja, den Arbeitern in der Nähe Wohngelegenheiten zu schaffen. Das ist aber in den Großstädten fast ein Ding der Unmöglichkeit. Außerdem wechseln die Arbeiter gern, so daß ein Stamm guter Arbeiter immer mehr zu den Seltenheiten gehört. Dieses Wechseln hat nun auch gleichzeitig im Gefolge, daß viele Industrien keinen Wert mehr auf die Ausbildung von Qualitätsarbeitern legen. Die Mühen und Kosten für die gewissenhafte Ausbildung der Lehrlinge scheut man. Viele lassen das eben die Anderen besorgen, mit dem Hinweis, daß, wenn die Lehrlinge fertig ausgebildet sind, sie ihnen ja doch wengengagiert werden. Nur wenige einsichtsvolle, bessere Betriebe haben sich dazu verstanden, Lehrlingschulen zu gründen.

Man darf ja wohl behaupten, daß auch von der Industrie, aus den eben angeführten Gründen, die Dezentralisierung der Zentralisierung vorgezogen wird oder aber doch künftig vorgezogen werden wird. Viele Betriebe waren auch gezwungen, aus den beengten Räumen in der Stadt nach außerhalb zu ziehen und ihre Betriebe nach außerhalb, wo größere Bewegungsfreiheiten gegeben waren, zu verlegen. In der Nähe der Stadt dieselben Bewegungsfreiheiten auch den Arbeitern zu schaffen, war unmöglich. Es wäre nur zu wünschen, daß die Industrie, die in sich selbstständig ist, oder aber sich durch Aufnahme weiterer kleinerer Betriebe unabhängig machen kann, bei einer Neuverlegung der Werkstätten sich so weit von Großstädten entfernt, daß sie gleichzeitig die Grundlage für eine Neusiedlung gibt. Genau so, wie sich z. B. früher Handwerker und Händler in der Nähe einer Ritterburg ansiedelten und dadurch manche Stadt gründeten. Diese Siedlungen mußten aber nicht von der Industrie selbst, sondern vom Staate geregelt werden, damit die Arbeiter in kein abhängiges Verhältnis zu der Industrie geraten, oder aber, und jetzt komme ich zur Hauptsache, wenn der Staat sich

ing
1917

48

6. IV. 1917

75
49

Generalversammlung der Pester Lloyd-Gesellschaft.

Budapest, 6. Mai.

Unter reger Beteiligung der Mitglieder hat heute nachmittag die 65. ordentliche Generalversammlung der Pester Lloyd-Gesellschaft stattgefunden. Die Reden, die in dieser Versammlung gehalten wurden, besitzen eine weit über den Tag hinausgehende Bedeutung. Während Präsident Dr. Baron Adolf Kohner in energischer Weise die ungerechten Angriffe abwehrte, denen in jüngster Zeit Industrie und Handel ausgesetzt sind, zog Baron Julius Madarassy-Bed in wirksamer Weise gegen die antimerkantilistischen Tendenzen ins Feld, die gegen das mobile Kapital und die Kapitalkonzentration hegen, und eine Ergänzung ihrer beweiskräftigen Ausführungen bildete die Rede des Chefredakteurs Josef Béki, der die Haltung des Pester Lloyd in diesen Fragen präziserte. Daß diese Haltung die Billigung aller Anwesenden fand, beweist die in das Protokoll der Generalversammlung aufgenommene Feststellung des Präsidenten, laut deren ausdrücklich erklärt wird, daß die Generalversammlung sich mit der bisherigen Richtung unseres Blattes und des Geistes, in dem es geleitet wird, durchaus einverstanden erklärt. Die interessante Generalversammlung nahm folgenden Verlauf:

Präsident Dr. Baron Adolf Kohner eröffnete die Generalversammlung, konstatierte ihre ordnungsgemäße Einberufung und Beschlußfähigkeit, und betraute den Sekretär Dr. Anton v. Ullmann mit der Führung, die Mitglieder Graf Franz Marenzi und Béla Wahl aber mit der Authentifikation des Protokolls. Hierauf hielt der Präsident folgende Eröffnungsrede:

Eröffnungsrede des Präsidenten Dr. Baron Adolf Kohner.

Geehrte Generalversammlung!

Zum dritten Male treten wir im Zeichen des Weltkrieges zu unserer Generalversammlung zusammen. Die Schatten dreier langer, peinvoller Jahre liegen hinter uns. Mehr als tausend schlaflose, leid- und schmerz erfüllte Nächte und sorgenvolle Tage sind verfloßen, doch unsere Nation hält mit ihren Verbündeten fest der herben Feuerprobe stand, und sie wird die Aufgabe, die ihr gestellt ist, lösen.

Und der Friede wird kommen. Auf den Flügeln der Völkerfreiheit wird ein Frieden nahen, der dem gegenseitigen Verstehen, der Menschenliebe neue Altäre erhebt und die falschen Götzen des Hasses zertrümmert. Er naht langsam, doch sicher, und ich hoffe und glaube, daß dieses unsere letzte Kriegsgeneralversammlung sein wird.

Das dritte Kriegsjahr hat uns mit einer Flut von Leiden und Mühsal überschwemmt. Wir blicken auf ein Jahr zurück, in dem unsere Industrie mit schweren Sorgen zu kämpfen hatte. Aber trotz dem Arbeitermangel, den Schwierigkeiten der Rohmaterialbeschaffung, den Verkehrsmissen und dem hieraus resultierenden Kohlenmangel wußte sie aller Widrigkeiten Herr zu werden, ja, sie vermag sogar eine erhebliche Steigerung der Kriegsproduktion aufzuweisen. Daß einer solchen Tätigkeit Anerkennung und Achtung gezollt werde, ist wohl die geringste Forderung, die wir an dieser Stelle erheben dürfen. In eine noch schwierigere Lage als die Industrie war unser Handel geraten. Teils war er durch Warenmangel brachgelegt, zum anderen Teil entzogen ihm die staatlichen Organisationen die Existenzmöglichkeit. Ob der Handel, den man derart seiner Wurzeln beraubte und vernichtete und den man durch sogenannte altruistische Institutionen ersetzte, je imstande sein wird, wieder aufzuerstehen, ist mehr als fraglich. (Lebhafte Zustimmung.)

Geehrte Generalversammlung! Es gehört große Seelenstärke und ethische Kraft dazu, um in diesen Tagen der Bedrängnis ohne Haß auf unsere Mitmenschen zu blicken, sie gerecht zu beurteilen und zur Linderung unserer eigenen Leiden keine Sündenböcke zu suchen, deren Aufopferung unsere Verbitterung beschwichtigen könnte. Wir wollen hoffen und glauben, unserer Nation werde die Erkenntnis nicht verjagt bleiben, daß die unerträgliche Teuerung nicht das Werk der Kaufleute ist (Beifall) und daß der drückende Warenmangel den Interessen der Kaufmannschaft nicht nur nicht entspricht, sondern, im Gegenteil, diesen zuwiderläuft. (Lebhafte Zustimmung.)

Je höher die Entwicklungsstufe einer Volkswirtschaft, desto mehr wird ihr der Handel zum Bedürfnis. Eine Volkswirtschaft, die sich nicht darauf beschränkt, primäre Rohprodukte hervorzubringen, sondern die einen Uberschuß der auf dem Weltmarkt zu placierenden Bedarfsartikel produziert und dadurch aktive Handelsbilanzen zu Stande bringt, kann des regsamsten Handelsverkehrs nicht entraten. Wenn wir die Wurzeln dieses Krieges unterjuchen, so finden wir eine seiner Hauptursachen und gleichzeitig eines seiner Hauptziele darin, daß England darnach strebt, sich eine solche Handelsbilanz zu erhalten, wir und unsere Verbündeten aber darnach, eine solche zu erlangen. Allein eine differenzierte Industrie- und Agrarproduktion vermag sich nur mit Hilfe eines lebensfähigen, unternehmungslustigen und arbeitssamen Handels durchzusetzen. Je entwickelter Industrie und Landwirtschaft sind, umso bringender benötigen sie den Kaufmann. Und wenn man jetzt durch allerlei Institutionen, Verschönerungen und Gehässigkeiten unseren ohnehin schwachen Handel ausrottet, der kommenden Generation die Luft

benimmt, diesen an und für sich weder allzu bequemem, noch gesellschaftlich allzu hoch geachteten Beruf zu ergreifen, so kann man nicht ohne Bangen den Zeiten entgegensehen, da Industrie und Landwirtschaft, aus der jetzigen Bevormundung des Staates wieder entlassen, aufs neue daran gehen werden, sich Geltung zu erkämpfen. (Lebhafte Zustimmung.)

Geehrte Generalversammlung! Es ist vielleicht nicht ganz mützig, an dieser Stelle die Frage aufzuwerfen, ob, wenn wieder einmal die Wirtschaft eines Weltkrieges organisiert werden müßte, dies in der Weise zu geschehen hätte, wie es jetzt geschah. (Beifall.) Mich dünkt es keineswegs erwiesen, daß das freie Spiel von Angebot und Nachfrage die Aufgabe der Volksernährung nicht besser gelöst hätte, als es durch den staatlichen Eingriff geschah. (Beifall.) Wir werfen die Frage auf, ohne sie zu beantworten. Ein bekannter preussischer Agrarier, der Abgeordnete v. Oldenburg-Januschau, bekennt sich mutig und offen zu dieser Ansicht. Und fragen darf man sich auch, ob ein richtig eingestellter und organisierter legitimer Handel dem mannigfachen Unfug der Preistreiber nicht erfolgreicher gesteuert hätte als die Polizeigewalt. (Lebhafte Beifall.)

Geehrte Generalversammlung! Ueberall in der Welt herrschen heute Teuerung und Wirrsal. Bei den Kriegsführenden so gut wie bei den Neutralen. Stellenweise gibt es Rohstoffplethora, stellenweise wieder Rohstoffhunger; da ist die Teuerung auf Goldüberfluß zurückzuführen, dort auf das Abströmen von Gold. In den Erwerbsverhältnissen aller Schichten sind beträchtliche Verschiebungen eingetreten. Neue Vermögen sind entstanden, neue Gesellschaftsklassen dringen an die Oberfläche, nicht nur bei uns, sondern überall auf dem Erdenrunde. Die Welt ist aus den Fugen und sucht ihr friebliches Gleichgewicht, die vielgeprüfte Menschheit gerechte Rechtsverteilung, die ausgewählte Gesellschaft günstige Lebensbedingungen. (Beifall.)

Wir, als Vertreter und Anwälte der ungarischen Industrie und des Handels, sind nach wie vor bestrebt, um des zu erringenden Friedens willen treu bei der Fahne unserer Nation auszuharren und trotz aller Bitternis, die uns erfüllt, unsere Pflichten dem Vaterlande gegenüber zu erfüllen. (Lebhafte Beifall.) Und wie wir glauben, daß der Friede die Menschheit mit den kostbaren Früchten der Liebe und des Verstehens beglücken wird, so hoffen wir, daß er der arbeitenden Gesellschaft unseres Landes die Beruhigung der Gemüter und jenen Seelenfrieden bringen wird, aus dem die Blumen der Menschenliebe und der gegenseitigen Achtung sprießen. (Lebhafte Ostrufe und Applaus.)

Die Generalversammlung erkläre ich für eröffnet. (Lebhafte Ostrufe.)

Nach der mit lebhaftem Applaus und allgemeinem Beifall aufgenommenen Rede des Präsidenten schritt die Generalversammlung zur Erledigung der Tagesordnung, deren ersten Gegenstand die Unterbreitung des Jahresberichts bildete. Der vom Generalsekretär Hofrat Dr. Aurel v. Egrh unterbreitete Bericht lautet wie folgt:

Der Jahresbericht.

Geehrte Generalversammlung!

Unsere heutige Jahresversammlung ist nunmehr die dritte inmitten der Brandung des Weltkrieges. Der Daseinskampf unseres Vaterlandes heischt nach wie vor seine Opfer an Gut und Blut. Und mit fester Entschlossenheit, mit unerschüttertem Glauben an die eigene Zukunft stellt unser Volk bis ans siegreiche Ende in diesem schicksalsschweren Ringen seinen Mann. Ihren Ueberlieferungen getreu, stellt sich auch unsere Gesellschaft in diesen historischen Tagen mit dem ganzen Einsatz ihrer bescheidenen Kräfte in den Dienst der Kleinarbeit, die das Völkerringen dem Volke und der Gesellschaft Ungarns auferlegt. Da diese Aufgaben auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete liegen, versteht es sich von selbst, daß der Schwerpunkt der Kriegstätigkeit unserer Gesellschaft sich auf unser Zeitungsunternehmen, als einen Faktor des politischen und wirtschaftlichen Lebens, verschiebt.

Mit gutem Gewissen dürfen wir feststellen, daß unser Zeitungsorgan auch im verflossenen Berichtsjahre sich mit voller Hingebung den über alles wichtigen Interessen der Kriegsführung gewidmet hat. Durch andauernde Weiterentwicklung seines auch bisher schon mit großen materiellen Opfern unterhaltenen und allgemein als erstklassig anerkannten Nachrichtendienstes war es mit gesteigertem Erfolg bestrebt, die Öffentlichkeit über die mit dem Weltkriege zusammenhängenden Ereignisse und Bewegungen gründlich und genau zu informieren. Durch sorgfältige kritische Sichtung des stündlich einlaufenden Nachrichtenmaterials war es beflissen, die tendenziösen Ausstreunungen der feindlichen Presse auszumerzen und lediglich beglaubigte Tatsachen in die Öffentlichkeit zu bringen. Es hat hiedurch erreicht, daß in der öffentlichen Meinung das Vertrauen in die unbedingte Zuverlässigkeit seines Nachrichtendienstes, sein Ansehen und sein moralischer Kredit noch weitere Festigung erfahren haben.

Als seine weitere Aufgabe betrachtete unser Blatt auch im verflossenen Jahre, die Auslandspresse in allen Dingen, die unser Vaterland und unsere Monarchie angehen, andauernd im Auge zu behalten und den über uns ausgestreuten Entstellungen und Lügen mit den Waffen der Wahrheit entgegenzutreten. Durch diese Aufklärungsarbeit hat es eine wichtige Sendung erfüllt, und mit aufrichtiger Befriedigung dürfen wir die Anerkennung verzeichnen, mit der die öffentliche Meinung diese Tätigkeit honoriert.

Lloyd
6.10.1917
Sammlungspunktung der Papper Lloyd Gesellschaft
50

Diesem Umstande ist es wohl mit zu verdanken, daß der Leserkreis unserer Zeitung sich ständig erweitert, und zwar nicht allein im Inlande und bei den eigenen Truppen, sondern auch im Kreise der auf den verschiedenen Kriegsschauplätzen weilenden österreichischen und deutschen Truppenkörper, wie auch im neutralen Auslande. Diese Werbestärke wird wohl am deutlichsten durch den Umstand gekennzeichnet, daß die aus Abonnements und einzeln verkauften Exemplaren stammenden Einnahmen unserer Zeitung gegen das Jahr 1914 sich von 504.000 auf 1.250.000 Kronen erhöht haben. Es spricht sich in diesen Ziffern eine kraftvolle Entwicklung aus, die auch für die Zukunft die erfreulichsten Aussichten eröffnet.

Auf dem Gebiete des Wirtschaftslebens hat der Krieg selbstverständlich auch im verflossenen Jahre das freie Spiel der Kräfte ausgeschaltet, und die Staatsgewalt war bemüht, sowohl in die Regelung der Produktion wie in den Prozeß der Verteilung der produzierten Güter immer tiefer einzugreifen. Ob diese staatlichen Eingriffe in jedem einzelnen Falle sich innerhalb der durch die Interessen der Kriegführung gebotenen Grenzen hielten, ob nicht in den staatlichen Organen die ständige Inanspruchnahme der Ausnahmegehalt eine Angewöhnung entwickelt hat, die auch ungewollt zur Machthypertrophie treibt, und ob nicht solcher Art auf dem Gebiete des Handels, der Industrie und des Kreditwesens eine Tendenz emporwuchert, die, wenn sie sich im Boden des Wirtschaftslebens und in der gesellschaftlichen Auffassung festwurzelte, nach dem Kriege nur einen verderblichen Einfluß sowohl auf die Entwicklung des ungarischen Wirtschaftslebens, wie auf den für die Rekonstruktionsarbeit nach dem Kriege doppelt unerlässlichen friedlichen Einklang unserer nationalen Gesellschaft ausüben würde. — all dies wollen wir aus begrifflichen Gründen für jetzt unerörtert lassen. Aber schon jetzt muß festgestellt werden, daß in unserem Wirtschaftsleben und in bezug auf den friedlichen Einklang der ungarischen Gesellschaft bereits Tendenzen in die Erscheinung zu treten beginnen, deren Bekämpfung nach Wiederkehr des Friedens eine hervorragende und wichtige Aufgabe sein wird. Solange der Selbstverteidigungskampf der Nation andauert, sollen freilich alle anderen Gesichtspunkte in den Hintergrund zurücktreten. Doch ist es in gleichem Maße Pflicht aller Wirtschaftszweige und aller sozialen Schichten, dieser Notwendigkeit Rechnung zu tragen. Wenn wir aber Strömungen begegnen, die sich über dieses Gebot der patriotischen Pflicht hinwegsetzen und auch im Kriege Lehren verkünden und Grundzüge zu verwirklichen trachten, die das natürliche Gleichgewicht des Wirtschaftslebens beeinträchtigen und die gesellschaftliche Harmonie aufzulösen drohen, dann erwacht auch den Faktoren, gegen die diese Tendenz sich richtet, die Pflicht, einem Streben entgegenzutreten, das sie als verderblich für die Nation, als gefährlich für den Fortschritt unserer Wirtschaftskultur und als verhängnisvoll für den sozialen Frieden betrachten. Unsere Zeitung, obgleich sie aus patriotischen Gründen jeglichem Streit aus dem Wege ging, der in den Augen des feindlichen Auslandes den Anschein innerer Reibungen erwecken könnte, war angesichts einiger Erscheinungen der jüngstverflossenen Zeit genötigt, ihr warnendes Wort zu erheben und auf die schiefe Ebene hinzuweisen, auf die unser Vaterland zu geraten droht, wenn nicht aus der öffentlichen Meinung heraus rechtzeitig eine genügend kräftige Gegenwirkung einsetzt den Strömungen entgegen, die sich anschicken, das Werk der nationalen Kräfteammlung durch Herausbeschwörung wirtschaftlicher Kämpfe und gesellschaftlicher Konflikte zu gefährden.

Als ihre dritte Aufgabe betrachtete unsere Zeitung auch im verflossenen Berichtsjahre die Fortsetzung ihrer eifrigen Arbeit auf dem Gebiete der Kriegswohlfahrtigkeit. Mit freudigem Stolz stellen wir fest, daß der Ertrag unserer patriotischen Spendenaktionen bereits die achte Million überschritten hat, ein Erfolg, der die begeisterte Opferfreudigkeit unseres Leserkreises im hellsten Lichte erscheinen läßt.

Ueber die finanzielle Lage unserer Gesellschaft und unseren Rechnungsabluß für das Jahr 1916 beehren wir uns folgendes mitzuteilen:

Der Rechnungsabluß pro 31. Dezember 1916 weist einen Nettogewinn von 24.881 Kronen 89 Heller auf. In erster Reihe ist dieses günstige Ergebnis dem Zeitungsunternehmen zu verdanken, dessen Einnahmen von 1.743.328 Kronen 42 Heller im Jahre 1915 sich auf 2.673.964 Kronen im Jahre 1916 erhöht haben. Allerdings sind auch die Ausgaben — mit Einrechnung der natürlichen Wertverminderungsabschreibungen — auf 2.590.634 Kronen 92 Heller gestiegen. Etwas günstiger gestalten sich auch die Einnahmen unseres Kinos (von 48.093 Kronen 40 Heller auf 63.020 Kronen 18 Heller). Es drückt sich hierin bereits die Wirkung der im vorigen Jahre beschlossenen Statutenänderung aus, bergemäß auch Aktiengesellschaften in die Reihe unserer Mitglieder aufgenommen werden können; infolge dieser zweckmäßigen Verfügung haben wir im verflossenen Berichtsjahre eine stattliche Anzahl neuer Mitglieder gewonnen.

Die Endsummen der diesjährigen Schlußrechnungen, die nicht durch zufällige Ereignisse erzielt worden sind, sondern das Ergebnis einer zweckbewußten und ausdauernden Arbeit darstellen, lassen die Hoffnung als begründet erscheinen, daß die finanzielle Lage unserer Gesellschaft nunmehr der völligen Konsolidierung entgegengeht.

Erwähnt sei noch, daß in der verwickelten Saison Herr Dr. Gustav Stolper, Chefredakteur der Zeitschrift

Der Oesterreichische Volkswirt, in unserer Gesellschaft einen sehr interessanten Vortrag über die „Probleme der Uebergangswirtschaft“ hielt, der mit großem Beifall aufgenommen wurde. Dem Herrn Vortragenden sprechen wir auch an dieser Stelle unseren Dank aus.

Seit unserem jüngsten Bericht sind aus der Reihe unserer Mitglieder im Jahre 1916 die Herren Ignaz Bed, Konrad v. Burchard-Belavary und Ferdinand Schweiger, im bisherigen Abschnitte des laufenden Jahres aber die Herren Leo v. Szurdah und Ernst Woititz durch den Tod ausgeschieden. Ihnen allen widmen wir unser pietätvolles Gedenken. Hervorheben möchten wir unseren Kollegen Konrad v. Burchard-Belavary, der durch seine vornehme und anziehende Persönlichkeit sich jeden, der mit ihm in Verbindung stehen konnte, zum Freunde warb und der stets ein eifriger und begeisterter Gönner unserer Gesellschaft war, ferner Herrn Leo v. Szurdah, in dem der ungarische Handel sowohl wie unsere Gesellschaft ein verdienstvolles Mitglied verlor.

Die Zahl der zahlenden Mitglieder belief sich im Jahre 1915 auf 374. Im Jahre 1916 traten 69 neue Mitglieder ein, durch Tod gingen an 9 Mitglieder, gestrichen wurden 9 Mitglieder. Ende 1916 betrug der Mitgliederstand 425, was gegen das Vorjahr eine Zunahme von 51 bedeutet. Dabei erwähnen wir, daß auch im bisherigen Verlaufe des Jahres 1917 schon neue Mitglieder in stattlicher Anzahl sich uns angeschlossen haben, und zwar nicht bloß juristische, sondern auch physische Personen.

An die geehrte Generalversammlung richten wir die Bitte, unseren Bericht genehmigend zur Kenntnis nehmen, unsere Auträge annehmen und uns das Absolutorium erteilen zu wollen.

Zu dem Jahresbericht nahm zunächst Reichstagsabgeordneter Dr. Baron Julius Madarassy-Bed das Wort.

Rede des Abgeordneten Dr. Baron Julius Madarassy-Bed.

Geehrte Generalversammlung!

Mit lebhafter Freude ergreife ich die Gelegenheit, der Stimmung und den Empfindungen der Generalversammlung gegenüber der Leitung der Pester Lloyd-Gesellschaft und der Redaktion unseres Blattes Ausdruck zu verleihen. In den unendlich schweren Zeiten, in denen wir leben, hat die Pester Lloyd-Gesellschaft stets in jeder Beziehung auf der Höhe ihrer Aufgabe gestanden. Unser Präsident Herr Baron Adolf Kohner, der mit seinem großen, vielseitigen Wissen eine der ehrenwertesten Persönlichkeiten unseres wirtschaftlichen Lebens ist, hat mit dem ganzen Gewicht seiner wertvollen Individualität jene Interessen vertreten, zu deren Geltendmachung unsere Gesellschaft berufen ist. Ich erlaube die geehrte Generalversammlung, ihm und dem Direktionsmitgliede Herrn Generalsekretär Aurel v. Egrny, dessen besondere Fähigkeiten wir alle so hochschätzen und dessen großzügige Arbeit wir in liebevoller Aufmerksamkeit verfolgen, protokolllarisch den Dank auszusprechen.

Das Organ unserer Gesellschaft, der Pester Lloyd, ist ein Kapitel für sich, bei dem ich einen Augenblick verweilen möchte. Vor zwei Jahren, als ich in diesem Saale die Ehre hatte, dem Vertrauen der Generalversammlung zu der Leitung der Gesellschaft und der Redaktion des Pester Lloyd Ausdruck zu verleihen, versuchte ich es, die Gefühle in Worte zu kleiden, die der treue Leserkreis unseres Blattes für den Chefredakteur, Herrn Ministerialrat Josef Bézi, und die gesamte Redaktion empfindet. Ich wies darauf hin, wie vollkommen und unter welch schweren Verhältnissen der Pester Lloyd die Mission erfüllte, die ihm im ersten Jahre des Krieges zugefallen war. Wiederholungen möchte ich vermeiden und bloß betonen, daß die Aufgabe, zu deren Erfüllung das Blatt berufen ist, in den verflossenen Jahren noch schwieriger wurde; schwieriger aus einem Grunde, den ich später erörtern will und dem der verdienstreiche Chefredakteur des Pester Lloyd und seine ausgezeichnete Mitarbeitergarde in ebenso trefflicher Weise wie bisher standgehalten haben. Die Generalversammlung erfüllt nur ihre Pflicht, wenn sie meinem geehrten Freunde Herrn Josef Bézi, der mit beispiellosem Talent und unbegrenzter Arbeitskraft unser Blatt leitet, hier bezeugt, mit wie viel Liebe und mit welcher wahren und aufrichtigen Hochschätzung sie seine schwere Arbeit verfolgt. Ich bitte die Generalversammlung, ihrem Danke gegenüber dem Herrn Chefredakteur und seinen Mitarbeitern im Protokoll Ausdruck zu geben.

Mit Erlaubnis der Generalversammlung will ich jedoch einige Bemerkungen an die sehr wertvolle und tiefgründende Erklärung knüpfen, die wir soeben von unserem Präsidenten hörten. Unknüpfend an diesen Gedankengang stelle ich vor allem fest, daß der Pester Lloyd, der in jeder Phase eines erbitterten Kampfes die Regierung, die aus der Partei der rationalen Arbeit hervorgegangen ist, unterstützt hatte, nicht vergaß und nicht vergessen wird, daß er in erster Reihe das berufene Organ des ungarischen Handels und der ungarischen bürgerlichen Gesellschaft ist. Wenn wir also in einem Teile der ungarischen öffentlichen Meinung mit den Wirkungen einer massenpsychologischen Verwirrung rechnen müßten, auf die Herr Baron Kohner soeben hingewiesen hat, so wollen wir auch der Tatsache stets eingedenk sein, daß das mächtige geistige Kapital und der starke Einfluß, die in unserem Blatte verkörpert sind, dem ungarischen Handel und den rechtmäßigen Interessen der ungarischen Industrie, die nur von einer verirrten Auffassung nicht gleichzeitig als Interessen des Landes erkannt werden, zur Verfügung stehen und ihnen als feste Burg dienen. Der Pester Lloyd war niemals das

Blatt des commercium militans, wird es auch niemals sein. Allerdings wird er nach unser aller Ueberzeugung, die vornehme Mäßigung während, die ihn kennzeichnet und die tausendfach kraftvoller als alles müde und zügellose Geschrei ist, seine ganze Autorität geltend machen gegen jeden unrechtmäßigen Angriff, der den ungarischen Handel oder die ungarische Industrietreffen wollte, von welcher Seite dieser Angriff auch kommen mag.

Aus den blutgetränkten Schützgräben dieses Krieges, aus den Wohnungen, die auch im Winter ungeheizt blieben, in denen trauernde und schlechtgenährte Menschen leben, aus dieser schrecklich erspähten Lebenslage und aus der völlig veränderten Besitzverteilung steigen die Zeichen einer neuen Weltauffassung empor, die sich nur langsam und schwer mit der alten vereinigt, noch nach Festigung und Abklärung ringt und die Möglichkeiten schwerer Konvolutionen in sich trägt. Mit dieser veränderten Welt muß man rechnen. Das neue Ungarn muß auf völlig neuen ethischen, sozialen und finanziellen Grundlagen erbaut werden. Und nicht in erster Reihe um das Wahlrecht handelt es sich da, dessen weitgreifende Ausdehnung ja eine natürliche Folge des Krieges ist. Nicht von jenem Wahlrecht, für das auf dem parlamentarischen Maskenball jene Herren einen einigermaßen sonderbar wirkenden, erbitterten Kampf führen, die die konservativste Massenpolitik, die konservativste Verfassungspolitik, die allerkonservativste Nationalitätenpolitik und manchmal auch die konfessionelle Unbuddsamkeit verkünden. Es handelt sich darum, daß alle Konsequenzen dieser neuen Welt in jeder Richtung und gleichmäßig für jedermann mit allen sozialen und wirtschaftlichen Folgen abgeleitet werden. (Lebhafte Zustimmung.)

Ich will nicht abschweifen, ich schlage nur einzelne Töne an, deren Wellen vielleicht in Ihrer Seele weiter-schwingen. Gegenüber jener antikapitalistischen Tendenz, die sich als Ergebnis einer sorgsam geleiteten Kampagne immer mehr verbreitet und immer weitere Kreise zieht, die nicht einmal wissen, welchen Interessen sie sich dienstbar machen, will ich einige Bemerkungen tun.

Der Kampf richtet sich gegen das mobile Kapital, gegen die Kapitalkonzentration, gegen die Industrie und den Handel. Die Einstellung deutet auf die Absicht hin, die radikalen Volksströmungen gegen diese Ziele zu drängen und dadurch die Aufmerksamkeit und den Angriff von dem ererbten großen immobilien Vermögen des Grundbesitzes abzulenken. (Zustimmung.)

Meine Herren! Dieses Spiel liegt nicht im Interesse des Landes. In den schweren Zeiten, die unser harren, wollen Handel und Industrie auf der ganzen Linie mit gleicher Opferwilligkeit, mit gleichem Patriotismus die Lasten des Landes tragen, wie sie das auch während des Krieges gezeigt haben. Doch sie fordern Achtung und gleiche Behandlung. Nach dem Kriege werden wir stark verarmt sein. Wenn etwas dieses Land, das die Ingerenz des Staates im wirtschaftlichen Leben noch lange wird ertragen müssen, retten kann, wenn etwas noch fähig ist, es wieder aufzurichten und einer schöneren Zukunft entgegenzuführen, so ist es die auf der ganzen Linie bis zum äußersten gesteigerte produktive Arbeit und Sparsamkeit. Zu dieser produktiven Arbeit aber bedarf es allerdings der Kapitalkonzentration, der Unternehmungslust, die eine Eigenschaft des beweglichen Kapitals ist; es bedarf dazu der produktiven Kraft, die, aus dem Wunsche nach Gewinn hervorgehend, in der Industrie, es bedarf dazu der Frömmigkeit und der Geschicklichkeit, die im Handel vertreten ist. (Zustimmung.) Wir werfen die Frage auf: Ist es richtiger, wenn zur Erfüllung gerechtfertigter sozialer Ansprüche das produktive mobile Kapital über die Grenzen des Zulässigen hinaus in seinen Wurzeln und in seiner Schaffenskraft angegriffen wird, jenes Kapital, das schließlich die Entwicklung und den Reichtum des Landes bedeutet und Hunderttausenden Brot gibt, oder wenn jene großen, fundierten und zum Teil gebundenen Vermögen herangezogen werden, deren Produktivität zumindest fragwürdig ist? Ich glaube die Antwort kann nicht schwer fallen (Lebhafte Zustimmung), auch dann nicht, wenn die Frage der Rechtmäßigkeit in den Vordergrund gerückt wird. Ich glaube nicht, daß im Spiegel einer großen, neuen sozialen Erkenntnis es als ein stärkerer Rechtstitel erscheint, wenn der Besitz ererbt ist und ohne Arbeit genossen wird, als wenn er als neues Vermögen in schwerer und ehrfamer Arbeit erworben wurde (Zustimmung), welche Leistung gleichzeitig eine Bereicherung der Nation und eine Steigerung ihrer Wirtschaftskräfte bedeutet.

Alle Ehrlosigkeit, jeden Mißbrauch, der auf dem Gebiete des Handels in diesem Kriege, in dem es jeder Klasse schwer war, der Lockung zu widerstehen, vorgekommen ist, verachten wir und wir wünschen strengste Ahndung. Wir erkennen auch an, daß die ergiebigste Besteuerung der Kriegsgewinne gerecht ist. Doch wir fordern, daß ungerechte Verallgemeinerungen nicht stattfinden und daß jene mächtigen wirtschaftlichen und staatsrechtlichen Kräfte, die wir vertreten, nicht angegriffen, in ihren Existenzinteressen nicht gefährdet werden, denn diese Tendenz könnte nur zur Schwächung des Staates führen. Caveant consules, ne quid detrimenti respublica capiat. (Lebhafte Zustimmung und Beifall.)

Der Dank des Präsidenten.

Nach dieser von zahlreichen Zustimmungsrufen unterbrochenen und am Schluß mit anhaltendem lebhafter Beifall gelohnten Rede dankte Präsident Dr. Baron Adolf Kohner im eigenen wie im Namen der Direktion für

Friedensziele, Neuordnung und Arbeiterchaft.

3 Essen, 6. Mai.

In einer bedeutsamen Kundgebung befaßten sich heute Leiter und Vertrauensleute des Deutschen Arbeiterkongresses mit den Friedenszielen und mit der Neuordnung staatlicher Dinge. Der Deutsche Arbeiterkongress ist die Vereinigung der katholischen und evangelischen Arbeitervereine, der christlichen Gewerkschaften sowie einer großen Zahl von Vereinen und Verbänden von Arbeitern, Handwerkern und Angestellten, die auf vaterländischem und christlichem und dem gleichen sozialpolitischen Boden wie die genannten Vereine und Gewerkschaften stehen. Der Ausschuß dieser Vereinigung hielt eine Beratung über Arbeiterinteressen und Friedensziele und legte das Ergebnis in einer Entschliebung nieder. An diese Sitzung schloß sich eine Tagung der Vertrauensleute dieser christlich-nationalen Arbeiterbewegung aus Westdeutschland. Hier entwickelte der Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften, Stegerwald (Köln), die leitenden Grundsätze für die gegenwärtige und zukünftige Haltung und Arbeit der christlich-nationalen Arbeiterbewegung. Für den Staat wie für alle Parteien gleichwichtig sind vor allem die Stellungnahme dieser Arbeiterbewegung zur Sozialdemokratie und die Vorschläge zur Herstellung einer Verbindungsbrücke zwischen Staat und gesamter Arbeiterchaft. Die Grundzüge der programmatischen Darlegungen Stegerwalds waren folgende:

Wir wünschen einen Frieden, der bringt: Sicherheit in strategischer Hinsicht, Schutz des Westens und Sicherung unserer wirtschaftlichen Zukunft. Und wenn Frankreich und England eine größere Kriegsschädigung auferlegt werden kann, stimmen wir ohne Sentimentalität zu. (Lebhafte Zustimmung.) Wichtiger sind aber günstige Handelsverträge und Sicherung des Bezugs von Rohstoffen. (Lebhafte Sehr richtig!) Die christlich-nationale Arbeiterbewegung hat im Gegensatz zu andern Kreisen den Krieg mit den Vereinigten Staaten weniger leicht genommen, und das aus wirtschaftlichen Gründen. Durch die Teilnahme der Vereinigten Staaten wird der Frieden in wirtschafts-politischer Hinsicht äußerst kompliziert, und das ist für uns Arbeiter das Entscheidende. Aus denselben Gründen haben wir dem unbeschränkten U-Bootkrieg lange zögernd gegenübergestanden. Nachdem er aber erklärt ist und die Oberste Heeresleitung ihn als notwendig bezeichnet hat, muß er durchgeführt werden. Wogegen wir aber sind, das sind die Bestrebungen der Kreise, die in Gebietsverweiterungen nicht genug bekommen können. Wie die Gemeinschaft mit den extremen rechtsstehenden Kreisen, so lehnen wir auch die Friedensformel der Sozialdemokratie entschieden ab, die einen Frieden ohne Annexionen und ohne Kriegsschädigungen fordert. Wenn wir einen solchen Frieden bekommen müßten, so wäre das für uns sehr schädlich, aber ihn fordern, ist noch schädlicher. Wenn die Frage gestellt ist, ob Machtfrieden oder Verständigungsfrieden, so sind wir unter allen Umständen für einen Machtfrieden, wenn wir ihn verlangen können. (Lebhafte Zustimmung.) Die internationale Völkerverbrüderung ist in der Geschichte nie verwirklicht worden und wird in Zukunft nie verwirklicht werden. (Sehr wahr!) Wir glauben nicht daran, daß ein Verständigungsfrieden von Dauer ist. Wir haben gesehen, wie Frankreich sich als Rentnerrolle betätigte, wie England andere Völker für sich arbeiten ließ. Deutschland war von jeher ein Arbeitsvolk. Es wird in der Geschichte nie erreicht werden, daß Völker auf einen gleichmäßigen Stand der Zivilisation anlangen und anhalten. Hochstehende Völker sind leicht geneigt, zu verweichlichen. Starke Nationen wollen nicht für alle Zeiten sich als Trabanten anderer Völker betätigen und ihren Bevölkerungüberschuß an andre Völker abgeben. Von einem Verständigungsfrieden mit England kann keine Rede sein, solange ein Machtfrieden möglich ist. Aber nur die Oberste Heeresleitung und die Reichsregierung können die gesamte Lage übersehen und die Entscheidung treffen. Für die überspannten Kriegswüteriche wird man nach einer Reihe von Jahren, wenn man sagen darf, was heute noch nicht ausgesprochen werden kann, nur ein Achselzucken haben. Das sind dieselben Leute, die einen großen Lärm machten, als anfangs der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts Helgoland gegen Sansibar ausgetauscht wurde. Heute ist uns Helgoland mehr wert. (Sehr lebhafte Zustimmung.)

Für die Neuordnung der innerstaatlichen Verhältnisse in Deutschland und in Preußen hat die christlich-nationale Arbeiterbewegung die Auffassung, daß es keinen Staatsmann gibt, der nach den gewaltigen Geschehnissen dieser Kriegsjahre nach dem Kriege dort anfangen könnte, wo im August 1914 aufgehört wurde. Die Osterbotschaft des Kaisers sagte mit Recht, daß der in Deutschland seit langem gepflegte nationale und soziale Geist uns die im Kriege hervorgetretene Stärke gegeben habe. Das Zentralproblem unserer innern Politik besteht in der Doppelfrage: 1. Wie kann Preußen unter Berücksichtigung seiner Eigenart eine neue Grundlage gegeben werden? 2. Wie kann eine Brücke zwischen Staat und Arbeiterchaft hergestellt werden? Die gesamte Politik hat sich nach dem Kriege zu orientieren nach den Interessen des Staates und nicht nach den Wünschen dieser oder jener Partei. Wir sagen: Erst das Vaterland, dann die Partei, erst das Vaterland, dann die Organisation! Wir wollen keine einseitige Herrschaft, weder im Reiche noch in Preußen. Wir bekämpfen die Klassenherrschaft von oben und widersehen uns einer Massenerrschaft von unten. Nur müssen die breiten Volksschichten sowohl in der gewerkschaftlichen Organisation wie im Staatsleben mitraten und mitreden können. Wir lassen uns auch nicht blenden durch den Begriff der Demokratie. Wir haben keine Sehnsucht nach einer Demokratie wie in Frankreich und den Vereinigten Staaten. Auch die Schattenmonarchie in England, in Rumänien bilden für uns kein Ideal. Wir wollen auch kein parlamentarisches Regiment. Wir sind dagegen, daß die Minister aus den Parteien genommen werden. Wir wollen erstens eine starke Monarchie, die nicht durch eine Oberschicht, sondern durch breite Volksschichten getragen wird. Wir wollen, daß der Monarch ein großes Maß Rechte durch die Verfassung und die Staatsstruktur eingeräumt bekommt. Wir wollen ein Beamtentum, das der Monarch zu ernennen hat, und das sich nicht klassisch im Sinne einzelner Volksschichten oder Parteien zu betätigen braucht. Wir wollen, daß das Offizierkorps dem Kaiser unterstellt bleibt. Wir wollen zweitens ein aus allen Kreisen des Volks zusammengesetztes Abgeordnetenhaus. Wir sind gegen ein Pluralwahlrecht und gegen ein Ständewahlrecht. Das Wahlrecht für das Abgeordnetenhaus ist dem Reichstagswahlrecht anzupassen. Wir sind für das allgemeine, direkte, geheime und gleiche Wahlrecht zum preussischen Abgeordnetenhause (stürmische Zustimmung). daneben soll aber das System der Verhältniswahl durchgeführt werden. Wir sind auch für zwei Kammern. Die Erste Kammer soll sich zusammensetzen aus allen tüchtigen und führenden Köpfen des Volkes. Auch die Arbeiter müßten gleichmäßig beteiligt sein und nicht bloß einige Konzessions-schulzen bekommen. Weiter könnte man vorsehen, daß Grundfragen des Staates nicht durch einfache Mehrheit entschieden werden können. Im ganzen wollen wir, daß alle Schichten des Volkes gleichmäßig zur Mitarbeit im Staate herangezogen werden.

Damit ist auch die zweite Frage beantwortet, wie eine Verbindungsbrücke zwischen Staat und Arbeiterchaft hergestellt werden kann. Versuche zur Herstellung einer solchen Brücke sind schon gemacht worden, zuerst von Bismarck bei der Schaffung der Arbeiterversicherungsgesetze. Die Arbeiter sollten für den Staatsgedanken gewonnen werden, dieser Gedanke hat sich auch bewährt. Ohne unsere soziale Befehgebung besäße unser Heer seine jetzige Kraft nicht. Auch hat diese Befehgebung zur Kräftigung des Reichsgedankens beigetragen und hat in den Köpfen der Arbeiter den Gedanken festgelegt, daß sie bei dem jetzigen Kriege etwas zu verlieren haben. Aber was Bismarck nicht richtig eingeschätzt hat, das war die Psyche der breiten Masse der Arbeiterchaft. Diese wollte auch im Rahmen des Staates genügend gewürdigt werden. So ist der erste Versuch fehlgeschlagen, auch der zweite beim Regierungsantritt des jetzigen Kaisers und ebenso ein Versuch des Fürsten Bülow. Im jetzigen Kriege ist nun ein neuer Versuch zur Herstellung eines angemessenen Verhältnisses zwischen der oppositionell-gerichteten Arbeiterchaft und dem Staat gemacht worden. Sollte auch dieser Versuch scheitern, dann erwachsen der national-gerichteten Arbeiterbewegung neue gewaltige Aufgaben. Wir wünschen, daß ein Verhältnis zwischen Staat und der gesamten Arbeiterchaft gefunden werden möge. Wenn nicht, dann werden wir nach dem Kriege auf dem Posten sein. Die Vorbereitungen sind getroffen, das Programm ist ausgearbeitet. Nun wird es auch Zeit, daß Staat und politische Welt sich

Aufgaben der modernen Arbeiterpolitik.

Von Landmarschall Prinz Alois von und zu Liechtenstein,
Mitglied des österreichischen Herrenhauses.

Im Nachstehenden folgen wir den Ausführungen, die Prinz Alois von und zu Liechtenstein auf dem letzten Abende der Gesellschaft für Christliche Soziologie vortrug. Die Darlegungen des Chefs der christlich-sozialen Partei beanspruchen die höchste prinzipielle Bedeutung für die praktische christliche Sozialpolitik in Oesterreich. Sie enthalten ein fundamentalprogramm.

Die Redaktion.

Ich fürchte, daß ich durch meine heutigen Darlegungen eher befremden als überzeugen werde. Es ist das gewöhnliche Schicksal der Leute, welche für eine schwierige Frage eine verhältnismäßig einfache Lösung suchen. Sie liegt in der Tat weit ab von den ausgehenden Wegen. Es ist jedoch die Pflicht des Mannes, der im öffentlichen Leben steht, die Wahrheit, die er erkannt hat, ohne Umschweife und möglichst klar auszusprechen.

Es ist gerade jetzt die höchste Zeit, sich mit der Lösung der sozialen Fragen ernstlich zu befassen. Der Umsturz in Rußland, die Ankündigung einer Wahlreform für Preußen durch den deutschen Reichszentralrat Bethmann-Hollweg und durch Seine Majestät unseren Kaiser für Ungarn an den Grafen Tisza, lassen sich nicht anders deuten, als daß die Bestrebungen der europäischen Lohnarbeiterschaft einer ganzen oder teilweisen Erfüllung entgegenreisen. Praktischen Erfolg haben die Wünsche der Lohnarbeiter, so weit sie berechtigt sind, bisher nur in Australien und Neuseeland gefunden. Dort ist der Ruhepunkt, die Gleichgewichtslage so ziemlich erreicht. Es steht der Öffentlichkeit eine kleine Arbeit, die ich vor ein paar Jahren darüber geschrieben habe, zur Verfügung. Man kann daraus das Wesentliche über die dortige wirtschaftlich legislative Entwicklung erfahren.

Wir müssen genau unterscheiden zwischen der Lohnarbeiterschaft und der Sozialdemokratie, der Partei, welche derzeit die überwiegende Masse derselben politisch führt.

Parteien wachsen und schwinden, verwandeln sich bis zur Unkenntlichkeit bei gleichbleibendem Namen; unverändert erhält sich nur die Sehnsucht des Volkes nach besserem Wohlergehen.

Die Ziele der Arbeiterschaft sind berechtigt und erreichbar; jene der Sozialdemokratie sind weder das eine noch das andere. Die Arbeiter streben festen Besitz, zunehmendes Auskommen, geistigen und materiellen Fortschritt an; also einen Zustand, welchen im Mittelalter die gewerbliche Bevölkerung trotz höchst primitiver technischer Hilfsmittel durch Jahrhunderte in allen christlichen Ländern genossen hat.

In unserer technisch so hoch entwickelten Kultur, nach so glänzenden Entdeckungen und Erfindungen, welche die Arbeit erleichtern, haben die Arbeiter unserer Tage ohne Zweifel den Anspruch, dieses Ziel ebenfalls zu erreichen.

Die Sozialdemokratie hingegen begehrt die Vergesellschaftung der Betriebs- und Arbeitsmittel, also die Beraubung anderer sozialer Klassen. Das ist angesichts der durch die Maschinerie, die Arbeitsräume, und das Reihkapital bedingten Konzentration eine Utopie und gegenüber anderen ehrlich erwerbenden Klassen ein Unrecht.

Mit diesem grundstürzenden Programm verqu coasten republikanische Tendenzen und Feindschaft wider die christliche Religion, ja wieder jeden positiven Glauben; also Forderungen, die unseren heiligsten Gefühlen Hohn sprechen und mit der wirtschaftlichen Wohlfahrt der Arbeiter wahrhaftig nichts zu tun haben.

Die Existenz und das bedrohliche Anschwellen der Sozialdemokratie ist ein Symptom einer Erkrankung der modernen Völker. Wir sind alle daran schuld: die Staaten und ihre Bürokratien, die Gesellschaft und ihre erwerbenden und gebildeten Klassen, die politischen und nationalen Parteien, und ihr Haber unter einander, der sie ablenkt von höchst dringenden unausschiebbaren Reformen. Mitunter kommen sie mir vor wie Leute, die auf dem Bahngelände, während der Schnellzug heranbraust, achtlos weiter balgen! Die Sozialdemokratie ist ein Symptom, nicht die Ursache des Übels, noch weniger eine Arznei desselben. Sie nährt sich von der Unzufriedenheit der industriellen Volksmassen und so viel sie vermag, steigert sie diese Unzufriedenheit.

Ich erwähnte, daß wir alle schuld sind an der akuten Verschlimmerung der sozialen Frage: Staat, Gesellschaft, Parteien. Der Staat, weil er bisher nur für die

äußere Ordnung innerhalb seines Gebietes sorgt, und nicht die Ordnung der Güterproduktion, die richtige Verteilung des Ertrages ins Auge faßt. Die Gesellschaft, weil instinktiv jede Klasse nur den eigenen Vorteil und die eigene Elbogenfreiheit sucht, statt des Gemeinwohls zu denken, dem sich doch alle unterordnen müssen; die Parteien, weil sie, von politischen und nationalen Schlagworten beherrscht, nur zu oft die konkreten, materiell praktischen Bedürfnisse des Volkes übersehen.

Drei Elemente sind es, deren Zusammenwirken den Erfolg der modernen Großindustrie bedingt:

Der Bankkredit des mobilen Kapitals;

die Führerschaft des Unternehmertums;

die physische Kraft der Lohnarbeiter.

Keines dieser drei Elemente ist entbehrlich. Sie sind historisch unzertrennlich, sind miteinander verwachsen und groß geworden. Von ihrer Harmonie hängt das Gedeihen, ja der Bestand der Großindustrie ab. Jeder Uebergriff eines dieser Elemente wirkt störend aufs Ganze, stellt es in Frage, denn sie ergänzen einander wie Nahrung, Muskelkraft und Seele im menschlichen Körper. Freilich hat jeder Teil in diesem komplizierten Organismus spezielle Interessen, die er zu wahren entschlossen ist. Die moderne Gütererzeugung fußt auf dem energischen Triebe, unter eigener voller Verantwortung möglichst hohen Gewinn zu erzielen. Es ist naive und gefährliche Schwärmererei sich die Großindustrie ohne Reihkapital und ohne Unternehmertum vorzustellen. Man läßt sich ebenso gut einen Dampfer ohne Kapitän und ohne Feuerung denken. Wir haben die immerhin heilige Mission, alle drei Elemente in jene Schranken zu weisen, welche der Zweck erheischt.

Das Geldkapital sucht Prozente und Sicherheit, das Unternehmertum Nutzen, womöglich Reichtum. Ohne diese Aussicht ziehen sie sich aus dem Geschäft zurück und es liegt darnieder.

Der Gesetzgeber hat mit dem menschlichen Erwerbstriebe zu rechnen, ihn als selbstverständlich anzuerkennen und ihn nur aus sittlichen Motiven und aus Rücksichten des Gemeinwohles auf das erlaubte Maß einzudämmen.

Das dritte für uns Christlichsoziale wichtigste, an erster Stelle zu bewertende Element der Gütererzeugung, die Lohnarbeiterschaft, strebt die Sicherung und fortschreitende Hebung ihres Einkommens, nebstbei eigenen festen, unverlierbaren Besitz an.

Es ist unsere Pflicht, im Interesse des Friedens und des Fortschrittes der modernen Gesellschaft die Arbeiterschaft zu einem neuen Mittelstande emporzuheben. Nur solche Parteien haben in unserer demokratischen Zeit eine Zukunft, die in ihr Programm die Förderung der Lohnarbeiterschaft als einen Hauptpunkt aufnehmen.

Ohne einen zwar vorsichtigen und schonenden, aber doch entschiedenen Eingriff der Staatsgewalt als oberster Instanz des Volkswillens läßt sich nicht in dieser schwierigen Materie abhelfen. Fort mit dem Manchestertum, dem Laisser faire, Laisser aller! Während des Weltkrieges, der ja eine neue Aera wenn auch keine Erneuerung der Menschheit zu bringen scheint, hat sich die Staatsgewalt schon um der Notdurft der Völker zu genügen, in manche Bereiche eingemischt, die ihr bis dahin fremd waren; nicht immer mit Glück und Geschick, weil ihr die Erfahrung fehlte. Mögen unsere Staatslenker ja nicht glauben, daß sie nach Friedensschluß die Hände in den Schoß werden legen dürfen. Die Zeit, ihre Neutralität in Fragen der Volkswirtschaft sind ein für allemal vorüber. Sie werden wie der Deus ex machina in der antiken Komödie einschreiten müssen, um die ersten sozialen Probleme, die unser harren, zu lösen.

Bisher hat die Masse der Industrie- und Bergwerksarbeiter, das sogenannte Klassenbewußte Proletariat, nebst dem Tribute an die Sozialdemokratie für ihre Wahl- und Wählarbeit, regelmäßige Einzahlungen an die Gewerkschaftsklassen geleistet, welche die Erspar-

nisse während der ungestörten Arbeitsperioden im Falle eines Streiks für den Unterhalt der Feiernden ausgaben.

Das bedeutete eine doppelte Einbuße: Selbst im Falle siegreichen Ausgangs des Streiks waren die Ersparnisse der Arbeiter verloren und der Lohnentgang während der Dauer erzwungenen Stillstandes der Geschäfte war ebenfalls höchst empfindlich. Der Streik ist also wie jeder Krieg eine zwar mitunter notwendige Anwendung der Selbsthilfe, er ist aber ein zweischneidiges Schwert, das nicht bloß den Unternehmer, sondern auch die Arbeiter verwundet, nebstbei auch die Allgemeinheit hart trifft, weil die Produktion stille steht, also verteuert wird. Der Streik ist zumeist auch eine überflüssige Kraftprobe, weil bei günstiger Konjunktur die Löhne, schon um sie auszumühen, vom Unternehmer freiwillig erhöht werden, bei flauem Geschäftsgange der Streik von ihm als willkommener Anlaß begrüßt wird, um Halbtagarbeit einzuführen oder die Fabrik zu sperren. Der Streik ist also eine abnorme, unheißvolle, eine eminent antisoziale Erscheinung, eine eiternde Beule, ein Tumor, der unsere moderne Kultur verunstaltet; ein Klassenkampf, der bei Siegern und Besiegten lebensschädliche Bitterkeit hinterläßt; eine Spannung zwischen Klassen, deren friedliches Einvernehmen gerade die Vorbedingung des Erfolges ist.

Wir finden, daß dem Staate, der bis nun bloß ein Polizeiaufgebot zur Aufrechterhaltung der äußeren Ordnung bietet, eine edlere, vornehmere, gottgewollte Rolle geziemen würde, daß er zu diesem Zwecke als natürlicher geborener Unparteiischer das Schiedsrichteramt auszuüben hat. Nicht jedoch bloß im Falle der Not, wann schon das Feuer am Dache ist, sondern ständig und ununterbrochen: Ich denke mir permanente Behörden, die zu gleichen Teilen aus Vertretern der Arbeiter und der Unternehmer, unter Vorsitz staatlicher Funktionäre tagen, welche letztere dirigieren und als oberste Instanz entscheiden.

Freilich muß ihr Urteil ausführbar, für beide Teile annehmbar lauten. Es seien die notwendigen Vorbedingungen hierfür, ja für die Funktion des staatlichen Schiedsrichteramtes überhaupt aufgezählt:

Erstens eine ausgiebige Schutzsille, welche die inländische Produktion gegen den Einbruch der fremden Konkurrenz verteidigen.

Zweitens obligatorische Kartellierung der Industrie mit einer Staatsaufsicht, welche Produzenten und Konsumenten gleichmäßig berücksichtigt.

Drittens eine Kontrolle des Staates über die Geldinstitute, welche der Industrie einen fortlaufenden, billigen, kulanten Bankkredit unter allen Umständen gewährleistet.

Ich bin gewiß Autonomist, keineswegs ein Freund der Staatsallmacht; aber es gibt Gebiete, welche bisher individueller Willkür anheimgegeben waren, welche der Staat, um das Gemeinwohl zu wahren, einschränken müssen.

Erstens: Wir bedürfen eines ausgiebigen Schutzzollens. Ihre Blüte verbannt jede Industrie anfänglich und auch andauernd dem protektionistischen System. Das ist eine historische Tatsache, an welcher die Phrasen des Händlertums nie rütteln werden. Auch ihre Exportfähigkeit gründet sich zunächst auf der Beherrschung des heimischen Marktes.

Das jüngste Schlagwort von Mitteleuropa in allen Ehren! Ein glänzender Schriftsteller hat uns damit geblendet aber nicht überzeugt. Wie jeder Mensch sich selbst der Nächste ist, so nimmt die vaterländische Produktion vernünftiger- und berechtigterweise das eigene, nächstliegende Absatzgebiet in Anspruch; auf dieses nimmt sie in erster Linie Bedacht.

Zweitens: Wir brauchen die obligatorische Kartellierung der Großindustrie unter staatlicher Aufsicht. So wie die Betriebe gegen ausländische Konkurrenz des Zollschutzes bedürfen, ist es auch notwendig, daß sie sich gegen die Schleuderpreise der eigenen Erwerbsgenossen wehren können.

Der Bedarf des inländischen Konsums würde also beiläufig, schätzungsweise festgestellt, dementsprechend die Produktion unter den Betrieben vom Staate repariert und der Verkaufspreis fürs Inland vom Staate fixiert. Nur die den inländischen Konsum übersteigende Produktion für den Export ins Ausland wäre von der Preisregulierung ausgenommen. Damit ist der Ertrag der industriellen Großbetriebe dem Risiko entzogen und so ziemlich sichergestellt.

Es muß aber noch eine dritte Kategorie von Maßnahmen hinzutreten, um die Unternehmer vollends aus der Gefahrenzone eines eventuellen Defizits herauszuführen. Der Staat, als Repräsentant des Volkes, sollte eine weit eingehendere Kontrolle über die Geldinstitute erlangen, als jene, mehr minder nominelle, die ihm jetzt zusteht. Der Kreis seiner Kompetenz sollte erweitert werden. Wie alles und alle sich gewisse Schranken gefallen lassen, möge in Hinblick auch der Profit, der aus dem Kredite erfließt, das Maß des sittlichen Erlaubten und Gemeinnützigen nicht übersteigen. Das mobile Kapital soll das Erwerbsleben befruchten, nicht bedrücken. Ereignisse der jüngsten Vergangenheit haben uns gelehrt, daß die Warenabteilungen vieler Banken Wucher und Preistreiberei im großen sich leider zu Schulden haben kommen lassen. Einige wenige Raubfische zappeln im

re r
bung
unter
in
rück
den,
das
erst
erter
Seiten
geln,
e ge
oder
st zu
nach
dem
form
so
schaft
deren
den
von
aus-
und
msti,
ulich
lasen
wird
eider
zial-
Der
ides;
aner,
die
harte
enen
eifer

13. IV. 1917

58

Landesminister Dr. Urban über die Krieg- und Friedenswirtschaft.

fördert. Soweit diese Zusammenfassung sich als ein unabweisliches Kriegsgebot erwiesen hat, läßt sich dagegen wohl nichts einwenden. Es wäre jedoch verfehlt, das, was in einzelnen Fällen geschehen mußte, als eine allgemein gültige Richtschnur für unsere Industriepolitik anzuerkennen und diese Konzentration systematisch zwangsweise auszugestalten, zumal es erwiesen ist, daß bei einer großen Zahl von Betriebszweigen die aus einer solchen Zusammenlegung erwarteten technischen und ökonomischen Vorteile sich gar nicht einstellen können.

Wir werden allerdings nach dem Kriege mancherlei Wandlungen unserer früheren volkswirtschaftlichen Anschauungen erleben und besonders auf dem Gebiete der sozialen Reformen neue Richtlinien verfolgen müssen, wobei rasch und in großen Zügen gehandelt werden muß. So wird auch nach Beendigung des Krieges auf vielen Gebieten unseres Wirtschaftslebens das freie Spiel der Kräfte nicht sofort einsetzen können, vielmehr eine Fortsetzung des Eingreifens der Staatsgewalt in den Prozeß der industriellen Produktion und des kommerziellen Verkehrs unabweislich sein, hauptsächlich so weit dies die Reetablierung unserer Volkswirtschaft erfordert. Wir wissen heute noch nicht, ob unsere Feinde die von ihnen nach Friedensschluß angeordnete Fortsetzung des Handelskrieges auch werden durchsetzen wollen und können; jedenfalls müssen wir zur Abwehrbereitschaft alle unsere wirtschaftlichen Kräfte zusammenfassen.

Die Organisation der Uebergangswirtschaft.

Damit aber stehen wir vor der Aufgabe, eine planmäßige Organisation unserer Uebergangswirtschaft durchzuführen und die Kriegswirtschaft wiederum in die Friedenswirtschaft organisch hinüberzuleiten. Für alle diesfalls zu treffenden staatlichen Maßnahmen wird als Grundsatz gelten müssen, daß ihre Berechtigung nur aus den außerordentlichen Verhältnissen abzuleiten ist, unter denen wir leider noch geraume Zeit nach Kriegsende leben werden und die es notwendig machen werden, manche Sonderinteressen den Interessen der Gesamtheit unterzuordnen. Für die Tendenz dieses staatlichen Einflusses soll aber als Richtschnur gelten, daß diesem als Ziel vorzuschweben muß, die Sphären der Freiheit des wirtschaftlichen Lebens und die Selbstverantwortlichkeit des einzelnen grundsätzlich zu wahren und alles zu vermeiden, was geeignet wäre, die individuelle Unternehmungslust und Schaffenskraft zu lähmen. Zur Wiederaufrichtung unseres Wirtschaftslebens und zur Tragung der ungeheuren Kriegslasten wird es ohnehin der höchsten Anspannung unserer industriellen Kräfte bedürfen. Um so mehr ist es zu bedauern, daß manche industrielle und kommerzielle Kreise in letzter Zeit ungerechtfertigten Angriffen ausgesetzt wurden. Gewiß wird das allgemeine Volksurteil, welches über die in der Kriegszeit emporgelommenen Schädlinge der Gesellschaft die verdiente Acht ausspricht, nirgends eine kräftigere Billigung finden als in den Kreisen des legitimen Handels und Verkehrs.

Dafür aber muß das solide, gesunde, schaffende Unternehmertum den ihm gebührenden Schutz für seine Stellung in der Wirtschaftsordnung in Anspruch nehmen und die Abwehr aller jener Tendenzen verlangen, die geeignet wären, das natürliche Gleichgewicht in unserem Wirtschaftsleben zu beeinträchtigen.

Nur gegen die erwähnten Auswüchse im Arverbestehen sind die Absichten der kaiserlichen Verordnung vom 24. März betreffend die Versorgung der Bevölkerung mit Bedarfsgegenständen gerichtet. Dies ist auch in einer jeden Zweifel ausschließenden Weise in dem zur Veröffentlichung gelangten Erlaß des Justizministeriums vom 24. April zum Ausdruck gebracht worden. Insbesondere wird in demselben auch ausdrücklich auf die Notwendigkeit hingewiesen, die im Interesse der Versorgung der Bevölkerung sich betätigenden Kreise der Produktion und des Handels in ihrer legitimen Tätigkeit nicht zu stören.

Der gesunde Unternehmungsgeist, auf dessen kraftvoller Betätigung unsere Volkswirtschaft gerade in der Zeit der Ueberleitung zum Frieden angewiesen sein wird, soll daher in seiner Entfaltung auch unter der Wirksamkeit dieser kaiserlichen Verordnung in keiner Weise gehindert werden; im Gegenteil wird es die Aufgabe der Regierung sein, alle beruflichen Kräfte sich voll entfalten zu lassen, damit nicht nur die Schäden, die der Krieg mit sich bringen mußte, wieder gutgemacht, sondern auch das Emporblühen unserer Volkswirtschaft durch eine auf die höchste Leistungsfähigkeit gesteigerte Produktivität gesichert werde. — Die Behandlung der großen wirtschaftlichen und sozialen Probleme des Ueberganges zur Friedenswirtschaft nimmt gegenwärtig im Handelsministerium einen großen Teil seiner Geschäftsführung in Anspruch. Es läßt sich gegenwärtig noch nicht übersehen, welche Anforderungen die Demobilisierung unseres Wirtschaftslebens an uns stellen wird, doch können wir annehmen, daß sie noch schwieriger sein wird, als dessen Mobilisierung. Das Generalkommissariat für die Kriegs- und Uebergangswirtschaft soll im Verein mit der eingesezten interministeriellen Kommission ein einheitliches Vorgehen der beteiligten Zentralstellen und eine konzentrische Geschäftsführung des Handelsministeriums ermöglichen.

Dazu wird der Hauptausschuß für die Kriegs- und Uebergangswirtschaft treten, in dem alle Interessentengruppen eine entsprechende Vertretung finden sollen.

Dem der Schwerpunkt der Organisation liegt eben darin, daß den Interessenten bei allen Maßnahmen, die in der Uebergangszeit ergriffen werden sollen, das erste Wort zukommen und daß es ihnen obliegen wird, auch die Durchführung der beschlossenen Maßnahmen zu übernehmen. Unsere Absicht ist, für die Durchführung aller dieser Angelegenheiten eine neue wirtschaftliche Selbstverwaltung zu schaffen, die bei ihrer Tätigkeit mit der staatlichen Verwaltung in enger Fühlung bleibt. Auf diese Weise wollen wir mit der Hilfe und der Unterstützung einerseits der Kriegs- und Wirtschaftsverbände, andererseits der freien industriellen Organisationen, zu denen auch Ihr Bund gehört, dessen Präsident in den Hauptausschuß berufen werden wird, an die Aufgabe herantreten, unsere Volkswirtschaft auf neuen Grundlagen wieder aufzubauen, die — wie wir zuversichtlich hoffen dürfen — eine segensreiche Entwicklung verbürgen!

Die Neuregelung der landespolitischen Verhältnisse.

Zu den wichtigsten Aufgaben meines Ressorts zählt ferner die Neuregelung unserer handelspolitischen Verhältnisse. Sie hätte schon im heurigen Jahre eintreten sollen, jedoch der Krieg hat dies verhindert, die Situation einschneidend geändert und die Voraussetzungen der Ordnung unserer wirtschaftlichen Beziehungen zum Auslande ins Ungewisse gestellt. Aus der Ungewißheit dieser Verhältnisse darf jedoch nicht gefolgert werden, daß die Vorbereitungen zur handelspolitischen Neuordnung auf jenen Zeitpunkt verschoben werden können, in dem die Verhältnisse zum entschlossenen Handeln reif geworden sind.

Im Gegenteil, wir müssen mit verdoppelter Anstrengung schon jetzt daran arbeiten, uns durch die Wirren der gestörten Zusammenhänge unseres Wirtschaftslebens mit denen der andern Staaten unsern Weg zu bahnen.

Es ist bekannt, daß durch den Abschluß der Ausgleichsverhandlungen mit Ungarn unsere handelspolitische Aktionsfreiheit nach außen hergestellt ist. Hieron und von den Möglichkeiten, die der Krieg trotz unglücklicher Erschwernisse uns eröffnet hat, werden wir Gebrauch machen, um zunächst eine engere wirtschaftspolitische Verbindung mit dem Deutschen Reich anzubahnen und sodann mit diesem und unsern andern Bundesgenossen auch die übrigen internationalen Handelsbeziehungen neu zu gestalten. Wir werden uns in letzterer Hinsicht nicht von aggressiver Handelsfeindseligkeit leiten lassen, durch die jeder Staat die andern, aber auch sich selbst schädigt, sondern wir werden alle unsere Bemühungen darauf richten,

möglichst günstige Bedingungen für den wechselseitigen Weltverkehr zu schaffen. Jedenfalls werden wir in der Förderung unseres Auslandsabsatzes eine unserer wichtigsten Aufgaben erblicken und diese mit der Entwicklung unserer Hilfsquellen im Innern des Landes und mit der möglichsten Rationalisierung unseres gesamten Wirtschaftsbetriebes in enge Verbindung bringen, wobei wir hoffen, daß der Grundfah der höchsten Steigerung der produktiven Arbeit vereint mit der Erzielung des größten ökonomischen Nutzeffektes als der kategorische Imperativ für unser Wirtschaftsleben in der Zukunft allgemein zur Anerkennung gelangen wird.

Die wiederholt von lebhaften Zustimmungsgedungen unterbrochene Rede des Handelsministers löste bei der Versammlung stürmischen Beifall aus. Präsident Better dankte dem Minister und sprach die Hoffnung aus, daß es dem Minister auch möglich sein werde, seine Pläne zur Ausführung zu bringen.

Nach Genehmigung des Rechnungsabchlusses und Revisionsberichtes und nach Durchführung der Wahlen in das Präsidium und den Zentralausschuß des Bundes erteilte der Vorsitzende dem Vizepräsidenten kaiserlichen Rat Dr. Johann Aupfiter das Wort zur Erstattung seines Referats. — Doktor Aupfiter bemerkte einleitend, daß er von seiner Uebergangswirtschaft spreche, die mit dem Tage des Friedensschlusses einsetze. Wie die Wirtschaft dann gestaltet werden soll, ob Zentralen und Kriegsausschüsse weiter in Wirksamkeit zu bleiben haben, ob die staatliche Regelung von Import, Erzeugung, Absatz und Preisen Platz greifen oder von diesem Augenblick an die Verkehrsfreiheit zur Geltung gelangen soll, das sind die Fragen, bei deren Beantwortung die Gegensätze der Anschauungen heftig aufeinanderstießen. Gegenüber der Bestimmtheit, mit welcher die Staatssozialisten die weitere Betätigung des Staatseinflusses auf das wirtschaftliche Leben vorherzusagen und als notwendig bezeichnen, steht Redner auf dem Standpunkt, daß der durch den Krieg zerrissene Faden der Kontinuität der wirtschaftlichen Entwicklung wieder angeknüpft werden könne und solle. Die Steuerlast, die aus der großen Verschuldung resultiert, wird zwar ungeheuer sein, aber nur die höchste Anspannung der Einzelkräfte in Industrie, Handel, Gewerbe und Landwirtschaft wird dieser Last gewachsen sein. Eines sei sicher, daß namentlich der industrielle und kaufmännische Mittelstand durch die Fortdauer der bestehenden Organisationen auf das schwerste geschädigt, ja in seiner Existenz bedroht würde. Die Valuta für die Bezüge aus dem Auslande an Rohstoffen, Nahrungsmitteln und Genussmitteln werde wohl Hunderte von Millionen in Anspruch nehmen, allein die Furcht vor einer weiteren Entwertung unserer Währung sei jedenfalls übertrieben.

Redner bespricht weiter die Frage des Schiffsraumes, die dahin entschieden betrachtet werden muß, daß wir eher zu viel als zu wenig davon haben werden, und richtet den Appell an die Regierung, daß sie den Schlachtraß des deutschen Reichsaufmarsches für den Frieden: „Freie Bahn dem Tüchtigen“ auch zu den übrigen machen möge; ihre Aufgabe wäre es, alle Hemmnisse, die der Produktion entgegenstehen, aus dem Weg zu räumen, zu welchen Hemmnissen nicht am wenigsten die Industrie- und kapitalfeindlichen Institute gezählt werden müssen. Von dem Handelsamt erwartet die Industrie jene Beeinflussung des öffentlichen Geistes, die die Gefahr verhütet, daß der Produzent sich verdrossen zurückziehe und Rentner werde, was wohl das größte und unüberwindliche Unheil wäre, das dem Vaterland zustoßen könnte. (Lebhafter Beifall.)

Geheimer Rat Sektionschef Dr. Medel erbittet das Wort, um Mißverständnissen und falschen Schlagworten entgegenzutreten. Bei der Uebergangswirtschaft handle es sich nicht bloß um die Fragen der Valuta, der Rohstoffbeschaffung und des Schiffsraumes, sondern um eine ganze Fülle von Aufgaben der industriellen Verwaltung. In Deutschland werde in den Kreisen der Industrie und sogar des Handels von weitgehenden Beschränkungen in der ersten Zeit des Krieges als von etwas Unausbleiblichem gesprochen. In neutralen Ländern sei man der Meinung, daß sich die handelspolitischen Vereinbarungen nicht in Form von Handelsverträgen, sondern vorerst in Form von kaufmännischen Geschäften über die Ausfuhr bestimmter Quantitäten und Qualitäten von Waren bewegen werden. Es sei richtig, daß die geschaffenen Kriegsorganisationen nicht zu aller Zufriedenheit funktionieren, sie müssen eben sämmerzen, weil die Beschränkung ihr Zweck sei. Auch jene Industrien, welche inländische Rohstoffe verarbeiten, werden nicht sofort exportieren können, weil ihnen das Rohmaterial fehlen wird.

leitenden Männer der Austro-Americana zählen zu den
Zierden der Reederei Oesterreichs, das Aufblühen unserer
Handelschiffahrt ist gerade mit ihrem Wirken engst verknüpft
und erst in der allerletzten Zeit haben sie ihren gesunden,
guten Blick vortrefflich bewährt. Die Austro-Americana war
noch im Jahre 1900 eine Karatistengesellschaft mit acht alten
„Kästen“. Damals vereinigte sie sich mit der Reederei der
Brüder Gosulich, dieser Reeder, um deren Besitz man uns auch
in Deutschland beneidet. Drei Jahre danach wurde die Unter-
nehmung in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Bei ihrer
Konstituierung hatte sie dann schon 17 Cargo-Dampfer mo-
dernen Typs für den Nordamerika-Frachtdienst zur Ver-
fügung. Dann kam das Cunard-Abkommen Ungarns über den
Auswandererverkehr, ein Ereignis, das die Austro-Ameri-

Wir wissen, daß große, schwere Lasten in finanzieller Be-
ziehung uns als Folgen des Krieges auferlegt werden und die
Industrie wird willig ihren Teil auf sich nehmen. Wir werden
dies tun, jedoch immer dafür kämpfen, daß die schweren Lasten
des Krieges auf alle Berufsstände gleich verteilt werden. Wir
werden dafür eintreten, daß nicht eine übermäßige Belastung die
Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkte hemmt, ein Postulat,
welches vielleicht leichter zu erfüllen sein wird, als vorher, weil
alle Staaten durch Generationen an den Kriegslasten zu tragen
haben werden. Wir wissen aber auch, daß die Anforderungen der
Sozialpolitik nicht ruhen werden, nicht ruhen können, und
die österreichische Industrie muß es als ihre Aufgabe erkennen,
sich gerechtfertigten sozialpolitischen Anforderungen nicht in den
Weg zu stellen. Wir werden hier nach mancher Richtung um-
lernen müssen. Wir werden aber auch hinaustreten müssen ins
öffentliche Leben, uns aktiv an der Politik betätigen, trachten
zu wissen, mitzuarbeiten bei allen großen Fragen, welche die Gegen-
wart und die Zukunft bewegen werden. Wenn die Industrie dies
als ihre Aufgabe ansieht, wird sie sich würdig erweisen der
heute Zeit.

Nach der mit lebhaftem Beifall aufgenommenen
Sprache des Vorsitzenden ergriff Handelsminister Doktor
Urban das Wort und äußerte u. a.:

Rede des Handelsministers.

Wir alle sind erfüllt von der Hoffnung, daß die heutige
Generalversammlung die letzte ist, welche noch in die Kriegszeit
fällt, und daß wir schon in der nächstjährigen Tagung in der Lage
werden, uns ein Gesamturteil zu bilden über die gewaltigen
Erfahrungen, welche der Krieg unserer gesamten Volkswirtschaft ein-
trägt hat, und über die Umformungen ökonomischer und sozialer
Natur, mit denen wir als einer dauernden Hinterlassenschaft des
Krieges auch in Zukunft zu rechnen haben werden. Als feststehende
Sache muß es gelten, daß die innere Struktur unserer Volkswirtschaft,
besonders jene der Industrie, durch die gezwungene Um-
fassung an die harte Zeit des Krieges Umgestaltungen er-
fahren hat, über deren volle Bedeutsamkeit und Tragweite uns
allerdings erst die Zukunft unterrichten wird. Die Wirtschaftsbilanz
des Krieges, für deren Abschluß uns noch gegenwärtig
manches Material fehlt, wird jedenfalls auf den Kurs unserer
Industriepolitik in der Zukunft bestimmend einwirken und
daher auch das Handelsamt vor neue, schwere, verantwortungsvolle
Aufgaben stellen.

Zahlreiche Unternehmungen, die ihren früheren Betriebs-
charakter aufzugeben gezwungen waren, oder die zu einer Betriebs-
einschränkung oder zu einer Einstellung gedrängt wurden, werden
bei Wiederaufnahme ihrer Tätigkeit in ihrer früheren Art und in
ihrem früheren Umfange jedenfalls vor großen Hemmungen
stehen. Es läßt sich voraussehen, daß in zahlreichen Fällen eine
vollständige Wiedereinsetzung in den vorigen Stand kaum möglich
sein wird, und diesfalls wird die staatliche Wirtschaftspolitik be-
müht sein, helfend und ratend einzugreifen. Auf vielen industriellen
Gebieten hat der Zwang der Verhältnisse den Konzentrations-
prozeß mächtig gefördert. Soweit diese Zusammenfassung
sich als ein unabweisliches Kriegsgebot erwiesen hat, läßt
sich dagegen wohl nichts einwenden. Es wäre jedoch verfehlt, das
was in einzelnen Fällen geschehen mußte, als eine allgemein gültige
Richtschnur für unsere Industriepolitik anzuerkennen und diese
Konzentration systematisch zwangsweise auszugestalten, zumal es
erwiesen ist, daß bei einer großen Zahl von Betriebszweigen die
aus einer solchen Zusammenlegung erwarteten technischen und öko-
nomischen Vorteile sich gar nicht einstellen können.

So wird auch nach Beendigung des Krieges auf vielen Ge-
bieten unseres Wirtschaftslebens das freie Spiel der Kräfte nicht
sofort einsetzen können, vielmehr eine Fortsetzung des Eingreifens
der Staatsgewalt in den Prozeß der industriellen Produk-
tion und des kommerziellen Verkehrs unvermeidlich sein, haupt-
sächlich soweit dies die Reetablierung unserer Volkswirtschaft
erfordert. Wir wissen heute noch nicht, ob unsere
Feinde die von ihnen nach Friedensschluß angebotene Fortsetzung
des Handelskrieges auch werden durchsetzen wollen und können;
jedoch müssen wir zur Abwehrbereitschaft alle unsere wirt-
schaftlichen Kräfte zusammenfassen.

Damit aber stehen wir vor der Aufgabe, eine planmäßige
Organisation unserer Uebergangswirtschaft durchzuführen und die
Kriegswirtschaft wiederum in die Friedenswirtschaft organisch
hinüberzuleiten.

Zur Wiederaufrichtung unseres Wirtschaftslebens und zur
Bewältigung der ungeheuren Kriegslasten wird es ohnehin der höchsten
Anspannung unserer industriellen Kräfte bedürfen. Umso mehr ist es
zu bedauern, daß manche industrielle und kommerzielle Kreise in
letzter Zeit ungerchtfertigten Angriffen ausgesetzt wurden.
Gewiß wird das allgemeine Volkswort, welches über die
in der Kriegszeit emporgekommenen Schädlinge der Gesell-
schaft die verdiente Acht ausdrückt, nirgends eine kräftigere
Billigung finden, als in den Kreisen des legitimen Handels
und Verkehrs. Dafür aber muß das solide, gesunde schaf-
fende Unternehmertum den ihm gebührenden Schutz
für seine Stellung in der Wirtschaftsordnung in Anspruch
nehmen und die Abwehr aller jener Tendenzen verlangen, die
geeignet wären, das natürliche Gleichgewicht in unserem Wirt-
schaftsleben zu beeinträchtigen. Nur gegen die erwähnten
Auswüchse im Erwerbsleben sind die Absichten der
kaiserlichen Verordnung vom 24. März betreffend die Versorgung
der Bevölkerung mit Bedarfsgegenständen gerichtet. Dies ist
auch in einer jeden Zweifel ausschließenden Weise in dem zur Veröffentlichung
gelangten Erlasse des Justizministeriums vom 24. April
zum Ausdruck gebracht worden. Insbesondere wird in demselben
auch ausdrücklich auf die Notwendigkeit hingewiesen, die im Inter-
esse der Versorgung der Bevölkerung sich betätigenden Kreise der
Produktion und des Handels in ihrer legitimen Tätigkeit nicht zu
stören. Der gesunde Unternehmungsgeist, auf dessen
kraftvoller Betätigung unsere Volkswirtschaft gerade in der Zeit
der Ueberleitung zum Frieden angewiesen sein wird, soll daher in
seiner Entfaltung auch unter der Wirksamkeit dieser kaiserlichen
Verordnung in keiner Weise gehindert werden; im
Gegenteil wird es die Aufgabe der Regierung sein, alle berufenen
Kräfte sich voll entfalten zu lassen, damit nicht nur die Schäden, die
der Krieg mit sich bringen mußte, wieder gutgemacht, sondern
auch das Emporblühen unserer Volkswirtschaft durch eine auf die
höchste Leistungsfähigkeit gesteigerte Produktivität gesichert werde.
Die Art der Lösung der Probleme der Uebergangswirtschaft liegt
derzeit noch völlig im Dunkeln. Unser Wirtschaftsleben im Kriege
wurde oft mit einem Fieberzustand verglichen, dessen verbleibende
Folgen für den ökonomischen Organismus erst dann hervortreten,
wenn der Gesundungsprozeß beginnt, und man hat nicht mit Unrecht
darauf hingewiesen, daß unsere Wirtschaft nach dem Kriege
wie ein Rekonvaleszent erst wieder wird gehen lernen
müssen. Es läßt sich gegenwärtig noch nicht übersehen, welche An-
forderungen die Demobilisierung unseres Wirtschaftslebens an uns
stellen wird, doch können wir annehmen, daß sie noch schwieriger

Generalversammlung des Bundes öster- reichischer Industrieller.

Im Festsaal des Hauses der Industrie versammelten
sich gestern anlässlich der 20. ordentlichen Generalversam-
mlung des Bundes österreichischer Industrieller überaus zahl-
reiche Industrielle aus allen Teilen der Monarchie. Als
Gäste wohnten der Versammlung bei: Handelsminister
Dr. Urban, der Chef des Ernährungsamtes Minister
Generalmajor Höfer, die Sektionschefs Dr. Frethner von
Banhans, Dr. Franz Müller, Riedl, Wagner
v. Fauregg, v. Pranter, Statthalterei-Vizepräsident
Reisig, die Ministerialräte Ungerer, Graf Ch-
orinsky, Ellenar, Wimmer v. Walpurg und son-
stige Vertreter der Zentralstellen, Abgeordnete, Delegierte der
befreundeten wirtschaftlichen Organisationen, Kammern und
Sektionen des Bundes.

Begrüßungsansprache des Bundespräsidenten.

Der Vorsitzende Präsident Kommerzialrat Heinrich
Wetter leitete die Versammlung mit einer Trauerkundgebung
für weiland Kaiser Franz Joseph und einer Huldbildung für
Kaiser Karl ein, welche Kundgebungen von der Versammlung
stehend angehört wurden. Fortfahrend gab Redner der Ueber-
zeugung Ausdruck, daß in dem gegenwärtigen Moment die Hoff-
nung auf einen baldigen ehrenvollen Frieden vollauf berechtigt
sei. Die Gegner der Industrie wollen oft behaupten, daß die In-
dustrie aus schändlichen Gewinnabsichten für die Fortsetzung des
Krieges wirke. Die Industrie wisse eine solche Insinuation auf
das energischste zurückzuweisen. Wenn die Industrie mit einem
gewissen Stolz auf ihre Leistungen im Kriege zurückblicken darf,
so muß es sie mit umso größerem Bedauern erfüllen, daß eine
industriefeindliche Strömung in der letzten Zeit zum
Durchbruch gekommen ist, der sich die Regierung bedauerlicher-
weise nicht entgegengestellt hat. Die Industrie könne sich des
Gedankens nicht erwehren, daß diese Agitation gegen sie und ihre
Träger vielleicht bedweden geführt, vielleicht bedweden geduldet
wird, weil dadurch die Aufmerksamkeit der großen Masse von
anderen Schäden der Verwaltung, die sich während des Krieges
gezeigt haben, abgelenkt werden soll. Jedem Industriellen als
Kriegsgewinner zu bezeichnen, ist gang und gäbe geworden, weil
man vielleicht auf einzelne Riesengewinne hinweisen darf, aber
absichtlich übersehen will, daß für die Mehrzahl der Industriellen
ungeheure Schwierigkeiten, ungeheure Risiken sich bei der Fort-
führung des Betriebes während des Krieges ergeben haben und
die mäßigen Kriegsgewinne der Mehrzahl gewiß nicht als un-
verdiente Mehreinnahmen betrachtet werden können. Diese indu-
striefeindliche Strömung fand auch in dem Verhalten der maß-
gebenden Kreise gegenüber den freien industriellen Organisationen
ihren deutlichen Ausdruck. Die wichtigsten, die Industrie be-
treffenden Regierungsmassnahmen wurden getroffen, ohne vor-
herige Anhörung der freien Organisationen der Industrie.

Wären die Verhältnisse schon während des Krieges für die
Industrie äußerst schwierige, so horren ihrer noch viel schwierigere
beim Uebergang in die Friedenswirtschaft. Als eine der wich-
tigsten Voraussetzungen für die Friedenswirtschaft erscheint denn
doch die Regelung unserer Wirtschaftsbeziehungen zum
Deutschen Reich. Redner glaubt, daß weder in der Deffent-
lichkeit, noch in der Industrie sich eine irgendwie kompetente
Stimme erhoben hätte, welche nicht eine innigere wirtschaftliche
Verbindung mit dem Deutschen Reich verlangt hätte, als die,
welche bisher bestanden hat. Ehe wir uns zu den Friedensver-
handlungen mit unseren Feinden setzen, muß unser handelspoli-
tisches Verhältnis mit Deutschland geklärt werden, es müssen
die Grundlagen einer gemeinsamen Handelspolitik geschaffen
werden. Gemeinsamkeit ist notwendig, wenn nicht beim Mangel
einer solchen ein wichtiger Teil des Erfolges unserer Waffen ver-
loren gehen soll. Wir müssen uns aber auch einigen in den wich-
tigen Fragen der Uebergangswirtschaft, der Beschaffung der
wichtigsten überseeischen Rohstoffe, damit wir hier nicht als Kon-
kurrenten, sondern als verbündete Freunde dastehen und gemein-
sam die schwierige Arbeit der Ueberführung der Kriegs- in
die Friedenswirtschaft durchführen.

Redner weist zum Schluß seiner Ausführungen darauf
hin, daß die Regierung wenigstens vorläufig in den Einrichtungen
für die Uebergangswirtschaft weitergehen will als wir im In-
teresse der Industrieentwicklung es notwendig halten, und er-
klärt es als Aufgabe der industriellen Organisationen, gegen dieses
Uebermaß der Organisationen, gegen diese Projekte
der Drosselung und der Bevormundung der öster-
reichischen Industrie im Frieden auf das energischste aufzutreten.
Wird es vernünftigen Maßnahmen gelingen sein, rasch während
einer Uebergangswirtschaft normale Verhältnisse wiederum her-
beizuführen, dann muß wieder Freiheit der industriellen In-
itiative die Grundlage unseres Wirtschaftslebens bilden.

13.

Wien, 15. Mai.

Man sollte es für überflüssig halten, die Bedeutung der Industrie im modernen Staate noch ausdrücklich hervorheben zu müssen. Man sollte das namentlich auch in Oesterreich für überflüssig halten, wo die Industrie während des Weltkrieges eine so gewaltige Leistungsfähigkeit bekundet, wo sie einen so glanzvollen, unbeschränkten Anteil an den Siegen hat, die unsere Heere erfechten konnten. Gleichwohl haben manche Vorfälle der jüngsten Zeit es wieder zur Notwendigkeit gemacht, vor aller Welt darzulegen, daß, sowie die Industrie im Verlaufe des Krieges sich als Pfeiler des ganzen Wirtschaftslebens bewährte, man mit ihr auch in der Zukunft im weitesten Maße rechnen muß. Diese Feststellung von berufener Seite ist deshalb von Wert, weil eine unverantwortliche Demagogie die Industrie zur Zielscheibe unberechtigter Angriffe gemacht hat, weil die Repräsentanten der Industrie herabgewürdigt worden sind, und, wie das durch die letzte Preistreibeiberordnung geschehen ist, der industriellen Entwicklung vielfach auch die Rechtssicherheit genommen werden sollte. Aus der Rede, die Handelsminister Doktor Urban in der Generalversammlung des Bundes österreichischer Industrieller über die Kriegs- und Friedenswirtschaft gehalten hat, möchten wir den Satz hervorheben, daß zur Wiederaufrichtung unseres Wirtschaftslebens und zur Ertragung der ungeheuren Kriegslasten es der höchsten Anspannung unserer industriellen Kräfte bedürfen wird. Mit diesen Worten wird der Industrie ihre entscheidende Mission für die Zeit nach dem Kriege bereits zugewiesen. Die Industrie ist sich ja dieser großen Aufgabe auch voll und ganz bewußt, und sie darf wohl erwarten, daß jene Grundsätze wirklich zu den beherrschenden werden, die der Handelsminister in seiner Rede an die Industriellen verkündet hat. Der Handelsminister hat davon gesprochen, daß die Sphären der Freiheit des wirtschaftlichen Lebens und die Selbstverantwortlichkeit des Einzelnen grundsätzlich zu wahren sind, und alles vermieden werden soll, was geeignet wäre, die industrielle Unternehmungslust und Schaffenskraft zu lähmen; daß das solide, gesunde, schaffende Unternehmertum den ihm gebührenden Schutz in der Wirtschaftsordnung in Anspruch nehmen müsse, und die Abwehr aller jener Tendenzen verlangen könne, die geeignet wären, das natürliche Gleichgewicht in unserem Wirtschaftsleben zu beeinträchtigen. Der Handelsminister hat denn auch sein Bedauern ausgesprochen, daß manche industriellen und kommerziellen Kreise in letzter Zeit ungerechtfertigten Angriffen ausgesetzt wurden.

Aus dieser Auffassung moderner Industriepolitik heraus bezeichnet es der Handelsminister als seine Aufgabe,

Der Krieg in seinen wirtschaftlichen Folgen. Die Industrie im Kriege.

Wien, 19. Mai.

Das dritte Kriegsjahr der Industrie geht seinem Ende zu. Wechselnde Schicksale waren ihr in dieser Zeit beschieden. Am Anfange die vollständige Lähmung jeder Tätigkeit, dann rasches Erfassen der eigentümlichen Lage, welche der Krieg geschaffen, und Umorganisation der Betriebe auf die vollständig veränderten Bedingungen der Arbeit und des Absatzes. Mit dem Ende des ersten Jahres war diese Neugestaltung der wirtschaftlichen Tätigkeit abgeschlossen, die Industrie trat in eine in solcher Mächtigkeit auch in Friedenszeiten selten erlebte Hochkonjunktur ein, die durch die längste Zeit in unverminderter Stärke anhielt und auch jetzt nur an den erschwerten Verhältnissen der Arbeit und Materialbeschaffung ihre Schranke findet. Anzeichen des beginnenden Abwärtens waren schon im vorigen Jahre zu beobachten und machen sich heuer in dem Maße mehr fühlbar, als die Erzeugung schwerer und teurer wird, manche Betriebe, denen die überseeischen Rohstoffe ausgehen, nicht mehr voll aufrecht erhalten werden und auch die staatlichen Aufträge etwas schwächer einzuschießen beginnen, da schon früher in ungewöhnlichem Umfange für die Bedürfnisse vorgesorgt worden ist. Den Gradmesser für die allgemeine Beschäftigung der großen Industrie bildet nach wie vor Eisen. Die Ausweise über den Absatz der Eisenwerke werden seit einiger Zeit, die ungefähr mit der Auflösung des Kartells zusammenhängt, nicht mehr veröffentlicht, die Höhe der Beschäftigung und die Verhältnisse, unter denen die Eisenwerke arbeiten, sind jedoch kein Geheimnis und die Ziffern, die in vierzehn Tagen anlässlich der Vierteljahrsabschlüsse der großen Unternehmungen mitgeteilt werden sollen, dürften kaum wesentliche Ueberraschungen bringen. Die Eisenwerke sind noch immer fast bis zur Grenze der Leistungsfähigkeit mit Arbeit versehen. Eisen ist der wichtigste Artikel der Kriegführung; bei der Bewirtschaftung der Erzeugung und der Vorräte muß den Aufträgen, die unmittelbar oder mittelbar den Heeresbedürfnissen dienen, unbedingt der Vorrang gegeben werden. Das sind die Materialien für Waffen und Munition, dann für die Herstellung solcher Maschinen, die Kriegsartikel erzeugen. Den Erfordernissen der Kriegführung reiht sich die Sicherstellung der Ernährung an; für Zwecke der Versorgung, für landwirtschaftliche Maschinen, Saat- und Erntegeräte wird Eisen in allen benötigten Mengen hergegeben, selbstverständlich auch für die Bahnen, deren Ausrüstung mit leistungsfähigen Schienen, Waggons und Lokomotiven ein Lebensinteresse der Kriegs- und Friedenswirtschaft bildet. Was dann noch an Eisen bleibt, kann für kommerzielle Zwecke bezogen werden, ist aber geringfügig. Gebaut wird für Privat zwecke so gut wie gar nichts, es sei denn, daß eine Fabrik errichtet oder zu einer bestehenden ein Zubau gemacht wird, die Nachschaffung von Maschinen beschränkt sich schon wegen der hohen Preise aller Bestandteile auf das Allernotwendigste. Die Auftraggeber der Eisenindustrie sind fast allein der Krieg, die Landwirtschaft, die Eisenbahn.

Auf der Grundlage dieser Bestellungen vollzieht sich jetzt die Beschäftigung der Eisenwerke und sie zeigt noch keine Symptome wesentlicher Abnahme. Arbeit ist, soweit Materialien und Hilfskräfte verfügbar sind, derzeit in ausgiebigem Maße vorhanden; sie wird aber mit der langen Dauer des Krieges schwieriger und teurer. Die Lohnsummen sind überall gestiegen; ein Werkdirektor kann sich aber jetzt nicht mehr damit begnügen, zu den Terminen die Löhne auszusahlen, er muß auch dafür sorgen, daß seine Arbeiter sich die nötigen Lebensmittel und anderen wichtigen Gegenstände beschaffen können. Die großen Betriebe, und in erster Linie jene der Eisenindustrie, unterhalten ständig riesige Lebensmittelmagazine, dann auch Lager von Kleidern, Schuhen und Wäsche, aus denen sie ihren Angestellten zu bevorzugten Preisen, zum Teile unter dem Einkaufspreis, abgeben. Diese Vorräte müssen aufgefüllt und stets ergänzt werden, die Magazine bergen oft Lebensmittel für mehrere Millionen, die mit Sorgfalt eingekauft und bewirtschaftet werden müssen. Die Gesellschaften leisten für diese Zwecke an ihre Arbeiter Zuschüsse. Kartoffeln und Mehl sind nicht minder wichtige Produktionsbedingungen wie Erz, Kalk oder Kohle. Die Kalkulation der Erzeugung ist durch die Schwankungen der Rohmaterialien riskanter, die Generalregie wird zuweilen durch unvorhergesehene Produktionsausfälle verteuert, die dann erst in der Folge durch forcierten und kostspieligeren Betrieb hereingebracht werden müssen. Ein solcher vorübergehender Rückgang ist eine naturgemäße Folge des langen Krieges. Die Maschinen sind durch die gesteigerte Inanspruchnahme sehr abgenutzt, manche Hilfsstoffe, Schmiermittel, Öle sind infolge der Absperrung der ausländischen Bezüge schlechter geworden; auch die Kohle ist nicht mehr von erster Qualität, enthält viel mehr Steine und sonstige unbrennbare Bestandteile. Die Eisenpreise stellen sich jetzt nicht unerheblich höher als im vorigen Herbst, sind aber seit der Auflösung des Kartells vor zwei Monaten ziemlich unverändert geblieben. Einzelne Werke haben, wie mitgeteilt wurde, eine offizielle Feststellung von Richtpreisen erbeten und Preise vorgeschlagen, die ungefähr den jetzigen Stand festlegen würden; eine Erledigung ist noch nicht erfolgt, wird aber für nahe Zeit erwartet. Die mannigfachen Schwierigkeiten, denen die Betriebe heuer durch den langen strengen Winter, die Veränderungen der Erzförderung und Kohlenzufuhr unterworfen waren, sind jetzt zum Teile überwunden; die Ausfälle werden, wenn auch mit erhöhten Kosten, möglichst nachgeholt, eine ziemlich gleichmäßige Entwicklung scheint jedenfalls bis zum Herbst gesichert zu sein.

Ähnliche, mit Energie besiegte Schwierigkeiten haben auch die Fabriken für die Herstellung von Fahrzeugen, die Bahnen zu bekämpfen. In den Jahresberichten der großen Bahngesellschaften wird übereinstimmend mit-

geteilt, daß Reparaturen und Neuanschaffungen auf das unumgänglich Notwendige beschränkt werden mußten. Die Einrichtung der Bahnen wird nach dem Kr. ege einer vollständigen Erneuerung bedürfen, die Betriebe leisten mit den vorhandenen Anlagen Uebermenschliches, um den großen Ansprüchen des Krieges zu genügen. Der Verkehr der Bahnen erreichte durch sehr lange Zeitperioden, während des ganzen Jahres 1916 ein Mehrfaches jener B. förderung, die selbst in den stärksten Friedenszeiten zu beobachten war, die Nachschaffungen an Fahrpark konnten aber über das frühere Ausmaß nicht in gleichem Verhältnis gesteigert werden. Die höchste Beschäftigung der früheren Periode hatten die Lokomotivfabriken im Jahre 1909 mit 439 Maschinen; im ersten vollen Kriegsjahre 1915 wurden von ihnen 270 Maschinen hergestellt, im Jahre 1916 stieg die Ablieferung auf 395 Lokomotiven, hat also noch nicht den früheren Höchststand erreicht, heuer sind die Aufträge gleichmäßig stark und beschäftigen die Fabriken bis in die Mitte des nächsten Jahres. Die Produktion ist mit Rücksicht auf die Beschaffung von Erzmetallen für manche fehlende Sorten erschwert, die Industrie ist aber keineswegs entmutigt. Die Preise der Lokomotiven sind um fast 40 Prozent höher als feinerzeit im Frieden. Die Waggonfabriken lieferten vor dem Kriege durchschnittlich 4000 bis 5600 Wagen, im Jahre 1915 erhöhten sie diese Erzeugung auf 10.191, im Jahre 1916 auf 18.000 Wagen, so daß sie der vollsten Leistungsfähigkeit, die mit 20.000 Wagen angesetzt ist, sehr nahe kommen. Seit dem Beginn des Krieges wurden bei ihnen insgesamt rund 40.000 Wagen in Bestellung gegeben. Eine weitere Ausdehnung wird durch den Mangel an Material verhindert; namentlich fehlen die Bestandteile für die notwendigen Räder. Die Waggonpreise sind bei manchen Typen beinahe doppelt so hoch als in Friedenszeiten. Der Bedarf ist anhaltend groß, weil auch viele Industrien infolge des Pferdemanegels Schleppgeleise bauen und Waggons anschaffen wollen. Den wichtigsten Anforderung wird durch die vorhandenen Anlagen entsprochen, die Beschäftigung der Waggonfabriken bleibt lebhaft und für längere Zeit gesichert.

Die Steinkohlengruben hatten im Jahre 1916 die höchste Erzeugung der früheren Friedensjahre weit überschritten, die Braunkohlengruben waren hinter ihr noch zurückgeblieben. Heuer haben die Schwierigkeiten der Beschaffung und Ernährung der Arbeiter eine gewisse Verlangsamung der Entwicklung bedingt, den wichtigsten Ansprüchen für den Krieg und die Bahnen können die Kohlengruben aber jederzeit genügen. Große Naturschätze birgt noch der Boden, und im Kriege hat die Erschließung weitere namhafte Fortschritte gemacht. Die Salmischen Gruben im Drauer Revier werden durch die Vereinigung mit den Schächten der Berg- und Hüttenwerksgesellschaft ihre Produktion von 4'4 auf 9 Millionen Meterzentner ausdehnen. Der Besitzwechsel bei der Dziedicher Gewerkschaft wird zu einer Erhöhung der Förderungen von 2 auf 4 Millionen Meterzentner führen. Auch in den sonstigen Teilen des Reviers bleibt die Aufschlußfähigkeit reger; in den letzten zwei Jahren wurden gegen 30 Bohrlöcher, alle mit gutem Erfolge, niedergebracht. Die Kohlenförderung Galiziens hatte im Jahre 1916 die Höhe von 18'7 Millionen Meterzentner erreicht und dürfte heuer eine neuerliche wesentliche Ausdehnung erfahren; auf den ärarischen Gruben in Brzeszce wird eine neue große Schachtanlage in Angriff genommen. Im mittelböhmischen und schlesischen Revier, dessen Kohlenförderung noch im Rückstande hinter den Friedenszeiten war, sind Aufschlüsse angebahnt und Grubenfelder verliehen worden, welche die Hoffnung auf eine Erhöhung der Produktion eröffnen. Auch in Ungarn werden neue Kohlenfelder erschlossen; die Salgo-Tarjaner Gesellschaft will die im Besitze der Nordungarischen Kohlenwerksgesellschaft befindlichen, seit fast zwanzig Jahren überschmementen Schächte des Graner Beckens wieder erschließen, und auch anderwärts werden Pläne für neue große Anlagen erwogen. Die Voraussetzungen für eine ausgiebige Erweiterung der Kohlenproduktion sind in verschiedenen Teilen der Monarchie, in Böhmen, Mähren, Galizien, Ungarn ausreichend gegeben. Das Ausmaß wird, wenigstens für die nächste Zeit, davon abhängen, inwieweit den einzelnen Kohlenrevieren die benötigten Belegschaften zur Verfügung stehen und zureichende Transportmöglichkeiten vorhanden sein werden.

Westdeutsche Handelsübersicht.

Von Walter Dertel,

Korrespondent des königlich ungarischen Handelsmuseums.

Frankfurt am Main, 28. Mai.

Wohl die brennendste Frage, die gegenwärtig alle Handelstriebe beschäftigt, ist die der neuen Ernte, und man kann mit Befriedigung feststellen, daß das Wetter des Monats Mai für die Entwicklung der Saaten bisher ein ganz ausgezeichnetes gewesen ist. Die „gestrengen Herren“ sind in unerwartet milder Form vorübergegangen, und die warmen Regen, welche die zweite Maihälfte brachte, haben die Vegetation gut gefördert, so daß der Rückstand gegen frühere Jahre fast ausgeglichen erscheint. Infolge der beträchtlichen Erwärmung des durch die harten Winterfröste gelockerten Bodens finden die Saaten ein nach jeder Richtung hin einwandfreies Weimbett vor, wie es nach einem milden Winter selbst unter Ausbietung reichlicherer Arbeitskräfte schwerlich besser hätte geschaffen werden können. Es liegen daher auch schon aus fast allen Bezirken Meldungen über den guten Ausgang von Gerste, Hafer und Sommerweizen vor. Auch die bis dahin noch mehr oder weniger zurückgebliebenen Wintersaaten begrünen und erholen sich zusehends, so daß der gesamte Feldbestand, trotz mannigfacher früher gehegter Bedenken, heute entschieden zuversichtlich und günstig beurteilt werden darf. Der lange Vorfrühling hat übrigens doch auch die gute Seite gehabt, daß es der Landwirtschaft ermöglicht wurde, die Bestellarbeiten auf etwas längere Zeit zu verteilen, was gerade in diesem Jahre angesichts des Mangels an Arbeitskräften von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist. Das Geschäft auf den Produktionsmärkten Westdeutschlands hat auch im verflossenen Monat wesentliche Veränderungen nicht erfahren und war im allgemeinen recht still. Auch Raufutter machte sich recht knapp. Die Saison für Saaten ist allmählich zu Ende, und zwar zeigt sich das besonders bei Sommerroggetreide, in dem das Geschäft fast ganz aufgehört hat. Nachfrage war noch vorhanden nach Sommergerste und Hafer zur Saat, doch war hier das Angebot nicht ausreichend. In Industriehafer hatten in den letzten Tagen des April noch lebhaftere Geschäfte stattgefunden, weil die bis zum 1. Mai verkauften Posten von der Beschlagsnahme frei bleiben sollten. Da jedoch die diesbezüglichen Bestimmungen nicht völlig klar sind, haben auch im Mai noch Umsätze in diesem Artikel stattgefunden.

Auch auf dem Zuckermärkte haben sich im Monat Mai keine wesentlichen Veränderungen vollzogen, da es an greifbarem Material fehlte. Vorläufig erfolgen noch die Abladungen, die aus der Märzerteilung herrühren und die sich infolge der Transport Schwierigkeiten verzögert haben. Was den Stand der Felderbestellung betrifft, so sind dank der vorzüglichen Witterung derartige Fortschritte zu beobachten, daß in kürzester Zeit mit der völligen Erledigung des Ausdrillens der Rübenkerne gerechnet werden kann. Die Größe der Anbaufläche ist, wie sich jetzt klar übersehen läßt, allerdings etwas gegen die des Vorjahres zurückgeblieben, so daß sehr viel vom Wetter abhängt, ob wir ebensoviel Zucker produzieren werden. Die Vorbedingungen dafür sind bisher vorhanden. Mit Befriedigung hat man in den Verbraucherkreisen davon Kenntnis genommen, daß der Bevölkerung außer der Ration noch etwa 900.000 Doppelzentner Einmachzucker zur Verfügung gestellt werden können. Auch den Raffinerien liegt sehr daran, dadurch etwas von ihren Beständen entlastet zu werden, denn es dreht sich bei dem vorerwähnten Quantum doch immerhin um ein Kapital von 50 Millionen Mark.

Im Weinhandel ist nunmehr der zweite Abschluß der neuen Weine bei den ungezuckerten Weinen vorgenommen worden, während die gezuckerten noch einer gründlichen Durchgärung bedürfen. Im Handel — ob gezuckert oder ungezuckert — herrscht immer starke Nachfrage, und es kommt Tag für Tag zu neuen Verkaufsabschlüssen. Die Preissteigerung ist immer noch eine steigende und hat bereits in Regierungskreisen zu Erwägungen geführt, für die neue Weinernte des Jahres 1917 Höchstpreise festzusetzen, eine Verordnung, die natürlich von tief einschneidender Bedeutung für die Produzenten- und Händlerkreise wäre.

In Hopfen sind die Lagerbestände sehr schwach und sie können der Nachfrage nicht genügen. Infolgedessen sind auch die Preise sehr fest und sie zeigen ständig steigende Tendenz.

Auch beim Tabak förderte das warme Wetter das Emporwachsen der Seglinge. Der diesjährige Anbau dürfte kaum hinter dem vorjährigen zurückbleiben. Von 1916er Sandblättern sind bisher schon erhebliche Posten an Betarbeiter versandt worden. Die Fermentation der 1916er Haupttabake machte infolge der warmen Witterung raschere Fortschritte. Die Nachfrage nach allen Rohtabaken war rege, die Anbiendung dagegen schwach. Das gleiche läßt sich auch von Rippen sagen. In den mittleren und kleinen Betrieben der Tabakfabrikation nimmt die Bewegung gegen die gleiche Behandlung mit den großen Betrieben bei der fortschreitenden Einschränkung der Tabakfabrikation ständig zu, und es sind Bestrebungen im Gange, diese Betriebe in einem Verbande zusammenzuschließen. Durch engen Zusammenschluß will diese Fachgruppe größeren Einfluß auf die Entschliefungen gewinnen, nach denen das Tabakgewerbe geregelt wird. Es sollen die Lasten nach der jeweiligen Leistungsfähigkeit verteilt werden, und eine prozentuale Einschränkung des Tabakverbrauches nach dem Durchschnitt der ersten sieben Monate 1916 Platz greifen. Ferner werden freie Händlerwahl und einige Einfuhrerleichterungen gefordert.

Auf dem Ledermärkte machen sich die größeren Schlächtungen in Gestalt gesteigerter Andienungen bereits bemerkbar, zum Teil auch infolge der besseren Trocknung der Ware infolge der warmen Witterung. So übernahm der Großhandel ansehnliche Mengen in Kalb- und Schaffellen zu guten Preisen. Auf diese Art konnten denn auch den Gerbereien größere Quoten zugeleitet werden als bisher, soweit Großviehhäute in Frage kommen. Der Lederhandel hat freilich noch nicht viel von der Zusage seiner Beteiligung an der Versorgung der beauftragten Lieferer gemerkt. Allerdings klappert es mit deren Versorgung absolut noch nicht, die Gerbereien haben noch immer große Bestände, während die Verarbeiter kein Leder erhalten können und daher vielfach nicht in der Lage sind ihren Lieferungsverpflichtungen zu genügen. Es liegen auch stellenweise Anlässlichkeiten darüber vor, an wen die Gerbereien liefern sollen, kurz es dürfte noch geraume Zeit vergehen, bis diese ganze Organisation ordnungsgemäß ineinander greift. Daher sind auch die Lederabgaben, wohin man blickt, außerordentlich knapp. In nicht beschlagnahmten Lederarten besteht gewaltiger Bedarf und äußerst lebhaft Nachfrage. Was darin in den Gerbereien fertig wird, sei es in Ober- oder Unterledern, wird alles schnell geräumt. Zahlreiche Gerbereien sind noch immer mit Lohngerbung für die Beschaffungsämter oder die Kriegslleder-A.G. beschäftigt, und es scheint, als ob man dieses Verfahren der Lohngerbung noch weiter ausdehnen wolle.

In den Verbänden der Eisenindustrie werden gegenwärtig in den verschiedenen Vereinigungen für B-Produkte Verhandlungen wegen Verlängerung der Vereinigungen geführt, die in ihrer Form lediglich als Notbehelf für die Kriegszeit anzusehen sind, und zwar gehen die Bestrebungen auch weiter dahin, die Verlängerung lediglich für kurze Fristen vorzunehmen, um später, nach Friedensschluß, den Versuch zu unternehmen, das Problem der Syndizierung der B-Produkte in Verbindung mit der endgültigen Verlängerung des Stahlwerksverbandes zur Lösung zu bringen. Vorläufig ist in der letzten Sitzung der Grobblechwerke die Verlängerung sowohl des Inlandsverbandes als auch der Vereinigung für die Ausfuhr bis Ende des Kalenderjahres, also für die Dauer von sechs Monaten, beschlossen worden. Ebenso wurde die Röhrenvereinigung auf der bisherigen Grundlage zunächst bis zum Schlusse des Kalenderjahres verlängert. Von der im Januar aufgenommenen Arbeit zur Bildung von Verbänden für die Fertigeisenfabrikate ist es wieder stiller geworden. Was schon auf Grund der ersten Beratungen zu ersehen war, ist eingetreten. Man hat dieses Projekt vorläufig wieder fallen gelassen, um es später zu geeigneter erscheinender Zeit wieder in Behandlung zu nehmen.

Was die Rheinschiffahrt betrifft, so ist der Rhein infolge der durch die warme Witterung verursachten Schneeschmelze in den Gebirgszügen am Ober- und Mittelrhein im ganzen Stromgebiete andauernd gestiegen. Die Leichterungen konnten eingestellt und die größten Rähne mit voller Ladetiefe bis aufwärts nach Straßburg befördert werden. Der Wasserzuwachs besteht ferner darin, daß auch die Nebenflüsse einen bedeutenden Zuwachs an Wassermengen zugeführt haben und ebenfalls so weit gestiegen sind, daß auch auf dem Main wieder Fahrten mit Schiffen von dem höchsten zulässigen Tiefgange möglich sind. Der frühere Mangel an Eisenbahnwagen ist beseitigt, die Kohlenzufuhr auf dem Schienen- und Wasserwege stieg von Woche zu Woche. Die Verschiffungen rheinauf und rheinab haben einen für die Jahreszeit und sonstige Verhältnisse sehr beträchtlichen Umfang erreicht. Die Verschiffungen nach Holland wurden durch holländische Rüge noch verstärkt. Wenn auch auf diese Weise unter Höchstanspannung des vorhandenen Schiffsmaterials der dringendste Bedarf an Kohle für den Oberrhein und Süddeutschland gedeckt und auch mehrere Lager am Oberrhein wieder frisch aufgefüllt werden konnten, so entsprach doch diese Anschaffung beidem noch nicht den Ansprüchen des Kohlemarktes. Obgleich der Andrang der Bestellungen auf Hausbrandkohle auf dem Markte nachgelassen hat, liegen auch jetzt noch beträchtliche Aufträge in dieser Richtung vor, weil sich die Privaten für den Spätjahrsbedarf vorzogen wollen. Von der Industrie wurde andauernd über erhebliche Mengen Brennstoff verfügt. Mit diesen großen Anforderungen hielten die Andienungen beidem nicht Schritt. Ganz abgesehen davon, daß sich die großgewerblichen Betriebe mit kleineren Mengen, als angefordert, begnügen mußten, war es auch nicht möglich, ihre Wünsche auf Lieferung bestimmter Kohlenarten zu erfüllen. Auf dem Kohlemarkt lagen die Verhältnisse ungewöhnlich schlecht für die Verbraucher. Wenn nun auch Grobfoke in gewissen kleineren Mengen ständig beschafft werden konnte, so war die Belieferung der Abnehmer mit Brechfoke geradezu vollständig unzulänglich, und die Andienungen reichen beidem nicht an den Bedarf heran. Auf dem Bricketmarkt überflügelte die Nachfrage auch neuerdings das Angebot erheblich. Besonders in Braunkohlenbricketten bestand große Knappheit, ebenso in Eisformware. In ihrer Erzeugung auch weiterhin sehr eingeschränkt, konnten die Steinkohlenbrickette herstellenden Werke nur einen kleinen Teil des Bedarfes befriedigen. Für Ruhrbricketten bestand stärkstes Interesse. Belieferungen in diesen konnten ausschließlich nur aus frisch herangekommenen Zufuhren erfolgen, die sich durchweg auf beschränkte Posten erstreckten. Auch der Begehr nach Anthrazitnüssen war rege, ohne daß eine glatte Befriedigung mit Ware inländischer Herkunft möglich war. Was Feinkohle betrifft, so setzten sich die Ankäufe durchweg nur aus kleineren Mengen zusammen, die fast durchweg an die oberrheinischen Bricketfabriken gingen, ohne deren Bedarf auch nur annähernd decken zu können, so daß diese mit stark eingeschränktem Betriebe arbeiten mußten.

Wenn wir uns nun zum Schluß die Vorgänge an der Frankfurter Börse betrachten, so sehen wir,

daß die wachsende Krise in Rußland, die neuerdings in dem Kabinettswechsel und namentlich in dem Rücktritt Miljukows in die Erscheinung trat, ihren Einfluß auf die Börse nicht verfehlt hat. Auch der neueste Mißerfolg Cadornas am 13. Jono trug dazu bei, die Lage der Börse zunehmend zu festigen, und wenn auch die Spekulation sich im allgemeinen etwas Zurückhaltung auferlegt, so ist die Grundstimmung doch, mit Rücksicht auf die zuversichtliche Beurteilung der militärischen und politischen Lage, im allgemeinen fest. Im Vordergrund des Geschäftes im verflossenen Monat standen vor allem Friedenswerte der Stahl- und Eisenindustrie, sowie einzelne Spezialitäten, wie Autowerte, so zeigten Daimler, Benz, Kleber sowie Fahrzeug Eisenach mehrfach steigende Tendenz. Auch der unlängst veröffentlichte Abschluß der Vöhrler-A.G. trug dazu bei, dem Markte neue Anregung zu geben, da der Kurs dieser Aktien stark emporschnellte. Unter den Montanwerten waren Rhöniz und Harpener besonders bevorzugt. Der Fondsmarkt lag in allen inländischen Anleihen recht fest. Die durch Londoner Blätter verbreitete Angabe, daß Mexiko an die Wiederaufnahme seines Zinsendienstes denke, wurde hier mit einigem Zweifel aufgenommen, dessenungeachtet wurde hiedurch eine kräftige Kurssteigerung der mexikanischen Werte herbeigeführt, die vor allem der Golbanleihe zustatten kam, während die Baluta-Anleihen langamer folgten. Nicht uninteressant ist es auch, zu verfolgen, wie sich das allgemeine Interesse steigend den türkischen Tabakaktien zuwendet, ein deutlicher Beweis dafür, daß sowohl jetzt wie auch nach dem Kriege stets deutsche Kapitalien für industrielle ausfichtsvolle Anlagen unserer Verbündeten zur Verfügung sein werden. Chemische Aktien sowie auch Schiffahrtswerte behaupteten, von leichten, unbedeutenden Schwankungen abgesehen, im allgemeinen ihren Kurs. Schantung-Aktien waren mehrfach gefragt, ebenso auch andere Kolonialwerte, wie Omani und Southwest Africa. Die ungarischen und die österreichischen Fonds waren befestigt.

255 Vermittlungen wurden durchgeführt. Nach der Verwahr der Verhandlung mit Zsl. Weiskirchner an der Spitze wurde die Versammlung geschlossen. Die Verbandsleitung teilt mit, daß am Sonntag, den 3. Juni eine Guldigungsfeier in Schönbrunn stattfindet. Legitimationskarten sind im Sekretariat am 31. Mai oder 1. und 2. Juni abzuholen. Zusammenkunft punkt 1/2 10 Uhr beim Schönbrunner Schloßtor, Haupteingang rechts oder um 1/2 9 Uhr im Sekretariat.

Volkswirtschaft.

Die Zukunft des Gewerbestandes.

Eine Kundgebung der Gewerbetreibenden zur Einberufung des Parlamentes.

Der deutschösterreichische Gewerbebund hielt gestern im LandtagsitzungsSaale eine Versammlung ab, welcher Vertreter aller Ortsgruppen beiwohnten und deren Tagesordnung lautete: „Was verlangt der Gewerbe- und Handelsstand vom Parlament?“

Zu der Versammlung waren erschienen: Landmarschall Prinz von und zu Liechtenstein, Bgm. Dr. Weiskirchner, die Landesauschüsse Regierungsrat Sturm und Bielowlawek, die Reichsratsabgeordneten Dr. Mataja und Dr. v. Baechle, die Stadträte Dechant, Hermann, Nemes, Reg.-R. Schmid, die gewesenen Landtagsabgeordneten Panofsch und Dr. Scholz, zahlreiche Gemeinderäte, Bezirks- und fast sämtliche Genossenschaftsvorsteher.

Der Obmann des deutschösterreichischen Gewerbebundes Gemeinderat Breuer hielt eine Begrüßungsansprache, worauf auch Landmarschall Prinz von und zu Liechtenstein als Hausherr die Versammlung willkommen hieß.

Die künftige Gewerbebefürsorge.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner, von der Versammlung stürmisch begrüßt, führte aus: Der österreichische Reichsrat ist am heutigen Tage eröffnet worden und wir können den beiden Häusern nur den einen Wunsch auf ihren verantwortungsvollen Weg mitgeben, daß sie sich der Größe dieses Augenblicks bewusst sind! Wir sind unvorbereitet, ohne jede wirtschaftliche Mobilisierung in diesen Krieg getreten, und es wird wohl jeder die Ueberzeugung haben, daß unsere Regierungen nicht immer den richtigen Weg gewählt haben, um die Verhältnisse des Krieges zu erfassen und die Wirtschaft den geänderten Verhältnissen anzupassen. Wir mußten es miterleben, daß der legitime Handel nahezu vollständig ausgeschaltet wurde und daß Elemente an seine Stelle getreten sind, denen nicht immer kaufmännische Tüchtigkeit und Erfahrung zugebilligt werden konnte. (Lebhafte Zustimmung.) Wir blicken mit Vertrauen auf die Häuser des Reichsrates, weil wir in der parlamentarischen Zeit die Erfahrung gewonnen haben, daß das schlechteste Parlament noch immer besser ist als gar keines. Wir dürfen aber nicht alle Hoffnung auf das Parlament allein setzen, sondern insbesondere Sie aus dem Gewerbestande müssen sich mit dem Gedanken vertraut machen, daß es auch der Selbsthilfe bedarf, und in dieser Beziehung haben Sie sowohl im n.-ö. Landesauschusse wie auch in der Gemeinde Wien eine wirksame Stütze. (Gr. Beifall.) Es muß auch ein dritter Faktor mitwirken, der Staat! Es ist von Freund Bielowlawek ein sehr guter Gedanke gewesen, die Kreditaktion einzuleiten, und einen Weg zu finden, dem Gewerbestande nach dem Kriege Kredit zur Verfügung zu stellen. Es ist aber auch noch ein anderer Faktor wichtig: Das sind die Rohstoffe, die wir nicht im Lande erzeugen können. Pflicht der Regierung wird es sein, dafür zu sorgen, daß diese Rohstoffe in jenem Maße geliefert werden, das die österreichische Industrie braucht, aber — und da will ich meine warnende Stimme erheben — es muß auch auf eine gerechte Verteilung gesehen werden, damit nicht wiederum ein paar Kriegsverdiener das meiste bekommen, sondern damit auch dem kleinen und mittleren Geschäftsmann Hilfe zuteil wird. Die Demobilisierung muß sich in einer Weise vollziehen, daß nicht wieder einigen Zentralstellen die Sache überlassen wird, sondern daß auch Sie durch Ihre Organisation dabei mitzuwirken berufen werden. (Lebhafte Beifall.)

In kurzen, die Beratung einleitenden Worten erwies sodann Vorsitzender Gm. Breuer darauf, daß die Forderungen des Gewerbe- und Handelsstandes die gleichen seien wie vor Jahren, zu denen nur einige durch die Verhältnisse bedingte Erscheinungen hinzutreten.

Die Beweise der Leistungsfähigkeit unseres Gewerbestandes.

Unter lebhaften Begrüßungskundgebungen nahm sodann M. Bielowlawek das Wort und führte aus: Gewerbe- und Handelsstand sind zwei Faktoren, die von einer vernünftigen Regierung und von allen maßgebenden öffentlichen Körperschaften als Hauptfaktoren der Bevölkerung betrachtet werden müssen. Es rühren sich die Industrie und die Arbeiterschaft um die Vertretung ihrer Interessen, und ich muß gleich hinzufügen, daß die Gewerbetreibenden gar nicht daran denken, mit der Großindustrie in Konflikt zu kommen und ich will weiters bemerken, daß die Gewerbetreibenden das lebhafteste Interesse haben, einen gut qualifizierten Arbeiterstand mit entsprechenden Löhnen kräftigst zu unterstützen. Aber der Gewerbe- und Handelsstand haben ebenfalls wichtige Interessen, die sie auf das tunlichste berücksichtigt zu sehen wünschen. Weiter fortsetzend legte Landesauschuß Bielowlawek, wiederholt von Beifall unterbrochen dar, in welcher Weise die niederösterreichische Landesgewerbebeförderung

Wien, 2. Juni.

In seiner Thronrede an die beiden Häuser des Reichsrates hat Kaiser Karl auch von der wunderbaren Elastizität der Produktion gesprochen. Diese feierlichen Worte der Anerkennung darf vor allem auch die Industrie für sich in Anspruch nehmen. Darüber ist man sich ja heute einig, in welcher ausgebreiteten Maße die Leistungsfähigkeit der Industrie sich im Weltkriege bewährt hat, wie ihre Tätigkeit zu den großen Erfolgen auf den Schlachtfeldern, wie sie zur Stabilisierung der Wirtschaftsverhältnisse im Hinterlande beigetragen hat. Und wenn der Monarch in seiner Thronrede betont, daß sich diese Elastizität der Produktion neuerlich zu bewähren haben wird, wenn es sich darum handeln wird, den künftigen Uebergang zur Friedenswirtschaft zu bewerkstelligen und aus der vielfältigen Gebundenheit, die der Kriegszustand mit sich brachte, den Weg zur normalen Gestaltung der Verhältnisse zurückzufinden, so wird die Industrie sich zweifellos auch bei dieser neuen Aufgabe auf der vollen Höhe ihrer patriotischen Pflicht und ihrer großen Mission zeigen. Ein neues, starkes, glückliches Oesterreich soll nach den Worten des Kaisers aus den furchtbaren Stürmen des Weltkrieges hervorgehen, und daran mitzuarbeiten, wird der Industrie eine freudige Pflicht sein. Aus diesem Grunde ist sie auch von dem Wunsche befeelt, daß die Erwartungen, die der Kaiser an die fruchtbringende Tätigkeit des Parlaments knüpft, sich erfüllen mögen, daß mit der Wiederherstellung des verfassungsmäßigen Lebens in Oesterreich auch eine neue Aera der Parlamentsgeschichte in unserem Vaterlande anheben möge, welche die Erinnerung an bedauerliche Phasen österreichischer Reichsratsgeschichte auslöscht.

In der Thronrede ist der Wunsch ausgesprochen, daß sich die Wohlfahrtspolitik auch in der Richtung der Produktionsförderung entfalten möge. Das soll geschehen auf der breiten Basis des wirtschaftlichen Ausgleiches mit den Ländern der ungarischen Krone und gestützt auf eine planmäßig aufgebaute Handelspolitik der Monarchie. Man ist sich ja vollkommen darüber im Klaren, daß der Krieg von unwäzgender Wirkung auf die handelspolitischen Verhältnisse in der Zukunft sein wird. Der Gedanke der Fortsetzung des Krieges nach dem Kriege, der bei der Entente eifrig genug gesponnen wurde und der zum Zusammentritt der Pariser Wirtschaftskonferenz, zu ihren so radikalen Beschlüssen führte, wird kaum völlig verwirklicht werden, da in allen Staaten der Alliierten Widerspruch laut geworden ist. Gleichwohl kann man sich nicht verhehlen, daß es überaus schwierige Bedingungen sein werden, unter welchen bei Wiederkehr normaler Zeiten die Reetablierung der Wirtschaftsverhält-

scheinung des menschlichen Körpers erstreckt; Zeiten, die nur der menschlichen Seele nachgehen, verlieren dieses Prinzip ganz; gewisse Nationen, die auf nichts sonst als aufs Seelische dringen, wie die russische, haben keinen Formwillen (man erkenne das an den Romanen ihres größten Dichters Dostojewskij), ja sie dürfen wohl überhaupt keinen richtigen Sinn für bildende Kunst besitzen.

Das neue Landesgewerbe- förderungsamt.

Eine Unterredung mit Landesauschuh Bielohlawel.

Der niederösterreichische Landesauschuh hat, wie wir dieser Tage berichteten, auf Antrag des Landesauschusses Bielohlawel die Errichtung eines Landesgewerbeförderungsamtes für Wien und Niederösterreich beschlossen. In den Wirkungsbereich dieses neuen Amtes fallen nicht so manchem andern die Kriegshilfsaktion sowie weiter die Aktion für die Rohstoffbeschaffung für den Gewerbebestand sowohl während der Kriegs- als während der Uebergangswirtschaft; demnach Aufgaben, die im Falle der richtigen Durchführung eine ganz besondere und praktisch wertvolle Bedeutung für das Schicksal vieler tausender Familien haben müßten. Ueber Zwecke und Ziele des bereits in Bildung begriffenen neuen Amtes äußerte sich Herr Bielohlawel einem unserer Mitarbeiter gegenüber wie folgt: Bereits im Jahre 1914 wurde im Landtag die Schaffung eines aus Vertretern aller Parteien bestehenden Landesgewerbebeirates beschlossen, dem die Aufgabe zufallen sollte, den Gewerbetreibenden bessere Existenzbedingungen zu schaffen, und zwar durch Gewährung billiger Kredite, durch Versorgung mit Materialien, Rohstoffen und Werkzeugen, durch Zuweisung von Lieferungen und Arbeiten und auch durch Erteilung von notwendigen Auskünften in allen irgendwie fraglichen Belangen. Der Ausbruch des Krieges verhinderte die Aktivierung dieses Beirates sowie überhaupt die Tätigkeit des Landtages, der nun seit vier Jahren keine Sitzung mehr abgehalten habe. So blieb dieses Kapitel der Gewerbeförderung in Wien und Niederösterreich unerledigt — und erledigt wurde im Kriege nur das niederösterreichische Gewerbe, dem es, wie allgemein zugegeben werden wird, jetzt bitter schlecht geht. Viele Gewerbetreibende haben ihre Geschäfte geschlossen, teils weil sie Kriegsdienste leisten müssen, teils weil sie kein Material erhalten; dann aber auch, weil die verschiedenen Verordnungen die freie Erzeugung verkaufsfähiger Ware verhindern.

Mein Referat ist dasjenige für Wohltätigkeitsanstalten und Gewerbeförderung, und beides ist leider im Kriege auch sachlich zu einem Ganzen geworden. Bis 1905 hatte das Referat nur mit den humanitären Angelegenheiten zu tun; jetzt ist sein Aufgabenteil ein so ungeheurer, daß ich zum Beispiel, um nur dies zu erwähnen, 30 verschiedene Anstalten zu beaufsichtigen habe, und der Ausgabenstand ist in der gleichen Zeit von 5 Millionen auf 30 Millionen Kronen jährlich gestiegen. Diese umfassende Tätigkeit aber muß mit einer Beamtenzahl versorgt werden, die infolge von Einsparungen um zwei Mann geringer ist, als sie unter Landesauschuh Dr. Weiskopf im Jahre 1886 war. Das sind also gewiß Erschwerungen erster Natur. Doch aber mußte man schon heute an die Zeit nach dem Kriege denken, damit sich nicht die Zustände, unter denen der Gewerbebestand leidet, noch chaotischer gestalten; und da entstand das meinem Referat unterstellte neue Amt, dessen Direktor Landesinspektor Eduard Deibel ist. Hierbei leiteten mich ausschließlich Anschauungen wirtschaftspolitischen Charakters, die ganz frei sind von jeder parteimäßigen oder internationalen oder konfessionellen Rücksicht. Nur die ehrliche Arbeit soll für die Entschleppungen des neuen Amtes maßgebend sein und jede Voreingenommenheit ausgeschlossen bleiben.

Billige Kredite. — Einsparungen bei der Sachdemobilisierung. — Erleichterung der Rohstoffbeschaffung.

Das Landesgewerbeförderungsamt, führt Herr Bielohlawel fort, wird im Einvernehmen mit dem staatlichen Amte gleicher Kategorie sowie mit der Handelskammer vorgehen. Zunächst verweise ich auf die schon fertige Kriegshilfsaktion für Gewerbetreibende. Das Amt verfügt bereits über die Beträge, um bei Kriegsende den Gewerbetreibenden einen Kredit zu vier Prozent einzuräumen, der für Anschaffung von Werkzeugen, Material und Rohstoffen verwendet und in elf bis fünfzehn Jahren in Raten rückzahlbar sein soll. Diese Langfristigkeit des billigen Darlehens wird hoffentlich über die ersten Schwierigkeiten hinaus helfen, da von einem drückenden Charakter durch diese Schuld, deren Sicherstellung ohnehin erfolgt, nicht die Rede wird sein können. Vorsichtswise will ich hier übrigens gleich bemerken, daß derzeit noch keine Kredite gewährt werden können. Denn die Rohstoffe sind jetzt schwer erhältlich sowie viel zu teuer; auch würde so eine Zersplitterung der Aktion eintreten, die nur eine ungünstige Wirkung haben könnte. Ich denke, das wird jedermann einsehen.

Das neue Amt wird ferner mit der Kriegsverwaltung in ständiger Fühlung sein, hauptsächlich in der Angelegenheit der Sachdemobilisierung. Alles, was der Krieg jetzt an Waren, Rohstoffen, Werkzeugen und Gegenständen des täglichen Bedarfs noch benötigt, während die Armeeverwaltung sie nach Beendigung des Krieges nicht mehr benötigen wird, ist für das Gewerbe von Wert. Diese Werte sollen aber nicht an einzelne veräußert werden und so der Spekulation zur Bereicherung dienen, sondern durch Vermittlung des Landesgewerbeförderungsamtes allen Kreisen zugänglich sein; denn das Amt wird diese Waren zum Kostenpreise abgeben und so den Gewerbetreibenden Hilfe bringen. In den Stapelräumen stehen beispielsweise tausende noch brauchbare Automobile. Werden diese ohne Kontrolle veräußert, so können sie zu Preistreibern in der Automobilindustrie Veranlassung geben. So aber werden die Automobile den Gewerbetreibenden zum Verkauf übergeben, der eben unter Kontrolle erfolgt.

Die schwierigste Aufgabe des Amtes dürfte allerdings die Rohstoffversorgung sein. Wir können uns wohl nicht der Hoffnung hingeben, sofort bei Kriegsende aus den uns jetzt noch feindselig gegenüberstehenden Ländern und Staaten Waren zu erhalten. Aber so manche physischen Hemmnisse, die unsern Verkehr mit den skandinavischen Ländern, der Schweiz, dem Balkan, Spanien und Rußland und auch mit Deutschland im Wege stehen, werden wegfallen. Von diesen Ländern erhalten wir direkt und indirekt Rohstoffe, die aber ihre Bestimmung nicht erreichen würden, wenn sie von der Spekulation aufgegriffen und ausgenutzt würden.

Auch die Exportförderung gehört in den Bereich des neuen Amtes. Wir haben beispielsweise während des Krieges mit unsrer Modeschau in Holland, in der Schweiz, in Konstantinopel und in Sofia Erfolge erzielt. Eben jetzt erhalte ich Berichte aus Smyrna, die alle Erwartungen weit übertreffen. Die Wiener Mode hat Millionenumsätze in diesen Ländern und Städten bewirkt und dem Wiener Gewerbe neue Gebiete gewonnen, ja unsere Modeindustriellen können gar nicht den Aufträgen nachkommen, die sie nach unsrer Modevorführungen spontan erhalten haben, und dieses Ergebnis spornet zur Nachahmung an. Die Wiener Gewerbetreibenden können vielleicht nicht in der Menge, wohl aber in der Gediegenheit der Ausführung mit allen Ländern den Wettbewerb aufnehmen. Dies wurde sogar in der Kriegszeit bewiesen. Und wenn sie der Hilfe und Unterstützung des Landesgewerbeförderungsamtes sicher sein können, werden sie diesen friedlichen Kampf siegreich durchführen.

Die Bergesellschaftung des Großhandels.

Die Vorschläge für die Zeit der Uebergangswirtschaft.

Je länger der Krieg dauert, desto offenkundiger wird es, daß der Staatssozialismus nicht die Aufgaben zu lösen vermag, die ihm in jetziger Zeit gestellt wären, wenn er wirklich der Allheilbringer wäre, für den ihn seine Urheber ansahen. Die zunehmende Ueberorganisation in unserem Wirtschaftsleben, bei der zumeist die Konsumenteninteressen allzu einseitig betont werden, droht den Produktionseifer zu ersticken und dadurch den Verbraucher aufs neue zu schädigen. Dabei hätte man sich schon bald sagen müssen, daß es heute nicht bloß auf ein fein ausgestülpertes Erfassungs- und Verteilungssystem, sondern noch viel mehr auf die möglichste Förderung der Produktion ankommen muß, denn schließlich sind Waren zu hohen Preisen immer noch besser, als niedrige Preise ohne Ware. So bricht sich denn die Ueberzeugung, daß der Staatssozialismus ein nur bedingungsweise notwendiges Übel ist, immer mehr Bahn und selbst die Regierung beginnt unter dem Druck der öffentlichen Meinung von dem Abbau der Zentralen zu sprechen. Eine völlige Beseitigung der Zentralen und eine Wiedereinschaltung des freien Handels ist freilich vor Beendigung des Krieges ausgeschlossen und in den Handelskreisen wäre man auch zufrieden, wenn die Wiedereinsetzung des Handels in seine alten Rechte wenigstens für die Zeit nach dem Kriege sichergestellt würde und von Seite der Regierung einmal programmatisch festgelegt würde, welche Rolle den Vertretern des Handels in der sogenannten Uebergangswirtschaft zufallen soll. Es ist gegenwärtig viel von einer Neuorganisation der Industrie, und zwar auf der Grundlage des *Z w a n g s s y n d i k a t s* die Rede. In jeder industriellen Branche sollen Verbände, Syndikate geschaffen werden, die sämtliche Industrielle ihres Zweiges umfassen. Diese Verbände sollen ihrerseits wieder eine höhere Organisation bilden, der in erster Linie die Beschaffung von fremdländischen Zahlungsmitteln, ferner der gemeinsame Einkauf von Rohstoffen und die Verteilung dieser Rohstoffe sowie schließlich die Unterhandlungen mit den Arbeiterorganisationen und Militärbehörden zufallen würde. Eine weitere Organisation ist für die Banken gedacht und Zweck dieser zweiten Organisation wäre die Finanzierung der Rohstoffeinfuhr, welche gemeinsam mit den Industriesyndikaten auf dem Wege über eine Holding Company durchgeführt werden müßte. Auf solche Weise glaubt man das Problem der Uebergangswirtschaft, das in erster Linie durch den Widerstreit zwischen möglichst großer Wareneinfuhr und Schonung der Valuta begründet ist, lösen zu können. Zweifellos hat diese Art der Lösung manches für sich, aber unverkennbar ist dabei die Gefahr einer noch von Staats wegen geförderten *V e r t r u s t u n g s u n s e r e r I n d u s t r i e*. Dagegen mußte Vorsorge getroffen werden. Auch die Tatsache, daß sich die Tausende von Einzelenergien, die vor dem Kriege im freien Handel tätig waren, nicht so ohne weiteres durch den mechanisierten Einzelwillen eines solchen Einkaufssyndikats ersetzen lassen, läßt sich nicht bestreiten und wenn die Zeit unmittelbar nach dem Frieden auch noch nicht reif sein wird, dem Handel seine volle Bewegungsfreiheit wieder zurückzugeben, so wird man doch darauf dringen müssen, daß dem Handel innerhalb der erwähnten Einkaufssyndikate eine entsprechende Rolle eingeräumt werde. Dieser Forderung wird auch in Nummer 1 der „Schriften des Verbandes der am Uebersee- und Großhandel beteiligten Firmen“ Ausdruck verliehen. Es heißt da u. a. :

„Sollte das Programm der Einkaufssyndikate durchgeführt werden, so wird es wesentlich auf die Art der Durchführung ankommen. Vom Standpunkte des Handels ist zu wünschen, daß diese Durchführung eine handelsfreundliche sei. Denn sollte dieses Programm ohne eine solche kommerzielle Milderung zur Durchführung gelangen, so würde es nichts weniger heißen, als daß der freie Handel auf unbestimmte Zeit untersagt wäre. In diesem Falle würde niemand ermächtigt sein, freie Einkäufe im Auslande zu machen, kein Reeder würde individuell einen Frachtvertrag abschließen, keine einzelne industrielle Unternehmung würde imstande sein, selbst ihren eigenen Bedarf zu decken, keine Bank würde individuell eine Devisenoperation vornehmen können. Die strikte Durchführung dieses Organisationsgedankens bringt das ganze wirtschaftliche Leben unter ein Schema, in welchem jede Unternehmung und jede Firma bloß eine Ziffer ist, wo verschiedene Abteilungen bestehen, an die sich der einzelne wenden muß, wo nicht mehr der einzelne Kaufmann direkt mit den Banken, Industrien, Reedern und Versicherern verhandelt, sondern wo sich lediglich die einzelnen Organisationen untereinander ins Einvernehmen setzen. Wie die Kriegswirtschaft die Brot-, Mehl-, Fett-, Kohlen- und Kleiderarten hervorgebracht hat, so würde dann die Uebergangswirtschaft die Karte für Handel und Industrie schaffen, welche dem einzelnen Betriebe in Meterzentnern und Kilogramm das genaue Maß seiner eigenen Tätigkeit zuweist. Wenn immerhin das Programm der Einkaufssyndikate in die Tat umgesetzt werden sollte, so könnten die Importe für eine unbestimmte Zeit, die sich jedoch so ziemlich bis auf die Rückkehr halbwegs normaler Valutaverhältnisse erstrecken würde, nur in organisierter Form durchgeführt werden. Es ist klar, daß in einem solchen Falle der Handel stark eingeschränkt werden müßte. Das Kontingentierungssystem, welches auch für die Industrie eingeführt werden müßte, würde die Einkäufe für gemeinsame Rechnung zu einer Notwendigkeit machen. Würde die durch ihr eigenes Monopol gegen einen Preisabbau geschützte Industrie ein Interesse daran haben, die Einkäufe durch den Handel zu bewerkstelligen, oder würde sie es nicht vorziehen, selbst die kommerzielle Funktion auszuüben, auch wenn sie zugeben müßte, daß der Handel durch die Konkurrenz die Einkaufspreise drücken könnte? Heute besteht die Kraft des Handels in den persönlichen Geschäfts- und Bankverbindungen, welche Hunderte und Tausende von Kaufleuten mit den verschiedenen ausländischen Märkten unterhalten oder unterhalten haben. Der Handel, der über Kredite oder Fonds im Auslande verfügte, war imstande, ohne Verzögerung die Konjunktur des Augenblicks auszunützen, zwischen den verschiedenen Märkten zu wählen, sich an die billigste Einkaufsquelle zu wenden, die eigene Fühlungnahme mit den Transportunternehmungen, mit den Versicherungsgesellschaften, mit den Banken in einem gegebenen Augenblick auf die passendste Art auszunützen und mit Hilfe des eigenen kommerziellen Scharfblicks, der eigenen Kenntnis der Märkte und der Beziehungen zu einflussreichen Persönlichkeiten im Auslande den höchsten Grad des Erfolges in jeder Hinsicht, das höchste Ausmaß an Ersparnis zu erzielen.“

Vieles, wenn nicht alles von dem, was in dieser Verteidigungsschrift des Großhandels ausgeführt ist, wird man unterschreiben können, denn zu einer vollen Ausnützung der geschäftlichen Sach- und Personenkenntnis, die den Handel überhaupt, besonders aber den Ueberseehandel auszeichnen, wird es unter dem Regime der Einkaufssyndikate niemals kommen können. Dazu ist schon der Apparat eines Syndikats viel zu schwerfällig, abgesehen von dem Instanzenweg, der jeden raschen Entschluß hemmt. Dabei kommt es im überseeischen Handelsverkehr mehr als irgendwo anders auf rascheste Entschlußfähigkeit an, eine Entschlußfähigkeit, die wieder eine absolute Vertrautheit mit den Handelsgebräuchen und den Kreditverhältnissen auf den großen internationalen Märkten zur Voraussetzung hat. Ein anderer Einwurf, der gegen die geplanten Rohstoffsyndikate mit Recht gemacht wird, gründet sich darauf, daß sie jede persönliche Initiative beim Auffuchen der billigsten Bezugsquellen unterbinden, während auf der andern Seite die Tragweite irgendeines ungünstigen Abchlusses und die Gefahr einer schweren Schädigung unserer Industrie stark vergrößert werden. Einkaufssyndikate haben nur dort einen Sinn, wo sie eine Art Monopolstellung einnehmen, wie das Einkaufssyndikat in der Ukraine. Dort aber, wo sie den Wettbewerb einer womöglich noch von den Ideen des Handelskrieges geleiteten feindseligen Konkurrenz zu bestehen haben, werden sie auf die Dauer nicht standhalten können. Je eher wir daher über die Periode der Rohstoffsyndikate hinwegkommen, desto besser für unsere Volkswirtschaft, denn schließlich kauft niemand so billig und so rasch ein wie der freie Handel, der auf den großen überseeischen Rohstoffmärkten zu Hause ist und weiß, wo Ware zu bekommen ist.

Der Geschäftsgang in der Elektrizitäts-Industrie.

Von Dr. Heinrich Schreiber.

Allmählich sichtet sich auch das Bild, das den letztjährigen Geschäftsgang in der Elektrizitätsindustrie wiedergibt. Die Jahresabschlüsse der großen Gesellschaften liegen allerdings noch nicht vor, aber aus den Bilanzen der Finanzierungsinstitute, welche diese Unternehmen patronisieren, läßt sich, wenn auch die Hinweisweise zumeist nur dürftig ist, denn doch ein Urteil über den Beschäftigungsgrad und die Erträge gewinnen. So stimmen denn all diese Berichte darin überein, daß die Beschäftigung der elektrotechnischen Fabriken in ihrer für die Kriegszeit typischen Intensität nicht nachgelassen hat. Die Aufträge sind auch im letzten Jahre nicht zurückgegangen; im Gegenteil, der Bedarf und die Nachfrage haben sogar verschiedentlich zugenommen. Allerdings ist es den Etablissements nicht möglich, alle diese Nachfragen zu befriedigen, weil die Produktion der elektrotechnischen Fabriken unter den gleichen Erschwernissen leidet, welche dermalen jeder industriellen Tätigkeit anhaften. Auch hier spielt vor allem die Knappheit der Rohstoffe eine Rolle, die sich zumal für die elektrotechnische Industrie besonders einschneidend fühlbar macht, weil der Mangel an Vorräten von Metall, Kupfer, Gummi, Papier usw. an ihr Lebenselement rührt.*) Dann wirkt mit die fortwährende, durch die Einrückung bedingte Abhaltung von Technikern und Arbeitern und nicht zuletzt eine ganz unzulängliche Versorgung mit Brenn- und Betriebsstoffen. Alle diese Momente zusammengenommen hemmen und verlangsamen den Erfolg der Werttätigkeit, und es müssen alle Mittel und Anstrengungen aufgeboren werden, um sie soweit aufrechtzuerhalten, daß zumindest den militärischen Anforderungen entsprochen werden kann. Die meisten Betriebe stehen denn auch unter militärischer Aufsicht. Der Zivilbedarf tritt unter solchen Umständen größtenteils zurück; er muß gewöhnlich unbesriedigt bleiben, es sei denn, daß es sich um solche Ausnahmefälle handelt, die wieder aus militärischen Rücksichten deshalb nicht umgangen werden dürfen, weil diese Bestellungen dazu bestimmt sind, die Werksvorrichtungen und Arbeitsbehelfe an Motoren, Aufzügen, Kränen, elektrischen Wagen und Installationen für Kriegsindustrien und Montanbetriebe aufzubringen. Daß bei der Dringlichkeit solcher Arbeiten unter dem Einfluß der allgemeinen Teuerung die Preislage der elektrotechnischen Erzeugnisse sprunghaft in die Höhe schnell, kann solcherart nicht wundernehmen. Allein auch hier zeigt sich die gleiche Erscheinung wie bei den anderen kriegswirtschaftlichen Produktionsprozessen; der erzielte Ertrag, so namhaft er ist, wird überwiegend durch die gewaltig gesteigerten Herstellungskosten, Aufwendungen und Losen absorbiert. Diese Posten verschärfen sich bei der Elektrizitätsindustrie noch um ein Wesentliches infolge der Notwendigkeit, daß bei dieser Industrie für ausgiebigere Abschreibungen als bei anderen Werksanlagen vorzuzorgen ist; nicht allein, weil bei den rasch sich überholenden Erfindungen die Modernisierung und Defonemisierung der Betriebe stetig fortschreitet und damit die Neuananschaffungen sich häufen, sondern auch, weil die Arbeitsmaschinen und Vorrichtungen an sich aus überaus heißen Stoffen und Bestandteilen bestehen, die umso rascher und leichter abgebraucht werden und austrangiert werden müssen, je forciert die Verwendung ist, in der sie zur Kriegsarbeit dienen. Die Abnutzung der elektrischen Maschinen greift weiter, als dies sonst bei anderen Werkzeugen und Maschinen der Fall ist. Ungeachtet aller dieser schwerwiegenden Momente muß jedoch konstatiert werden, daß die Rentabilität der elektrotechnischen Fabriksunternehmungen nicht zurückgeht, sondern vielfach gestiegen ist, und die Steigerung ist um so bemerkenswerter, als die meisten Unternehmungen gerade in der Kriegszeit infolge der notwendigen Umgestaltungen und Erweiterungen ihr Anlagekapital und damit das Zinsenerfordernis nicht unwesentlich vermehrt haben. So sind denn die Anlässe für Kapitalserhöhungen und Ausgestaltung der Unternehmungen im Kriege gewachsen. Dafür aber haben die Neugründungen, wie sie etwa in anderen Industriezweigen und Produktionsgebieten wahrzunehmen sind, damit nicht gleichen Schritt gehalten. Ausgenommen vielleicht die Umwandlung der einen oder anderen Einzelunternehmung in eine Aktiengesellschaft, wie z. B. des Krizitzschen Etablissements, ist von Neuschöpfungen auf dem Gebiete des Elektrizitätswesens wenig wahrzunehmen. Die Gründertätigkeit ruht hier größtenteils, und das hängt damit zusammen und bekräftigt die Tatsache, daß Neuanlagen und insbesondere die Errichtung neuer Zentralen, der Bau neuer elektrischer Bahnen, ja selbst die Bewerbung um neue Konzessionen, soviel auch solche Projekte auftauchen mögen, nur spärlich zur Realisierung reifen. Dafür hat sich in anderer Hinsicht eine Regsamkeit entfaltet, indem die elektrotechnischen Etablissements immer mehr dazu übergehen, eigene Kohlenvorkommen zu erwerben und sich den Brennstoff sicherzustellen. Das gilt aber nicht allein von Fabriken, sondern auch von den dampfelektrischen Stromwerken, da auch bei ihnen die Kohlenfrage, die wohl als Kohlennot anzusprechen ist, auf Betrieb und Gebarung einen weitreichenden Einfluß nimmt.

Die Stromlieferungsunternehmungen anlangend, kämpfen dieselben bei der Aufrechterhaltung ihres Betriebes mit den gleichen Widrigkeiten der Kriegsverhältnisse einen schweren Kampf, der auf sie um so empfindlicher drückt, als der Begehr nach elektrischem Strom — was natürlich als erfreuliche Tatsache verzeichnet werden kann — stetig wächst. Der Anlaß zu Erweiterungen und zur Ausdehnung der Lei-

tungsnehe ist mithin bei den meisten Elektrizitätswerken gegeben. Freilich macht die Herstellung von neuen Anschlüssen und Leitungszuführungen die Knappheit der dazu erforderlichen Materialien fast unmöglich.

Die nämlichen Verhältnisse gelten für den Betrieb der elektrischen Straßenbahnen. Auch hier kämpft der Verkehrszuwachs mit den Unzulänglichkeiten der vorhandenen Einrichtungen und der Betriebsvorsorgen.

Obwohl angesichts des sich mehrenden Bedarfes die Preisfrage wie bei anderen Artikeln und Bedarfsgegenständen des Verkehrs und des gesellschaftlichen Lebens keine wesentliche Rolle spielen sollte, ist auf dem Gebiete des Stromlieferungswezens immerhin die Tatsache bemerkbar, daß sich das Tarifschema, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, in dem Rahmen der Friedensanläge hält, ja halten muß, weil die Tarife in den Gemeindefonzessionen eine Bindung besitzen, die zu lockern die Gemeindeverwaltungen zumeist nicht geneigt sind, mögen sie sonst dort, wo sie über eigene Werke verfügen, auch die ersten gewesen sein, die mit Tarifierhöhungen vorgegangen sind. Den privaten Elektrizitätswerken gegenüber lassen die Gemeinden und die von ihnen gelenkten Abnehmer eine solche einsichtige Behandlung häufig vermiffen.

Schließlich kann nicht unerwähnt bleiben, daß das Elektrizitätswesen und seine modernwirtschaftliche Entwicklung gerade in der letzten Zeit in den Mittelpunkt eingehender Diskussionen gerückt war, die angeregt wurden durch die Einbringung des neuen Gesetzesentwurfes über die Elektrizitätswirtschaft, der jetzt auch den parlamentarischen Verhandlungen unterzogen wird. Die Regierung will mit diesem Gesetzesentwurf dem Elektrizitätswesen einen neuen Ansporn zur Ausbreitung und Entwicklung bieten; das Urteil darüber, ob sie die richtigen Mittel und Wege dazu gewählt hat, ist ein zwiespältiges. Gerade jene Unternehmungen, denen sie die verheißene Förderung angeheißener lassen will, scheinen diese Gabe nicht vollwertig zu würdigen. Es fehlt nicht an kritischen Stimmen, die dem Entwurfe die restlose Billigung versagen.

Hand in Hand mit dem Elektrizitätsgesetze muß die Novellierung des Wassergesetzes gehen, schon deswegen, weil die Verwertung der Wasserkräfte nicht allein für die Wasserwirtschaft an sich, sondern insbesondere für die Elektrizitätswirtschaft eine unabwiesliche Voraussetzung bildet. Wenn aber von den Wasserkräften die Rede ist, dann kann es nicht fehlen, daß sich der Blick des Elektrizitätspolitikers auf die Elektrifizierung der Hauptbahnen richtet. Die Kohlennot drängt auch hier ebenso dahin, wie die im Kriege gewonnene und gestärkte Erfahrung, daß der frühere Widerstand gegen die Elektrifizierung der Bahnen, der in strategischen Gründen gelegen war, längst aufgegeben ist und die Zweckmäßigkeit und Bewährtheit der elektrischen Bahnen auch im Kriegsgebiete sich durchgesetzt hat. Im Zusammenhange damit steht die Ausbildung der großstädtischen Verkehrsprogramme, wie sie in der Elektrifizierung von Stadtbahnen, der Errichtung von Schnellbahnen gipfelt und die mit dem Verkehrs- und Elektrizitätsproblem auch ein Besiedlungs- und Bevölkerungsprogramm in sich schließen. Wien und seine Verkehrsinteressen stehen darin obenan. Unablässig sind die Bemühungen der Gemeindeverwaltung und der Bevölkerung darauf gerichtet, das Wiener Verkehrswezen einer gedehlichen Lösung zuzuführen, und es mag im allgemeinen Interesse der Elektrizitätsindustrie die Hoffnung genährt werden, daß es damit ungeachtet aller Schwierigkeiten und Unstimmigkeiten, mit denen diese Fragen zwischen den verschiedenen beteiligten Stellen und Behörden verquilt sind, endlich rascher als bisher vorwärts gehen wird.

*) Die neueste Verordnung über die verschärfte Metallrequisition in den Elektrizitätswerken läßt diesen Uebelstand noch stärker hervortreten. (Ministerialverordnung vom 29. April 1918, Nr. 155 R. G. Bl., betreffend den Metallausbau aus elektrischen Betriebsanlagen.)

Zur Landeskonzferenz der ungarischen Handelskammern.

Budapest, 5. Juni.

Die Rückständigkeit, in der sich Ungarn hinsichtlich der Vorbereitung von Uebergangsmassnahmen noch immer befindet, die die Kriegswirtschaft nach Friedensschluß planmäßig abbauen sollen, verleiht der morgen beginnenden Landeskonzferenz der ungarischen Handels- und Gewerbekammern eine ganz ausserordentliche Bedeutung. Vor einigen Monaten ist auch Oesterreich dem im vorigen Jahre gegebenen Beispiel des Deutschen Reiches gefolgt, indem es eine Zentralstelle geschaffen hat, der die Ueberleitung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft zur Aufgabe gemacht wurde. In beiden Reichen trachtete man das Beste zu leisten, was auf organisatorischem Gebiete irgend möglich erschien, weil man die Ueberzeugung hatte, daß diese hochwichtige Arbeit gar nicht gut genug vorbereitet werden kann. Ein ganzer Stab von tüchtigen Wirtschaftspolitikern erster Ranges schart sich um diese Zentralstellen, mit dem Ehrgeize, die Aufgaben der Zukunft richtig zu erfassen und sie ihrer bestmöglichen Lösung anzupfählen.

Die vor einiger Zeit erfolgte Erkrankung unseres Handelsministers und die gegenwärtige Regierungskrise sollen die Rückständigkeit, die bei uns in diesem Belange wahrzunehmen ist, wenn auch nicht entschuldigen, so doch wenigstens erklären. Was sich jedoch weder erklären, noch entschuldigen läßt, ist die Tatsache, daß noch keinerlei Entwürfe für die Lösung dieser Organisationsarbeit vorliegen und daß die sachverständigen Organe der Regierung über etwaige Pläne noch nicht einmal angehört wurden. Ueber diese Vorarbeiten der nötigen Vorbereitungen hätte man längst hinaus sein müssen, damit das neue Regime bereits an die Verwirklichung durchberatener Entwürfe schreiten könnte. Nun geschieht wenigstens der erste Schritt in dieser Richtung. Man wird daher die morgen zusammentretende Landeskonzferenz der ungarischen Handels- und Gewerbekammern, die den wirtschaftlichen Fragen der Demobilisierung näher treten wird, um so mehr willkommen heißen, als die Konferenz alle anderen aktuellen Probleme unserer Wirtschaftspolitik beiseite lassend, ihre Tätigkeit auf die Beratung jenes Fragenkomplexes beschränkt, den man sich bereits gewöhnt hat, „wirtschaftliche Abrüstung und Massnahmen der Uebergangswirtschaft“ zu nennen.

Wer in letzter Zeit die Tätigkeit unserer Handels- und Gewerbekammern mit Aufmerksamkeit verfolgt hat, wird nicht darüber erstaunt sein, daß diese Konferenz in einer Weise vorbereitet wurde, die den bestorganisierten Bestrebungen zur Ehre gereichen würde. Der Konferenz wird eine Reihe der gediegensten Denkschriften unterbreitet, deren Vorschläge wir in unserem heutigen Abendblatt mitgeteilt haben. Diese Arbeiten an sich lassen schon ein günstiges Ergebnis der Beratungen gewärtigen. Aus den tieferen Organen unserer modernen Gewerbeverwaltung, als welche unsere Handelskammern sich in früheren Jahrzehnten gebildet haben, sind eben Berufskörperschaften geworden, die auch den höchsten Aufgaben volkswirtschaftlicher Natur bereits gewachsen sind. Die vorbildliche Leitung, die unseren Handelskammern während des letzten Vierteljahrhunderts zuteil wurde, zeitigte von Jahr zu Jahr befriedigendere Ergebnisse. Mit gutem Beispiel geht in dieser Beziehung die Budapester Handels- und Gewerbekammer voran, die unter der bewährten Leitung des Geheimen Rates Leo Lánosz mit Recht eine hohe Position im Wirtschaftsleben Ungarns einnimmt. Aber auch die Provinzkammern zeigen in den letzten Jahren eine Entwicklung, die das wirtschaftliche Leben in nordestlicher Richtung zu befruchten vermag. Neben den Altmeister Arécs, Révay, Sarkadi, Engár, Gótsch usw. finden sich unter den Referenten der heutigen Landeskammerkonzferenz ganz hervorragende Talente, wie Rágy Barjássy, Lonelli, Sipos, Móricz, Barsó, Lendvai usw. Dabei konnte diesmal nur ein Teil des vielversprechenden Nachwuchses zu Worte kommen, der unter der erprobten Leitung Josef Vágós, des leitenden Sekretärs der Budapester Handelskammer, schon so manch gediegene Schöpfung zuwege brachte.

Die Vorlagen in der morgigen Landeskonzferenz, die in Beratung gezogen werden, bearbeiten monographisch je eines der Probleme, vor die uns die Beendigung des Krieges stellen wird. Die Abrüstung, wie sie nach volkswirtschaftlichen Grundsätzen abgewickelt werden soll, die Rohstoffbeschaffung, wie auch die ihr im Wege stehenden Verkehrsbehinderungen, die Zoll- und handelspolitischen Fragen, die hiemit in Verbindung stehen, die Valutafrage, unsere gewerbliche Verfassung nach dem Kriege, das Kreditbedürfnis unserer vom Felde heimkehrenden Kaufleute und Handwerker, Fragen der Fachbildung, die Industrieförderung, das Problem der landwirtschaftlichen Mehrerzeugung, die Erstattung von Kriegsschäden, die finanziellen Folgen der Kriegsführung, die Wohnungsfrage, der Ausbau unserer Wasserstraßen laut des erhöhten Bedürfnisses in Zukunft nach billiger Fracht, Seeschiffahrtprobleme, mit einem Worte: der ganze Komplex unserer Wirtschaftsprobleme wird mit einem Wurf auf die Tagesordnung gebracht, wofür man unseren Handels- und Gewerbekammern gewiß nur Anerkennung und Dank wissen wird.

Nun wird es an der sich hoffentlich bald zu konstituierenden Regierung liegen, die Anregungen, die ihr die Konferenz bieten wird, zu Nutz und Frommen des Landes zu benutzen. Wir sind überzeugt, daß die Handelskammern auch bei der Verwirklichung ihrer Entwürfe gern mitwirken werden, und wollen hoffen, daß die Regierung

sich dieser wertvollen Mithilfe in ausgiebigem Maße bedienen wird. Mit diesem Wunsche begrüßen wir die aus allen Großstädten Ungarns herbeieilenden Vertreter unserer Handels- und Gewerbekammern, und wünschen ihnen Beratungen den besten Erfolg.

den nach seinem Hinscheiden gehaltenen Generalberathungen beschlossen, so daß der Name Franz Josef I. im künftigen Leben der Kammern für alle Zeiten bewahrt bleibt.

Überreichung einer Huldigungsadresse an König Karl IV.
Nach unserem pietätvollen Bedenken fällt unser Blick mit liebevoller Freude auf die ritterliche gesalbte Person unseres neuen Königs, der im Sinne unserer verfassungsmäßigen Traditionen sich beeilt hat, sich mit der abtischen Krone Stefans des Heiligen krönen zu lassen. Ich beantrage, unsere Huldigung für unseren neuen König in der Form einer Adresse korporativ an die Stufen des allerhöchsten Thrones gelangen zu lassen und bitte um die Ernächtigung, diese Huldigungsadresse durch unsere hervorragendsten Gewerbekünstler in einer der staatsrechtlichen Stellung des Thrones und der im Gesetz wurzelnden Position der Handelskammern würdigen Ausstattung anfertigen lassen zu dürfen. Zur Uebergabe der Huldigungsadresse durch eine korporative Deputation werde ich nach Fertigstellung der Adresse im Wege der Kabinettskanzlei an allerhöchster Stelle um eine Audienz ansuchen und von deren Zeitpunkt die geehrten Schwesterkammern rechtzeitig verständigen. (Lebhafte Zustimmung.)

Erste Landes-Kammerkonferenz seit dem Kriege.

Sehr geehrte Konferenz!
Seit dem Ausbruche des Krieges halten wir heute zum ersten Male eine Landes-Kammerkonferenz. Es ist begreiflich, daß wir in der nach Kriegsausbruch eingetretenen außerordentlichen schweren Lage schon wegen der Verkehrsverhältnisse nicht zur Besprechung unserer wichtigen Landes-Angelegenheiten zusammenkommen konnten. Wir haben übrigens mit Beruhigung gesehen, daß unsere Sekretäre im Vereine mit den Sekretären der freien Industrie- und Handelskorporationen in den zwei Kriegsjahren fast allmonatlich häufig in der Budapester Handels- und Gewerbekammer sich versammelt haben, um die im Zusammenhang mit dem Kriege angewachsenen wirtschaftlichen Probleme von großer Tragweite zu besprechen und das mit Bezug auf den Krieg Wissenswerte auszutauschen. Auf diese Weise blieben sie in ständiger, jene beispiellosen Aufgaben zu bewältigen, die sie mit verringertem Personal, erhöhter Verantwortlichkeit und unter den schwierigsten Verhältnissen zu lösen hatten. In einem späteren Stadium des Krieges haben sich zwischen den beiden Gruppen der Kammern gewisse Mißverständnisse ergeben, die ich, nachdem sie bereits zerstreut wurden, bei dieser Gelegenheit nur berühre, um auf eine weitere Ursache der Tatsache hinzuweisen, daß es uns im Laufe des Krieges bisher nicht gelungen ist, den Faden unserer früher doch häufiger gehaltenen Landes-Kammerkonferenzen aufzunehmen.

Friedenssehnsucht.

In dem heutigen Stadium des Krieges ist bei sämtlichen Völkern der Welt, bei allen arbeitenden Klassen eine dringliche Friedenssehnsucht zu konstatieren, auf deren Befriedigung wir im Interesse der heiligsten Güter der Menschheit hoffentlich nicht mehr lange warten müssen. Ich glaube, im Namen der Gesamtheit der Kammern einmütig feststellen zu können, daß wir uns alle eins wissen mit dem Bestreben der Leiter unserer auswärtigen Politik, das den defensiven Charakter des uns aufgezwungenen Selbstverteidigungskrieges bis ans Ende bewahren will.

Schwierige politische Probleme.

Geehrte Konferenz!
Wir stehen vor schwierigen Problemen. Die allgemeine Richtung unserer Politik neigt der von uns allen als richtig befundenen Demokratisierung zu, was wir Kaufleute und Industriellen um so eher gutheißen können, weil wir nur von der Aufnahme des arbeitenden Volkes in die Schranken der Verfassung das Verschwinden der Reste des Feudalismus, die landwirtschaftliche Mehrerzeugung, die industrielle Entwicklung, und die Anerkennung der Handelsstätigkeit zu erhoffen haben. Aber auch wir können nur eine Wahlreform wünschen, die den ungarischen Charakter des Landes nicht gefährdet, und die geeignet ist, das politische Gewicht der bürgerlichen Mittelklasse der ungarischen Gesellschaft und deren wirtschaftliches Gedeihen zu fördern.

Gemeinsame Lebensmittellieferung.
Von dem jetzt erfolgenden Kabinettwechsel erwarten unsere Verbündeten, daß wir im Laufe des Krieges viel größere Mengen von Lebensmitteln, als bisher, Oesterreich und Deutschland überlassen. Andererseits erwarten sie auch, daß wir hinsichtlich der Zukunft unseres Verhältnisses zu Deutschland auch auf zollpolitischen Gebieten zu einer weitgehenden Annäherung geneigter sein werden, der wir uns bisher entgegengesetzt haben. Ich glaube im Namen aller Kammern erklären zu dürfen, daß wir, durchdrungen von der Empfindung der mit der Bündnistreue verbundenen Pflichten, auch in Zukunft uns in höchstem Maße an dem Bestreben beteiligen werden, einander im Durchhalten auf dem wirtschaftlichen und dem Gebiete der Ernährung gegenseitig zu unterstützen. Die Leitung unseres Kriegsverpflegungswezens muß aber auch in Zukunft in erster Reihe von der Sorge um unsere eigene Bevölkerung und dem Gedanken durchdrungen sein, daß nur die verblichenen Ueberschüsse, die wir durch Einschränkung unseres inneren Verbrauchs ohnehin zu mehren bestrebt sind, unseren Verbündeten zufallen können. Uebrigens wissen wir aus Erfahrung, daß die Organisation der Kriegsverpflegung selbst innerhalb der betreffenden Länder nicht in ständiger, den so notwendigen Ausgleich zwischen dem Ueberschuß der Produktionsgegenden und dem Mangel der Konsumzentren zu schaffen. An diesem Punkte haben vorerst unsere Verbündeten den Mangel der Organisation abzuheilen, ehe sie uns mit dem geringsten Scheine der Berechtigung Vorwürfe machen können. (Lebhafte Zustimmung.)

Die Zukunft unserer Zollpolitik.

Hinsichtlich der Zukunft unseres zollpolitischen Verhältnisses sei es mir gestattet, meinen Zweifeln wiederholt Ausdruck zu verleihen, als ob die deutsche Großindustrie und der überseeische Vermittlungshandel selbst geneigt sein könnten, mit uns ein engeres zollpolitisches Verhältnis einzugehen, das die feindlichen und neutralen Staaten zu Repressalien veranlassen könnte. Aber auch ansonsten werden sowohl wir wie unsere Verbündeten schon zum Zwecke der Wiederherstellung unserer Valuta in so erhöhtem Maße Exportpolitik treiben müssen, daß wir schon aus diesem Grunde durch provokatorische Maßregeln auf dem Gebiete der Einfuhrzollpolitik unsere Auslandsmärkte nicht gefährden können.

Unser Verhältnis zu Oesterreich.

Hinsichtlich unseres Verhältnisses zu Oesterreich, das uns aus wirtschaftlichem Gesichtspunkte dennoch am nächsten liegt und am wichtigsten ist, wünsche ich nur die Tatsache festzustellen, daß im Laufe des Krieges trotz aller Gegenströmungen, überwiegend und in großer Allgemeinheit das Gefühl der gegenseitigen Aufeinanderangewiesenseins stärker wurde, dem ich noch die Hoffnung beizufügen mir gestatte, daß, von welcher Dauer auch immer unser wirtschaftlicher Ausgleich mit Oesterreich sein wird, während dieser Zeitdauer jene kleinlichen Gesichtspunkte, jene zu einer geschäftlichen Mission berufenen Staaten unwürdigen kleinlichen Eifersüchteleien nicht wieder an die Tagesordnung kommen werden, die unser Wirtschaftsverhältnis bis zum Ausbruche des Krieges förmlich vergiftet haben. Die Gemeinschaftlichkeit unserer wirtschaftlichen Interessen ist in zahlreichen Punkten derart offenbar geworden, daß, um in dieser Beziehung nichts anderes zu erwähnen, die Verbesserung unserer Valuta sich derart zu einer Sache von gemeinsamem Interesse entwickelt hat, insofern wir unsere Exportpolitik so einverständlich orientieren, daß in dieser Hinsicht das Zusammenwirken mit dem österreichischen wirtschaftlichen Interessentkreise, ja sogar die gemeinsame Beratung mit ihnen zu einer unerläßlichen Notwendigkeit wird. (So ist's!)

Probleme der Uebergangswirtschaft.

Mit diesem Gedanken gehe ich auch auf die Beleuchtung der auf unserer Tagesordnung stehenden Aufgaben der Uebergangswirtschaft über. Wir alle sind befeelt von dem Gefühle der Dringlichkeit der Vorbereitung zur Lösung der Probleme der Uebergangswirtschaft.

Die unter meiner Leitung stehende Kammer, wie auch zahlreiche Schwesterkammern und auf freier Vereinigung begründete Interessenvertretungen betreiben schon länger als ein Jahr die möglichst baldige Behandlung dieser Fragen auch bei uns. Die Budapester Kammer hat auch seither zahlreiche Einzelfragen dieses Kreises von Problemen ausgearbeitet und die verschiedenen Referenzen trachten auch jetzt das Material der Exportförderung nach dem Kriege, der Valutajänierung, der Wohnungsnot, der Arbeiterversicherung, der Versorgung der vom Kriegsschauplatz und aus der Kriegsgefangenschaft heimkehrenden Kleingewerbetreibenden und Kleinkaufleute und noch zahlreicher ähnlichen Probleme der Uebergangswirtschaft aufzuarbeiten und die Vorschläge der Kammer an die zuständigen Stellen gelangen zu lassen. Die zwölfte Stunde hat nun geschlagen, um auch auf diesem Gebiete das Beispiel des weit früher gerüstet gewesenen Deutschen Reiches und Oesterreichs zu befolgen; sonst kommen wir zu spät. Möglichst in Uebereinstimmung mit Deutschland und Oesterreich, nicht gegen einander arbeitend, sondern die gegenseitigen Bestrebungen gegenseitig fördernd, müssen wir an die Legung der Grundlagen unserer übergangswirtschaftlichen Politik schreiten; um so mehr, als wir uns auch darüber klar sein müssen, daß sowohl der überwiegende Inhalt des wirtschaftlichen Ausgleiches, als auch die von altersher gemohnten Verfügungen der mit den Auslandstaaten zu erneuernden Handelsverträge nicht gleich nach Friedensschluß werden zur Geltung kommen können, sondern daß auch in diesem Belange ein kürzerer oder längerer Uebergangszustand eintreten wird, in dessen Verlauf zur Regelung unserer Beziehungen zu den Auslandstaaten Vereinbarungen nötig sein werden, die von den unter gewöhnlichen Verhältnissen gebräuchlichen Bestimmungen wesentlich abweichen. (Lebhafte Zustimmung.)

Mit diesen Darlegungen stehe ich übrigens schon mitten in den Problemen der Uebergangswirtschaft; da ich aber den jetzt einsetzenden Verhandlungen nicht vorzugreifen wünsche, beschränke ich mich auf die Festmahlung einiger prinzipieller Gesichtspunkte. Freudig stelle ich fest, daß die zur Verhandlung gelangenden gedruckten Unterbreitungen zum überwiegenden Teile von der richtigen, nie außer acht zu lassenden Idee durchdrungen sind, wir hätten alle unsere Bestrebungen auf die ehebaldigste freie Kraftentfaltung der gewerblichen und kommerziellen Betätigung zu vereinigen. Die uns unterbreiteten, überaus wertvollen Denkschriften berücksichtigen zwar die außerordentlich schweren Hindernisse, die sich der Geltendmachung der Bewegungsfreiheit sofort nach Friedensschluß entgegenstemmen, und sie können insofern die Erweiterung der staatlichen Einflüsse in ungewohnt großem Umfange nicht ungehen. Es versteht sich jedoch von selbst, daß ich mich nicht in allen Stücken mit den Folgerungen und Beweisführungen der Referenten identifizieren kann, wie denn auch die Vereinbarungen der Landeskonferenzen der im autonomen Wirkungskreise zu erfolgenden Stellungnahme der einzelnen Kammern nicht präjudizieren können. Dessen ungeachtet, hoffe ich, es werde im Laufe der heutigen Beratungen gelingen, die Grenzlinie zu ziehen, über die die staatliche Einflüsse nicht hinausgehen darf, wenn nicht die Belastungsfähigkeit der breitesten Volksschichten,

Poster

in
ll
ge
wi
vo
hö
au
ter
sch
So
gal
her
ner
son
Wö
Bes
lich
arb
stel
belj

Landeskonferenz der Handelskammern.

Budapest, 6. Juli.

Im Sitzungsloale der Budapester Handels- und Gewerbekammer ist heute die zur Beratung der wirtschaftlichen Fragen der Demobilisierung einberufene Landeskonferenz der Handels- und Gewerbekammern eröffnet worden. Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der auf der Tagesordnung stehenden Verhandlungsgegenstände haben sich die Präsidenten, Vizepräsidenten, Sekretäre und Mitglieder dieser Körperschaften in großer Zahl eingefunden. Die Regierung war durch den Sektionsrat Dr. Béla Prokopius und dessen Stellvertreter Dr. Rezhó vertreten. Auf der Präsidententribüne nahmen neben dem Präsidenten der Budapester Kammer Geheimrat Leo Lánczay der älteste Präsident der Debrecener Kammer Szentkirályi, die Generalsekretäre Dr. Rudolf Szekely und Julius Szabó sowie Sektionsrat Dr. Béla Prokopius Platz. Die Konferenz eröffnete Geheimrat Leo Lánczay mit einer die einschlägigen Fragen lichtvoll behandelnden gehaltvollen Rede, deren erster Teil — die Trauerkundgebung für weiland den König Franz Josef I. und die Huldigung für König Karl IV. — stehend angehört wurde. Die Konferenz nahm folgenden Verlauf:

Eröffnungsbrede des Präsidenten Leo Lánczay.

Das Ableben Franz Josefs I.

Geehrte Landes-Kammerkonferenz!

Indem wir die Reihe der Konferenzen der ungarländischen Kammern nach längerer Zeit wieder eröffnen, glaube ich unser aller Gefühlen zu entsprechen, wenn ich vor Uebergang zur Tagesordnung in Ihrer Seele das schmerzliche Gefühl wiedererwecke, mit dem wir alle die niederstimmernde Trauerbotschaft aufgenommen haben, daß unser geliebter König Franz Josef I., der über mehrere Generationen weise und glorreich geherrscht hat, aus der Reihe der Lebenden abgerufen wurde. Jede Kammer hat Ihrer würdigen und aufrichtigen, tiefen Teilnahme hierüber besonders Ausdruck verliehen; ich habe jedoch die Empfindung, daß unser erstes Wort jetzt, da sich sämtliche Kammern seit dem Trauerfall zum ersten Male zu einer gemeinsamen Landeskonferenz versammeln, dem pietätvollen Bedenken an die erhabene Persönlichkeit des Verewigten gelten muß. Seiner Verdienste und seiner Liebe zum Ungarntum, des Schutzes, dessen er während seiner langen Regierung das ungarische Wirtschaftsleben teilhaftig werden ließ und der hochwichtigen Mission, die er in der Geschichte der letzten Jahrzehnte erfüllt hat, zu gedenken, ist bereits die Aufgabe der Historiker geworden; ich bitte meine geehrten Kollegen nur, sich in pietätvollem Bedenken den verewigten gütigen Patriarchen noch einen Augenblick vor ihre seelischen Augen zu zaubern.

Die Verewigung seines Andenkens.

Bei einem großen Teile der Kammern bestehen schon seit längerer Zeit den Namen des verewigten Königs führende gemeinnützige Stiftungen, andere Kammern haben die Errichtung solcher zur Verewigung ihrer Pietät

11
Sp

Bund ungarischer Fabriksindustriellen.

Budapest, 11. Juni.

Unter lebhafter Beteiligung der Mitglieder hielt gestern der Bund ungarischer Fabriksindustriellen seine ordentliche Generalversammlung. Der Präsident des Bundes Magnatenhausmitglied Dr. Franz Chorin eröffnete die Versammlung mit einer politisch gefärbten gehaltvollen Rede, in der er die Friedensfrage, die Frage des Wahlrechts und des Ausgleiches behandelte und mehrere wichtige Probleme unserer künftigen wirtschaftlichen Entwicklung beleuchtete. Sowohl diese Rede, wie die finanzpolitischen Ausführungen des Hofrates Franz Vass und die die Regelung der Wareneinfuhr erörternden Darlegungen des Direktors Béla Rechnik fanden den ungeteilten Beifall der zahlreichen Anwesenden, die dem neuen geschäftsleitenden Direktor Dr. Mag Fenyö herzliche Ovationen bereiteten und seinen Amtsvorgänger Sektionschef Dr. Gustav Gratz zum Ehrenmitglied des Bundes wählten.

Die Generalversammlung nahm folgenden Verlauf:

Eröffnungsbrede des Präsidenten Chorin.

Präsident Dr. Franz Chorin verwies zunächst nach Begrüßung der Mitglieder darauf, daß unsere Feinde, von Eroberungsgelüsten hypnotisiert, noch immer darauf ausgehen, die wirtschaftliche Kraft Deutschlands zu brechen und Oesterreich-Ungarn zu zersüßeln. Daraus können wir nichts anderes erwidern, als daß wir bis zum letzten Blutstropfen und bis zum letzten Heller bereit sind, die Integrität unseres Vaterlandes in der sicheren Hoffnung zu verteidigen, daß unsere Opfer unserer gerechten Sache den Sieg bringen werden. Der Präsident gedachte dann des beispiellosen Heldennutes unserer Soldaten und er beschäftigte sich mit der Stockholmer Friedenskonferenz. Gegenüber dem Wunsche der Sozialisten, wonach die territoriale Integrität Serbiens und Rumaniens wieder hergestellt und ihr Kriegsschaden durch alle Großmächte ersetzt werde, verwies der Präsident auf den Treubruch Rumaniens und die Rolle Serbiens, das sich auf Wunsch der russischen Autokratie dazu hergegeben hat, die Konsolidierung der Monarchie durch Nationalitätenumtriebe zu verhindern. Wir müssen Garantien dafür bekommen, daß diese Länder nach dem Kriege ihre Agitation nicht von vorn beginnen. Wenn wir auch auf die uns gebührende Kriegsschadigung verzichten, müssen wir doch zumindest fordern, daß unsere aus der geographischen Lage naturgemäß sich ergebenden wirtschaftlichen Interessen gewahrt werden, was übrigens auch den Interessen der beiden Königreiche entspricht.

Auf die Regierungskrise übergehend, wartet der Bund das Programm der neuen Regierung ab, um aus dem Gesichtspunkte der industriellen Produktion Stellung dazu nehmen zu können. Auch der Bund erblickt ein Mittel der Konsolidierung nach dem Kriege in der Ausdehnung des Wahlrechts. Er hat sich bloß mit der Reform des Wahlrechts der industriellen Arbeiter beschäftigt, da seine Kompetenz in diesem Belange außer Zweifel steht. Wenn sich der Bund aber auch nicht auf das Wahlrecht der nichtindustriellen Arbeiter erstreckt hat, folgt daraus nicht, daß es auf diesem Gebiete nichts zu tun gibt. Der Bund hält die Ausdehnung des Wahlrechts auch hier erwünscht, doch darf die Einheit des ungarischen Staates und die führende Rolle des Ungertums nicht außer acht gelassen werden.

Was den Ausgleich betrifft, so hat der Präsident in der vorjährigen Generalversammlung ausgeführt, daß im Hinblick darauf, daß die Wirtschaftspolitik der Entente nach dem Kriege noch unbekannt ist, ein den Interessen beider Staaten der Monarchie entsprechender Zoll- und Handelsvertrag zwischen ihnen nicht perfektioniert werden könne. Die Regierung war jedoch anderer Ansicht und betrachtete das von ihr zustande gebrachte Ausgleichsabkommen als endgültig. Der Bund, der die Details des Ausgleichs nicht kennt, hofft, daß er Gelegenheit haben wird, sich mit ihnen noch rechtzeitig zu beschäftigen. Was den Handelsvertrag mit Deutschland betrifft, so billigt der Präsident die Schaffung eines engeren wirtschaftlichen Verhältnisses mit Deutschland, das unser Selbstverfügungsrecht nicht verletzt und unsere industrielle Entwicklung nicht lähmt.

Der Präsident beschäftigt sich dann mit der Frage der Mehrproduktion, der Behebung der Verkehrskalamitäten, den notwendigen sozialpolitischen und finanziellen Reformen, sowie mit der Frage des Ueberganges zur Friedenswirtschaft. Der Bund ist bemüht, nach Kräften zur richtigen Lösung dieser Fragen beizutragen. Damit dies ihm aber gelingt, muß jene Strömung aufhören, die gegen die industrielle Produktion gerichtet und die Bestrebungen der Industrie unpopulär zu machen bemüht ist. Man kann nicht oft genug wiederholen, daß die Kräftigung der ungarischen Industrie und die Steigerung ihrer Produktion eine unerläßliche Vorbedingung der wirtschaftlichen Erstarung des ungarischen Staates ist und daß ohne die Erfüllung dieser Vorbedingung alle sozialen, kulturellen und finanziellen Reformen auf Sand gebaut sind.

Die Tagesordnung.

Nach dieser mit lebhafter Zustimmung und anhaltendem Beifall aufgenommenen Eröffnungsbrede betraute der Präsident den Generalsekretär Franz Fodor mit der Führung und die Mitglieder Rudolf Burcharde-Béla váry und Oskar Szirmai mit der Authentifizierung des Protokolls. Er stellte sodann der Generalversammlung Dr. Mag Fenyö als in der jüngsten Sitzung des Exekutivkomitees bestellten geschäftsleitenden Direktor vor, der von den Mitgliedern auf das wärmste begrüßt wurde.

Der Bericht über die Tätigkeit des Bundes im abgelaufenen Jahre wurde einhellig zur Kenntnis genommen und der Direktion wie dem Beamtenkörper auf Antrag des Mitgliedes Stefan Szaril Dank votiert.

Der geschäftsleitende Direktor Dr. Mag Fenyö dankte für das ihm dargebrachte Vertrauen und gedachte der Verdienste seiner Amtsvorgänger Dr. Gustav Gratz und Dr. Roland Hegedüs. Er sprach dann über die Probleme der Uebergangswirtschaft, erwähnte, daß die Direktion in dieser Frage eine Eingabe an die Regierung gerichtet hat, und ersucht die Mitglieder, sich über diese Frage zu äußern.

Hofrat Franz Vass lenkte die Aufmerksamkeit des Bundes auf die Frage der ausländischen Zahlungsmittel. Er bemängelte, daß die Oesterreichisch-Ungarische Bank ihre üblichen Wochenausweise nicht veröffentlicht und daß wir über keine genauen Daten betreffend unseren Devisen- und Goldbestitz verfügen. Wir müssen im reinen damit sein, daß wir nichts weiter wünschen können, als unsere Schulden zahlen und unseren Bedarf decken zu können. In dieser Hinsicht sind in der Fachliteratur mehrere Vorschläge gemacht worden. Der eine betrifft die Goldsendung ins Ausland, was jedoch mit Rücksicht auf unseren geringen Vorrat nicht ernstlich in Betracht kommen kann. Der zweite betrifft das Mehrproduktionsprogramm — das ist jedoch die Einstellung eines klugen Gedankens an eine ungeeignete Stelle. Wir bedürfen der Mehrproduktion in allen Zweigen unseres Wirtschaftslebens, allein das erfordert Investitionen und auf diese Art könnten wir unsere Schulden erst nach zehn bis zwanzig Jahren zurückzahlen. Der dritte Vorschlag bezweckt die Aufnahme einer großen Valutaanleihe. Das ist ein richtiger Gedanke, doch kann man nicht daran denken, Valutaanleihen jetzt in Auslande zu placieren. Ein vierter Vorschlag wünscht die Schaffung eines Uebereinkommens mit Deutschland zur Sicherung der Relation zwischen Mark und Krone. Das wäre eine ideale Lösung, doch ist sie sehr schwer zu verwirklichen; in diesem Falle hätten wir damit zu rechnen, daß wir Deutschland Rechenschaft über die Art und Weise der Verwendung dieser Kredite schuldig wären und es steht zu befürchten, daß den Preis einer derartigen Lösung die ungarische Industrie zu bezahlen hätte. Ueberdies ist es — wie vor kurzem Geheimrat Leo Lánczly ausgeführt hat — schwer denkbar, daß das Deutsche Reich der Bankier aller seiner Verbündeten sein könnte. Die Sicherung der Relation darf nicht überschätzt werden. Wir müssen in jenen Ländern Kredit in Anspruch nehmen, in denen wir als Käufer auftretet werden. Eine der Friedensbedingungen muß die Sicherung der Rohstoffbeschaffung sein. Redner legt großes Gewicht darauf, daß den ungarischen Interessenvertretungen Gelegenheit geboten werde, die Regierung vor Beginn der Friedensverhandlungen über ihre Wünsche zu orientieren.

Béla Rechnik beleuchtet die Frage der Wareneinfuhr. Wir werden die Einfuhr auch nach dem Kriege auf ein Minimum reduzieren und einen Exportüberschuß schaffen müssen, gegen dessen Ablieferung wir unbedingt Rohmaterial erhalten werden. Bei uns kompliziert diese Frage unser Verhältnis zu Oesterreich, denn es sei zu befürchten, daß wir in der Uebergangswirtschaft auch im Interesse der oesterreichischen Industrie werden Opfer bringen müssen. Wir müssen daher großes Gewicht auf die Schaffung einer entsprechenden Organisation legen, in der die wirtschaftlichen Interessenvertretungen ein entscheidendes Wort mitzusprechen haben, damit sich nicht wie bei der Errichtung des Holzverwertungsamtes ihre Präterierung wiederhole.

Eugen Lukács betonte die Wichtigkeit der Arbeiterfrage aus dem Gesichtspunkte der Uebergangswirtschaft.

Zum Schlusse dankte Präsident Chorin den Rednern für ihre Anregungen, die der Bund in seinen an die Regierung zu richtenden Eingaben benützen werde.

Nach Annahme der vom Generalsekretär Franz Fodor unterbreiteten Schlussrechnungen und des Budgets legte Vizepräsident Dr. Roland Hegedüs den Antrag vor, den gewesenen geschäftsführenden Direktor des Bundes Sektionschef Dr. Gustav Gratz zum Ehrenmitglied zu wählen. Er sieht in der Tatsache der Berufung dieses Mannes zum Sektionschef das alte Bestreben verwirklicht, daß an Stelle der Etikettediplomatie die wirtschaftliche Diplomatie trete. Der Bund hat es seit Jahren betont und gerade Dr. Gratz in seiner jüngsten Parlamentsrede hervorgehoben, daß wenn in unserer auswärtigen Politik, namentlich in der Balkanpolitik, jene Gesichtspunkte zur Geltung hätten kommen können, die von der Industrie seit Jahren als wichtig bezeichnet wurden, auch die Weltereignisse vielleicht sich anders gestaltet hätten.

Der Antrag wurde hierauf mit einstimmiger Begeisterung angenommen und beschlossen, hievon Dr. Gratz telegraphisch zu verständigen.

Zum Schlusse wurden auf Antrag des Mitgliedes Robert v. Szurdah einstimmig gewählt: zum Präsidenten Franz Chorin, zu Vizepräsidenten Roland Hegedüs und Manfred v. Weiß, in die geschäftsführende Direktion Dr. Anton v. Freund und Dr. Julius Kelemen, in das Exekutivkomitee Hugo B. Balázs, Madár Szabó, Richard Laner, Eugen Lukács, Joltán Mautner und Hermann Rosenberg, zum Ersatzmitglied Géza Drucker, in den Ausschuß Dr. Paul Bacher, Albrecht Kreuzer, Arpád Hajts, Adolf Schwarz und James Vogel.

Präsident Dr. Franz Chorin dankte der Generalversammlung für das neuerdings geäußerte Vertrauen und erklärte, die Leitung des Bundes werde im alten Geiste, mit alter Energie und voller Selbstaufopferung weiter arbeiten.

17. 10. 1917

P

Zur Budapester Tagung der Wirtschaftsverbände.

Budapest, 16. Juni.

Am 23. Juni findet bekanntlich in Budapest die gemeinsame Tagung des deutschen, österreichischen und ungarischen Wirtschaftsverbandes statt, wozu aus Deutschland über 200, aus Oesterreich über 100 Delegierte hier eintreffen. An der Tagung werden die Regierungen Deutschlands, Oesterreichs und Ungarns vertreten sein und überdies haben alle wichtigen wirtschaftspolitischen Organisationen ihre Experten entsendet. Das vom Vizepräsidenten des deutschen Reichstags, Geheimen Regierungsrat Prof. P a a s c h e herausgegebene Zentralorgan der drei Verbände, die „Wirtschaftszeitung der Zentralmächte“ gibt aus Anlaß der Budapester Tagung eine Festnummer heraus, die in ungarischer und deutscher Sprache erscheint. Es ist dies der erste Fall, daß ein Berliner Blatt mit ungarischem Text erscheint. Der Kongreßnummer entnehmen wir folgende Beiträge, die uns vom Verlag zum gleichzeitigen Abdruck überlassen wurden.

Leo Lánosz,

Wirtschaftlicher Geheimrat, Präsident der Budapester Handels- und Gewerbeämter.

Wenn wir unseren deutschen Waffenbrüdern, die zum Kongreß des Deutsch-Oesterreichisch-Ungarischen Wirtschaftsverbandes in unserer Stadt erscheinen, ein herzhaftes Willkommen zursenden, heiße es wahrlich Eulen nach Athen tragen, wollten wir zu wiederholten Malen die Bedeutung und Notwendigkeit eines engeren wirtschaftlichen Zusammenschlusses unserer Monarchie mit Deutschland betonen und begründen. Ist doch dieser Zusammenschluß das notwendige Korollar unseres politischen Bündnisses, das nach dem Kriege vermutlich eine weitere Ausgestaltung erfahren wird. Der Gedanke, den wirtschaftlichen Kampf der Zukunft Schulter an Schulter zu führen, hat erfreulicherweise schon tiefe Wurzel geschlagen, und es wird sich in Zukunft darum handeln, den Gedanken selbst praktisch auszugestalten, oder, um mich eines Ausspruchs Dr. Alexander Wexleres zu bedienen: ihn in kleine Münze zu zerlegen. Da werden natürlich die großen Schwierigkeiten einfließen, welche bei der Ermittlung jener Grenzen entstehen, bei denen die beiden komplementären Kompensationen finden sollen für Opfer, welche doch nur scheinbare sind, weil sie eben in ihrer Gesamtwirkung auf die volkswirtschaftlichen Gesamtinteressen sich gegenseitig nicht nur aufheben, sondern hiedurch auch die Grundlagen schaffen für den möglichst ungehemmten freien Wirtschaftsverkehr der Zentralmächte, und damit den Anstoß ergeben für eine ungeahnte wirtschaftliche Entwicklung.

Es regen sich Zweifel, ob der Zeitpunkt für dieses große und epochale Geschehnis richtig gewählt erscheint. Der Krieg hat in den Reichen der Mittelmächte eine riesige Verschiebung der industriellen Leistungsfähigkeit und Produktionsarten hervorgerufen. Industrien sind entstanden, die früher nie betrieben wurden, eine Expansion der Industrie ist eingetreten, die früher unmöglich schien; Erfindungen wurden gemacht, deren Anwendbarkeit für die friedlichen, normalen Zeiten noch zu erproben ist; Märkte wurden verloren, deren Entbehrlichkeit noch zu erweisen sein wird; Märkte wurden gewonnen, deren Aufnahmefähigkeit noch fraglich ist. Können wir über all das schon jetzt einen Ueberblick haben, um auf Jahrzehnte hinaus uns gegenseitig die Hände zu binden?

Auch ein Ueberblick über das finanzielle Können Deutschlands und unserer Monarchie ist noch nicht möglich, und doch wäre es wohl eines der allerwichtigsten Elemente einer zielbewußten, wohlbedachten Industrie- und Handelspolitik, sowie der großzügigen Initiierung der landwirtschaftlichen Mehrproduktion unserer Monarchie.

Ich sehe da große Schwierigkeiten, aber darf uns das abschrecken von dem Versuch einer Einigung? Ich glaube nicht. Im Feuerbrand dieses Krieges sind die eisernen Bande geschmiedet worden, die uns für alle Zukunft zur waffenbrüderlichen Gemeinschaft vereinen; und von dem Gedanken dieses innigen Bundes, dem Gedanken der Opferfreudigkeit des Stärkeren zugunsten des Schwächeren, des Hinüberleitens des Ueberschusses an Kraft an jene Stellen, wo sich Mangel an Kraft zeigt, — von dieser Auffassung befeelt, muß das Gelingen dieses Versuches einer Einigung auch im Dämmerlicht der Zukunft von Erfolg begleitet sein. Möge die Tagung des Deutsch-Oesterreichisch-Ungarischen Wirtschaftsverbandes, von diesem Geiste befeelt, seine Arbeit vollenden!

Graf Thuen-Hederváry,

Ministerpräsident a. D.

Dem Zusammenstehen des deutschen und des ungarischen Volkes in Not und Tod muß ein Zusammengehen folgen in der Arbeit, die aufrichten soll, was der Krieg niedergeschlagen.

Es müssen noch inter arma zwischen Deutschland und Ungarn die festen Grundlagen einer innigen wirtschaftlichen und verkehrspolitischen Harmonie niedergelegt werden, wollen wir nach siegreich beendeten Kriege die unermeßlichen Schäden des Kriegeszustandes inmitten der gewiß nicht am Tage des Friedensschlusses sofort aufhörenden erbitterten wirtschaftlichen Anfeindungen der uns heute in blutigem Ringen gegenüberstehenden Feinde beider Hemisphären so rasch wie möglich gutmachen.

Der Krieg hat uns unsere beiderseitige Auseinandergerissenheit klar ins Bewußtsein gebracht. Schulter an Schulter kämpfend, haben wir nicht nur unser Blut gemeinsam vergossen, sondern auch buchstäblich das Brot miteinander geteilt, wodurch, das auch vor dem Kriege zwischen uns be-

standene freundschaftliche Verhältnis zu einem herzbrüderlichen wurde.

Diese Verbrüderung soll nach dem Kriege in segensreicher Friedensarbeit womöglich noch inniger gestaltet werden, und deshalb begrüße ich die in Budapest zusammentretende Tagung der deutsch-österreichisch-ungarischen wirtschaftlichen Vereinigung als ein nicht genug hoch einzuschätzendes Mittel zu diesem mit allen Kräften anzustrebenden Zweck anzuerkennen.

Dr. Baron Julius Madarassy-Deó,

Reichstagsabgeordneter,

Vizepräsident des Ungarisch-Deutschen Wirtschaftsverbandes.

Mit großer Freude begrüßen wir unsere deutschen Gäste anläßlich der ersten Budapester Beratung des Deutsch-Oesterreichisch-Ungarischen Wirtschaftsverbandes. Gegen die forzentrischen Angriffe einer Welt in Waffen haben wir unsere Platz durch gemeinsam vergossenes Blut, gemeinsam getragene Entbehrungen, in gemeinsamer Trauer und gemeinsamen Leiden drei bittere Jahre hindurch felsenfest behauptet. In leuchtenden und düsteren Tagen eines Kampfes um Leben und Tod haben wir unsere großen Eigenschaften und Mängel gegenseitig kennen gelernt. Der kategorische Imperativ der Not hat uns dazu erzogen, unseren vollen Wert gegenseitig kennen zu lernen, um, einander ergänzend, dem Verbündeten alles zu gewähren, was die einheitliche Kraft unserer Verteidigung erheischt.

Die Notwendigkeit der Verteidigung aber wird nicht aufhören an dem Tage des Friedens. Unsere Feinde bereiten in planmäßiger, obwohl in jüngster Zeit anscheinend schwieriger werdender Arbeit den wirtschaftlichen Kampf gegen uns für die Zeit nach dem Kriege vor. Die Vorbereitung einer gemeinschaftlichen, kraftvollen Wirtschaftspolitik nach außen hin eine je freiere, je gleichförmigere und die Ergänzung der gegenseitigen wirtschaftlichen Ansprüche je mehr ermöglichende Wirtschaftspolitik nach innen, die für beide Teile die weitestgehenden Entwicklungsmöglichkeiten sichert, ist eine Lebensfrage sowohl für das Deutsche Reich als auch für die Monarchie.

Die Arbeit ist keine leichte. Wir befinden uns einer aus ihren Angeln gehobenen Welt gegenüber. Die Einfuhrmöglichkeiten der Zukunft, die Venderung der Ausfuhrmärkte, die Umgestaltung der Kriegsindustrie zur Friedensindustrie und deren Produktionsfähigkeit, die Gestaltung des Handels im Abban des staatlichen Eingriffs, die gegenseitige finanzielle Kraft, all das sind Dinge, die sich vorerst nicht vollständig überblicken und beurteilen lassen. Je mehr wir uns dem Frieden nähern, um so mehr fühlen wir die Schwierigkeiten der sich vor uns auftürmenden Fragen. Daraus folgt aber bloß das eine, daß wir die Lösung der großen gemeinsamen wirtschaftlichen Probleme nach dem Kriege mit umso sorgfältigerer Arbeit und einem umso größeren, auf gegenseitigem Verständnis und gegenseitiger Würdigung der Interessen errichteten Bestreben suchen müssen.

In dieser Richtung hat der Deutsch-Oesterreichisch-Ungarische Wirtschaftsverband auch bisher schon eine sehr schätzenswerte Tätigkeit entfaltet, und wir glauben und hoffen, daß er diese Arbeit mit dem gleichen Erfolge auch in den gegenwärtigen Beratungen in Budapest fortsetzen wird.

Dr. Stefan Bárczy,

Bürgermeister der Haupt- und Residenzstadt Budapest.

Zum Budapester Kongreß der deutschen, österreichischen und ungarischen Wirtschaftsverbände erwarten wir die deutschen Delegierten in Liebe und arbeitsbereit in unserer Stadt. Blut ist dicker als Wasser, und das Blut, das unsere Nationen gemeinsam vergießen, verbindet unzertrennlich ihr Leben. Doch seien wir darum nicht ungerecht gegen das Wasser, das auch seine Bestimmung hat in jenem großen Arbeitsplan der gemeinsamen Interessen, von dem ein Bruchteil kürzlich, ebenfalls bei uns in Budapest, die Donaufunktion beschäftigte. Und seien wir nicht unempfindlich für die noch ätherischeren Ideen, die unserem Schutz- und Arbeitsbündnis entsprechen. Auch der abstrakteste und kühnste Gedanke ist real, wenn er Reales anstrebt, und es wird vielen Mutes, nicht bloß des Handlans, sondern auch des Witzes bedürfen, um den ganz und gar neuen Aufgaben gerecht werden zu können, die uns durch eine ganz und gar neue Lage vorgezeichnet sind. Im Wohlstande findet sich nicht nur materielles Gedeihen, sondern auch geistige Entwicklung, und wir, die wir in dem Rate der deutsch-ungarischen Wirtschaftsbrüderschaft sitzen werden, sollen die modernste Kraft mitbringen: die wirtschaftliche Phantasie.

Baron Ludwig Saldany.

Es begab sich im Jahre des Heils 1860, daß Vischer, der berühmte Verfasser des „Auch Einer“, dem vor Pest ankerwerfenden Schiffe entstieg und sich an dem mannigfaltigsten Panorama des Wassers, der Hügel, Täler, Häuser und Brücken ergötzte, das der Fremdling entzückt betrachtete, und an dessen Schönheiten der Pester, der doch fortwährend Gelegenheit hat, es zu sehen und zu betrachten, sich nicht satt sehen kann und niemals satt sehen wird. Dann schlenderte Vischer durch die Straßen und sah die unterdrückten Ungarn, die mit ihren damals noch rebellischen nationalen Gefühlen in Nationalkostümen demonstrierten, schaute sich die Aufführung von Jókais „Die Märtyrer von Szigetvár“ an, und schließlich kehrte er in den „Hopfgarten“ ein, um im Kreise unserer schwäbischen Mitbürger Bier zu trinken. Und nachdem er sich auch mit den braven Deutschungarn in ein Gespräch eingelassen hatte, stellte er bei sich fest, daß Ungarns Zukunft nur dann aussichtsreich sein kann, wenn es auf seine nationalen Aspirationen, seine nationale Sprache verzichtet, die er nicht für kulturfähig hielt.

Und das sagte dieser, ansonsten so gründliche, talentvoll ausgezeichnete Mann, ohne die Wahrheit der Tatsache prüfen, in einer Stadt und gerade zu einer Zeit, in der Josef Arany lebte und schrieb, Csothos lebte und schrieb, Petöfi's Brödmartins Geist bei uns zu einem Kulturelement zu werden begann, und in der, ungefähr zu Zeiten von Vischer's Besuche ein unbekannter Herr namens Madách mit einem „Tragödie des Menschen“ betitelten, philosophierenden Schauspiel hervortrat, das — mag es auch nicht unwichtig und großartig sein, wie gewisse chauvinistische Aestheten glauben verüben — jedenfalls ein Probefstück dessen ist, daß ungarisch nicht nur Reden halten, sondern auch herrlich in schauungsvoll denken kann, mit einem Wort, daß wir unserer Bildung und unserer Sprache hineingehören in je Europa, daraus uns Vischer verstoßen wollte.

Vischer macht den Vorschlag, wir sollen Deutsch lernen und ganz zu Deutschen werden. Hätte sich der deutsche Denker mit ungarischer Geschichte befaßt, so würde er gewußt haben, daß uns dieser Vorschlag in Form kaiserlicher Befehle im Laufe der ungarischen Geschichte schon öfter gemacht worden. Und was war das Ergebnis? Wir wurden zur Ablagerungsstätte des Schrotts von Wien, zum jämmerlichen A und B deutscher Schriftsteller, Gelehrten und Schauspieler zweiten und dritten Ranges. Das deutsche Pest bietet am Anfang des XIX. Jahrhunderts ein verabscheuungswürdiges und häßlich Bild, zumal für den Deutschen, der hier die eigene Kultur einem Zerrspiegel sehen konnte, als Schimpf und Schande den Augen der Welt.

Würdige Brüder aller zivilisierten Nationen, besonders aber der Deutschen, sind wir erst, seitdem wir Ungarn für so, nur so kann der deutschen Arbeit unsere unwüchsigkeit Arbeit zu Ruh und Frommen gereichen. So, nur so können wir im kämpfenden Kriege, im friedlichen Fleiße und friedlich Gesittung solche Bundesgenossen des Deutschthums sein, deren man sich nicht zu schämen braucht.

Aus welchem Anpropos ich das alles sage? Mein Gott Vischer's Buch kam mir gestern zufällig in die Hand und ward, als ob es auch heute noch aktuell wäre. Wie schade, daß ich den toten „Auch Einer“ nicht mehr zu einem gründlicheren Studium der ungarischen Geschichte, Literatur und Wissenschaft, der ungarischen Volksseele ermuntern kann. Noch ab ist der in seinem besten Glauben irrefeleitete oder falsch unterrichtete, doch uns eigentlich brüderlich gesinnte — und in diesem Gefühle unsererseits volle, warme Erwidern für beide — ausgezeichnete deutsche Schlag der „Auch Einer“ nicht ausgestorben. Darum müssen wir von ihnen außer ihre Liebe und ihrem guten Glauben noch ein wenig Studium um ein wenig Mühe erbitten, sich mit uns zu beschäftigen. Wenn um nichts anderes, so kraft des gemeinsam vergossenen Heilblutes.

Der freie Kaufmann.

Von

Friedrich Franz von Couring.

Wer in den vergangenen Tagen mit den Reichstagsabgeordneten in Hamburg gewesen und der Einladung gefolgt war, die der Ausschuss für Handel, Schifffahrt und Industrie erlassen, hat gewiß ein ganz neues Bild von dem Wirken und Schaffen des Kaufmannes und den Grundbedingungen mit nach Hause genommen, auf denen er und sein ganzer Stand fußt, als er es bis dahin im Herzen getragen. Und gerade darum war jene Veranstaltung von allergrößter Bedeutung für unser gesamtes Wirtschaftsleben.

Die Moral versteht sich der Idealismus des Kulturmenschen immer von selber, aber eben so selbstverständlich ist ein gesunder Egoismus, und oft ist er es, der für andere Lebens- und Glücksbedingungen schafft. Wie bei den einzelnen Menschen die Abstufung ihrer Neugier verschieden ist, so bei den einzelnen Ständen. Das richtet sich ganz nach ihrer Stellung im Lebenskampf und der inneren Seele ihrer Persönlichkeit. Die Summe aus beiden wird ja dann auch den Ausgang und den Erfolg bestimmen.

Ein Stand nun aber bedarf des Egoismus als Nährboden und das ist der Kaufmann. Wenn er etwas für sich und für andere Wertvolles schaffen will, so muß er selbstständig und aus sich heraus schaffen dürfen, dann nützt er sich und der Allgemeinheit.

Reht mit der Wirtschaft und dem Handel den schaffenden Egoismus des einzelnen Kaufmannes, und Wirtschaft und Handel verdorren rettungslos.

Es gibt nun allerdings Zeiten und Umstände, die für Augenblicke gebieterisch die Ausschaltung des Egoismus zugunsten des höheren Egoismus einer größeren menschlichen Gemeinschaft fordern. Solche Augenblicke können für Gesellschaften, Gemeinden und Staaten eintreten, und der Krieg ist ein solcher Umstand, der eine solche Beschränkung rücksichtslos fordert. Von allen und jedem, von hoch und niedrig und damit auch von dem Kaufmann, dessen ganzes Sein auf der freien Betätigung seines Egoismus beruht.

Wer wollte es leugnen, daß es gerade der Ablergriff Friedrichs des Großen war, der die Nation zu ungeheuersten Taten vereint und gegen einen übermächtigen Feind gehalten, wer aber auch, daß dieser Griff so fest und eisern war, daß er selbst über seinen Tod hinaus noch wirkte und seine Persönlichkeiten aufkommen ließ, die rechtzeitig und mit Erfolg davor gewarnt und eingegriffen, um an Stelle des toten Mechanismus das Wollen freier Kräfte zu setzen.

„Mögen die Konsuln“, wie die alten Römer sagten, „zusehen, daß der Staat keinen Schaden nehme“, rief Vallin am Sonnabend den Reichstagsabgeordneten zu, die sich im Hamburger Nährhaus versammelt hatten, nachdem sie am Tage vorher mehrere Vorträge über dasselbe Thema gehört hatten, und wahrlich, es ist der Augenblick gekommen, warnend die Stimme zu erheben, warnend zu rufen: bis hierher und nicht weiter, denn sonst geht unser Handel, unsere Schifffahrt, unsere Industrie rettungslos zugrunde.

Der Krieg hat auch bei uns Zustände geschaffen, die jenem eisernen Griff Friedrichs des Großen entsprechen, aber nie und nimmer dürfen wir es dulden, daß dieser eiserne Griff abermals als toter Mechanismus nach dem Kriege weiter wirkt und uns zugrunde richtet.

1820 hatte Deutschland eine Einwohnerzahl von zwanzig Millionen, heute hat es eine solche von siebzig, und wenn uns auch die intensivere Ausnutzung des Bodens besser und reichlicher ernährt als am Anfang des neunzehnten Jahrhunderts, so bedürfen wir doch bitter notwendig des Welthandels; und ein Welthandel ohne den Kaufmann, ohne die schaffende Persönlichkeit des einzelnen Mannes ist undenkbar.

Die Wahrheit dieses Grundsatzes haben die Reichstagsabgeordneten aller Parteien, die sich nach

23. VI. 1917

109

PESTER LLOYD

Volkswirtschaft.

Bur Tagung des Deutsch-Oesterreichisch-Ungarischen Wirtschaftsverbandes.

Budapest, 22. Juni.

Es ist im Verlaufe dieses Weltkrieges den Wirtschaftspolitikern aller verbündeten Mächte zum zentralen Bedürfnis geworden, einander von Zeit zu Zeit aufzusuchen, um ihre Gedanken über die wirtschaftlichen Erfordernisse der Zukunft auszutauschen.

Von Beginn an beherrschte die Beratungen des Wirtschaftsverbandes die Frage nach der Zukunft der Handels- und Zollpolitik. Man könnte beinahe meinen, daß der handelspolitische Charakter der Beratungen bisher zu sehr in den Vordergrund gerückt sei, so daß hierdurch andere Fragen von ebensolcher Wichtigkeit vernachlässigt werden mußten.

Vieles, wenn nicht alles, dürfte diesbezüglich in der Zukunft vom Inhalte des Friedensvertrages abhängen. Und da ist es erst fraglich, ob unser mit Sicherheit erwarteter Sieg dazu benützt werden soll, unsere Feinde von vornherein zum Verzicht auf die handelspolitischen Vorteile zu zwingen, die die Staaten Mitteleuropas einander gewähren wollen.

Wer kann wissen, ob uns dies gelingen wird, ob unser nie bezweifeltes Sieg so ausschlaggebend sein wird, um derartiges zu vollbringen? Keinesfalls würde es sich lohnen, den Krieg auch nur um einen Tag zu verlängern, um unseren Feinden auch unseren handelspolitischen Willen aufzwingen zu können.

Die in Budapest morgen beginnende sechste Tagung des Deutsch-Oesterreichisch-Ungarischen Wirtschaftsverbandes widmet ihre Beratungen schon reelleren, greifbareren und hauptsächlich nicht unsere Feinde herausfordernden Zielen. Es sollen die wichtigsten Fragen der Uebergangswirtschaft erörtert werden, was hoffentlich unter dem Gesichtswinkel der gegenseitigen Unterstützung bei der Lösung dieser Fragen geschehen wird.

Herz, Ernst König, Emil Honigmann, Regierungsrat Dr. Alexander Horowitz, Gg. Eduard Ritter von Horowitz, L. u. L. Geheimrat, Sektionschef i. P., Reichsratsabgeordneter Dr. Gustav Hummer, Wien, Josef Suster Landtagsabgeordneter, Binn, Philipp Rahnmann, Star Kallmann, Wien, Dr. Friedrich Karminski, L. L. Hofrat im Handelsministerium, Ernst Klebinder, Redakteur, Wien, Ernst Knapp, Bürgermeister von Schwaz, Franz Knobloch, Professor Dr. Rudolf Kobatsch, Sigmund Körner, Kommerzialrat Moriz Kohn, Börserat, Dr. Otto Ritter v. Komorzynski-Obezynski, Privatdozent, kaiserl. Rat Ernst Krause, Vizepräsident des Niederösterreichischen Gewerbevereins, Wien, Ingenieur Paul Rirt, Generalkonsul Karl Landeis, Alfred Lappert, Direktor Fritz Larsen, Jakob Lehner, Dr. Friedrich Leiter, Redakteur, Josef Leitner, Josef Leitner Gemeinderat, Rudolf Löffelholz, Wien, Leopold Lustig, Brünn, Regierungsrat Dr. Robert Mager, Brünn, Kommerzialrat Eduard Medinger, Wien, Dr. Wilhelm von Medinger, Landtagsabgeordneter, Böhmen, Dr. Jakob Meisl, Wien, Dr. Albert Moscheni, Triest, Reichsratsabgeordneter Dr. Albert Ritter v. Mühlwert, Krems, Magistratsrat Dr. Josef Friedrich Müller, Julius Müller, Josef Müller von Ujlat, Handelskammerat Ernst Nauen, Magistratsdirektor Dr. August Maria Nücktern, Reichsrats- und Landtagsabgeordneter Dr. Heinrich von Oberleithner, Hans Odelga, Reichsratsabgeordneter Ferdinand Reichsritter v. Panz, Dr. Rudolf Baron Parisi, Wien, Josef Perthen Auffig, Franz Pittner, Landtagsabgeordneter, St. Pölten, Hans Pongracz, Wien, Fr. Pöll, Dorfleher, Binn a. D., Julius Puzsailer, Dr. Camillo Raupenstranch, Dr. Wilhelm Regendanz, Direktor der österr. Kreditanstalt, Hugo Reif, kaiserl. Rat Moriz Reif, Friedrich Reifensuhl, Ernst Rosen, Kommerzialrat Heinrich Rosenber, Karl Rosenthal, Ingenieur Edward Salzer, Franz Schallaböck, Karl Schmieb, Theodor Schmidt, Georg Schneider, Rudolf Schneider, Dr. Richard Schönthal, Johann Schönauer, Dr. Felix Schostal, Direktor Stefan J. Schud, Alfred Schuschny, L. Rat Adolf Schwarz, Reichsratsabgeordneter Georg Serbu, Julius Serefs, kaiserl. Rat Paul Siegfried, Kommerzialrat Emil Siegl, Wilhelm Singer, Chefredakteur des Neuen Wiener Tagblattes, kaiserl. Rat Hans Sonvico, Innsbruck, Dr. Franz v. Sprung, Mich. Stern, Dr. Ignaz Stich, Gemeinderat, Dr. Franz Stohr, Dr. Gustav Stolper, Dr. Paul Suppan, Edmund Tanyig, Dr. Max v. Tanythal, Regierungsrat, Ignaz Tenger, Leopold Tomola, Leopold Tomola jun., Rudolf Wierdal, Ernst Eder v. Urbas, Dr. Moriz Weden, Abbotat, Josef Weber, Moriz Weidner, Dr. J. Weis, Ludwig Weis, Dr. Heinrich Wildner, L. u. L. Konsul, kaiserl. Rat Jakob Winler, Moriz Winter, Albert Wiach, Dr. Wilhelm Ritter v. Wymetal, Schriftsteller, Franz Zeller, Dr. Georg Zirn, Kommerzialrat Alexander Zirner, Gottlieb Zischer, Schwaz (Tirol).

Die Fahrt nach Budapest.

Die ausländischen Teilnehmer an der Budapest Tagung sind heute früh mit einem von der Donau-Dampfschiffahrt-Gesellschaft zur Verfügung gestellten Separatdampfer aus Wien nach Budapest abgereist. An Bord des Schiffes begrüßte Generaldirektor Hofrat Friedrich v. Esatary die Gäste. Es hatten sich 357 Personen an dem Dampfer zur Reise nach Budapest eingefunden.

Die Ankunft in Budapest.

Am 7 Uhr abends ist der Separatdampfer in Budapest angekommen, wo die Gäste von einer größeren Abordnung des Ungarisch-Deutschen Wirtschaftsverbandes unter Führung des Vizepräsidenten Barons Julius Madarassy-Red und dem Kongresskomitee unter Führung des Magistratsrates Dr. Franz Harzer erwartet wurden.

24. VI. 1917

AM

Budapest, 23. Juni.

Den Gästen aus Deutschland und Oesterreich, die zur Tagung des deutsch-österreichisch-ungarischen Wirtschaftsverbandes sich in unserer Hauptstadt eingefunden haben, entbietet die öffentliche Meinung der ungarischen Nation ihren innigsten Willkommgruß. Mit brüderlichen Gefühlen begrüßen wir sie in unserer Mitte, denn wahrlich Brüder sind sie uns, nicht Gäste bloß. Unser Verhältnis zu ihnen ist und bleibt für alle kommenden Zeiten durch das im Weltkrieg Erlebte bestimmt: durch den herrlichen Schwung, mit dem unsere Völker sich der feindlichen Uebermacht entgegenwarfen, die zu unserer Vernichtung sich verschworen hatte, durch unseren gemeinschaftlichen Glauben an die Unbezwingbarkeit von Recht und Wahrheit in ihrem Kampfe gegen ruchlose Gewalt und tückische Lüge, durch das uns allen zum kostbaren Gemeingut gewordene Bewußtsein einer Schicksalsgemeinschaft, die, vom Hammer des Weltkrieges geschmiedet, die Waffe ist, die den Sieg unserer Heere erringt, im Frieden aber das Werkzeug sein soll, das Verlorenes ersetzt und neue, segensbringende Werte schafft.

Der schöpferischen Arbeit, aus der diese Werte hervorzugehen haben werden, gilt die Tagung des Wirtschaftsverbandes. Der Wunsch nach wirtschaftlicher Verständigung unserer Nationen ist emporgekeimt aus dem mit dem kostbaren Blute unserer Völker gedüngten Boden der Schlachtfelder, auf denen die treue Waffenbrüderschaft unserer Heere sich in ruhmvollen Waffentaten bewährte. Vergebens wird der Sieg erstritten sein, wenn die Staaten, die in Not und Tod die gemeinsame Gefahr überwandern, nicht auch im Frieden zusammenstehen, um in vereinter Abwehr der Vergeltungsgrüer der Feinde entgegenzutreten, die nicht verfehlt werden, auf wirtschaftlichem Gebiete unseren Zusammenbruch anzustreben, den mit den Waffen zu erzwingen, ihnen versagt war. Schulter an Schulter werden wir auch nach dem Kriege zu wirken haben, denn nur an unserer wirtschaftlichen Einheitsfront kann der auf unsere wirtschaftliche Zermürbung gerichtete Wille zerschellen. Auf diese Zermürbung war es ja auch im Kriege abgesehen. Militärisch sollten wir ruiniert werden, um politisch widerstandsunfähig zu sein, und unsere politische Vernichtung war bloß das Mittel, um das eigentliche Ziel, die Erbeutung unserer Habe, zu erreichen. Im Frieden wird die Zähigkeit des feindlichen Willens den Prozeß umkehren. Man wird unserer wirtschaftlichen Regenerierung Hindernisse bereiten, unseren Güteraustausch lähmen, die Quellen unserer Wirtschaftskraft verstopfen wollen, um uns politisch zu schwächen und den blutarm gemachten Organismus unserer Staaten in militärische Ohnmacht zu bannen. Das ist es, was unsere Völker sich vor Augen zu halten haben. Das ist die Gefahr, gegen die wir uns beizeiten wappnen müssen.

Nicht auf das Wie dieser vereinten Verteidigung kommt es heute an; die Methoden werden sich dem militärischen und diplomatischen Ertrage des Endsieges, der uns nicht mehr entrisen werden kann, anzupassen haben. Was heute nützt, ist der geschlossene Wille zur geschlossenen Arbeit auf wirtschaftlichem Gebiete. Diesen Willen müssen wir in uns stählen, ihn fest verankern in dem Lebensstriche unserer Staaten schon jetzt, während noch der Kampf auf den Schlachtfeldern wogt, damit in der Stunde des Friedensschlusses das Ziel jedem klar bewußt sei und man nur noch über den sichersten Weg zu ihm schlüssig zu werden brauche. Lassen wir uns durch das Britenwort belehren: „wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg“. Daß wir als innigst verbündete Waffenbrüder auch nach Abschluß des Ringens in herzlicher Eintracht miteinander zu leben wünschen werden, steht außer Zweifel; sicher ist folglich, daß wir wirtschaftspolitisch uns verständigen, den wechselseitigen Güteraustausch im Geiste des Entgegenkommens regeln und bemüht sein werden, die wirtschaftlichen Reibungsflächen tunlichst zu verringern, die vorhandenen Interessengegensätze zu überbrücken oder wenigstens abzustumpfen, überhaupt einander eher zu ergänzen als in scharfem Wettbewerbe aufzureiben. Und ebenso begründet ist die Zuversicht, daß wir Dritten gegenüber in loyalem Einvernehmen den gleichen Weg zu beschreiten, handelspolitisch nach außen hin in vollster Harmonie unter verständnisvoller Ausgleichung der gegenseitigen Interessen vorzugehen trachten werden. Wenn uns der Krieg das nicht gelehrt haben soll, dann hätten unsere Staaten aus der harten Schule des Krieges nicht jene Wägung heimgebracht, die allein sie vor künftigen Schäden zu bewahren vermag.

Der Budapest Tagung des Wirtschaftsverbandes wird der Beginn der wirtschaftspolitischen Verhandlungen zwischen den Regierungen des Deutschen Reiches und unserer Monarchie auf dem Fuße folgen. Ein verheißungsvoller Auftakt zu diesen Verhandlungen sind die Besprechungen, die jetzt in unserer Hauptstadt zwischen Politikern und Männern des praktischen Wirtschaftslebens der drei Staaten stattfinden. Der Wille zum brüderlichen Zusammenschluß ist der Grundton, auf den diese Besprechungen gestimmt sind. Herzlich und kräftig schwingt dieser Grundton in den innigen Begrüßungsreden, die heute zur Eröffnung der Arbeiten der Verbandstagung gesprochen worden sind. Unsere Völker sind Kameraden im Kriege, Kameraden wollen sie auch in der Arbeit des Friedens bleiben. Sie reichen einander in den Festen und Beratungen dieser Tagung die Bruderhand. Dieser Einklang der Gefühle ist ein starkes Unterpfand des Erfolges der allseitigen Bemühungen, auch den Einklang der wirtschaftlichen Interessen zu finden und ihn als kostbares Gut aus der rauhen Kriegszeit hinüberzuretten in den hoffentlich nicht mehr fernem Frieden.

Die deutsche Handelschiffahrt nach dem Kriege.

Bremen, im Juni.

Das, was nachfolgend über die Aussichten der deutschen Handelschiffahrt nach dem Kriege gesagt wird, hat sinngemäß auch Anwendung auf die österreichisch-ungarische Handelschiffahrt zu finden. Wenn wir an den hoffentlich in Bälde vor der Tür stehenden Frieden denken, so wenden sich die Gedanken weiter Kreise dem Handel über See zu, der einer der stärksten Stützen unseres Wirtschaftslebens ist, und zugleich an seine Trägerin, die Rauffahrtschiffahrt. Immer kräftlicher nahm der Außenhandel Deutschlands und Oesterreich-Ungarns in den letzten Jahren vor Kriegsausbruch zu. 1908 belief sich sein Wert in Millionen Mark auf 14.062,6, beziehungsweise 3955,4, 1911 lautendebetreffenden Ziffern 17.811,8 und 4421,9, 1913 20.668,3 und 5233,8. In gleichem Grade wuchsen die deutsche und die österreichisch-ungarische Handelsflotte. Die deutsche verfügte im Jahre 1910 über 4.333.186 Bruttoregister-tonnen, im Jahre 1913 über 5.082.061 Bruttoregister-tonnen, das heißt, es waren vorhanden 2019 Dampfer mit 4.743.046 Bruttoregister-tonnen und 302 Segler mit 339.015 Tonnen. Oesterreich-Ungarns Handelsflotte zählte im Jahre 1913 419 Dampfer mit 1.010.347 Tonnen und 8 Segler mit 1067 Tonnen (es sind nur Schiffe von mehr als 100 Register-tonnen angeführt, die Ziffern entstammen Lloyd's Register). Der Aufstieg der Schiffahrt prägt sich überzeugend in der Zunahme der Lonnage einzelner Dampfergesellschaften aus. Die Hamburg-Amerika-Linie z. B. besaß 1907 955.742 Tonnen, 1913 1.360.360 Tonnen; die Deutsche Dampfschiffahrtsgesellschaft Sansa 1907 244.985 Tonnen, 1913 440.544 Tonnen; der Oesterreichische Lloyd 1907 185.784, 1913 249.142 Tonnen, und die Austro-Americana 1907 114.570, 1913 217.909 Tonnen.

Wie wird sich die Zukunft der deutschen Handelsflotte gestalten? Diese Frage wird mit hangendem Herzen jetzt häufig gestellt. Ehe jedoch zur eigentlichen Beantwortung geschritten wird, mögen zwei Versicherungen von englischer Seite, das heißt unseres Hauptfeindes, bezüglich der Zukunft des Handels vorausgeschickt werden. Der Engländer, als kluger Kaufmann, stellt sich nicht auf den Gemütsstandpunkt, sondern auf den Geschäftsstandpunkt. Er weiß, daß die nun im Kriege aufgepeitschten Leidenschaften nach Friedensschluß auf Grund kaufmännischer Interessen abgeebben werden. Das englische Blatt, das schon vor dem Kriege stets für eine Verständigung zwischen Deutschland und England eintrat und das auch während des Krieges stets eine maßvolle Haltung bewahrte, der Economist — die Zeitung vertritt vornehmlich Handelsinteressen — schrieb gelegentlich der Verhandlungen im Unterhaus über die Zukunft der Handelsbeziehungen: „Es stimmt, daß Sir Henry Dajiel jagte durfte, jeder Deutsche ist unter Umständen als ein Spion anzusehen, aber ebenso richtig ist, daß man jeden Engländer unter Umständen als einen Betrüger ansprechen darf. Es ist albern, daß wir nicht anerkennen, daß die Deutschen, die hier Gastrecht vor dem Kriege genossen, unserem Handel sehr förderliche Dienste taten. Wir sollten ihnen dankbar sein. Unsere Regierung sollte ihre Anstrengungen besser auf andere Dinge verwenden als wie die zukünftige Regelung des deutsch-englischen Handels, zum Beispiel darauf, wie wir jetzt den Krieg am raschesten gewinnen können. Jedes Kind weiß, daß alle die törichtsten Pläne, die nun gefaßt werden, um den deutschen Handel in Zukunft auszuschalten, ins Wasser fallen werden, ins Wasser fallen müssen, denn, magt einer der sehr ehrenwerten Lords im Ernste zu behaupten, er würde, wenn er kluglich Geld verdienen kann, etwa mit den Deutschen keinen Handel treiben? Wir werden die deutschen Kaufleute hier im Lande ebenso wenig entbehren können wie den deutschen Handel überhaupt.“ Und der Großindustrielle Sir Hugh Bell, der eine herrschende Stellung in der englischen Eisen- und Kohlenindustrie einnimmt, äußerte: „Wissen die Menschen, die bei uns schreiben, der deutsche Handel muß zerstört werden, was das heißt? 1913 belief sich der Wert unserer Geschäfte mit Deutschland auf 144 Millionen Pfund Sterling, und fast jede Tonne der nach Deutschland ausgeführten Waren wurde in einem Hafen an der Ostküste von London nach Aberdeen eingeladen. Was soll aus diesen Häfen werden, wenn wir keinen Handel mehr mit Deutschland haben wollen? Soll das gesamte Kapital brachliegen? Es ist in den Hafenanlagen inbestimmt, gehört Engländern. Werden sie sich zugunsten einiger Dummköpfe ruinieren? Einige Schreier meinen, John Bull haßt den deutschen Handel, da darf er keine Geschäfte mit ihm machen. Nun, den wenigen, die solche Ansicht verbreiten, wird bald der Mund gestopft werden. Aber auch sie würden nicht lange halten. Es ist unmöglich, sich des Handels eines Landes zu bemächtigen, das von siebzig Millionen Menschen bewohnt wird, und vor allem von solchen Menschen, wie es die Deutschen sind. In London, in Berlin usw. leben Tausende, die essen und sich kleiden müssen, und recht viel von dem hierzu Nötigen kaufen sie sich gegenseitig ab. Ich laufe nicht von einem Händler, etwa weil ich ihn für einen braven Menschen halte — wohl möglich, daß ich ihn nicht dafür halte —, sondern weil mir seine Ware gefällt. Geradeso liegt der Fall zwischen England und Deutschland.“ Ich glaube, wir brauchen uns keiner Sorge hinzugeben über alle die jetzt verbreiteten Nachrichten von den Wünschen unserer Feinde, unseren Handel nach dem Kriege aus-

zuschalten. Es wird bei „vorbereitenden“ Schritten für „Vorbereitungen“ bleiben, wie es in Paris geschah. Die Zuversicht, daß der deutsche Handel sich wieder frei entfalten kann, gewinnt er es aus eigener Kraft vermag (1), gründet sich auf den Gedanken, daß der freie Handelsverkehr auf allen Meeren und mit allen Völkern ein unumstößliches Naturgesetz ist, gegen das sich aufzulehnen zweck- und sinnlos wäre. Dem, der den Versuch hierzu unternommen würde, würde es zum eigenen bitteren Schaden ausschlagen. Unter dem Einfluß der Kriegsbijouche entstanden allerhand Projekte über künftige Absperrung, Boykott u. dgl. m. Aufgereagte Heimkrieger gefielen sich darin, Propaganda zu machen für ein „Sich-gegen-uns-lernen auf heimischen Herd“, für Verzichtleistungen auf Reisen außerhalb des Vaterlandes, Erlernen fremder Sprachen, Benutzung von Auslandsreisen usw. ufm. Diefer Art sind heute bereits zu ziemlich verschwiegen.

Die praktische Vernunft gebietet die Wiederaufnahme des Welthandels. Alle Völker der Erde sind aufeinander angewiesen. Die internationale Verknüpfung des Handels, das heißt die gegenseitige finanzielle Abhängigkeit, auf die Norman Angell in seinem Werk „Die falsche Rechnung“ überzeugend hingewiesen hat, läßt sich nicht durch kindliche Bräuten abtun. Wenn etwas geeignet war, die verkehrten Ideen auf politisch-wirtschaftlichem Gebiet ad absurdum zu führen, die Nebel der Unwissenheit und Unklarheit in besagter Richtung hinwegzufegen, so sind es die ökonomischen Begleiterscheinungen des Krieges. Die mächtige Welle des Verkehrs und der modernen Technik überbrückte die Meere und band die Völker zu gemeinsamem Streben für ihre Wohlfahrt fest zusammen. Fulton sagte 1797 in seinem Pamphlet „An die Freunde der Menschheit“ über den internationalen Verkehr: „Wer sich gegen den Gedanken auflehnt, daß die gesamte Menschheit friedlich beieinander leben sollte und daß sie nur einen Kampf um die Freiheit des Glaubens und Denkens, des Wollens und Handelns führen sollte, versündigt sich an seinem eigenen Volk.“ Bisher glaubten gar zu viele, daß jedes Volkes Fortschritt des andern Volkes Niederlage, und jedes Volkes Glück des andern Unglück bedeuten. Diese Ansicht muß endlich als irrig erkannt werden.

Wenn wir nun auch auf Grund der praktischen Vernunft annehmen dürfen, daß sich dem Handel über See nach Friedensschluß keinerlei große Schwierigkeiten in politischer Beziehung entgegenstellen werden, dürfen wir dennoch keine überspannten Hoffnungen aufkommen lassen, weil ein wesentlicher Faktor für die gute Entwicklung des Handels die wirtschaftliche Lage ist. Das gleiche trifft auf die Rauffahrtschiffahrt zu. Auf keinem Gebiet machte sich die Einwirkung des Krieges so schwer fühlbar als auf dem der Rauffahrtschiffahrt. Mit Ausnahme des Verkehrs in der Ostsee liegen unsere Handelschiffe teils in neutralen, teils in heimischen Häfen zur unfreiwilligen Ruhe verurteilt vor ihren Ankerketten. Eine beträchtliche Zahl deutscher Rauffahrer fiel in Feindeshand. Die Schiffe sind vielfach gezwungen worden, unserem Interesse zuwider laufenden Dienst zu tun. Verschiedene wurden bereits von unseren U-Booten versenkt. So hat der Krieg unserer Handelschiffahrt harte Wunden geschlagen, und die Aussicht auf den Frieden zeigt in mannigfaltiger Hinsicht ein wenig tröstliches Bild. Es wäre verkehrt, wollten wir glauben, daß, sobald der Friedensschluß vollzogen wäre, die Farben Schwarz-Weiß-Rot alsbald wieder, an Bord zahlreicher stattlicher deutscher Schiffe wehend, auf allen Meeren zu erblicken sein würden.

Die Lage unserer Handelschiffahrt wird aus verschiedenen Gründen schwierig sein. Abgesehen von dem schon berührten Mangel an Schiffen infolge Zerstörung und Vernichtung während des Krieges — denn die in feindlichem Besitz befindlichen Schiffe, selbst wenn sie einmal zurückgegeben werden sollten, sind stark mitgenommen, und die jetzt in den Häfen festliegenden Schiffe können vielfach nicht gut konterbiert werden — ist zu beachten, daß die neutrale Schiffahrt als starker Konkurrent in die Erscheinung treten wird, zum Teil auch die feindliche. Ein Beispiel für die gewaltige Vermehrung neutraler Handelsflotten wird genügen, um diese Verhältnisse zu beleuchten. Nach einer Mitteilung des Handelsdepartements der Vereinigten Staaten hat sich die am ausländischen Handel beteiligte amerikanische Schiffahrt von 2405 Schiffen mit 1.076.152 Brutto-Registertonnen am 30. Juni 1914 auf 3135 Schiffe mit 2.194.470 Brutto-Registertonnen am 30. Juni 1916 gesteigert. Nehalich wie in Nordamerika liegen die Dinge in den anderen neutralen Staaten. Vor allem zog Japan aus seiner Rolle als „lachender Dritter“ Nutzen. Nach Kaitaplan befanden sich auf japanischen Werften im Jahre 1915 im Bau 100.000 Tonnen an Handelschiffmaterial, und im Jahre 1916 genau das Doppelte, 200.000 Tonnen. In Spanien hat die Vermehrung des Anteils am Weltschiffbau sich von 0,3 auf 1,1 Prozent gehoben. Wenn nun auch in Deutschland manche Schiffe während des Krieges gebaut wurden, so spielen die Riffen den fremden gegenüber keine Rolle. Werden die Geldmittel vorhanden sein, um nach dem Kriege sogleich mit der Stapellegung von großen Handelsdampfern zu beginnen? Werden die Rohmaterialien sich im Lande befinden, werden sie eingeführt werden können usw.? Die Verschlechterung unserer Valuta wird uns nötigen, so wenig wie möglich vom Ausland zu beziehen. Das bedeutet eine Erschwerung der schiffbaulichen Industrie. Selbstverständlich wird der Bedeutung gerade dieser Industrie Rechnung getragen werden, aber welche Industrie wird nicht eine besondere Berücksichtigung in Anspruch nehmen? Man spricht von staatlichem Zuschuß für die Reedereien. Werden die Finanzen des Reiches solchen erlauben? Von den Geanern haben wir keine Kriegsentwädigung zu erwarten. Die Zuversicht, mit der zu Anfang des Krieges der Leiter unserer Reichsfinanzen —

Gelfferich — unsere Geldlasten auf die Feinde abzuwälzen hoffte, ist längst geschwunden. Selbst Dietrich Schäfer, der bekannt altdeutsche Professor, gibt dies zu. Er schrieb vor kurzem: „Die wirtschaftlichen Folgen des Krieges werden wir noch lange Jahre spüren. Es läuft auf Scheidemanns Weisheit heraus: Jeder trage seine Lasten.“

Wir sollen uns diesen Wahrheiten gegenüber nicht verschließen, denn es sind Wahrheiten. Je ernster wir der Wirklichkeit ins Antlitz schauen, um so besser werden wir imstande sein, mit offenen Augen und mit starkem Verstand die Zukunft unseres Handels über See und unserer Handelschiffahrt zu beurteilen. Wir dürfen uns nicht verhehlen, daß es der Zusammenfassung aller Kräfte bedarf, sollen wir die Konkurrenz mit Erfolg bekämpfen. Aber wir vertrauen auf unsere Kaufleute und auf unsere Industriellen. Sie haben sich trefflich beim Ausbruch des Krieges den Verhältnissen anzupassen verstanden. Verblüffend rasch wurde die Friedenswirtschaft auf die Bedürfnisse des Krieges eingestellt. So sind wir berechtigt zu der Erwartung, daß es auch umgekehrt beim Friedensschluß sein wird. Gewiß werden wir uns mit einer beträchtlichen Dosis Geduld wappnen müssen. Jedoch lernten wir ja geduldig zu sein in diesen Jahren! Dann aber, nach einer gewissen Spanne Zeit, hoffen wir, daß die stolzen Passagierdampfer unserer großen Linienreedereien und die bewährten Frachtschiffe den Ruhm deutscher Schaffenskraft erneut an allen Orten übersee künden werden.

24. 11. 1918 MS

Donnerstag, 21. Juni 1918

Volkswirtschaft.

Deutsch-Oesterreichisch-Ungarischer Wirtschaftsverband.

Budapest, 23. Juni.

Die Eröffnungssitzung des Deutsch-Oesterreichisch-Ungarischen Wirtschaftsverbandes gestaltete sich zu einer imposanten Kundgebung der Solidarität und Verbrüderung der auch im Wirtschaftskampfe Schulter an Schulter kämpfenden Vertreter der wirtschaftlichen Vereinigungen der Zentralmächte. Die Beratungen, deren Bedeutung durch die Anwesenheit der Regierungsvertreter des Deutschen Reiches, Oesterreichs und Ungarns erhöht wird, standen im Zeichen des gegenseitigen Verständnisses und der allgemeinen Ueberzeugung, daß wir in dem uns angebrohten Wirtschaftskampfe nach dem Kriege auch weiter vereint kämpfen müssen, da nur die gemeinsame Kraft der drei Staaten ihrem Wirtschaftsleben die erwünschte Widerstandsfähigkeit zu verleihen vermag. Dieser Grundsatz beherrschte heute sowohl die treffliche Eröffnungsrede des Vorsitzenden Dr. Barons Madarassy-Beck wie die herzlich begrüßenden Reden der Präsidenten Deutschlands und Oesterreichs; auch die nachfolgenden anderen Begrüßungen waren auf dieselbe Tonart gestimmt. In der hierauf eröffneten Erörterung der Fragen der Uebergangswirtschaft kam heute nur der deutsche Referent Reichstagsabgeordneter Dr. Gustav Stresemann zu Worte. Morgen werden der österreichische und der ungarische Referent sprechen, worauf die Debatte über die drei Referate eröffnet werden wird.

Als roter Faden durchzog das Referat der Gedanke, daß mit Kriegsende die Rückkehr zur Normalwirtschaft in erster Linie durch Abbau der kriegerischen Zwangsorganisation und allmähliche Herstellung der Wirtschaftsfreiheit in der Produktion, in Handel und Verkehr anzustreben sei. Die großen Probleme der Rohstoffbeschaffung, der Sozialpolitik und der Währung erfuhren in dem Referat vielsichtige Beleuchtung.

Ueber den Verlauf der heutigen Eröffnungssitzung berichten wir im nachstehenden:

Der Beginn der Konferenz war für 4 Uhr nachmittags anberaumt. Lange vor dieser Stunde begann der Zufluß der Delegierten in das neue Stadthaus in der Váci-utca, in dessen großen Beratungssaal die Tagung abgehalten wurde. Der Saal war bald in allen Räumen dicht gefüllt. Auf den Galerien nahmen die Damen der Delegierten ihre Plätze ein. Auf der Präsidententribüne nahmen Baron Dr. Julius Madarassy-Beck, Geheimer Regierungsrat Dr. Baasche, Reichstagsabgeordneter Max Friedmann, Bürgermeister Dr. Stefan Bárczy, Magistratsrat Dr. Franz Harrer, Syndikus Paul Brandt, Prof. Dr. Rudolf Krobatsch und Sigmund Lánhi Platz.

Als offizielle Vertreter der Regierungen waren anwesend: Staatssekretär Baron Wilhelm Lers, die Ministerialräte Dr. Gustav v. Emich (Handelsministerium), Dubravsky (Ackerbauministerium), Dr. Husár (Finanzministerium); von Seiten des Ministeriums des Aeußeren Konful v. Wildner; von Seiten des gemeinsamen Ernährungsausschusses Sektionsrat Simon Egedi. Die deutsche Regierung vertraten der kais. deutsche Botschafter in Wien Graf Botho Wedel, Legationsrat Dr. Bohné (Auswärtiges Amt), Prinz Erbprinz-Schönberg (kais. deutsche Botschaft), Major Michaelis (preuß. Kriegsministerium), Burggraf zu Dohna (in Vertretung des Generalstabs), Major Reichmann (Kriegsrohstoffabteilung), Major v. Ramsay (Kriegsministerium), ferner die Oberbürgermeister von Dresden, Nürnberg und Breslau. In Vertretung der österreichischen Regierung waren anwesend: Ministerialrat Dr. Gluck (Handelsministerium), Ministerialrat Baron Fries (Ernährungsamt), Hofsekretär Dr. Urbas (Ackerbauministerium), Sektionsrat Dr. Brauneis (Finanzministerium). Anwesend waren ferner: der deutsche General-Konful Graf Fürstenberg-Stammheim, die Geheimen Räte Andreas Gyöngy, Leo Lánchi und Franz v. Nagy, Magnatenhausmitglied Manfred v. Weiß, Herrenhausmitglied Willy Ginzler, der Präsident der internationalen Preis-Assoziation Chefredakteur Wilhelm Singer, die Reichstagsabgeordneten Emil Neugeboren, Johann Ritzner und Dr. Elmer Pantos, die Hofräte Franz v. Heinrich, Franz Bas, Anton Széllacs und Alexander Weimel, die Generaldirektoren, beziehungsweise Direktoren Anton Eber, Max v. Neumann, Bruno v. Balogh, Leo v. Szurdan, Josef v. Müller, Dr. Josef Kovács, Max Fenyö, Adolf Soltes, ferner Rudolf Krejci, Josef Vágo u. a.

Die drei Referenten: Dr. Gustav Stresemann (Deutschland), Dr. Friedrich Herz (Oesterreich) und Prof. Dr. Friedrich v. Fellner (Ungarn) hatten in der ersten Bankreihe Platz genommen.

Pünktlich um 4 Uhr eröffnete der Vorsitzende Dr. Baron Julius v. Madarassy-Beck die Tagung mit folgender, durch häufige Beifallskundgebungen unterbrochener Rede:

Eröffnungsrede des Barons Julius Madarassy-Beck.

Meine geehrten Herren!
Ich habe die Ehre, Sie auf unserem sechsten Kongress, dem ersten, der in Ungarn abgehalten wird, auf das wärmste und herzlichste zu begrüßen. Mit unendlicher Freude ersehe ich aus der großen Anzahl der Erschienenen, daß die Idee, deren Apostel wir sind, große Eroberungen gemacht hat und nicht nur in Deutschland und in Oesterreich, sondern auch bei uns in Ungarn bereits den Weg zurückgelegt hat, der ihr infolge ihrer Bedeutung gebührt. Ich begrüße insbesondere mit ganzer Wärme die Vertreter der ungarischen Regierung, die uns mit ihrem Erscheinen beehrt haben. Ich begrüße den Bürgermeister der Hauptstadt Budapest, dem wir nicht nur für die Ueberlassung dieses Saales zu Zweden der Beratung, sondern auch für jene außerordentliche Zuverlässigkeit, die er bei dem Arrangement unseres Kongresses und dem Empfang unserer lieben Gäste bekundet hat, aufrichtigen Dank schulden. (Lebhafte Bravorufe.) Ich begrüße den Präsidenten der Budapest Handels- und Gewerbekammer, Se. Excellenz Lánchi, und all jene industriellen und kommerziellen Organisationen, die sich bei unseren Beratungen betreten lassen. (Lebhafte Claque- und Hochrufe.)

(In deutscher Sprache fortfahrend.)
Erzellenzen! Meine hochverehrten Herren! Es ist uns eine ganz besondere Freude, Sie anlässlich der sechsten Tagung des Deutsch-Oesterreichisch-Ungarischen Verbandes in so stattlicher Zahl als unsere Gäste in Budapest willkommen heißen zu können. Wir begrüßen unsere lieben Gäste aus Deutschland

und Oesterreich und vor allem die Herren Vertreter der Regierungen der beiden Staaten, sowie der Städte und Interessensvertretungen, die unsere Tagung mit ihrem Erscheinen beehrt haben. Wir drücken unseren ganz besonderen Dank Sr. Excellenz dem deutschen Botschafter aus, der zum Besuche unseres Kongresses die Reise nach Budapest unternommen hat. (Lebhafte Beifall.)

Meine Herren! Wir wollen in unsere Verhandlungen nicht eintreten, bevor wir zu den Herrschern aufblicken, die in diesen furchtbar schweren Zeiten die Geschicke Oesterreich-Ungarns und Deutschlands mit starker Hand und warmem Herzen für ihr Volk lenken. Dem apostolischen König von Ungarn und Kaiser von Oesterreich und dem Deutschen Kaiser gehört unsere erste Huldigung. (Die Mitglieder erheben sich von den Sitzen.) Mit inniger, warmer Liebe, mit einem uner-schütterlichen Vertrauen verfolgen wir ihre verantwortungsschwere, rastlose Arbeit zur Anbahnung eines segensreichen Friedens für uns und unsere Nachkommen. Während bei unseren Feinden Throne umstürzen und Throne warten, hat sich in Oesterreich-Ungarn und Deutschland das monarchische Gefühl während des Kampfes nur befestigt. Ich bitte die Versammlung, in den Ruf einzustimmen: Se. Majestät der apostolische König von Ungarn und Kaiser von Oesterreich, Se. Majestät der Deutsche Kaiser, sie leben hoch, nochmals hoch und zum dritten Male hoch! (Anhaltender begeisterte Hoch- und Claquerufe.)

Meine Herren! Ich darf dann zunächst fragen, ob die Herren damit einverstanden sind, daß wir diesen unseren warmempfindenden Gefühlen der Treue und Anhänglichkeit gegen unsere Monarchen, wie wir das bisher immer getan haben, in einem kurzen Telegramm Ausdruck geben, das an die beiden Majestäten zu richten ich Ihnen vorschlage. (Zustimmung.) Die Herren sind damit einverstanden. Ich bitte die Abfassung der Depeschen dem Präsidium zu überlassen. (Zustimmung.)

Ich würde Ihnen weiter noch vorschlagen, auch an die obersten Leiter der Regierungsgeschäfte der verbündeten Staaten, den Herrn Reichskanzler des Deutschen Reiches, den Minister des kaiserlichen und königlichen Hauses und des Aeußeren Grafen Czernin, den ungarischen und den österreichischen Regierungschef, Ministerpräsidenten Grafen Moriz Esterházy und Grafen Clam-Martinic, gleichfalls Depeschen zu senden. (Zustimmung.) Falls die geehrte Versammlung mit meinem Vorschlag einverstanden ist, erkläre ich diesen Antrag als Beschluß angenommen.

Meine Herren! Sie sind in schweren Zeiten zu uns gekommen, um über die wichtigsten Fragen unserer wirtschaftlichen Zukunft mit uns zu beraten; in schweren Zeiten, in denen wir Ihnen gegenüber die liebevolle Wärme der ungarischen Gastfreundschaft nicht voll und ganz fühlen lassen können. Wir müssen Sie bitten, in manigfacher Hinsicht mit dem guten Willen vorlieb zu nehmen und die Herzlichkeit, mit der wir Sie hier empfangen, auch dann voll zu fühlen, wenn wir Ihnen heute auch nicht alles bieten können, was Ihren Aufenthalt so angenehm als möglich gestalten könnte.

Es ist eine Nation von kerniger Kraft, welche Sie heute besuchen. Eine Nation, die im Laufe einer tausendjährigen Geschichte sich durch härtere Kämpfe, schwerere Prüfungen und Heimsuchungen als irgendein Volk in Europa mit einer Widerstandskraft ohnegleichen durchgeschlagen hat. In einer steten Wehr gegen Ost und West, bald in seiner Freiheit, bald in seiner nationalen Freiheit bedroht, hat sie tausend Jahre lang durchgehalten. Mit einer heißen, zähen Vaterlandsliebe, mit einem starken Temperament steht sie heute stärker und mächtiger da als je zuvor. Sie haben sie in diesem furchtbarsten Kriege der Weltgeschichte kennen gelernt. Sie hat die Prüfung glänzend bestanden. (So ist's!) Die treue Waffenbrüderschaft, die Sie erprobt haben, will sie auch für die wirtschaftlichen Kämpfe, die nach dem Friedensschluß folgen werden, aufrechterhalten. Dies Volk, dem Feinde gegenüber hart wie Stahl, dem Freunde in warmer, inniger Dankbarkeit ergeben, wünscht von Ihnen nichts als eine richtige, vorurteilsfreie Einschätzung seiner Bedeutung und seiner Lebensinteressen. (Lebhafte Beifall.)

Erzellenzen! Meine Herren! Der Deutsch-Oesterreichisch-Ungarische Verband sowie seine Brüderverbände haben seit ihrer Gründung zum Ausbau des Gedankens der wirtschaftlichen Annäherung zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn wertvolle Arbeit geleistet. Die Entwicklung dieses Gedankens zur Reise, welche er heute besitzt, ist in ihren Stappen in den Protokollen unserer Tagungen und in der mitlaufenden Publizistik klar zu verfolgen. Die Anfänge waren vorläufig tastend, und die kühle Zurückhaltung aller drei Staaten ist nur langsam aufgetaut. Der Blick war zuerst noch schwer geblendet durch all das, was vor dem Kriege gewesen ist, und was nicht mehr sein wird. Aber immer stärker und immer mächtiger ist aus diesen Verhandlungen das Gefühl des innigen wirtschaftlichen Aufeinanderangehens Deutschlands und Oesterreich-Ungarns herausgewachsen. (Zustimmung.) Es hat breiten, starken Boden in der Seelenfassung von weiten Schichten der Bevölkerung unserer Staaten gewonnen. Gemeinsam errungene leuchtende Erfolge, gemeinsam getragenes Leid, das Bewußtsein, daß jeder von uns an allen unseren Fronten, in Rußland, auf dem Balkan, in Italien und in Frankreich nicht nur für sich selbst, sondern auch für den Verbündeten kämpft, hat bei sämtlichen Völkern zur Ueberzeugung geführt, daß wir nicht mehr als fremde Staaten uns gegenübersehen, daß dieser Verteidigungskampf auf Leben und Tod eine Zusammengehörigkeit zwischen uns geschaffen hat, die nach dem Friedensschlusse nicht aufhören kann. (Lebhafte Beifall.) Dieser Zusammenbruch ist aber nicht etwas rein Gewalttes, er beruht nicht auf den gegenseitigen Sympathien, diese erleichtern nur seine Ausgestaltung.

Unsere Feinde haben reichlich dafür gesorgt, uns zur Einsicht zu bringen, daß wir in der Verlesung unserer wirtschaftlichen Beziehungen nur die natürlichen Konsequenzen einer von ihnen geschaffenen Situation ziehen müssen. Nach dem lächerlichen Meisterwerk der diplomatischen Isolierung Deutschlands vor dem Kriege, nach der durch die Blockade und unerhörte Erpressungen an den Neutralen erfolgten hermetischen Abschließung der Mittelmächte während desselben bereiten unsere Feinde in systematischer Arbeit den dritten Akt unserer Abschließung vor: den wirtschaftlichen Boykott Deutschlands und Oesterreich-Ungarns nach dem Friedensschlusse.

Energie Englands in jeder Beziehung zu niedrig eingeschätzt haben. (So ist's!) Diesen Fehler dürfen wir nicht wieder begehen. Wir dürfen in diesen ungleichen wirtschaftlichen Kampfe, in welchem uns unsere Gegner in der Bevölkerungszahl und in der Ausdehnung ihrer Länder weit überlegen sind, und in dem wir das riesenhaft erstarkte Amerika gegen uns haben werden, nicht unorbereitet eintreten. (So ist's!)

Und Vorbereitung heißt in erster Reihe: Zusammenbruch und Vereinigung unserer Kräfte. Bei unseren handelspolitischen Vereinbarungen muß die Politik der vollen Würdigung der gegenseitigen Interessen das bisherige rein egoistische Prinzip der Verhandlungen verdrängen. Wir müssen wissen, daß das Interesse eines jeden von uns zugleich das Interesse des anderen ist, daß jeder wirtschaftliche Machtzuwachs des einen Staates zur Stärkung des anderen beiträgt. (Zustimmung.)

Uns steht ein Offenbündnis unserer Feinde gegenüber. Wir stellen ihm den rein defensiven Charakter unserer Vereinigung entgegen. Ihre Interessen weisen die schärfsten Gegensätze auf; sie sind, von allem anderen abgesehen, schon durch ihre geographische Perspektive durch unüberbrückbare Klüfte voneinander geschieden. Unsere Interessen sind die gleichen, oder leicht zu vereinigen. Sie verbindet nur der gemeinsame Neid und der gemeinsame Haß, uns eine in furchtbarem Kampfe erprobte Freundschaft. Das sind wesentliche Vorteile. Jeder von uns allein würde einen schweren Stand haben, mit der Wucht unserer vereinten Kräfte wird die Welt rechnen müssen. (Beifall.)

In diesem Sinne hat die letzte Tagung unserer Verbände in Berlin Beschlüsse gefaßt, in welchen die Prinzipien eines Zoll- und Wirtschaftsbindnisses mit besonderer Rücksicht auf die Gemeinsamkeit der Handelspolitik niedergelegt worden sind, die ihrem Wesen nach dem Grundgedanken der jetzt im Zuge befindlichen handelspolitischen Verhandlungen zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn entsprechen dürften. Die jetzige Tagung der Verbände hat über ein gemeinsames und einheitliches Vorgehen in der schwierigen Frage der Uebergangswirtschaft zu verhandeln. Wir können heute noch nicht wissen, ob uns der Segen eines nahen Friedens bevorsteht. So manche unserer Hoffnungen sind getrübt worden. Ueber den Ansturz in Rußland können wir noch immer kein völlig klares Bild bekommen. An der Westfront dauert die erbitterte Offensive weiter; Amerika rüstet zum Kampfe. Je länger aber dies furchtbare Ringen dauert, desto klarer müssen wir fühlen, wie unter den riesengroßen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Problemen, denen wir nach Friedensschlusse gegenübersehen werden, die Frage der Uebergangswirtschaft an Schwierigkeit und Wichtigkeit wächst.

Der Krieg ist wirtschaftlich einem hypnotischen Zustande vergleichbar. Er kennt nur ein Prinzip: den kategorischen Imperativ der Kriegsbedürfnisse. Er schreitet weiter; er rechnet nicht und verschiebt die Bilanzierung bis zum Friedensschlusse. Dann erst wird die Rechnung, „la doulosure“, präsentiert werden, dann erst wird für das ganze Wirtschaftsleben wieder das Rechnen mit Heller und Pfennig beginnen. Das Prinzip der Notwendigkeit des innigen wirtschaftlichen Bindnisses zwischen Deutschland, Oesterreich und Ungarn fordert es, daß wir in dieser Frage der Ausgestaltung unserer neuen Friedenswirtschaft in vollstem gegenseitigen Einverständnis vorgehen und gemeinsam die Grundlinien des Abbaues der Kriegswirtschaft festlegen. Demobilisierung, Arbeiterfrage, Rohstoffversorgung und Währungsfrage stehen im Mittelpunkt. Die Rohstoffversorgung ist für Ungarn von ganz entscheidender Bedeutung wie für Deutschland und Oesterreich. Trotzdem ist es bezüglich dieser Frage, wie besonders in der Währungsfrage kaum denkbar, daß wir ohne volles Einverständnis an die für unsere ganze wirtschaftliche Zukunft entscheidende Arbeit herangehen können.

Ich bin fest überzeugt, daß die jetzige Tagung unserer Verbände von demselben verständnisvollen freundschaftlichen Geiste getragen sein wird, wie sämtliche früheren Tagungen, und daß sie zur Beleuchtung der uns beschäftigenden Probleme wertvolles Material beisteuern wird. In diesem Sinne habe ich die Ehre, die Tagung zu eröffnen. (Anhaltender lebhafter Beifall.)

Konstituierung des Bureaus.

Präsident: Ich möchte Ihnen in Bezug auf die Konstituierung des Bureaus vorschlagen, daß wir die Präsidenten der drei Verbände hier mit der Leitung der Präsidialgeschäfte beauftragen, also den Präsidenten des Deutsch-Oesterreichisch-Ungarischen Wirtschaftsverbandes, Herrn Geheimrat Professor Baasche, den Präsidenten des Oesterreichisch-Deutschen Wirtschaftsverbandes Herrn Reichstagsabgeordneten Friedmann und meine Wenigkeit. Sind die Herren damit einverstanden? (Zustimmung.) Ich bitte Sie ferner, zu Schriftführern den Geschäftsführer des Deutsch-Ungarischen Wirtschaftsverbandes Syndikus Brandt und die Geschäftsführer des Oesterreichischen, beziehungsweise ungarischen Verbandes Professor Dr. Krobatsch und Sigmund Lánchi beizustellen zu wollen. (Zustimmung.) Ich darf somit feststellen, daß hiedurch das Bureau konstituiert ist.

Im Namen der ungarischen Regierung ergriff der Staatssekretär im Handelsministerium Baron Wilhelm Lers zu folgender Ansprache das Wort:

Staatssekretär Baron Wilhelm Lers:

Meine hochverehrten Herren! Ich bin mir dessen bewußt, daß jede Begrüßungsansprache an sich schon einen Vorteil hat, wenn sie kurz ist. Ich verspreche Ihnen, auch möglichst kurz zu sein, bin aber genötigt, mich meiner Aufgabe zu entledigen und die innigsten, hochschätzenden Grüße der ungarischen Regierung zu überbringen. Die ungarischen Minister sind zurzeit im Parlament beschäftigt und müssen die Schwierigkeiten bestehen, die mit den ersten Tagen einer neuen Kabinettsbildung verbunden sind. Mein Herr Vordruder hat über die Macht der Gefühle gesprochen und wie ich überhaupt heute zu konstatieren wage, scheinen unsere sonst vielleicht trockenen Verhandlungen wirklich schon im Zeichen der wärmsten Gefühle zu stehen. (Weiterkeit.) Und wenn man über die Macht der Gefühle spricht, so ist es wohl sicher, daß die Macht der Gefühle nur vorhanden ist, wenn diese Gefühle innig und aufrichtig sind. Und da kann ich, meine Herren, meinem Auftrage gemäß sagen, daß die Grüße der ungarischen Regierung innig, aufrichtig und hochschätzend sind. (Bravo!)

Vielleicht darf ich auch einige Worte dem anfügen, was mein offizieller Auftrag war und sagen, daß eine Verhandlung nur dann inhaltsreich und erfolgreich sein kann, wenn die Verhältnisse ihres Gedeihens schon im voraus gegeben sind. Ich brauche vielleicht nicht des längeren auszuführen, daß die Zeit der Uebergangswirtschaft hoffentlich nicht mehr weit ist, daß aber auch die Vorbereitung schon jetzt notwendig ist, um die großen Probleme des Uebergangswirtschaftskomplexes in die Wege zu leiten. Wenn auch die Vorbedingungen, die

Versammlung der reisenden Kaufleute Deutschlands, Oesterreichs und Ungarns.

Budapest, 25. Juni.

Anschließend an die Budapester Tagung der Wirtschaftsverbände der Mittelmächte haben sich heute die Vertreter der Verbände der Handelsreisenden Deutschlands, Oesterreichs und Ungarns in unserer Hauptstadt versammelt, um ihre gemeinsamen Interessen zu erörtern und eine diese fördernde gemeinschaftliche Organisation zu schaffen. Was die Volkswirtschaft Deutschlands ihren tüchtigen Kaufmannsreisenden zu danken hat, ist allgemein bekannt. Die reisenden Kaufleute des Deutschen Reiches sind die eigentlichen Träger der deutschen wirtschaftlichen Expansion, ein Faktor, dessen Leistungen im Dienste des Handels nicht genügend hoch eingeschätzt werden können. In dieser Beziehung sind die österreichischen und noch mehr die ungarischen Auffassungen noch ziemlich rückständig, obwohl auch unsere reisenden Kaufleute diese höhere Einschätzung ihrer Leistungen und eine bessere Wertung der ihr harrenden Zukunftsaufgaben verdienen würde. Eine wenig einsichtsvolle Gesetzgebung hat speziell bei uns die freie Betätigung der Reisenden schon vor dem Kriege gehemmt und auch im Kriege selbst wurde nur zu oft gegen die Interessen dieses Standes gesündigt, als wären diese nicht identisch mit den Gesamtinteressen des Handels und des Gewerbesleibes. Was Wunder, daß jetzt die Vertreter dieses wichtigen Berufes sich zusammenschließen, um unter Hinweis auf ihre gerechten Beschwerden freie Bahn für den Handel und für den Handelsreisenden nach Friedensschluß zu fördern und gegen alle Versuche, sie in ihrem Berufe zu stören, Verwahrung einzulegen. Die heutige Tagung, die diesem Zwecke diene, wird hoffentlich dazu beitragen, die obwaltenden Uebelstände zu beseitigen und den reisenden Kaufleuten die Erfüllung ihrer wichtigen Mission zu erleichtern.

Ueber den Verlauf der Versammlung berichten wir in folgendem: Im Vereinssaal des Vereins Reisender Kaufleute Ungarns fand heute eine gemeinsame Sitzung der Vertreter der Verbände Reisender Kaufleute Deutschlands, Oesterreichs und Ungarns statt. In Vertretung der Regierung erschienen Staatssekretär Baron Wilhelm Lersz und Sektionsrat Dr. Deszler P a p, in Vertretung der Hauptstadt Vizebürgermeister Dr. Franz D é r i, in Vertretung des deutschen Konsulats Konsul T h i e m a n n. Auf der Präsidententribüne des dicht gefüllten Prunjsaales nahmen die Präsidenten der drei Verbände Georg Haase, Dr. Franz Knobloch und Robert v. Au er, der Direktor des deutschen Verbandes Hermann Pilz und der Direktor des ungarischen Verbandes königlicher Rat Dr. Emanuel K a d v á n y Platz.

Die Eröffnung.

Der Präsident des Verbandes Reisender Kaufleute Ungarns Robert v. Au er begrüßte die zahlreich Erschienenen, in erster Reihe die amtlichen Delegierten, in schwungvoller Rede. Er wies darauf hin, daß der Krieg die reisenden Kaufleute in eine so schwierige Lage gebracht hat, wie kaum einen anderen Berufs-zweig. Sie erwarten denn auch mit größter Ungeduld die Wiederkehr friedlicher Zeiten und die Wiederherstellung der Freiheit des Handels, damit sie Gelegenheit haben, auch in den heute noch in feindschaftlichem Verhältnis zu uns stehenden Ländern Verbindungen anzuknüpfen und damit zur Ausöhnung der Völker und zur Anbahnung freundschaftlicher Verhältnisse mit ihnen beizutragen. (Lebhafte Beifall.)

Auf Vorschlag des Präsidenten beschloß die Versammlung, an König Karl und Kaiser Wilhelm Guldigungs-telegramme zu richten.

Begrüßungsreden.

Staatssekretär Baron Wilhelm Lersz führte in seiner Begrüßungsrede aus, daß auch die amtlichen Stellen, deren Gruß er überbringt, fast ganz desselben Sinnes sind, wie dies in der Eröffnungsansprache des Präsidenten ausgeführt wurde. Nach dem Kriege muß sich alles neugestalten, müssen wir alle umlernen. Leider sehe er sehr viele internationale verkehrspolitische Schwierigkeiten, die nach dem Kriege verhindern werden, daß der Handel gleich wieder seine freie Bewegung erreichen könne. Die reisenden Kaufleute haben auch während des Krieges viel zu dulden gehabt. Ein mächtigeres, schöneres Beispiel auf dem Gebiete des Durchhaltens hat uns niemand gegeben, als der reisende Kaufmann. Er könne nur Worte der Anerkennung finden für die Selbstgenügsamkeit, die in sich gezwängte Kraft, die mannhaft geballte Faust, die Sorge für die Familie der reisenden Kaufleute, die trotzdem eine frische, kräftige Seele bewahrt haben, die ohne Verzagen in die Zukunft blickt. Die nahende Freiheit wird den reisenden Kaufleuten hoffentlich zum Gedeihen dienen. (Lebhafte Ovationen.)

Sodann begrüßten die Versammlung: Vizebürgermeister Dr. Franz D é r i im Namen der Hauptstadt, Beigeheimer Rat P a a s c h e im Namen des Deutsch-Oesterreichisch-Ungarischen Wirtschaftsverbandes, Konsul T h i e m a n n im Namen des deutschen Generalkonsulats in Budapest Grafen Fürstberg-Stammheim, Dr. Rudolf K r e j c s h im Namen der Budapester Handelskammer und vieler anderen kommerziellen Körperschaften, und Wilhelm L a m b e r g (München) im Namen des Zentralverbandes der deutschen Handelsvereine. Zur Tagesordnung übergehend, nahm zunächst der Referent des Deutschen Verbandes das Wort.

Georg Müller,

Direktor des Verbandes Deutscher Reisender Kaufleute,

beleuchtete in einem großangelegten Vortrag alle Einzelheiten der wirtschaftlichen und sozialen Lage der reisenden Kaufleute und trat nachdrücklich für die Wiederherstellung des freien Handelsverkehrs und innerhalb desselben für die vollste Freizügigkeit der reisenden Kaufleute ein. Wir wollen erreichen — sagte er —, daß der Reiseverkehr von Land zu Land sich ungehindert abspiele, daß es für den reisenden Kaufmann in den verbündeten Ländern keine schwarzen, keine schwarzweißen und keine rotweißen Grenzpfähle gebe, daß wir keine Schranken mit unseren Musterkarten, Pässen und Legitimationen haben, sondern daß endlich vollendet wird unser aller Wunsch, daß wir uns auch im Verkehrsweien als eine einzige Gemeinschaft von Brüdern fühlen. (Lebhafte Ovationen und Hochrufe.)

Sigmund Körnei, Direktor des Verbandes Reisender Kaufleute Oesterreichs:

Die Stellung, die der Verein Reisender Kaufleute zu den Fragen der Wirtschaftspolitik nach dem Kriege einzunehmen hat, wird hauptsächlich durch zwei Erwägungen bestimmt werden. Einestheils muß die voranschreitliche Lage desjenigen Standes ins Auge gefaßt werden, dessen Berufsvertreter die hier versammelten Vereine sind. Andernteils erfordern aber auch die Aussichten der gesamten Volkswirtschaft genaueste Erwägung, denn jeder Berufsstand ist ja ein Teil des großen Wirtschaftsorganismus und sein Gedeihen steht in einem Verhältnis der Wechselwirkung zu jenem der Gesamtheit. In allen kriegsführenden Staaten machte sich die Erscheinung geltend, daß vom Staate selbst oder unter seinem unmittelbaren Einflusse Organisationen der Produktion ins Leben traten. Wenn aber überhaupt wird, die Organisationsbestrebungen auf dem Lebensmittelmärkte, im gesamten Textilhandel und den übrigen in Betracht kommenden Rohstoffen seien deshalb notwendig geworden, weil der freie Handel versagt habe, so muß dem energisch widersprochen werden. Es ist bezeichnend, daß dem freien Handel in jüngster Zeit Verteidiger aus einem Lager erstanden sind, das bisher als das Hauptquartier aller handelsfeindlichen Elemente galt. Bekanntlich haben in Deutschland wiederholt hervorragende Politiker agrarisch-konservativer Richtung sich gegen die zentralisierte Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Produkte ausgesprochen und erklärt, daß der freie Handel vorzuziehen sei. Auch in Oesterreich sind ähnliche Stimmen laut geworden.

Was die Frage anlangt, was für die reisenden Kaufleute schon jetzt während des Krieges im Uebergangsstadium und nach dem Kriege geschehen könnte, so könnte bis zur Wiederkehr geregelter Verhältnisse zahlreichen Angehörigen dieses Berufes auch dadurch Erwerb geschaffen werden, wenn unsere Regierung die Einfuhr jener Artikel gestatten würde, für welche der Kaufpreis schon vor Erscheinen der Verordnung vom 23. Dezember 1916, welche die Einfuhr verbietet, geregelt wurde. Es käme hierbei hauptsächlich die Schweiz in Betracht, und zwar bezüglich der Einfuhr von Uhren. Das sind immerhin Geschäftszweige, die zahlreichen Geschäftsreisenden Beschäftigung geben könnten. Bei der Uebergangswirtschaft werden hauptsächlich die Frage der Rohstoffbeschaffung, die Gelundung unserer Valuta und soziale Fragen in Betracht kommen. Wir müssen uns gegen die Absicht einer gemeinsamen Einkaufs- und Verteilungsstelle für Rohstoffe aussprechen.

Nach dem Kriege wird das dringendste Gebot der Wirtschaftspolitik darin bestehen, alle Kräfte so rationell als nur möglich zu verwerten und frischen Unternehmungsgeist walten zu lassen. Für diese großen Aufgaben ist nun der Handel ganz unentbehrlich. Gerade der Kaufmann kann besonders viel zur Wiederanbahnung zerrissener Handelsbeziehungen und zum Wiederaufbau der gesamten Wirtschaft beitragen. Es scheint ziemlich wahrscheinlich, daß noch längere Zeit nach dem Kriege eine starke Warenknappheit herrschen wird. Das Betätigungsfeld des reisenden Kaufmannes und des Vertreters wird dadurch eingeschränkt. Um so dringender wird die kaufmännische Betätigung bei der Aufbringung der erforderlichen Rohstoffe im In- und Auslande erwünscht sein. Sowohl das Interesse unseres Berufes, als auch der gesamten Volkswirtschaft erfordert, daß diese wichtige Funktion der kaufmännischen Betätigung nicht entzogen bleibt, und nicht etwa die Beschaffung und Verteilung der Rohstoffe in die Hand von Zwangsorganisationen gelegt wird. Jedenfalls werden die Reisevereinigungen nach dem Kriege mehr als je berufen sein, das Interesse ihrer Mitglieder zu wahren und vor Schädigung zu behüten. Insbesondere müssen Industrie und Handel bedenken, daß sie keineswegs als vorsichtige Kaufleute handeln würden, wenn sie die Zahl der Reisenden einschränken wollten. Unsere Industrie wird dann dieselben Maschinen haben wie vor dem Kriege, wenn auch etwas abgenutzt. Aber die Zahl der Konsumenten wird sich im In- und Auslande um Millionen verringert haben. In diesem Zeitpunkt wird ein tüchtiger Reisender ein unbezahlbarer Schatz für jedes Unternehmen sein, um die Ware an den Markt zu bringen. Der Kaufmann war immer ein Freund des freien Verkehrs und ein Gegner der Schranken zwischen den Ländern. Dieser Gesichtspunkt wird hoffentlich nach dem Kriege wieder in ausgeprägtem Maße zur Geltung kommen und die Tendenzen nach engherziger Ab-sperrung, die sich mancherorts geltend machen, überwinden. Auf diese Weise wird der Handel viel dazu beitragen können, die Wunden zu heilen, die der Krieg geschlagen und den Haß zu beseitigen, den er erzeugt hat. (Lebhafte Beifall.)

Hofrat Bertold v. Fürst,

Koprapäsident des Vereins Reisender Kaufleute Ungarns:

Geehrte Herren!

Ein hervorragender deutscher Volkswirt, Georg Gotheim, hat unlängst den Wunsch formuliert, daß man bei der Demobilisation des Heeres sofort die führenden Männer in Handel und Industrie entlassen sollte, ferner jene, welche die zerrissenen Verbindungen mit dem feindlichen oder dem überseeischen Auslande anzuknüpfen in der Lage sind. Das trifft in erster Reihe auf die reisenden Kaufleute zu, deren Entlassung eine Notwendigkeit für den gesamten Großhandel und für die kaufmännisch organisierte Industrie, eine dringende Aufgabe der Uebergangswirtschaft bildet. Wenn aber die Arbeit der reisenden Kaufleute eine für das allgemeine Wirtschaftsleben überaus dringende ist, so müßte ihnen diese Arbeit unmißlich erleichtert werden, nicht wegen ihrer speziellen Berufsinteressen, sondern im Hinblick auf die Interessen der Volksernährung, der Volksbekleidung, der Steigerung der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion. Die reisenden Kaufleute, die schon vor dem Kriege die erste Zielscheibe der prohibitiven zollpolitischen Maßregeln waren, müssen gegen die Handelskriegspläne, die man in Frankreich und England für die Zeit nach dem Friedensschlusse so ostentativ vorbereitet, schon im Friedensvertrage, also schon während der Friedensverhandlungen, sehr energisch, mit der schärfsten Umsicht geschützt werden. Unseren reisenden Kaufleuten soll der legitime Wettbewerb mit irgendeiner anderen Nation auf keinem Markte der Welt durch lokale Maßnahmen, durch irgendwelche Hintansetzungen erschwert werden. Und da dieser Schutz nur dann wirksam sein kann, wenn unsere Unterhändler alle möglichen Formen des modernen Handelskrieges genau kennen, sollten diesen Unterhändlern während der Friedensverhandlungen und später bei allen Handelsvertragsverhandlungen praktisch erfahrene, in allen Einzelheiten des modernen Welthandels genau bewanderte Kaufleute an die Seite gestellt werden, wie dies Redner im März laufenden Jahres in einer an den gemeinsamen Minister des Außenern Grafen Czernin gerichteten Eingabe betont hat, die auch mit vollem Verständnis beantwortet wurde.

Eine weitere unerläßliche Vorbedingung des verlangten wirksamen Schutzes wäre der volle Ersatz der im feindlichen Auslande unseren Kaufleuten verursachten Schäden, eine glänzende Rehabilitation, welche diesen Kaufleuten die Wiederaufnahme ihrer vor dem Kriege mit so großem Erfolge entfalten Tätigkeit nicht nur materiell, sondern, was ebenso wichtig ist, auch moralisch ermöglichen soll. Die früheren Postulate der reisenden Kaufleute, wie zum Beispiel Zollfreiheit der Warenmuster, die Erlassung des Identitätsnachweises, die Vereinfachung der Paßrevision, die Vereinheitlichung des Eisenbahnreglements, die Erleichterung des Grenzverkehrs, die Sicherung neuer internationaler Bahnanschlüsse, die Vermehrung der großen internationalen Züge, die billigeren Tarife für Mustertransport, der wirksame Patent-, Marken- und Musterchutz usw. dürften während der Nachwehen des Weltkrieges auf neue Schwierigkeiten stoßen. Wir werden uns für diese Postulate mit unserer vollen Kraft einsetzen, obwohl die deutschen und österreichischen Kollegen, die im Dienste eines hochentwickelten Welthandels stehen, ein viel intensiveres Interesse haben als die ungarischen reisenden Kaufleute, die sich auf dem Weltmarkte bisher in geringerem Maße betätigt haben.

Der ungarischen Nation muß das wirtschaftliche Selbstbestimmungsrecht ungehämmt gewährleistet werden. Dieses Selbstbestimmungsrecht soll uns die volle Förderung unserer landwirtschaftlichen und industriellen Erzeugung und unseres nationalen Binnen- und Außenhandels ermöglichen und wir müssen darauf bestehen, daß man in Deutschland und Oesterreich die wirtschaftliche Individualität Ungarns als berechtigt anerkenne, die Entfaltung unserer eigenen gewerblichen, industriellen und kommerziellen Tätigkeit nicht behindert, in unseren Beziehungen das Prinzip der Gegenseitigkeit zur Geltung gelangen lassen möge. Die harte Notwendigkeit wird möglicherweise die Beibehaltung der kriegswirtschaftlichen Organisationen erheischen. Wir bestehen jedoch darauf, daß diese Organisationen ehestmöglich abgebaut werden. Wir können nicht voraussetzen, daß man den ungarischen Handel aus dem bevorstehenden riesigen Wirtschaftsverband ausschalten wolle. Wir könnten es uns nicht recht vorstellen, daß man aus nebensächlichen Gründen unsere Bahnanschlüsse aus Deutschland auch fernerrhin unterbinde. Und da der Krieg uns die Notwendigkeit billiger Wasserstraßen eindringlich zu Gemüte geführt hat, wollen wir, daß die in ihrer Bedeutung nunmehr voll erkannte ungarische Donaustraße mit den großen deutschen Wasserstraßen zu einem den höchsten Anforderungen entsprechenden Verkehrsnetze ausgestaltet werde, dessen Vorteile den Handel aller Uferstaaten in gleichem Maße fördere.

Ungarns Volk hat im Weltkriege in die Weltgeschichte eingegriffen, und es hat ein Anrecht darauf, auf dem Weltmarkte im internationalen Güterausstausch als selbständiger Faktor seinen Platz an der Sonne einzunehmen, mit den fernsten Märkten in direkten Verkehr zu treten, seine Handelsreisenden auch auf überseeische Gebiete zu entsenden. Dank seiner geographischen Lage hat Ungarns Handel sich im nahen Osten, auf der Balkanhalbinsel und in Kleinasien schon vor Jahrhunderten betätigt, war schon unter seinen großen nationalen Königen des Mittelalters der berufene Vermittler zwischen Ost und West. Diese spezielle traditionelle Mission wird Ungarn fernerhin mit erhöhtem Selbstbewußtsein, mit gestärkter Kraft und verdoppeltem Können und Wissen erfüllen, und es rechnet hierbei auf das verständnisvolle Entgegenkommen seiner Verbündeten im Osten und Westen. (Lebhafte Beifall.)

Sodann unterbreitete Direktor Hermann Pilz (Leipzig) folgende

Entschließung:

Die am 25. Juni 1917 im Vereinshaus des Verbandes Reisender Kaufleute im Königreich Ungarn zu Budapest versammelten Vertreter der Verbände Reisender Kaufleute Deutschlands, Oesterreichs und Ungarns erklären: daß sie den Zusammenschluß ihrer Verbände zu gemeinsamer Arbeit in all jenen Fragen, die den reisenden Kaufmann auf dem Gebiete des Handels, Verkehrs und der Rechtspflege in gleicher Weise in den verbündeten Staaten betreffen, für dringend notwendig erachten und unter Wahrung der Autonomie der einzelnen Vereinigung eine Arbeitsgemeinschaft begründen. Sie werden für eine freie Ausübung der Reisetätigkeit nach Friedensschluß nachdrücklich eintreten und gemeinsam dafür bei ihren Regierungen vordrängen werden, da sie die freie Ausübung des Handels als eine unbedingte Notwendigkeit für eine geistliche Entwicklung des Wirtschaftslebens ansehen. Sie legen Verwahrung gegen die irtümliche Auffassung verschiedener volkswirtschaftlicher Autoren ein, als ob der reisende Kaufmann keine produktive Arbeit leisten würde und protestieren gegen alle offenen und verdeckten Versuche, die Tätigkeit der reisenden Kaufleute im Handelsverkehr auszuschalten. Sie wissen, daß der heabsichtigte Wirtschaftskrieg, der nach dem Waffenkampfe einsetzen soll, gerade dem reisenden Kaufmann neue, schwere Arbeit bringen wird. Wollen aber auch vereint bekennen, daß sie ohne Furcht und Bangen diesen Kampf aufnehmen und ihre ganze Kraft dafür einsetzen werden, auch in diesem wirtschaftlichen Kriege der Arbeit der deutschen, österreichischen und ungarischen Industrie, des Handels und Gewerbes zum Siege zu verhelfen.

Die Versammlung nahm die Entschließung einstimmig an und beschloß, die Details in einer morgen zu haltenden Ausschusssitzung zu erörtern.

Nachdem noch R. Herz (München) die prächtige Harmonie der Ungarn, Oesterreicher und Deutschen gewürdigt hatte, sagte Präsident Robert v. Au er unter Hinweis auf den schönen Verlauf der Beratung den Referenten für ihre Vorträge Dank und erklärte die Versammlung für geschlossen.

Am Abend fand zu Ehren der Gäste in der Restauration der unteren Margaretheninsel ein animiertes Bankett statt.

Westdeutsche Handelsübersicht.

Von Walter Dertel,
Korrespondent des Königlich ungarischen
Handelsmuseums.

Frankfurt am Main, 2. Juli.

Die Aussichten für die kommende deutsche Ernte lauten im allgemeinen auch weiter recht günstig, vor allem soweit die Wintersaaten in Frage kommen. Der Stand des Weizens ist gut, Roggen ist im allgemeinen rasch weiter in die Halme geschossen und hat in vielen Landstrichen in den ersten Junitagen begonnen zu blühen. Die Mitteilungen über die Sommersaaten, besonders über die spät in die Erde gekommenen und die Kleefelder lauten zurückhaltender, da namentlich die jungen Saaten einer gründlichen Durchfeuchtung dringend bedürfen. Hafer und Gerste stehen durchschnittlich recht gut, doch brauchen auch sie ausgiebigen Regen. Die Kartoffeln sind nicht gleichmäßig und rasch aufgegangen, doch scheint ihnen die späte Bestellung, die sie vor Nachfrösten schützte, ausgesprochen gut bekommen zu sein. Bemerkenswert ist übrigens in diesem Jahre auch die außerordentlich geringe Verunkrautung der Roggenfelder. Der erste Heuschnitt hat jetzt überall begonnen und man darf sein Ergebnis als durchschnittlich bezeichnen, wenn er auch hinter dem außerordentlich großen des Vorjahres etwas zurückbleibt. Die Entwicklung der Rübenerte vollzieht sich in befriedigender Weise und zu Besorgnissen liegt kein Anlaß vor, im Gegenteil kann der Bestand der Rübenfelder unter Berücksichtigung des verspäteten Anbaues als durchaus befriedigend bezeichnet werden.

Der Stand der Weinberge, einige verhagelte Strecken ausgenommen, ist ein recht günstiger zu nennen. Infolge der heißen Witterung war der Austrieb der Reben zufriedenstellend und bei üppigem Wachstum der Reben ist der Samenbehang ein günstiger. Die langanhaltende trockene Winterkälte hat den Reben nur wenig Schaden zugefügt. Das Weinverkaufsgeschäft hat sich im Laufe des vergangenen Monats etwas ruhiger gestaltet, da die Vorräte immer mehr zusammenschmelzen und die Preise für ältere Jahrgänge in die Höhe gingen. Für 1916 geringere Lagen werden M. 250 bis M. 300, für bessere und beste M. 300 bis M. 400, beziehungsweise M. 360 bis M. 420 pro Hektoliter bezahlt. In Hopfen war das Geschäft während des ganzen Monats gleichmäßig ruhig. Es wurden vornehmlich mittlere und gut-mittlere Hopfen zum Preise von M. 85 bis M. 96 gehandelt. Die Tabakpflanzungen stehen im allgemeinen recht günstig, wenn auch hier naturgemäß etwas mehr Regen sehr erwünscht wäre. Auf dem Markte war der Verkehr in Inlandware nur schwach, da das Angebot recht knapp war. Die Bezüge in 1916er Vorbruchsblätter zu Preisen bis etwa M. 200 wurden fortgesetzt. Pfälzer Rippen waren stark gefragt, aber nur schwach angeboten. Vom 15. d. M. sind auch die Herbst-, Schneide- und Spinnabake sowie Sandblatt und Bodenblatt der Ernte 1916 freigegeben worden. Die übrigen vorjährigen Tabake werden am 1. Juli freigegeben, so daß dann alle Inlandtabake der Ernte 1916 den Bearbeitern zur Verfügung stehen. Auf dem Holzmarkte brachten die letzten Verteigerungen Preise, die die Forsttage um das Drei- bis Vierfache überschritten. Bezahlt wurden für die Klafter (vier Raummeter) Buchenscheit M. 80 bis M. 120, vereinzelt M. 150, Eichenstämme erster und zweiter Klasse kosteten M. 60 bis M. 80, dritter und vierter Klasse M. 40 bis M. 60, Grubenholz M. 24 bis M. 30 das Raummeter. Eichen-nußscheit, zu Weinbergspfählen geeignet, wurde mit M. 40 das Raummeter durchschnittlich bezahlt.

Auf dem Ledermarkte sind die Organisations-schwierigkeiten anscheinend immer größer geworden, um so mehr, als die amtlichen Stellen trotz der von ihnen gegebenen Zulagen, den Zwischenhandel nicht auszuschalten, doch die Anweisungen zum Bezüge von Leder an die beauftragten Lieferer auf den Namen der Gerbereien erteilen, von denen das Leder zu entnehmen ist. Für die Versorgung der Gruppe Großverkehr in Ledern für die Schuhherstellung, mit Ober- und Unterleder sind die Vorarbeiten für eine Zentralisierung bereits im Gange. Es schweben ferner Verhandlungen über die zwangsweise Errichtung von Schuhmachergenossenschaften, wobei die Belieferung zentralisiert werden soll. Auch aus der Schuhfabrikation laufen dauernd Klagen über das überaus mangelhafte Funktionieren der Organisation ein. So klagen die Schuhfabrikanten seit Monaten über Mangel an Oberleder. Dagegen liegt, wie aus Fachkreisen mitgeteilt wird, an vielen Stellen schon seit Monaten Oberleder, ohne daß über dieses verfügt wird. Eine Bestimmung, die in den Kreisen der Gerbereien ebenfalls viel böses Blut macht, ist die Bestimmung der „Zensuren“. Es wird vorgeschrieben, den Lederlieferungen Zensuren zu geben, mit 1 beginnend für beste Lieferung bis zu 5 für ungenügende Lieferung. Denjenigen Gerbereien, welche wiederholt schlechte Noten erhalten, wird die Schließung ihrer Betriebe in Aussicht gestellt. Es ist selbstverständlich, daß sich gegen diese Verfügung des Lederzuweisungsamtes eine sehr starke Erregung bei den Gerbern geltend macht, und in den nächsten Tagen wird sich eine Anzahl maßgebender Firmen der Gerbereibranche mit diesem Erlaß in einer Versammlung beschäftigen und energisch Einspruch dagegen erheben.

Von der allgemeinen Teuerung ist nunmehr auch die Spiegelglasfabrikation betroffen worden, so daß der Verein deutscher Spiegelglasfabrikanten sich veranlaßt gesehen hat, infolge ununterbrochen steigender Tendenz der Preise aller Rohstoffe, Hilfsmaterialien, Arbeitslöhne, sowie aller sonstigen Selbstkosten die Preise für alle Glaskategorien sämtlicher Preislisten um zwanzig Prozent zu erhöhen.

Auf dem Röhrenmarkte finden zurzeit unter den Gas- und Siederöhrenwerken Besprechungen wegen Neuregelung der Röhrenpreise statt, und zwar für Lieferungen vom Beginn des dritten Quartals ab. Der Umfang des Aufschlages steht noch nicht fest, er dürfte sich aber im Rahmen derjenigen Säge bewegen, die für die B-Produkte mit Mark 30 bis Mark 40 als Aufschlag pro Tonne allgemein zu erwarten sind. Das Geschäft in Röhren wird aus Kreisen der Werke als außerordentlich lebhaft angegeben, die Befehle der Werke ist namentlich in Siederöhren derart lebhaft, daß die Betriebe auf viele Monate hinaus Arbeitsmöglichkeiten vorliegen haben, welche die Produktion in vollem Maße in Anspruch nehmen.

In den Kreisen der Eisenindustrie haben innerhalb der verschiedenen Konventionen Beratungen wegen Verlängerung der Vereinigungen stattgefunden mit dem Erfolge, daß die Verlängerung über die derzeitige bis zum 30. Juni laufende Vertragsdauer bis zum Jahresluß beschlossen worden ist. Es kommen dabei die Vereinigungen für Draht, Bleche und Stabeisen in Betracht. Auch der Stahlwerksverband beabsichtigt eine Erhöhung seiner Preise für Formeisen und Halbzeug für das dritte Quartal anzustreben, und da die Selbstkosten seit der letzten Preisfestsetzung tatsächlich erheblich gestiegen sind, ist es nicht ausgeschlossen, daß diese Preiserhöhung auch die Zustimmung der amtlichen Stellen findet. Die Marktlage in den Produkten ist andauernd sehr stark und auch die Produktionsmöglichkeit der Werke hat im verflossenen Monat eine abermalige Erweiterung erfahren.

Auf dem süddeutschen Kohlenmarkte sind die Schwierigkeiten noch immer groß. Die Beden im Saargebiet, denen die Versorgung eines Teiles Süddeutschlands zufällt und die auch mit für die Zufuhr nach der Schweiz zu sorgen haben, sind gegenwärtig bei weitem nicht so leistungsfähig wie im Frieden, so daß zur Deckung des Mehrbedarfes auf die Ruhrkohlenzwecken zurückgegriffen werden muß. Nun sind aber die Ruhrkohlenwerke selbst gegenwärtig schon außerordentlich stark in Anspruch genommen. Von seiten der Industrie werden große Anforderungen an den Markt gestellt, ohne befriedigt werden zu können. Das Interesse für Förderkohle wächst in gleichem Maße, in dem die Schwierigkeiten zunehmen, sich mit anderen Sorten ausreichend zu versehen. Ueber Feinkohlen disponierten auch neuerdings die oberheinischen Bricketfabriken in ausgiebiger Weise, ohne aber nur annähernd das erhalten zu können, was sie angefordert hatten. Unter diesen Umständen waren diese Brickethersteller gezwungen, ihre Fabrikation andauernd auf eingeschränkter Höhe zu halten, was um so mißlicher empfunden wurde, als Steinkohlenbricketts dazu berufen gewesen wären, manche Lücken in den Beständen anderer Sorten auszugleichen. Nach Versorgung der Bahnen blieben für sonstige Besteller keine großen Mengen Steinkohlenbricketts mehr übrig. Die Zuweisungen in Braunkohlenbricketts hielten sich eher auf angemessener Höhe, wenn auch bei diesen Sorten nicht möglich war, den vollen Bedarf befriedigen zu können. Daß der Kohsmarkt in noch größerem Maße als bisher zur Versorgung des Brennstoffmarktes herangezogen war, ist angesichts der Knappheit an Ware in anderen Sorten einleuchtend. Die süddeutschen Eisenwerke klagen ununterbrochen über die unzulängliche Zuweisung an Ware. Dabei ist Grobflöck in viel größeren Mengen zu beschaffen wie Brechware, worin die Nachfrage nur zum kleinsten Teile befriedigt werden konnte.

Die Börse zeigte auch im Monat Juni eine durchweg feste Haltung. Das allgemeine Interesse war noch immer stark dem Montanmarkte zugewandt, wobei besonders Gelsenkirchen, Duderum, Harpener und Rhönitz im Mittelpunkt des Interesses standen. Auch Bochumer, Bismarckhütte, Westfälische Stahl und Mannheimer Stahl lagen fest. Besonders lebhaft war das Geschäft in Autoaktien, wobei Adler und Daimler sehr hohe Kurse erzielten, worauf allerdings die überaus flüssigen Bilanzen dieser beiden Werke stark mit einwirkten und besonders bei Daimler heftige Angriffe einzelner Aktionärgruppen gegen die Theaurierungspolitik dieses Werkes auslösten. Auch Benz, Fahrzeug Eisenach, Dürkopp und Neckarsulm zeigten eine feste Haltung. Von chemischen Aktien war Anilin gefragt, Scheideanstalt gebessert, während Griesheim Elektron leichten Schwankungen bei hohen Kursen unterworfen war. Von Rüstungswerten wurde Rheinmetall bevorzugt. Auf dem Fondsmarkte war das Geschäft im allgemeinen ruhig und diese Werte blieben ohne besonders tief einschneidende Veränderungen.

BLATT

**Druck-Beilage
zum im Bilde**

Altona u. 25 km Umgeb.) 46 Pf., Mecklenb. 1,60 Pf.,
Preußen u. Ostpreußen) 50 Pf., Reklamen 1,75 Pf.,
igen" enthaltenen Teile des Blattes auch nach Worte
n., für Stellengesuche 5 Pf., fette Anfangsworte 8 Pf.,
staufgabe bis Freitag abds. 7 Uhr, Familien-Anzeigen
Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen keine Gewähr,
orgens bis 7 Uhr abends, Sonntags von 8 bis 10 Uhr vorm.
4, 2829-2831. Nur für Fernverlehr: P. 34-37.
er Fremdenblatt. Postkontos: Nr. 2577 Damburg,
d Fernsprecher werden Anzeigen nicht angenommen.

s gefandt.
urg, Gr. Bleichen 38-50. P

6 Uhr abends

abgeschossen

Entwurf eines Gesetzes über die Wiederherstellung der deutschen Handelsflotte.

§ 1. Der Reichskanzler wird ermächtigt,
zur Wiederherstellung der deutschen Handels-
flotte den Eigentümern deutscher Kauffahrtei-
schiffe (§ 1 des Gesetzes betreffend das Flag-
genrecht der Kauffahrteischiffe vom 22. Juni
1899 — Reichs-Gesetzbl. S. 319 —) auf An-
trag Beihilfen zu gewähren 1. für die Ersatz-
beschaffung von Schiff und Inventar, wenn das
Schiff nach dem 31. Juli 1914 durch Maßnah-
men feindlicher Regierungen oder durch kriege-
rische Ereignisse verloren gegangen oder erheb-
lich beschädigt worden ist; 2. zur Deckung der
Aufwendungen für Instandhaltung des Schif-
fes, für Hafengelder sowie für Heuer und Un-
terhalt der Schiffsbesatzung, die dadurch not-
wendig geworden sind, daß das Schiff infolge
des Krieges in deutschen Schutzgebieten oder
in außerdeutschen Ländern festgehalten oder an-
der Fortsetzung seiner Reise gehindert worden ist.

Eine erhebliche Beschädigung im Sinne des
Abs. 1 Nr. 1 ist regelmäßig anzunehmen, wenn
die zur Wiederherstellung des Schiffes erforder-
lichen Kosten die Hälfte des Friedenswerts er-
reichen.

§ 2. Deutschen Schiffsbesatzungen der im
§ 1 Abs. 1 bezeichneten Schiffe können im
Falle des Verlustes ihrer Habe für deren Wie-
derbeschaffung gleichfalls Beihilfen gewährt
werden.

§ 3. Die Beihilfen sind auf die Entschä-
digungen zur Anrechnung zu bringen, die dem
Schiffeigentümer und den Schiffsbesatzungen
nach dem in Aussicht genommenen Reederent-
schädigungsgesetze etwa gewährt werden.

§ 4. Für die Gewährung der Beihilfen
gelden die in der Anlage zumengesetzten
Grundzüge; die Gewährung erfolgt auf Grund
von Vorschlägen des gemäß § 8 gebildeten
Reichsausschusses.

Durch die Festsetzung der Beihilfen wird
ein Rechtsanspruch nicht begründet.

§ 5. Ansprüche auf Ersatz der in den
§§ 1, 2 bezeichneten Schäden, die auf Grund
eines Versicherungsverhältnisses, auf Grund des
§ 635 des Handelsgesetzbuches oder aus einem
anderen Rechtsgrunde dem Geschädigten zu-
stehen, gehen bis zur Höhe der gewährten
Beihilfen auf das Reich über.

Ansprüche auf Entschädigungen oder Ver-
gütungen, die für ein von einem fremden
Staate beschlagnahmtes und zurückgehaltenes
oder angefordertes Schiff gezahlt werden, gehen
insoweit auf das Reich über, als dem Eigen-
tümer wegen desselben Schiffes Beihilfen auf
Grund des § 1 gewährt worden sind.

§ 6. Ist zur Ersatzbeschaffung für ein
Schiff eine Beihilfe nach § 1 Abs. 1 Nr. 1
gewährt worden und wird das Schiff dem
Eigentümer wieder zur Verfügung gestellt, so
ist er verpflichtet, das zurückgegebene Schiff dem
Reiche zu übereignen. Von der Übereignung
kann abgesehen werden, wenn der Eigentümer
sich verpflichtet, die ihm für die Ersatzbeschaf-
fung gewährten Beihilfen vom Tage der In-
dienstellung des zurückgegebenen Schiffes ab
mit fünf vom Hundert jährlich zu verzinsen und
in angemessenen Teilbeträgen nach näherer Be-
stimmung des Reichskanzlers zurückzahlen.

§ 7. Die Veräußerung eines Schiffes, zu
dessen Besatzung eine Beihilfe nach § 1 Abs. 1
Nr. 1 gewährt worden ist, darf an Ausländer
vor Ablauf von zehn Jahren nach der Infahrt-
setzung nur mit Genehmigung des Reichskanz-
lers erfolgen. Das gleiche gilt für Miet- und
Frachtverträge zur Beförderung von Gütern, die
über solche Schiffe im ganzen oder einen ver-
hältnismäßigen Teil oder einen bestimmt be-
zeichneten Raum des Schiffes mit Ausländern
abgeschlossen werden. Der Reichskanzler kann
die Genehmigung insbesondere davon abhängig
machen, daß die für das Schiff zur Verfügung
gestellten Reichsmittel zurückerstattet werden.

Wer im Inland oder im Ausland ein Ver-
äußerungsgeschäft oder einen Miet- oder Fracht-
vertrag ohne die nach Abs. 1 erforderliche Ge-
nehmigung abschließt, wird mit Gefängnis bis
zu drei Jahren und mit Geldstrafe bis zu 50 000
Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft, so-
fern nicht nach anderen Strafgesetzen eine höhere
Strafe verwirkt wird. Der Versuch ist strafbar.

§ 8. Der Reichsausschuß (§ 4) besteht aus
sieben Mitgliedern und ebensovielen Stellvertretern.
Von den Mitgliedern und stellvertretenden Mit-
gliedern muß je eines die Befähigung zum
Richteramt oder zum höheren Verwaltungsdienste
besitzen. Auf Vorschlag des Reichs-
kanzlers ernimmt der Bundesrat die Mitglieder
und Stellvertreter und bestimmt den Vorsitzenden
und dessen Vertreter. Zur Beschlußfähigkeit ist
die Anwesenheit von mindestens fünf Mit-
gliedern erforderlich, unter denen sich mindestens
ein Mitglied befinden muß, das die Befähigung
zum Richteramt oder zum höheren Verwaltungsdienste
besitzt.

Die Beschlüsse des Ausschusses werden mit
Stimmenmehrheit gefaßt. Bei Stimmengleich-
heit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.
Die Mitglieder stimmen nach ihrer freien Ueber-
zeugung.

Der Ausschuß kann die Augenscheins-
annahme beschließen, Zeugen und Sachver-
ständige auch eidlich vernehmen, eidstattliche
Versicherungen abnehmen, schriftliche Gutachten
einfordern, Ausschlußfristen für die Anmeldung
und die Begründung der Anträge auf Beihilfe
bestimmen. Der Ausschuß kann mit den Er-
hebungen ein Mitglied des Ausschusses beauf-
tragen. Die Gerichte und Verwaltungsbehörden
haben innerhalb ihrer Zuständigkeit dem Er-
suchen des Ausschusses oder seines Vorsitzenden
im Rechtsbilde zu entsprechen, soweit nicht be-
sondere gesetzliche Bestimmungen entgegenstehen.

außerdem alle Segelschiffe in gro-
ßer Fahrt.
e C. Alle anderen Dampfer, mit Aus-
nahme der in den Klassen A, B,
D und E aufgeführten.
e D. Dampfer und Segler in der Nord-
und Ostseefahrt.
e E. Seeschlepper, Seesleicher sowie
Dampfer und Segler in kleiner
Fahrt.
Dampfer mit Passagiereinrichtungen, die
fraglichen Zeit Passagiere bestimmungs-
mäßig nicht mehr führen, gelten als Fracht-
schiffe.
Eine Vergütung für Verlust der Habe kann
in derjenigen Klasse stattfinden, zu der
Schiff während der Fahrt gehörte, auf
die Habe verlorengegangen ist. (Zelgen
Vergütungsätze.)
Wegen Papierknappheit sind wir leider
zwungen, die Begründung zu dem Gesetze
eine der nächsten Nummern zurückzustellen.

Der Absolutismus in der Fabrik.

Die Nationen Europas geben sich eine neue Verfassung: das absolutistische System weicht der Selbstregierung der Völker und selbst der Konstitutionalismus, dieses ein Jahrhundert lang geübte Kompromiß zwischen Absolutismus und Demokratie, genügt dem Selbstbewußtsein und dem Lebensbedürfnis der Völker nicht mehr.

Indessen geht es nicht nur um Nationen bei der allgemeinen Erneuerung der Welt, sondern auch um die Klassen. Die Arbeiterschaft insbesondere ist im Kriege in allen Ländern ein gutes Stück auf dem Wege zu ihrer Emanzipation vorwärtsgeschritten. Die Arbeiterschaft ist bei der Entstehung des Kapitalismus, bei der Begründung des Fabriksystems zunächst in den Zustand völliger Rechtlosigkeit geraten. Der Fabrikeigentümer war der absolute Herrscher über seine Lohnsklaven und besaß im wirtschaftlichen Sinne das Recht über Leben und Tod. Nicht nur kümmerte sich die Staatsgewalt um die Behandlung der Arbeiterschaft und ihre Entlohnung gar nicht — der Manchesterliberalismus vertrat die volle Freiheit des Arbeitsvertrages und die Nicht-einmischung der Staatsgewalt in die Privatwirtschaft — der kapitalistische Ausbeuter besaß auch das Recht, nach Belieben ohne Kündigung und ohne Berufung, den Arbeiter jede Stunde auf das Pflaster zu werfen und ihn dadurch allenfalls dem Hungertod preiszugeben. Das ist der Absolutismus in der Fabrik und die despotische Gewalt des einzelnen Besitzenden über Hunderte und Tausende von Besitzlosen, eine Allmacht, die die Unternehmerschaft mit dem Begriff „Herr im eigenen Hause“ fein wohlklingend umschreibt. Das Wort Herr im eigenen Hause bezeichnet hier Herrschaft über zahlreiche Existenzen, über fremde Familien, über Weib und Kind anderer, Herrschaft über das Haus des anderen. Selbst die absolute Macht des Zaren hat niemals so unmittelbar und so handgreiflich das Leben und das Wohl seiner Untertanen erfaßt, wie der Fabrikdespotismus die ihm hörige Arbeiterschaft.

Die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterklasse ist das einzige zuverlässige Mittel, um diese Hörigkeit zu mildern. In den Kämpfen eines Jahrhunderts haben die Gewerkschaften, die man selbst in England anfangs als Aufrührer und Verschwörer behandelte, ihr Dasein erstritten und ihre segensvolle Wirkung für die Allgemeinheit erwiesen. Sie haben in die Rechtlosigkeit der Fabrik Recht gebracht, die Anarchie des Lohnverhältnisses ersetzt durch die Ordnung der Kollektivverträge, die Willkür freier Entlassung gemildert durch Tarifamt und Gewerbegericht. Im einzelnen stellt sich die Aenderung in der Fabrik so dar, daß mit dem Unternehmer im gewöhnlichen Lauf der Dinge der freigewählte Vertrauensmann der Werkstatt oder der Fabrik-Ausschuß für alle Werkstätten und in umfangreichen Lohnstreitigkeiten die freigewählte berufliche Vertretung, die gewerkschaftliche Organisation, verhandelt. Der Vergleich mit staatlichen Institutionen liegt nahe! Hat sich die mit historischem Glanze und mit dem Nimbus göttlicher Sendung bescheidete Monarchie im Staate die Mitwirkung und Kontrolle der Volksvertretung gefallen lassen müssen, so ist wirklich nicht einzusehen, warum der auf dem Zufall des Privatvermögens fußende, ausschließlich auf seine privaten Interessen bedachte Kapitalist nicht die Vertretung der von ihm ausgebeuteten Arbeiterschaft anerkennen soll.

Unternehmer von Verstand und Herz haben schon lange dieses Recht der Arbeiterklasse zugestanden und mit dem Schlagwort „die konstitutionelle Fabrik“ bezeichnet. Bei aller Leidenschaft, die die arbeitenden Klassen für die politische Demokratie fühlen, empfinden sie doch die wirtschaftliche Demokratie als nächstliegende und dringende Forderung, denn sie berührt ihr Dasein, ihr individuelles Wohlergehen und ihre persönliche Ehre Tag für Tag. Unleidlich und auch unverständlich ist für sie ein Zustand, bei dem sie in den höchsten Dingen des menschlichen Gemeinwesens, in den Angelegenheiten des Staates, als freie und gleiche Staatsbürger mitentscheiden, während sie aus Rücksicht auf das Profitinteresse von Privatleuten durch die zehn und zwölf Stunden ihrer täglichen Arbeit als willenlose Hörige behandelt sein sollen.

Jedermann versteht, daß hierbei nicht die technische Gestaltung des Arbeitsprozesses, die Ordnung der Erzeugung selbst und die Arbeitsdisziplin in Frage steht; es handelt sich vielmehr um menschenwürdige Behandlung, um das Recht auf den Lohn und aus dem Lohne, um die Gegenverpflichtungen des Unternehmers, für die der Arbeiter, sein Um und Auf hingibt, sein Bestes, seine Arbeitskraft.

Für die Kenner unserer sozialen Gesetzgebung scheint es beinahe überflüssig und unangebracht, von diesen Dingen noch zu reden; die Gewerkschaften sind ja rechtlich anerkannt, der Arbeiter hat ja das Koalitionsrecht, die Arbeiter jeder Werkstatt haben das Recht, Versammlungen abzuhalten und sich Vertrauensmänner zu wählen und so fort. Nicht nur nach dem Buchstaben des Gesetzes ist die Frage entschieden, die Ausübung dieser Rechte ist auch geltende Praxis. Jene Unternehmer, die gewöhnliche Sterbliche sind, haben sich mit dem Gedanken der Organisation der Arbeiterschaft längst besreundet, besprechen sich beinahe grundsätzlich nur mit dem Vertrauensmann und dem Fabrik-Ausschuß sowie mit dem Sekretär der zuständigen Gewerkschaft. Für sie ist die konstitutionelle Fabrik einfach gegebene Tatsache. Sie schließen auch Tarifverträge, erkennen den kollektiven Arbeitsvertrag an und fühlen sich zumeist dabei recht wohl. Garantiert doch diese Konstitution dem ungestörten Arbeitsprozeß und die Stetigkeit der Arbeitsbedingungen durch Jahre, erlöst den Unternehmer von dem immer wiederholten Vergerniß der Einzelbeschwerden und der unberechenbaren Ausbrüche des Unwillens einzelner.

Ja, diese Konstitution tut ihm den gleichen Dienst wie die Verfassung dem konstitutionellen Herrscher: sie kontrolliert und verbessert die Bürokratie. Jeder Großbetrieb arbeitet heute mit einer oft komplizierten Fabrikbürokratie, die wie jede Bürokratie die Tendenz hat, in die Breite zu wuchern und sich nach oben wie nach unten zu verfestigen. Betriebe, die des Kontrollapparats der Vertrauensmänner entbehren oder die sich eine sogenannte gelbe Organisation beigelegt haben, entarten langsam sowohl in der Technik des Arbeitsprozesses wie administrativ. Davon wären einige kennzeichnende und belustigende Beispiele zu geben, wie sich der Herrenstandpunkt des Großindustriellen allmählich in eine Diktatur der Werkmeister umprägt und wie die Unkosten der absolutistischen Fabrikbürokratie mit ihrem System von Denunziation und Unterschleifen zum Schluß noch das übersteigen, was eine Lohnregulierung gekostet hätte, die sich doch wieder in der Arbeitsleistung bezahlt macht. Der Luxus des Absolutismus kostet Geld! Nicht nur im Staate, auch in der Fabrik ist der Absolutismus am Ende das korrupteste, kostspieligste und unergiebigste Verwaltungssystem. Auch das ist ein Grund, warum sich einsichtige Unternehmer, die ihren eigenen Betrieb noch persönlich überschauen, am Ende gern mit der gewerkschaftlichen Regelung der Lohnverhältnisse abgefunden haben.

Nur zwei Arten von Unternehmungen widerstreben heute noch einer vernünftigen, zeitgemäßen und würdigen Ordnung der Arbeit. Da sind erstens die Magnaten des Kapitals, denen der Zufall der Geburt oder andere Glücksstände so gewaltige Vermögensmassen anvertraut haben, daß sie außerstande sind, die innere Ordnung ihrer Betriebe persönlich zu überwachen oder auch nur zu durchschauen. Ihr durch Millionenbesitz geschwelltes Selbstbewußtsein verführt sie, sich einer von jedem Verantwortlichkeits- oder Menschlichkeitsgefühl ungetrübten Herrenideologie hinzugeben. Da sie sich nicht vorstellen können, daß Menschen und ein mit Menschen arbeitender Betrieb durch Verstand und gutem Willen regiert werden könnte — Tugenden, an denen es gebricht —, geben sie sich dem Wahne hin, Massen ließen sich überhaupt nur mit dem Mittel des stummen Gehorsams niederhalten. In diesem wirtschaftlichen Zäsurwahn bestärkt sie vor allem ihre hohe Bürokratie selbst, der es bequem ist, solches dem Herrn einzureden, die sich mit der Tatkraft des Gewaltmenschen dem Herrn am besten zu empfehlen glaubt und dabei noch alle lästige Kontrolle eigener Unregelmäßigkeiten und Unzulänglichkeiten zu bemänteln hofft. Wenn Raum dazu wäre, ließe sich leicht an Beispielen zeigen, daß jeder dieser herrschaftlichen Betriebe seine Plehwas und Asews hat. Dies die eine Art. — Die andere Art solcher Herren-

Uebergangswirtschaft und unerledigte Friedenskontrakte.

Obwohl wir noch inmitten des Krieges stehen, werden die Fragen auch der Uebergangswirtschaft doch schon jetzt vielfach erörtert. So hat Ratssekretär Dr. Gustav Fuchs in einer soeben erschienenen Schrift: „Uebergangswirtschaft und unerledigte Friedenskontrakte“ (Wien, Verlag Manz) jetzt die Frage nach dem Schicksal unerledigter Friedenskontrakte ausführlich behandelt. Diese Frage ist für Industrie und Handel überaus wichtig und so wollen wir hier die Ausführungen des Verfassers in ihren wichtigsten Teilen wiedergeben. Ratssekretär Dr. Fuchs äußert in der angeführten Schrift u. a.:

Die Frage nach dem Schicksale unerledigter Friedenskontrakte wurde in zahlreichen wirtschaftlichen Korporationen des In- und Auslandes als eine Schicksalsfrage weiter Kreise der Industrie und Handelswelt erörtert. Sie wurzelt tiefsten Endes in dem Streite der Ansichten darüber, ob dem Kriege und der durch ihn bis in den Frieden hinein veränderten wirtschaftlichen Lage vertragsaufhebende Wirkung zuzurechnen sei. Nach den unserm Thema geltenden Publikationen jener Körperschaften scheint sich die Mehrheit für die Aufhebung der noch schwebenden Friedenskontrakte einzusetzen und eine Spaltung ist eigentlich nicht in der Frage des „Ob“, sondern höchstens des „Wie“ zu konstatieren. Für die Aufhebung sprachen sich zum Beispiel die Aeltesten der Kaufmannschaft in Berlin in ihrer Schrift „Krieg und Lieferungsverträge“ aus. Die Wiener Handelskammer scheint nach ihrem Gutachten für Vertragslösung ohne Schablonhaltung einzutreten und stellt den Antrag: „Jeder Vertragspartei ist verpflichtet, sich über die Aufhebung des Vertragsgegners binnen vierzehn Tagen zu erklären, ob er die Aufhebung genehmigt oder nicht. Die Unterlassung dieser Erklärung wird als Verzicht auf die Erfüllung angesehen, wenn diese Rechtsfolge unter Hinweis auf die geforderte Regierungsverordnung ausdrücklich angebrocht wurde“, und sie beantragt ferner: „Die Feststellung des Bestehens oder Nichtbestehens eines Rechtes aus einem vor Beginn des Krieges abgeschlossenen Lieferungsvertrage kann ohne Nachweis des Interesses an der alsbaldigen Feststellung mittels Klage im Sinne des § 228 P.D. geltend gemacht werden.“ Mit einer größeren Behutsamkeit als die erwähnten Korporationen geht ein in der französischen Kammer vom Deputierten Jallot eingebrachter Gesetzesentwurf vor, der nicht schlanke mit der Aufhebung, sondern auch mit einer etwaigen Abänderung oder Suspension der vor dem 1. August 1914 getätigten noch schwebenden Schlüsse durch Schiedsgerichte rechnet. Ein von der Handelskommission der französischen Kammer angenommener Gesetzesentwurf sieht Vertragslösung vor über Verlangen einer Partei bei nachgewiesener Unzumutbarkeit der Erfüllung.

Im Vordergrund der Diskussion stehen die Vorkriegsschlüsse. Gibt es nun in Wirklichkeit noch eine so große Zahl unerledigter Lieferungsverträge aus der Vorkriegszeit und wird sie namentlich nach Beendigung des Krieges so groß sein, um eine besondere und, wie gewünscht, legislative Behandlung zu rechtfertigen? Wir glauben, diese Frage verneinen zu können.

Jener Teil der Schlüsse, die durch Vertragsverrichtungen und Kriegsmaßnahmen gedeckt waren, ist erloschen, fällt also zur Gänze aus. Lieferverträge, die durch bloß aufschiebende Kriegsklauseln gesichert waren, scheiden gleichfalls schon kraft des bei ihrer Eingehung im Bewußtsein der Folgen eines ausbrechenden Krieges kundgegebenen Willens, sie nach Kriegsende zu erfüllen, aus der Betrachtung aus. Nicht mehr in Betracht kommen ferner alle jene Vorkriegsschlüsse, welche durch Passivität der Kontrahenten erloschen sind, ein Erlösungsgrund, der nach der von uns veröffentlichten Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofes zahlreichen schwebenden Lieferungsverträgen ein Ende bereitet hat. Ganze Gruppen von Friedenskontrakten (betreffend Spiritus, Baumwolle, Garn, Getreide, Mahlprodukte usw.) wurden schließlich zwecks staatlicher Bewirtschaftung im Verordnungswege bernichtet.

Eine außerordentliche Stütze fanden die Bestrebungen der deutschen und österreichischen Korporationen nach Streichung unerledigter Vorkriegsschlüsse unzweifelhaft in der Rechtsprechung des deutschen Reichsgerichtes. In der Entscheidung vom 4. Jänner 1916, II, 332/15, wird ausgeführt: „Eine zeitweilige Verhinderung der Leistung hat eine dauernde Unmöglichkeit zur Folge, wenn die notwendige zeitliche Verschiebung so bedeutend ist, daß dadurch die wirtschaftliche Bedeutung und der Inhalt der Leistung wesentlich geändert werden. Diese Voraussetzungen liegen in Folge der langen Dauer des Krieges vor.“ Und im gleichen Sinne erging eine Entscheidung desselben Höchstgerichtes am 27. März 1917, II, 619/16.

Welche Erledigung haben nun die erwähnten Vorkriegsschlüsse nach dem bisherigen Gange unserer Judikatur, falls sie von der Verordnungsgewalt nicht beeinflusst werden wird nach Kriegsende zu erwarten? Ihr Schicksal während des Krieges kann auf Grund des von uns veröffentlichten Entscheidungsmaterials als bekannt vorausgesetzt werden.

Wir denken unsere Folgerungen lediglich aus der bisherigen Praxis des Obersten Gerichtshofes abzuleiten. Die erste und nächstliegende, aber auffallenderweise ganz vernachlässigte Erwägung muß sich wohl der Frage zuwenden: Welche Tatsachen rechtfertigen die Forderung, daß Vorkriegsschlüsse nach dem Kriege anders zu behandeln seien als sie schon während des Krieges behandelt wurden?

Der Oberste Gerichtshof hat in allen zu meiner Kenntnis gelangten etwa 400 Entscheidungen in Lieferungs-sachen ausnahmslos den Grundsatz gewahrt, daß der Krieg an sich keine vertragsaufhebende Wirkung hat, daß nur die unverschuldete Unmöglichkeit oder Unerschwinglichkeit der Leistung von der Erfüllungspflicht und Schadenersatzpflicht befreit. Das ist der Standpunkt der Judikatur vom Anfange des Krieges bis zur Erreichung seines Höhepunktes, dem Beitritte Amerikas zu unseren Feinden, gewesen, er wird es offenbar bis zum Kriegsende auch bleiben. In der konstanten Verteidigung der Kontinuität des Wirtschaftslebens auch im Kriege, wie sie aus der Rechtsprechung erhellt, wird der Versuch, sich von den eingegangenen Vertragsverpflichtungen zu befreien, wenn der Krieg beendet ist, wohl scheitern. Es ist daher begreiflich, wenn die Wiener Handelskammer und, ihr folgend, auch die Brünner die Vertragslösung mit dem Mittel einer Verordnung anstrebt. Wir rechnen jedoch mit der Weisheit der

Regierung, daß sie diesen Weg im Interesse der Allgemeinheit nicht betreten wird. Nach unserem Dafürhalten fordert nämlich eine derartige Maßnahme, welche die gleichmäßige Rechtsprechung über den Haufen würde, weber das berechnete wirtschaftliche Interesse des Leistungspflichtigen noch, des Forderungsberechtigten, denn die bisherige Judikatur schließt in ausreichendem Maße beide.

Nach dem Stande der bisherigen Judikatur in Lieferungs-sachen, der das Gutachten mit Unrecht mangelnde Einheitlichkeit vorwirft und diesen angeblichen Mangel als eine den Antrag auf Erlassung der bereits erwähnten Verordnung mit begründende Tatsache hinstellt, glauben wir die Zweifel an der Erfüllungspflicht zerstreuen zu können. Nach dem bisherigen Ergebnissen der Rechtsprechung hat der Verkäufer fast mit apodiktischer Sicherheit darauf zu rechnen, daß er die noch aufrechten Vorkriegsschlüsse wird erfüllen müssen und daß ihn von der Erfüllung nur jene Tatsachen befreien werden, die den Verkäufer schon während des Krieges entlastet haben: Unverschuldete Unmöglichkeit bzw. Unerschwinglichkeit der Leistung bei sonstiger Schadenersatzpflicht.

Die weiteren Folgerungen sind un schwer zu ziehen: Bestehen die Verträge aufrecht, dann fehlt es auch schon an der Notwendigkeit, dem Käufer den Erklärungszwang aufzuerlegen.

Wer sich die Mühe nimmt, die Zusammenstellung der Tatsachen des Obersten Gerichtshofes betreffend den Einfluß des Krieges auf bestehende Lieferungsverträge nachzulesen, wird zu dem Ergebnisse gelangen, daß unser Höchstgericht grundsätzlich den Standpunkt des deutschen Reichsgerichtes ablehnt, mit Hilfe der Klausel *rebus sic stantibus* die präsumptive Unerreichbarkeit des Vertragszweckes gleichzustellen der Unmöglichkeit, beziehungsweise Unerschwinglichkeit der Leistung. Wohl sind auch dem deutschen Reichsgericht die Gefahren dieser gefährlichen Lehre nicht entgangen, aber es glaubte trotzdem bei der Nummerierung aller Werte durch den Weltkrieg dieses Interpretationsmittels nicht entraten zu können.

Der Oberste Gerichtshof hat sich von allem Anfange an der Theorie von der obligatorischen Kraftanstrengung angeschlossen, den Lieferanten also nicht zu einem gewissen Erfolge, sondern nur dazu verpflichtet, sich für die Herbeiführung des Vertragszweckes so weit anzustrengen, als ihm dies rechtmäßiger- und billigerweise zugemutet werden kann. Das Bekennen zu der Ansicht, daß der Schuldner nur zu der ihm zumutbaren Kraftanstrengung verpflichtet sei, bewahrt unser Höchstgericht davon, mit der Theorie des Wegfalles der stillschweigend gesetzten Voraussetzung zu experimentieren, es hielt vielmehr fest an dem Grundsatz der unbedingten Vertragszuehaltung bei wirtschaftlicher Zumutbarkeit der Leistung. Dieser im Wesen ganz anders geartete Standpunkt des Obersten Gerichtshofes schließt es daher aus, die Streichung der Vorkriegsschlüsse mit Argumenten des deutschen Reichsgerichtes und der auf ihnen aufgebauten Gutachten deutscher Wirtschaftsverbände erwirken zu wollen.

Auf Grund aller vorstehenden, aus der oberstgerichtlichen Judikatur geschöpften Erwägungen gelangen wir demnach zu folgenden Ergebnissen:

1. Die noch schwebenden Vorkriegsschlüsse sind grundsätzlich zu erfüllen.
2. Lieferungsbefreiend wirken nicht die durch den Krieg geänderten wirtschaftlichen Verhältnisse, sondern lediglich die vom Verkäufer nachzuweisende unverschuldete Unmöglichkeit oder Unerschwinglichkeit der Leistung.
3. Auf Streichung unerledigter Kontrakte abzielende Regierungsmassnahmen sind abzulehnen, weil die berechtigten Ansprüche beider Vertragsparteien nach dem Stande der Rechtsprechung auch während der Uebergangswirtschaft zweckgemäßen Schutz erwarten dürfen.

Der Handel und die Uebergangswirtschaft.

Versammlung Eines Ehrbaren Kaufmanns zu Hamburg.

Auf Veranlassung der Handelskammer zu Hamburg fand am Mittwoch nachmittags in der Halle eine Versammlung der Mitglieder eines Ehrbaren Kaufmanns statt, die sich zu einer nachvollständigen Rundschau über den hiesigen Handel gestaltete. Es lag es doch, so allen den hiesigen Handel stark betreuenden Fragen der Uebergangswirtschaft Stellung zu nehmen. Unter Führung der Handelskammer hat Hamburgs Kaufmannschaft in einer Entschiedenheit den festen Willen bekundet, die Freiheit des Handels auch in der Uebergangszeit vom Krieg zum Frieden sich wahren zu wollen, nachdem alle Minderer sich Herbeibringung der Uebergangswirtschaft für unser gesamtes Wirtschaftsleben auch ihre Verantwortlichkeit zu erkennen gegeben hatten, gemeinsam mit der Industrie und den übrigen Erwerbszweigen zum Wohle des großen Ganzen streben zu wollen. Neben Wiberhall werden in allen Handelskreisen die martialischen Schlusssätze des Vorsitzenden der Handelskammer finden, in denen er einen Frieden forderte, der auch dem deutschen Kaufmann die unumstößliche Gewissheit gibt, daß er in Zukunft in Sicherheit seinem friedlichen Gewerbe nachgehen kann.

Präsident der Handelskammer Hege begrüßte die Erschienenen mit folgenden Worten: Namens der Handelskammer danke ich Ihnen für Ihr zahlreiches Erscheinen und für das damit bewiesene Interesse an der für Hamburg so überaus wichtigen Frage: Der Handel und die Uebergangswirtschaft. Wohl keine wirtschaftliche Angelegenheit der Gegenwart wird an der Hamburger Börse so lebhaft besprochen, berührt Hamburgs Interessen so auferordentlich wie diese. Als man überlegen konnte, daß der Weltkrieg, der in wenigen Tagen schon drei volle Jahre andauert, sich nach den ersten gewaltigen Ereignissen des Jahres 1914 lange hinziehen würde, erlangte man gleichseitig, daß ein ungeheurer Erfolg in alle bestehenden Verhältnisse gekommen und daß sich in unserm Wirtschaftsleben Veränderungen und Erschütterungen vollziehen würden, wie sie noch nicht dagewesen sind. So tauchte bald der Gedanke auf, daß künftighin der Uebergang vom Krieg zum Frieden vorbereitet werden müßte, um zu verhindern, daß das deutsche Wirtschaftsleben in Jahrzehnten nicht wieder gutgemacht werden könnte. Es mußten Mittel und Wege gefunden werden, die einerseits dem deutschen Gesamtinteresse entsprechen und die andererseits auch den bisherigen Trägern der Erwerbsstände gerecht werden. So begannen die Besprechungen und Verhandlungen, und so entstand das Uebergangskommissariat, als eine behörigende Stelle, wo die verschiedensten Interessen, die sehr häufig gegeneinander laufen, zusammengeführt und auf eine mittlere Linie unter Berücksichtigung des Staatsinteresses gebracht werden sollten.

Ich brauche in diesem Kreise nicht zu erwähnen, daß die Handelskammer es stets als ihre besondere Aufgabe angesehen hat, ihr Wirken voll in den Dienst dieser wichtigen Angelegenheit zu stellen. Bereits in der Jahresversammlung des Ehrbaren Kaufmanns vom 31. Dezember 1916 konnte über eingehende Arbeiten der Handelskammer betreffend die Uebergangswirtschaft berichtet und mitgeteilt werden, daß sie das Ergebnis ihrer hierüber mit den hiesigen Interessenten gepflogenen Verhandlungen und die daraus resultierenden Beschlüsse in einer zusammenfassenden Darstellung dem Herrn Reichskommissar für Uebergangswirtschaft übermittelte hat. In dieser Denkschrift, die bisher in Interesse der Geheimhaltung der gemachten Vorschläge gegenüber dem Auslandes leider weiteren Kreisen nicht zugänglich gemacht werden konnte, hat die Handelskammer die Vorschläge zahlreicher Geschäftsleute, wie z. B. des Handels mit Getreide, Wollwaren, Gerbstoffen, Säure, Kaffee, Kakao, Tee, Kolonialwaren, Südfrüchten u. a., an den Herrn Reichskommissar übermitteln und hat nachdrücklich betont, daß bei der Regelung der Uebergangswirtschaft die Gesamtheit des Handels wieder in seine alte Tätigkeit eingesetzt und ihm Gelegenheit gegeben werden müsse, seine geschäftlichen Beziehungen wieder in alter Weise anzubahnen. In der gleichen Richtung bewegten sich auch die Ausführungen, die ich bei Gelegenheit der Versammlung eines Ehrbaren Kaufmanns am 8. Mai d. S. gemacht habe.

In der bereits erwähnten Denkschrift der Handelskammer wurde hervorgehoben, daß auch dem Handel in dem Weite des Reichskommissars für Uebergangswirtschaft eine möglichst vielfältige Vertretung gegeben werden müsse, und daß außerdem in den Unternehmungen Sachverständige aus allen Kreisen des Handels hinzugezogen werden sollten. Erweitert werden können wir heute feststellen, daß zahlreiche Sachverständige aus Hamburg in den Weite der Vertreter hiesiger Geschäftszweige zu den Verhandlungen hinzugezogen wurden; sollten in einzelnen Kreisen noch weitere Wünsche wegen Vertretung bei den Verhandlungen im Reichskommissariat vorhanden sein, so wird die Handelskammer solche gern gegenüber dem Herrn Reichskommissar vertreten. Inzwischen haben die Verhandlungen, die den veränderten Verhältnissen entsprechend häufig auf neuer Grundlage geführt werden mußten, nie geruht. Sie sind jetzt aber anscheinend in ein Stadium getreten, wo eine Entscheidung nach der einen oder anderen Richtung bezüglich der Uebergangswirtschaft in greifbare Nähe gerückt ist. Die Handelskammer hat es mit Dank begrüßt, daß der Verband des Hamburger Einfuhrhandels und der Zentralverband des Deutschen Großhandels, das Wort ergab. Der am 10. Juli d. S. in Berlin persönlich geführten Verhandlungen an die Handelskammer herangetreten sind und um Einberufung des Ehrbaren Kaufmanns gebeten haben, damit in Hamburg klar und deutlich hervorgehoben wird, was unsern Handel not, und zwar von einer Versammlung, die in solchen schweren Zeiten in erster Linie berufen ist, für Hamburgs Interessen einzutreten. Meine sehr geehrten Herren! Ich werde jetzt zunächst Herrn Alfred O'Swald, Vorsitzenden des Verbandes des Hamburger Einfuhrhandels, und dann Herrn Edgar Rötting, Mitglied des Zentralverbandes des Deutschen Großhandels, das Wort geben. Der am 10. Juli d. S. in Berlin persönlich geführten Verhandlungen an die Handelskammer herangetreten sind und um Einberufung des Ehrbaren Kaufmanns gebeten haben, damit in Hamburg klar und deutlich hervorgehoben wird, was unsern Handel not, und zwar von einer Versammlung, die in solchen schweren Zeiten in erster Linie berufen ist, für Hamburgs Interessen einzutreten.

Herr Alfred O'Swald begann mit einem Dank an die Handelskammer für die Einberufung des Ehrbaren Kaufmanns, der das geeignete Forum sei, um die Wünsche

der gesamten Hamburger Kaufmannschaft zum Ausdruck zu bringen. Er führte dann aus: Die Veranlassung zu der heutigen Tagung des Ehrbaren Kaufmanns sind Mitteilungen, die mir und anderen Hamburgern Ende Juni von dem Herrn Reichskommissar und verschiedenen seiner Haupt-Mitarbeiter gemacht sind, dahingehend, daß die Industrie Devisen und Zonnage für den Ankauf von Industriewaren zugeteilt erhalten werde. Dieser müsse es überlassen werden sich mit dem Einfuhrhandel zu beschäftigen, welche Mengen Devisen und Zonnage sie an ihn übertragen wolle. Der Herr Reichskommissar hat zwar hinzugefügt, daß der Industrie anvertraut werden soll, sich des Handels zu bedienen, diese sei aber bereit, mit dem Handel zusammen zu arbeiten und in den Industrie-Organisationen würden Vertreter des Reichskommissariats die Überwachung führen. Ob dieser Beschluß schon unabänderlich ist, steht dahin, darum ist es heute noch Zeit, unsere Stimmen dagegen zu erheben. Wir haben die feste Ueberzeugung, daß der Herr Reichskommissar persönlich alles in seinen Kräften Strebende tun wird, um den Handel vor Schaden zu bewahren. Wir können aber nicht das gleiche Vertrauen zu allen anderen Mitgliedern des Kommissariats für Uebergangswirtschaft haben. Bezeichnend ist die Aeußerung eines maßgebenden Herrn, der fastbistig aussprach, der Handel werde sich damit abfinden müssen, der Kommissar der Industrie zu werden. Gegen eine derartige Auffassung der Bedeutung, der Rechte und Befugnisse des Handels protestieren wir auf das energischste. Wir wollen mit der Industrie Hand in Hand arbeiten, wie es vor dem Kriege gewesen ist. Wir wollen unsere alten Verbindungen mit ihr pflegen und weiter ausbauen. Kein verständiger Kaufmann wird daran denken zu fordern, daß denjenigen Industriefreien, die schon vor dem Kriege selbst direkt importiert haben, dieses in der Uebergangszeit nicht erlaubt sein soll. Aber mit dem gleichen Recht muß der Handel fordern, daß er nicht ausgeschlossen oder wesentlich in seiner Tätigkeit eingeschränkt wird. Wenn einmal der Krieg zu Ende sein wird, dann muß auch die Handelsfreiheit wieder aufleben und der Ehrbare Kaufmann, welchen Namen wir mit Recht und Stolz führen, wieder zu seinem Rechte kommen. Ich brauche Ihnen wohl nicht wieder im Einzelnen auseinanderzusetzen, daß der Einfuhrhandel, für den ich in erster Linie zu sprechen habe, sich nur dann erfolgreich betätigen kann, im Wettkampf mit der ganzen Welt, der nach dem Kriege besonders verheerend sein wird, wenn ihm die Verfügung über die beiden notwendigen Faktoren für den Einkauf im Ausland direkt überwiesen wird. Jede Uebertragung auf Umwegen muß zu unheilvollen Mißständen führen, nicht nur für den Handel selbst, sondern auch für die Verbraucher.

Daß in der Organisation das Heil allein nicht liegt, hat sich doch so offensichtlich nachgerade gezeigt, daß alle Welt, vor allem die Verbraucher, nichts lebhafter wünschen, als daß die vielen Kriegsorganisationen in ihren jetzigen Formen verschwinden mögen. Wenn aber für bestimmte Artikel aus besonderen Notwendigkeiten der Uebergangszeit dennoch Organisationen gewährt werden sollten, so war der Handel bereit, sie zusammen mit der Industrie zu machen. Gewiß hat die Industrie und mit ihr alle Verbraucher, aber ebenso auch wir als Konsumenten und Exporteure das größte Interesse daran, daß die Rohstoffe möglichst billig nach Deutschland hereinkommen. Und in diesem gemeinsamen Interesse liegt die Garantie, daß der legitime Handel keine unberechtigte Konkurrenz durch die Industrie erleiden darf. Eine noch viel stärkere Garantie liegt aber darin, daß die Konkurrenz dieses verhindern wird. Sind wir erst einmal aus der Welt der abgeklärten Kriegswirtschaft heraus, ist der legitime Handel erst wieder eingeschaltet, dann wird der Markt vor allen Dingen wieder ins Gleichgewicht zurückzuführen, von selbst dazu führen, dieses durch billige Angebote zu erreichen. Sollten aber trotzdem Garantien bezüglich der Preisgestaltung verlangt werden, so ist der Handel bereit, sie aller Weisheit zu geben. Aus allen mit bekannter Organisationsentwürfen geht klar hervor, daß der Handel in der Uebergangszeit der Hauptwert nicht auf große Verdienste legt, sondern darauf, seinen Betrieb überhaupt erst wieder aufzunehmen zu können. Er wird also die Verbraucher sehr billig bedienen, und jedenfalls billiger, als es die Industrie mit verschwindenden Ausnahmen selbst je leisten kann.

Im Zustand übersteht man noch immer nicht genügend, was der Handel für die Industrie, die Verbraucher, leistet. Ich möchte mich hierüber nicht des weitesten verbreiten, sondern es dem nächsten Redner überlassen, auszuführen, wie es das Preis- und Marktrisiko den Industriellen abnimmt, Weltmärkte schafft, die erst durch ihre Größe die billigsten Einkaufsmöglichkeiten verbürgen. Der Fabrikant kann nur in Ausnahmefällen gleichzeitig erfolgreicher Einfäufer sein. Dazu gehört heutzutage eine so genaue, vielseitige Kenntnis, nicht nur der Waren, sondern auch der Märkte und Menschen, der Bezugsquellen, daß nur das genaue, langjährige Studium die Kenntnisse verschafft, die den Erfolg verbürgen. Ist es nicht überhaupt Aufgabe des Reichskommissariats in der Uebergangswirtschaft, für den Wiederaufbau des Gewesenen zu sorgen? War aber nicht vor dem Kriege

der deutsche Außenhandel der Stolz der ganzen Nation? Darum müssen wir fordern, daß das Bewährte nicht niedergeworfen wird, um etwas Neues fragwürdiger zu schaffen, das dem Handel zum Schaden gereichen muß. Eins würde dabei unweigerlich eintreten, eine Fortdauer der Zentralisierung in Berlin, mit all den Nachteilen, die während des Krieges immer deutlicher geworden sind. Damit kam der Handel, schon allein aus technischen Gründen, nicht leben, denken Sie nur an die Schwierigkeiten mit Telephon und Drahtverbindung. Wir können, wenn das Geschäft wieder aufgenommen werden soll, nicht ständig nach Berlin fahren, schon jetzt zahlen wir Millionen für Reisen dorthin. Soll es denn dazu kommen, daß wir ständige Filialen in Berlin errichten müssen? Was das nicht auch auf unser Eigenes Eigentum von schimmigem Einfluß sein? Was soll aus dem vielen Kontorhäusern werden? Hat die Rederei

aber nicht auch das lebhafteste Interesse daran, nicht in Abhängigkeit von den Verbrauchern zu stehen? Wir können uns nicht mit einigen freundlichen Worten begnügen, daß dem Handel kein Unrecht geschehen solle, sondern wir müssen darauf dringen, daß es nicht in das Versehen anderer gestellt wird, oder mit wieviel sich des Handels bedienen wollen oder nicht. Wir müssen bindende Entschlüsse fassen, und da uns nahegelegt worden ist, unsere Wünsche nicht nur negativ, sondern auch positiv zu fassen, haben wir sie zusammengefaßt der Handelskammer unterbreitet, die sie Ihnen in Form einer Resolution vorlegen wird.

Nach diesen mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen ergriff **Herr Edgar Rötting** das Wort zu nachfolgender Ansprache: Soeben hat die Versammlung Mein Vorredner, Herr O'Swald, hat Ihnen in eingehender, anschaulicher Weise die Gefahren geschildert, die dem Handel und besonders dem Einfuhrhandel drohen, wenn die von der Regierung in Aussicht genommene Maßnahme der Verteilung von Zonnage und Devisen an die Industrie sich verwirklichen sollte. Diese Maßnahme bedeutet, wie die Ihnen heute zur Annahme vorgelegte Entschlieung es ausspricht, eine wesentliche Verschlechterung, ja, ich wage zu behaupten, eine **Lehmung und völlige Ausschließung des Handels** auf vielen ihm zustehenden Gebieten.

Als dem Vertreter des Zentralverbandes des deutschen Großhandels, Bezirksgruppe Hamburg, liegt mir die Aufgabe ob, auf die Gefahren hinzuweisen, die nicht dem Einfuhrhandel, sondern anderen wichtigen Zweigen des deutschen und besonders des heimischen Handels durch die uns heute bevorstehende Regierungsmaßnahme drohen. In der Tat bedeutet diese Maßnahme eine so einschneidende Bedrohung des Handels im allgemeinen und trägt für ihn so vielfältige Gefahren, daß die gesamte Kaufmannschaft, befreundet an den Seehäfen, mit bangen Gesinnungen in die Zukunft blickt und sich in ihrer Entschlossenheit, ja in ihrer Existenz gefährdet fühlen muß.

Meine Herren! Der Handel verlangt durch seine hervorragende Stellung, er beansprucht lediglich den ihm gebührenden Platz an der Sonne. Die drei großen Erwerbsstände der Volkswirtschaft, die Industrie, der Handel und die Landwirtschaft, sind nach Ansicht der Kaufmannschaft dazu berufen, sich gegenseitig zu ergänzen, mit und nicht gegeneinander zu arbeiten. Die Ausschaltung des Handels beim Bezug von Rohstoffen wird, wie zu bezeichnen ist, die Industrie veranlassen, sich bei der Ausfuhr, beim Export ihrer fertigen Waren, sich in der Zukunft mehr und mehr dem Handel loszusagen. Was das für die zahlreichen Exporteure bedeutet, würde, brauche ich Ihnen, meine Herren, kaum zu sagen. Eine ganze Reihe von Erzeugnissen würde einfach vertrieben, große in überseeischen Ländern ausstehende deutsche Kapitalien verlorengehen. Der Exporteur, der nun schon seit Beginn des Krieges seine Tätigkeit hat einstellen müssen und dennoch in den Bereich des Möglichen seine Angelegenheiten, mühseliger Arbeit verflüchtigt gehen. Man würde sich eine ganze Reihe von bedauerlichen Vorkäufen zeitigen, wie z. B. Entlassung vieler Angestellter, Einschränkung auf den mangelhaftesten Gebieten, Schädigung der Grundbesitzer durch wesentliche verminderte Mietentnahme, beträchtlicher Anstieg an Grund- und Einkommensteuer, Kurzum, nicht nur der einzelne Kaufmann, nein, die Allgemeinheit und sogar der hamburgische Staat würde einen beträchtlichen Schaden erleiden.

Nach auf einen anderen Punkt möchte ich verweisen, um Ihnen klarzumachen, wie notwendig es ist, daß dem Handel die Zonnage und Devisen möglichst überlassen bleibt. Wie Ihnen bekannt ist, ist zu einem großen Teil der Verkehr mit den überseeischen Ländern, besonders mit Westindien, Zentralamerika und Afrika, darauf zugeschnitten, daß der Exporteur Zahlung für gelieferte Waren in Form von Konfigurationen in Landesprodukten erhält oder laufende Vorkäufe zum Betrieb von Plantagen gegen Befriedigung der Ernten erteilt. Diese sehr wichtige Frage bedarf einer besonderen Regelung und ist meines Wissens bereits seitens des Reichs- und Hamburger Exporteurs der Erzeugung des Uebergangskommissars anheimgegeben. Sie wird hoffentlich eine befriedigende Lösung finden, da sonst die Gefahr besteht, daß, wenn dem Handel nicht die erforderliche Zonnage und Devisen für diese Geschäfte zugeteilt wird, auch sie aus dem Ausland verlorengehen. Welche Märkte kann der Handel haben werden, wenn Sie selbst, es Ihnen in erster Linie New York, London, Liverpool, Havre, Antwerpen ein Ausfall an deutschen Nationalvermögen zugunsten der uns heute feindlich gegenüberstehenden Völker. Gerade durch seine Tätigkeit bietet der Handel der Industrie den großen Vorteil, daß sie im Markt häufig günstiger für ihn als direkt vom Hersteller kaufen kann. Das Wahrgenommene aller günstigen Umstände durch geschickte Ausnutzung der Konjunktur ist eben die besondere Aufgabe des Kaufmanns, der er fortgesetzt seine größte Aufmerksamkeit schenken muß. Die **Tätigkeit des Industriellen** liegt dagegen auf ganz anderen Gebieten, z. B. der Technik, der Erfindungen usw.; in den weitaus meisten Fällen wird es ihm gar nicht möglich sein, sich so eingehend und fortlaufend mit den einzelnen Artikeln zu befassen, daß es ihm gelänge, seine Einkäufe in gleich günstiger, schätzbare Weise abzuschließen, wie es dem Händler möglich ist. Hinzu kommt auch noch der Umstand, daß der überseeische Hersteller, wenn er nur die Industrie, bzw. die von ihr geschaffenen Einkaufsorganisationen, als Abnehmer hat, naturgemäß allzu sehr geneigt sein wird, danach zu trachten, ihr so bessere Preise wie möglich abzugeben. Dadurch würde wiederum der Einkaufspreis der Industrie ihren Wettbewerb auf dem internationalen Weltmarkt gefährden, also wiederum eine Schädigung des deutschen Volkswirtschafts Ganz anders liegt die Sache, wenn der Handel sich frei betätigen kann, wenn der überseeische Verkäufer mit ihm, der dessen Eigenart sowohl als auch durch seine vielfachen Beziehungen die Marktlage genau kennt, rechnen muß.

Meine Herren! Die großen Märkte, die ihr Entsehen lediglich der Tätigkeit des Handels verbünden, bieten für den Verbraucher, d. h. in diesem Falle für die Industrie, die beste und

billigste Bezugsquelle. Diese großen Weltmärkte sind man nur und ausschließlich in den Seehäfen und besonders an den Seehäfen. Sie bilden einen so gewichtigen Faktor in der Volkswirtschaft, daß ihre Erhaltung und ihr weiterer Ausbau eine hervorragende wichtige Aufgabe ist. Mit dem Wegfall dieser Märkte würde unser Land in Hand gehen die Vertiefung vieler, vieler Erzeugnisse, wie Wolle, Zucker, Handtücher usw., die heute ein wichtiges, durch ihre reiche Kenntnis und die erlangende Tätigkeit den Markt zum Vorteil der Allgemeinheit erhaltendes Bindeglied bilden. Nur dem Handel ist es ferner möglich, große Lager in wichtigen Rohstoffen zu halten. Die Industrie wird naturgemäß nur so viel kaufen, wie sie für eine gewisse Zeit verbrauchen kann. Wie unendlich wichtig aber gerade diese Lagerbestände in manchen Rohstoffen sind, das hat uns der Krieg gelehrt. Solche Vorräte kann ausschließlich der Handel bereithalten und halten wenn in dem betreffenden Artikel ein Zerminmarkt existiert, an dem er sich täglich gegen seine Ware nach der einen oder anderen Seite hin decken kann. Hieraus ergibt sich nochmals die Wichtigkeit der großen Weltmärkte, deren Erhaltung und weiterer Ausbau schon im Hinblick auf die wirtschaftliche Kraft im Falle eines neuen Krieges, der, wenn auch im Bereich der Möglichkeit liegend, uns, so Gott will, erspart bleiben möge.

Meine Herren! Geraten diese Märkte aber in Begfall und diese Gefahr liegt vor, wenn der Handel sich nicht wie früher frei betätigen kann und ganz besonders, wenn ihm nicht der Einkauf aller anderen Waren, insbesondere der Konsumartikel, überlassen bleibt, dann nicht wieder ein ausmachender Nachteil entstehen, seine mit Millionen geschätzten mühseligen Hafenanlagen und Lagerhäuser würden zum weitaus größten Teil nutzlos werden, die Quelle seiner Kraft, seines Wohlstandes würde wegfallen und die neulich von der Times" mit bitterem Hohn ihren Lesern vorgelegte Spottrede, Hamburg sei im Begriff, seine Stellung als Seehafen und Welthandelsstadt durch diesen Krieg zu verlieren, würde in Erfüllung gehen. Was das bedeuten würde, nicht nur für uns Hamburger, sondern für das gesamte deutsche Reich, brauche ich in dieser Versammlung nicht weiter auszuführen.

Meine Herren! Ich habe in meinen kurzen Darlegungen versucht, Ihnen die dem Handel und der Kaufmannschaft drohenden Gefahren zu schildern. Schwere Zeiten durchleben wir, schwere Zeiten gehen wir entgegen! **Keine Stadt, kein Hafenplatz hat durch diesen gewaltigen Weltkrieg so gelitten, wie Hamburg;** seine Kaufmannschaft hat Opfer bringen müssen, deren Umfang niemand von uns hat voraussehen können, aber sie hat sich getraut in dem stolzen Bewußtsein, dadurch dem bedrohten Vaterlande ihre Liebe zu beweisen. In dieser Zeit der Not hat Hamburgs Kaufmannschaft viel gelernt und wird in der Zukunft noch in manchen Punkten lernen müssen. Mit diesem Bewußtsein würde es uns alle erfüllen, wenn nach all diesen gebrachten Opfern der Handel schlechter als früher gestellt werden würde. Diese Gefahr zu beschwören, ist der Zweck der heutigen Versammlung. Sollen wir daher alle gemeinsam zur Verteidigung unserer bedrohten Interessen zusammen und stimmen wir der von unserer Handelskammer, als der berufenen Vertreterin unserer Interessen, gefaßten Entschlieung zu.

Hierauf brachte Herr Hege, Präsident der Handelskammer, die nachstehende **Entschlieung** zur Verlesung: Die von der Handelskammer auf Anregung des Verbandes des Hamburger Einfuhrhandels und der Bezirksgruppe Hamburg des Zentralverbandes des deutschen Großhandels einberufene Versammlung eines Ehrbaren Kaufmanns erhebt mit aller Entschiedenheit die Entschlieung gegen jede Zurückbildung des Handels bei der Organisation der Uebergangswirtschaft. Wenn vom Reichskommissar Baluta und Schiffraum zur Verfügung gestellt werden, so muß deren Ueberweisung an den Handel entsprechend seiner früheren Beteiligung bei der Einfuhr von Rohstoffen und Halbfabrikaten gefordert werden. Sollte einzelnen industriellen Verbänden Baluta und Schiffraum direkt zugeteilt werden können, so ist diesen Verbänden die Verpflichtung aufzuerlegen, sich des Handels bei der Einfuhr in demselben Maße wie früher zu bedienen. Es ist ferner zu fordern, daß der Einkauf aller anderen Waren, insbesondere der Konsumartikel, dem Handel überlassen bleibt, der diese unter Wahrung der Interessen des Verbrauchers nach den Vorschriften des Reichskommissars zu beschaffen hat.

Nur der Handel kann auf Grund seiner Erfahrungen und seiner Beziehungen die alten Verbindungen wieder herstellen und neue aufbauen. Würde er auch nur zum Teil ausgeschaltet werden, so kann eine wesentliche Schädigung der ganzen deutschen Wirtschaftsführung nicht ausbleiben. Die Versammlung spricht daher die allerhöchste Erwartung aus, daß die Maßnahmen des Reichskommissars für Uebergangswirtschaft nicht zu einer Verschlechterung der Stellung des Handels gegenüber dem Industrie führen werden. Nach Verlesung der vorstehenden Entschlieung schloß **Herr A. Behrens** aus: Meine Herren! Ich möchte die Reden von Herrn Präses Hege verlesene Resolution nur allerhöchstens unterstützen und Sie auch bitten, einmütig für dieselbe zu stimmen. In kurzen Worten möchte ich Ihnen schildern, welche Bedeutung schon das Geschäft, das vom Reichskommissariat Devisen und Zonnage an die Industrie-Organisationen gegeben werden soll, bei der Industrie herbeigeführt hat. Der Verein des deutschen Einfuhrgroßhandels von Holz, Zerpentinöl und Leinwandstoffen, in dem ich die Ehre habe, den Vorsitz zu führen, ist bereits im Mai 1916 mit der Industrie in enge Fühlung getreten. Am 13. März 1917 fand eine Versammlung in Berlin statt, in der alle Industrieverbände vertreten waren. In dieser Sitzung führte ich aus, wie meiner Ansicht nach die Uebergangswirtschaft am besten zu erledigen sein würde. Diese Ausführungen gingen dahin, daß der Einkauf durch die Organisation des Handels, die Verteilung durch die Zentralorganisation der Industrie besorgt werden sollte, daß diese beiden Organisationen eng verbunden miteinander unter einem aus beiden Organisationen heraus gewählten Kopf (Gleiche Stimmen für Handel und Industrie) arbeiten

müßten. Ich fügte diesen Vorschlag bis ins kleinste aus und zeigte, daß auf diese Weise keine größeren Gesellschaftskapitalien nötig seien, und daß der Fabrikant mit seinem alten Lieferanten und der Lieferant-Einfuhrhändler wieder mit seinen überseeischen Beziehungen in Verbindung kommen könnte. Mein Vorschlag fand die einstimmige Zustimmung aller, und Herr Dr. Horn, der Syndikus des Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands, wurde mit der Ausarbeitung dieses meines Vorschlags beauftragt. Mit einem Mal wiehe in Berlin ein anderer Wind. Ohne Zuziehung der Vertreter des Handels ist ein anderer Vertragentwurf angefertigt worden, dessen Tendenz sich aus folgender Bestimmung ergeben läßt: **„a. Beschaffung der Rohstoffe.** Entsprechend den Meinungen des Weirats hat die Geschäftsführung der Gesellschaft die erreichbaren Rohstoffe unter Ausnutzung der der Gesellschaft von dem Reichskommissar für die Uebergangswirtschaft zur Verfügung zu stellenden Zonnagen und Devisen zu beschaffen. Es unterliegt dem Ermessen des Weirats, ob die einzelnen Mengen der Rohstoffe durch die Gesellschaft im eigenen Namen gekauft werden sollen oder ob die vom Handel zur Verfügung gestellten Mengen der Rohstoffe den Interessenten direkt zu überweisen sind. Soweit vom Handel übermäßige Preise für Rohstoffe gefordert werden, hat der Weirat die Pflicht, zu versuchen, durch die Gesellschaft diese Preise, auch im Ausland, zu tätigen, um die Preise angemessen zu gestalten.“

Meine Herren! Sie werden mir gedenken, daß der Einfuhrhandel nicht stärker beilegt werden kann, als es mit diesem Vertrage der Fall ist. Wenn schon die Industrie in unseren Artikeln, von denen sie in Friedenszeiten höchstens etwa fünf Prozent einführt, hat, so vorzuziehen, wie ganz anders wird sie auf treten bei den Krisen, bei denen die Industrie höchstens 50 Prozent selbst eingeführt hat. Weirats Sie die Sache bitte nicht auf die leichte Schulter. — Heute ist eine Aenderung im Reichskommissariat vielleicht noch herbeizuführen. Wir müssen alles ansetzen, um dem Handel schon in der Uebergangszeit die Stellung zu geben, die er vor dem Kriege gehabt hat und die ihm zukommen muß.

Herr Aug. Dege ergriff dann das Wort zu folgender Rede: Meine verehrten Herren! Ich hoffe und erwarte, daß der Appell an das Reichskommissariat, wie er in der uns vorlesenen Entschlieung vorliegt, nicht ungehört verlingen wird, daß der legitime Handel unter richtiger Würdigung seiner ehemaligen Verdienste doch noch wieder zu seinem Rechte kommt. Eine andere Entscheidung wäre mir einfach unverständlich, weil sie ungerecht wäre. Es kann doch nicht bestritten werden, daß

der Handel stets der Motor und auch die Stütze sowohl für die Schiffahrt, als auch für die Industrie gewesen ist. Weirats hätten sicherlich nicht im Laufe der letzten 50 Jahre die Entwicklung nehmen können, nicht die Größe, die sie heute und den Reichtum, derer sie sich vor Abschluß dieses Krieges erfreuen, erlangen können, falls nicht der Handel die Gebiete der Rohstoffe als Bezugsquellen, nicht die Absatzgebiete für fertige Fabrikate erschlossen und dienbar gemacht hätte. Natürlich hat der Handel seinen Vorteil von seiner Arbeit, aber er war auch jederzeit bereit, seine Abnehmer und Lieferanten zu fördern, sei es mit Zeit oder Geld, mit Kapital oder Kredit usw. Ich bin überzeugt, daß auch die kleineren und mittleren Industriellen, die stets die treuesten Kunden und wertvollsten Lieferanten des Handels waren und bleiben werden, dies auch ohne Mühe anerkennen und den Handel als Dankbarkeit auch ihrerseits zu fördern bereit sein würden.

Aber der Handel denkt nicht nur an sich, sondern er hat auch das Interesse seiner getreuen Abnehmer und seiner Angestellten im Auge. Seine Abnehmer, in erster Linie, wie schon gesagt, die kleineren und mittleren Industriellen, würden sicherlich Gefahr laufen, bei der Zuteilung der Rohstoffe und bei der Wahrnehmung ihrer sonstigen Interessen ganz von der Großbetriebe an die Hand gedrückt zu werden. Der ausbleibende Einfluß des Handels, seine Stärke gegenüber dem Uebergangswirtschaft würden eben ungewollt, auch die sachmännische Behandlung der Rohstoffe wäre mehr als fraglich. Aber auch

die Angestelltenfrage ist dringend. Wenn alle Angestellten nach Mitternacht aus dem Kriege keine Beschäftigung mehr vom Handel erhalten könnten, weil dem Handel selbst durch Ausschaltung seines Existenz genommen ist, was werden alle diese bedauernswerten Leute sagen? Ich habe das Gefühl, daß das Gegenteil von Dankbarkeit dem Reichskommissariat gegenüber für diese Maßnahme gefordert werden würde, und möchte mir ersparen, die Folgen näher zu schildern. Auch ist kann Sie nur ausprechen, einstimmig die Entschlieung, die Ihnen von der Handelskammer vorgelegt worden ist, anzunehmen.

Nach der einstimmigen Annahme der Entschlieung schloß Herr Hege, Präsident der Handelskammer, folgendes **Schluswort:** Ich danke Ihnen für die einstimmige Annahme der Ihnen vorgelegten Entschlieung, und ich hoffe zuversichtlich, daß Sie den gewünschten Eindruck bei unseren Behörden nicht verfehlen wird. Die Handelskammer wird die Entschlieung mit dem Vorlauf der heute hier gefaßten Beschlüsse in Begleitung der in Betracht kommenden Behörden übergeben, damit diese ein klarer und einträchtiges Bild von der heutigen Verhandlung und dem zum Ausdruck gebrachten schweren Sorgen des Hamburger Handels bekommen.

Wenn wir uns heute hier versammelt haben, um zu beraten, was aus dem Hamburgs Handel in der Uebergangswirtschaft werden wird, dann wollen wir diese Versammlung doch nicht beschließen, ohne noch einen allgemeinen Hinweis in die Zukunft zu werfen. Zeit fall genau drei Jahren liegen wir, wie ich schon eingangs in der heutigen Versammlung auszuführen, in dem schwierigen Alter Krieges, und das hat trotz aller Anstrengungen nach außen eine Erschütterung des deutschen Wirtschaftslebens nicht Platz greifen können. Das ist meines Erachtens zum allergrößten Teil unserm Selbstvertrauen zu verdanken, daß wir während der ganzen Zeit ungeschwächt gehalten haben. Und dieses Vertrauen in die eigene Kraft hat nicht erschüttert oder geschwächt werden kann die Aussicht auf einen Frieden, der uns für all das Unglück und die schweren wirtschaftlichen

28. VII. 1917

140

Westdeutsche Handelsübersicht.

Von Walter Dertel,
Korrespondenten des Königlich Ungarischen Handels-
museums.

Frankfurt a. M., 27. Juli.

Im Mittelpunkt des allgemeinen Interesses stehen naturgemäß auch heute noch die **Ernteaussichten**. Soweit sich die Verhältnisse heute übersehen lassen, steht in Deutschland eine mäßige Mittelernte in Aussicht, die jedoch von guter Qualität sein wird. Die Erträge sind am besten beim Roggen, bei Wintergerste, Weizen, Sommergerste und Hafer jeweils etwas schlechter. Entsprechend fügen sich auch die Stroherträge ab, die im ganzen aber unter mittel bleiben und namentlich hinter dem Vorjahre weit zurückstehen. Man erwartet im übrigen für Stroh schon in den nächsten Tagen eine Verordnung, die wahrscheinlich die allgemeine Beschlagnahme bringt, wohl auch eine Preiserhöhung. Für Heu ist eine solche bereits bekanntgegeben, was den Einkauf noch schwieriger gestaltet. Im übrigen haben sich aber die Regenfälle in den letzten Tagen weiter ausgebreitet und auch an Stärke zugenommen. Das wird allen noch im Wachstum befindlichen Pflanzen, vor allem also Kartoffeln und Rüben, in bescheidenem Maße wohl auch noch nicht vollreifem Getreide, zugute kommen, und es eröffnet ferner die besten Aussichten für alle Nachsaaten, die in diesem Jahre wieder eine sehr große Wichtigkeit erlangen werden.

Durch den Umschlag der Witterung sind auch alle Befürchtungen, die man hinsichtlich der **Zuckerrüben** hegte, zum großen Teile zerstreut worden. In einer Anzahl Rübenbezirke hatte die wochenlange Trockenheit bereits ein Zurückbleiben des Wachstums, besonders der spät bestellten Felder, zur Folge, und namentlich galt diese Befürchtung für Mitteldeutschland. Die Niederschläge der letzten Tage haben die Hoffnung neuausleben lassen, und man vertraut der Widerstandsfähigkeit der Rüben und ihrer vornehmlich als Herbstfrucht oft besonders hervortretenden Entwicklung. Alle eingegangenen Berichte zusammengefasst, dürfte eine befriedigende Mittelernte zu erwarten sein und einer völlig ausreichenden Zuckerversorgung nichts im Wege stehen. Der Verkehr in **Rohzucker** ist, nachdem fast sämtliche Fabriken ihre Bestände abgeliefert haben, mehr und mehr zum Stillstand gekommen, dagegen hat sich der Verkehr in raffinierter Ware in der letzten Zeit ziemlich lebhaft gestaltet, da die Stadt- wie Kreisverbände die überwiesenen Mengen für Einmachezwecke abforderten und so den Raffinerien belangreiche Aufträge zuschossen, so daß sich die aufgehäuften Lagerbestände lichten konnten. Man rechnet in Raffineriekreisen mit Bestimmtheit darauf, daß in der kommenden Produktionsperiode dem Handel eine stärkere Mitarbeit eingeräumt wird.

Was die Entwicklung des **Weines** anbetrifft, so ist in verschiedenen Lagen der Mittelhardt die **Peronospora** in Verbindung mit der **Reberbeerkrankheit** in besorgniserregender Weise aufgetreten. An der Ober- und Unterhardt ist diese Krankheit weniger aufgetreten, so daß hier jedenfalls mit einem befriedigenden Herbst zu rechnen ist. Im Weingebirge kommt es hin und wieder zu kleineren Umsätzen. Der Bezug während der Frühjahrsauktionen erworbener 1913er und 1914er, sowie auch 1915er Weine ist sogar zurzeit recht lebhaft, um so mehr als auch die Heereslieferungen unvermindert ihren Fortgang nehmen.

Auf dem **Holzmarkte** wird behördliches Eingreifen zur Regelung der Holzansuhr gewünscht, da die Sägemühlenebesitzer darüber klagen, daß sie die Lieferung an das Militär nicht ausführen können, weil das erforderliche Holz aus den Forsten nicht angefahren wird. Das Nutzholz lagert jetzt schon ein volles Jahr im Walde, bis es zur Säge gelangt. Dazu kommt aber die ebenso dringend gewordene Abfuhr des Brennholzes. Zwangsweise Abfuhr des Nutzholzes würde unfehlbar die Brennholzlieferung vollständig lahmlegen. Es gibt einen einfachen Weg, um dem Mißstand abzuwehren, wie auch schon mehrfach von sachmännischer Seite darauf hingewiesen worden ist, nämlich die im Garnisonsdienst befindlichen Truppen ablösungsweise hiezu heranzuziehen. Sollte dieses Verfahren angewendet werden, so wäre es möglich, sowohl der Truppe eine gute kriegerische Schulung hinsichtlich der Holzbehandlung angeeignet zu lassen, wie auch dem Notstande in dieser Hinsicht in nicht unbeträchtlichem Maße abzuwehren.

Die deutsche **Leinenindustrie** und Spinnerei hat in den letzten Monaten noch unter ziemlich günstigen Verhältnissen gearbeitet. Allerdings mußte infolge der verschärften Vorschriften für den bürgerlichen Bedarf die Herstellung der in dieses Gebiet schlagenden Artikel stark eingeschränkt werden. Andererseits haben die vielen Heeres- und Staatsaufträge eine so rege Beschäftigung hervorgerufen, daß jedenfalls für die nächsten drei Monate reichlich Arbeit vorhanden ist. Auch die Förderung des deutschen Flachsbauens hat bereits erhebliche Fortschritte gemacht. Durch die unter Mitwirkung des Kriegsministeriums gegründete Kriegs-Flachsbaugeellschaft hat der Flachsbau sich bereits in diesem Jahre auf über 4000 Hektar ausgedehnt, während er im vorigen Jahre sich nur über 2200 Hektar erstreckte, und er soll noch weiter ausgebaut werden. Der deutsche Flachsbau gehört mit zu denjenigen Kriegswirtschaftsarbeiten, die nicht nur in die Friedenszeit mit hinübergenommen, sondern dauernd erweitert, fortgeführt werden müssen. Erst die Kriegszeit hat gezeigt, wie enorm wichtig unsere Bastfaserindustrie für die Landesverteidigung und für die Versorgung der Zivilbevölkerung ist. Sie bedarf daher einer Stärkung und eines nationalen Schutzes, damit Deutschland in dieser Hinsicht vom Auslande unabhängig wird. Auf keinem Gebiete berühren sich die Interessen von Industrie und

Landwirtschaft so eng, wie auf dem Gebiete des **Flachs- und Hanfbaues**. Um die Versorgung des deutschen Leinengewerbes mit dem benötigten Flachse sicherzustellen, wurde schon mehrfach der gesetzliche Zwang zum Anbau von Flachse für die Landwirte gefordert. Diese Forderung erscheint auch berechtigt, wenn man bedenkt, daß die Bestellung von ein Prozent des gesamten anbaufähigen Bodens genügt, um den Bedarf an Flachse völlig zu decken. Auf diese Weise könnte auch in vieler Hinsicht ein Ersatz für die stark mangelnde Baumwolle geschafft werden. Auch in den besetzten Gebieten, vor allem in Litauen, Kurland und Polen, wurden große Flächen mit Flachse angebaut. Für das Jahr 1917 sollen 5000 Hektar mit Flachse bebaut werden, und diese Fläche für Flachse und Hanfbau soll im Jahre 1918 auf 12.000—15.000 Hektar gesteigert werden. So soll in zielbewusster Weise von Jahr zu Jahr die Anbaufläche für Hanf und Flachse vergrößert werden, so daß man hofft, in etwa zehn Jahren den gesamten Bedarf der einheimischen Industrie dieser Branche aus der deutschen Ernte befriedigen zu können.

Der **Rohlenmarkt** wurde zwar durch den gebesserten Rheinwasserstand des verflossenen Monats günstig beeinflusst, da erhebliche Mengen von Brennstoffen von den Ruhrhäfen nach den oberrheinischen Umschlagplätzen kamen, aber die Verfügungen lagen in so erheblicher Zahl vor, daß trotzdem nur ein Teil erledigt werden konnte. Unter diesen Umständen war es nicht möglich, irgendwie nennenswerte Posten in die Lager der Großhändler zu schütten. Was die einzelnen Sorten betrifft, so war es wieder Grobkoks, der in den größten Posten heranfam. Sonst ein wenig beachteter Brennstoff, wurde er von allen Seiten sehr rege begehrt, nicht nur für Hausbrand, sondern auch für großgewerbliche Zwecke. Die süddeutschen Eisenwerke waren als Hauptanforderer auf dem Markte, ohne sich aber die verlangten Posten ausreichend beschaffen zu können. Für Zentralheizungen wurde Grobkoks stark herangezogen. Das Stillliegen vieler Bredwerke an der Ruhr und die Unmöglichkeit, deren Wiederaufnahme durchzuführen, lassen nicht die geringste Aussicht zu, daß in der sehr schlechten Versorgung des Marktes mit Bredkoks in nächster Zeit eine Besserung eintreten kann. Was hier von Bredkoks gesagt ist, gilt auch von Gaskoks, der bei immer mehr eingeschränkter werdenden Betrieben der Gaswerke wohl noch knapper ausfallen wird als bisher. Von den Spezialkohlenarten konnten ebenfalls nur kleinere Mengen dem Verbrauch überwiesen werden. Einigermassen ansehnliche Mengen bot der Markt in Förderkohle, doch war auch hier das Angebot zur Deckung des Bedarfes nicht ausreichend. Da auch die Anschaffung von Feinkohlen gegenüber dem Bedürfnis weit zurückblieb, so waren auch in diesem Monat die oberrheinischen Brikettsfabriken in ihrer Produktion stark gehindert.

Die **Börse** hatte in dem verflossenen Monat stark unter der Wirkung der inneren Krise zu leiden. Vor dem Kanzlerwechsel auffällig abwartend, verhielt sie sich, auch nachdem dieser vollzogen war, zurückhaltend, weil sie erst abwarten wollte, welche weiteren Veränderungen vor sich gehen würden. So vollzogen sich auf dem sonst immer lebhaften Montanmarkte keinerlei nennenswerte Umsätze; auch in Rüstungsmerten war das Geschäft recht ruhig, wobei es allerdings interessant ist, daß während der ganzen Zeitdauer der Krise die Kurse fast durchweg unverändert blieben. Nachdem der neue Reichskanzler seine Antrittsrede gehalten hatte, hob sich die Stimmung, die Börse war befriedigt, weil sie hoffte, daß uns die Annahme der Friedensresolution dem Frieden näher bringen würde. Obgleich aber die Stimmung belebter geworden war, waren die Veränderungen der Kursliste doch nur gering. Vor allem lag auch dann noch der Montanmarkt ruhig, während Autoaktien, sowie Kalkpapiere leicht anzogen. Für Steaua und Erdöl trat ebenfalls Interesse hervor, und das gleiche gilt von deutschen Pfandbriefen und Stadtbligationen. Auch österreichische Prioritäten wurden verschiedentlich verlangt.

30. VII. 1917.

30
142

Unsere Wirtschaftslage

Wirtschaftliche Mitteilungen des Schweizerischen Volkswirtschaftsdepartements

I. Die Organisation des Departementes

Zufolge der Zuteilung der Geschäfte, die bisher durch Vermittlung der Handelsabteilung des Politischen Departements besorgt worden sind, sind nun die sämtlichen wirtschaftlichen Dienstzweige im Volkswirtschaftsdepartement vereinigt. Dieses hat sich nunmehr mit der Vertretung der wirtschaftlichen Interessen nach außen und mit allen Zweigen der Volkswirtschaft im Innern des Landes zu beschäftigen. Der Krieg hat überdies in allen Zweigen und Abteilungen viele oft ungeahnte Aufgaben gebracht; deshalb erschien es notwendig, den Aufgabenkreis des Departements in allgemeiner Weise zu umschreiben und dabei insbesondere darauf Rücksicht zu nehmen, daß die schon wiederholt verlangte tunlichste Einheit in wirtschaftlichen Dingen in der Hand eines Departements realisiert wird. Ueberdies wurden auch wichtige organisatorische Änderungen notwendig, nicht um Dinge, mit denen sich der Chef des Departements befassen muß, andern zu überlassen, sondern um einer Reihe von Geschäften, die ohne technisch geschäftliche Kenntnisse nicht gehörig vorbereitet und geleitet werden können, die nötige Vorsorge angeheben zu lassen. Deshalb ist eine Teilung der Aufgaben vorgenommen worden, die bisher in der Handelsabteilung vereinigt waren. In der neugeschaffenen Abteilung für industrielle Kriegswirtschaft werden alle Geschäfte behandelt, die sich auf die Beschaffung und Verteilung der industriellen Roh- und Hilfsstoffe, ferner auf die Produktion und Ausbarmachung der Industrien in den heutigen außerordentlichen Verhältnissen beziehen. Insbesondere beschäftigt sich diese Abteilung auch mit der Handhabung aller Ausfuhrverbote für industrielle Erzeugnisse und Hilfsmittel, soweit es sich nicht um Nahrungsmittel sowie landwirtschaftliche Produkte handelt.

Es ist gelungen, an die Spitze dieser Abteilung einen erfahrenen Organisations- und Techniker zu stellen, der sich nun vor allem aus mit der dringenden Frage der Verteilung der Kohle und der rationellen Verwendung des elektrischen Stromes in Industrie und Haushalt, und dies zwar neben den vielen andern Aufgaben, die in seinen Geschäftskreis fallen, zu beschäftigen hat. Es läßt sich heute nicht voraussagen, ob diese Abteilung eine dauernde sei und ob und wie sie die außerordentlichen wirtschaftlichen Verhältnisse überleben wird. Die Schaffung dieser neuen Abteilung ist übrigens auch unabhängig von der Zuteilung der Handelsabteilung an das Volkswirtschaftsdepartement nötig und wünschbar gewesen. Daß überdies ein Generalsekretariat in einem Departement, in welchem, abgesehen vom Sekretariat, neun Abteilungen vereinigt sind, notwendig ist, braucht wohl keiner nähere Auseinandersetzung.

Im übrigen wird über die Organisation des Departements und den Aufgabenkreis der Abteilungen auf den Bundesratsbeschluss vom 17. Juli 1917 verwiesen. Unter diesen Arbeiten darf namentlich die Vorbereitung des Ueberganges zur Friedenswirtschaft nicht vergessen werden.

II. Das Verhältnis zur Entente

Wie durch eine Mitteilung zur Kenntnis gebracht worden ist, sollen in diesen Tagen zwischen der Schweiz und den Entente-Staaten in Paris Verhandlungen eröffnet werden, die sich auf die Ausfuhr von Holz, auf die Regelung einer Reihe von Transits-, Ausfuhr- und Einfuhrfragen beziehen, die zwischen uns und den alliierten Regierungen zurzeit zur Diskussion offen stehen.

Insbesondere dringlich ist, daß der Schweiz die nötigen Transportmittel gesichert werden, und daß ihr die Möglichkeit gegeben wird, die für die überseeischen Waren nötigen Schiffe zu mieten. In dieser Beziehung haben sich die Verhältnisse in letzter Zeit viel schwieriger gestaltet, und es ist der Schweiz bis jetzt nicht möglich geworden, über kurze Zeit hinaus sich den dringendsten erforderlichen Schiffsraum zu sichern.

Was das Verhältnis der Schweiz zu Amerika betrifft, so haben wir Grund, anzunehmen, daß die Regierung der Vereinigten Staaten nicht gesonnen ist, uns ernsthafte Schwierigkeiten zu machen und den Ankauf der nötigsten Waren im Gebiete der Vereinigten Staaten zu verhindern. Auf die dort gelaufenen Lebensmittel, industriellen Rohstoffe und andere Waren kommen ja jetzt schon die einschränkenden Bestimmungen der S. E. S. zur Anwendung, und die loyale Handhabung und Innehaltung der bezüglichlichen für die Schweiz eingegangenen Verpflichtungen dürften auch in Amerika alle Befürchtungen zerstreuen. Es darf aber auch angenommen werden, daß Amerika sich um die Schweiz speziell interessiert und bereit ist, unserer besonderen Lage Rechnung zu tragen. Immerhin ist die Lage schwierig. Was die Getreideankäufe betrifft, so sind diese zurzeit, da keine genügende Ware be-

schafft werden kann, tatsächlich listiert. Wir hoffen, sie nach der neuen Ernte wieder aufnehmen zu können. Für den Export ist eine besondere Erlaubnis erforderlich. Mit Rücksicht auf die Unsicherheit, die für Ankauf, Exportbewilligung und Transport besteht, ist es notwendig, die rationelle Verwendung der schweizerischen Getreideernte für die Brotversorgung des Landes zu sichern.

III. Die Verhandlungen mit Deutschland

Mit Ende Juli läuft das zurzeit bestehende Handelsübereinkommen mit Deutschland ab. Es ist bekannt, daß dieses Land uns vornehmlich Kohle und Eisen, gewisse Kunstdünger, Benzin, Benzol und eine ganze Reihe anderer unentbehrlicher Waren liefert. Ebenso unbestreitbar ist es, daß für viele dieser Lieferungen, Kohle und Eisen vor allem, Ersatzlieferungen von anderer Seite nicht möglich sind. Die Schweiz ist also darauf angewiesen, sich aus Deutschland vor allem die absolut unentbehrliche Kohle zu beschaffen, um den Betrieb ihrer Transportanstalten und Gaswerke zu sichern, die Industrien aufrechtzuerhalten und für die Heizung im nächsten Winter die nötige Vorsorge zu treffen.

Der Bundesrat hat sich dahin entschieden, daß der Abschluß eines neuen Abkommens wünschbar sei, da nur durch ein solches bestimmte Garantien für die Lieferung der nötigen Waren geschaffen werden können. Er hat sich daher bereit erklärt, in Unterhandlungen über den Abschluß eines neuen Abkommens einzutreten. Nun ist es aber notorisch, daß Deutschland selbst, namentlich zufolge des großen Verbrauchs der Kriegsindustrien, trotz seines Bodenreichtums, sich in Kohlenverlegenheit befindet, die sich nicht nur im letzten Winter intensiv, sondern auch heute noch in hohem Maße geltend macht und vermutlich im nächsten Winter noch fühlbarer sein wird. Die Verhandlungen sind daher nicht leicht.

Von deutscher Seite wird geltend gemacht, daß tatsächlich Lieferungen an die Schweiz nur auf Kosten des deutschen Bedarfs möglich seien, so daß von einer vollen Lieferung der Schweiz nicht die Rede sein könne. Schon die Zuficherung eines beschränkten Quantum stößt auf Schwierigkeiten. Von großer Bedeutung ist auch die Preisfrage. Bis jetzt hat die Schweiz ihre Kohle auf Grund eines Anlasses von 60 Fr. per Tonne ab Werk des Saargebietes bezogen. Auf deutscher Seite besteht nunmehr die Tendenz, den Preis, unter Berufung auf die Kohlenpreise anderer Länder, erheblich zu steigern, um sich für die durch Deutschland zu leistenden Zahlungen der nötigen Mittel zu beschaffen. Die Verhandlungen sind noch zu keinem Abschlusse gelangt; soviel steht aber heute schon fest, daß die Schweiz sich nur durch Gewährung eines sehr beträchtlichen Anleihequantum von Kohle zu erträglichen Preisen sichern kann. Es ist nicht zu vergessen, daß neben der Schweiz auch die nördlichen Länder als Konkurrenz auf dem deutschen Kohlenmarkt auftreten.

IV. Die Verteilung

Die Abteilung für industrielle Kriegswirtschaft beschäftigt sich in Verbindung mit der Kohlenzentrale intensiv mit der Frage der gleichmäßigen Verteilung und eventuell der Rationierung der Kohle.

Auf Montag, den 30. Juli 1917, ist eine Konferenz der Kantonsregierungen anberufen, in welcher diese Frage behandelt werden soll. Speziell schwierig ist die Lage derjenigen Gebiete, die in Friedenszeiten die Kohle aus Frankreich bezogen haben, und die daher in Deutschland keine Geschäftsbeziehungen haben. Dies trifft insbesondere für Genf und für einen weiten Teil der Westschweiz zu. Es wird Sache des Departements und der Kohlenzentrale sein, dafür zu sorgen, daß ein verhältnismäßiger Anteil der in die Schweiz eingeführten Kohle für diese Gebiete der romanischen Schweiz zur Verfügung gestellt wird. Ueber den Weg ist hier nicht näher zu sprechen. Es genügt, festzulegen, daß alle Landesteile in möglichst gleichmäßiger Weise berücksichtigt werden sollen. Wiederholt ist schon die Frage aufgeworfen und erörtert worden, ob die Schweiz nicht ein Einfuhrmonopol für Kohle kreieren solle. Soweit diese Frage heute beurteilt werden kann, so scheint sie verneint werden zu müssen. Die deutsche Kohlenindustrie ist syndiziert. Sie wünscht, soviel wir wissen, nicht einer staatlichen Institution, sondern ihrer privaten Kundschaft zu liefern. Es erscheint zweifelhaft, daß die deutsche Regierung willens ist, in der Lage wäre, die Kohlenlieferanten zu verhalten, staatliche schweizerische Einkaufsorganisationen in ihren Bestrebungen zu unterstützen. Die Schweiz aber darf nicht Gefahr laufen, durch die Schaffung einer neuen internen Organisation ihre Kohlenversorgung noch in höherem Maße zu erschweren, als dies durch die Ver-

hältnisse sonst schon der Fall ist. Ein Entschcheid über die Frage eines Kohlenmonopols ist nicht gefallen, aber wichtige Erwägungen sprechen offenbar zurzeit dagegen. Es ist auch nicht zu vergessen, daß die Schaffung des Monopols in der zur Verfügung stehenden kurzen Zeit auf große Schwierigkeiten stoßen und eventuell eher zu einer Verschlechterung als zu einer Verbesserung der Kohlenversorgung des Landes Anlaß geben könnte.

Dagegen scheint es nicht ausgeschlossen, daß die Kantone und Gemeinden, und zwar speziell dort, wo besondere Schwierigkeiten bestehen, die Kohlenversorgung übernehmen und beispielsweise ein kantonales Monopol für Hausbrandkohlen einführen, falls ein solches ihren Interessen entspricht. Der Entschcheid hierüber muß den kantonalen Behörden überlassen werden. Weitere Mitteilungen über die Kohlenverteilung werden folgen, sobald das Studium der Frage gefördert ist.

In engster Verbindung mit dieser Aufgabe steht die rationelle Verwertung des elektrischen Stromes. Auch dadurch kann Kohle und Gas erspart werden. Dieses Problem wird in Verbindung mit dem Departement des Innern ebenfalls studiert, und es sind auch hierfür besondere Organe geschaffen worden. Die Kohlenversorgung steht endlich in Beziehung zur Beschaffung von Torf und Brennholz, und es wird auch hier eine Zusammenarbeit der verschiedenen Zweige der Bundesverwaltung organisiert werden müssen.

Was die Ersparnisse von Kohle und Heizmaterial überhaupt betrifft, so können eingehende Mitteilungen hierüber noch nicht gemacht werden, aber doch soviel scheint festzustellen, daß zu einer neuen Einschränkung des Eisenbahnverkehrs geschritten werden muß.

V. Petrol, Benzin, Benzol

Es ist uns bis anhin erfreulicherweise gelungen, trotz der bestehenden großen Schwierigkeiten so viel Petroleum zu beschaffen, daß die notwendigsten Bedürfnisse befriedigt werden konnten, so daß eine Rationierung für diesen Artikel nicht durchgeführt werden mußte. Wir haben auch für nächsten Winter bereits ziemlich Vorproben getroffen. Die Einfuhr erfolgte namentlich aus Oesterreich-Ungarn, resp. Galizien, sowie aus Amerika über Italien. Aus Rumänien erhielten wir, seit dieses Land in den Krieg verwickelt wurde, keine Sendungen mehr. Wir hoffen immerhin, auch aus Rumänien wieder Ware zu erhalten.

Die Preise, welche wir gegenwärtig für amerikanisches Petroleum anlegen müssen, sind infolge der hohen Schiffsfracht ganz bedeutend gestiegen.

Benzin und Benzol: Die Zufuhren für diese beiden Artikel sind trotz aller Bemühungen unsererseits während der letzten Monate stark zurückgegangen. Wir sind für diese Ware auf Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Amerika angewiesen. Es besteht wenig Hoffnung, daß wir aus Amerika für die nächste Zeit nennenswerte Quantitäten Brennstoff erhalten können, da die Schwierigkeiten hinsichtlich der Verschiffung immer größer werden. Es mangelt die für diese Transporte notwendigen Tankschiffe. Auch die Lieferungen aus Oesterreich-Ungarn sind beträchtlich zurückgegangen, und zwar wohl deshalb, weil der Bedarf für Heeres- als auch für landwirtschaftliche Zwecke ein stets größerer wird. Wir erhalten aus Oesterreich-Ungarn das Benzol. Die Lieferungen aus Deutschland sind quantitativ während der letzten Monate gleich geblieben. Tritt keine Besserung ein, so würden uns für die Benzin- und Benzolverversorgung ganz erhebliche Schwierigkeiten entstehen.

Gemäß Bundesratsbeschluss vom 14. Juli 1917 werden auf 1. August Bezugskarten für Brennstoff für Motorfahrzeuge eingeführt. Die Einschätzungsarbeiten für die Motorfahrzeuge sind im Gange, und wir versprechen uns von der Durchführung dieser Rationierung eine nennenswerte Ersparnis an Brennstoff.

VI. Die Kartoffelversorgung

Die Lebensmittelversorgung in Landesprodukten wird ein Gegenstand weiterer eingehender Mitteilungen bilden, die etwas später folgen werden. Heute muß nur hervorgehoben werden, daß, soweit sich die Verhältnisse überblicken lassen, die Kartoffelproduktion eine günstige zu werden verspricht. Wir haben daher für einmal auf Antrag der von uns bestellten Kommission von der Aufstellung von Höchstpreisen Umgang genommen und in bezug auf den Handel nur die Einschränkung eingetreten lassen, daß er nur solchen Firmen erlaubt sein soll, die sich auch früher regelmäßig mit dem Handel in Kartoffeln befaßt haben. Sachverständige glauben, daß die diesjährige Ernte den Konsumbedarf nicht nur decken, sondern sogar übertreffen wird. Es ist dies angesichts der allgemeinen Verhältnisse ein wahres Glück, und es können die Kartoffeln im Hinblick auf die zu erwartende reiche Ernte als Ersatz für Brot und Brotgetreide in Betracht kommen.

Der Entschcheid, ob weitere Einschränkungen des Handels und Preisbestimmungen er-

lassen werden müssen, bleibt offen. Sollten spekulative Aufkäufe von Kartoffeln erfolgen, so behalten wir uns vor, die zusammengelaufte Ware zu beschlagnahmen, zu enteignen und dem Bedarf zuzuführen. Die Enteignung würde natürlich zu einem Preise erfolgen, der solchen Aufkäufern keinen Gewinn, sondern eher Verlust bringen würde. Zurzeit ist das Angebot in Kartoffeln ziemlich stark. Die eidgenössische Zentralkasse für Kartoffelversorgung ist in der Lage, Kartoffeln wagenladungsweise zu einem Preise von Fr. 20 per 100 Kilo ab Versandstation zu kaufen. Sie steht speziell den Kantonen, Städten und Gemeinden für die Lieferung von Ware zur Verfügung und hat in den letzten Tagen wiederholt Offerten gemacht und dabei nur eine bescheidene Anzahl Wagen verkauft. Daraus ist zu schließen, daß die Zufuhr der Ware sehr reichlich ist. Machen sich Preistreiberien geltend, so ist es unseres Erachtens am besten, wenn Gemeindefürsorge und Fürsorgeämter sich durch Vermittlung der Zentralkasse Kartoffeln sichern und diese zu billigen Preisen auf den Markt bringen. Durch ein solches Vorgehen wird praktisch mehr erzielt, als durch die Festsetzung von Höchstpreisen, die erfahrungsgemäß schwierig ist und deren Ansätze häufig umgangen werden.

Von einer Rationierung der Kartoffeln kann doch wohl in der Ernte zurzeit nicht gesprochen werden, zumal wenn man den Winterstand in Betracht zieht, der gegenwärtig der Rationierung gemacht wird. Im Gegenteil soll der Konsum der Kartoffeln eher begünstigt werden, da die frühe Ware sonst leicht verdirbt, und auch deshalb, weil dadurch Broterparnisse erzielt werden können.

Was die Preise anbelangt, so interessiert es wohl, zu vernehmen, daß in Luzern der Verkauf bereits zu Fr. 18 und Fr. 19 per 100 Kilo erfolgt. Dadurch geht doch hervor, daß es sich bei gegenteiligen Zeitungsmeldungen nur um vereinzelte Vorfälle handelt.

Armee und Zwischenhändler.

Von Dr. Max Rosenberg.

„Abichaffung des Handels“ ist zum oft gebrauchten Schlagwort geworden. Die Ausschaltung des Handels wird immer mehr angestrebt. Während versucht wird, in der Hinterlandwirtschaft seine Wirksamkeit immer mehr einzudämmen, wobei sich aber allmählich wieder die Erkenntnis durchbricht, daß seine völlige Ausschaltung ein Ding der Unmöglichkeit ist, herrscht das Bestreben vor, bei der Versorgung des Armeebedarfs seiner ganz und gar zu entbehren. Direkter Verkehr zwischen dem Produzenten — sei er Agrarier oder Industrieller — und der Armee als Konsumenten ist das Leitmotiv, das sich allmählich Bahn zu brechen versucht. Namentlich die Außenstehenden, die in den internen Wirtschaftsbetrieb der Armee unmöglich genauen Einblick haben können, predigen diesen Grundsatz und glauben ihn zum unbedingten Axiom der Bedarfsbeschaffung der Armee machen zu können.

Zu Kriegsbeginn, wo mit einem Male große Massen von Bedarfsartikeln rasch beschafft werden mußten, wo die Beziehungen zwischen Armee und Konsumenten noch ziemlich lose und unregelmäßig waren, ist dem Zwischenhändler in dieser Hinsicht vielleicht ein zu großes Wirkungsfeld zugewiesen worden. Der Beruf des Zwischenhändlers ist auf zu viele Schichten ausgebeutet worden. Es wurden manche, die es früher nicht gewesen, durch die Aussicht auf raschen Gewinn verlockt, Händler zu werden. Die Branchentätigkeit des Berufshändlers kam in diesen Fällen nicht voll zur Geltung. Im späteren Verlauf des Krieges wurden diese Mißstände zum größten Teile beseitigt. Aus ihrem Vorkommen darf aber nicht auf die Schädlichkeit einer ganzen Berufsgruppe, wie sie der Handel bildet, geschlossen werden. Die österreichisch-ungarische Armeeverwaltung hat sich von solchen Schlagworten nicht ganz beeinflussen lassen und überall dort, wo sich die Unentbehrlichkeit des Handels gezeigt hat, ihm trotz aller Schlagworte und darauf abzielenden Bestrebungen sein Tätigkeitsgebiet gewöhnlich belassen. In wirtschaftlicher Hinsicht war das der vernünftigste Vorgang. Denn ein so komplizierter Wirtschaftskörper wie die Armee muß, wenn er Erfolg haben will, seine Betätigung den Erfordernissen der verschiedenen Wirtschaftsverhältnisse, wie sie von Zeit zu Zeit, von Ort zu Ort und von Gebiet zu Gebiet, ja sogar von Etappe zu Etappe variieren, anpassen, muß mit diesen Verhältnissen rechnen und seine Maßnahmen dementsprechend treffen. Auch bei der Beurteilung der Notwendigkeit oder der Entbehrlichkeit des Zwischenhändlers muß dies der Fall sein.

Nur auf ein Beispiel soll hier verwiesen werden. Die Armee benötigt Vieh. Der Zuschub aus dem Hinterlande ist mit Schwierigkeiten verbunden und nicht genügend. Infolgedessen ist die Armee auf die Beschaffung eines Teiles ihrer Viehmengen aus dem Stappenlande angewiesen. Nun wird der Krieg nicht immer in Gebieten geführt, wo die Wirtschaft so vervollkommenet, das Genossenschaftswesen und die Agrarverhältnisse so ausgebildet sind, daß ein direkter Verkehr des Produzenten mit dem Konsumenten mit Ausschaltung des Handels möglich wäre, wobei es noch fraglich ist, ob nicht oft auch dann, wenn die Genossenschaft in gewisser Hinsicht die Rolle des Händlers übernimmt, die Regiekosten, die sie fordert, oft die Höhe des Händlergewinnes übersteigen. In denjenigen Kriegsgebieten, in denen wir die wirtschaftliche Wirkung des Krieges zu beobachten Gelegenheit hatten — es sind dies die Stappengebiete an der österreichisch-ungarisch-russischen Front —, ist der Händler für die Viehbeschaffung direkt unentbehrlich. Dreijährige Kriegserfahrung beweist, daß der Bauer des Ostens nur in den seltensten Fällen sein Vieh direkt der Militärbehörde verkauft, trotzdem er genau weiß, daß er von dieser sehr reell behandelt wird, trotzdem er die vom Militärärar jeweils fixierten Preise genau kennt und trotzdem er sich genau bewußt ist, daß der Händler, dem er das Vieh auf dem Markte verkauft, dieses doch schließlich an die Militärbehörde liefern wird. Ursache dieses merkwürdigen Benehmens der Bauern ist lange nicht der Mangel des Vertrauens zur Tätigkeit der Militärbehörde, sondern Herkommen, ererbte Gewohnheit und endlich das Bestehen einer Lücke zwischen Militärbehörde und Landwirt, deren Ueberbrückung der Militärwirtschaftsbehörde bei ihrer Organisation nicht möglich ist.

Aus leicht erklärlichen Gründen kann die Militärverwaltung das Vieh nur nach dem Gewichte kaufen. Die Einheitlichkeit der Preise- und Uebernahmebestimmungen bei diesem ausgebeuteten Körper, die Unmöglichkeit einer genauen Qualitätsbestimmung bei Hinweglassung der Gewichtsmessung, die Ermöglichung einer Kontrolle erfordern unbedingt die Uebernahme nach Gewicht. Der Bauer Ostgaliziens, der Bukowina und Nordostungarns wird aber sein Vieh nie nach Gewicht verkaufen. Er sieht das Vieh vom Frieden her als Arbeitstier, als Zuchtobjekt und als Spender von Meiereiprodukten an. Für den Zugochsen wird er im Frühling vor Bestellung seines Ackers viel mehr verlangen als im Frühsommer, weil er ihn dann leichter entbehren kann. Was kümmert es ihn, daß das Tier in der Zwischenzeit durch die bessere Nahrung an Gewicht zugenommen hat? Die magere Kuh, die ihm täglich ein größeres Quantum Milch liefert, wird für ihn viel mehr wert sein als die fette Kuh, die nur wenig Milch gibt. Für den Militäreinkäufer kommt nur die Fleischmenge der Kuh und nicht ihre Milchlieferung in Betracht. Er wird berechnen, was das Kalb kosten wird, das er zum Erlaß der verkauften Kuh wird erstehen müssen, ob das Heu für das Auffüttern leicht erhältlich und ob es im Preise gestiegen ist. Wenn der Bauer sein Rind auf den Markt bringt, wird er es immer in der Relation zu seiner Wirtschaft und nie nach dem Gewichte schätzen.

Denn er ist fast nie ein ausgesprochener Erzeuger von Schlachtwiech. Beim Viehkauf schaut er mehr auf die Qualität des Rindes, auf seinen Arbeitswert, auf seine Sehnen und seinen Wuchs als darauf, ob es viel Fett angelegt hat. Von denselben Kalkulationen läßt er sich beim Viehverkaufe leiten. Für das Militär kommt das Vieh aber rein als Schlachtwiech in Betracht. Die Menge des zu gewinnenden Fleisches ist das Wesentliche. Die Gewichtsbestimmung genügt ihm. Der ärarische Käufer kann sich unmöglich darauf einlassen, für Simmentaler-Rasse größere Lebendgewichtspreise zu zahlen als für graues Vieh. Er kann unmöglich das Gewicht des jungen kräftigen Stieres zu höheren Preisen einschätzen, als das des älteren, dafür aber mit mehr Fett behafteten Ochsen usw. Da ist die Lücke zwischen Bauer und Militäreinkäufer, die sich fast nie überbrücken läßt. Mögen die Gewichtspreise noch so gut sein, er geht nur ungern darauf ein. Der Bauer mit seiner konservativen Gesinnung wird sich in dieser Hinsicht nicht rasch zu einer anderen Anschauung der Verwertung seines Viehes bringen lassen. Hier ist ein Mittler zwischen beiden Gesichtspunkten notwendig und diese Mittlerrolle spielt der Zwischenhändler. Er befreundet sich auf beiden Seiten mit dem Gesichtspunkte des Bauern, wird mit ihm auf Grund der Bauernwertung einig, und nachher verkauft er das Vieh dem Gesichtspunkte des Militärärars entsprechend an dieses. Dies wird vielleicht mancher als Dummheit des Bauern ansehen. Es möge aber betont werden, daß dies nicht der Fall sein muß. In sehr vielen Fällen ist er derjenige, der besser gerechnet hat. Der Händler irrt sich in der Gewichtsabschätzung nach dem Augenmaße besonders im Frühjahr, wo das bloße Laufen oft täuscht, und dann hat er eben mit Verlust gearbeitet. Ein Schaden, der dadurch wieder wettgemacht wird, daß der Händler ein andermal wieder Gewinne einfischt, weil anderes gekauftes Vieh mehr gewogen hat als er glaubte, oder weil er auf eine inzwischen eingetretene Viehpreissteigerung durch das Verär erfolgreich spekuliert, oder auch weil er das Vieh einige Zeit bei sich gehalten, es aufgefüttert und es nachher bei günstigerer Preislage, nachdem es zugenommen, abgeliefert hat.

Daß der Bauer oft sogar auch ausgesprochenes Schlachtwiech lieber dem Viehhändler verkauft, hat auch darin seinen Grund, daß der Bauer im Handel mit dem Händler eine gewisse Spekulation sieht, der er sich ganz gern unterzieht. Er will den Händler übertrumpfen. Der Bauer will einfach handeln. Er will die ganze Preisskala durchgehen, bis der Preis vereinbart ist. Er will sich als Verkäufer auf dem Markte, der für ihn mehr als Börse ist, ansehen. Es sind dies alles psychologische Motive, die beim Kauf manchmal eine ebenso große Rolle spielen wie das wirtschaftliche Moment, mit dem der Händler wohl rechnet, mit dem aber das Militär unmöglich kalkulieren kann.

Der Viehhändler, der sein Leben lang auf ein und demselben Plage wirkt, kennt die Handelsgebräuche. Er versteht es, rascher mit den Leuten handelsseins zu werden, als der aus der Ferne kommende, gewöhnlich landesunkundige militärische Käufer. Er ist bei seiner Preisbestimmung nicht gebunden. Bei einem Rindstüd, das geliefert wurde und das er zu hoch bezahlt hat, verliert er, bei dem anderen gewinnt er. Es ist bessere und schlechtere Qualität, die er abgibt. Und das Endergebnis ist, daß er Durchschnittsware geliefert hat und dabei doch auf seine Rechnung gekommen ist. Der militärische Einkäufer kann dies nicht machen. Er ist an Höchstpreise fest gebunden und darf von ihnen nicht abweichen. Er hat eine gebundene Route im Gegensatz zur Handelsfreiheit des Händlers.

Zu gewissen Zeitabschnitten, wie in den ersten Frühjahrstagen, wo der Bauer sein großes Vieh verkauft, Jungvieh zur Aufzucht sich ankaufte, oder im Sommer nach der Feldarbeit, wo er einen Teil seiner Ochsen gelpanne verkauft, oder im Herbst, wo er mit geringeren Beständen überwintern will, werden die Märkte stärker besucht, während sie an anderen Markttagen schwächere Viehbestände aufweisen. Das Verär kann nicht an stärker besuchten Markttagen mehr aufkaufen, seine Lager vollfüllen und zuwarten, bis die Märkte schlechter besucht werden, wo weniger wird eingekauft werden können. Das Bestreben eines möglichst mobilen Zustandes aller Wirtschaftsinformationen hinter der Front, also auch des Schlachtwiechdepots, hindert es an der Vornahme solcher Saisonmassenkäufe. Diese Wirtschaftskorporationen sind bestrebt, immer nur soviel zu beschaffen, als für den momentanen Bedarf und für eine eventuelle Reserve notwendig ist. Ihre Einkäufer müssen sich oft an zahlreicher besuchten Märkten im Einkaufe beschränken, andererseits würden sie an schwach besuchten Markttagen zu wenig bekommen können. Hier bildet wieder der Händler das ausgleichende Moment. An Saisonmarkttagen kauft er mehr auf, und wenn die Märkte wieder schwach besucht sind, kann er seine Ware dem Depot liefern. Das Militärärar hat sich dadurch die Wartungskosten erspart und auch der einzelne Händler hat nicht mit Verlust gearbeitet.

So bildet der Händler den ausgleichenden Faktor zwischen Armee und Bauer. Mit ihm rechnet der Bauer. Wir haben Viehmärkte beobachtet, auf denen sehr tüchtige militärische Vieheinkäufer ihres Amtes walteten, und doch betrogen auf einem Markte, auf dem 800 Rinder aufgetrieben waren, die von Militärorganen direkt vom Bauern angekauften Rindstüde nur 100, und dieses Re-

ultat muß als eines der günstigsten angesehen werden. Auf anderen Märkten waren 400 Stüd aufgetrieben, an das Militär aber waren von den Vieheigentümern nur 20 bis 30 Stüd abgeliefert worden. Fünf bis höchstens acht Prozent von der ganzen aufgetriebenen Viehmenge wurden von den Eignern direkt an das Militärärar auf freien Märkten geliefert. Wie gering ist diese Zahl im Verhältnis zum großen Fleischbedarfe der Armee? Wohin käme diese, wenn nicht die Zwischenhändler wären, die den Rest liefern würden? Es soll nicht geleugnet werden: unreelle Elemente dürfen nicht gebildet werden. Leute, die nur des Gewinnes wegen ohne jede Branchenkenntnis sich hier hereinwagen, müssen unbedingt ferngehalten werden. Der reelle Zwischenhändler aber, der mit dem Wesen des Produzenten vertraut ist, kann in dieser Hinsicht vieles leisten. Er kann dem Militärärar viel Arbeit und Mühsal ersparen. Mühsal, das auch durch die genauest spezialisierten wirtschaftlichen Organisationsbestimmungen nicht behoben werden kann. Das Fehlen des Zwischenhändlers würde unter solchen Umständen einen direkten Nachteil für die Armeewirtschaft bedeuten.

Großhandel und Uebergangswirtschaft.

Der am 3. Mai 1916 gegründete „Zentralverband des deutschen Großhandels“ gibt eine Sammlung von Aufsätzen heraus, die bezwecken, zu zeigen, welche Bedeutung der Großhandel für die Uebergangswirtschaft und die zukünftige Friedensarbeit haben wird und muß. Im ersten Heft dieser Sammlung — im ganzen sind 20 Veröffentlichungen vorgesehen — behandelt der Generaldirektor der A.-G. Deutscher Eisenhandel, Kommerzienrat Leo Lustig, der im Kriege schon mehrfach in glücklichster Weise schriftstellerisch hervorgetreten ist, das Thema: Großhandel und Uebergangswirtschaft.

L. schildert zunächst die Bedeutung des Großhandels für den deutschen Außenhandel. Er erwähnt dabei, daß der letztere, dank der unermüdeten Tätigkeit des Großhandels, von 7,68 Milliarden im Jahre 1890 auf 20,87 Milliarden im Jahre 1913 gestiegen ist, wobei die Ein- und Ausfuhr der Edelmetalle nicht einmal einbezogen ist. Deutschlands Außenhandel hatte bei Ausbruch des Krieges den zweiten Platz im Weltverkehr inne; er wurde nur noch von dem Großbritanniens, und zwar auch nur um 3 Milliarden, übertroffen. Mit Beginn des Krieges wurde der Großhandel infolge der englischen Blockade in seinen Existenzbedingungen schwer getroffen, am schwersten jedoch, als sein Arbeitsfeld nahezu brachgelegt wurde, nachdem die öffentliche Bewirtschaftung der Rohstoffe und Verbrauchsgüter einen fortgesetzt steigenden Umfang angenommen hatte. Diese Konzentration des Warenbezuges und Versandes bei mangelnder Sachkenntnis hat, nach Ansicht Ls., in zahlreichen Fällen dem verabscheuungswürdigen Wucher- und Kettenhandel Tür und Tor geöffnet. Erst zu spät hat man in Regierungskreisen erkannt, welche ein Fehler die Ausschaltung des legitimen Handels war, und es ist nunmehr, zumal nach den Erörterungen im Preussischen Abgeordnetenhaus, zu hoffen, daß der Großhandel in der Zukunft wieder in den Dienst der Volkerversorgung gestellt wird. Die Ueberzeugung besteht allgemein, daß die kriegswirtschaftlichen Einrichtungen nur als Notstandseinrichtungen anzusehen sind, die mit dem allmählichen Nachlassen des Notstandes beseitigt werden müßten. Aus einzelnen Äußerungen des früheren Leiters der Reichsgetreidestelle, jetzigen Reichskanzlers Dr. Michaelis, ist nun aber zu schließen, daß eine Monopolisierung bei einzelnen Gütern des Massenbedarfs angestrebt wird, in erster Linie beim Getreide. L. wendet sich gegen diese Absichten. Was sich im Kriege als erforderlich erwiesen hat, bietet keinerlei Gewähr, den veränderten Zwecken der friedlichen Wirtschaftspolitik gerecht zu werden; denn in der Kriegswirtschaft sind unzählige Kräfte gefesselt, die im freien Weltverkehr die heimische Gewerbetätigkeit stark beeinflußt und zu hoher Blüte entwickelt haben.

Das Verlangen nach einer möglichst zu beschleunigenden Wiederherstellung der freien Handelstätigkeit darf indes nicht dazu verleiten, den Apparat unserer Kriegsorganisationen beim Friedensschluß aufzulösen. Eine überstürzte Beseitigung der behördlichen Kriegsorganisationen könnte unserem Wirtschaftsleben Wunden schlagen, die in absehbarer Zeit unheilbar wären. Ihr Fortbestand wird daher für unsere Nahrungsmittelversorgung, namentlich aber für die Einfuhr von Rohstoffen, sowie die Ausfuhr von Halb- und Fertigfabrikaten, so lange erforderlich werden, bis Weltproduktion und Welthandel sich einigermaßen die natürlichen Grundlagen zurückerobert haben. Während der Dauer der Uebergangswirtschaft werde der Großhandel den Schwerpunkt seiner gesamten Tätigkeit auf die Wiederanknüpfung und den Ausbau der auswärtigen Handelsbeziehungen verlegen müssen. Daran werden auch die lärmenden Kundgebungen der Interessenvertretungen des Handels im feindlichen Ausland nichts ändern. Denn viele unserer Waren — es sei nur an unsere Kallerzeugnisse und Teerfarbstoffe erinnert — werden im Auslande dringend gebraucht und sind durch andere Produkte nicht zu ersetzen. Die Verschlechterung unserer Währung bietet allerdings einer schnellen Wiederbelebung unserer Wirtschaftsbetriebe Schwierigkeiten, jedoch keine unüberwindlichen. Durch Personalkredite angesehenere deutscher Firmen kann für die Differenz der Handelsbilanz Deckung geschaffen werden. Zu einem guten Teile würden schließlich auch die an den deutschen Börsen eingeführten ausländischen Staatsanleihen in den Dienst unserer Diskontopolitik gestellt werden können. Eine wesentliche Erleichterung würde die Lösung dieser Aufgabe erfahren, wenn es ermöglicht werden könnte, ohne Gefährdung unseres Währungssystems 1—2 Milliarden Gold in den Dienst unserer Zahlungsbilanz zu stellen. Jedenfalls aber muß dafür Sorge getragen werden, daß unsere Warenausfuhr während des Krieges soweit aufrechterhalten wird, wie es die wirtschaftliche und militärische Lage irgendwie zuläßt. Weiterhin muß Vorsorge getroffen werden, daß sogleich nach Beendigung des Krieges von gewissen hochwertigen Waren möglichst umfangreiche Mengen für die Ausfuhr bereitgestellt werden. Allgemeine Uebereinstimmung besteht darüber, daß der Abbau der Kriegswirtschaft mit der Außerkraftsetzung der geltenden Ausfuhrbeschränkungen und Ausfuhrverbote zu beginnen habe. In der Hauptsache rechtfertigen sich diese nach dem Ende des Krieges nur noch für Nahrungsmittel.

Wie für die Ausfuhr, so müssen auch für den Inlandsverbrauch und für die Einfuhr gewisse Grundsätze in der Uebergangswirtschaft zur Geltung gebracht werden, die dem freien Handel starke Fesseln anlegen. Die Rationierung für den Inlandsbedarf muß schon im Interesse der Valuta aufrechterhalten werden, ebenso die Beschränkung und Kontingentierung der Einfuhr, ganz abgesehen davon, daß nur durch sie die sicherste Gewähr für angemessene Preisbildungen sowohl der ausländischen Einfuhrwaren als auch der überseeischen Frachten geboten werden kann. Hierbei wird der Großhandel wertvolle Dienste leisten können. Ein reines staatliches Einfuhrmonopol wäre zu verwerfen. Die Regierung hegt ja auch diese Absicht nicht, vielmehr scheint sie zu planen, die Beschaffung der wichtigsten Rohstoffe nach dem Kriege Industriegesellschaften mit freier Selbstverwaltung, unter Zuziehung eines Staatskommissars, zu gründen, die Einkauf, Verteilung und Auskunfterteilung übernehmen sollen. Soweit hierdurch der Einfuhr- und Großhandel ausgeschaltet werden soll, würde dies in Handlungskreisen allerdings Bedenken erregen. Jenem Projekte kann der Handel nur zustimmen, wenn nicht Einfuhrsyndikate der Industrie, sondern Einkaufssyndikate der Industrie und des Großhandels, sog. Verteilungssyndikate, gebildet werden. Deren Funktionen seien so gedacht, daß sich der Handel frei entfalten kann, aber verpflichtet sein soll, für den deutschen Bedarf nur an die Verteilungszentrale zu liefern. Die Verteilungszentrale verfügt stets über die für den inländischen Markt zur Verfügung stehenden Rohstoffmengen. Ein Einfuhrsyndikat der Industrie ist auch darum abzulehnen, weil es zu gewissen Zeiten außerordentlich große Zahlungsverpflichtungen haben würde, die die Währungsbalancierung schwer belasten würden. Beim Einkauf durch den Handel, der die persönlichen Beziehungen wahren und in Anspruch nehmen kann, ist ein allmählicher Abbau leichter zu erreichen. Schon heute haben die deutschen Einfuhrhändler mit ihren über-

1917

157

Die Notwendigkeit einer Reform der Handels- und Gewerbekammern.

Von Leopold Beck,

Mitglied der Handels- und Gewerbekammer Olmütz.

In der „Arbeiter-Zeitung“ vom 11. Juli d. J. plädiert Karl Renner unter dem Titel „Die Unentbehrlichkeit von Arbeiterkammern in der Ubergangswirtschaft“ für die Einführung von Arbeiterkammern. Die Verwirklichung dieses ja nicht neuen Gedankens erscheint dem Verfasser wegen des eben beschlossenen Ermächtigungsgesetzes für die Kriegs- und Friedenswirtschaft besonders aktuell und dringlich.

Mögen die Ansichten über den Wirkungsbereich der Arbeiterkammern in bezug auf die Sozialversicherung und deren einzelne Zweige, wie Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Altersversicherung teilweise auseinanderlaufen, so ist die Errichtung von Arbeiterkammern auch vom Standpunkt der Unternehmer zu begrüßen, und zwar schon deswegen, weil dadurch der Boden geschaffen würde, auf welchem alle Angelegenheiten, die Unternehmer und Arbeiter betreffen, gleichgültig ob die Interessen parallel laufen oder Differenzen zur Austragung kommen, sachlich behandelt werden könnten.

Der Vorschlag, daß das Gebiet der Arbeiterkammern territorial zusammenfalle mit jenem der Handels- und Gewerbekammern, wäre schon aus diesem Grunde zu befürworten. Die handelspolitischen Fragen, Aufgaben unserer wirtschaftlichen Weiterentwicklung, Handels- und Zollverträge, Fragen der sozialen Fürsorge usw., könnten gemeinsam von Arbeiter- und Handelskammern bedeutend leichter beraten werden, da die Interessen der Arbeiter speziell in den schwerwiegendsten Fragen der Handelspolitik zusammenfallen mit jenen der Unternehmer. Indirekt würde die Errichtung von Arbeiterkammern aber belebend und befruchtend auf die Tätigkeit der Handels- und Gewerbekammern wirken; sie hätte zur Folge eine intensivere Zusammenfassung der Produzenten und eine vollständige Reorganisation der Handels- und Gewerbekammern selbst.

Karl Renner begründet die Einführung der Arbeiterkammern auch mit dem Hinweis, daß Industrie, Handel und Gewerbe in den Handelskammern eine Körperschaft besitzen, welche beratend, anregend und abwehrend in der Verwaltung mitarbeitet und verlangt für die Arbeiterschaft dasselbe Recht. Hier befindet sich der Verfasser aber leider in einem grundsätzlichen Irrtum, weil es den Handels- und Gewerbekammern nicht bloß während des Krieges, sondern auch vor demselben versagt war, irgendwelchen Einfluß auf die Gesetzgebung auszuüben. Wichtig ist, daß nach dem Gesetz die Handels- und Gewerbekammern Einrichtungen sind, welchen der Staat die Verwaltung wichtiger öffentlicher Interessen der Industrie, des Handels und Gewerbes anvertraut hat. Wesen und Aufgabe der Kammern ist erst vor wenigen Monaten in einem viel bemerkten Erkenntnis des Reichsgerichtes dargelegt.

Die Handelskammern sind Verbände, die mit ihrer Verwaltungsautonomie und beschränkten Finanzwelt in rechtlicher Beziehung den Gemeinden ähneln, sich jedoch von diesen dadurch unterscheiden, daß sie keinerlei Exekutive haben. Es kommen die Kammergebiete daher nur als Verwaltungssprengel in Betracht, ähnlich wie die Gemeinden. Ferner hat der Staat die Handelskammern zur Erfüllung staatlicher Aufgaben herangezogen und ihnen gewerblich politische Tätigkeiten übertragen, bei deren Erfüllung sie als Organ der Staatsverwaltung erscheinen.

Den Kammern wurde die Führung gewisser Register anvertraut, so vor allem das Markenregister. Ferner können die Kammern Zeugnisse ausstellen in bezug auf Handelsusancen und über die Leistungsfähigkeit der Offerenten bei Lieferungen für Staatszwecke, weiters üben sie mittelbar Einfluß auf die Rechtsprechung in Handelsfällen, indem aus ihrer Mitte oder auf ihren Vorschlag die (Handelsrichter) Laienrichter ernannt werden. Den Handelskammern wurden politische Rechte eingeräumt, insofern sie an der Bildung der Volksvertretung Anteil nehmen. Vor Einführung des allgemeinen Wahlrechtes bildeten die Handelskammern eine besondere Kurie im Reichsrate, es wurde eine Anzahl von Abgeordneten direkt von den Handelskammern gewählt. Gegenwärtig besteht nur noch das Wahlrecht der Kammern in den Landtag. Sie haben auch ein Besteuerungsrecht, indem sie die Kosten der Verwaltung auf die Handels- und Gewerbetreibenden eines Bezirkes aufteilen, welche Beiträge dann als Zuschläge zu den direkten Steuern hereingebracht werden.

Die größte Bedeutung der Kammern läge jedoch in der sachlichen Beratung der Behörden und in der ihnen theoretisch zugesicherten Einflußnahme auf die Gesetzgebung, durch die Verfügung, daß die Kammern Gutachten über die Gesetzentwürfe vom kommerziellen und gewerblichen Standpunkte aus abzugeben haben, ferner Gutachten über die Errichtung und Organisation von öffentlichen, dem Handel oder Gewerbe dienenden Anstalten, ferner durch den umfassenden Wirkungsbereich, welcher den Kammern durch die Gewerbeordnung eingeräumt ist, insofern jene in vielen Fällen durch die politische Behörde zu hören sind, bevor diese Entscheidungen trifft.

Die Erfahrung lehrt nun, daß insbesondere während des Krieges, bei den unzähligen im Laufe desselben erlassenen Verordnungen, in keinem einzigen Falle die Kammern gehört wurden. Man hätte glauben sollen, daß durch die Einberufung des Reichsrates hier Wandel geschaffen werde; das ist aber nicht der Fall. Auch das Ermächtigungsgesetz, das Generalkommissariat für Kriegsübergangswirtschaft treffen hier keine Verfügungen, wie die Handelskammern auf die Gesetzgebung Einfluß nehmen sollen. Wir stehen bereits inmitten einer Stilllegung eines Großteiles der Betriebe, der Handel ist vollständig, sowohl nach innen wie nach außen unterbrochen, und dem Anscheine nach sollen gigantische Probleme der Ubergangswirtschaft nun durchgeführt werden ohne Mitwirkung der Kammern. Ein neues Ministerium für öffentliche Wohlfahrt und Fürsorge steht nicht vor, in welcher Weise die Kammern an seinen Arbeiten mitwirken sollen. Hier laufen die Interessen von Handel und Gewerbe parallel mit den Interessen der Arbeiterschaft, denn tatsächlich sind die großen Aufgaben nach Kriegsschluß nicht nur solche der Arbeiterschaft, sondern — wie auch Renner zugibt — zugleich Probleme der ganzen bürgerlichen Gesellschaft. Wenn nun die Arbeiterschaft, geführt von zielbewußten Vertretern, eine Einflußnahme auf den Neubau verlangt, welche die Selbstverwaltung der beteiligten Arbeiterschaft energisch propagiert, so müssen andererseits ganz dieselben Forderungen gestellt werden von den Vertretern des Handels, der Industrie und des Gewerbes. Sowie ohneweiters zugegeben wird, daß der Arbeiterschaft an den Stellen der staatlichen Sozialverwaltung das Recht der Mitverwaltung eingeräumt werden soll, so muß andererseits wieder darauf bestanden werden, daß die Rechte, welche die Kammern besitzen, beratend, ferner durch Einbringung von Initiativanträgen fördernd und durch ihr Gutachten auch abwehrend an der Verwaltung mitzuarbeiten, gesetzlich zur strikten Durchführung gelangen. Hier müßte aber die Gesetzgebung insofern eingreifen, als das Gesetz über die Handels- und Gewerbekammern vollständig umgearbeitet wird. Diese Umarbeitung könnte selbstverständlich Hand in Hand gehen mit der Ausarbeitung eines neuen Gesetzes für die Arbeiterkammern.

Der Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte.

Von Bruno Buchwald (Berlin).

Das neue Deutsche Reich hat unmittelbar nach dem Abschluß des Friedensvertrages im Jahre 1871 zwei Gesetze erlassen, die eine Entschädigung von Kriegsschäden in Aussicht nahmen. Neben einem allgemeinen Entschädigungsgesetz wurde das Gesetz „betreffend die Entschädigung der deutschen Reederei“ erlassen. Die deutschen Eigentümer und Besatzungen der von Frankreich genommenen Schiffe, beziehungsweise Ladungen, hatten ebenfalls Anspruch auf Entschädigung. Für Schiffe wurde derjenige Wert ermittelt, den sie zur Zeit der Ausbringung gehabt hatten, für die Ladung der Wert, den sie beim Abgang des Schiffes besaß. Auch die durch die Ausbringung der Schiffe oder die Wegnahme der Ladungen erwachsenen Ausgaben für Hafengelder, Gerichtsosten, Schiffsproviand, für den Unterhalt oder die Heimsendung der Schiffe, Versicherungsgebühren usw. wurden ersetzt. Endlich wurden Vergütungen für den Verlust der Habe gewährt, deren Höhe im Gesetz festgelegt und davon abhängig war, ob diese Habe dem Schiffsführer, Stenermann oder anderen Schiffsteuten gehörte. Der Grundgedanke dieser Gesetze war nicht, Güter zu ersetzen, deren möglichst schnelle Wiederherstellung zur Aufrechterhaltung eines geregelten Ganges der Volkswirtschaft notwendig erschien; vielmehr hielt man es für einen gerechten Ausgleich, daß die von dem besiegten Feinde gezahlte Kriegsentchädigung in erster Reihe dazu Verwendung finde, Bürger, die ihrer Habe verlustig gegangen waren, wieder in deren Besitz zu bringen.

Der dem deutschen Reichstag vor kurzem zugegangene Entwurf eines Gesetzes über die Wiederherstellung der deutschen Handelsflotte ist als Vorläufer einer späteren, allgemeinen Regelung der Frage der Ersatzleistung für die durch Maßnahmen des Feindes vernichteten oder beschädigten Gegenstände anzusehen. Aber der Zweck dieser Vorlage ist doch ein wesentlich anderer. Nicht wegen der privatwirtschaftlichen Interessen der Reedereien, sondern infolge der hohen volkswirtschaftlichen Bedeutung der Handelsflotte für die Regelung des Weltverkehrs soll der Bau von Handelsschiffen unter finanzieller Hilfe des Reiches rasch gefördert werden.

Um dieses Ziel zu erreichen, war es notwendig, bis zum Ende des Krieges zu warten, weil die starke Entblößung Deutschlands von allen überseeischen Rohstoffen mehr denn je die Vorsorge für das Vorhandensein einer großen Tonnage zur Pflicht macht. Trotzdem man in allen Parteien des Reichstages sich über die Notwendigkeit des neuen Gesetzes einig zu sein scheint, ist dennoch der Gesetzentwurf nach kurzer Beratung im Reichstagsausschuß für Handel und Gewerbe vom Plenum an diesen Ausschuß wieder zurückgewiesen worden. Es sollte eine gründlichere Beratung vorgenommen werden, als die, die in den aufregenden Tagen der innerpolitischen Krisis möglich war. Es scheint, daß dieses Bedürfnis zu nochmaliger Aussprache daraus entstanden ist, daß man sich über den zu beschreitenden Weg noch nicht schlüssig war. Die Begründung zur Gesetzesvorlage sucht den Eindruck zu vermeiden, daß es sich hier um ein Entschädigungsgesetz für die Reedereien handle. Es kann dem auch nicht zweifelhaft sein, daß der neue Gesetzentwurf seiner Form nach zum Teil von einem Entschädigungsgesetz abweicht. Das ist schon deshalb der Fall, weil der Gesetzentwurf nicht den Grundgedanken vertritt, daß jede Reederei ohne weiteres zu entschädigen ist, wenn durch Maßnahmen feindlicher Regierungen oder durch kriegerische Ereignisse Schiffe verloren oder erheblich beschädigt worden sind. Denn nur für die Ersatzbeschaffung werden Beihilfen gewährt; der Reeder muß also einen Neubau vornehmen, er hat nicht, wie dies auf Grund des Gesetzes von 1871 der Fall war, ohne weiteres Anspruch auf die Entschädigung. In bezug auf die Beihilfen, die nach der Regierungsvorlage zur Deckung der Aufwendungen für Instandhaltung der Schiffe, für Hafengelder sowie für Steuer und Unterhalt der Schiffsbesatzungen gezahlt werden, ist diese Grenze allerdings nicht mehr zu ziehen. Hier wird die Beihilfe ohne weiteres gewährt; es geht aus dem Wortlaut des Gesetzes jedenfalls nicht hervor, daß sie abgelehnt werden kann, wenn die Reederei sich überhaupt nicht bereit erklärt, ihre verloren gegangenen Schiffe neu aufzubauen. Natürlich kann sie auch Beihilfen zu Instandhaltungskosten erhalten, wenn das Schiff nicht vernichtet ist. Es soll ja durch diese Vorschrift der Schifffahrt die Möglichkeit gewährt werden, ihre recht ungünstige Finanzlage, in die sie durch den Krieg gekommen ist, zu verbessern. Ebenso bezweckt die den Schiffsbesatzungen in Aussicht gestellte Zuwendung von Reichsmitteln für die verloren gegangene Habe, eine schnellere Wiederaufnahme der Berufstätigkeit zu ermöglichen. Auch die Beihilfe für die Schiffsbesatzung ist selbstverständlich von der Frage des Schiffverlustes völlig unabhängig. Selbst diejenigen, die mit den Grundgedanken der Gesetzesvorlage durchaus einverstanden sind, werden nicht bestreiten können, daß die Bestimmungen der Vorlage in einem Reichsentchädigungsgesetz nicht anders lauten könnten. Auch die Gewährung von Beihilfen zum Bau neuer Schiffe läuft praktisch auf dasselbe Ergebnis hinaus, weil sich kaum ein Schiffsreeder finden wird, der auf die Reichsmittel verzichtet und vom Wiederaufbau seiner Schiffe Abstand nimmt. Er kann es schon deshalb nicht tun, weil er sonst in Gefahr läme, gegenüber denjenigen Konkurrenzgesellschaften, die zum Wiederaufbau schreiten, wirtschaftlich ins Hintertreffen zu

kommen. Es kommt hinzu, daß die Beihilfen durchaus nicht gering sind, wenn sie auch in den ersten Jahren vielleicht nicht dem vollen Wert des für den Neubau aufzuwendenden Kapitals entsprechen. Ersetzt wird zunächst der Friedenswert für Schiff und Inventar bei Ausbruch des Krieges. Daneben werden Zuschläge gewährt, wenn die Kosten für die Wiederbeschaffung des entsprechenden Schiffsrumpfes den Friedenswert übersteigen. Die Höhe dieser Zuschläge richtet sich nach dem Zeitpunkt, zu dem der Neubau vollendet ist oder das im Auslande angekaufte Ersatzschiff in Fahrt gesetzt wird. Niemals werden aber sämtliche den Friedenswert übersteigenden Aufwendungen vergütet, sondern nur ein Teil, dessen Höhe zwischen 20 und 30 Prozent Mehrkosten schwankt und der nur so größer ist, je früher das Schiff vollendet, beziehungsweise in Fahrt gesetzt wird. Man ging dabei anscheinend nicht allein von der Absicht aus, im Interesse des Weltverkehrs den Wiederaufbau der Handelsflotte möglichst zu beschleunigen, sondern man hat sich wohl auch von dem Gesichtspunkte leiten lassen, daß die Kosten des Ersatzbaues in den ersten Jahren nach Friedensschluß höher sein werden als im späteren, so daß den Reedereien nicht zugemutet werden kann, mit einem verhältnismäßig geringen Zuschlag auf diese Mehraufwendungen für lieb zu nehmen. Die Schifffahrtsgesellschaften haben demnach im besten Falle 20 Prozent und ungünstigsten Falles 30 Prozent der Mehrkosten zu tragen. Dabei wird freilich der Fall eintreten können, daß der Verlust durch den Vorteil kompensiert wird, den die Reedereien dadurch verlangen, daß der Ersatz in einem neuen, technisch verbolllkommeneren Schiff besteht. Hieran ändert auch die Bestimmung des Gesetzentwurfes nichts, daß bei der Bemessung der Zuschläge neben der wirtschaftlichen Lage des Reeders das Alter des verlorengegangenen Schiffes berücksichtigt werden soll. Mag der zur Verteilung für die Gewährung der Beihilfen zu bildende Reichsausschuß, der vom Bundesrat ernannt wird, noch so sehr bestrebt sein, den für ältere Schiffe zu erfindenden Wert möglichst gering anzusetzen, so steht er doch immer einer Reihe von tüchtigen Sachleuten gegenüber, die es bei Wahrnehmung ihrer Interessen sicherlich nicht vom Gesichts werden fehlen lassen.

(Ein zweiter Artikel folgt.)

Der Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte.

Von Bruno Buchwald (Berlin).*)

II.

Die Reichstagskommission scheint auch eine Prüfung der Vorlage in der Richtung vornehmen zu wollen, ob es nicht angängig ist, mit der Gewährung von Beihilfen zum Wiederaufbau der Handelsflotte eine Beteiligung des Reiches an den Gewinnen der deutschen Reedereien zu verknüpfen. Von einem Mitglied der unabhängigen Sozialdemokraten ist sogar angeregt worden, eine Verstaatlichung der Handelsschifffahrt vorzunehmen. Die verbündeten Regierungen haben sich mit diesem Vorschlag nicht einverstanden erklärt, und es ist in der Tat nicht anzunehmen, daß er augenblicklich viel Anhänger finden wird. Ganz abgesehen von den Schwierigkeiten organisatorischer und internationaler Art, die die Verstaatlichung der Seeschifffahrt mit sich bringen würde, stände der finanzielle Ertrag kaum im Verhältnis zu dem Risiko, das die Ueberleitung einer so schwierigen Geschäftsförm mit sich bringen würde. Auf Grund einer von mir angestellten Berechnung haben sämtliche deutschen Aktienreedereien im Geschäftsjahre 1913, beziehungsweise 1912/13 an Dividenden etwa 50½ Millionen Mark ausgeschüttet. Ihr Aktienkapital stellte sich zu der gleichen Zeit auf rund 500 Millionen Mark, die Anleihen und Hypotheken auf 189 Millionen Mark. Nimmt man nun an, daß sich die Uebernahme auf Basis einer Rentabilität von 10 Prozent vollziehen würde, so daß die Aktionäre im Durchschnitt 100 Prozent für ihre Aktien erhalten würden, so hätte das Reich zur Durchführung der Verstaatlichung den Betrag von 500 Millionen Mark aufzubringen. Es verbliebe demnach an Reineinnahmen nach Abzug einer 5prozentigen Verzinsung für das durch Anleihen zu beschaffende Kapital ein Betrag von etwa 25 Millionen Mark. Eine geringe Erhöhung würde dadurch eintreten, daß Lantienmen für Aufsichtsratsmitglieder und ein — freilich nicht erheblicher — Teil der Versicherungsprämie erspart werden würden. Keinesfalls kann die Summe, die dem Reich im Falle einer Verstaatlichung zufließen würde, aber so groß sein, daß sie die Gefahren der komplizierten Geschäftsführung aufwiegt. Die künftige Steuerreform wird ihr Augenmerk auf so geringe Einnahmsquellen nur dann noch richten können, wenn der Ertrag ohne Kapitalkaufwendungen gesichert ist.

Eine Beteiligung des Reiches an den Gewinnen der Reedereien wäre ohne Zweifel leichter durchführbar. In der Ausschussprüfung des Reichstages erklärte allerdings ein Vertreter der Reichsfinanzverwaltung, daß die Frage bereits eingehend erwogen worden sei, vorläufig jedoch, weil die Materie zu schwierig sei, keine befriedigende Lösung hätte gefunden werden können. Dennoch hat der Ausschuss die Regierung zu erneuten Erwägungen in dieser Richtung aufgefordert. Auch bei einer Beteiligung des Reiches ist zu befürchten, daß der Reichstag später einmal über die finanziellen Erträgnisse sehr enttäuscht sein wird. Man darf nicht verkennen, daß die Schiffahrtsgesellschaften mindestens während einer ganzen Reihe von Jahren nach dem Ende des Krieges trotz der Beihilfen, die sie für den Wiederaufbau der Handelsflotte erhalten sollen, nur sehr geringe Gewinne werden erzielen können. Die großen Reedereien haben ihre Kapitalbeschaffungen zu einem wesentlichen Teile durch Ausgabe von Schulverschreibungen befriedigt. So sind bei der Hamburg-Amerika-Linie, die über ein Aktienkapital von 180 Millionen Mark verfügt, nicht weniger als 69½ Millionen Mark, beim Norddeutschen Lloyd bei 125 Millionen Mark Aktienkapital 67,25 Millionen Mark Anleihen und Hypotheken in Umlauf. Diese bedeutenden Verpflichtungen mußten sich in den Kriegsjahren natürlich besonders stark fühlbar machen. Die Zinsen mußten bezahlt werden, während auf der anderen Seite so gut wie keine Einnahmen vorhanden waren. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Schiffahrtsgesellschaften, selbst wenn sie zum Wiederaufbau der Handelsflotte Reichsmittel erhalten, nicht so gleich imstande sein werden, Dividenden an ihre Aktionäre auszuschütten. Eine Gewinnbeteiligung würde daher während einer Reihe von Jahren dem Reiche keinen namhaften finanziellen Vorteil bringen.

Man muß diese Frage aber noch unter einem anderen Gesichtspunkt betrachten. Die Einnahmen der Schiffahrtsgesellschaften setzen sich zum überwiegenden Teile aus den Erträgnissen des Frachtgeschäftes zusammen. Daneben brachte die Passagierbeförderung in den Zwischendecken den Reedereien einigen Nutzen, während bekanntlich der Gewinn in der ersten Kajüte sehr gering war. Würde nun das Reich an den Gewinnerträgnissen der Reedereien beteiligt sein, ohne gleichzeitig Einfluß auf die Festsetzung der Frachtsätze auszuüben, so würde mit Recht der Vorwurf erhoben werden können, daß die Einnahmen, die dem Reiche aus dem Seeschiffahrtbetrieb zufließen, vom Volke bezahlt werden müssen, indem sie nichts anderes als eine Verteuerung der Ein- und Ausfuhr bedeuten. Gegen eine Verteuerung der Ausfuhr wäre nichts einzuwenden, solange diese nicht selbst geschmälert wird. Ob dies der Fall ist, hängt im einzelnen davon ab, wie stark das Bedürfnis nach deutschen Waren in den überseeischen Ländern sein wird.

In erster Reihe müßte also der Einfluß des Reiches auf die Bestimmung der Frachtraten gesichert werden. Wenn das Reich den Reedereien

die Mittel gibt, um ihre Flotte wieder aufzubauen, so muß es auch weitgehende Rechte haben. Es muß verhindern, daß die durch die ungünstige Valuta ohnehin verteuerte Einfuhr eine weitere Verteuerung noch dadurch erfährt, daß die Reedereien aus dem Schiffraum-mangel durch die Festsetzung hoher Frachten Nutzen ziehen. Die Regierung muß — wie beim Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikat — ihr Veto einlegen können, wenn die Frachtsätze festgelegt werden sollen. Allerdings darf nicht verkannt werden, daß auch dieser Weg manche Schwierigkeiten bereitet. Bis zum Ausbruch des Krieges hingen die Frachtraten nicht allein von dem Willen der deutschen Gesellschaften ab, sondern auch von den am Weltverkehr beteiligten ausländischen Reedereien. Wenn nach dem Kriege die Pläne gewisser englischer Kreise, die Schifffahrt zu „nationalisieren“ — zum Beispiel zu verhindern, daß österreichische und deutsche Schiffe englische Häfen anlaufen — praktische Gestalt annehmen sollten, so würde es verhältnismäßig leicht sein, sie der Aufsicht einer unparteiischen Reichsbehörde zu unterstellen. Es ist aber zu wünschen und zu erwarten, daß die Beziehungen zwischen der Schifffahrt der feindlichen Mächte und der unserigen sich in verhältnismäßig kurzer Zeit nach dem Kriege wieder bessern. In diesem Falle wäre ein Einspruch des Staates gegen die Festsetzung zu hoher Frachten außerordentlich schwierig. In einem internationalen Kartell der Reedereien vermag der Staat seinen Willen nicht zur Geltung zu bringen. Gelingt es aber nicht, eine internationale Einigung zwischen den Schiffahrtsgesellschaften zustande zu bringen, so hängt die Höhe der Frachtraten von der wirklichen Marktlage des internationalen Frachtenmarktes ab. In diesem Falle würde eine Beteiligung des Reiches allenfalls in Frage kommen. Die Konkurrenz des Auslandes würde es nicht zulassen, den durch Reichsanteil entgangenen Gewinn durch entsprechende Steigerung der Frachtsätze auszugleichen. Freilich würde auch in diesem Falle die Einführung einer Steuer auf den Frachtsatz ratsamer sein, als die Einräumung eines Anteils vom Reingewinn der Reedereien.

Man ersieht aus allem, daß die Frage heute noch nicht zu lösen ist, weil sie wesentlich davon abhängt, wie sich die Beziehungen zwischen den Reedereien der feindlichen Staaten einerseits und den deutschen und österreichischen Gesellschaften andererseits gestalten werden. Soviel aber ist klar: Der Grundsatz, daß das Reich nicht Beihilfen zum Wiederaufbau der Handelsflotte gewähren, und gleichzeitig eine Ausnützung des Frachtraummangels zugunsten der Aktionäre einzelner Gesellschaften zulassen darf, muß in irgendeiner Form zur praktischen Durchführung gelangen.

*) Siehe „Zeit“ Nr. 5899 vom 5. August 1917.

Zwangskonzentration in Gewerben.

r Berlin, 8. August.

In der „Frankfurter Zeitung“ wurde am 7. und 27. Juli (Abendblatt) überzeugend dargetan, auf welche Abwege unsere „Wirtschaftspolitik durch Verordnung“ bereits zu führen droht, und wie sich diese Gefahr verstärkt hat, seit durch das Hilfsdienstgesetz die Menschenersparnis in den Vordergrund gestellt ist, und seit dieses Ziel einen besonderen „Ständigen Ausschuss für Zusammenlegungen“ beschäftigt, der im Verein mit einer Abteilung des Reichsamts des Innern nichts anderes tut, als scheinbar unwichtig oder unökonomisch gewordene Industrien auf ihre Eignung zur Zusammenfassung und Syndizierung zu untersuchen und Vorschläge zu extrahieren. Wenn vier so zeitgemäße Aufgaben, wie die der Ersparung von Arbeitskräften, von Betriebsmitteln, von Kohle und anderen Betriebsstoffen, endlich von Transportleistungen zusammentreffen, und wenn die Auffindung und Durchführung von Sparmethoden so weitgehend dem bequemen Verfahren einfacher Verordnung anvertraut bleibt, dann sind allerdings nur wenige Industrien vor dem zwangsweisen Zusammenschluß sicher. Die erwähnten Artikel haben bereits dargetan, daß in diesen Notgebilden und während ihres Entstehens ein viel zu enger, nicht einmal durch Wahl entstandener Kreis von Beteiligten zu Worte und zu Einfluß kommt. Unschätzbare Werte sind an sich durch die Schematisierung in Gefahr gebracht: vor allem jene Initiative des Einzelnen und Willensfreien, von der wir später im Weltwettkampf gar nicht genug gebrauchen können; sodann der innere Wettbewerb in Güte und Selbstkosten des Erzeugnisses, also der wünschenswerteste Bundesgenosse gegen die zehrenden Warenpreise und die starke Qualitätsverschlechterung, der wir jetzt vielfach begegnen; endlich die Selbstverantwortung des Erzeugers für ebendiese Dinge, wie für seinen Betrieb und seine Arbeiter. Der Verlust dieser Selbstverantwortung entwertet den Unternehmerstand auch in moralischer Beziehung untermeln. Sind aber solche ideellen Einbußen — deren materielle Bedeutung für die Zukunft niemand leugnen wird — im Augenblick nicht völlig zu umgehen, dann muß doch dafür gesorgt werden, daß sie nach Reichweite und Dauer auf ein Mindestmaß eingeschränkt werden, und daß bei den Entwürfen für die Zwangszusammenschlüsse nicht noch andere Fehler unterlaufen. Hiergegen aber fehlt die nötige Kontrolle, weil die Beratungen nicht öffentlich sind, weil fachkundige Beamte allein mit ausgewählten Gruppen oder schwachen Abordnungen von Industriellen zu verhandeln pflegen und erst das unübersehbar lange Programm fertig der Gesamtheit der Beteiligten vorlegen, für deren Stimme dann nach fast überstimmendem Urteil und selbst nach schriftlichem Zugeständnis nicht viel „Raum“ mehr ist. Also mehren sich, noch bevor die Bewegung voll in Gang kommt, schon die Beschwerden und die Bedenken vor den neuen „Selbstverwaltungskörpern“. Denn man stattet diese mit Eingriffsrechten gegenüber dem Einzelmitglied aus, gegen die die Herrschaft der ehemaligen rein privaten Syndikate geradezu verblaßt und welche schließlich noch zu dem größten Unfrieden innerhalb der bezüglichen Industrie führen können. Weder Einsprüche des Regierungsvertreters, noch die zweifellos erstrebte Loyalität der zur Führung berufenen Industriellen werden Härten und Fehlgriffe verhindern, und das Gefühl der Rechtskränkung muß auf allen den benachteiligten Seiten noch wachsen, je länger der Zwangszustand in die Übergangswirtschaft hineinreicht. Hat doch regierungseitig in bestimmten Fällen der Plan bestanden, das Syndikat für 15 Jahre obligatorisch zu machen, wohl in der guten Meinung, den wirtschaftlich Schwachen einen Kampf um die Rohware zu ersparen, indes mit der zerstörenden Wirkung, daß nach so ungeheurer Arbeitsunterbrechung die stillgelegten Betriebe alle Fühlung mit den Arbeitern und dem Marke, zum Teil sogar ihre Maschinen so weit verloren haben, daß sie nachher als Konkurrenten gegen die im Gange gebliebenen Großbetriebe überhaupt ausscheiden. Deren mühevolle Entwicklung zu Trustgebilden würde bei überlanger Dauer der Zwangs-Institution in einer unverantwortlichen Weise beschleunigt; dabei hat dasselbe Reichsamt des Innern früher den schnellstmöglichen Abbau der Kriegswirtschaft selbst als nötig bezeichnet. Und ebenso wird anscheinend immer noch nicht zur Genüge erkannt, daß der Handel, namentlich der Großhandel, ebensmäßig wieder in Funktion gesetzt werden muß, weil er einfach unentbehrlich sein wird für den Binnen- und erst recht für den Außenhandel der Zukunft, mit seiner Wraen-, Welt- und Quellenkenntnis, mit seiner Findigkeit und Rührigkeit und vor allem mit seinem Kredit, ohne dessen Zuhilfenahme es weder unserem Export, noch unserem Staatskredit rasch gelingen ann, die Valuta in Ordnung zu bringen. Statt nun diesem Handel die Fortexistenz und die Kreditwürdigkeit vor In- und Ausland zu erhalten und zu befestigen, verneinen manche Zusammenlegungsbehörden ihn weiter auf Jahre hinaus, bis tief in den Frieden hinein, ohne Unterstützung und Verdienst lassen zu sollen, indem sie verschiedentlich den unmittelbaren Verehr vom Syndikat bezw. vom Fabrikanten zum Verbraucher und Kleinabnehmer einrichten. Und nun ein Schulbeispiel dafür, daß sogar die Interessen der Verbräuche in unzulänglicher Weise von den syndizierenden Amtstellen erkannt zu werden scheinen.

Die geplante Zwangsgesellschaft für die Seifenindustrie, die nach dem bisherigen ersten Entwurfe jenen Zweck der Ersparung von Menschen, Transporten, Material und Kohle nur mit Inkaufnahme aller oben erwähnten Nachteilfolgen und Untugenden erreichen zu können glaubt, soll ein Kapital von $\text{M} 40$ Mill. (mit vorläufiger Teilzahlung) erhalten. Mit diesem Kapital, das umlageartig nach Maßgabe der Friedens-Fettverarbeitung mit durchschnittlich $\text{M} 160$ je verarbeitete Tonne von den Fabriken beige-steuert wird, bewirtschaftet sie die sämtlichen Rohstoffe und Fabrikate, kauft ein, bestimmt die Verkaufspreise, die uniforme Verpackung, die „Einheitsmarken“ (was natürlich jede Veredelung der Produkte in Fesseln schlägt und die „Fasson“-Werte der seitherigen Fabrikmarken im Walthandel vernichtet); sie besorgt die Verteilung der Seifen über große provinzielle Sammelstellen, wopei sie sich die Belieferung der Hauptkunden, Heer und Schwerindustrie, selbst vorbehält. Ihr vom Reichsamt des Innern, nicht von den vertrauten Fabriken (1) zu wählender Ueberwachungsausschuss erhält die radikalsten Vollmachten; er sucht die noch herstellenden Betriebe aus und verurteilt die übrigen zur Stilllegung, er schreibt die Fabrikationsweisen vor, überwacht deren Befolgung; er kann sogar, gestützt auf den Grundsatz der „Gemeinschaft aller Betriebsmittel“, das gesamte Inventar und die Maschinen der Mitgliederbetriebe aus Materialvorsorge oder Wirtschaft-

lichkeitsgründen beschlagnahmen und verpflanzen, also mit der Zeit ganze Fabriken abmontieren, auch gegen den Selbstständigkeits- und Wiederbetätigungswillen des Fabrikanten. Und für alles das empfängt der Fabrikant den für den Konsum höchst folgenschweren Trost, daß keine Konkurrenten, abgesehen von den vor Kriegsausbruch bestandenen, entstehen dürfen und Rohmaterial erhalten, daß seiner Branche also ein Privatmonopol vorläufig ganz umsonst und in viel vollkommenerer Form gewährt wird, als z. B. der Kali-industrie je gegen Opfer zugestanden wurde. Wo bleibt da der technische Fortschritt? Im Kriege aufgekommene Ersatz-seifenfabriken sind anscheinend ganz ignoriert. Ob ein dem-nächst von allem entblößter, nichtfabrizierender, dafür aber nach gesellschaftlicher Warenzuweisung handelnder Seifenfabrikant ernstlich hoffen darf, nach Fortfall der Gründe für die Arbeitsbeschränkung von dem Monopol auch praktisch, d. h. fabrizierend, Gebrauch zu machen, bleibt ebenso abzuwarten, wie es sicher ist, daß die weiterarbeitenden großen oder sonstwie günstig gelegenen Betriebe ohne weiteres daraus den größten Vorteil ziehen werden. Formalen Schutz nur bietet der Minderheit die Anrufung des „Vertreters des Reichskanzlers“, der ein Beanstandungsrecht gegenüber allen Beschlüssen bekommt, aber doch selbstverständlich einen unsicheren Stand hat vor den ihm nicht nur fachmännisch überlegenen, sondern auch von seinem eigenen Vorgesetzten, eben dem Reichskanzler, ernannten Ueberwachungsausschuss.

Nun aber zu dem Punkte, der den Verbrauch besonders angeht. Schon von vornherein sucht man für ihn jeden Anlaß anzuschalten zu dem Gedanken, die zentrierte und monopolisierte Seifenindustrie verdiene zu viel. Aus technischen Gründen muß nämlich die neue Gesellschaft von einer Kalkulation ausgehen, die noch keinen Nutzen einschließt und also nur die durchschnittlichen Selbstkosten einschließlich der Abschreibungen umfaßt. Die Gesellschaft läßt sich also aus ihren Rohstoffen von den in Arbeit verbleibenden Fabriken zu Selbstkosten die Fertigarware liefern und verkauft diese alsdann. Fabrikations- und Vertriebskosten gehen demnach größtenteils zusammen durch ihre Bücher und werden eine relativ hohe Gewinnquote auf das Gesellschaftskapital von $\text{M} 40$ Millionen darstellen, weil dieses nur den Betriebsfonds, nicht aber das in den Fabrikgebäuden usw. steckende Kapital in sich begreift. Es erscheint also billig, wenn aus diesem Gesamtgewinn eine dem Werte der einzelnen Anlagen (abzüglich darauf bestehender Hypotheken) angemessene Quote als Verzinsung der toten Konten angesehen wird. Was ist nun aber aus dem mit den Vorarbeiten befaßten Ausschuss herausgekommen: Vornweg, also vor dem Einsatzpunkte der öffentlichen Kontrolle, soll ein Fixsatz von nicht weniger als 80 pCt. des Syndikatsgewinns an die Gesellschafter nach dem Fett-Verteilungsschlüssel ausgeschüttet werden, und nur der Rest, also ein Fünftel des Gewinns, als Dividende der Gesellschafter erscheinen. Sowohl hinsichtlich der Methode, wie auch der Quotenhöhe ergeben sich die größten Bedenken. Man könnte allenfalls in der Satzung den immobilen Fabrik-Nettowerten usw. eine maximale, zeitgemäße und jedermann bekannte Verzinsung zusagen, obwohl auch die darin liegende Verzinsungsgarantie ihre Schwächen hat und daher auf Jahre der tatsächlichen Erbringung beschränkt bleiben müßte. Aber man verkürze der Allgemeinheit, die hier ein Monopol verschenken soll, nicht die Uebersicht über die an demselben erzielten Ueberschüsse durch Buchungsvorgänge, deren Berechtigung nur eine langwierige unparteiische und sachverständige Fabriken Abschätzung erweisen könnte. Wer will beweisen, daß in der Seifenindustrie die Anlagen und die Umsatzzittel im Verhältnis von 60 : 20 stehen und vor allem während der Dauer des Syndikats stehen bleiben?

Hier wird einmal deutlich, wie das materielle Interesse ein Unternehmer — mit gutem Rechte — niemals ganz mitzusprechen aufhört, wie wenig aber andererseits der Gesamtheit der Verbraucher mit Verhandlungen hinter verschlossenen Türen, mit Vereinbarungen zwischn Fachleuten und wenigen Beamten, gedient ist, ganz abgesehen von den nicht weniger ernsten Rückwirkungen auf die Zukunft ganzer Gewerbe und unmittelbar auf die ganze Volkswirtschaft. Die Forderung kann daher nicht laut genug wiederholt werden, daß von Anfang an Öffentlichkeit und Parlament bei diesen sehr ernsten und weittragenden Organisationsmaßnahmen beratend und beschließend mitarbeiten müssen. Das hat zu geschehen, ehe es zu spät wird; und im Augenblick stehen schon viel mehr Industrien auf der Konzentrations- und Monopolisationsliste, als breiteren Kreisen bekannt ist, und die Wirkungen gehen erheblich über die Kriegswirtschaft hinaus bis in die entlegenste Zukunft.

Die Kriegsarbeit der deutschen Genossenschaften.

(Orig.-Korr. des „Neuen Wiener Tagblatt“.)

Berlin, Ende Juli.

In welchem Umfange die Genossenschaften, welche aus Kreditgenossenschaften, Konsumvereinen, Baugenossenschaften und Handwerkerorganisationen bestehen, innerhalb ihres Wirkungsbereiches dazu beigetragen haben, das deutsche Wirtschaftsleben während des Krieges aufrechtzuerhalten und erfolgreich fortzuführen, ist aus ihrer Tätigkeit und ihren letztjährigen Ergebnissen ersichtlich. Nach den statistischen Feststellungen erzielten die deutschen Genossenschaften einen Umsatz von 31,5 Milliarden Mark. Ihr Gesamtvermögen stellte sich auf 341 Millionen Mark, während die in den Jahresabschlüssen verzeichneten Vermögenswerte rund 6500 Millionen Mark betragen. Sind auch hier nicht jene Riesensummen vorhanden, wie man sie bei andern Wirtschaftsorganisationen gewöhnt ist, so vereinigen doch gerade die Genossenschaften zahlreiche kleinere Wirtschaftswerte und eine große Menge wirtschaftlicher Arbeit. Aus diesem Grunde bietet sich kaum ein besseres Spiegelbild der Kriegswirtschaft als in den Ergebnissen und in der Entwicklung des Genossenschaftswesens.

Von den einzelnen Arten der Genossenschaften sind es namentlich die Kreditgenossenschaften, deren Tätigkeit während der Kriegszeit erhöhtes Interesse beansprucht. Um den erhöhten Anforderungen des Erwerbslebens gerecht zu werden, haben sie ihre Betriebe mit Erfolg auf die veränderten Verhältnisse der Kriegswirtschaft eingestellt und den Geldverkehr unter ihren Mitgliedern nach Gesichtspunkten geregelt, die das Bestreben nach solidem Kreditgebaren und nach möglichst großer Geldflüssigkeit erkennen lassen. Durch ihre Beteiligung an den Kreditauleihen erhöhte sich der Wertpapierbestand der Genossenschaften gegen das Vorjahr um 63,5 Prozent, ebenso die Guthaben bei den Banken um 53,7 Prozent. Bezeichnend für die Betriebsführung wie überhaupt für die innere Gestaltung der Betriebsverhältnisse ist namentlich die Zusammensetzung der fremden Gelder, die gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung von insgesamt 11 Prozent aufwiesen. Am meisten erhöhte sich der Bestand an kurzfristigen Geldern, und zwar an täglichen Geldern um 28,8 Prozent und an solchen bis zu dreimonatiger Kündigungsfrist um 32 Prozent, während die langfristigen Gelder einen Rückgang von 4,8 Prozent zu verzeichnen hatten. In diesen Zahlen, die eine nicht unerhebliche Stärkung der werdenden Mittel erkennen lassen, kommen die Wirkungen des Krieges deutlich zum Ausdruck. Ebenso im Verhältnis der Schulden, das sich gegen das Vorjahr besonders günstig gestaltet hat. Während die Bankschulden einen Rückgang von 20 Prozent aufwiesen, verminderten sich die Verbindlichkeiten aus weitergegebenen Wechseln (Giroverbindlichkeiten) sogar um 41 Prozent. Nach diesen Ergebnissen zu urteilen, haben sich die leicht greifbaren Mittel beträchtlich erhöht, so daß die Genossenschaften im allgemeinen über eine größere Geldflüssigkeit als vor dem Kriege verfügen.

Die Tätigkeit der Konsumvereine ist in der Hauptsache darauf gerichtet, ihre Mitglieder mit Lebensmitteln zu versorgen. Der dabei erzielte Verkaufserlös an den vermittelten Waren ist hinter dem vorjährigen Ergebnis nur um 0,9 Millionen zurückgeblieben, was in den Preisverhältnissen während des Krieges begründet ist. Wenn auf das einzelne Mitglied im Durchschnitt eine geringe Mehrentnahme von Waren entfällt, so ist dies ebenfalls auf deren Preisgestaltung zurückzuführen. Denn das Mehr der entnommenen Waren ergibt sich aus dem Wert, und zwar dem Kriegswert, nicht der Menge nach. Bezeichnend für die wirtschaftliche Bedeutung der Konsumvereine ist aber jedenfalls der Umstand, daß sie während des Krieges auch in denjenigen Kreisen Anerkennung gefunden haben, die ihnen früher abweisend gegenüberstanden. Ihr Zuwachs an Mitgliedern steht

sich nämlich in der Hauptsache aus den sogenannten kleinen selbständigen Existenzen, nämlich Kaufleuten, Händlern, Handwerkern, dann auch aus Handelsangestellten, Gewerbegehilfen, Fabrikarbeitern und Privatleuten zusammen. Sie hat der Krieg zu der Ansicht bekehrt, daß die Konsumvereine ihnen nützlich sind.

Den stärksten Einfluß des Krieges sehen wir bei den Baugenossenschaften. Infolge des Stillstandes, der im Grundstücksbesitz durch den Krieg eingetreten ist, ist auch die Bautätigkeit fast völlig eingestellt worden. Dazu kommt, daß der Wohnungsmarkt infolge der Kriegsverhältnisse mit allerhand Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Im Unternehmungsbereich der Baugenossenschaften standen 300 Wohnungen mehr als im Vorjahre leer, während die Mietrückstände sich um 51,000 Mark erhöht hatten. Der Ausfall an Mietverlusten betrug 105,000 Mark, darunter 33,000 Mark durch Leerstehen von Wohnungen und 70,000 Mark durch Zahlungsunfähigkeit der Mieter.

Die Wirkungen, welche der Krieg auf die Handwerkerorganisationen ausgeübt hat, sind sehr verschieden. Da, wo die Mitglieder mit Kriegsindustrie und Heereslieferungen sich beschäftigen, haben sie sich in günstigem Sinne entwickelt, wo aber die Mitglieder zur Leistung von Heeresdiensten herangezogen wurden, waren Betriebsstockungen und Betriebseinstellungen, weil es zur Fortführung an geeigneten Kräften fehlte, unvermeidlich. Bei den Schwierigkeiten der Beschaffung von Rohmaterial erwachsen namentlich den Einkaufs- und Lieferungsorganisationen im Handwerk bedeutende Aufgaben der wirtschaftlichen Hilfsbereitschaft.

10./VIII. 1917.

160

Freitag, 10. August 1917

Zeitung

1704

und gelehrten Sachen

täglich M. 2.70 bei tägl. zweimaliger Zustellung. Durch die Post monatlich M. 7.50 ohne Bestellgebühr. Anzeigen: 80 Pf. die Zeile, Stellengesuche 90%. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Berlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

22-26

Fernsprech - Zentrale: Ullstein & Co, Moritzplatz 11 800, 11 801 bis 11 850, 15 280, 15 281 bis 15 291. Zentrum 8890

d der Moldau.

Mitteleuropa und die Festlands- politik.

Von

Dr. Alexander Reblisch.

In Wien begannen gestern zwischen Vertretern Deutschlands, Oesterreich-Ungarns, Bulgariens und der Türkei Verhandlungen über die künftigen Wirtschaftsbeziehungen der vier verbündeten Reiche. Damit ist der erste Schritt zur Verwirklichung eines Gedankens getan, der nicht etwa während des Krieges neu entdeckt, aber mit erneuter Energie wieder aufgenommen worden ist: Mitteleuropa. Die Versuche, Deutschland und Oesterreich-Ungarn zu einem gemeinsamen Wirtschaftsgebiet zusammenzuschließen, haben ungefähr in jenem historischen Augenblick eingeseht, in dem die Unhaltbarkeit des alten politischen Bandes feststand. Sie waren ein halb unbewusstes Tasten nach einer vollständig neuen Grundlage für den Zusammenschluß des mitteleuropäischen Gebiets, und sie sind letzten Endes der instinktiven Erkenntnis von seiner Zusammengehörigkeit entsprungen, einer Zusammengehörigkeit, die man sich lange Zeit mit nationalen Momenten erklärte, die aber in Wirklichkeit weit über den nationalen Rahmen hinausgehen. Falsch und engherzig ist es, den mitteleuropäischen Gedanken durch die Erinnerung an den Deutschen Bund kompromittieren zu wollen und durch den Hinweis auf die Bestrebungen nach einer österreichischen Hegemonie, denen der Kanzler Fürst Schwarzenberg den genialen Plan seines Ministers Brud' dienstbar machen wollte.

Im Gegenteil: solange diese Tendenzen der Kabinettpolitik stark waren, solange ihnen die Wirtschaftspolitik nur als Mittel für die eigenen Zwecke galt, konnte der mitteleuropäische Gedanke gar nicht verwirklicht werden. Ein Oesterreich, das im Kriege die Sache Frankreichs und Englands gegen Russland führte, das seine Orientpolitik Hand in Hand mit England und letzten Endes zu dessen Gunsten machte, war für die mitteleuropäische Politik nicht reif. Die politischen Voraussetzungen für mitteleuropäische Bestrebungen hat erst Bismarck zu schaffen versucht, sowohl durch die notwendige Auseinanderziehung von 1866, wie auch durch die Umbildung des Dreikaiserbündnisses und durch die Fortsetzung dieser Politik in dem mißverständlichen Rückversicherungsvertrag. Die Verfolgung der Bismarckschen Politik würde zur Bildung eines nach außen hin unabhängigen Blocks festländischer Mächte geführt haben, der der europäischen „Gleichgewichtspolitik“, wie sie England bisher betrieben hat, ein Ende bereiten mußte. Einen Blick auf die weitere Geschichte der Entwicklung, auf die Drangsalierungen Frankreichs durch England, auf die notgedrungenen französischen Bestrebungen, sich auf dem europäischen Kontinent — nicht nur in Russland, sondern, wenn wir es verstanden hätten, auch in Deutschland — eine Rückenbedeckung zu suchen, läßt die weiteren Folgen der Bismarckschen Politik für ganz Europa erraten.

Die Bismarckschen Pläne wissen allerdings noch nichts von einem engen Wirtschaftsbündnis, wie es heute im Vordergrund der mitteleuropäischen Bestrebungen steht; und gerade gegen diesen Teil des Zusammenschlusses wird von manchen Seiten die Abneigung Bismarcks als Autoritätszeugnis geltend gemacht. Man vergißt dabei aber, daß für die Verhältnisse der Gegenwart, und noch mehr der Zukunft, die künstliche Scheidung zwischen reiner Politik und Wirtschaftspolitik ein Unding ist; daß heute zwischen den wenigen aufstrebenden Weltreichen: Großbritannien, Nordamerika, Russland und dem von Japan geführten Ostasien, ein Zusammenschluß europäischer Mächte mit gleichen Interessen absolute Notwendigkeit ist. Diese Interessen aber liegen heute mehr denn je auf dem wirtschaftlichen Gebiet. Glaubt man wirklich, daß Bismarck sich den Folgerungen aus seinen eigenen schöpferischen Gedanken entzogen haben würde, nur weil sich das Material änderte, worin sie zur Wirklichkeit gebildet werden mußten?

Die politische Richtung Bismarcks wurde in Deutschland mit dem Augenblick seines Scheidens aus dem Amte verlassen; und wenn man später auch noch so oft einzeln herausgerissene Gedankenfragmente aus seinem Lebenswerk dazu bemühte, um die Sünden gegen seinen Geist zu rechtfertigen — den Weg zu

Der Abend
14. III. 1917.

166
14

Es ist nicht auszubedenken, was im Falle einer Brandkatastrophe in Baden (Standort des A.-D.-F.) an einem Feuertage gesehen kann, denn auch die Feuerwehreinheit ist auf die Pferde der Lohnführer angewiesen.

Die Grundlagen aller Freiheiten, nämlich die, die Märkte nicht zu beschränken, es sei denn mit der so rasch zu ungewöhnlicher Popularität gelangten ungarischen Ware. Eine mir befreundete junge Frau war vergangene Woche, dank dieser Marktfreiheit, in der gewiß überragend neuartigen Lage, Marillen zu vier Kronen das Kilogramm, selbstverständlich ungarische Ware, in einem oberösterreichischen Bauerngarten vom Baum abfließen zu dürfen; für dieses, dem Städter ungewohnte Vergnügen, ja sogar für die Überlassung einer verhältnismäßig tragfähigen Leiter wurde übrigens von dem ungewöhnlich großzügigen Landmann eine Sondervergütung nicht gefordert; es war in dem Preise von vier Kronen inbegriffen, augenscheinlich als Segenerkenntlichkeit für die paar hundert Marktabgaben, mit denen die Verhandlungen eingeleitet worden waren.

Sich liebe es nicht, wenn ein und derselbe Weg un- ausgeleitet wiederholt wird; auch der beste wird dadurch eintönig — sogar eine Höchstpreisverordnung. Namentlich beim Obst hat die Sache die anfangs so heitere Wirkung eingeübt, weil die fortschreitende Jahreszeit denn doch zu häufige Wiederholungen des Scherzes brachte. Aber ohne die mindeste Ahnung, wie niedrig der Höchstpreis für Zwetschen verordnet worden sei, nahm ich an, daß es im Zwetschenhandel neben dem strengen Geleise einige Marktfreiheit geben müsse. Meine Frau erzählte mir heute, daß sie weder auf einem der Märkte noch bei einem ihrer Öbänner unter den Geiseln Zwetschen bekommen habe. Und als ich mit stummer Frage auf ein paar blaue Früchte im Obstkorbe mtes, erzählte sie, daß sie von einer Händlerin unter einem Hausvorstand erstanden seien, je vier Stück zu zwanzig Heller, was, wenn nicht auch die Verkaufsfunktion durch die wirtschaftlichen Vorgänge in Unordnung geraten ist, als stülte sie sich auf eine Regierungsverordnung, für eine Zwetsche fünf Heller macht oder, wenn

Es ist wahr, sagen die Vorkämpfer der Marktfreiheit, daß wir sehr hohe Preise haben werden, aber doch wenigstens auch Ware auf den Märkten.

Mein Kollege vom Zeitausschuss hat sich dieser Tage sehr über die Marktfreiheit aufgeregt. Der Leitartikel ist seiner Natur nach pathetisch, betrachtet das Leben von der ernstesten Seite, nimmt die Dinge tragisch und regt sich leicht auf. Wer sich in den Niederungen unter dem Strich leichtere Aufgaben gestellt hat, sieht sie mit den Augen des Humors an; das eine weint, während das andere über die Lohheit der Menschen lächelt. Ich fürchte, mein geschäfter Arbeitskollege vom Zeitausschuss sitzt auf. Das mit der Marktfreiheit ist gar nicht ernst gemeint, er nimmt es nur ernst, weil es sein Beruf ist, was die Regierung angeht, ernst zu nehmen. In Wirklichkeit wollen Freunde der Regierung — es mag sonderbar, ja ungläublich klingen, aber sogar sie hat einige — oder vielleicht auch Streber, Ordensjäger, um sich einzuschmeicheln, ihr eine Freude machen; sie verlangen ungenügend Marktfreiheit, damit die große Menge glaube, der Markt stehe jetzt unter dem Zwange der Regierung. Eine einfache Logik: noch Freiheit begehrt nur, wer Zwang leidet; Sire, geben Sie Wachheit!

Als ob sich nicht die Märkte in Wahrheit und Wirklichkeit einer Freiheit erfreuten, die auch nur meine Abneigung vor weißen Stecken hindert, die ärgelloseste Aparachie zu nennen! Ich will selbstverständlich niemand denuntziieren, kann aber trotzdem die Bemerkung nicht unterdrücken: Wenn die Freiheit der Erzeuger und Händler noch nicht schrankenlos genug wäre, worin Ernst noch größere Marktfreiheit verlangte, würde sich dem bringenden Verdachte nicht entziehen können, Unsi- sur zu planen und aus der gesetzlichen Ordnung Mar- melade zu machen.

For allem haben wir im uneingeschränktesten Maße

Sozialpolitische Wochenblauderei. Marktfreiheit.

„Ordnung, heilige Stimmelschöner...“
Schiller, „Das Lied von der Glocke.“

In den Blättern, die das Großkapital sich ausstülte, ist seit einiger Zeit auffallend viel von der Marktfreiheit die Rede. Wirtschaftlich Windergebildete, die sich in solchen Fremdwörtern nicht auskennen, mögen wissen, was die neuen Freiheitschwärmer darunter verstehen; es ist ungefähr, wie wenn die Einbrecher verlangen, daß Strafgefangene, Kollzet und ähnlich lästige Einrückungen beiseite gelassen werden, da sie ja doch nur den Verkehr hemmen; wir wollen wieder, wie einst, Freiheit, uns zu ne- men, wonach uns gelüftet; wenn es zufälligerweise in fremden Gärten vorwahrt ist und wir wissen kein anderes Mittel, zu unserm Gut in diesen fremden Gärten zu gelangen, als indem wir sie eigenhändig öffnen, so soll man das nicht gleich Einbruch nennen. Solche derbe Bezeichnungen hemmen das freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte. . . Man hat deshalb das ange- nehmen, weil noch nicht so allgemein gebräuchliche Wort von der Marktfreiheit geschaffen; wenn einmal die Ein- brecher soweit sein werden, sich ein Weltblatt zu halten, so wird es ihnen Leitartikel über die neue Verkehrs- freiheit bringen und Fachmänner werden ausführlich und für jedermann einleuchtend beweisen, daß die moderne Volkswirtschaft ohne diese Freiheit, fremden Geldstränken gegenüber, notwendigerweise in der Ent- wicklung zurückbleiben müsse. Nichts rege den Verkehr so an, wie die Freiheit, in fremde Läden zu greifen, was man auch das Geleis von Angebot und Nachfrage nennt. Das Angebot ist gering; folglich haben die Geld- kränker Anspruch auf hohe Entnahmen.

Gastwirte hat bereits eine Eingabe an das Arbeitsministerium gerichtet, in der die infolge der Kohlennot geschaffene trostlose Lage im Gastwirtgewerbe geschildert wird, doch ist diese Eingabe bis jetzt noch unerledigt. Nächste Woche wird die Genossenschaft dem Arbeitsministerium ihre Bitte neuerlich unterbreiten. Hoffentlich wird dann die Kohlenzuweisung an die Gastwirte rasch erfolgen."

Das Hoteliergewerbe.

Aus Hotelierkreisen wird uns zur Kohlenfrage mitgeteilt:

Die dringenden Aktionen der Hoteliergenossenschaft beim Arbeitsministerium sind notwendig und dringend geworden. Die Hotels befinden sich heute schon in einer sehr bedrängten Lage, weil sie den Betrieb der Hotelküchen fast nicht mehr recht aufrechterhalten können. Die weitere Sorge ist die der Belieferung der Hotels, deren zum Teil große Kohlenvorräte längst aufgebraucht sind, mit Kohle für den kommenden Winter zur Beheizung der Hotelzimmer. Die Aufrechterhaltung des Betriebes der Hotelküchen ist für die Verpflegung der Bevölkerung immerhin von Wichtigkeit; es handelt sich ja nicht nur um die Küchen großer, vornehmer Hotels, sondern auch um die kleineren Hotels, in denen täglich Leute, die nicht im Hotel wohnen, verköstigt werden. Heute schon ist man in den meisten Hotelbetrieben gezwungen, die Küchenherde mit Kohle und Brennholz zu heizen. Das bedeutet, abgesehen von dem teuren Preis des Brennholzes, eine Katastrophe, weil der Kohle keine Flamme gibt und daher ein rasches Fertigwerden der Speisen unmöglich wird.

Seit Wochen haben die Wiener Hotels keine Kohlenlieferung mehr erhalten. Alle Vorstellungen bei der Behörde blieben bisher erfolglos. Weder für jetzt noch für den Winter ist den Hoteliers der Kohlenbedarf zugewiesen oder zugesichert. Ob die Zentralheizungen der Hotels im Winter betrieben werden können, ist heute noch ungewiß. Es gehört mit zu den wichtigen Maßnahmen, die Hotels mit Kohle zu versorgen, und es heißt dies auch durchaus nicht den Luxus unterstützen. Denn Veranlagungsreisende gibt es jetzt nur wenige. Die Hotelgäste von heute sind Geschäftsleute aus der Provinz, aus Ungarn und aus den verbündeten Staaten, die hier beruflich wirken. Daß sie in ihren Hotelwohnungen nicht frieren müssen, dafür sollte gesorgt werden! Die Hoteliers stehen jedenfalls für die Zukunft vor ungelösten Rätseln."

Die Bäckereien.

Der Vorsitzende der Bäckergenossenschaft Joh. Brenig erklärte einem unserer Mitarbeiter:

„Wir Bäcker haben bis jetzt Kohle bekommen. Wenn das Quantum auch knapp war, so konnten wir uns doch immer noch helfen. Der Bäcker ohne Kohle ist ebenso undenkbar wie der Bäcker ohne Mehl. Infolge einer Aufforderung des Magistrats mußten wir unlängst unseren unumgänglichen notwendigen Bedarf an Stein- und Braunkohle angeben. Bezirksratherrmeister Hof hat mir dabei das Versprechen gegeben, daß wir Bäcker unter allen Umständen die nötige Kohle bekommen werden. Schließungen oder Betriebsstörungen von Bäckereien infolge Mangels an Heizmaterial sind bis heute nicht vorgekommen."

Die Molkereien.

Die Leitung der Wiener Molkerei teilt uns mit:

„Wenn die Zusendungen in Anbetracht der sehr geringen Kohlenzufuhren nach Wien auch knapp ausfallen, so sind wir bei vorsichtiger Einteilung der erhaltenen Mengen allfälligerweise doch noch immer in der Lage, unseren Betrieb ungehindert aufrecht zu erhalten. Da die heute geltenden Versorgungsvorschriften nur provisorischen Charakter tragen, ist es auch nicht möglich, ein abschließendes Urteil für die Zukunft zu fällen. Die entsprechenden Schritte zur regelmäßigen Versorgung der Molkereien sind bei den in Frage kommenden Behörden eingeleitet, deren Ergebnis muß erst abgewartet werden."

Die Marmeladefabriken.

Der Direktor einer großen Marmeladefabrik machte einem unserer Mitarbeiter nachstehende Angaben:

„Es ist leider mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen, daß wir im kommenden Winter weder über Fett, noch über Butter ausreichend verfügen werden. Das einzige, was als Prototypus bleiben wird, ist die Marmelade; doch auch hier ist Gefahr im Verzug. Die Marmeladefabrikanten, die oft unter großen pekuniären Opfern ihre Betriebe einrichteten, haben noch immer keine Kohle. Alle Eingaben an die Behörden waren bis heute erfolglos. Die Fabriken stehen, das Obst ist reif und wird zur Marmeladefabrikation eingeliefert, doch können die Fabriken nicht arbeiten, weil es überall an Kohle mangelt. Die Fabrikanten werden stets damit getrostet, daß man versuchen werde, ihnen Kohle zu beschaffen — doch geliefert wird keine. Hoffentlich wird man nicht so lange versuchen, bis es zu spät ist."

Die Eiswerke.

Auch die Kunsteisfabrikation leidet unter der Kohlenmisere. Darüber erhielten wir in der Direktion der Wiener Eiswerke die folgenden Mitteilungen:

Infolge der Kohlennot hat die Kunsteisfabrikation, die jetzt für die Sommerszeit von größter Bedeutung ist, mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Vor 14 Tagen standen wir vor der Tatsache völligen Kohlenmangels in unseren Betrieben und daher auch vor einem Stillstand derselben. Wenn nicht eine kommunale Anstalt uns mit einem Quantum Kohle angeholten hätte, wäre dieser Stillstand eingetreten. Die uns vom Arbeitsministerium in Aussicht gestellten Kohlen sind nicht zur Gänze eingelangt, so daß wir auf die Anleihe angewiesen waren. In der Hochsaison verbrauchen wir in unseren zwei Kunsteisbetrieben rund 10 Waggons Kohle täglich. Momentan verfügen wir infolge des erwähnten Entgegenkommens

im ganzen über 60 bis 80 Waggons Kohle. Damit ist aber der Bedarf für zirka 8 Tage gedeckt. Was dann geschehen wird, darüber sind wir uns gegenwärtig noch nicht im klaren. Die Folgen, die ein Stillstand unserer Betriebe auch nur an einem Tag in der Sommerszeit hätte, wo die jetzt so kostbaren Lebensmittel mehr denn je frisch erhalten werden müssen, sind fast un-ausdenkbar. Wir liefern an die Fleischhauereibetriebe, an die Spitäler, für die Militärkrankenzüge usw. 50 Waggons Eis pro Tag. Man ist auf das Kunsteis jetzt angewiesen. Denn trotz des kalten Winters, der eine sehr reiche Natureisernte brachte, ist für den Sommer von diesem Winter eis nichts übrig geblieben. Es war nicht möglich, die gesamte Natureisernte im Winter zu gewinnen und einzubringen, da es an Personal und an Rörben für die Fortschaffung des Eises mangelte. So konnte der größte Teil dieses guten und schönen Winter-natureises nicht gewonnen werden. Um so wichtiger ist also die Aufrechterhaltung der Kunst-eisfabrikation."

Die Dampfwäschereien.

Von der Leitung der Wiener Dampf-wäscherei N. G. wird uns mitgeteilt:

„Im allgemeinen kann man sagen, daß die Aussichten für die Wiener Dampfwäschereien sehr trübe sind, da wir sehr schlecht mit Kohle bedacht sind. Wir beziehen heute Inabbe sechs bis Prozent des Bedarfes an Steinkohlen; manche Anstalten haben sogar noch weniger Brennmaterial zur Verfügung. Allenfalls mußten die größeren Betriebe bedeutende Einschränkungen vornehmen, und teilweise stötte der Betrieb tagelang. Wenn nicht bald eine Besserung der Verhältnisse eintritt, so besteht die Gefahr, daß ein großer Teil der Wäschereien den Betrieb im kommenden Winter ganz einstellen muß, kleine Betriebe sind vereinzelt schon heute zur Sperrung gezwungen. Die Hoffnung auf Vollbetrieb besteht für keine Anstalt. Jetzt mag es noch angehen, da Juli und August die schwächsten Monate sind. Mit dem Schulbeginn, im September, steigert sich der Verkehr aber wieder, bis er im Dezember und Januar jeweils den Höhepunkt erreicht. Was da geschehen soll, ist uns allen noch völlig unklar, zumal auf alle unsere Bemühungen beim Arbeitsministerium keine Rücksicht erfolgte."

In Wien gibt es augenblicklich 25 große und größere und 10 kleinere Dampfwäschereien. Nach einer ungefähren Schätzung waschen diese nur für Private unter Ausschluß von Hotels usw. wöchentlich 150.000 bis 200.000 Kilogramm Wäsche. Werden die gewerblichen Dampfwäschereien nun geschlossen, weil sie keine Kohle erhalten, so tritt durchaus keine Ersparnis ein, denn alle diese Privatleute müßten nun, so gut es eben geht, im eigenen Haushalte waschen. Das Publikum part übrigens jetzt schon sehr mit Wäsche, da es von den hohen Wäschepreisen abgeschreckt wird. Da bei dem voraussichtlich sehr geringen Quantum Heizkohle die Konsumenten auch die Quote Heizkohle zur Beheizung verwenden dürften, würden viele gar nicht in der Lage sein, selbst waschen zu können. Die Wäsche bliebe also schmutzig liegen. Welch sanitäre Gefahren darin liegen, ist jedem klar. Schon aus diesem Grunde sollte man die Dampfwäschereien mit Kohle versorgen."

Das Schneidergewerbe.

Die drückenden Folgen der Kohlennot für das Schneidergewerbe schildert uns der Inhaber eines großen Schneiderkonfektionshauses nach den Mitteilungen der ihm liefernden Schneider in folgender Weise:

„Die Schneider, insbesondere die in der Umgebung Wiens, in Floridsdorf, Raasdorf usw. wohnenden, klagen beständig darüber, daß sie trotz vieler Bemühungen nicht imstande sind, Kohle zu erhalten. Dies ist für die Schneider um so ärger, als sie oft nicht mehr in der Lage sind, den Stahl für die Blättchen zum Wägen zu bringen. Das Wägen von Kleidungsstücken mit Kohleneisen ist nicht vorteilhaft, bei manchen Kleidungsstücken unmöglich, und außerdem ist Bügellohne auch nicht mehr erhältlich. Die Schneider kommen daher mit ihrer Arbeit nicht weiter und sind oft genötigt, ungebügelte Kleidungsstücke abzuliefern."

Was die Beheizung der Lokale der großen Schneiderkonfektionshäuser betrifft, so ist die, da die Kohlenvorräte sehr gering sind, auch gefährdet. Da man vielfach davon hörte, daß die Gasheizung eingestellt würde, haben wir zum Beispiel unsere Gasöfen abmontieren und durch Kohlenöfen ersetzen müssen. Ein sogenannter Trost bleibt uns nur: daß der Kohlenverbrauch im Winter in den Schneiderkonfektionshäusern nicht groß sein wird. Denn — die Ware geht aus, und wir werden uns wahrscheinlich entschließen, in den Wintermonaten unsere Lokale an gewissen Tagen gesperrt zu halten, wie dies andere Geschäfte tun, die an Warenmangel leiden. So wird es uns und wohl auch manchen Schneidern, wenn sie wenig Stoff zur Verarbeitung haben werden, leicht fallen, mit wenig Kohlen durchzukommen."

Die Kohlenversorgung der Gewerbe.

Eine Kundfrage.

Seit Wochen beraten die Behörden darüber, wie der für den Herbst drohenden Kohlennot begegnet werden könnte. Die Kohlenfrage hat nicht nur für die breiten Massen der Bevölkerung ihre große Bedeutung, sondern auch für zahlreiche Gewerbe, insbesondere die Approvierungsbetriebe, die ohne Kohle ihren Betrieb nicht aufrechterhalten könnten. Wir haben bei einer Reihe von gewerblichen Betrieben über dieses Thema eine Umfrage veranstaltet, deren Ergebnis im nachstehenden mitgeteilt sei:

Das Gastwirtgewerbe.

Ueber die Gefahren, die der Kohlenmangel dem Gastwirtgewerbe bringt, äußerte sich der Vorsitzende der Gastwirtgenossenschaft Othmar Benz einem unserer Mitarbeiter gegenüber in folgender Weise:

„Wenn nicht energische Maßnahmen zur raschen Versorgung der Gastwirtschaftsbetriebe mit Kohlen getroffen werden, so steht das gesamte Gastgewerbe, mit ihm aber auch das auf die Verköstigung im Gasthaus angewiesene Publikum, vor einer Katastrophe. Denn die meisten Gastwirtschaften haben ihre größeren und kleineren Vorräte an Kohlen so ziemlich aufgebraucht und können nur mehr kurze Zeit noch die Beheizung der Herde betreiben. Von da ab müßten sie, wenn nicht inzwischen seitens der Behörden den Gastwirtschaften entsprechende Mengen von Kohlen zugewiesen werden, ihre Betriebe sperren. Den Gastwirten ist heute keinerlei Möglichkeit geboten, sich Kohlen zu beschaffen. Die Kohlenhändler nehmen die Bestellungen ja gar nicht an. Wenn die Verpflegung der Massen, die heute doch im allgemeinen aus den Gasthäusern das Essen beziehen müssen, weil sie auf dem Markte und in den Lebensmittelgeschäften zum Kochen nichts bekommen, nicht in Frage gestellt sein soll, müssen sich die Behörden entschließen, ehestens die Kohlennot der Gastwirtschaften abzuheben. Die Genossenschaft der

5./VIII. 1917

169

Der Krieg in seinen wirtschaftlichen Folgen. Industrielle Friedensvorbereitungen. Betriebs- vereinigungen.

Wien, 18. August.

Der Zwang, den Bedürfnissen des Krieges die persönliche und wirtschaftliche Freiheit unterzuordnen, ist weit über das Maß ausgedehnt worden, das die Zeit der größten Leiden gefordert hat. Unter diesem Drucke sind aber auch fruchtbarere Gedanken aufgekeimt, welche die Zukunft zur Reife bringen wird und die von dauerndem Werte sein könnten, weil ihre Durchführung die Folge hätte, daß mit alten Rücksichtigkeiten ausgeräumt würde. Deutlicher als je ist in den letzten Jahren die Erkenntnis durchgedrungen, welche Fülle von Arbeit schon früher zu leisten gewesen wäre, um unsere Abhängigkeit vom Auslande bei dem Bezug wichtiger Urstoffe und ihrer Verarbeitung zu verringern. An dem Tage, an dem Pflug und Kelle wie einst friedlich in Gebrauch genommen werden, leben die Handelsbeziehungen mit den heute im Feindeslager stehenden Völkern noch nicht wieder auf. Die Sorge, wie diese Lücken auszufüllen sind, hat dazu genötigt, andere Wege zu suchen, von Gegnern und ausländischen Geschäftsfreunden zu lernen und die Brücke ins Neuland ist durch die Erfahrungen im Kriege gefunden worden. Ein ungewöhnlich großer Metallverbrauch war ohne amerikanische Einfuhr an Kupfer zu decken und es ist möglich geworden, die inländische Erzeugung um ein Vielfaches zu steigern. Durch die Preise der Kriegszeit angeregt, sucht nun das österreichische Kapital Anlage im Erzbergbau und in der Metallgewinnung. Wir werden beispielsweise versuchen, selbst die Tonerde zu fabricieren, statt die Erze zu diesem Zweck auszuführen; für die Herstellung des Aluminiums, das vielfach als Ersatz für Kupfer wird dienen müssen, haben wir das Rohprodukt im Inland. Heute beherrschen den österreichischen Rohmetallmarkt zum Teil Frankfurter und andere deutsche Gesellschaften und Häuser, von denen sich einzelne neben einer ausgedehnten Organisation auf eigene, hier unter Mitwirkung deutscher Großbanken erworbene Erzgruben stützen und durch ihre Wiener Vertretung Jahresumsätze von 70 bis 80 Millionen erzielen konnten. Während des Krieges hat das deutsche Kapital, das namentlich den Handel in Oesterreich pflegt, auch den Urstätten der Metallherzeugung, dem Erzbergbau, in beiden Reichshälften erhöhte Beachtung geschenkt. Die Diskontogesellschaft hat sich an der Gründung einer Unternehmung beteiligt, die zu den größten Zinkherzeugern gehört, das Haus Bleichröder nahm auf ein Jahrzehnt Quecksilberterrains in Oberkrain in Pacht, die im Frieden ihre Produktion nach England abgesetzt hatten und vor dem Kriege stillgelegt wurden. Ein Dresdner Konsortium schürft in Böhmen nach Blei und Silber, ein neuer Nickel- und Kupfererzbergbau im Salzburgischen ist von Gewerken in Berlin und Oranienburg erworben worden, eines zweiten haben sich Kieler Fabrikanten bemächtigt. Ein Freischurfbesitz an Zinnerz bei Teplitz wurde von einer deutschen Gruppe gekauft, Manganerzlager in Krain sind ins Eigentum von Berliner Kapitalisten übergegangen. Ihr Einfluß greift auch nach Ungarn über, wo unter anderem ein großes Quecksilberbergwerk in deutsche Hände gekommen ist, ein Chromerzlager von der Kriegsmetallgesellschaft in Berlin ausgebeutet wird.

Nun wird auch durch österreichische Interessenten dieses Gebiet schrittweise betreten, zum Teil unter Anlehnung an die Organisation und langjährige Erfahrung befremdeter deutscher Fachmänner. Der Staat hat auf Grund der Kriegsdienstleistung die Schürfung und Betriebsaufnahme neuer Grubenfelder versüßt und wenn auch ein Teil dieser Terrains ohne die Hilfeleistung des Aetars nach dem Kriege von den jetzigen Inhabern vielleicht verlassen werden wird, dürfen andere, zumindest im kleineren Umfang, dauernd der Erzeugung dienen. Einen größeren Besitz, Zinn- und Wolframergruben im Teplitzer Revier und einen bereits in Betrieb gesetzten Antimonbergbau, haben die Skoda-Werke an sich gebracht. Kapital, das in der Konserpenherzeugung seinen Ursprung hat, ist früher schon zu anderen mit der Kriegsausrüstung in unmittelbarsten Zusammenhang stehenden Produktionszweigen übergegangen, hat an der Pulverfabrikation Interesse genommen und in Niederösterreich eine Metallhütte erworben. Die einheimischen Gesellschaften dieser Art, von denen die eine zwei Drittel der Kupfererzeugung, die andere die Hälfte der Bleigewinnung in Händen hat, standen im Kriege vor der Notwendigkeit, ihre Leistungsfähigkeit zu vervielfachen. Der Verbrauch an Kupfer in Oesterreich ist etwa achtmal so groß als die eigene Herstellung; günstiger ist das Verhältnis beim Bleikonsum, wo ein Ausfall von mehr als einem Drittel durch die Einfuhr zu decken ist. Der Wert der Produktion mag sich, teils durch ihre Ausdehnung, teils durch die Hochpreise, bei einzelnen dieser Unternehmungen im Kriege verzehnfacht haben. Die Betriebschwierigkeiten sind jedoch sehr bedeutend und je mehr sie, namentlich in einer Zeit mit einer abnormalen Preisbildung, wachsen, desto größer wird die Neigung zur Vereinigung von Betrieben. Dieser Prozeß, der den Schwächeren ans Leben geht und wertvolle Kräfte des privaten Unternehmertums niederzwingt, ist in vielen Industrien im Fortschreiten begriffen. In der Maschinenherzeugung verstreicht selten ein Jahr, ohne daß mittlere oder kleinere Fabriken, namentlich in Böhmen und im Wiener Gemeindegebiet, die Selbständigkeit einbüßen. Bei einem Spaziergang durch die äußeren Bezirke Wiens konnte man sinnfällig beobachten, wie in der landwirtschaftlichen Maschinenindustrie eine früher heftige Konkurrenz ausgeschaltet worden ist. Die Fabrik einer bekannten Wiener Firma in Favoriten besteht nicht mehr und in Floridsdorf ist als Ergebnis der Verschmelzung eine ausgedehnte Anlage entstanden. Gerade jetzt schweben Verhandlungen wegen einer Vereinigung von landwirtschaftlichen Maschinenfabriken in Mähren. Mitunter spielen auch andere Gründe mit als die Beseitigung eines lästigen Konkurrenten, als der Wunsch nach einer Erhöhung der eigenen Produktion oder der Umgestaltung auf verbesserter technischer Grundlage. So ist der Zusammenschluß großer Maschinenfabriken in einem bestimmten Falle dadurch veranlaßt worden, daß

sich die Betriebe von den Schwankungen des von ihnen geführten Waggongeschäftes unabhängig machen wollten. Eine ähnliche Ursache hatte die Angliederung einer Automobilfabrik an eine unmittelbaren Kriegsbedürfnissen dienende Gesellschaft. Der Umfang der Heeresbestellungen in späterer Zeit läßt sich nicht voraussehen und ein Ausfall soll durch die Aufnahme eines neuen Geschäftszweiges ausgeglichen werden können.

Der gleiche Aufsaugungsprozeß zeigt sich mit Unterschieden im Ausmaß und Tempo in anderen großen Industrien. Im nordwestböhmischem Braunkohlenrevier schreiten die Vereinigungen seit Jahren fort. Die großen Unternehmungen erwerben die benachbarten kleineren Schächte, und die Zahl der selbständigen Braunkohlenwerke ist auf diese Weise seit Beginn des Jahrhunderts bis zum Kriegsausbruch um nicht viel weniger als ein Drittel zurückgegangen. Im Steinkohlenbergbau hat seit jeher der Großbetrieb vorgeherrscht; auch dort ist jedoch, wenngleich lange nicht in demselben Umfang wie im Braunkohlenggebiet, durch Vereinigungen die selbständige Unternehmerarbeit zurückgegangen. In der Roheisenindustrie haben Einstellungen der Produktion und Zusammenschlüsse die auf eigenen Füßen stehenden Werke in der früher angeführten Periode von 33 auf 13 sinken lassen. Kleinere Betriebe in aristokratischem Besitz konnten zum Teil infolge ungünstiger Lage und einer sehr geringen Erzeugung keinen Nutzen heraus schlagen und sind nach einem kümmerlichen Dasein vom Schauplatz verschwunden. Zu einschneidenden Veränderungen ist es in der eisenverarbeitenden Industrie, vor allem in der Schraubenerzeugung, gekommen, wo sich erst zwei große Fabriken fusionierten und niederösterreichische und galizische Firmen aufnahmen. Die Industrie wehrt sich mit Recht gegen den Versuch staatlicher Betriebskonzentrationen, so weit er nicht durch die Verhältnisse unbedingt geboten ist, und verlangt, daß solche Maßregeln nicht über die Dauer des Weltkampfes hinaus aufrecht erhalten werden. Von den Gründen, die gegen einen derartigen staatlichen Zwang angeführt werden, treffen viele ebenso für Vereinigungen zu, die privater Initiative entspringen. Die Berliner Handelskammer hat kürzlich an den Reichskanzler eine Eingabe gerichtet, welche aus allgemein wirtschaftlichen Gesichtspunkten die überhandnehmenden Verschmelzungen scharf verurteilt. Sie spricht ihre Zweifel darüber aus, ob diese Methode auch nur finanziell zweckmäßig sei, da Großbetriebe nicht überall vorteilhafter arbeiten würden als mittlere und kleinere Werke, denen oft eine billigere mechanische Kraft und geringer besoldete Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Viele solche Erzeugungsfstätten hätten sich bis in die letzten Jahre als sehr leistungsfähig erwiesen und mitunter eine führende Stellung errungen. Ein erheblicher Teil der technischen Fortschritte der Industrie sei gerade den begabten mittleren und kleineren Unternehmern zu verdanken. Besonders schädlich müßte für die Verbraucher die Auslieferung der gesamten Produktion an einige Mammutbetriebe sein, weil sie bei einer Festlegung bestimmter Verkaufspreise und einem Verschwinden der regelmäßigen Fabrikmarken aus dem Verkehr keinen durch die Konkurrenz bedingten Anreiz zur Herstellung hochwertiger Erzeugnisse finden, sondern nur durch die Verbilligung der Fabrikation die Steigerung der Erzeugung und der Gewinne anstreben würden.

Während ernste Unternehmer unsicher in die Zukunft blicken, die Steuerlasten und Betriebschwierigkeiten sich häufen, Hüttenwerke und Kohlenruben zur Sicherung der Produktion durch die Arbeiter bald landwirtschaftliche Grundstücke mit Gemüsegärten, Wiesen und Weiden werden anschaffen müssen, die Lohnfrage Auseinandersetzungen hervorrufen, während die Produzenten zögernd und tastend an die Pläne zur Umstellung ihrer Wirtschaft für den Frieden herantreten, bei neuen Aktionen, selbst wenn sie keine zu große Ausdehnung haben, die Risiken vorsichtig auf Konsortien zu verteilen suchen, strömen große Kapitalien dem Effektenmarkte in der Absicht zu, den verschiedensten Gebieten des Wertpapierhandels kürzere Besuche abzustatten und den Boden der Betätigung rasch zu wechseln. Die Umsätze haben in Wien jetzt mit wenigen Ausnahmen wohl nicht mehr die Höhe wie an den lebhaftesten Geschäftstagen des ersten Halbjahres und können in den allerletzten Wochen, soweit die Engagements ziffermäßig zu erfassen sind, vielleicht um 20 Prozent geringer gewesen sein als in der unmittelbar vorangegangenen Zeit. Wie groß aber der Aktienhandel noch immer ist, ergibt sich daraus, daß in Wien, Budapest und voraussichtlich auch bald in Berlin ein Geschäftstag entfallen muß, um Rückstände aufzuarbeiten und die technische Abwicklung des Einlaufs zu ermöglichen. Der bare Bezug der Wertpapiere ist viel stärker als in umjahrenreichen Friedensperioden und mag, wenn man solche zum Vergleich heranzieht, jetzt mehr als zweieinhalbfach so groß sein. Aber auch bei diesen Käufen ist der spekulative Charakter vielfach nicht zu verkennen. Daß die Bewegung heute auch in Finanzreisen, die ihr früher nicht mit Bedenken gegenüberstanden, ängstlicher beurteilt wird, zeigt sich unter anderem darin, daß die Frage berührt werden sollte. Eine Anregung in bindender Form ist nicht erfolgt und der Plan dürfte kaum zur Reife kommen; daß er jedoch überhaupt aufsteht, ist ein deutliches Zeichen der heftigen Sachlage. Auch in Deutschland schenkt die Staatsverwaltung diesen Vorgängen große Aufmerksamkeit; sie nimmt jetzt sogar auf die Dividendenpolitik der Industrie Einfluß, und ihrem Wunsche zufolge gehen bedeutende Unternehmungen nicht über die vorjährige Ertragsauschüttung hinaus. Heute liegt wieder eine in diesem Sinne gehaltene Äußerung vor, welche die Rheinische Metallwaren- und Maschinenfabrik in Düsseldorf abgibt. Wenn der Friede kommt, muß der Effektenmarkt für seine Aufgaben gerüstet sein, für die ein großer Kreis unternehmungslustiger Zuzügler das Beständnis verloren zu haben scheint.

Majest. verurtheilt, deswegen scharffe Generalien ausgehen zu lassen, so aber, wie alle andere ohne manotonir und Darobhaltung wenig gesuchet, bis anjeho der Rumor-Meister dahin instruiert worden, daß er den Firkauß würdlich abstellen solle."

Der Rumormeister, das Polizeiorgan, wurde bei seinem Verjuche, die Preistreiberei der Soldatenfrauen zu verhindern, von deren Gatten gewaltjam gestört und deren Vorgesetzter, der Stadlobriß, nahm für seine wegen der Mißstände in der Befoldung notleidenden Untergebenen Partei.

Wegen dieses Eingriffes der Militärgevalt in die Zivilverwaltung hatte die Regierung beim Kaiser gegen den Stadtobersten Hilfe gesucht, aber solche nur hinsichtlich der Formverletzung, nicht aber wegen des Grundübel gefunden.

Der Kaiser hatte zwar an den Hofkriegsrat einen Befehl „wegen der notwendigen Effizienz und Nichtshinderung des gedachten Rumormeisters und seiner zugegebenen“ erlassen, gleichzeitig aber der Regierung erklärt: „Was aber der Verkauf der Sachen, so der Stadt-Garde-Soldaten-Weiber exerciren, anbelangt, wollen Kaiserl. Majest. aus bewogenden Ursachen gnädigst, daß der Zeit gegen denselben dissimulirt und durch die Finger gesehen werden solle.“

So sehr auch dieses Auskimpfmittel des Durchdie-Finger-Sehens, wie Aeneas Sylvius berichtet, schon zwei Jahrhunderte vorher in Wien landesüblich war, so wollte doch diesmal die Regierung angesichts der schweren Teuerung es nicht anwenden, sondern wendete sich neuerlich an den Kaiser: „Nun ist es mit denselben (der Preistreiberei) Abstellung also beschaffen, daß sie nicht weder völlig noch zum Theil ihre Wirkung haben, wann sie nicht bey allen, die seyn wer sie wollen, beschehen thut; denn wann gleich allen andern dieser so hoch und vielmal verbotene Firkauß sollte abgestellt und nur allein deren Stadtgarde-Soldaten-Weibern zugelassen werden, so würden sich dieselben bestomehr darauf verlegen, wodurch die Theuerung und Confusion nicht weniger, sondern nur größer werden, auch kein anderer Unterschied erfolgen möchte, als daß der Gewinn, welchen zuvor viel arme Leut (zwar unzulässiger Weiß) gehabt, jeho nur ihrer eiliche genießen, und nichts desto-weniger der Schaden allgemein seyn würde. . . . Ja je weniger derselben seyn, je bessere Gelegenheit haben sie, die Sachen zu schäßen, und die Leute zur hohen Bezahlung zu nöthigen, wann sie anderst vergleichen haben wollen, wie dann allhier die gemeine Leut so wohl als Bornehme, also beschaffen, daß sie offtermal den Werth nicht ansehen, wann sie in der Eil etwas nicht allein zur Nothdurfft, sondern auch zur Wollust vermeinen zu bedürffen.“

Die Schilderung des leichtlebigen Wiener Volkscharakters, der die Ausbeutung besonders leicht macht, ja zu derselben verleitet, mutet uns ganz modern an, nicht weniger die folgende Schilderung der befürchteten Folgen einer ungleichmäßigen Rechtsanwendung:

„Judem pflegen gleich die andern damit zu exemplificiren, daß wann man mit einem dissimulirt, und wegen dem andern procediren will, sie also balden vorwerffen, daß man denen Soldaten und ihren Weibern nichts dergleichen zumuthen dürffe, daher sie dann mehrer Muth bekommen, sich auch gar zu widersetzen, weil sie sehen, daß es diesem zu gutem kommt. . . . Daher Regierung bey dieser Occasion Euer Kais. Majest. mit allergehorfamsten Respect nicht kann unermüret lassen, daß man gleich Anfangs bey vorhabender Abstellung dergleichen Anordnungen viel Exceptiones gemacht und denen Excentoribus die Hand da und dort gebunden worden, sich alsdann nicht zu verwundern ist, wann die Gebot und Verbot mehr verachtet, als gefürchtet und vollzogen werden.“

Die Regierung unterscheidet sehr wohl zwischen dem legitimen Lebensmittelhandel, den sie nicht hindern will: „welches denjenigen, so nicht etwa ein Handwerk können oder andre Mittel sich zu ernähren haben, bey diesen schweren Zeiten und vermangelter Befoldung gar zu schwer fallen würde“, und dem preistreiberschem Kettenhandel; als Arten des zulässigen Lebensmittelhandels werden aufgezählt: „denjenigen, welche entweder selbst etwas erzeugen oder solches ein, zwey oder drey und mehr Stund möglich von hinnen erkauffen und höher bringen oder auch allhier nachdem der Markt-Zahn abgethan“ — also nach Marktschluß — „an sich lösen und alsdann öffentlich verkauffen, wird solches gar nicht verwehrt“.

Davon werden streng unterschieden die eingangs geschilderten preistreiberschen Vorgänge und wird dabei dem Stadlobrißen noch vorgeworfen, daß er auch den Wittwen der Stadtgardaten Bettel ausstelle, die ihnen Schutz vor der Polizei bei preistreiberschem Zwischenhandel gewähren sollen.

Dieser Bericht und insbesondere die darin gemachte „Distinction des Firkaußes“ fand die Zustimmung des Kaisers.

Nichtsdestoweniger finden wir im Jahre 1636 wieder eine Klage des Rumormeisters, daß er, „als er in Verbindung seines Officii begriffen gewesen, von der Stadtgarde zu Wien nicht allein davon abgehalten und verhindert, sondern auch gar auf öffentlicher Gassen in den Arrest genommen worden“.

Der Bericht nennt die Ursache nicht. Hoffentlich war es nicht mehr die Preistreiberei der Soldatenfrauen, denn schon herrschte Friede!

Mit ihm schwinden bald die Nebel, die der Krieg geboren — um wiederzulehren —, wenn auch in immer größeren Abständen, solange die Menschheit der Lüge nicht entbehren kann im Gesellschaftsleben wie in der Politik und des Bestandes der Pflanzen und Tiere zur Ernährung bedarf, statt sich am Dufte der Blumen sättigen zu können.

Kleine Wiener Preistreibereien im Dreißigjährigen Kriege.

Vom Oberlandesgerichtsrat Dr. Emericch Prettenhofer.

Kriegsnot und Lebensmittelteuerung waren Geschwister auch in den Tagen unsrer Vorfahren. Ein Bild ihrer mannigfachen Leiden entwirft der Bericht der niederösterreichischen Regierung an den Kaiser vom 12. November 1646.

Damals drohten die Kriegsschrecken Wien näher denn in den 28 vorhergegangenen Kriegsjahren; die Schweden streiften von Böhmen her ins Waldviertel, Rakoczj suchte sich mit ihnen zu verbinden, und die schon zehn Jahre dauernden Friedensverhandlungen gingen nicht vorwärts.

Leiden heute die Festbesoldeten genug, um wie viel mehr damals jene, „welche — wie der Bericht besagt — Euer Kaiserlichen Majestät würdlich an Hof oder sonst dienlich . . . nicht der Zeit contentirt oder bezahlt worden“ — zumal die Soldaten der Stadtwache „weil der Zeit kein Mittel vorhanden, die Stadt-Garde zu bezahlen und zu unterhalten“ also die Fest-Unbesoldeten.

Die Frauen der Stadtsoldaten waren gezwungen, ihrerseits Verdienst zu suchen, und fanden denselben, indem sie sich als Zwischenhändlerinnen zwischen die „von dem Land hereinkommenden (so ein oder andere Lebens-Notdurfften zum Verlaufen herein bringen wollen)“ und die Stadt-Bevölkerung einschoben, indem sie den Landleuten, „auf dem Weg aufwarten, oder auf den Markt selbst sich unterstehen, solche (Lebensmittel) abschäßen, abtrugen, und andere zu einem leidentlichen wohlfeilen Kauf nicht kommen lassen, sondern eben dieselbe gleich darauf in viel höhern Wert feilbieten und verkaufen“.

Dieser preistreibersche Zwischenhandel war schon seit einem Jahrhundert durch zahlreiche „General-Mandate“ verboten worden. Wie wenig diese papiernen Verbote fruchteten, zeigt schon die Häufigkeit der Verordnungen, mit denen sie „erfrischt“ (neu eingeschärft) wurden.

Diesbezüglich klagt die Regierung in dem eingangs erwähnten Berichte:

„Dann Euer Kaiserl. Majest. selbst wohl wissen, was gestalt der Firkauß zu sehr eingerissen und dadurch die Theuerung unnothwendiger Weiß in die Stadt eingebracht worden. Welches Euer Kaiserl.“

Die Marktendereien unserer Armee.

Von Dr. Max Rosenberg.

Mit der Dauer des Krieges werden nicht nur die Kampf- und Verteidigungsmittel unserer Armee vervollkommen, auch ihre Wirtschaftsorganisationen werden von Tag zu Tag immer mehr ausgebaut. Verpflegung und Nachschub mit all ihren differenzierten Aufgaben werden immer vollständiger. Der Mangel am Quantum wird durch die qualifizierte Beschaffung und die bessere Konsumverteilung mehr als wettgemacht. Mögen die Nahrungsmittel sorgen im Hinterlande noch so groß sein, es ist reichlich dafür vorgesorgt, daß die Armee im Felde in dieser Hinsicht auch nicht den geringsten Mangel leidet. Während der Soldat als Konsument von der Armee all dasjenige, man könnte sagen als sein Pflichtteil erhält, was er zur Befriedigung seiner Existenzbedürfnisse benötigt, sind in der letzten Zeit bei unserer Armee auch Organisationen geschaffen worden, wo in gewisser Hinsicht mehr für seine Bequemlichkeit gesorgt ist. Es wird dem Einzelsoldaten die Möglichkeit geboten, sich bei Inanspruchnahme der ihm zur Verfügung stehenden Geldmittel Gegenstände zu beschaffen, die noch lange nicht zur Befriedigung von Luxusbedürfnissen dienen, die aber doch nicht unbedingt benötigt werden. Eine solche Einrichtung ist die Marktenderei, welche seit ungefähr einem Jahre bei der österreichisch-ungarischen Armee errichtet wurde.

Die Marktenderei ist eine bei den Kriegführenden Heeren ziemlich alte Einrichtung. Der Dreißigjährige Krieg kennt schon vollkommen die Marktendereien, welche mit der Landsknechtorganisation innig verknüpft sind. Die Marktenderein war eine bekannte Erscheinung. Schiller hat sie in „Wallensteins Lager“ verewigt. Der Siebenjährige Krieg kennt ebenfalls die Marktendereien, welche besonders bei den Franzosen ausgebildet waren. Auch im Krimkriege und in den Kriegen der sechziger Jahre des 19. Jahrhunderts finden wir sie. Die österreichischen Organisationsbestimmungen der achtziger und neunziger Jahre sehen noch die Marktendereinrichtungen vor. Erst der russisch-japanische Krieg hat damit gebrochen. Die unmodern erscheinende Gestalt des alten Marktenders ist verschwunden. Die moderne Verpflegsorganisation der neuzeitlichen Heere sah diesen alten Typus eines Händlers, der nichts anderes als die wichtigsten Bedarfsartikel Getreide, Brot und Fleisch mit sich führte, als überflüssig an. So ist auch in der österreichisch-ungarischen Armee die Einrichtung der Marktendereien noch vor dem Kriege aufgehoben worden. Sie war in ihrer ursprünglichen Form dem modernen Zeitgeiste nicht mehr entsprechend.

In diesem Weltkriege hat sie sich wieder eingebürgert. In den ersten Kriegsstadien, wo zumeist Bewegungskämpfe ausgehten wurden, wo die Heere rasch ihren Standpunkt wechselten, war für ihre Entwicklung keine richtige Gelegenheit geboten. Der moderne Train, der nur das Notwendigste mit sich führen durfte, sah die Organisation eines solchen kleinen Warenhauses als überflüssigen, entbehrlichen Ballast an, der nur schwer kreuz und quer hätte mitgeschleppt werden können. Erst als die stabile Front entstand, als der Bewegungskampf durch den Positionskampf abgelöst wurde, als mit Rücksicht auf die feste Front auch die Verpflegung des Heeres in gewisser Hinsicht Umwandlung erfuhr und für die Bequemlichkeit der Soldaten mehr gesorgt werden konnte, da begann auch das Warenhaus zu entstehen, das wohl den Namen Marktenderei von der früheren Organisation übernahm, in seinem ganzen Wesen aber von der alten Marktenderein grundverschieden ist. An der französischen Front wurde sie zuerst ausgebaut. Durch den Geschäftsgeist der großen deutschen Warenhäuser, welche ihre fahrenden Musterkollektionen in regelmäßigen Zeitabschnitten an die Front sandten, war der Ansporn zu ihrer Vervollkommnung gegeben. Bei der österreichisch-ungarischen Armee hat sie sich aus mehrfachen Gründen viel später entwickelt. Abgesehen davon, daß bei unserer Armee der Positionskampf dem Bewegungskampfe viel später wich, als es auf der französischen Front der Fall war, und sich schon deswegen die Marktendereien viel später herausbilden konnten, kam noch ein weiterer Umstand hinzu. Der Operationsraum der österreichisch-ungarischen Armee befand sich zum großen Teile auf eigenem Territorium. Die schon vom Frieden her in den Kampfgebieten etablierten Kaufleute konnten auch weiterhin den Frontsoldaten mit den von ihm benötigten Bedarfsartikeln versorgen.

Erst seit dem Vorjahre, als für den Privatkauflmann hinter der Front sich die Warenbeschaffung immer schwieriger gestaltete, als bei diesen Kaufleuten Mangel an vielen Waren eintrat, welche der Soldat nur ungerne entbehrte, als die weitere Fürsorge der Armeeführung für das Wohlergehen der Mannschaft in der Schaffung von Erholungsheimen ihren Ausdruck fand, wurde auch der Marktenderein ein größerer Wirkungskreis zugewiesen. Maßgebend war für ihre Errichtung das Bestreben, dem Soldaten all das zu verschaffen, was er ungerne entbehrte, und ihm daselbst oft zu einem Preise zu bieten, der ihn die Härten der herrschenden Warenteuerung nicht empfinden ließ. Nicht das Gewinnprinzip, respektive nicht das Bestreben, die Konkurrenz des Privatkauflmannes abzuschaffen oder ihre Wirksamkeit aufzuheben, war hier maßgebend, sondern rein die Fürsorge für die Wohlfahrt des einzelnen Soldaten.

Die Marktendereien sind in erster Reihe überall dort bei den Armeeformationen errichtet, wo die Bevölkerungsarmut des Geländes, das weite Abgelegenheit von größeren Ortschaften und die Verkehrsarmut es mit sich bringen, daß vom Frieden her keine Kaufleute vorhanden sind, welche dem Soldaten die vor ihm gewünschten Bedarfsgegenstände liefern könnten. In zweiter Reihe sind die Marktendereien gewöhn-

lich im Anschlusse an die Soldatenheime errichtet. Der einzelne Mann, der aus dem Schützengraben zur Erholung heraustritt und das Soldatenheim aufsucht, soll sich bei dieser Gelegenheit alles beschaffen können, was er sonst zu seiner Bequemlichkeit benötigt. Er erhält in der Marktenderein alle möglichen Artikel, die er schwer entbehrt, wie Hosenträger, Zwirn, Nadel, Messer, Gabel, Löffel, Briefpapier, Feldpostkarten, Schreibpapier, Tinte, Bleistift, Federn, Schere, Notizbücher, Taschenbörsen, Schuhwische, Schuhcreme, Schuh- und Kotbürsten, Kleiderbürsten, Kopfbürsten, Zahnbürsten, Zahnpasta, Hosenträger, Fußsocken, Fußlappen, Lampen, Kerzen, Batterien, Spiegel, Rasiermesser usw. Auch Wurstwaren werden hier feilgeboten. Die Liste ist natürlich sehr unvollständig. In einer Marktenderein ist gewöhnlich das Vielfache davon erhältlich. Die Warenpreise sind ungemein niedrig, manchmal sogar niedriger als im Hinterlande. Da die Marktendereien keine auf Gewinn berechneten Unternehmungen sind, werden auch manche Artikel unter dem sonstigen Einkaufspreise verkauft. Ich habe an einigen Orten die Preise der Marktendereien mit den jeweiligen ortsüblichen Preisen verglichen und dabei gefunden, daß bei den wichtigsten unentbehrlichsten Massenartikeln die Marktendereinpreise 30 bis 50 Prozent niedriger sind, als die jeweiligen ortsüblichen Preise. Trotzdem ist dies von keinem bedeutenden Schaden für diejenigen Kaufleute, welche in manchen Orten neben der Marktenderein vorhanden sind. Einerseits wird durch die Preisfixierung der Marktenderein ein gewisser Preisregulator gebildet, nach welchem sich die Kaufleute bei ihrer Preisbestimmung für ähnliche Artikel richten. Waren, welche die Marktenderein konkurrenzlos billig abgibt, führen sie einfach nicht, andererseits werden in diesen Marktendereien nur gewisse Einheitsformen geführt und kann der Kaufmann in branchenähnlichen Artikeln, welche den verschiedenen Geschmacksrichtungen entsprechen, auch weiterhin seine volle Tätigkeit entwickeln. Die Marktenderein hat aber noch einen Vorteil, der in der Stetigkeit ihres Betriebes liegt. Der Kaufmann hinter der Front kann nicht immer diejenigen Artikel, welche vom Soldaten benötigt werden, liefern. Einerseits spielen dabei die Beschaffungs- und Transport-schwierigkeiten eine große Rolle. Andererseits sind die Kaufleute hinter der Front in der ersten Zeit mit den Bedürfnissen des Frontsoldaten nicht recht vertraut. Es fehlen oft beim Kaufmann Artikel, die der Soldat nur schwer vermisst. Die Marktenderein hat in dieser Hinsicht einen stetigeren Betrieb. Die Einheitsware ist gewöhnlich vorhanden. Mit Transport-schwierigkeiten hat sie ungleich seltener als der Zivilkaufmann zu kämpfen.

Die Organisation der österreichisch-ungarischen Armeemarktenderein ist keine straffe und jeder einzelnen die Möglichkeit, sich den Bedürfnissen der jeweiligen Kampffront anzupassen. Infolgedessen ist die Zahl der angebotenen Artikel auch keine streng normierte. Es ist auch dem Belieben der einzelnen Geschichtsformation überlassen, wie sie sich eine solche Marktenderein einrichten will. In etwas engerem Zusammenhange sind gewöhnlich nur die Marktendereien der Soldatenheime, welche von einer Zentralverorgungsstelle mit den nötigen Waren versehen werden. Von dieser Zentralstelle werden dann auch die Preise für diese Artikel normiert.

Leiter der Marktendereien sind Soldaten, welche im Frieden Kaufleute waren. Diese Leiter haben den kaufmännischen Charakter der Marktendereien gewahrt und jeden bürokratischen Zug ferngehalten, so daß sie trotz ihres Wohlfahrtscharakters dennoch oft ganz hübsche Reingewinne aufzuweisen haben.

Neben diesen Marktendereien bestehen noch für die Ausrüstung der Offiziere Offiziers-Monturmagazine, in welchen die Offiziere gegen Entgelt alle zur Ausrüstung notwendigen Gegenstände erhalten können. In weiterem Sinne können auch diese als Armeemarktendereien angesehen werden. Auch hier sind die Preise in manchen Fällen bei Weitem niedriger als im privaten Handelsverkehr. Eine dritte Art der Marktenderein, die aber von den Militärmarktendereien in vieler Hinsicht verschieden sind und rein privat-wirtschaftliche Unternehmungen bilden, sind die sogenannten Armeemarktendereien. In größeren militärischen Verkehrszentren erhalten einzelne reelle und gut beleumundete Kaufleute das Recht, sich einen Laden aufzutun, diesen mit nützlichen Bedarfsgegenständen, die aber nicht unbedingt notwendig sind, wie Marmeladen, Jams, Sardinen, Liqueure und andere Getränke in Flaschen, eingelegte Früchte etc., auszustatten und die benötigten Waren im Hinterlande aufzukaufen. Diese Waren dürfen aber nur zu einem von der Armeeführung fixierten Preise an Militärpersonen abgegeben werden.

Langsam und allmählich hat sich die Organisation der Marktenderein entwickelt. Was hier entstand, ist noch unfertig, erst in der Entwicklung begriffen. Sie beginnt aber im modernen militärischen Wirtschaftsleben unserer Armee ebenso eine Lücke auszufüllen und wird ebenso als Wohltat empfunden, wie damals als Gustel v. Blasewitz mit den Friedländern und ihrer Marktenderein sich von Flandern bis Temesvar herumgetrieben.

26. VIII. 1917

182

Der Krieg in seinen wirtschaftlichen Folgen.

Neue Arbeitsbedingungen der Industrie.

Wien, 25. August.

Die Vorahnung einer neuen Zeit nach dem Abschlusse des Krieges mit vollkommen veränderten Arbeitsbedingungen und Verdienstmöglichkeiten erfüllt jetzt die ganze Industrie. Das Problem der kommenden Periode ist die möglichst große Ausnutzung der vorhandenen Arbeitsquellen, die weitestgehende Ausdehnung der industriellen Tätigkeit; nur durch eine Massenproduktion in größtem Stil können die ungeheuren Lasten getragen werden, die als furchtbare Erbschaft des Krieges zurückbleiben müssen, kann die heimische Industrie erfolgreich in dem Wettbewerb aller Nationen bestehen, die sich mit verstärkter Wucht auf die sich bietenden Verdienstgelegenheiten stürzen werden. Eine große Ausdehnung der industriellen Erzeugung mit der rationellsten Verwertung der Kräfte und weitgehender Herabdrückung der Generalpreisen ist das alleinige Mittel, um die Verteuerung der Gesteignungskosten aus den erhöhten Löhnen und den drückenden öffentlichen Abgaben zu überwinden. Für sie treffen die Werke die Vorarbeiten durch Errichtung neuer Anlagen aus den zurückgelegten Kriegsgewinnen, durch Zusammenhalten der Mittel, durch Anschaffung arbeitssparender Maschinen, durch Konzentration der Betriebe, durch Vereinigung gleichartiger Unternehmungen und Angliederung der der Gewinnung aller Hilfsstoffe dienenden Erzeugungsgestalten. Eine nach der anderen unter den großen deutschen Eisenwerksgesellschaften, zuletzt die riesigen Unternehmungen des Lothringer Hüttenvereines Namey-Friede, lehnen eine Dividendensteigerung ab und verwenden die gewaltigen Ueberschüsse, soweit sie nicht für die Kriegssteuern dienen, zu weitgehenden Abschreibungen, in der berechtigten Anschauung, daß die Industrie für die Anforderungen der neuen Zeit gar nicht stark genug sein könne. Auch in Oesterreich sind ähnliche Bestrebungen vorwaltend; die Abschlüsse der großen Unternehmungen im Herbst werden von ihnen nicht unbeteiligt bleiben können, zumal die augenblicklichen Schwierigkeiten der Erzeugung, insbesondere bei den alpenländischen Industrien, noch keineswegs voll behoben sind und erhöhte Vorsicht erfordern.

Die Hauptaufgaben bleiben die Sicherung der Rohstoffe und der Arbeiter. Die große Textilindustrie, die im Kriege aus der früheren schweren Ueberproduktion durch vollständige Abflößung ihrer Lager gesundet ist und mit erstarkter Kraft in die neue Zeit eintritt, ist mit dem Bezug der Baumwolle, der Wolle, der Jute und mancher Nebenartikel auf überseeische Bezüge angewiesen; ihre künftigen Arbeits- und Verdienstbedingungen, die Spanne ihrer Entfaltung werden durch die Friedensabmachungen bestimmt werden, bei deren Feststellung die Lieferung dieser Rohstoffe eine besonders gewichtige Rolle spielen muß. Zwar hat im Kriege gerade mit der Verwertung von Ersatzstoffen die industrielle Technik in Deutschland und Oesterreich gewaltige Erfolge erzielt; die Erzeugnisse werden auch im Frieden festgehalten, Holz, Papier, Zellulose werden für viele Gegenstände als Erzeugungsmittel beibehalten werden, das Schwergewicht wird aber auf den durch inländische Produktion nicht erzielbaren kostbaren tropischen Rohstoffen ruhen müssen. Ganz anders liegt die Sache bei jenen Industrien, deren Tätigkeit in der Gewinnung und Verarbeitung von Metallen liegt. Hier sind wir im Vereine mit Deutschland vom Auslande unabhängig und die vorhandenen Bodenschätze lassen noch eine verstärkte Ausbeute zu. Die Rohstoffgewinnung der Monarchie konnte auch im Kriege erhöht werden und erreichte im Jahre 1916 die Ziffer von rund 20 Millionen Meterzentner; der mäßige Rückgang des heurigen Winters infolge der ungünstigen, den Tagbau hindernden Witterungsverhältnisse wird sicherlich noch bis zum Jahreschlusse ausgeglichen werden, die Erzlager sind noch immer weiterer Erschließung fähig und manche neue Erwerbungen sind seitens einzelner der größten Gesellschaften im Zuge. An Eisenerz-Rohstoffen wurden schon vor dem Kriege alljährlich über 2 1/2 Millionen Meterzentner aus Deutschland bezogen. Diese Importe werden gesteigert werden können, weil die deutsche Eisenindustrie früher für die Ausfuhr gewaltige Mengen geliefert hat und ihr Absatz nach überseeischen Ländern wohl erst nach Jahren wieder den alten Umfang erreichen dürfte. Die Erzeugung von Stahl in Oesterreich und Ungarn ist im Kriege erheblich ausgedehnt worden, neue Anlagen sind entstanden und die ausreichende Versorgung des Inlandes mit Stahl unterliegt keinem Zweifel; eine andere Frage ist es, ob die Qualitätsstahlwerke, die ehemals auf den Export angewiesen waren, schon in der ersten Zeit für manche verloren gegangene ausländische Absatzgebiete einen vollen Ersatz in einer erhöhten Leistungsfähigkeit des inländischen Marktes finden werden. An Kupfer war vor dem Kriege der Verbrauch achtmal so groß als die eigene Erzeugung; im Kriege wurden aber neue Kupferlager erschlossen, viele Hütten wurden für die Kupfererzeugung umgestaltet, auch Deutschland hat uns Kupfer in größeren Mengen geliefert. Das neu eingeführte Ersatzmaterial hat sich für den Privatverbrauch gut bewährt. Für den enormen Verbrauch des Krieges an Kupfer sind wir mit der Erzeugung und den Vorräten des Inlandes gut durchgekommen, und so dürfte die Deckung des doch jedenfalls viel geringeren Friedensbedarfes kaum ernste Bedenken auslösen. In Blei bestand vor dem Kriege nur ein durch die eigene Gewinnung nicht gedecktes Defizit in der mäßigen Höhe von 70.000 Meterzentner, das von Deutschland ausgebracht wurde; die Bleiberger Union hat ihre Erzeugung beträchtlich erhöht und wird jeden Ausfall ausgleichen können. An Zink haben wir alljährlich fast 300.000 Meterzentner eingeführt und diese Zufuhren sind gesichert, weil die deutschen Zinkwerke sie jederzeit leicht beistellen. Die

Zinneinfuhr von rund 20.000 Meterzentner aus den britischen und holländischen Straits spielt wegen der geringfügigkeit der Ziffer keine Rolle. In manchen anderen Metallen, wie Antimon, Chrom, Mangan, Nickel, Wolfram, wurde während des Krieges unsere Erzeugung namhaft erhöht. Die stärkere Ausbeutung unserer Bauxitlager für die Aluminiumgewinnung ist im Zuge; in Böhmen gelangte vor kurzem der erste Nickelbergbau zur Verleihung. Die Fortschritte werden erst im Frieden mächtig hervortreten, wenn manches Geheimnis der auf den Krieg eingestellten Wirtschaft gelüftet sein wird.

Große Schwierigkeiten bereitet im vierten Kriegsjahre die Kohlenversorgung. Die Monarchie hat, seit sie Industriestaat geworden ist, ihren Kohlenbedarf aus eigener Erzeugung nie voll bestritten, sondern stets beträchtliche Mengen von Steinkohle, jährlich über 140 Millionen Meterzentner, aus Deutschland eingeführt; diese Bezüge sind aber namentlich im heurigen Jahre geschnitten, weil Deutschland die Uebernahme der Kohlenförderung für den eigenen Bedarf und für die Neutralen benötigt, überdies aus den gleichen Gründen wie die Monarchie mit den Schwierigkeiten in der Aufrechterhaltung der vollen Förderung zu kämpfen hat. Im Frieden wird der frühere Zustand allmählich hergestellt, unser Defizit mit der Zeit wieder in voller Höhe in Deutschland gedeckt werden. Das Augenmerk ist darauf gerichtet, die eigenen noch mächtigen Kohlenvorkommen aufzuschließen, allgemach den ganzen Kohlenbedarf selbst aufzubringen, wofür die natürlichen Voraussetzungen in vielen Lagern vorhanden sind. Die Großindustrie hat viele Gruben und Felder angekauft und wird bestrebt sein, sie so rasch als möglich der Erschließung und Erweiterung zuzuführen. Mehr als irgendeine andere Industrie ist die Bergwerksproduktion von der Sicherung der nötigen Arbeiter abhängig. Den Kohlenzechen wurden die erforderlichen Belegstellen durch die Militärverwaltung wiedergegeben, ihre Leistungsfähigkeit war jedoch im heurigen Frühjahr durch die ungenügende Ernährung vorübergehend wesentlich eingeschränkt, eine Einschränkung, die sich auch in anderen Schwerindustrien, namentlich bei einzelnen Hüttenwerken fühlbar machte. Die günstigere Ernte und die Erhöhung der Zuzufuhr an Brot und Mehl, nicht zum mindesten die besseren Aussichten der Kartoffeln machen die Erwartung begründet, daß in naher Zeit die volle Arbeitsleistung wieder hergestellt sein wird. Die großen Industrien, die viele Tausende von Arbeitern beschäftigen, waren gerade im letzten Jahre durch die Sorge einer ausreichenden Beschaffung von Lebensmitteln sehr bedrückt. Die Arbeiter begnügten sich nicht mit den höheren Löhnen, sondern begehrten größere Kopfsquoten an Nahrungsmitteln, die Sicherung einer besseren Ernährung, als sie durch den Kauf auf dem Markte möglich ist. Die Gesellschaften waren bestrebt, zur diese Zwecke bedeutende Vorräte aufzustapeln. Sie haben bisher überwiegend an dem Kontraktsystem festgehalten, die Versorgung aus Magazinen, Kriegsläden, die Vergebung der Lieferungen an Subunternehmer vorgezogen. Manche der vorgeschrittensten Gesellschaften sind auch zur Selbstversorgung übergegangen, haben sich landwirtschaftliche Betriebe anzuschließen begonnen. In nicht seltenen Fällen wurden den Industrien eigene Lieferungsanstalten für Lebensmittel und Bekleidungsanstalten, Bäckereien, Kantinen, Erzeugungsgestalten für Schuhe und Kleider angeschaffen; einzelne Unternehmungen haben Schrebergärten, Gemüsegärten, Kartoffelfelder den Familien ihrer Angestellten zur Bearbeitung zugewiesen. Einer der größten Betriebe der Munitionsindustrie hat für seine Beamten und Arbeiter landwirtschaftliche Mustergründe eingerichtet. Ueberall tritt das Bestreben hervor, im Kriege für die Lebenshaltung vorzuzuführen.

Was so als Ausnahme in der Not der schweren Kriegsjahre eingeführt wurde, wird ohne Zweifel auch im Frieden für eine längere Zeit erhalten bleiben. Nichts wäre verfehlter als die Annahme, daß mit dem Aufhören des Krieges, mit der Heimkehr der Soldaten sofort alle Schwierigkeiten behoben sein werden; im Gegenteil werden manche davon dann in verstärktem Umfange erst recht beginnen. Die großen Verluste an Mensajanleben, die langsame Demobilisierung, die schon jetzt sichtbare Abwanderung von Arbeitskräften auf das Land, wo die besseren Lebensbedingungen und die ausgeübtere Verpflegung winken, werden die Zahl der verfügbaren Arbeiter der Industrie wenigstens in der ersten Zeit namhaft einschränken. Die Hindernisse der Ernährung werden erst allmählich behoben, die Kaufkraft des Lohnes nur langsam auf die alte Höhe gebracht werden. Auch im Frieden werden den stärksten Zulauf von Arbeitern jene Industrien haben, welche die besten Bedingungen der Ernährung verheißen. Die Selbstversorgung der Unternehmungen mit Lebensmitteln wird noch für längere Zeit ein industrielles Problem bleiben. Schon vor dem Kriege waren Ansätze dieser Art vorhanden; es ist bekannt, daß eine der größten deutschen Kohlenwerksgesellschaften eine Schweinefütterung für ihre Arbeiter und Bediensteten eingerichtet, daß die Firma Krupp sich gleichfalls für solche Zwecke landwirtschaftliche Defonomen zugelegt hatte. Solche agrarische Betriebe im Besitze von Industrieunternehmen können, wenn sie von ersten, erfahrenen, sachlich gebildeten Verwaltern geleitet werden, weit höhere Erträge liefern als in der Hand der früheren bäuerlichen Besitzer; das ausgelegte Kapital kann auf diese Art seine Verzinsung bringen, obwohl der Ankauf nicht Selbstzweck war, sondern nur der Ernährung der Arbeiter diente. Einst war es eine lähne Neuerung, als die Hütten und Metallfabriken eigene Kohlenzechen erwarben; es ist nur ein weiterer Schritt der vollständigen Unabhängigkeit von äußeren Zufallsmomenten, wenn die Industrie daran geht, die Lebenshaltung der Arbeiter durch Angliederung landwirtschaftlicher Betriebe sicherzustellen. Eines der maßgebenden Ziele der Friedenswirtschaft wird die Erhaltung der erforderlichen Arbeiter, die Hebung ihrer produktiven Leistungsfähigkeit bilden müssen.

2. IX. 1918

183

Der Krieg in seinen wirtschaftlichen Folgen.

Rohstofficherung der Industrie.

Wien, 1. September.

Die Abschlüsse der großen deutschen Eisenwerke, soweit diese ihre Geschäftsperiode mit dem Halbjahr beendigen, rücken nun einer nach dem andern auf den Plan, die Bilanzen der österreichischen Unternehmungen werden in einigen Wochen folgen. Bei den deutschen Gesellschaften kommen größere Steigerungen der Ausschüttungen nur dort vor, wo die überquellenden Gewinne allem Anschein nach durchaus nicht mehr zu verstecken waren; im großen und ganzen hält die Schwerindustrie an dem im vorigen Jahre erreichten sehr günstigen Niveau fest. Auch die österreichischen Werke dürften nur in vereinzelt Fällen über die letzten Dividenden hinausgehen; dort, wo ausnahmsweise ungünstige Betriebsverhältnisse wie in den Alpenländern vorliegen, wurde jetzt bereits auf eine empfindliche Schmälerung vorbereitet, die Tendenz, die Zukunft sicherzustellen, die Grundlagen der Erzeugung möglichst zu verbreitern und unerschütterlich festzusetzen, wird alle anderen Erwägungen zurückdrängen. Die Unternehmungen der Eisenhüttenindustrie sind in Oesterreich-Ungarn wie in Deutschland zumeist gemischte Betriebe; sie haben alle ihren eigenen Brennstoff, der wenigstens einen Teil des Bedarfs deckt, eigene Erzgruben im Inlande oder selbst in entfernten auswärtigen Staaten und verarbeiten zum Teil das erzeugte Roheisen in eigenen Walzwerksanlagen weiter. Dieser Prozeß geht schon auf Jahrzehnte zurück und ist in anhaltendem Fortschritt; das Bestreben, sich unabhängig zu machen, beherrscht die Geschäftspolitik. Die kostbare Backkohle, dieser unentbehrliche Hilfsstoff der Hochöfen, mußte früher fast ganz aus dem Auslande bezogen werden; im letzten Jahre vor dem Kriege hatte die Monarchie noch 9,3 Millionen Meterzentner Koks eingeführt. Durch Vereinbarungen auf mehrere Jahre wurde der Preis dieses wichtigen Erzeugungsmaterials und damit die Grundlage der Produktion sichergestellt; ein guter Koksfluß galt als Befähigungsnachweis für die Führung eines großen Eisenwerks. Schon in den letzten Jahren wurden viele hunderte neuer Koksöfen aufgestellt, die Erzeugung wurde vervielfacht; große Gesellschaften suchten selbst um hohen Preis zum Verkaufe angebotene Steinkohlengruben zu erwerben, und es ist nur mehr eine Frage kurzer Zeit, daß die heimischen Werke den für ihren Betrieb erforderlichen Koks aus eigenen Schächten in eigener Erzeugung herstellen werden.

Die gleichen Ziele verfolgen auch manche Eisen verarbeitende Unternehmungen; die größten unter ihnen, die Skoda-Werke, die Poldi-Hütte, Böhler, haben in den Kriegsjahren Kohlenzechen angekauft, die wenigstens einen erheblichen Teil ihres Bedarfs decken. Manche Werke sind bemüht, andere Roh- und Hilfsstoffe zu gewinnen, die sich im Kriege als besonders kostbar erwiesen haben; das Eisenwerk C. T. Pezold & Co., das bereits eine eigene Kohlengrube besitzt, hat erfolgreiche Schürfungen auf Mangan- und Eisenerze in Böhmen durchgeführt, die zu Verleihungen von Grubenfeldern führten. Die Aktiengesellschaft der Rothau-Neudeker Eisenwerke beutet seit einiger Zeit den Eisensteinbergbau bei Platten aus, der heute vorwiegend Manganerze liefert. Für die Zukunft beabsichtigt die Gesellschaft, die übrigen in der Umgebung gelegenen Eisenerzlager abzubauen und zur Verwertung der Erzeugnisse einen eigenen Hochofen zu errichten. Die Skoda-Werke haben neben einigen Metallergruben in Böhmen einen Eisensteinbergbau erworben und in Betrieb gesetzt; sie haben ferner um billigen Preis das Gradeker Walzwerk, diesen alten Zankapfel früherer Kartellkämpfe, angekauft, um einen erheblichen Teil ihres Stahlbedarfes sicherzustellen. Auch die Gründung der neuen Erzhitte beweist, daß den an ihr teilnehmenden Unternehmungen der Qualitätsstahlindustrie der Bezug der bei der Stahlerzeugung benötigten Materialien und Zuschläge aus eigenen Betrieben von Vorteil erscheint. Andere, nicht minder wichtige Bestrebungen sind darauf gerichtet, für die im Kriege errichteten, der Erzeugung von Heeresartikeln gewidmeten Anlagen im Frieden anders geartete lohnende Beschäftigung zu finden. Es ist ein Akt selbstverständlicher Vorsicht, daß Maschinen und Einrichtungen dieser Art aus den Kriegsgewinnen gänzlich abgeschrieben werden; die Anlagen sind aber doch nicht wertlos geworden und lassen vielfach den Uebergang zu einer anders gearteten Verwendung, zur Erzeugung von Friedensfabrikaten, zu. So hat die Krainische Industrie-Gesellschaft, die jetzt ausschließlich für das Heer arbeitet, in Klagenfurt eine Elektrodenfabrik errichtet. Die Steyrer Waffenfabrik baut eine große Automobilfabrik und hat für ihren Bedarf die Werke der Steirischen Gußstahlindustrie sich zugelegt, die den feinsten Elektrostahl in Quantität und Qualität, insbesondere Schmiedestücke und Werkzeuge, herstellen. Die Freistädter Eisenwerke haben sich ebenfalls vergrößert und werden binnen kurzem die Erzeugnisse des neu entstandenen Press- und Walzwerks, nämlich Bedarfsgegenstände der Automobilfabrikation, auf den Markt bringen. Pläne zur Umgestaltung solcher Anlagen, die für den Krieg errichtet wurden und jetzt für andere Zwecke ausschließlich Verwendung haben, werden sorgfältig erwogen, sind teilweise auch schon in Vorbereitung. Daß solche Betriebe nicht brachliegen dürfen, daß die Arbeiter dauernde Beschäftigung erhalten, ist ein Gebot volkswirtschaftlicher und sozialer Notwendigkeit. Die reichen Gewinne, die im Kriege erzielt wurden, bieten die Mittel zur Sicherung ausreichender Friedensarbeit.

Die große Eisenindustrie, die Maschinenfabriken, die Unternehmungen zur Verarbeitung wichtiger Metalle haben ihren Rohstoff im Lande und verstehen es immer mehr, die Bezüge aus Staaten, die jetzt uns feindlich sind, durch andere Erzeugungsmaterialien zu ersetzen. Anders ist es mit der Textilindustrie, die früher die maßgebenden Roh- und Hilfs-

stoffe ausschließlich aus der Fremde geholt hat und im Kriege durch das Ausbleiben solcher überseeischer Zufuhren ihre Erzeugung wesentlich einschränken oder auf eine andere Grundlage stellen mußte. Im Frieden hatte die Monarchie regelmäßig 800.000 Ballen Baumwolle eingeführt; als im Kriege diese Importe allmählich ganz aufhören mußten, wurden zunächst die im Lande befindlichen erheblichen Vorräte aufgearbeitet. Allmählich sind auch diese Lager erschöpft, die vorhandenen Baumwollmengen dürften nur mehr einen minimalen Umfang haben. Die Textilfabriken mußten mit der Zeit ihre Produktion namhaft vermindern, auf den dringendsten Bedarf, insbesondere auf die Erfordernisse des Heeres beschränken. Manche der großen Fabriken stehen an einzelnen Tagen der Woche still, den Arbeitern werden aber, soweit sie nicht anderweitig beschäftigt sind, volle Löhne gezahlt, was den Unternehmern durch die Gewinne aus den früheren Lieferungen und dem Verkauf ihrer Lager ohne übergroße Opfer möglich ist. Viele von ihnen haben sich auf Ersatzstoffe geworfen, hier mannigfache Erfolge erzielt und die Wirkung der englischen Blockade wenigstens zum Teil gebrochen. Ueber den Wert der Verarbeitung der Wessel lauten die Urteile verschieden; sie liefert bisher noch nicht durchwegs ein allen Anforderungen entsprechendes preiswertes Erzeugnis. Dagegen werden jetzt mit günstigen Ergebnissen Papiergespinne als Ersatz für Baumwollgarn hergestellt. Aus diesem Stoff werden manche Wäschsorten, Säcke, ordinäre Teppiche und andere Gegenstände dieser Art angefertigt. Die Verwendung dieser Textilstoffe hat im Kriege in Oesterreich wie in Deutschland überraschende Fortschritte gemacht; namentlich werden in jüngster Zeit viele Wirkwaren, die aus solchen Gespinnten hergestellt wurden, sehr gelobt, als durchaus geeignet und widerstandsfähig bezeichnet. Besser als die Baumwollspinnereien sind die Schafwollfabriken daran. Unsere Wollherzeugung betrug vor dem Kriege 64 Millionen Pfund, war bedeutend stärker als jene Deutschlands und die fünfgrößte unter allen europäischen Ländern. Wir haben stets bedeutende Wollmengen aus den Balkanländern und aus der asiatischen Türkei bezogen und die Wollegewinnung in Kleinasien, wo die klimatischen Bedingungen günstig sind, könnte leicht vervielfacht werden. Auf die Dauer würden wir die überseeischen Bezüge nicht ganz entbehren können, im Kriege können wir bei der notwendigen Sparsamkeit im Verbräuche noch für sehr geraume Zeit durchhalten. An Flachs und Hanf hatten vor dem Kriege Oesterreich und Ungarn rund 800.000 Meterzentner geerntet, eine größere Menge wurde aus der Fremde bezogen, wozu noch die Einfuhr von 600.000 Meterzentner Jute trat. Für die letztere wurde gleichfalls zu einem Teile durch heimische Materialien ein allerdings sehr notdürftiger Ersatz geschaffen.

Daß auch nach dem Friedensschlusse nicht sofort auf die Zufuhr der Rohstoffe in voller früherer Höhe gerechnet werden kann, ergibt eine oberflächliche Erwägung. Die ganze Welt ist ausgehungert, England und Frankreich haben selbst einen enormen Bedarf; die ungestillt hervortretenden Ansprüche werden ein Mehrfaches der verfügbaren Mengen erreichen; daß wir und Deutschland in bevorzugter Weise vor den mit Amerika verbundenen Weststaaten befriedigt werden sollten, ist nicht anzunehmen. Zwar haben unsere und die deutschen Fabrikanten während des Krieges in den damals noch neutralen Vereinigten Staaten für den Friedensfall größere Mengen von Baumwolle abgeschlossen und zum Teile bereits bezahlt, doch herrscht über den Zeitpunkt der Lieferung naturgemäß volle Ungewißheit. Berechnet zu den ehemaligen Friedenspreisen hatte die Jahreseinfuhr in Baumwolle, Wolle, Flachs und Jute einen Geldwert von 600 Millionen Kronen; seither sind die Preise in Amerika und England auf weit mehr als das Doppelte gestiegen und stellen sich für Oesterreich und Ungarn wegen der Verschlechterung des heimischen Geldwertes noch viel ungünstiger, vielleicht auf das Vierfache des früheren Ausmaßes, so daß die damalige Menge mit 3 oder 4 Milliarden bezahlt werden müßte. Wir werden infolge der mehrjährigen Absperrung einen höheren Bedarf haben, aber nur einen Teil der benötigten Ware erhalten, schon weil wir sie schwerlich in voller Höhe bezahlen könnten. Daraus folgt, daß wir noch für geraume Zeit nur die allerunentbehrlichsten Mengen aus dem Auslande zuführen können und sehr erhebliche Teile des Bedarfs aus der eigenen Erzeugung werden decken müssen. Die verachteten Ersatzgarne werden noch lange hinaus Produktionsmaterial bleiben, im Gegenteil werden wir trachten müssen, die Erzeugung zu steigern, die Mengen, die im Kriege aus dem befreundeten oder neutralen Auslande zugeführt wurden, selbst herzustellen, was bei dem Holzreichtum des Landes nur eine Frage der Maschinen und Arbeitskräfte ist. Die Wolle aus Kleinasien und die Vermehrung der eigenen Schafzucht wird im Frieden eine viel größere Rolle als ehemals spielen müssen. Auch für eine Erweiterung des Flachsbauens sind im Lande die natürlichen Voraussetzungen in manchen niederschlagsreichen Gebirgsgegenden günstig; es muß nur der nötige Samen beschafft, der Landwirtschaft die erforderliche Belehrung erteilt, die Grundlage durch mehrjährige Lieferungsverträge hergestellt werden. Not lehrte arbeiten und erfindungsreich werden, eine große Errungenschaft des beispiellosen Notstandes im Kriege wird die Erhaltung der zahllosen Fortschritte und Ersatzproduktionen sein. Die deutsche Regierung hat in voller Erkenntnis dieser Sachlage die Verträge mit manchen dieser Ersatzstoffindustrien, namentlich mit den Papierfabriken, bis zum Jahre 1920 ausgedehnt. Die überseeischen Rohstoffe, Baumwolle, australische Wolle und indische Jute, werden in den ersten Friedensjahren nur für den allerdringendsten Bedarf herangezogen werden, für die normalen Erfordernisse wird das minder feine Erzeugnis der heimischen Wirtschaft noch für längere Zeit erhalten müssen. Erst in stufenweiser Entwicklung wird, wenn überhaupt in vollem Umfange, der frühere Zustand der ausschließlichen Verwendung der amerikanischen Baumwolle und anderer tropischer Rohstoffe der Textilindustrie wiederhergestellt werden können.

rechterhaltung des Handelsstandes für notwendig halten, zu der Anschauung gelangten, daß dieser tatsächlich nicht die ihm zukommende Funktion auszuüben vermöge und daher auszuschalten sei. Der Ruf nach „Freiheit des Handels“ ist deshalb mit großer Vorsicht aufzunehmen.

Man muß sich nur die Wirkungen des Krieges auf den Handel in Erinnerung zurückrufen und die Folgen überdenken, die das vollständig ungebundene Treiben im Handel unmittelbar nach Ausbruch des Krieges bewirkt hat. Es ist einfach Tatsache, daß mangels jeder zweckmäßigen wirtschaftlichen Organisation im Handel die Preise stündlich ohne sichhaltige Gründe gestiegen sind und sich der Preis einzelner Waren innerhalb weniger Tage oft vervielfacht hat; niemand wird mit Bestimmtheit angeben können, welches Ende es genommen hätte, wenn nicht die Autorität der Staatsgewalt eingegriffen hätte. Es ist kein leeres Schlagwort, daß die zügellose Freiheit des Handels den Staat in Gefahr hätte bringen können oder müssen, und es ist nur ein schwacher Trost, daß sich der legitime, der reelle Handel von diesem Treiben fern gehalten hat. Denn auch durch das bloße Sichsicherhalten von der Betätigung der Güterverteilung wäre für den Staat eine Gefahr entstanden, wenn dann nicht andere Elemente die Funktion ausgeübt hätten, die jene ausüben hätten sollen, die hiezu berufen gewesen wären.

Gerade der Umstand, daß sich der legitime, reelle Handel fern halten mußte, um nicht seinen Ruf in Gefahr zu bringen, weil er den Kampf mit den un-reellen Elementen im Kaufmannstande nicht aufnehmen konnte, da letztere alles überwucherten oder niedertraten, was nicht ihrem Ideengang folgte, ist allein schon ein vollgültiger Beweis, daß der Handel vor dem Kriege nicht jene Grundlage besessen hatte, die ihn befähigten, Unzukömmlichkeiten und Mißbräuche innerhalb seines Standes zu beseitigen. Zweifellos wäre unter jenen Umständen, wie sie unmittelbar nach Ausbruch des Krieges geherrscht haben, die überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung finanziell ruiniert oder gar dem Hunger preisgegeben worden, weil sie einfach die Preise, die neben den Lebensmitteln schließlich auch andere Bedarfsartikel erreichten, nicht mehr zu erschwingen vermocht hätte. Das System des „freien Spiels der Kräfte“ hat unzweifelhaft versagt und es kann darum dem Staate nicht nur nicht verübelt werden, wenn er eingegriffen hat und die Güterverteilung durch Zentralstellen zu regeln versuchte. Ja, es war dies unzweifelhaft ein Gebot der Notwendigkeit zum Schutze des Staates und zum Schutze der Bevölkerung. Offen bleibt nur die Frage, ob der Staat auch die richtigen Mittel angewendet hat, um aus dem Dilemma, in welchem sich der legitime Handel, der Staat und die Bevölkerung befanden, herauszukommen; sie mag wohl verneint werden. Keinesfalls kann irgend jemand, der das Wohl der Gesamtbevölkerung im Auge hat, die alte Wirtschaft zurückwünschen. Auch der Handelsstand muß erkennen, daß er den großen Aufgaben, die ihm der Krieg auferlegt hat, ohnmächtig gegenüber gestanden ist, und ein Eingriff des Staates als das einzig mögliche Auskunftsmittel betrachten, damit der Handel sich seiner Aufgaben und Pflichten besinne und über Mittel und Wege berate, die geeignet wären, ihn auf eine festere Grundlage zu stellen, als er vor dem Kriege und zwar derart, daß er befähigt ist, auch in schwierigen Zeiten der Verhältnisse Herr zu werden. Daß das Eingreifen des Staates nicht ohne Reibung vor sich gehen konnte, ist klar, waren doch alle Warnungen vergebens und schien es doch eine zeitlang, daß selbst die Autorität des Staates gegen Uebergriffe des unlauteren Handels ein Kampf gegen Windmühlen sei. Es kann hier nicht untersucht werden, wen die Schuld hierfür trifft, sicher aber ist es, daß der reelle Kaufmann unter jenen schmachvollen Zuständen am schwersten gelitten hat, sowohl der Einzelne als der ganze Stand, den das Treiben der unsauberen Elemente um das Vertrauen der Bevölkerung brachte. Wieviele ganz Unschuldige wurden vor Gericht gezerrt! All dies hätte vermieden werden können, wenn der Handel über eine gut funktionierende Organisation verfügt hätte. Mit der Errichtung der Zentralstellen und der Ueberleitung der Warenverteilung auf nichtkaufmännische Organisationen ging eine völlige Ausschaltung des Kleinhandels, der gewiß an jenem verwerflichen wucherischen Treiben keinen Anteil hatte, aber wieder einmal für die Sünden anderer büßen mußte, Hand in Hand. Die Schwankungen der Behörde bei Errichtung der Zentralen sind noch in voller Erinnerung und nur der Vollständigkeit halber sei erwähnt, daß ursprünglich mit der Schaffung der Zentralen die Warenverteilung ausschließlich durch die Gemeinden geplant war und erst, als sich dieser Weg als ungangbar erwies, der Staat daranging, neue Organisationen zu schaffen (Lebensmittelabgabestelle des Handelsministeriums, Reichswirtschaftsbund der Festangestellten usw.) und die bestehenden freien Organisationen (Frauenorganisationen usw.) auszubauen und durch Zuteilung von Waren, die staatlich bewirtschaftet werden, in einer Weise zu beteiligen, daß für die gesamte übrige Bevölkerung fast nichts übrig blieb. Es folgte die Lebensmittelorganisation für die Arbeiter von Munitionsfabriken, die Organisation der Kommunalangestellten, die Organisation aller Arbeiter der übrigen Industrien.

Rechnet man zu allen neuen Organisationen die schon früher bestandenen Verbraucherorganisationen hinzu und bedenkt man, daß alle diese Organisationen bevorzugte Lieferungen von allen staatlich bewirtschafteten Waren haben, muß jedem Einsichtigen klar sein, daß bei einer Fortdauer dieses Systems e i u

Niederbruch des Kleinhandels unvermeidlich ist. Denn wer wird sich nicht einer Organisation anschließen, wenn er dort alle Waren bekommt, während die nicht organisierte Bevölkerung hungern kann, ohne daß sich der Staat darum kümmert. Ist aber der Niederbruch eines ganzen Standes an und für sich vom volkswirtschaftlichen Standpunkte zu beklagen, so ist dies umso mehr bei einem Stande, der bis nun redlich seine Pflichten gegenüber dem Staate und der Bevölkerung erfüllt hat und an dessen Stelle nichts Besseres gesetzt werden kann, der nur niederbrechen soll, weil wenige, aber umso einflussreichere und kapitalstärkere Leute vom System des freien Spiels der Kräfte nicht lassen wollen, um ihre eigenen Taschen zu füllen, und weil die Regierung, bezw. der Staat in die allerdings etwas verworrenen Verhältnisse im Handel nicht eingreifen, sondern lieber einer gesunden Ordnung aus dem Wege gehen will, indem neue Organisationen mit der Bestimmung geschaffen werden, den Handel auszuschalten. Daß dem Niederbruch des Kleinhandels schließlich aber auch der völlige Bankrott des Großhandels (Verteilungshandel) folgen muß, wird von den Verehrern des unbedingten Freihandels ganz übersehen. Sind einmal die neuen Organisationen festgegliedert, werden sie zwar weitere Glieder vom Erzeuger bis zu ihrer Zentralgliederung nicht entbehren können, sie werden sich aber auch hier nicht der bisherigen Glieder (Großhandel und Industrie) bedienen, sondern gleichfalls neue schaffen, die auch den Import und die Industrie bedrohen können (Hammerbrotpwerke, Zeinleinkaufsgenossenschaft deutscher Konsumvereine) und kommt ihnen auch hier noch die Mithilfe der Regierung zugute, weil der Handel justament auf seinen alten Ueberlieferungen beharrt, dann stehen wir vor einer Umwälzung, die Hunderttausende von Existenzen begräbt, ohne daß daraus für die Allgemeinheit ein wirtschaftlicher Vorteil erwächst. Und dies alles nur wegen der Selbstsucht einzelner und wegen des Mangels an Voraussicht und weil viele an der kapitalistischen Wirtschaftsordnung hängen!

Darum aber kann und darf es nicht zur gänzlichen Rückkehr der früheren Wirtschaftsordnung kommen. An Stelle des kapitalistischen Handels muß der soziale Handel treten. Es dürfen nicht einige wenige Leute innerhalb weniger Jahre Millionen um Millionen aus der Bevölkerung und dem Kleinhandel ziehen, die dann fortwährend (nicht nur den Kleinhandel, sondern auch die Bevölkerung) mit diesen Millionen wirtschaftlich bedrohen. Es muß das Interesse an der Verarmung des Kleinhandels und der Bevölkerung ausgeschaltet werden, was aber nur möglich ist, wenn man soziale wirtschaftliche Kleinhandelsorganisationen schafft, die ihren Einfluß in sozialer Beziehung nach unten und oben ausüben. Diese sozialen, wirtschaftlichen Kleinhandelsorganisationen, nennen wir sie kurz Kaufmännische Einkaufsgenossenschaften, in steter Fühlungnahme mit dem organisierten Großhandel (Import) und der Industrie bieten ein sicheres Unterpfand für den Bestand und die Weiterentwicklung des Handels während des Krieges, der Uebergangswirtschaft und der Friedenszeit.

Die Kriegs- und Uebergangswirtschaft und die Detailkaufmannschaft.

Von Johann Feldmann, Direktor der Großeinkaufsgesellschaft der Kaufleute in Wien.

Wie einschneidend der Krieg auf das Wirtschaftsleben im allgemeinen ist, läßt sich täglich beobachten. Wie einschneidend er jedoch insbesondere auf den Handel ist, können wohl nur die daran Beteiligten beurteilen. Eine Reihe von Existenzen wurde vollständig ausgeschaltet, andere fristen ihr Dasein nur unter den schwierigsten Verhältnissen weiter, ohne Aussicht auf Besserung. Diese unhaltbaren Verhältnisse sind bereits auch den maßgebenden Faktoren und insbesondere der Regierung klar geworden, die wohl darum einen Ausschuss der Kaufmannschaft zur Regelung der Kriegs- und Uebergangswirtschaft eingesetzt hat. Nur zu häufig wird das Wort „Uebergangswirtschaft“ mißdeutet, als habe diese den Zweck, uns wieder in die vor dem Kriege bestanden Verhältnisse zurückzuführen. Darin aber liegt eine große Gefahr. Wissen wir doch, daß die Zustände vor dem Kriege auch ohne die schweren Erschütterungen im Wirtschaftsleben, wie sie uns der Krieg gebracht hat, nicht hätten aufrechterhalten werden können. Durch eine Zurückleitung zu den früheren Verhältnissen würden wir uns daher auf einen so unsicheren Pfad begeben, daß der Handel bei der geringsten wirtschaftlichen Erschütterung versagen würde und die Gefahr bestünde, daß dann auch jene Faktoren, die heute noch die Auf-

Industrielle Vorbereitungen für die Friedensarbeit.

Innerhalb der Industrie konnte man in letzter Zeit beobachten, daß man sich bereits mit den Vorbereitungen für die kommende Friedensarbeit beschäftigt. Industrielle Kreise vertreten die Ansicht, daß angesichts der gewaltigen Anforderungen, die die kommende Friedensperiode an die Gesamtindustrie stellen wird, mit den Vorarbeiten nicht gesäumt werden dürfe. In Erkenntnis dessen hegt die Industrie denn auch nach wie vor schwere Bedenken gegen die geplante Zusammenschließung einzelner Betriebe zwecks Erleichterung der Kohlenversorgung, da mit derselben — soll der Zweck erreicht werden — logischerweise auch die Stilllegung weniger wichtiger Betriebe Hand in Hand gehen muß. Eine auch nur vorübergehende Stilllegung erspäuert aber den betroffenen Betrieben die seinerzeitige Wiederaufnahme der Erzeugung ungemein, sie schließt ferner auch die rechtzeitige Durchführung von Vorbereitungs- und Instandsetzungsarbeiten vollkommen aus.

Umfangreiche Vorbereitungen für die Friedensarbeit hat unter anderem die Maschinenindustrie getroffen. Dieser Industriezweig rüstet vor allem in der Erwägung, daß in der nächsten Zeit nach Beendigung des Krieges der Inlandsbedarf vorwiegend von der heimischen Maschinenindustrie zu decken sein wird. Oesterreich hatte vor dem Kriege eine beträchtliche Maschineneinfuhr aus dem Zollauslande; der Export nach Ungarn, Rußland, Rumänien und Serbien hat beitem nicht die Gesamteinfuhrmenge erreicht. An der Maschineneinfuhr hatte Deutschland einen Anteil von zirka 70 Prozent, doch waren auch England und Amerika mit sehr ansehnlichen Mengen am Import beteiligt. Die Gesamteinfuhr der uns heute als Feinde gegenüberstehenden Staaten ist denn auch eine recht beträchtliche. Dagegen war umgekehrt unser Maschinenexport nach Amerika und England ganz unbedeutend. — Schon aus der eben geschilderten Situation, wie sie vor Kriegsausbruch bestanden hatte, ergibt sich, daß das Hauptarbeitsfeld unserer Maschinenindustrie nach Friedensschluß der Inlandsmarkt sein wird.

Von den einzelnen Zweigen der Großmaschinenindustrie ist hinsichtlich fast aller Zweige über beträchtliche Betriebserweiterung zu berichten. Die meisten Gesellschaften haben auch gewaltige Finanzmittel reserviert. Einzelne Zweige der Maschinenindustrie, die in den beiden Vorjahren noch größtenteils auf die Aufträge der Seeresverwaltung in Kriegsmaterial angewiesen waren, haben die normale Tätigkeit in beschränktem Umfang aufgenommen. Hierher gehört unter anderem die landwirtschaftliche Maschinenindustrie. — Eine ganz bedeutende Ausdehnung hat während der letzten Zeit die Automobilindustrie erfahren. Es wurden nicht nur alle Werksanlagen der bestehenden Fabriken bedeutend erweitert; es sind auch bekanntlich neue Fabriken im Entstehen. Nach Beendigung des Krieges dürfte die österreichische Automobilfabrikation über eine Kapazität verfügen, die nach dem Dafürhalten von Sachmännern auf ein Vielfaches derjenigen von 1913 zu veranschlagen ist. Die Tätigkeit der Autoindustrie dürfte in der nächsten Zeit nach Friedensschluß gleichfalls zum Großteil dem Inlande gewidmet sein, worauf schon die hohen Einfuhrziffern der letzten Jahre vor Kriegsausbruch schließen lassen. Bezüglich des Exports nach Ungarn muß berücksichtigt werden, daß auch die ungarische Automobilindustrie sich ganz wesentlich ausgedehnt hat. — Die in jüngster Zeit geführten Fusionsverhandlungen, die bisher allerdings kein positives Resultat ergeben haben, scheinen gleichfalls den Zweck zu verfolgen, durch Zusammenschlüsse oder Schaffung von Interessengemeinschaften die Leistungsfähigkeit der Unternehmungen weiter zu erhöhen, um so in Zukunft auch gegen die ausländische Konkurrenz erfolgreich ankämpfen zu können.

Eine wesentliche Hemmung in der Entwicklung der jungen und aufstrebenden Automobilindustrie Oesterreichs würde die Verwirklichung von Steuerprojekten, wie sie in letzter Zeit aufgetaucht sind, bedeuten. In der Zeit nach dem Kriege, wo es sich darum handeln wird, menschliche und tierische Arbeitskraft möglichst durch motorische zu ersetzen, würde eine Automobilsteuer zumindest der kleineren Industrie und dem Gewerbe, die infolge des Pferdemanngels zur Anschaffung von Motorlastwagen werden gezwungen sein, die Einstellung solcher Transportmittel erschweren und dadurch die Herstellung von Lastwagen überhaupt beschränken.

Was die Frage der Rohmetallbeschaffung für die Maschinenindustrie anlangt, so dürfte diese bis zur Beendigung des Krieges gelöst sein. Der nur in Kupfer zu erwartende Mangel kann durch Verwendung von Ersatzmetallen wie dies bereits heute mit Erfolg teilweise geschieht, ausgeglichen werden. Eisen und Stahl werden aber nach Kriegsbeendigung auch für die Maschinenfabrikation wieder in genügenden Mengen zur Verfügung stehen.

Wichtig für die Versorgung des Inlandes mit Maschinen wäre, daß jene Fabriken, die heute durch die Ausführung von Seeresaufträgen nicht mehr bis zur vollen Leistungsfähigkeit in Anspruch genommen sind, sobald als möglich die Fabrikation der am meisten begehrten Maschinen forcieren, um Lagerbestände zu schaffen. Gegenwärtig ist das hierzu erforderliche Material jedoch nur in sehr beschränkten Mengen erhältlich. Die Lagerbestände an Einzelmaschinen, wie sie früher in den verschiedensten Arten, zum Beispiel von Werkzeugmaschinen usw., bestanden haben, sind nämlich schon seit langer Zeit vollständig geräumt.

(Zollunion mit Deutschland?) Aus Budapest wird uns berichtet: Einiges Aufsehen in politischen Kreisen erregt die Stellungnahme leitender Agrarier Ungarns — für eine Zollunion mit Deutschland! Bisher verfochten die meisten Agrarier den Standpunkt, daß das selbständige Zollgebiet geschaffen werden müsse, weil nur solcherart die ungarische Landwirtschaft prosperieren könne. Daß nunmehr aber von den Naumannschen Vorschlägen in Hinsicht auf ein wirtschaftlich starkes Mitteleuropa ausgehend, die ungarischen Agrarier dem Gedanken einer Zollunion ihre Zustimmung zu schenken beginnen, löst hierzulande ebensolche Ueberdassung wie Bestremdung aus. Es macht nämlich den Eindruck, als hätten sich die reichsdeutschen Agrarier mit den ungarischen verständigigt, und es solle nun ein gemeinsamer Angriff gegen die Industrie unternommen werden. Zumindest wird in den bereits in der Presse zur Diskussion gestellten Vorschlägen der ungarischen Agrarier als erste Forderung die strenge Absperrung des deutschen und österreichisch-ungarischen Konsumgebietes gefordert, und nur als Mitinteressenten zweiter Güte werden Bulgarien, Serbien und eventuell Polen in Betracht gezogen. Rußland soll total ausgeschaltet bleiben, also Deutschland keine Berealien mehr liefern, auch die Einfuhren aus Skandinavien (Wied, Butter), Schweiz (Wied und Käse), Belgien, Frankreich, Italien (Gemüse, Obst) unmöglich gemacht werden. Kurz, die Agrarier Mitteleuropas würden nach diesem Plan Mitteleuropa mit allen agrarischen Produkten versorgen, die durch Zölle geschützt werden sollen. Das müßte natürlich auch für die Zukunft teures Brot, teures Fleisch, teures Gemüse und teures Obst, mit einem Worte, die Stabilisierung der hohen Preise für alle Arten von Lebensmitteln bedeuten. Ob Deutschland auf diesen Vorschlag eingehen wird, bleibt abzuwarten, und wie sich Oesterreich zu diesem Plan zu verhalten gedenkt, steht ebenfalls dahin. Viel Aussicht auf ein Zustandekommen der Zollunion auf dieser Basis dürfte aber kaum vorhanden sein, denn während auf der einen Seite bewiesen wird, daß hohe Zölle für Agrarprodukte unerlässlich seien, wird auf der anderen Seite der Nachweis versucht, daß Industriezölle zu vermeiden wären. „Also billiges Eisen und teures Fleisch!“ — so faßt ein Kritiker sein Urteil über die Zollunion agrarischer Natur zusammen, und man kann ihm nicht widersprechen, wenn man kühl-kritisch die neuesten Mitteleuropa-Ideen prüft.

Uebergangswirtschaft und Arbeitsverhältnisse.

Nicht ohne berechtigte Sorge sieht unsere Industrie der Uebergangszeit nach Friedensschluß entgegen. So groß das Vertrauen ist, daß es eiserner deutscher Tatkraft gelingen wird, in späteren Friedensjahren die schweren Schäden weitzumachen, die der Krieg mit seiner völligen Umstellung der Volkswirtschaft zur Folge gehabt, und die noch schlimmeren Wunden zu heilen, die unseres gewissenlosesten Feindes Raub- und Vernichtungspolitik in aller Welt dem deutschen Handel und Warenabsatz geschlagen hat, so bedenklich erscheint die Lage, in der sich die deutsche Industrie am Tage des Friedensschlusses — bar aller Rohstoffe, ohne Aussicht auf die bis dahin sie versorgenden Kriegsaufträge und vielfach kreditbedürftig — zunächst befinden wird. Für die Rohstoffversorgung, die Ueberwindung der Valutaschwierigkeiten und die Kreditbeschaffung ist das Reichskommissariat für die Uebergangswirtschaft bestellt worden, das dem neuen Reichswirtschaftsamt eingegliedert werden soll. Es wäre aber verfehlt, anzunehmen, daß in diesen Fragen die einzigen Uebergangsschwierigkeiten für die Industrie lägen. Vielmehr liegt eine der größten in der Arbeiterfrage. Aus dem Heeresverbande werden die Millionen von Kriegern, aus den Rüstungsbetrieben die Hunderttausende von Rüstungsarbeitern entlassen. Wo sollen sie Arbeit finden, solange die Industrie noch nicht wieder im Besitz von Rohstoffen und Aufträgen ist? Natürlich wird ein großer Teil eben in der Herstellung der Rohstoffe: im Bergbau, in den Ziegeleien, in den einheimische Erze verarbeitenden Hüttenbetrieben usw., ferner in der Landwirtschaft und im Nahrungsmittelgewerbe, im Tiefbau, weniger im Hochbau Unterkommen finden können. Aber die Verarbeitungs- und Veredelungsgewerbe, sie werden erst langsam und allmählich wieder in Gang kommen, denn selbst zu den für die „umgeschalteten“ Betriebe erforderlichen Vorbereitungen, wie Umbauten, Maschinenbestellungen und Maschinenreparaturen bedarf es ja neben dem Kredit, für dessen schleunige Beschaffung zu nicht zu hohem Zinsfuß, wie man hoffen darf, gesorgt sein wird, der Rohstoffe. Freilich, sind diese erst einmal in ausreichender Menge herangeschafft, insbesondere Baustoffe, Erze und Rohmetalle, Faserstoffe, Häute und Felle, so könnte leicht die anfängliche Arbeitslosigkeit in ihr Gegenteil umschlagen, da dann nur gar zu bald der furchtbare Blutverlust sich bemerkbar machen wird, den unser Volk im Weltkriege, d. h. im Kriege gegen die Welt, erlitten hat, ein Verlust, den keine Uebergangswirtschaft in kurzer Zeit einbringen kann, den erst Jahrzehnte gedeihlicher Bevölkerungsentwicklung uns werden verwinden lassen. Es sind also Fragen des Arbeitsmarktes, die unsere Industrie — und nicht weniger unsere Landwirtschaft, der auch die Hilfsquelle der ausländischen Arbeitskräfte zu versiegen droht — schon jetzt lebhaft beschäftigen müssen. Das bedeutet aber, daß das Reich Vorsorge zu treffen hat auf den Gebieten des Arbeitsnachweises, der Arbeitsbeschaffung und der Arbeitslosenfürsorge, der fortlaufenden Ueberlicht über den Arbeitsmarkt, der Heranziehung ausländischer Arbeiter.

Nicht minder wichtig als die Marktfrage ist die Lohnfrage. Während in vielen, jetzt mit Kriegsarbeit überbeschäftigten Betrieben die Löhne auf ein in Friedenszeiten nicht erträgliches Maß gestiegen sind, sind sie in minderbegünstigten Industrien in gleich unerträglicher Weise hinter den so gewaltig gewachsenen Lebenskosten zurückgeblieben. Wie sich der Preisstand nach dem Kriege gestalten wird, ist heute noch gar nicht abzusehen, leider aber ist es schon jetzt ziemlich klar, daß die starken Verschiebungen von Löhnen und Preisen zu zahlreichen und großen Zwistigkeiten und Arbeitskämpfen führen werden. Diese Kämpfe stellen eine schwere, vielleicht eine der schwersten Gefahren dar, welche der durch den Krieg im ganzen doch weit mehr geschwächten als gestärkten Industrie drohen. Hier gilt es, das gemeinsame Interesse von Arbeitgebern und Arbeitern am Wiederaufleben, Wachsen und Gedeihen der Industrie wachzurufen, Einrichtungen für freie Aussprache und friedlich-schiedliches Verhandeln zu schaffen, die ihre Spitze in einem Reichsamt finden müssen, das in Fällen drohenden oder bereits erfolgten Ausbruchs von Streitigkeiten, die über das Gebiet eines Bundesstaates hinausgehen, unter Zuziehung von sachverständigen Beisitzern aus beiden Lagern und aus gründlicher Kenntnis der gewerblichen und Arbeitsverhältnisse

Ausfuhr und Einfuhr nach dem Kriege.

II. *)

Welche sind nun die Maßnahmen, die vor allem zur Organisation eines prompt nach Kriegsende einsetzenden Exports ergriffen werden müssen?

Zunächst einmal muß genügend Kohle und ausreichende Transportmöglichkeit für dieselbe vorhanden sein. Die gegenwärtigen Debatten über diese beiden Themen geben reichlich Gelegenheit, die notwendigen Schlüsse auf die Zukunft zu ziehen. Es wird ja nach Kriegsende genügend Menschenmaterial zur Verfügung stehen, das zur Intensivierung des Kohlenbergbaues herangezogen werden kann und die entsprechende reichliche Versorgung dieser Schwerarbeiter mit Nahrungsmitteln wird sich auch durchführen lassen. Es drängt sich aber die Frage auf, ob nicht durch den gewaltigen Abbau eine Schwächung der Flöße eintreten könnte und wir einmal vor der Notwendigkeit einer gesteigerten Einfuhr stehen. — Eine Möglichkeit, einer solchen Gefahr vorzubeugen, wäre nebst den bekannten Ersparungsmaßnahmen durch Einschränkung des privaten Kohlen- und Gasconsums in einer weitestmöglichen Ausnützung unserer recht zahlreichen Wasserkrafts zu suchen, behufs Erzeugung von elektrischem Strom, Anlage von Ueberlandzentralen und Adaptierung geeigneter gelegener Fabriken für den elektrischen Betrieb. Damit wären aber auch noch zahlreiche andere Vorteile verbunden, vor allem einmal eine Verbilligung der Produktionskosten und eine bedeutende Entlastung des rollenden Materials.

Eine Rangierung der Betriebe in solche, die zuerst und andere, die in zweiter Linie mit Kohle zu versorgen wären, ist im Frieden kaum tunlich. Bloß eine Verteilungsregelung, ähnlich wie für Getreide vorgeschlagen, wäre am Platze.

Was nun die Transportmittel anlangt, so ist darüber kaum mehr Neues zu sagen. Es wird ja an diesen nicht fehlen. Bloß einer schnellen, aber gründlichen Reparatur des abgenutzten Materials müssen die Waggonfabriken entsprechend Raum geben und hätte die viel länger dauernde Neuerzeugung nebenher zu gehen. — Denkbar größte Ausnützung unserer Wasserwege beim Transport ist geboten. Die längere Verfrachtungsdauer soll keine Rolle spielen, Hauptsache ist die Entlastung der Bahnen und die Verbilligung des Transports.

Nun zu den Fabriken. Als oberstes Prinzip hat zu gelten: rechtzeitige Versorgung mit Rohmaterial und äußerste Restringierung der Gesteigungs- und Fabrikationskosten. Es soll jetzt nur von jenen Betrieben die Rede sein, welche heimische Produkte verarbeiten, beziehungsweise dem Export zur Verfügung stellen, die Besprechung des Veredelungsverkehrs in diesem Zusammenhange jedoch für ein anderes Mal aufgespart bleiben.

Eine staatliche Unterstützung derlei Fabriken ist unbedingt geboten; und zwar handelt es sich hierbei nicht immer um eine solche finanzieller Art, sondern um Erleichterungen und Bevorzugungen in der Versorgung mit Rohstoff etc. Man nehme als Beispiel Bier- und Malzfabriken. Die staatliche Kontrolle des Getreideverkehrs in der Zeit nach Kriegsende wird hier zu entscheiden haben, wem das größere Gerstenumquantum zuzuteilen ist, den Malzfabriken, die ihre Produkte in Uebersee absetzen, oder den Bierbrauereien, die auf Inlandsabsatz angewiesen sind.

Eine bedeutende österreichische Exportindustrie ist die Erzeugung von Weinwaren; diese könnte vielleicht in der Weise unterstützt werden, daß z. B. der Staat derselben alle Mengen an Knochenhörnern, Weinen etc., welche bei den zahlreichen ärarischen Schlächtereien, Konservfabriken etc. sich ergeben, während einer bestimmten Zeitdauer kostenlos überläßt.

Der Bedereportindustrie könnten wieder die in vorgenannten ärarischen Betrieben gewonnenen Häute zu Vorzugspreisen überlassen werden u. a. m.

Es sollen dies weniger spezielle Richtlinien sein, als vielmehr bloß einige Beispiele, auf welche Weise eine Bevorzugung der Industrien, die ausschließlich für den Export arbeiten, vor denen, die nur das Inland versorgen — und um eine solche muß es sich handeln, soll die Exportaktion erfolgreich sein — ermöglicht wird.

Die Frage der Exportprämien tritt wieder in den Vordergrund. Diese wären bloß bei ganz speziellen Betrieben wirksam, und zwar bei solchen, die Artikel produzieren, nach welchen die Nachfrage im Inland stets unverändert groß ist. Auch ist es Erfahrungssache, daß die kleinen Erzeuger nur ungern für den Export arbeiten, da sie allerlei Schwierigkeiten bei der Abnahme fürchten und sich auch den charakteristischen Erzeugungs- und Verpackungsvorschriften, die im Ueberseegegeschäfte üblich sind, nicht anzupassen vermögen. Da wären wieder diejenigen Großfirmen, welche sich ausschließlich mit dem Export als solchen befassen, staatlicherseits mit Subventionen zu betheiligen, um Organisationen schaffen zu können, welche das Kleingewerbe auch dem komplizierten Exportbetriebe anzupassen vermögen. In Deutschland ist man in dieser Hinsicht schon recht weit vorgeschritten.

Die Schwierigkeiten des ersten Absatzes österreichischer Erzeugnisse nach dem Kriege in Uebersee wurden bereits früher erwähnt. In einem neutralen Blatte stand kürzlich zu lesen, daß eine französische Handelskommission derzeit verschiedene Kolonialgebiete, die vor dem Kriege unseren Produkten guten Absatz boten, bereist, allerorts Handelsbeziehungen angeknüpft und bedeutende Lieferverträge abgeschlossen hat. Dies ist natürlich ein bedeutender Vorsprung und nur die weitgehendste Unterstützung unserer Exportindustrie, um so billig wie nur denkbar und so rasch wie möglich zu liefern, wird es gestatten, diesen Vorsprung einigermaßen auszugleichen. An eine dauernde Bevorzugung der Ententeerzeugnisse seitens der überseeischen

*) Siehe Nr. 112.

189

längst erst hat ja auch unsere Kammer betont, daß durch Verbreitung der Fachbildung die Kraft der wirtschaftlichen Faktoren vermehrt werde. Doch die Erfahrungen im Weltkriege lehren uns, daß auf diesem Gebiete mit rascheren Schritten vorgegangen werden muß. Das arbeitsliebende Volk der nordwestlichen Komitate, das ohne Unterschied der Nationalität in allen seinen Gliedern ungarisch ist, seinem ungarischen Vaterland auch um den Preis des Aufbergsteigens anhänglich ist, müssen wir auf jener Stufe des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wohlstandes erhalten, daß es durch keinerlei Lockungen jenem Arbeitsgebiet abtrünnig gemacht werden könne, auf welchem Arbeitsgebiet die ganze ungarische Nation arbeitet, um die Basis zur sicheren Entwicklung und künftigen Größe Ungarns zu schaffen.

Vor allem bildet nebst intensiverer Pflege der Landwirtschaft, die Unterstützung der mit Handel und Gewerbe sich befassenden Bevölkerung eine dringende Aufgabe, nicht nur weil die geographische Lage uns zur Fortentwicklung dieser Beschäftigungszweige verweist, sondern weil auch die Naturverhältnisse dieses Landesteiles keine günstigeren Vorbedingungen zur wirtschaftlichen Betätigung bieten, als gerade die Verwertung der Landwirtschafts- und Bergwerksprodukte durch Gewerbe und Handel.

Das Handwerk hatte sich hier einst einer großen Blüte erfreut; leider aber erfolgte die Erschaffung der böhmischen und mährischen Industrie — in den alten Bestrebungen Oesterreichs — zu unserem Nachteil und auch seither vermehrt sich der materielle Wohlstand dieses Volkes aus demselben Ungarns. Eben deshalb darf nunmehr die tatkräftige Förderung der Industrie nicht mehr aufgeschoben werden. Auch hier beginnt diese nationale Arbeit mit dem Fachunterricht und zwar aus dem grundlegenden Lehrlingsunterricht ausgehend bis zur höheren fachgemäßen Ausbildung. Infolgedessen ersuchen wir vor allem um Vermehrung bzw. Gründung von staatlichen Gewerbe-Lehrlingschulen in jeder Stadt, in bedeutenderen Gemeinden, wo ein solches Lehrinstitut benötigt wird. Der Unterricht aber sei sachgemäß, denn nur so entspricht es den heutigen Ansprüchen der Gewerbeausübung.

In größeren Knotenpunkten ist die Errichtung von Lehrlingsheimen, für Knaben wie für Mädchen dringend nötig, damit die patriotische und moralische Erziehung der Jugend gesichert, die

Ausbildung des Lehrlings aber für Eltern und Lehrmeister erleichtert werde. Zu diesem Zwecke ist die bedeutende Erweiterung der Lehrlingsheime in Pozsony und Zsolna, dann die stufenweise Errichtung neuer Heime wünschenswert — in erster Reihe in Nyitra und dann, mit der Entwicklung des Gewerbes, auch in anderen Städten. Für Fabrikslehrlinge schlagen wir vor, zunächst in Nagyhombat ein Heim zu errichten.

Die Kriegsverhältnisse weisen diesen Heimen auch eine andere menschenfreundliche Aufgabe zu, indem die für gewerbliche Laufbahnen bestimmten Kriegswaisen in diesen Heimen untergebracht werden könnten.

Gleichzeitig mit der Errichtung dieser Institute ist auch die gehörige Aufmerksamkeit und Unterstützung dem Lehrlingschul-Lehrerbildungswesen zuzuwenden, weshalb wir auch um die Errichtung einer solchen Lehrerbildungsanstalt ersuchen.

Die zur ständigen Fortbildung der Erwachsenen bestimmten Lehrkurse blieben zwar mehr eine Aufgabe nach dem Kriege, doch die Vorbereitung und Organisierung dieser Institution ist schon jetzt zeitgemäß, weil die Förderung und teilweise Nachholung der Fachbildung der vom Kriegsschauplatz heimkehrenden Gewerbetreibenden, gleich mit dem Beginn der Abrüstung notwendig sein wird. Wünschenswert ist dies auch deshalb, weil wir auch den inaktiven Soldaten des Krieges Gelegenheit bieten müssen, sich in den ihnen entsprechenden Gewerbeschulern auszubilden.

Derartige Kurse erwiesen sich auch als wirksames Mittel zur Erhöhung des Fachwissens der Arbeiter.

Die Fabriksindustrie unseres Kammerbezirkes nahm besonders in den letzten zwei Jahrzehnten einen erfreulich schönen Aufschwung und löst jetzt in der Erzeugung von Kriegsmaterial, glänzend ihre Aufgaben. Doch gerade wegen dem benachteiligten Oesterreich ist es notwendig, daß wir der ungarischen Fabriksindustrie all jene günstigen Vorbedingungen erschaffen, welche die Basis der Konkurrenzfähigkeit mit der österreichischen Industrie bilden. Da ist vor allem die Sicherstellung der Anschaffung billiger Kohle, die richtige Eisenbahn-Tarifpolitik hier im Grenzlandesteil und die Steigerung des Fachwissens der Arbeiterschaft. Letzteres erzielen wir durch bedeutende

Erweiterung des staatlichen Elementarunterrichtes, wofür uns das Beispiel Deutschlands ein glänzendes Zeugnis und nachzunehmendes Muster bietet. Auf den Volksunterricht müssen wir also jederzeit großes Gewicht legen.

Somit im Interesse des Handwerks als auch in dem der Fabriksindustrie ist die Vermehrung der Mittel-Fachschulen in diesem Landesteile gelegen. — Demen sprechend empfehlen wir außer den schon Bestehenden, in Trenesen eine Textil- und in Eurocazentmaron eine Holz-Fachgewerbeschule zu errichten. Die besondere Aufgabe dieser Lehranstalten besteht darin, daß sie einestheils für das Textil- bzw. Holzbearbeitungsfach Facharbeiter erzieht, andererseits durch Kurse und andere Unterrichtsmittel in breiten Schichten des Volkes die gewerbliche Beschäftigung beliebt macht. Gerade die Bewohnererschaft dieser Gebiete ist neben jener der Komitate Pozsony und Nyitra darob bekannt, daß sie in Stiderei, Näherei, Anfertigung von Holzarbeiten und in der Holzschmiederei außerordentliche Geschicklichkeit an den Tag legt.

Die Förderung und Unterstützung des Handels in unserem Grenzlandesteil bildet eine wichtige ungarisch-nationale Aufgabe. Die Verwertung der landwirtschaftlichen Produkte, die richtige Leitung des inneren Handels, des Handels mit dem benachbarten Oesterreich und des internationalen Handels mit dem ferneren Ausland verlanen eine Kaufmannschaft, die auf der Höhe ihres Berufes stehend, ihren Mann in der Konkurrenz stellen soll. Aus diesem Grunde muß der Tätigkeit dieser Faktoren des Provinzhandels alle Aufmerksamkeit und Unterstützung der kompetenten Stellen zugesichert werden.

Im Interesse der Erziehung der jungen Kaufmannsgeneration hält die Kammer für wünschenswert die Handelsfachbildung an der unteren, mittleren und höheren Stufe weiter zu vervollkommen und beantragt deshalb der Regierung die schon gewünschte höhere Handelschule in Nyitra je eher zu errichten. Die Pozsonyer Schule ist überfüllt.

Außerdem bildet die Errichtung einer entsprechenden Hochschule an jener der alten, von unserer Kammer erhaltenen höheren Handelschule einen Ausfluß der wirtschaftlichen Bedürfnisse dieses Landesteiles. Die Kammer übernimmt es gerne, daß sie bei tatkräftiger Unterstützung von Seiten des Staates in Pozsony als in einer Universitätsstadt, eine Hochschule errichtet, deren Aufgabe die Pflege und der Unterricht der Privatwirtschaftslehre wäre. Die Hochschule würde sich auf zwei Jahrgänge aufteilen: im zweiten Jahrgange würde die Gliederung sich nach dem Unterricht der Fabriksindustrie und Handels-Betriebslehre richten.

Nachdem das moderne wirtschaftliche Leben und nach mehr die nach dem Kriege kommenden Zeiten für die Verbreitung wirtschaftlicher Ideen und ihrer Vorherrschaft in der menschlichen Beschäftigung günstig sind, ersucht die Kammer die Regierung, sie möge die Pflege und den Unterricht der Handelswissenschaften durch Ausgestaltung in volkswirtschaftlicher Richtung den Universitäten übertragen. Ferner möge die Regierung die Tätigkeit der Universitäten im Interesse der vaterländischen Industrieentwicklung durch wissenschaftliche Forschungen und Experimente derweise erweitern, daß unsere industrielle Produktion vervollkommnet und dadurch unsere Konkurrenzfähigkeit dem Auslande gegenüber gesteigert werde.

Schließlich ersucht die Kammer die ungarische Regierung, daß sie den würdigen Handel und das Gewerbe sowohl durch die Gesetzgebung, als auch durch die Organe der staatlichen öffentlichen Verwaltung und Gerichtsbarkeit gehörig unterstütze. Breite sie die wirksamen Mittel der staatlichen Industrieförderung auf das ganze Gebiet der Kammer aus und hierbei soll dem ungarischen Unternehmen, vaterländischen Kapital der Vorrang gesichert werden.

Dies halten wir besonders nach dem Kriege für die Zeit der Abrüstung für notwendig, als die große Arbeit des Wiederaufbaues mit allen Mitteln der staatlichen Einrichtung gefördert werden soll. Wir empfehlen diesen Landesteil in Bezug auf Verteilung der Rohmaterialie sowie der im ganzen Lande beginnenden Ergänzung der mangelnden Vorräte der besondern Aufmerk-

samkeit der Regierung, schon aus dem Grunde, daß dadurch die erfolgreiche wirtschaftliche Tätigkeit des Bezirkes während des Krieges belohnt werde.

Im Interesse des Provinzhandels wäre die Tätigkeit der verschiedenen Zentralen schon jetzt zu beschränken, im Allgemeinen sind diese nur so lange zu erhalten als dies der Krieg unbedingt erfordert!

Diese Resolution ist gleichzeitig eine würdige Abweisung jener Bestrebungen unverantwortlicher Elemente und tschechischer Politiker, welche das schöne Bagdal mit dem nordwestlichen Gebiete unseres Vaterlandes aus der Gemeinschaft der ungarischen Nation herausreißen möchten.

Obwohl man diese unwürdigen Bestrebungen nicht über das notwendige Maß abschätzen soll. — ist es doch ein Gebot der Vernunft, daß diese Elemente zuerst ihr eigenes Vaterland in diesem Weltkriege schützen sollten, bevor sie die Integrität anderer Staaten angreifen wollen. — ist es unerlässlich notwendig, gegen solche Mienenarbeit mit Entschiedenheit Stellung zu nehmen und die nötige menschliche Sorgfalt anzuwenden, um diese Uebergriffe unschädlich zu machen.

Die Kammer beschloß ferner, behufs Verwirklichung dieses Programmes einerseits die Resolution und dann detaillierte Vorschläge der Regierung zu unterbreiten, andererseits den großen Apparat der Verwaltung der im Kammerbezirk befindlichen Municipien zur Mitarbeit zu gewinnen. Die Kammer wird dieses Programm dem an der Spitze der Verwaltung stehenden Obergespan überreichen und dazu dessen tatkräftige Unterstützung auch durch persönliche Berührung ersuchen.

Empfang der Deputation der Handels- und Gewerbe-Kammer bei dem Obergespan.

Vorgestern mittags sprach eine zahlreiche Deputation der Kammer bei dem Regierungskommissar und Obergespan Georg v. Szamrecsanyi vor, um ihn anlässlich seines Amtsantrittes zu begrüßen und um seine Unterstützung der Bestrebungen der Kammer zu ersuchen.

Nachdem Kammerpräsident Johann Sendl ein den Herrn Obergespan begrüßte, hielt Kammersekretär Dr. Gregor Wolff eine Ansprache, in welcher er das Wirtschaftsprogramm und die kulturellen Bestrebungen der Kammer entwickelte.

Obergespan Georg v. Szamrecsanyi dankte in herzlichen Worten für das Erscheinen der Deputation, sowie für das entgegengebrachte Vertrauen und versprach, die Bestrebungen der Kammer nach bestem Können und Wissen zu fördern. Er reflektierte in eingehender Weise auf die einzelnen Punkte des Wirtschaftsprogrammes und verwies auf die besondere Notwendigkeit der Hebung der wirtschaftlichen und kulturellen Kraft dieses den Kammerbezirk bildenden Landesteiles, denn nur so können wir die Wohlfahrt, die Integrität und politische Unabhängigkeit unseres Vaterlandes für alle Zeiten sichern. Die reichen Naturschätze dieser Gegenden, sowie Kohle, Oel, Mineralien müssen wirtschaftlich verwertet werden und die bedeutende Wasserkraft der Dag zur Hebung der Industrie und der Landwirtschaft ausgenutzt werden.

Gerne unterstütze er aus voller Kraft die kulturelle Arbeit der Kammer, denn nur durch die Hebung des Fachwissens können wir auf dem Gebiete der Volkswirtschaft fortschreiten und in der Konkurrenz mit Oesterreich bestehen. Die Kammer möge auch sonst alle jenen Beschlüsse und Aktionen, welche sie in ihrem autonomen Wirkungskreise zu verwirklichen strebt, ihm auch bekannt geben, damit er dieselben auch seinerseits an kompetenter Stelle unterstützen könne.

Eine wichtige Aufgabe der Kammer, als der gesetzlichen Vertreterin des Handels, Gewerbes und der Industrie, horrt gerade in diesen schweren Zeiten auf dem Gebiete der Regelung der wirtschaftlichen und Verkehrsverhältnisse. Gerade die von dem Redner vorgebrachte enorme Teuerung verursacht die größten Schwierigkeiten und wir müssen mit gemeinsamer Kraft dahin streben, daß die Auswüchse in dieser Hinsicht beseitigt werden. Neben den Bedürfnissen des Lebensunterhaltes werden auch die Industrie-pro-

dukte, welche wir aus dem nachbarlichen Oesterreich beziehen, immer und immer teurer. Diese horrenden Preissteigerungen werden meistens durch die unberufenen Elemente, welche sich in die wirtschaftliche und kaufmännische Tätigkeit einschleichen, verursacht und die Pozsonyer Kammer würde sich vor dem ganzen Lande ein Verdienst erwerben, wenn sie im Interesse des legitimen Handels, Gewerbe und Industrie ihr ernstes Wort erhebt und so der Regierung die Grundlage zu entsprechenden Maßnahmen bietet. Zu dieser mit Begeisterung aufgenommenen Rede des Herrn Obergespans, muß der Umstand erwähnt werden, daß er seine Laufbahn im Handelsministerium begonnen hat und seine erste politische Rede im Abgeordnetenhause, war auch dem Handel und dem Gewerbe geweiht. Er fühle sich also auch mit seiner Denkart und mit seinen Gefühlen in enger Verwandtschaft mit diesen bedeutenden wirtschaftlichen Faktoren, und es wird ihn immer freuen, wenn er vereint mit der Kammer für das wirtschaftliche Aufblühen unseres Vaterlandes und des so exponierten nordwestlichen Landesteiles an der Spitze mit der Stadt Pozsony vereint mitwirken kann.

Die Mitglieder der Deputation nahmen die sachmännischen und bedeutungsvollen Ausführungen des Herrn Obergespans mit aufrichtiger Freude entgegen. Und nachdem die erschienenen Herren dem Herrn Obergespan vorgestellt wurden, verweilte derselbe noch eine geraume Zeit im Kreise der Deputation und interessierte sich für aktuelle, kommerzielle und gewerbliche Fragen.

Die finanzielle Lage der ungarischen Fabrikindustrie.

Von Richard Werker.

Budapest, 17. September.

Die allgemein verbreitete Ansicht über die Bereicherung der Heereslieferanten infolge der Kriegsgewinne ist in bezug auf den größten Teil der für das Heer arbeitenden ungarischen Fabrikindustrie durchaus unzutreffend. Abgesehen davon, daß die Kriegsgewinne den Fabriken durch die Kriegsgewinnsteuer zum großen Teil wieder entzogen werden, sind die Kriegsgewinne selbst im Verlaufe der Zeit immer mehr zusammengeschrumpft. Die durch die Verwertung der Warenlager auf Grund der gestiegenen Preise bei Kriegsbeginn erzielten Gewinne mußten bei Fortsetzung des Fabrikbetriebes für die Neuanschaffung der gleichen Waren wieder abgegeben werden. Die Beschaffung der Rohstoffe und Betriebsmaterialien, die Instandhaltung, Erneuerung und Erweiterung der Gebäude, Maschinen und Einrichtungen erforderten infolge der immer weiter fortschreitenden Teuerung außerordentliche Unkosten, durch welche die früher erzielten Kriegsgewinne zumest wieder aufgezehrt wurden.

Die Fabrikindustrie mußte bei Fortsetzung der Fabrikationsstätigkeit naturgemäß die Teuerung fortspflanzen und der Preissteigerung der Rohmaterialien entsprechend die Preise der Fabrikate erhöhen, um die Selbstkosten decken und einen legitimen Fabrikationsgewinn erzielen zu können. Da im Zeitpunkte eines Geschäftsabschlusses die zur Zeit der späteren Lieferung gültigen Rohmaterialpreise nicht vorausgesehen werden konnten, wurden die Geschäftsabschlüsse allgemein auf Basis von Grundpreisen mit einer Klausel vorgenommen, wonach die eventuelle Erhöhung der Rohmaterialpreise eine entsprechende Preiserhöhung für die Fabrikate zur Folge haben soll. Auf diese Weise konnte die Fabrikindustrie sich jedoch nur teilweise vor Verlusten schützen, da eine Preisklausel nur bezüglich der hauptsächlich verarbeiteten Rohmaterialien in die Schlussbriefe eingesetzt und nicht auf sämtliche, der Teuerung unterworfenen Betriebsmaterialien erstreckt werden konnte. Bei Lieferungen, die vielfach erst in einem Jahre nach der Bestellung zu effektuieren waren, konnten die in dieser Zeit eingetretenen Preiserhöhungen oder zur Fabrikation erforderlichen Materialien selbst bei vorsichtigster Kalkulation nicht vorhergesehen werden, so daß die in die Preise eingerechneten normalen Verkaufsgewinne illusorisch wurden.

Einen besonders nachteiligen Einfluß auf den Ertrag der Heereslieferungen übte die Erhöhung der Arbeitslöhne, die seit Kriegsbeginn allgemein um mehr als 100 Prozent gestiegen sind. Die Fabriken mußten hingegen die nach Jahr und Tag auszuführenden Heereslieferungen zu voraus bestimmten Preisen übernehmen, ohne daß die Erhöhung der Arbeitslöhne durch Aufnahme einer entsprechenden Preisklausel in die Schlussbriefe kompensiert werden konnte. Insofern die Festsetzung der Arbeitslöhne der freien Vereinbarung zwischen Arbeitern und Arbeitgeber überlassen blieb, hatten die Arbeitgeber immerhin freie Hand, um unerfüllbare Lohnforderungen abzulehnen und auf Lohnsätzen zu beharren, bei denen die übernommenen Lieferungen noch lohnend ausgeführt werden konnten. Seitdem jedoch die Regierung die Beschwerdekommisionen eingesetzt hat, deren Schiedspruch inappellabel ist, müssen die Fabrikanten die von diesen Kommissionen mit Rücksicht auf die Teuerung der Lebensmittel den Arbeitern zuerkannten höheren Lohnsätze bezahlen, auch wenn die Ausführung der Heereslieferungen bei diesen Löhnen nur mit Verlusten möglich ist. Seit kurzem sind auch die Gehaltsforderungen der Privatbeamten der Heeresindustrie in Ungarn an die Beschwerdekommisionen geleitet worden. Da die Beamten zunächst eine Erhöhung ihres Einkommens aus den Friedensjahren um 100 Prozent und nachher noch weitergehende Gehaltserhöhungen verlangten, ist durch die einsetzende Zwangsregelung der Beamtengehälter eine weitere Verlustquelle für die ungarische Fabrikindustrie gegeben.

Vom sozialen Gesichtspunkte ist es gewiß nur mit Genugtuung zu begrüßen, daß die Regierung inmitten der außerordentlichen Teuerung dafür sorgt, daß die Arbeiter und die Beamten, die die Härten des wirtschaftlichen Kampfes am stärksten empfinden, in die Lage versetzt werden, sich besser ernähren und die notwendigsten Bedarfsartikel sich beschaffen zu können. Die Notwendigkeit einer Besserung der Lage der Angestellten wurde auch von vielen Fabrikleitern erkannt, die durch freiwillige Erhöhung der Arbeitslöhne und Beamtengehälter, durch Beschaffung von Lebensmitteln und Hauptbedarfsartikeln für die Angestellten und durch Gewährung sonstiger Begünstigungen ihr möglichstes taten, um die wirtschaftliche Lage ihrer Mitarbeiter zu verbessern. Als jedoch die Beschwerdekommisionen immer höhere Lohn- und Gehaltsforderungen bewilligten, deren Erfüllung im Rahmen der übernommenen Heereslieferungen den Fabriken keinen Gewinn mehr übrig ließ und diesen häufig in Verlust verwandelte, mußten die Fabriken naturgemäß an die bestellenden Behörden mit dem Ansuchen herantreten, diese und vorhergesehenen Mehrkosten zu tragen und durch Bewilligung von Preiszuschlägen die Erhöhung der Löhne und Gehälter zu kompensieren. Während manche staatlichen Behörden dieses berechnete Ansuchen bewilligten, stellten sich die Heeresbehörden allgemein auf den Standpunkt, daß sie solche Preiszuschläge aus prinzipiellen Gründen nicht bewilligen können.

Stets durch gelangten die Fabriken in eine unhaltbare Lage, Einerseits schreiben ihnen die Regierungsbehörden im Wege der Beschwerdekommisionen außerordentliche Erhöhungen für die Bezüge der Angestellten vor, anderer-

seits verweigern andere Regierungsbehörden als Besteller die zum Ausgleich dieser Mehrausgaben verlangte Erhöhung der auf Grund der früheren Entlohnung festgesetzten Kaufpreise. Da die meisten Fabriken für 1 bis 2 Jahre mit Heeresaufträgen versehen sind, kam die Beibehaltung dieses Standpunktes der Heeresbehörden bei den fortgesetzten unabsehbaren Lohnerhöhungen enorme Verluste für die Fabrikindustrie zur Folge haben. Die hierzu berufenen Interessenvertretungen der ungarischen Fabrikindustrie haben denn auch in Eingaben an die zuständigen Ministerien um Abänderung dieser mißlichen Zustände angefleht, und nach langer Zeit insofern einen Anfangserfolg erzielt, als in allerletzter Zeit in einem speziellen Falle der Wunsch nach Preiserhöhung vom Kriegsministerium als berechtigt anerkannt und eine Preisregulierung in Aussicht gestellt wurde. Diese für eine Branche getroffene günstige Entscheidung müßte von der Heeresverwaltung für alle Erzeugnisse der Fabrikindustrie verallgemeinert werden, da die einzelnen durch die Verweigerung der Preiserhöhung betroffenen Fabriken sonst einen außerordentlichen Schaden erleiden würden.

Schon hört man, daß diese und jene große Fabrik, die mit Heeresaufträgen überhäuft ist, in diesem Jahre keine Dividende wird verteilen können. Bei weiterer konsequenter Durchführung des entgegengerichteten Preis- und Lohnzwanges könnte der Fall eintreten, daß den Unternehmungen die Mittel zur Aufrechterhaltung der Betriebe ausgehen, da die Unkosten durch die erhaltenen Preise nicht gedeckt werden und die Banken und andere Gläubiger zur Einräumung oder Aufrechterhaltung von Krediten nicht gezwungen werden könnten. Die Heeresbehörden müßten dann zur Aufrechterhaltung der Betriebe die Betriebsführung selbst übernehmen und hierbei das sich ergebende Defizit ebenso aus Eigenem tragen, als wenn sie die von den Fabriken zur Aufrechterhaltung der Betriebe verlangten begründeten Preiszuschläge bewilligt hätten.

Wenn in Folge der allgemeinen Teuerung die Erhöhung der Löhne und Gehälter zur Ermöglichung des Auskommens der Angestellten erforderlich ist — wie dies tatsächlich der Fall ist —, dann muß der Staat durch entsprechende Erhöhung der Preise der Heereslieferungen die Mittel zur Deckung dieser Kriegsausgabe beistellen. In dieser Frage haben Arbeiter und Arbeitgeber das gleiche Interesse, weil die Arbeiter trotz behördlicher Bewilligung der höheren Löhne diese von einer zahlungsunfähigen Fabrik nicht erhalten könnten. Aber auch das Heeresinteresse verlangt statt einer Schwächung die Erhaltung und Stärkung der Fabrikindustrie und es sollten daher die hierfür unerläßlichen Bedingungen erfüllt werden. Die Fabrikindustrie hat ohnehin mit dem durch den Krieg hervorgerufenen Mangel an Arbeitskräften und Materialien zu kämpfen, hat alle diese Schwierigkeiten mit patriotischer Opferwilligkeit bezwungen, die technischen Hilfsmittel zur erfolgreichen Kriegführung beigestellt. Man sollte daher nicht durch Verweigerung der finanziellen Entschädigung den zu ihrer Lebensfähigkeit erforderlichen Blutkreislauf unterbinden.

Speziell die ungarische Fabrikindustrie ist in sehr ungünstiger Lage, da die auf die gleiche Arbeitsleistung bezogenen Arbeitslöhne und Beamtengehälter in Ungarn wesentlich höher sind als in Oesterreich und in Deutschland, wie dies die ungarischen Unternehmungen, die Schwesterunternehmungen im Ausland besitzen, durch Veraleidung zu für dieselbe Arbeitsleistung gezahlten Akkordsätze und zu Beamtensbezüge feststellen können. Wenn die ungarische Regierung in dankenswerter sozialer Fürsorge den Arbeitern und Beamten bessere Lebensbedingungen sichert, sollte sie in Ergänzung dieser Teilarbeit auch dafür eintreten, daß den ungarischen Unternehmungen diese Mehrausgaben durch die Heeresbehörden vergütet werden, da sonst die Unternehmungen in Oesterreich und in Deutschland im Betriebe verbleiben, deren Schwesterunternehmungen, ebenso wie deren Konkurrenzunternehmungen, in Ungarn hingegen durch den Zwang der Verhältnisse zur BetriebsEinstellung genötigt würden.

Die Fortpflanzung der Teuerung läßt sich durch ein System von zahlreichen kommunizierenden Röhren veranschaulichen, bei welchem die in den Röhren in gleicher Höhe sich einstellende Flüssigkeit das Geld darstellt, so daß der Flüssigkeitsinhalt der engeren und weiteren Röhren, die Geldmenge, den Preis der diversen Handelsartikel, Waren und Arbeitswerte versinnbildlicht. Wird in einzelnen Röhren die Flüssigkeit vermehrt, so muß infolge des Druckausgleiches der Flüssigkeitspiegel auch in den anderen Röhren steigen, bis das Flüssigkeitsniveau in allen Röhren das gleiche ist. Wird demnach die für einzelne Waren gebotene Geldmenge infolge Warenmangels vermehrt, so muß infolge der Geldzirkulation der Preis aller Waren sich gleichmäßig erhöhen, bezüglich aller Waren ein gleiches höheres Preisniveau sich einstellen, so daß bei diesem freien Spiel der Kräfte das Verhältnis der Preise der diversen Waren dasselbe bleibt, als wenn bei keiner Ware eine Preiserhöhung eingetreten wäre. Wird jedoch die Flüssigkeitsmenge in einzelnen Röhren vermehrt, das Flüssigkeitsniveau in anderen Röhren hingegen künstlich, etwa durch einen Kolben, wiedergehalten, so wird die Gleichgewichtslage infolge der Flüssigkeitszirkulation in diesen kommunizierenden Röhren erst dann erreichbar sein, sobald die Druckdifferenz den Kolben zu heben imstande ist. Bei einer Zwangsregelung der Preise einzelner Waren inmitten der allgemeinen Teuerung kam daher vor mit der Geldzirkulation verbundene Warenmangel erst dann ins Gleichgewicht kommen, wenn der Druck aufgehoben ist und die Preise sich wieder auf das allgemeine Niveau eingestellt haben. Es wäre zu wünschen, daß durch eine rechtzeitige Aufhebung des Preisdruckes in der ungarischen Fabrikindustrie das Gleichgewicht der Kräfte wieder hergestellt und die Gefahr der Verhinderung der Geldzirkulation und des Warenmangels behoben werden möge.

25. IX. 1917 203

Das Ungarische Warenverkehrsbureau.

Budapest, 24. September.

Unter den wirtschaftlichen Einrichtungen, die bei uns ins Leben gerufen wurden, um unseren durch die kriegerischen Ereignisse unterbundenen Außenhandel wenigstens in jenen Relationen aufrechtzuerhalten und tunlichst zu fördern, die uns durch den Krieg nicht versperrt worden sind, haben sich wohl wenige so trefflich bewährt, wie das Ungarische Warenverkehrsbureau. Ursprünglich dazu bestimmt, unseren Handel mit dem benachbarten Rumänien zu vermitteln, ist es nach dem türkischen Einfall der Rumänen in Ungarn mit der Abwicklung unseres Warenverkehrs mit Bulgarien, Makedonien und der Türkei betraut worden, und daß es dieser Aufgabe in überaus befriedigender Weise entsprochen hat, beweist der große Umsatz, der in diesem Belange in verhältnismäßig kurzer Zeit erzielt wurde. Seit Ende November des Vorjahres sind in diesen Relationen mit Intervention des Ungarischen Warenverkehrsbureaus Waren im Werte von rund zwölf Millionen Kronen zur Aus- und Einfuhr gelangt. In bezug auf die Details dieser Transaktionen bietet der Bericht, den das Bureau über seine Tätigkeit im ersten Jahre seines Bestandes dieser Tage dem Handelsminister unterbreitet hat, interessante Aufklärungen.

Das Bureau wurde durch die Verordnung Zahl 2084 M. E. vom 28. Juli 1916 mit der Abwicklung des gegenseitigen Warenverkehrs mit Rumänien betraut. Am 20. August ließ das Bureau den ersten Merkurzug abgehen. Außerdem rollten noch zwei Merkurpeditionen in der Zeit vor der rumänischen Kriegserklärung über die rumänische Grenze. Von den nach Rumänien beförderten 51 Waggons enthielten 14 Waggons leere Fässer und Säcke rumänischer Provenienz, während der Wert der übrigen 37 Waggons rund 135.000 Lei betrug. Ein großer Teil dieses Betrages wurde von Seiten der rumänischen Käufer noch vor dem Versand beglichen, so daß die Interessenten außer den Fracht- und Versicherungsgebühren bloß eine Forderung von etwa 60.000 Lei bei dem bulgarischen Kriegsschadigungsamt anzumelden hatten.

Mit der Verordnung des Ministeriums Z. 3069 vom 21. November 1916 wurde der Wirkungskreis des Bureaus auf Bulgarien, Makedonien und die Türkei ausgedehnt, beziehungsweise erhielt das Bureau den Auftrag, die ausschließliche Abwicklung des Mariza- und Osmanverkehrs zu besorgen. Als Sammelstationen des Mariza- und Osmanverkehrs fungieren der Budapest-Donauferrbahnhof und Batajnica, die Uebernahme der Waren an den Bestimmungsstationen und deren Verteilung unter die Adressaten besorgen die Exposituren des Bureaus in Sophia und Konstantinopel. Im makedonischen Verkehr ist Ueslüh die Verteilungsstation. Die Frachtgebühr ist laut der Dienstangewiesung im vorhinein zu bezahlen, diese wird also durch das Ungarische Warenverkehrsbureau bei Aufgabe der Ware kreditiert und bei Ankunft der Ware vom Adressaten eingehoben. Dies bedingt nicht nur eine ständige und erhebliche Kapitalinvestition, sondern auch ein wesentliches Risiko, da die Frachtsätze in schweizerischen Francs gelten, das Ungarische Warenverkehrsbureau aber die Frachtgebühren zum Tageskurs umgerechnet in Kronen vorstreckt. Demgegenüber hebt das Bureau die Frachtgebühr vom Adressaten gleichfalls nach dem Tageskours in der Valuta des betreffenden Landes ein und liefert diese Beträge der Devisenzentrale ein, die sie ihm in Kronen gutschreibt.

Die erste Marizaendung ist am 3. Dezember 1916 abgegangen. Anfänglich konnte die L. u. L. Zentral-Transportleitung dem Bureau wöchentlich nur vier Waggons zur Verfügung stellen; dieses Kontingent wurde am 16. Januar 1917 auf zweiwöchentlich zwölf Waggons erhöht. In den Monaten Mai und Juni wurden diesem Verkehr übergangsweise außer den zweiwöchentlich zwölf Waggons noch wöchentliche dreißig Waggons zur Verfügung gestellt. Dieser günstige Zustand währte jedoch nur ganz kurze Zeit; am 30. Juni 1917 wurde mit Rücksicht auf die am Sophioter Zollamt eingetretene große Warenanhäufung der Privatwarenverkehr in der Sophioter Relation gänzlich eingestellt. Die Wiederaufnahme des regelmäßigen Verkehrs im früheren, zweiwöchentlich zwölf Waggons umfassenden Rahmen erfolgte am 3. August 1917, so daß der private Warenverkehr in der bulgarischen Relation tatsächlich volle fünf Wochen eingestellt war. Dessenungeachtet entwickelte das Bureau während dieser Zeit eine gesteigerte Tätigkeit, indem alle staatlichen, behördlichen, amtlichen und halbamtlichen Sendungen, die bisher durch die Zentral-Transportleitung unmittelbar dirigiert worden waren, gleichfalls in den Wirkungskreis des Bureaus verwiesen wurden.

Zur Deckung seiner Kosten hat das Bureau in der bulgarischen Relation anfänglich, das ist während der Dauer des überaus beschränkten Verkehrs, 3 Prozent des Fakturenwertes als Gebühr eingehoben. Eine Ausnahme machten bloß die staatlichen, amtlichen und besonders die an die Adresse des Comité de Prévoyance Sociale gehenden Sendungen, nach denen bloß eine Gebühr von einem Prozent eingehoben wurde. Nach dem Inslebentreten der systematischen Marizazüge wurde die Gebühr bei Massenartikeln im Werte von weniger als 50 Leva pro 100 Kilogramm auf 1 Prozent ermäßigt, bei den übrigen Waren, deren Wert mehr als 50 Leva pro 100 Kilogramm beträgt, auf 2 Prozent. Diese Gebühr zahlen die Parteien nicht nur, weil die Organisation des Bureaus eine sichere und rasche Beförderung ihrer Waren ermöglicht, sondern auch weil das Bureau die Erwirkung der Ausfuhrbewilligungen beim königlich ungarischen Finanzministerium auf sich nimmt und auch bei der Devisenzentrale wegen der obligatorischen Erklärung hinsichtlich der Einlieferung der

Valuta interveniert. Im Importverkehr aus Bulgarien nach unserem Vaterlande beträgt die Vermittlungsgebühr 2 Prozent. Dieser Verkehr bewegte sich zwischen engen Grenzen und entwickelte sich erst allmählich, nachdem — besonders in den ersten Monaten — ein großer Teil der Transporte mit Umgehung des Bureaus unmittelbar hieher gelangt war. Neuerlich können jedoch auch Importsendungen aus Bulgarien nur mit Vermittlung des Bureaus eintreffen.

Seit dem Inslebentreten des Marizaverkehrs bis zu Ende Juli 1917 sind durch Vermittlung des Warenverkehrsbureaus nach Bulgarien mittels Eisenbahn insgesamt 241 und per Schiff 33 Wagenladungen zum Abtransport gelangt, und zwar hauptsächlich Eisenwaren, Emailgeschirr, Glas, Papierwaren, landwirtschaftliche und andere Maschinen, diverse chemische Produkte, Bitterwasser usw. Der Gesamtwert dieser Sendungen beträgt zirka 2.800.000 Leva. Der größte Teil der zum Abtransport gelangten Waren dem Ausfuhrverbot unterliegt, verpflichteten sich die Aufgabefirmen gleichzeitig mit der Erlangung der Ausfuhrbewilligung zur Einlieferung des Gegenwertes in fremder Valuta. Bei jenen Artikeln aber, deren Export frei ist, verpflichteten sich die Firmen gleichzeitig mit der Anmeldung ihrer Sendungen beim Ungarischen Warenverkehrsbureau gleichfalls zur Einlieferung der fremden Valuta, so daß die Devisenzentrale durch diese mit Intervention des Bureaus abgeschickten, beziehungsweise exportierten Waren zu der oben ausgewiesenen, verhältnismäßig bedeutenden ausländischen Valuta gelangte. Aus Bulgarien gelangten durch Vermittlung des Warenverkehrsbureaus nach Ungarn 45 Wagenladungen verschiedener Waren zur Einfuhr, deren Wert sich auf 560.000 Leva belief.

Der erste Osmantransport wurde am 17. Dezember 1916 abgeliefert. In dieser Relation stand dem Bureau bis zum 1. Juni dieses Jahres insgesamt wöchentlich 1 Wagon zur Verfügung, um diese Zeit wurde das Kontingent auf monatlich 6 Waggons erhöht. Dieser bescheidene Verladerraum entsprach natürlich lange nicht den Anforderungen mit Rücksicht darauf, daß die Vormerkungen ständig mehr als 100 Waggons ausmachten. Einzelne Anmeldungen konnten also erst nach mehreren Monaten an die Reihe kommen; in der Zwischenzeit waren dann die Ausfuhrbewilligungen abgelaufen, so daß die Beschwerden, die gegen den Osmanverkehr erhoben werden, vielfach berechtigt sind. Die L. u. L. Zentral-Transportleitung kam selbst zur Einsicht, daß die zur Verfügung stehenden Wagen unzureichend sind und versuchte wiederholt nach dem Muster der Marizazüge auch in der türkischen Relation geschlossene Osmanzüge einzuleiten, doch litten alle diesbezüglichen Bemühungen an dem Widerstand der türkischen Behörden. Schiffsbruch, weil diese nur im Falle der Beförderung gewisser Artikel dem Verkehr geschlossener Züge zugestimmen geneigt waren. Es ist gleichwohl Aussicht vorhanden, daß die Zentral-Transportleitung im September laufenden Jahres in der Lage sein wird, wenigstens ein, zwei außerordentliche Osmanzüge abzusenden. Im türkischen Exportverkehr wurde, da dieser noch nicht aus systematischen Zügen besteht, die dreiprozentige Vermittlungsgebühr noch nicht reduziert. In dem nach unserem Vaterlande kommenden türkischen Importverkehr beträgt die Gebühr 2 Prozent, wogegen das Bureau bei den amtlichen und halbamtlichen Adressen gehenden türkischen Sendungen keinerlei Gebühr einhebt. Die aus der Türkei importierten Waren kamen zum Teil per Bahn, zum größeren Teil aber via Sifob auf der Donau. Seit Einleitung des Osmanverkehrs bis Ende Juli 1917 wurden nach der Türkei Waren im Umfange von insgesamt 71 Wagenladungen abgeschickt, die hauptsächlich Eisenwaren, chemische Produkte und Lebensmittel enthielten. Davon waren 37 Waggons mit privaten Waren beladen, die insgesamt einen Wert von 47.000 türkischen Pfunden repräsentieren. Aus der Türkei sind nach unserem Vaterlande insgesamt 55 Waggons mit Waren im Werte von 160.527 türkischen Pfunden eingeführt worden, hauptsächlich Feigen, Sultaninen und Haselnüsse.

Nach Makedonien wurden durch Vermittlung des Warenverkehrsbureaus bis Ende Juli insgesamt 103 Waggons abgeschickt, die hauptsächlich Eisen- und Papierwaren, landwirtschaftliche Maschinen, chemische Produkte, Bitterwasser usw. enthielten. Nach diesen nach Makedonien ausgeführten Waren sind bei der Devisenzentrale im Wege der Expositur der L. u. L. Warenverkehrszentrale weitere 493.000 Leva eingestossen. Im makedonischen Verkehr hebt das Bureau nach an Privatadressen gehenden Sendungen eine Gebühr von 3 Prozent, bei den für die eigenen Zwecke der L. u. L. Zigarettenfabrik dienenden Sendungen aber eine solche von 1 Prozent ein.

Die Tätigkeit des Ungarischen Warenverkehrsbureaus erschöpft sich jedoch keineswegs in der gerechten Verteilung der innerhalb der zu ihrem Wirkungskreis gehörenden Relationen zur Verfügung stehenden beschränkten Verkehrsmittel unter die Interessenten, sowie in dem oben gekennzeichneten Verkehr mit den Behörden, sondern das Bureau erstreckt seine Tätigkeit auch auf die Evidenzhaltung der Aus- und Einfuhrmöglichkeiten, es bringt die vaterländischen Interessenten mit den ausländischen in Berührung, mit einem Worte, es steht den Exporteuren in jeder Beziehung und mit allen Mitteln zur Seite und unterstützt und ermuntert die durch vielfache Verkehrseinschränkungen, Ein- und Ausfuhrverbote erschwerte Exporttätigkeit. Das Bureau erfüllt damit eine unschätzbare Aufgabe, die wir vielleicht erst nach dem Kriege nach Gebühr zu werten imstande sein werden. Das Bureau verschafft der Notenbank nicht nur Devisen, sondern es hält die Verbindung mit den ausländischen Märkten überhaupt aufrecht, deren vollständiger Verlust uns im Falle der gänzlichen Einstellung der Ausfuhr während des Krieges gedroht hätte. Der Ansporn zum Export und die Nachhilfe beim Ausfuhrverkehr ist aber eine um so größere

Notwendigkeit, als zur Zeit der Kriegskonjunktur unsere Exporteure, auf sich verlassen, sich zur Bewältigung der sich dem Exporthandel entgegenstehenden Hindernisse keineswegs geneigt gezeigt hätten, da sie ihre Waren auch hierzulande für gutes Geld hätten verwerten können. Das größte Verdienst des Ungarischen Warenverkehrsbureaus besteht einerseits in der Betonung dessen, daß auch der Krieg einmal zu Ende sein wird und daß die Vernachlässigung der Exportmärkte in der Zeit nach dem Kriege einen nicht gutzumachenden Schaden unserer Volkswirtschaft bedeuten müßte, andererseits in der mit allen Mitteln betriebenen Ausnutzung der schon heute zur Verfügung stehenden Ausfuhrmöglichkeiten. Eine intelligente und zielbewusste Wirtschaftspolitik müßte den Wirkungskreis dieses Bureaus auf sämtliche Ausfuhrrelationen erstrecken, damit es den Export nach allen Richtungen bis zu dem zulässigen Maße entwickeln könne und je mehr ausländische Valuta ins Land bringe.

Nachtrag.

Meldung der deutschen Obersten Heeresleitung.

Das Ung. Tel.-Korr.-Bureau meldet aus Berlin:
Großes Hauptquartier, 2. Oktober.
Westlicher Kriegsschauplatz:

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht:

In der Mitte der flandrischen Front war der Artilleriekampf stark, zwischen Langemarck und Hallebeke mehrfach zu heftigen Trommelfeuerwellen gesteigert.

Morgens entrißen unsere Sturmtruppen den Engländern am Poligonwald nördlich der Straße Menin-Ypern in etwa 500 Metern Breite Kampfgelände, das gegen mehrmalige starke Gegenangriffe behauptet wurde.

Außer erheblichen Verlusten büßte der Feind Gefangene ein.

Heeresgruppe deutscher Kronprinz:

Nordöstlich von Soissons nahm die Kampftätigkeit der Artillerie zu.

Vor Verdun war der Feuerkampf im Anschluß an ein erfolgreiches Unternehmen an dem Ostufer der Maas lebhaft.

Bei Bézonvaux brachen morgens Infanteriestoßtruppen mit Pionieren bis in die hinteren Linien der französischen Stellung, zerstörten dort die Drahtanlagen und kehrten mit mehreren hundert Gefangenen in die eigenen Stellungen befehlsgemäß zurück.

Auf dem

östlichen Kriegsschauplatz

und an der

makedonischen Front

blieb bei geringer Gefechtsfähigkeit die Lage unverändert.

Der erste Generalquartiermeister
Ludendorff.

Volkswirtschaft.

Eine Verordnung gegen den Kettenhandel.

Budapest, 2. Oktober.

Die heutige Nummer des Amtsblattes veröffentlicht unter Zahl 3678/1917 folgende Ministerialverordnung zur Bekämpfung der Mißbräuche bei dem Vertrieb allgemeiner Bedarfsartikel:

Das königlich ungarische Ministerium verfügt auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen über die Ausnahmeverfügungen für den Kriegsfall folgendes:

I. Preisprüfungskommissionen.

§ 1. Bei der Regelung und Feststellung der Preise allgemeiner Bedarfsartikel, bei der Leitung und bei der Beaufsichtigung ihres Betriebes, wie auch bei den während der Verfolgung der Mißbräuche auftauchenden behördlichen Agenden wirken gemäß der vorliegenden Verordnung lokale Preisprüfungskommissionen und die Zentralpreisprüfungskommission mit.

Lokale Preisprüfungskommissionen.

§ 2. Die Aufgaben der lokalen Preisprüfungskommission sind im besonderen:

1. Sie verfolgt mit Aufmerksamkeit auf dem Gebiete ihrer Tätigkeit die Preisgestaltung der allgemeinen Bedarfsartikel; in den die Preise betreffenden Fragen ist ihre Bestimmung folgende:

a) Sie kann einen Richtpreis für solche allgemeine Bedarfsartikel feststellen, deren Höchstpreis eine andere Behörde noch nicht festgestellt hat, wenn nicht eine Rechtsvorschrift ein anderes Organ zur Feststellung des Richtpreises bestimmt. Die Wirkung des Richtpreises ist, daß denjenigen, der zu keinem höheren Preise verschleißt oder kauft, die privat- und strafrechtlichen Folgen des Verschleißes oder Verkaufs zu unvernünftig hohem Preise nicht treffen können. Der Richtpreis ist kundzumachen und der Zentralpreisbestimmungskommission, den benachbarten Preisprüfungskommissionen, den für das Funktionsgebiet der Kommission zuständigen Verwaltungsbehörden erster und zweiter Instanz, schließlich der zuständigen Handels- und Gewerbekammer und dem landwirtschaftlichen Verein des Komitats mitzuteilen.

b) Sie gibt auf Ersuchen der Behörde in Fragen, die die Feststellung des Höchstpreises allgemeiner Bedarfsartikel treffen, Gutachten ab.

c) Sie orientiert, soweit für diesen Zweck eine Rechtsvorschrift nicht ein anderes Organ bestimmt, in den betreffenden Fragen auch im übrigen die Verwaltungsbehörden, wie auch die Zivil- und die Strafgerichte.

2. Sie gibt Gutachten ab in der Frage der Gewährung der Einschränkung und der Entziehung der zum Handel mit öffentlichen Bedarfsartikeln notwendigen behördlichen Lizenzen, wie auch auf Ersuchen der Behörden, die bei der Verfolgung der bei dem Vertriebe öffentlicher Bedarfsartikel vorkommenden Mißbräuche vorgehen in Fragen der Produktion der Industrie und des Handels.

3. Zu Zwecken der Orientierung der Behörden verfolgt sie die in den Preiserzeugnissen erschienenen und sonstige allgemeine Bedarfsartikel betreffenden geschäftlichen Anbahnigungen mit Aufmerksamkeit.

4. Sie unterstützt die Zentralpreisprüfungskommission und die übrigen lokalen Preisprüfungskommissionen in ihrer Tätigkeit.

§ 3. Am Sitz eines jeden Munizipiums ist eine lokale Preisprüfungskommission zu bilden. Ihre Funktion erstreckt sich auf das ganze Gebiet des Munizipiums.

Der das Volksernährungsamt leitende Minister kann anordnen, daß für das Gebiet eines Munizipiums mehrere Preisprüfungskommissionen oder für das Gebiet mehrerer Munizipien eine Preisprüfungskommission gebildet werden.

§ 4. Den Präsidenten der Kommission und dessen Stellvertreter ernannt aus der Reihe der am Sitz der Kommission wohnenden Personen der das Volksernährungsamt leitende Minister.

Die übrigen Mitglieder der Kommission ernannt in der von dem das Volksernährungsamt leitenden Minister bestimmten Anzahl zur Hälfte der erste Beamte des Munizipiums, zur Hälfte der Präsident der Kommission. Erstreckt sich die Funktion der Kommission auf das Gebiet mehrerer Munizipien, so werden ihre Mitglieder zur Hälfte von den ersten Beamten der beteiligten Munizipien einverständlich ernannt; können sie sich nicht einigen, so kommt das Recht, diese Mitglieder zu ernennen, dem das Volksernährungsamt leitenden Minister zu.

Die Kommission ist zur Hälfte (I. Gruppe) aus der Reihe der land- und forstwirtschaftlichen Produzenten, der Hersteller industrieller Erzeugnisse, der Kaufleute und zur Hälfte (II. Gruppe) aus der Reihe der Konsumenten zu ernennen. Die in die I. Gruppe gehörenden Kommissionsmitglieder sind zunächst aus der Reihe der vom Landesagrikulturverein, vom Ungarischen Landwirtebund, von der zuständigen Handels- und Gewerbekammer, vom Landesverband der Fabrikindustriellen und der Ungarischen Kaufmännischen Landesvereinigung in Vorschlag gebrachten Fachmänner zu ernennen. Wohnen auf dem Funktionsgebiete Industrie- und Bergarbeiter in größerer Zahl, so sind in die II. Gruppe der Kommissionsmitglieder auch Vertrauensmänner der Arbeiter in entsprechender Zahl zu ernennen.

Der Ernannte kann die Übernahme der Kommissionsmitgliedschaft ohne triftigen Grund nicht verweigern.

Der das Volksernährungsamt leitende Minister kann den Kommissionsmitgliedern die Vertrauensstellung zu jeder Zeit entziehen.

§ 5. Die Stellungen des Präsidenten, seines Stellvertreters und der übrigen Mitglieder der Kommission sind Ehrenstellen. Für den Ersatz der Vorauslagen und des durch den Zeitverlust verursachten Schadens ist die Geschäftsordnung maßgebend.

Die Kommissionsmitglieder geloben, vor Beginn ihrer Funktion vor dem ersten Beamten des nach dem Sitz der Kommission zuständigen Munizipiums, in ihrem Amte gewissenhaft und unparteiisch vorzugehen, und das Amtsgeheimnis zu wahren.

Den Mitgliedern der Preisprüfungskommission und den im § 5. Absatz des § 9 erwähnten Vertrauten kommt bei ihrem amtlichen Vorgehen die Rechtsstellung behördlicher Organe zu.

§ 6. Den Protokollführer für die Kommission bestellt der erste Beamte des Munizipiums. Erstreckt sich aber die Funktion der Kommission auf das Gebiet mehrerer Munizipien, der erste Beamte desjenigen Munizipiums, das der das Volksernährungsamt leitende Minister hierzu bestimmt. Dieser erste Beamte stellt auch der Kommission das notwendige Lokal zur Verfügung, sorgt für die Bewahrung der Kommissionsakten, wie auch für die Ausführung der schriftlichen Arbeiten.

Die Zentralpreisprüfungskommission.

§ 7. In Budapest wird eine Zentralpreisprüfungskommission gebildet, der die Beaufsichtigung und Leitung der lokalen Preisprüfungskommissionen, die Ausarbeitung der in Fragen betreffend die Inverlehrsetzung allgemeiner Bedarfsartikel für den das Volksernährungsamt leitenden Minister, wie auch die Ausarbeitung der für die übrigen beteiligten Minister notwendigen Gutachten und Entwürfe zufällt.

Die Zentralpreisprüfungskommission überprüft die von den lokalen Preisprüfungskommissionen festgestellten Richtpreise, die sie in Einklang bringt und nach Bedarf außer Kraft setzt; auch kann sie solche Preise im eigenen Wirkungskreise selbst direkt feststellen. Die von ihr bindend festgestellten Richtpreise macht sie kund, und teilt sie den lokalen Preisprüfungskommissionen mit.

§ 8. Den Präsidenten der Zentralpreisprüfungskommission, dessen Stellvertreter, wie auch die übrigen Mitglieder der Kommission ernannt und entsetzt der das Volksernährungsamt leitende Minister. An den Verhandlungen der Kommission können auch die entsendeten Fachreferenten des das Volksernährungsamt leitenden Ministers und der übrigen beteiligten Minister teilnehmen.

Zur übrigen sind im sonstigen für die Bildung der Zentralpreisprüfungskommission und für die Rechtsstellung ihrer Mitglieder die Vorschriften über die lokalen Preisprüfungskommissionen mit der Ergänzung maßgebend, daß in die II. Gruppe der Kommissionsmitglieder in jedem Fall aus der Reihe der Vertrauensmänner der Industrie- und Bergarbeiterschaft Mitglieder in entsprechender Anzahl zu ernennen sind.

Vorschriften für das Verfahren der Preisprüfungskommissionen.

§ 9. Sowohl der Präsident der Zentralen, wie auch der Präsident der lokalen Preisprüfungskommissionen hat dafür zu sorgen, daß bei den Verhandlungen jede Mitgliedergruppe der Kommission und unter den Mitgliedern der I. Gruppe die drei Interessengruppen durch eine gleiche Zahl von Mitgliedern vertreten seien.

Die Kommission kann nach Bedarf auch außerhalb der Kommission stehende Fachmänner und andere in der Frage orientierte Personen anhören. Für den Ersatz der Vorauslagen und des durch den Zeitverlust verursachten Schadens der angehörteten Personen ist die Geschäftsordnung nicht maßgebend.

Der Richtpreis ist, von dem Marktpreis ausgehend, derart festzustellen, daß in ihm die auch eine entsprechende Quote der durchschnittlich notwendigen und der allgemeinen Geschäftsauslagen enthaltenden Betriebskosten, der durchschnittliche bürgerliche Gewinn und die lokalen Verhältnisse berücksichtigt werden. Besonders sind die eventuellen Transportkosten, wie auch der Aufwand in Betracht zu ziehen, daß die Preise der Rohstoffe, der Halbfabrikate und der fertigen Waren, wie auch die Preise der durch den Hersteller, den Großhändler und der durch den für Zwecke des direkten Konsums verschleißenden Kaufmann (Klein Kaufmann) verschliffenen Waren, schließlich die Preise der zur Befriedigung ein und desselben Bedarfes verwendbaren Waren miteinander in richtigem Verhältnis stehen sollen. Bei Feststellung des Richtpreises kann die Kommission nicht die durch die Spekulation auf dem betreffenden Markt eventuell künstlich hinaufgetriebenen Preise als Grundlage annehmen.

2. IX. 1917

2M

Ein Wort zum Preisgesetz im Zusammenhang

Vertrag schriftlich abzufassen und es sind außer der Benennung der Parteien und der Bezeichnung des kreditierten Betrags und des Pfandgegenstandes die bedungenen Gegenleistungen und die übrigen wesentlichen Bestimmungen des Geschäftes ersichtlich zu machen. In Ermangelung der schriftlichen Form ist ein derartiges Geschäft ungültig.

Wer die Bestimmung des vorliegenden Paragraphen verletzt oder auspielt, begeht, soweit seine Handlung nicht einer schwereren Strafbestimmung unterliegt, eine Uebertretung und ist an Geld bis zweitausend Kronen zu bestrafen.

Hat aber die Partei, die die Beteiligung an dem aus der Bewertung des Vorrats zu erwartenden Gewinn verbietende Bestimmung verletzt oder auspielt, so ist sie mit Haft bis zu sechs Monaten und an Geld bis zweitausend Kronen zu bestrafen. Kann die Höhe des Gewinns, den der Täter durch seine Handlung unbefugtermaßen erzielt hat, festgestellt werden, so kann die Geldstrafe in jedem einzelnen Fall außer zweitausend Kronen den um das Doppelte des festgestellten Gewinns erhöhten Betrag erreichen.

Die Bestimmungen des vorliegenden Paragraphen betreffen die im G. N. I: 1831 geregelten Kaufpfanddarlehensgeschäfte nicht.

IV. Die Strafe des Kettenhandels und anderer Mißbräuche.

§ 27. Wer durch ein gegen die geschäftliche Anständigkeit verstoßendes Vorgehen, insbesondere durch einen Zwischenhandel (Kettenhandel), der nicht usuell und offenbar unnützig ist, um die Ware zum Konsumenten gelangen zu lassen, die Preissteigerung eines öffentlichen Bedarfsartikels herbeiführt, begeht, soweit sein Vorgehen nicht einer schwereren Strafbestimmung unterliegt, eine Uebertretung und ist mit Haft bis zu sechs Monaten und an Geld bis zweitausend Kronen zu bestrafen. Kann die Höhe des Gewinns, den der Täter durch seine Handlung ungebührlich erzielt hat, festgestellt werden, so kann die anzuwendende Geldstrafe einen über zweitausend Kronen und das Doppelte des festgestellten Gewinns erhöhten Betrag erreichen.

Im Falle einer im ersten Absatz bestimmten Uebertretung kann das Gericht anordnen, daß das Urteil je nach den Umständen des Falles samt den Gründen auf Kosten des Verurteilten in einem oder in mehreren durch das Gericht bestimmten inländischen Blättern, eventuell auch auf andere Weise kundgemacht werde. Die in den §§ 32 und 33 G. N. I: 1914 enthaltenen Bestimmungen sind entsprechend maßgebend.

§ 28. Wer bei dem Weiterverkauf eines öffentlichen Bedarfsartikels eine Gegenleistung ausbedingt oder annimmt, die den Anschaffungspreis, die aufgetauchten Auslagen und den ordentlichen kaufmännischen Nutzen unverhältnismäßig übersteigt, begeht, insofern seine Handlung nicht einer schwereren Strafbestimmung unterliegt, eine Uebertretung und ist mit Haft bis zu sechs Monaten und an Geld bis zweitausend Kronen zu bestrafen. Kann die Höhe des Gewinns, die der Täter durch seine Handlung ungebührlich erzielt, festgestellt werden, so kann die anzuwendende Geldstrafe einen über zweitausend Kronen und das Doppelte des festgestellten Gewinns erhöhten Betrag erreichen.

Im Falle einer derartigen Uebertretung kann der Käufer die Minderung des Preises verlangen, den ausbezahlten Mehrpreis aber von dem Verkäufer zurückfordern. Diese Forderung verjährt innerhalb sechs Monate.

Wegen einer im ersten Absatz des vorliegenden Paragraphen bestimmten Uebertretung ist ein Strafverfahren nicht am Plage, wenn die geforderte oder angenommene Gegenleistung den durch die Behörde festgestellten Höchstpreis der Ware, ist aber ein derartiger Preis nicht festgestellt, den durch die Preisprüfungskommission kundgemachten oder anlässlich der betreffenden Uebertretungssache der vorgehenden Verwaltungsbehörde mitgeteilten Orientierungspreis nicht übersteigt.

§ 29. Soweit die Handlung nicht einer schwereren Strafbestimmung unterliegt, begeht eine Uebertretung und ist mit Haft bis zu fünfzehn Tagen und an Geld bis zu zweitausend Kronen zu bestrafen, wer in einem Prehsprodukt sein Anbot auf den Kauf, Verkauf oder auf die Vermittlung eines öffentlichen Bedarfsartikels ohne Bezeichnung seiner Firma (seines Namens) und seiner Geschäftsanlage (seiner Wohnung) anzeigt, wie auch derjenige, dessen ähnliche Anzeige eine der Wahrheit nicht entsprechende oder zur Irreführung geeignete Angabe enthält.

§ 30. Wer in einer Rechnung, in einem Schlußbrief, auf einem Lieferungsschein, in einem Warenbegleitungsschreiben oder in einem ähnlichen Geschäftsschreiben oder in Geschäftsbüchern den Preis eines allgemeinen Bedarfsartikels oder einen für die Bestimmung seines Preises wesentlichen Umstand bewußt falsch oder mangelhaft angibt, begeht, soweit seine Handlung nicht einer schwereren Strafbestimmung unterliegt, eine Uebertretung und ist mit Haft bis zu sechs Monaten und an Geld bis zu zweitausend Kronen zu bestrafen.

§ 31. Wer bei der Beschaffung von allgemeinen Bedarfsartikeln zum Zwecke des Betriebes einen höheren Preis verspricht oder gibt, als der vom Verkäufer geforderte Preis, und wenn der Verkäufer keinen bestimmten Preis fordert, der durch die Behörde festgestellte Preis, in Ermangelung eines solchen aber der bisher übliche Preis ist, begeht, soweit seine Handlung nicht einer schwereren Strafbestimmung unterliegt, eine Uebertretung und ist mit Haft bis zu sechs Monaten und an Geld bis zu zweitausend Kronen zu bestrafen.

§ 32. Die Strafe der im § 15 im Punkt 1 und im Zusammenhang damit im Punkt 5 des § 16, schließlich im § 17 der Verordnung J. 4207/1915 M. E. über die Versorgung der Bevölkerung mit allgemeinen Bedarfsartikeln und über die auf preisreibende Mißbräuche bestimmten Uebertretungen, die nach dem Inlebenreten der vorliegenden Verordnung begangen werden, ist Haft bis zu sechs Monaten und eine Geldstrafe bis zu zweitausend Kronen.

Kann die Höhe des Gewinns, den der Täter durch seine ungebührliche Handlung erzielt hat, festgestellt werden, so kann die anzuwendende Geldstrafe einen über zweitausend Kronen um das Doppelte des festgestellten Gewinns erhöhten Betrag erreichen.

V. Gemische und Schlußbestimmungen.

§ 33. Das Verfahren wegen der in der vorliegenden Verordnung bestimmten Uebertretungen gehört in den Wirkungsbereich der Verwaltungsbehörde als Polizeistrafsgericht, auf dem Funktionsgebiete der Staatspolizei aber in den der königlich ungarischen Staatspolizei.

In den Ländern Kroatien-Slawonien gehen wegen dieser Uebertretungen die nach den dortigen Rechtsvorschriften hierzu berufenen Behörden vor.

§ 34. Im Falle der in der vorliegenden Verordnung bestimmten Uebertretungen ist für die Ware, bezüglich deren die Uebertretung begangen wurde, im Sinne des Gesetzes die Einziehung am Plage. Der Wert der eingezogenen Waren kommt nach Abzug der aufgetauchten Auslagen dem Unterstützungsfonds der Kriegsinvaliden zu.

§ 35. Die Verwaltungsbehörden und die Gerichte können das vor ihnen im Zuge befindliche Verfahren nicht aus dem

Grunde aussetzen, weil die Preisprüfungskommission, die sie gemäß der vorliegenden Verordnung anzuhören hätten, noch nicht konstituiert ist oder zeitweilig nicht funktioniert.

Die Behörde hat in ihrem an die Kommission gerichteten Ersuchen für die Mitteilung des Gutachtens eine entsprechende Frist zu bestimmen, nach deren fruchtlosem Verstreichen sie das Verfahren fortsetzen und die notwendige Orientierung sich von der Zentralpreisprüfungskommission oder durch Anhören geeigneter Fachmänner verschaffen kann.

§ 36. Die auf die Länder Kroatien-Slawonien sich erstreckenden Bestimmungen dieser Verordnung werden, soweit ihr Vollzug nicht der Zentralregierung zukommt, dort durch den Vornus vollstreckt.

Soweit diese Verordnung in den auf die Länder Kroatien-Slawonien sich erstreckenden Bestimmungen auf Rechtsvorschriften hinweist, deren Geltung sich auf die Länder Kroatien-Slawonien nicht erstreckt, sind statt dieser in diesen Ländern die dortigen Rechtsvorschriften maßgebend.

In den Ländern Kroatien-Slawonien verfügt über die Konstituierung der lokalen Preisprüfungskommission und der in Zagreb zu organisierenden Landes-Preisprüfungskommission der Vornus. In den Ländern Kroatien-Slawonien sind statt der im dritten Absatz § 4 erwähnten Interessenvertretungen und Körperschaften die dortigen entsprechenden Organisationen zu verstehen.

§ 37. Diese Verordnung tritt am 15. Oktober 1917 in Kraft.

Dieserjenige, die zur Zeit des Inlebenretens dieser Verordnung auf Grund eines vor ihrem Inlebenreten erlangten Gewerbezeugnisses oder einer Gewerbebesitzung oder als protokollierte Firma eine Beschäftigung treiben, zu deren Weiterführung sie im Sinne der vorliegenden Verordnung einer besonderen behördlichen Lizenz bedürfen, können diese ihre Beschäftigung nach dem Inlebenreten der vorliegenden Verordnung bis einschließlich 31. Oktober 1917 ohne derartige besondere Lizenz, und wenn sie ihren Antrag auf Gewährung der Lizenz bis zu dem eben erwähnten Tage unterbreitet haben, insofern fortführen, bis ihr Antrag rechtskräftige Erledigung findet.

Budapest, 28. September 1917.

Dr. Alexander Beckerle, m. p.
k. u. g. Ministerpräsident.

3. / X. 1917

202

Zum Wiederaufbau des Handwerks.

Von Genossenschaftsanwalt Dr. Grüger, M. d. R.

Ueber den Einfluß, den der Krieg auf das Vermögen der Nation ausübt, wird noch viel gestritten werden. Fest steht jedenfalls, daß er zu einer außerordentlichen Verschlebung der Vermögen geführt hat; weite Kreise sind wirtschaftlich hart betroffen und erhebliche Teile der Bevölkerung in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedroht. Dahin gehört der Mittelstand im weitesten Sinne, also Handwerk, Kleinhandel, Hausbesitz und Festbesoldete. Für die ersten drei Gruppen liegen die Verhältnisse freilich verschieden. Es gibt z. B. tausende von Handwerkern, die in den Kriegslieferungen einen guten Verdienst gefunden haben. Ein großer Unterschied ist zwischen dem Einfluß, den der Krieg auf die Lage des Handwerks in der Großstadt und in der Kleinstadt ausübt. Auch die Lage des Hausbesitzes ist oft in der Großstadt eine weit schwierigere als in der Kleinstadt. Ein Irrtum wäre es aber, nun etwa daraus, daß viele Handwerker im Krieg einen gewissen Wohlstand begründet haben, allgemein günstige Schlussfolgerungen für die Lage des Handwerks zu ziehen. Es dürfte vielmehr die Mehrheit des gewerblichen Mittelstandes sein, die aus diesem Krieg in schwerer Bedrängnis herausgeht. Groß ist die Zahl der Handwerker, die, zum Kriegsdienst eingezogen, ihre Werkstätten schließen müssen. Neuerdings greift die Stilllegung der Betriebe tief ein.

Der Selbständigkeit des Handwerks droht noch eine weitere Gefahr. Sie liegt in den hohen Löhnen, die in kriegsindustriellen Betrieben gezahlt werden. Der Handwerker steht sich als Meister in der Fabrik besser denn als Meister in seiner eigenen Werkstatt, wo er unfer Mangel an Rohstoffen und Arbeitskräften leidet. Im Dezember 1915 wurde die Fürsorge für die aus dem Kriege heimkehrenden Gewerbetreibenden mit einem bedeutungsvollen preussischen Erlass eingeleitet. Dieser Erlass ist meist in einer altbureaucratischen Art zur Ausführung gelangt. Beshwerden aber sind vereinigt geblieben. Der Grund dafür dürfte darin liegen, daß die aus dem Kriege heimkehrenden Gewerbetreibenden gut bezahlte Beschäftigung in den Fabriken finden und zunächst keine Neigung verspüren, ihre eigne Werkstatt wieder in Betrieb zu setzen. Für den Augenblick erscheint das recht erfreulich, doch eine solche Verschiebung bedeutet den Verlust selbständiger Existenzen.

Es ist kein Zweifel, daß der gewerbliche Mittelstand sich in einer Krise befindet, wie er sie noch nie erlebt hat.

Gleichzeitig macht die wirtschaftliche Organisation des Handwerks gewaltige Fortschritte. Die Rationierung der Rohstoffe führt dazu, daß der Staat, der sie vornimmt oder durch eine Kriegsgesellschaft vornehmen läßt, das Bestreben hat, das Verfahren so einfach wie möglich zu gestalten. Er verlangt: Organisation der Beteiligten. So schließen sich die Handwerker zu Genossenschaften und die Genossenschaften zu Zentralgenossenschaften zusammen — sie bilden wieder zusammenfassende Einkaufsstellen. Diese Einkaufsstellen werden wieder vereinigt zu Betriebsstätten, in denen die Rohstoffe für die Verarbeitung vorbereitet werden usw. Dazu kommen Arbeitsverteilungsstellen (Lieferungsverbände) des Handwerks, die sich über ganz Deutschland erstrecken und ähnlich nach oben und unten ausgebaut sind.

Noch niemals ist das Wort von der Notwendigkeit des Wiederaufbaus des Handwerks so wichtig gewesen wie für die Zeit nach dem Kriege. Und dieser Wiederaufbau ist eine Staatsnotwendigkeit.

Im Hauptausschuß des Reichstages ist ein Zentrumsantrag eingebracht worden, durch den der Reichskanzler ersucht wird, baldigst Maßnahmen zu treffen, durch welche 1. ausreichende Hilfe des Reichs für die zwangsweise geschlossenen Betriebe des gewerblichen Mittelstandes vorgesehen, 2. eine umfassende Kreditorganisation für den Wiederaufbau des gewerblichen Mittelstandes geschaffen wird.

Könnte man den Wiederaufbau des Handwerks schon allein dadurch in die Wege leiten, daß man eine große Zahl Millionen dafür aussetzt, so wäre die Arbeit eine geringfügige. Die Dinge liegen aber ganz anders. Mit Millionen allein ist es nicht gemacht. Die Frage ist vielmehr, wie sollen sie dem Handwerk zugeführt werden. Und da ist eins wohl ohne weiteres klar, daß dem Handwerk nichts damit genügt wird, wenn aus den Millionen den Handwerkern kleinere oder größere Darlehen zu billigem Zinsfuße gewährt werden oder vielleicht sogar unter Bedingungen, die die Hilfe als Geschenk erscheinen lassen. Damit würde mehr geschadet als genügt werden. Auf dem Wege läßt sich kein selbständiger Mittelstand schaffen. Deswegen braucht die Hilfe des Reichs aber nicht zurückgewiesen zu werden. Die Hilfe des Reichs scheint sogar geboten und selbstverständlich. Es handelt sich um die Entschädigung für wirtschaftliche Schäden, die als eine unmittelbare Folge des Krieges zu betrachten sind. Es sind Kriegschäden. Die Frage ist, auf welchem Wege soll geholfen werden.

Was das Handwerk braucht, sind in der Zeit nach dem Kriege zunächst Rohstoffe, dann Arbeit. Hier muß ihm Hilfe gebracht werden. Die Rohstoffknappheit wird mit dem Kriege nicht ihr Ende erreichen. Eine strenge Rationierung der Rohstoffe liegt in den Bedingungen der Uebergangswirtschaft. Das Handwerk muß seinen Anteil an den Rohstoffen erhalten. Hier ist die Gelegenheit, derer besonders zu gedenken, die unter dem Einfluß des Krieges wirtschaftlich geschädigt sind. Auch ihnen sollen die Rohstoffe nicht geschenkt werden. Sie sollen diese auf Kredit erhalten. Diesen Kredit sollen die Gewerbetreibenden suchen bei den auf die Befriedigung des Kreditbedürfnisses des gewerblichen Mittelstandes zugeschnittenen Kreditorganisationen, den Kreditgenossenschaften. Es erscheint als eine Selbstverständlichkeit, daß die Kreditgenossenschaft sich die Unterstützung ihrer Mitglie-

der, die durch den Krieg geschädigt sind, nach Kräften anlegen sein läßt. Diese Unterstützung aber hat eine Grenze in der eigenen Leistungsfähigkeit und in der Rücksicht auf die übrigen Mitglieder. Da hätte das Reich einzusehen. Das Reich müßte — wir wollen uns ganz summarisch ausdrücken — für die durch den Krieg in ihrer wirtschaftlichen Existenz unmittelbar geschädigten Gewerbetreibenden — es ist dabei immer von Ursache und Wirkung auszugehen, die das Kennzeichen der Kriegschäden sind — Kreditbürgschaft übernehmen. Wenn über diesen Weg grundsätzlich Uebereinstimmung erzielt ist, dann wird die Durchführung auf keine unüberwindlichen Schwierigkeiten stoßen. Der Kredit, der vom Reich verbürgt ist, darf nur bestimmt sein für die Beschaffung der Rohstoffe. Da die Rohstoffverteilung auch in der Uebergangswirtschaft vom Reich ausgehen wird, so ergibt sich eine Kontrolle hier ganz von selbst. Fern gehalten von dieser Aktion müssen alle bureaucraticen Einrichtungen werden. Die Hilfsaktion muß angelehnt werden an die berufenen Kreditorganisationen, die am besten geeignet sind, den Kredit zu behandeln. Es soll und kann natürlich kein Gewerbetreibender gezwungen werden, sich einer Kreditgenossenschaft anzuschließen. Es wird aber allen Gewerbetreibenden, die in Frage kommen, der Anschluß nahegelegt werden müssen. Und schließlich würden sich auch Mittel und Wege finden lassen, um im Rahmen des § 8 des Genossenschaftsgesetzes den Genossenschaften zu ermöglichen, vom Reich verbürgten Kredit an Nichtmitglieder zu gewähren.

Die zweite Aufgabe liegt in der Beschaffung von Arbeitsgelegenheit. Hier kommt es gelegen, daß während des Krieges die Viefierungsgenossenschaftsbewegung das ganze Handwerk erfaßt hat. Die aus dem Kriege heimkehrenden Gewerbetreibenden haben sich den Viefierungsgenossenschaften anzuschließen, wo solche bestehen, und sie müssen Viefierungsgenossenschaften ins Leben rufen, wo sie noch fehlen. Der Rahmen, innerhalb dessen das Handwerk durch die Viefierungsgenossenschaften bei öffentlichen Aufträgen beschäftigt wird, ist gegeben. Es kann nicht schwer sein, diese Organisation so zu gestalten, daß insbesondere auch durch den Krieg geschädigte Gewerbetreibende ihren Arbeitsanteil erhalten. Im übrigen wird es nach dem Kriege an Arbeitsgelegenheit auch sicher nicht fehlen. Immerhin ist es erwünscht, daß die, die Jahre hindurch aus der Arbeit herausgerissen sind, Anschluß an eine Organisation finden.

Es ist natürlich ohne weiteres zuzugeben, daß Rohstoffe und Arbeit allein noch nicht dem Handwerker den Betrieb ermöglichen. In der Regel wird er aber, wenn er Rohstoffe und Arbeit gefunden hat, auch die Gelegenheit haben, den etwa erforderlichen weiteren Kredit zu finden. Wo es hieran fehlt, da hat die eingangs erwähnte Fürsorge für die aus dem Kriege heimkehrenden Gewerbetreibenden einzusetzen. Allerdings müssen die bei der Durchführung der Fürsorge von den unteren Organen vielfach beschrittenen Wege der Fürsorge verlassen werden. Mit dem Bürokratismus, der hier vielfach eingesetzt hat, muß gebrochen werden. Die Fürsorge muß sich anlehnen an die Kreditgenossenschaften, die die Tätigkeit der Kreditvermittlung besser verstehen als die behördlichen Organe.

Es ist dies ganz sicher nicht der letzte Vorschlag, der zum Wiederaufbau des Handwerks gemacht wird. Der Vorschlag hat aber jedenfalls den Vorzug, daß seine Durchführung möglich ist und durch bestehende Organisationen verwirklicht werden kann.

4./X. 1917

213

Wien, 4. Oktober.

Heute liegt eine bemerkenswerte Kundgebung der be-
 rufenen Vertretung der österreichischen Industrie vor. Die
 Präsidien der drei zentralen Verbände, des Bundes öster-
 reichischer Industrieller, des Industriellen Klubs und des
 Zentralverbandes der Industriellen Oesterreichs, haben in
 einer gemeinschaftlichen Sitzung beschlossen, ein Dankschreiben
 an den Finanzminister Dr. Freiherrn v. Wimmer zu richten.
 Den Anlaß dazu bot das Exposé des Finanzministers, mit
 welchem er den Staatsvoranschlag einbegleitete. Die indu-
 striellen Verbände bringen dem Finanzminister den Dank
 zum Ausdruck für die aus seiner Rede hervorleuchtende
 Würdigung der Bedeutung der Industrie für die Kriegs-
 und für die Friedenswirtschaft, insbesondere für die miß-
 billigen Worte, die er gegen die jetzt herrschende Unter-
 nehmerfeindlichkeit gesprochen. „Und zwar insbesondere mit
 Rücksicht auf den Umstand, daß er als erster und einziger vor
 der Regierungsbank kräftige Worte zur Abwehr der gegen
 die Industrie heute gang und gäbe gewordenen Angriffe ge-
 funden hat.“ Man wird den Ton des Bedauerns nach-
 empfinden können, der in der Feststellung liegt, daß Finanz-
 minister Dr. Freiherr v. Wimmer als „erster und einziger“
 den Angriffen gegen die Industrie entgegengetreten ist. Eine
 sehr heftige Heiße ist gegen die Industrie losgebrochen, ihre
 Repräsentanten werden in böswilliger Weise herabgewürdigt,
 und es hat oft den Anschein, als ob ein Freibrief für die Ver-
 unglimpfung der Industrie vorhanden wäre. Qui tacet con-
 sentire videtur — und, daß dieses beharrliche Schweigen
 gebrochen wurde, erfüllt die Industrie mit lebhafter Gemü-
 tigung. Es ist ja begreiflich, warum die Industrie die gegen
 sie betriebene Aufreizung gerade jetzt besonders kränkend
 empfindet. Daß die Welt ein kurzes Gedächtnis hat, ist ja
 eine Tatsache, mit der man rechnen muß. Man hätte es aber
 nicht für möglich gehalten, daß die unermesslichen Verdienste,
 welche sich die österreichische Industrie während des Krieges
 erworben hat, so rasch in Vergessenheit geraten würden, wie
 das der Fall ist. Die Geschichte wird ja für immerwährende
 Zeiten die Leistungen der Industrie im Kriege, die ja unsere
 Siege auf allen Schlachtfeldern erst ermöglicht haben, jenes
 gewaltige technische und kommerzielle Wirken, das unter dem
 Kollektivnamen der „Umstellung“ zu subsumieren ist, als
 ein Ruhmesblatt unserer Industrie bezeichnen. Manche der
 Zeitgenossen aber flechten der Industrie nicht nur keine

4. / X. 1917

216

Verzichtsfriede und Welthandel.

Aus Hamburger Kaufmannstreifen wird uns geschrieben:

In hiesigen kaufmännischen Kreisen, auch wenn sie die Reichstags-Entschliebung vom 19. Juli für verfehlt und schädlich halten und wenn sie einen Verzichtsfrieden in jeder Form ablehnen, begegnet man nicht selten einem gewissen Optimismus hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung unseres Welthandels, der sich stützt auf die Annahme, daß es unseren Feinden nicht möglich gewesen ist, unsere zerstörten Handelsbeziehungen tatsächlich an sich zu reißen, weil es ihnen während des Krieges sowohl an Rohstoffen als auch an Arbeitern zur Erzeugung der nötigen Waren und an Schiffsraum zu deren Beförderung gefehlt hat.

Die Richtigkeit dieser Tatsache ist allerdings nicht zu bestreiten und ebenso ist zweifellos ein starker Bedarf an deutschen Waren in der ganzen Welt vorhanden, aber die Frage ist eben die, ob wir denn überhaupt in den nächsten Jahren nach dem Kriege imstande sein werden, diesen großen Bedarf auch nur teilweise zu befriedigen.

Diese Untersuchung führt direkt auf das überaus wichtige Gebiet der Rohstoffversorgung nach dem Kriege. Ohne reichliche Versorgung mit Rohstoffen ist an eine nennenswerte Ausfuhr von Industrieerzeugnissen nicht zu denken, da zunächst ein ungeheurer Bedarf im Inlande zu decken ist. Wie sollen wir uns diese Rohstoffe, die fast ausschließlich aus feindlichen Ländern und deren Kolonien kommen, verschaffen, wenn es nicht gelingt, beim Friedensschluß uns deren Lieferung zu erzwingen, da man uns freiwillig sicher nichts liefern wird?

Um sich die Schwierigkeit dieses Problems klar zu machen, seien nur einige der wichtigsten Rohstoffe erwähnt: Baumwolle kommt fast nur aus Nordamerika und Ägypten, Wolle hauptsächlich aus Südafrika, Australien und Neuseeland, Häute aus Indien, Brasilien und Argentinien, Gummi aus Zentral- und Südamerika, Kampfer aus Japan, Rohseide aus China und Frankreich, Kupfer aus den Vereinigten Staaten, Nuhhölzer ebenfalls daher, sowie aus Kuba und Rußland, Tabak ebenfalls aus den Vereinigten Staaten, Kuba und Brasilien, Jute und Hanf aus Indien und Ostafrika. Man kann ohne Uebertreibung sagen, daß 90 v. H. unserer sämtlichen Rohstoffe aus feindlichen Ländern stammen. Es ist daher nichts leichter für unsere Feinde, als uns von deren Bezug einfach auszuschließen. Aber selbst wenn es gelänge, im Wege der Verständigung uns gewisse Mengen davon zu sichern, so würden diese voraussichtlich nicht ausreichen zur Ausfuhr von Industrieerzeugnissen, was doch für den Wiederaufbau unseres Welthandels das erste Erfordernis wäre. Selbst wenn man so optimistisch sein wollte, anzunehmen, daß unsere Feinde uns unbegrenzte Mengen von Rohstoffen zur Verfügung stellen würden, was fast undenkbar ist, da sie selbst deren ebenso dringend bedürfen wie wir, so ständen noch zwei schwierige Punkte dem Bezug dieser Rohstoffe entgegen: Der Mangel an Frachtraum und der schlechte Kurs unserer Währung, der es unmöglich machen würde, so große Summen ans Ausland zu bezahlen und jedenfalls den Einkauf so verteuern würde, daß wir mit unsern Industrieerzeugnissen auf dem Weltmarkte nicht konkurrieren könnten.

Um aus diesen Schwierigkeiten herauszukommen, bleibt nur der schon von verschiedenen Seiten empfohlene Ausweg, im Friedensvertrag von unseren Feinden, insbesondere England und Frankreich, als Entschädigung für unseren zerstörten Welthandel die Lieferung von bestimmten Mengen von Rohstoffen sofort nach Friedensschluß und weiterhin zu fordern. Daß eine solche Bedingung aber im jetzigen Stadium des Krieges im Wege der Verständigung nicht zu erreichen ist, dürfte wohl jedem klar sein, der nur einigermaßen die Stimmung bei unseren Feinden verfolgt hat. Also das Ceterum censeo ist und bleibt immer die Niederringung Englands; nur unter dieser Voraussetzung ist der Optimismus hinsichtlich unserer wirtschaftlichen Zukunft berechtigt. Gestingt dies nicht, und ließe sich unsere Regierung durch die Reichstagsmehrheit zu einem schwächlichen Verzichtsfrieden drängen, so wäre für den gelindesten Optimismus kein Raum. Die unausbleibliche Folge wäre Stodung von Industrie, Handel und Gewerbe, allgemeine Arbeitslosigkeit und Verelendung, Auswanderung von Millionen von Arbeiterfamilien.

Aber auch abgesehen von der Rohstoffversorgung und der damit unmittelbar zusammenhängenden Frage des Frachtraumes und der Wechselkurse werden sich nach einem solchen Frieden ungeheure Schwierigkeiten dem deutschen Kaufmann entgegenstellen. Wenn auch vielleicht mit großen Mitteln, mit hervorragender persönlicher Tüchtigkeit und mit Hilfe besonders guter Beziehungen im Auslande manche dieser Schwierigkeiten zu überwinden sein werden, so wird

Die Ministerialverordnung gegen den Kettenhandel.

Von Rechtsanwalt Dr. Josef Straffer.
Budapest, 4. Oktober.

Der leitende Sekretär der Budapester Handels- und Gewerbekammer, der gestern an dieser Stelle eine kritische Betrachtung der Verordnung gegen den Kettenhandel gegeben hat, hatte es nicht unterlassen, auf die Gefahr hinzuweisen, daß sich Verfügungen gegen den Kettenhandel leicht in Ketten des Handels verwandeln können. Wir gehen einen Schritt weiter und konstatieren, daß in der bezeichneten Ministerialverordnung nicht nur die Gefahr, sondern auch die Tatsache schädlicher Bildungen des Handels verborgen ist. Wir gehen dabei von dem anerkannten rechtspolitischen Standpunkt aus, daß der Wert einer gesetzlichen Verfügung wesentlich bestimmt wird durch das Organ, das zur Interpretierung dieser Bestimmung und damit zu ihrer eigentlichen Durchführung berufen ist. Im Sinne der Verordnung gegen den Kettenhandel sind die Preisprüfungskommissionen solche Organe. In den kritischen Bemerkungen, die in der Presse der Zusammenfassung dieser Körperschaft gewidmet sind, wurde bereits auf erste Mängel hingewiesen. Eine nähere Betrachtung ergibt, daß dieses Organ, das, wie wir später zeigen werden, weitestgehende Kompetenzen besitzt, milde gesprochen, dem Handel in keiner Weise entsprechenden Einfluß gewährt. Die Preisprüfungskommissionen setzen sich nach § 4 der Verordnung aus zwei getrennten Gruppen zusammen. Das Präsidium wird von dem Minister für Volksernährung ernannt. Nur die erste Gruppe der Mitglieder wird zu gleichen Teilen der Landwirtschaft und der Forstwirtschaft sowie der industriellen Produktion und dem Handel entnommen. Die zweite Gruppe glatt den „Konsumenten“. Da es sich lediglich um Industrieprodukte handelt, muß schon diese Zusammensetzung gravaminös erscheinen, denn die Vertreter der Landwirtschaft und der Forstwirtschaft erscheinen ja auch als Konsumenten, wodurch eine Majorisierung des Handels und der Industrie naturgemäß gegeben ist. Noch dunkler wird das Bild, wenn man sieht, daß Industrie und Handel auf die Auswahl der Richter, die über Tod und Leben der Industrie und des Handels urteilen sollen, keinerlei Einfluß üben, denn die Mitglieder der Kommission werden ernannt, und zwar zur Hälfte von dem selbst durch die Staatsbehörde ernannten Kommissionspräsidenten, zur anderen Hälfte aber durch den ersten Beamten des Munizipiums, also auf dem flachen Lande, in den Dörfern, Groß- und Kleingemeinden sowie in den Städten mit geregelter Magistrat durch den Vizegespan, der bekanntlich als gewählter Beamter dem im Virilismus mächtigen Grundbesitz nicht fremd gegenübersteht. Da für die lokalen Kommissionen eine Beteiligung der Industriearbeiterschaft nur fakultativ vorgesehen ist und auch in dem Falle, daß eine Vertretung der Industriearbeiter gewährt wird, auf eine unbestimmte Zahl von Vertrauensmännern beschränkt bleibt, kann festgestellt werden, daß die Preisprüfungskommission entschieden durch die Vertreter der Interessen der Landwirtschaft majorisiert erscheint. Damit aber ist die Industrie und auch der Handel einem Faktor überwiesen, der weder das entsprechende Sachverständnis, noch die entsprechende volle Rücksicht auf wichtige Interessen der Industrie und des Handels gewärtigen läßt.

Nach dieser Feststellung wollen wir hier kurz nur einige Punkte berühren, die die unerhörte Ausdehnung der Kompetenzen dieses Faktors kennzeichnen. Wir wollen dabei absehen von den sehr beträchtlichen Nebenerscheinungen des „Verfahrens“, die an dieser Stelle bereits gehörig gewürdigt wurden und die zu schweren Unzulänglichkeiten im Handelsverkehr führen müssen. An erster Stelle muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß die Verordnung der Kommission zur Feststellung des Richtpreises für alle allgemeinen Bedarfsartikel Erwägungsrechte zuerkennt, die ins Lebendige unserer gesamten Volkswirtschaft schneiden. Der Richtpreis ist sozusagen das Fundament der ganzen Verfügung gegen den Kettenhandel. Wenn nun die Verordnung ausspricht, daß die Kommission bei der Feststellung des Richtpreises den infolge des Geschäftes auf dem betreffenden Markte eventuell künstlich emporgetriebenen Preis nicht berücksichtigen könne, so ist damit der Kommission die Macht erteilt, zu sagen, was „Geschäft“, was „künstliche Preistreiberei“ ist. Es ist in ihren Machtbereich gestellt, Preise zu konstituieren, die der Marktlage nicht entsprechen, und sie ist in diesem Vorgehen nur auf ihr, wie wir gezeigt haben, keinesfalls sachverständiges und nur wenig auf die Lebensinteressen des Handels und der Industrie bedachtes Wesen hingewiesen. Die Folgen einer solchen Latitüde lassen sich ermessen, wenn wir einen Vergleich ziehen zu den Ergebnissen, die solche Blancheparagraphen im Vorgehen gegen die Preistreiberei gezeitigt haben. Und in den Fällen der Preistreiberei urteilen doch Gerichte!

Den Gipfel erklimmt die Unzulänglichkeit dann in der Verfügung der Punkte b), c) und des Absatzes 2 des Paragraphen 2, indem die Preisprüfungskommission den Zivil- und Strafgerichten, sowie auch den übrigen Behörden als Quelle des Sachverständnisses in Preisfragen zugewiesen wird. Es ist damit erreicht, was der äußerst rechts stehende Flügel der ungarischen

Justizverwaltung, namentlich der Theoretiker der ungarischen Staatsanwaltschaft, in den letzten Monaten entschieden angestrebt hatte. Es sollte dem zuständigen sachverständigen Forum, den Handels- und Gewerbekammern, die Funktion der Begutachtung in Preisfragen entzogen werden. Durch die vorliegende Verordnung wird nun dieser Wunsch offenbar erfüllt, und ein unsachverständiger, den Interessen des Handels und der Industrie fernstehender Faktor an die Stelle der Handels- und Gewerbekammern gesetzt.

Doch damit ist die Machtfülle der Preisprüfungskommissionen keinesfalls erschöpft. Die Verfügung des § 13 der Verordnung ist weit mehr als eine Unzulänglichkeit und eine Unbequemlichkeit. Sie öffnet mittelbar einer ganzen Reihe vielfach rückwirkender Schädigungen die Bahn. Laut der Bestimmungen dieses Paragraphen sind alle Handelsbetriebe, die sich en gros mit dem Verkauf von Lebensmitteln, Futtermitteln, Heiz- und Beleuchtungsmaterialien, Farbwaren, Oelen, Schmiermaterial, Seife, Waschpulver, Seilenwaren, Riemen- und Sattlerartikeln, Bekleidungsartikeln, Zwirn, Eisenartikeln und Materialien, die für den landwirtschaftlichen Betrieb benötigt werden, also auch Werkzeugen, Maschinen, sowie auch von Behältnissen für diese Waren beschäftigten, verhalten, neue Gewerbebesitzungen zu erwerben. Da der Handelsminister ermächtigt ist, die Reihe dieser Artikel nach Belieben zu erweitern, darf man sagen, daß nahezu der gesamte ungarische Großhandel darauf hingewiesen ist, soweit er für Wiederverkäufer arbeitet, Gewerbebesitzungen zu erwerben. Bedenkt man nun, daß die Gewerbebehörde das Recht hat, trotz des Vorhandenseins der gesetzlichen Voraussetzungen die Ausfolgung dieser Lizenz nach eigenem Ermessen zu verweigern, wenn ihr die Person des ansuchenden Kaufmanns oder Rücksichten auf Umstände der Kriegswirtschaft eine solche Verweigerung nahelegen, und daß als Vertreterin in allen diesen Fällen die Preisprüfungskommission funktioniert, so wird leicht erkannt werden, daß der ungarische Großhandel durch diese Verfügungen mit seiner ganzen Existenz und mit der Existenz seiner Individuen in Abhängigkeit geraten ist von einer Kommission, in der seine Interessen nicht vertreten sind. Die rückwirkenden Ergebnisse eines solchen Verfahrens sind den Verfassern der Verordnung offenbar gegenwärtig gewesen, denn sie sahen sich bewogen, im § 14 ihres Wertes auszusprechen, daß Verträge, die vor Inkraftsetzung dieser Verordnung zustande gekommen sind, im Falle der Nichterfüllung jene Partei rechtlich nicht belasten können, die die Gewerbebesitzung unverändert nicht erhalten hat. Denn weder die bereits erworbene Ausfuhr- oder Einfuhrerlaubnis, noch der Lieferungsvertrag mit einer Behörde enthebt der Verpflichtung, die Gewerbebesitzung neu zu erwerben. Die Auswirkungen dieser Tatsache auf das ganze Vertragsrecht ist offenbar. Tausende Existenzen, die in ruhiger Voraussicht und in streng gesetzlicher Weise auf Jahre hinaus handels-geschäftliche Engagements eingegangen sind, können zerrümmert werden, wenn die ihnen nahezu völlig fremde Preisprüfungskommission und deren Vollzugsorgan, die Gewerbebehörde, ihnen das Recht zum Leben und Arbeiten aberkennt. Wie weit liegen diese Dinge von den Garantien unserer Gesetze!

Aus diesen Tatsachen tritt mit Notwendigkeit eine Wahrheit hervor: es ist kein Fall bekannt, in dem eine Schicht oder Branche des Wirtschaftslebens mit so völliger Außerachtlassung ihrer Lebensinteressen einem Forum, das mit ihr nichts gemein hat, überwiesen worden wäre. Um so mehr muß dieses Moment grell hervortreten, wenn man berücksichtigt, daß der Staat bei der Feststellung der Preise des Getreides und des Mehls sich keinesfalls so um die Wünsche der Konsumenten gekümmert hat, sondern deklarierte, ohne diese zu befragen.

Das sind die großen Grundzüge der Verordnung. Eine ganze Reihe anderer, kleinerer Unmöglichkeiten sind in ihr enthalten. Wenn z. B. dem Kaufmann zur Pflicht gemacht wird, im Detail- und Engrosverkehr festzustellen, auf wieviel Ware der einzelne Käufer „entsprechend dem Bedarfe und angesichts der Kriegswirtschaftslage“ Anspruch hat, so darf man wohl aussprechen, daß die Verfasser dieser Verordnung vielleicht noch niemals den Armladen in den Stunden voller Frequenz vor Augen gehabt haben. Und diese starke Unerfahrenheit im Reiche der Tatsachen tritt in hundert anderen Nebenumständen hervor. So wird das Ergebnis dieser Verordnung, wenn eine entsprechende Verbesserung nicht eintritt, in zwei Richtungen sichtbar werden. Mehr als bisher noch wird der Markt entvölkert, das Angebot verkleinert werden und als Resultat wird die ungarische Strafverwaltung wieder ein paar hundert Jahre Gefängnis buchen können, das zum überwiegenden Teile jene erdulden werden, die ohne eigene Schuld diese Verordnung nicht verstehen konnten, weil sie in ganzen Stücken den Erfordernissen des Lebens widerspricht und durch einen wesensfremden Faktor ausgeführt wird.

Plenarversammlung der Budapester Handels- und Gewerbekammer.

Budapest, 11. Oktober.

Die Budapester Handels- und Gewerbekammer hielt heute unter dem Vorsitz des Geheimen Rates Leo Lánczß eine Plenarsitzung.

Eröffnungsrede des Präsidenten.

Präsident Leo Lánczß begrüßte anlässlich der ersten Sitzung seit den Sommerferien die Kammermitglieder und beglückwünschte den Vizepräsidenten Andreas v. Thél, dessen selbstlose und agile öffentliche Tätigkeit vor kurzem die allerhöchste Anerkennung gefunden hat. Nachdem Vizepräsident Thél für die mit lebhaften Ehrenrufen aufgenommene Begrüßung von Seiten des Präsidenten Lánczß gedankt hatte, fuhr dieser fort: Seit unserer letzten Zusammenkunft im Monat Juli erhielt die königlich ungarische Regierung einen neuen Führer und das Kabinett wurde durch mehrere neue Minister ergänzt, was die volkswirtschaftliche Richtung der gesamten Regierung vertieft wird. Der neue Ministerpräsident Dr. Alexander Wekerle ist schon seit langer Zeit im Besitze des vollkommenen Vertrauens der volkswirtschaftlichen Kreise, und er erfreut sich ihrer größten Achtung. Seine großen Erfolge, besonders um die vor einem Vierteljahrhundert erfolgte Regelung unserer Valuta und unseres Staatshaushaltes, sind viel zu bekannt und viel zu sehr anerkannt, als daß ich hier an seine diesbezüglichen unvergänglichen Verdienste erinnern müßte. Er war immer ein Führer des Liberalismus und des Gedankens der Harmonie zwischen den wirtschaftlichen Berufen. Wir vertrauen darauf, daß Herr Dr. Wekerle, der alle Faktoren unserer Volkswirtschaft kennt, mit den großen Verdiensten des Handels und Gewerbes im Kriege, sowie mit den großen Aufgaben, die ihrer während der Friedensperiode harren, im reinen ist. Wir vertrauen darauf, daß er diese Erwerbszweige den antikapitalistischen Strömungen gegenüber wird verteidigen können, die in der öffentlichen Meinung sich zu verbreiten, auf einen Teil des Parlaments überzugehen beginnen, und die hier und da sogar aus der Mitte des Kabinetts als Regierungsrichtung verkündet werden. Wir vertrauen darauf, daß der neue Ministerpräsident der unter Mitwirkung staatlicher Beamten in den Arbeiterbeschwerdekommissionen umfänglichen antikapitalistischen Haltung eine Grenze ziehen wird, denn wir wissen, daß er die Rentabilität der gewerblichen Betriebe nicht zugrunde richten und deren Konkurrenz- und Exportfähigkeit nicht aufs Spiel setzen wird. Vor diesem Vertrauen erfüllt, begrüßen wir den neuen Ministerpräsidenten und dessen neue volkswirtschaftliche Mitarbeiter, die Herren Minister Béla Hódes, Graf Johann Sádyl und Graf Theodor Batthyány. Die Tatsache, daß sämtliche neuen Minister, besonders Handelsminister Graf Béla Serényi und dessen talentierter Staatssekretär Dr. Elemér Santos, die Kooperation mit der Kammer suchen, kann die Kammer mit Genugtuung und Freude erfüllen, und wir können versichern, daß wir den Voraussetzungen zu einer solchen Tätigkeit stets entsprechen werden. (Lebhafte Zustimmung.)

Sämtliche Regierungsbehörden stehen an der Schwelle der Lösung großer Aufgaben. Alle bereiten sich, abgesehen von der Befriedigung einer Unmenge augenblicklicher Bedürfnisse, auf die großen Probleme der Zukunft vor. Wir sind gegenüber dem stets friedfertigen Programm unseres Ministeriums des Außern von vertrauensvoller Erwartung erfüllt, und ich glaube der Freude sämtlicher volkswirtschaftlichen Faktoren Ausdruck zu verleihen, wenn ich jenen Bestrebungen von geschäftlicher Tragweite unseres Außenministeriums, die darauf abzielen, daß das kriegerische Zeitalter der Vergangenheit und der Gegenwart von einem internationalen Rechtssystem abgelöst werde, das die internationalen Reibungsflächen womöglich beseitigt und die Erledigung strittiger Fragen nicht mehr dem gegenseitigen Menschenmord anvertraut, einen vollen Erfolg wünsche. (Lebhafte Beifall.)

Die Vorbereitung der Zukunft unserer Außenhandelspolitik findet jetzt auf der Margaretinsel statt. Wir hoffen, daß im Laufe der Verhandlungen auf den Standpunkt der unter der Leitung der Kammer stehenden zollpolitischen Zentralstelle Rücksicht genommen wird. Ich halte es nicht für angebracht, mich in den Gang der Verhandlungen einzumischen, und so gebe ich nur der gerechtfertigten Erwartung Ausdruck, daß unsere Regierung nach dem Schluß der Verhandlungen, jedoch bevor sie in betreff der Vereinbarungen einen endgültigen Standpunkt einnimmt, dem berufenen zollpolitischen Forum des Handels und der Industrie zur Äußerung seiner Meinung Gelegenheit geben wird.

Die Lösung der wichtigsten Aufgaben hängt von der erfolgreichen und zweckbewußten Arbeit aller Faktoren der Regierung ab; der richtige Aufbau der Übergangswirtschaft und die Herstellung der Valuta beispielsweise sind nicht Aufgaben sui generis, die in sich selbst mit ihren eigenen Mitteln zu lösen wären. Die organische Gesamtheit der wirtschaftlichen Orientierung der Regierung muß in die richtigen Bahnen gelenkt werden, damit diese Bestrebungen zum Ziele geführt werden können. Der Geist, der unsere Regierung durchdringt, das seelische Milieu, in dessen Rahmen die wirtschaftspolitische Arbeit verrichtet wird, kann nur das entscheidende Moment der erfolgreichen Verwirklichung der wichtigsten wirtschaftlichen Bestrebungen sein. Die ganze produzierende Gesellschaft, besonders die Eigentümer des mobilen Kapitals, bedürfen der Aufmunterung, denn es sind bereits Symptome bemerkbar, die darauf hindeuten, daß die ewigen kapital-, unternehmungs- und industriefeindlichen Angriffe in Ermangelung des Schutzes von Seiten der Regierung eine gewisse Apathie hervorrufen, die jede Unternehmungslust unterdrückt, und es ist zu befürchten, daß letztere eben dann geschwächt sein wird, wenn dieses schwergeprüfte Land ihrer zum Zwecke der Regenerierung am dringendsten bedürfen wird. Es wäre eine Umgestaltung des ganzen Zeitgeistes notwendig, die die Unternehmungs- und Arbeitslust neubelebt, damit unser Vaterland und dessen Volkswirtschaft in der so heißersehnten Friedenszeit neuerlich aufblühe. (Lebhafte Ehrenrufe.)

Die Tagesordnung.

Nach der mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Eröffnungsrede des Präsidenten wurden Präsidialmitteilungen unterbreitet und zur Kenntnis genommen.

1. Kammermitglied Leo Lánczß interpellierte den Präsidenten, ob er geneigt sei für die Entschädigung der anlässlich der Straßendemonstrationen im Ma-

geschädigten Kaufleute Stellung zu nehmen. Präsident Leo Lánczß erwiderte, die Kammer werde die Entscheidung in dieser Frage an maßgebender Stelle urgieren.

Hierauf referierte Konzipist Dr. Robert Foltényi über die Frage der Ahndung von Delikten gegenüber der Kriegführung, namentlich über die Frage der strafrechtlichen Beurteilung der Mißbräuche bei Militärlieferungen. Das Referat führt alle jene Bestimmungen an, die bei der Schaffung eines bezüglichen neuen Gesetzes in dieses aufzunehmen wären. Dr. Paul Szende verwies auf den Umstand, wie schwer es sei, den ausländischen Zwischenhandel gegen ungerechte Angriffe in Verbindung mit Heereslieferungen zu schützen, zumal da die öffentliche Meinung leicht geneigt ist, gegen die Heereslieferanten Stellung zu nehmen. Den unschuldig verfolgten Kaufleuten müßte Gelegenheit geboten werden, sich im Rahmen eines neuen, streng sachlichen Verfahrens zu rehabilitieren. Die Vorlage gelangte sodann zur Annahme.

Zu dem Bericht über den Kettenhandel erteilte Generalsekretär Dr. Rudolf Krejcsi die nötigen Erläuterungen. Der geschäftsführende Sekretär Josef Bágó brachte die Durchführungsverordnung über den Kettenhandel zur Sprache und beantragte, den für den 15. d. M. festgestellten Termin des Inkrafttretens dieser Verordnung zu verschieben. Nach den Bemerkungen der Kammermitglieder Soma Fuchs (Rekskémét), Moriz Richter und Moriz Ledermann stimmte die Kammer dem Bericht und dem Antrage Bágó zu.

Bei dem Elaborat über die behördliche Regelung der Preise der Industrieartikel verwies der Referent Eugen Moor darauf, daß der Entwurf der in Aussicht genommenen Regierungsverordnung den beteiligten Interessentenkreisen bisher nicht zugegangen ist. Des weiteren nahm er energisch dafür Stellung, daß in den Preisfeststellungskommissionen den Fachkreisen ein entsprechender Einfluß eingeräumt werde. Nach den Bemerkungen des Mitgliedes Alexander Holzer wurde die Vorlage angenommen.

Der vom Konzeptsadjunkten Paul Bereßlényi vorgelegte Antrag bezüglich der Deckung des Zunderbedarfes für Gewerbebetriebe und die Vorlage über die gravaminösen Verfügungen hinsichtlich des Kohlenbedarfes der Bäder wurden ebenfalls angenommen.

Sekretär Josef Bágó bespricht sodann eingehend das Elaborat über die Organisation des Exporthandels nach dem Kriege. Kammermitglied Hofrat Anton Székács hob die große volutarische Wichtigkeit des Exports hervor und behandelte alle mit der Ausfuhr zusammenhängenden Einzelheiten. Seiner Ansicht nach fehlt in dem Elaborat ein Gesichtspunkt. Bezüglich der Industrieförderung müsse man nämlich untersuchen, ob die Vorbedingungen für eine großzügige Industriepolitik vorhanden seien. Es wäre hierbei Pflicht der Regierung, gegen die industriefeindliche Strömung energisch Stellung zu nehmen. Redner schlug mehrere Ergänzungen zur Vorlage vor, die auch angenommen wurden.

Ueber die Frage des Weinexports entwidelte sich eine längere Debatte, an der sich Referent Dr. Nikolaus Fekete, sowie die Kammermitglieder Alois Zwad und Adolf Csóka beteiligten. Die Anträge des Kammerbüreaus fanden ungeteilte Zustimmung.

Im Zusammenhange mit den hierauf zur Verhandlung gelangten Eisenbahnfragen wurde auch die immer mehr überhandnehmende Kalamität der Eisenbahndiebstähle erörtert. Referent Dr. Eugen Kassai, sowie die Kammermitglieder Bruno Weismeyer und Moriz Richter besprachen mehrere Detailfragen, worauf auch diese Vorlage angenommen wurde.

Unter dem Voritze des Vizepräsidenten Hofrates Franz v. Heinrich wurden noch die Frage der Tarifierhöhung der Staatsbahnen und mehrere Approvisionierungsangelegenheiten verhandelt und die bezüglichen Vorlagen des Kammerbüreaus gutgeheißen. Damit war die Sitzung zu Ende.

Post.

Österreich-Ungarns.

Beständig zweimaliger Zustellung für Wien:
monatlich K 4.00
vierteljährlich 13.—
halbjährlich 26.—
Für Österreich-Ungarn:
bei täglich zweimaliger Postver-
sendung
monatlich K 6.30
vierteljährlich 18.—
halbjährlich 30.—
bei täglich einmaliger Postver-
sendung
monatlich K 4.50
vierteljährlich 13.—
halbjährlich 26.—
Für Deutschland:
viertel. Kreuzbandend. K 18.—
und durch die Postämter laut dort
aufgelegender Postzeitungsliste.
Bänder des Weltpostvereins:
viertel. Kreuzbandend. K 22.—
und durch die Postämter laut dort
aufgelegender Postzeitungsliste.
Staatspreise für auswärts:
Morgenblatt 16 b
Mittagsblatt 4
Nachmittagsblatt (separat) 8

7 XXIV. Jahrgang

Beschent angeboten. ung vernichtet.

Die großkapitalistische Verneinung gegen den Mittelstand hat ihre eigene wissenschaftliche Aufmachung. Es war noch inmitten der schönsten Zeit des Friedens. Die Großindustrien arbeiteten mit vollen Kesseln, bis der Absatz der über allen Bedarf erzeugten Güter zu stocken begann. Es kriselte in der Industrie. Dem Handwerk und der bodenständigen Kleinindustrie waren von ihrem mächtigen Konkurrenten, dem Großbetriebe, bereits schwere Wunden geschlagen worden, trotzdem stellten sich auch für diese Absatzsorgen ein. Damals entdeckte eine Kunde von Gelehrten der Nationalökonomie die Lehre von der internationalen Arbeitsteilung; Führer im Streite war Universitätsprofessor Lujo Brentano, durch viele persönliche Beziehungen und seine frühere Lehrtätigkeit mit Oesterreich verknüpft. Brentano selbst zählt sich zu den Kathedersozialisten, zu jener Schule von Nationalökonomien, die dem ungestümen Drängen der Anhänger von Karl Marx und Lassalle das Staatsfeindliche, Revolutionäre zu nehmen, ihrem Systeme die Drachenzähne auszubrechen gedachten, indem das sie den Staat in den Mittelpunkt ihres sozialen Rettungsplanes stellten und ihm die Erfüllung von Aufgaben zuwiesen, die Marx nur von dem Umsturz der Gesellschaftsordnung erwartete. Aber der Kathedersozialismus hat sich nie von den Eierschalen des Manchesterliberalismus, dem er entsprungen war, völlig loszumachen verstanden. Auch Ludwig Brentano nicht. Als in dem ungestümen Vortwärtsdrängen der Industrie die schmerzlichen Absatzkrisen entstanden und zur selben Zeit die Ueberseegebiete Europa mit billigen Lebensmitteln überschwemmten, war er es, der das Schlagwort von der internationalen Arbeitsteilung prägte. „Wir senden ins ferne Ausland unsere Industrieartikel, rechnet er vor, dieses hinwieder uns Lebensmittel. Auf diese Weise blüht bei uns die Industrie, billige Lebensmittel werden die Kraft und Lust der Arbeiterschaft zur Arbeit steigern. Ein zufriedenes behäbiges Leben wird Deutschlands Gauen durchbringen.“ — Es hemmte diesen Gedanken Brentanos nicht die Erkenntnis, daß bei dieser Arbeitsteilung die eigene Landwirtschaft verdorren, die Heimatversorgung aus dem Grund und Boden, auf dem wir wohnen, nach und nach versiegen müsse. Doch die gelehrte Theorie focht dies nicht an: Sie sah nur die goldenen Berge, die für eine ungemessene Industrientwicklung in der Ferne lockten, und sie glaubte wirklich, das nichteuropäische Land werde für immer ein Kolonialmarkt bleiben, der grenzenlos Industrieerzeugnisse aufzunehmen und im freien Weltverkehr dafür ungemessene Landwirtschaftserzeugnisse zurückgeben werde. Es war waschechtes Manchesterium, das diese Ideen geboren hatte, jener liberal-großkapitalistische Geist, der ohne Regung über den Mittelstand der heimischen Volkswirtschaft hinweggeschritten wäre, wenn er es vermocht hätte. Rußland erhob sich damals als lauter Warner und als Brentano sich in dem damaligen Streite zu der Behauptung verstieg, die Wissenschaft werde sicherlich noch so weit fortschreiten, daß Deutschlands Ernährung auf chemischen Wege gesichert werden könne, hielt ihm Rußland die Frage vor, ob es schon jemandem gelungen sei, aus Steinen Brot zu machen. Es wäre für uns und Deutschland in diesem Kriege gut, wenn Brentano damals mit Recht hätte bejahen können. So aber ist es unsere Rettung, daß die Tatsachen unserer wirtschaftlichen Entwicklung der grauen Theorie nicht so rasch gefolgt sind, als die Schule Ludwig Brentano hoffte. Wir wären sonst im Weltkriege schon besiegt, denn wir wären verhungert.

Dieser Tage sprach Ludwig Brentano in Wien über seine und Deutschlands Verdienste um die Sozialpolitik, um die Leistungen der deutschen Krankenkassen und um

Am Gewerbe und Mittelstand.

Wien, am 18. Oktober.

Die Christlichsoziale Vereinigung des Abgeordnetenhauses hat beschlossen, in der Budgetdebatte einen Zusatzantrag zur Vorlage einzubringen, in dem die Widmung von mindestens hundert Millionen Kronen zur Wiederaufrichtung von Gewerbebetrieben, die durch den Krieg beschädigt oder stillgelegt wurden, verlangt wird, ein Antrag, der sich mit anderen ähnlichen Bestrebungen, die aus antiliberalen deutschen Parlamentskreisen kommen, vereinigt. Die Umwälzungen des Krieges haben keinen der produzierenden Stände so schwer betroffen wie den Gewerbebestand, in dem Tausende von Betrieben durch die Einberufung der Inhaber zur Sperre kamen, andere aber in solche Abhängigkeit von der Kriegsindustrie gerieten, daß sie nicht leicht wieder ihre Selbständigkeit gewinnen werden; vor allem aber hat die Konkurrenz der Großerzeugung im Kriege einen Vorsprung vor dem Gewerbe gewonnen, der uns, wenn nicht vorsichtig vorgebaut wird, vor eine der folgenschwersten Mittelstandskrisen stellt.

Die Uebergangswirtschaft muß die Freunde des Gewerbes gerüstet finden und deswegen ist es erfreulich, daß die gewerbefreundlichen Parteien im Parlamente jetzt schon Vorkehrungen treffen. Es geht diesmal nicht bloß darum, daß da oder dort die Mittel für praktische Hilfeleistung für den Gewerbebestand vorhanden seien — es stehen ohne Zweifel neuerliche große geistige Kämpfe bevor, in denen sich die Freunde des Mittelstandes mit dessen alten geschworenen Gegnern, die aus der maßlos angewachsenen Macht des Großkapitals neue Antriebe schöpfen, zu messen haben werden. Wir haben die Anmeldung dieser grundsätzlichen Gegnerschaft des Mittelstandes in Wien dieser Tage schon gehört.